C 21734 D

Grün-Bunte Einheit in Gefahr S.5



Arbeiterkampf

Jg.9 Nr. 160 20.8.79 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 2,-



Iran: Khomeini plant Völkermord an Kurden

Mit der Anordnung der allgemeinen Mobilmachung und der Erklärung des totalen Krieges gegen das kurdische Volk hat Khomeiny zu dem bisher schwersten Schlag gegen die demokratischen und revolutionären Kräfte im ganzen Iran ausgeholt.

„Unsere Forderungen lassen sich in einem Satz zusammenfassen: Demokratie für den Iran und Selbstverwaltung für Kurdistan", erklärte uns der Generalsekretär der Demokratischen Partei Kurdistans, Ghassemlou, in einem Interview am 19.7. in Mahabad.

Die Kurden stehen an der Spitze des Kampfes der Völker Irans, sie sind am besten organisiert und bewaffnet. Deshalb wird nach der faktisch vollständig durchgesetzten Pressezensur (heute folgte das Verbot der im Untergrund weiterhin erschienenen „Peygham Emrouz"), nach der Verwüstung und Auflösung des Büros revolutionärer Organisationen in Teheran, nach dem Vertreiben linker Zeitungsverkäufer von den Straßen jetzt der Generalangriff gegen das kurdische Volk befohlen. Die Kurden sind das größte Hindernis für die Wie-

nen „Peygham Emrouz"), nach der Verwüstung und Auflösung des Büros revolutionärer Organisationen in Teheran, nach dem Vertreiben linker Zeitungsverkäufer von den Straßen jetzt der Generalangriff gegen das kurdische Volk befohlen. Die Kurden sind das größte Hindernis für die Wie-

derherstellung von Ruhe und Ordnung im Sinne der Imperialisten.

Khomeiny hat keinen Zweifel daran gelassen, daß der totale Krieg gegen die Kurden die Massaker der Schah-Armee an der iranischen Bevölkerung während der Aufstände übertreffen wird.

Die Wiedereinnahme der Stadt Paveh an der irakischen Grenze durch Regierungstruppen und „Revolutions"garden kostete 400 Tote und mindestens 600 Verletzte. Elf kurdische Kämpfer wurden noch in der Nacht nach Kermanschar transportiert, im Schnellverfahren zum Tode verurteilt und hingerichtet. Khomeiny ordnete Luftangriffe auf kurdische Dörfer an, d. h. den totalen Terror gegen die Zivilbevölkerung – eine Maßnahme, die während der Aufstände im letzten Jahr nicht einmal die Schah-Armee durchführte. Befehlsverweigerern droht das Kriegsgericht.

Die demokratische Partei Kurdistans wurde verboten, gegen ihren Generalsekretär Ghassemlou wurde Haftbefehl erlassen, es wird nach ihm gefahndet. Ghassemlou war der

Schah-Armee durchführte. Befehlsverweigerern droht das Kriegsgericht.
Die demokratische Partei Kurdistans wurde verboten, gegen ihren Generalsekretär Ghassemlou wurde Haftbefehl erlassen, es wird nach ihm gefahndet. Ghassemlou war der

einzige Oppositionelle, der in die Expertenversammlung gewählt worden war. Er hatte jedoch erklärt, daß er wegen des undemokratischen Vorgehens der Regierung weder an der Gründungsversammlung noch an den nachfolgenden Sitzungen teilnehmen werde.

Die Demokratische Partei Kurdistans hat die Völker der Welt aufgerufen, einen neuen Völkermord an den Kurden zu verhindern.

Khomeiny hat mit seinem Schlachtruf alles auf eine Karte gesetzt. Mit Sicherheit wird das brutale Vorgehen die Polarisierung der iranischen Bevölkerung vorantreiben. An der Seite der Kurden stehen die anderen Minderheiten Irans, die Demokraten und Revolutionäre. Armee und Zentralgewalt haben sich noch nicht vollständig stabilisiert. Insofern sind die Aussichten der Kurden besser als jemals zuvor.

Der Bürgerkrieg hat begonnen. Das kurdische Volk, die anderen Völker Irans, die Demokraten und Revolutionäre sind auf unsere Solidarität angewiesen.

vollständig stabilisiert. Insofern sind die Aussichten der Kurden besser als jemals zuvor.
Der Bürgerkrieg hat begonnen. Das kurdische Volk, die anderen Völker Irans, die Demokraten und Revolutionäre sind auf unsere Solidarität angewiesen.

Solidarität mit den

Solidarität mit den Indochinaflüchtlingen

Auf das Schicksal Hundertausender von Flüchtlingen aus Indochina und die auf ihre Kosten betriebene antikommunistische Kampagne hat die Linke, einschließlich des KB, bisher keine angemessene Antwort gefunden. Daß sich Organisationen wie die „KPD", die ehrlicherweise der Linken nicht mehr zuzurechnen sind, an die Spitze der Kriegshetze gegen Vietnam gestellt haben, ist nicht verwunderlich. Bedauerlich ist aber, daß darüber hinaus Teile der Linken bereit sind, ihr humanitäres Anliegen in antivietnamesische Stellungnahmen ummünzen zu lassen. Auf der anderen Seite haben wir und andere linke Kräfte die humanitäre Seite des Problems bisher allzu sehr der Ausschlachtung durch die Bürgerlichen und die Vaterlandsverteidiger überlassen. Das Schicksal der Indochina-Flüchtlinge wurde zu wenig als Teil der Folgen des imperialistischen Krieges gegen die Völker Indochinas begriffen, die Flüchtlinge zu wenig als Opfer eben dieses Krieges in unsere Solidarität einbezogen.

Selbstverständlich sind unter den Flüchtlingen aus Vietnam auch zahlreiche Beamte, Offiziere und Nutznießer des alten pro-amerikanischen Regimes. Aber selbst diese Menschen haben unter den Flüchtlingen auch ihre Familienangehörigen, vor allem die Kinder, die niemand für die Verbrechen des alten Regimes verantwortlich machen kann. Unter den Flüchtlingen sind aber auch zigtausende, die – selbst ausgebeutet – ihre Existenz durch den riesigen US-Militärapparat in Vietnam gefristet hatten: Kleine Angestellte der US-Armee, Kellner, Prostituierte, Verkäufer usw. Die Befreiung Vietnams hat ein riesiges Heer von plötzlich Arbeitslosen freigesetzt, denen nichts anderes geboten werden konnte als vor allem Arbeit in der Landwirtschaft. Dies vor allem hat zigtausende aus der alten Ober- und Mittelschicht sowie aus dem „Tross" der US-Truppen zur Flucht veranlaßt.

Die Bedingungen in Vietnam wären besser, wenn die Imperialisten zumindest einen Bruchteil der Schäden, die sie auf Jahrzehnte dem Volk und der Wirtschaft Vietnams zugefügt haben, materiell ausgleichen würden. Stattdessen spekuliert der Imperialismus darauf, durch ein Aushungern Vietnams seine militärisch gescheiterten Ziele doch noch zu erreichen. Vietnam sollte das abschreckende Exempel für die Völker der Dritten Welt werden, daß Befreiung gegen den Willen des Imperialismus nicht möglich sei. Dieses Ziel verfolgen die Imperialisten seit ihrer militärischen Niederlage auf anderen Wegen. Die derzeitige Flüchtlingskampagne spielt dabei eine zentrale Rolle.

Chinas Überfall im Februar/März dieses Jahres und der seither von den chinesischen Machthabern provozierte Spannungszustand an der Grenze hat für Vietnam erneut schwere Belastungen und Schäden gebracht.

Zuvor hatte sich Vietnam mehrere Jahre lang der zunehmenden Überfälle des kambodschanischen Pol-Pot-Regimes erwehren müssen, was ebenfalls einen ernsten Rückschlag beim Wiederaufbau des Landes bedeutete.

Unter diesen Bedingungen wurde von Staaten wie Malaysia, Thailand, Indonesien das Schicksal der Flüchtlinge durch gezielte Maßnahmen zu unmenschlicher Not verschärft:

- Zigtausende von Flüchtlingen werden immer wieder aufs offene Meer gejagt, bis sie ertrinken oder verhungern.
- Polizei, Beamte und Piraten (die ungehindert operieren können) überbieten sich gegenseitig darin, die Flüchtlinge auszurauben und die Frauen zu vergewaltigen. Viele Flüchtlinge werden dabei ermordet.
- Die Flüchtlinge werden auf engstem Raum und unter mörderischen hygienischen Verhältnissen in KZ's zusammengepfercht. Allein Malaysia unterhält 5000 KZ-Wärter nur zur Bewachung der Flüchtlinge.

Diese unbestreitbare Not der Flüchtlinge wird von der imperialistischen Propaganda zynisch gegen Vietnam gewendet. Tatsache ist jedoch, daß es durchaus möglich wäre, durch materielle Unterstützung der Asyl-Staaten und politischen Druck auf diese die Lage der Flüchtlingsmassen wesentlich zu verbessern. Eben dies wird seitens des Imperialismus nicht getan, weil gerade die N o t der Flüchtlinge für die anti-

Fortsetzung nächste Seite

Klerus und CSU greifen "Reform" des § 218 an

Im letzten halben Jahr häufen sich die Angriffe auf die „Reform" des § 218: Kirchen, klerikale Verbände, CDU und CSU sowie eine Reihe von Ärzten beschimpfen abtreibende Frauen als Mörderinnen und fordern eine verfassungsrechtliche „Überprüfung" des jetzigen § 218, vor allem der sozialen Indikation.

Verschiedentlich wurden von diesen reaktionären Kreisen bereits Demonstrationen „für das Recht auf Leben" organisiert, die durchaus nicht nur im kleinen Kreis verliefen (in Essen waren es vor kurzer Zeit z.B. über 4.000 Demonstranten). Den Höhepunkt in jüngster Zeit stellten mehrere Äußerungen des Vorsitzenden des gesundheitspolitischen Arbeitskreises der CSU, Dr. Holzgartner, dar, der Abtreibung mit dem Massenmord an Juden unter dem Nazi-Terror verglich (siehe dazu auch AK 159). Wie diese Angriffe in die gesamte reaktionäre Kampagne gegen die Frauen passen, die schon seit der „Neufassung" des § 218 im Jahre 1978 betrieben wird, wollen wir im folgenden darstellen. Forts. Seite 16



Vor 40 Jahren, am 1. September 1939, begann mit dem deutschen Überfall auf Polen der 2. Weltkrieg.

Die nackte Zahl von über 60 Millionen Toten – davon allein 20 Millionen in der Sowjetunion – als e i n e Folge des von den Nazis entfesselte Krieges kann das gesamte Ausmaß von Leiden und Vernichtung nur schwer vorstellbar machen. Noch heute leiden Zehntausende von Menschen unter den Folgen des Krieges.

Die Imperialisten sind seit dem Ende des 2. Weltkrieges weder „friedlicher" noch „vernünftiger" oder gar „humaner" geworden. Ihr Drang nach Weltherrschaft, nach totaler Unterwerfung des gesamten Erdballs manifestiert sich in vielen „kleinen" Kriegen und in der Anhäufung ungeheurer militärischer Kapazitäten, die inzwischen zur Vernichtung jeglichen Lebens reichen.

Um gegen diesen Rüstungswahnsinn und für r e a l e Schritte zur vollständigen Abrüstung (namentlich der grossen Mächte) zu demonstrieren, haben sich in diesem Jahr wieder zahlreiche Organisationen und Persönlichkeiten aus Kultur, Wissenschaft und aus dem Betreibs- und Gewerkschaftsbereich zu Bündnissen zusammengeschlossen, um Kundgebungen und Demonstrationen zu veranstalten. Der KB unterstützt diese aktivitäten und ruft zur massenhaften Teilnahme daran auf (Berichte etc. S. 24).



Blick in die Welt

Solidarität mit den Indochina-Flüchtlingen!

Forts. von S. 1

vietnamesische Propaganda höchst wertvoll ist. Bei den Staaten, die jetzt die Indochina-Flüchtlinge schikanieren und in den sicheren Tod treiben, handelt es sich selbstverständlich gerade um Staaten, die mit dem Imperialismus eng verbunden sind und die sich z.T. direkt am Krieg gegen Vietnam beteiligt hatten - wie etwa Thailand.

Große Verantwortung trägt auch die chinesische Regierung, die zunächst die chinesische Minderheit in Vietnam (Hoas) massiv zum Verlassen Vietnams aufhetzte - und seit mehr als einem Jahr ihre Grenzen für die Flüchtlinge total geschlossen hat. Das Ziel der chinesischen Machthaber ist nichts anderes als das Zustandebringen einer breiten internationalen Front für einen neuen Überfall auf Vietnam.

Die Bundesregierung hat stets den Krieg der USA in Vietnam unterstützt. Das Gebiet der BRD stand als Hinterland für die US-Truppen zur Verfügung. So wurden z.B. beschädigte Bombenflugzeuge der USA in der BRD repariert, verletzte US-Soldaten hier behandelt.

Es widerspiegelt die bekannte Anmaßung des deutschen Imperialismus, wenn ausgerechnet die Bundesregierung sich jetzt als Richter über Vietnam aufführt und im Namen der Menschlichkeit verkündet, Vietnam werde jetzt 'zur Strafe' die versprochene (ohnehin schäbige) Hilfe von 90 Mio. Mark nicht erhalten, sondern diese solle den Flüchtlingen zukommen.

Die westdeutsche Linke sollte vor diesem Hintergrund folgende konkrete Forderungen erheben:

1. Sofortige Auszahlung der versprochenen Hilfe an Vietnam durch die Bundesregierung und Aufstockung dieser Hilfe, um die wirtschaftliche Situation in Vietnam selbst zu entlasten.
2. Sofortige und großzügige materielle Sicherstellung der Flüchtlingsmassen durch die imperialistischen Staaten. Nicht als Almosen, sondern als Verpflichtung aus ihren Kriegsverbrechen am vietnamesischen Volk und den anderen Völkern Indochinas. Die USA beispielsweise haben derzeit erbärmliche 700 Mio Mark „zur Verfügung gestellt" - ein Bruchteil der Kosten für ein einziges Jahr ihrer Kriegführung in Vietnam. Ein Staat wie die BRD, der besonders eng mit der verbrecherischen Politik der USA verbunden ist, könnte ohne weiteres eine spürbare Soforthilfe von beispielweise 3 Milliarden (das sind weniger als 10 % des BRD-Rüstungshaushaltes!) einleiten. Stattdessen wird wieder einmal lautstark die individuelle Spendenbereitschaft mobilisiert, die im Sinne der antivietnamesischen Propaganda selbstverständlich viel nützlicher ist. Die BRD, die ohnehin relativ wenig Flüchtlinge aufgenommen hat, läßt zudem - wie jetzt im Fernsehen dokumentiert wurde - hunderte von bereits vorbereiteten Aufnahmeplätzen leerstehen!
3. Sofortiger internationaler Druck auf die reaktionären Staaten Südostasiens, um sie zur Respektierung der Menschenrechte zu zwingen. Schluß mit dem direkten oder indirekten Mord auf See! Schluß mit den Vergewaltigungen und der Ausplünderung! Schluß mit den Flüchtlings-KZ's!

LG des KB



BRD-Regierung beschützt SAVAK-Agenten!

SAVAK-Gegner beim VS strafversetzt

Während Mitglieder iranischer Studentenorganisationen wegen ihrer Aktionen gegen enttarnte SAVAK-Agenten weiter in Haft sitzen, erhellen neue Informationen die Komplizenschaft der westdeutschen Regierungsstellen mit dem Schah-Regime und die Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz und SAVAK.

Zum einen ist jetzt durch die „Frankfurter Rundschau" bekannt gemacht worden, daß vor zwei Jahren der damalige Oberinspektor beim Verfassungsschutz Abteilung Ausländerüberwachung, Hetz, strafversetzt worden ist, weil er sich geweigert hatte, *„eine Liste von etwa einhundert vom Verfassungsschutz observierten Mitgliedern der schahfeindlichen Organisation CISNU für den damaligen Geheimdienst Irans, SAVAK, zusammenzustellen"* (14.8.79). Den Auftrag erhielt er vom damaligen Chef dieser Abteilung, Bessel-Lorck. Hetz hatte diesen Auftrag mehrmals mit der Begründung verweigert, daß sowohl die bespitzelten Studenten als auch ihre Angehörigen im Iran durch die Angaben gefährdet würden.

Damit ist erwiesen, daß der VS direkte Auftragsarbeit für SAVAK geleistet hat und damit mit Sicherheit am Tod, der Inhaftierung und Folter von Schahgegnern schuldig ist.

Die Bundesregierung hatte bisher eine konkrete Zusammenarbeit mit dem SAVAK gegen Schahgegner geleugnet. Die jetzt veröffentlichte Tatsache schiebt sie dementsprechend auf einen *„hausinternen Vorgang"*, von dem das Innenministerium keine Kenntnis gehabt habe. Dies ist allein schon deshalb unglaubwürdig, weil zumindest die Strafversetzung samt Begründung bei der Dienstbehörde, also dem Innenministerium, bekannt geworden sein muß.

Im Zusammenhang mit der Enttarnung von ca. 300 SAVAK-Agenten in der BRD versucht die Bundesregierung jetzt den Eindruck zu erwecken, als wäre sie bereit, diese vor Gericht zu stellen. Es heißt, die Regierung erwarte jetzt vom Iran *„die Überstellung von strafrechtlich relevantem Material, mit dem man in der Bundesrepublik gegen Mitarbeiter des früheren iranischen Geheimdienstes SAVAK vorgehen könnte. ... Wenn diese Akten da seien und Hinweise auf Straftaten enthielten, werde man auch Strafverfahren einleiten"* („SZ", 6.8.). Doch mit dieser Sprachregelung bereitet die Regierung schon jetzt darauf vor, daß sie das Material für strafrechtlich nicht relevant hält. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt machte dies schon deutlich: **Nach § 99 des Strafgesetzbuches könne Agententätigkeit nur dann geahndet werden, wenn sie sich gegen die Interessen der BRD richtet und insofern könne die Sammlung und Mitteilung von Daten an die ehemalige iranische Botschaft und damit an den SAVAK nicht vor westdeutschen Gerichten geahndet werden.** In der Vergangenheit haben die westdeutschen Behörden eindeutig klar gemacht, daß sie nicht das Treiben des SAVAK, sondern die gegen das Schah-Regime gerichteten Aktivitäten der CISNU für gegen die Interessen der BRD gerichtet ansehen. Zynisch fährt dann der Staatsanwalt fort, nur dann, wenn aus diesen Tätigkeiten der SAVAK-Agenten persischen Bürgern „Nachteile" erwachsen seien, komme unter Umständen im Einzelfall eine Beihilfe zu dem betreffenden Delikt in Betracht (nach „FR", 26.7.). Aber hierfür gäbe es keine Beweise!

Die jetzt bekannt gewordenen Tatsachen sind ein Beweis dafür, daß es den westdeutschen Behörden auch bei den jetzigen Verhaftungen im wesentlichen um den Schutz der SAVAK-Agenten geht. Ginge es um etwas anderes, müßte jetzt zumindest ein Strafverfahren gegen den Leiter der Abteilung Ausländerüberwachung, Bessel-Lorck, eingeleitet werden. Wir sind sicher, dabei würde noch so manche Lüge der Regierungsstellen aufgedeckt werden.

Solidaritätsaktionen für die verhafteten iranischen Genossen

Frankfurt: Vom 30. Juli bis zum 7. August führte die CISNU einen Hungerstreik durch, um eine Gegenöffentlichkeit zur diffamierenden Informationspolitik herzustellen und die Freilassung der inhaftierten Iraner zu erreichen. Am 31. Juli fand eine Veranstaltung von CISNU und Uni-AStA statt, um über die Vorfälle zu berichten. Trotz schlechter Mobilisierung kamen ca. 150 Leute. Ein CISNU-Genosse berichtete über das Gespräch mit den SAVAK-Leuten vom 17. Juli — besonders wies er darauf hin, daß jetzt die Aussage eines SAVAK-Agenten ausreicht, um fortschrittliche Iraner jederzeit zu verurteilen und auszuweisen. Weiter sagte er, daß zu vermuten sei, daß die BRD-Organe durch das massive Intervenieren zugunsten der SAVAK-Leute erreichen wollen, daß keiner von ihnen über das wahre Ausmaß der SAVAK-Aktivitäten und über die Verbindungen zu BRD-Geheimdiensten aussagt. Danach berichtete er von einem Gerücht, daß versucht werden solle, über die SAVAK eine schahfreundliche Exilorganisation aufzubauen. Bei der anschließenden Diskussion wurde auch die Position geäußert, daß man sich erst von den Ereignissen im Iran distanzieren müsse, bevor man sich mit den hier verfolgten iranischen Antifaschisten solidarisieren könne. Diese Position wurde aber von den meisten Anwesenden abgelehnt. Anschließend wurden noch Ideen für mögliche weitere Aktivitäten gesammelt, aber leider wurden keine konkreten Abmachungen getroffen.

Uni-Zelle/KB Frankfurt

Westberlin: Mit einem Sitzstreik im iranischen Generalkonsulat bekräftigten rund 80 Mitglieder der CISNU ihre Forderung an die iranische Regierung, auf diplomatischem Weg von Bonn die Auslieferung von SAVAK-Spitzeln zu erreichen, um sie im Iran vor Gericht zu stellen. Die Pässe aller im Ausland enttarnten Spitzel sollten nicht verlängert werden. Weiter forderten sie die iranische Regierung auf, die vollständigen Listen der in der BRD tätigen Spitzel zu veröffentlichen („TAZ", 3.8.79).

Weitere Sitzstreiks fanden in Hamburg und Bonn statt („TAZ", 26.7.79).

Hamburg: In Hamburg fand am 11. August eine Demonstration statt, die von CIS, KBW, KPD, Palästina-Komitee und der ORT/PTE (Spanien) getragen wurde. Die Freilassung der acht inhaftierten Perser wurde bisher vom Amtsrichter abgelehnt. Lediglich eine Akteneinsicht für die Verteidigung konnte am 8. August endlich durchgesetzt werden.

Göttingen: Der AStA der Uni Göttingen führte am 28. Juli mit Vertretern des Studentenwohnheims, in dem die Hausdurchsuchungen stattgefunden hatten, eine Kundgebung auf dem Marktplatz durch. In Göttingen mußte die Staatsanwaltschaft inzwischen die Ermittlungsverfahren gegen die iranischen Genossen einstellen, weil der Tatverdacht nicht ausreichte. Tatsächlich hatte sich der SAVAK-Agent in den Vernehmungen der Polizei in so viele Widersprüche verwickelt, daß es wohl besser war, die Sache nicht an die große Glocke zu hängen.

Weitere Protesterklärungen gab es von den ASten der Uni Bremen, der Uni Hannover, der Uni Gießen und von der ESG in Konstanz.

Nahost-Kommission

Schon wieder: „Deutschlandstiftung" kontra ARBEITERKAMPF

Die stramm rechte „Deutschlandstiftung" fühlt sich vom KB wieder einmal auf den Schlips getreten. Nach etlichen früheren Gerichtsverfahren gegen den AK haben die Anwälte der „Deutschlandstiftung" am 30.7.79 „Antrag auf Verhängung eines Ordnungsmittels" (d.h. einer „empfindlichen" Geldstrafe) gegen den Reents-Verlag gestellt. Es geht dabei um Folgendes: Im Januar 78 hatte die „Deutschlandstiftung" beim Landgericht München I eine Einstweilige Verfügung erreicht, die es dem KB verbietet, *„wörtlich oder sinngemäß zu behaupten"*, die „Deutschlandstiftung" habe *„Verbindungen zu rechtsradikalen Gruppen"*. Dieses Verbot sieht die „Deutschlandstiftung" verletzt durch eine Passage im AK vom 25.6.79. Dort hieß es über das sogenannte „Hilfskomitee Südliches Afrika": **„Einträchtig sitzen und wühlen hier beieinander: NPD, CDU, CSU, Witiko-Bund, Deutschlandstiftung".** Daß sie dort zusammensitzen, ist faktisch gar nicht zu bestreiten. So moniert die „Deutschlandstiftung" auch nur die Behauptung, sie „wühle" dort zusammen mit der NPD und dem Witiko-Bund. In der Tat ist kaum zu vermuten, daß diese Herrschaften dort wühlen, schon gar nicht einträchtig. Sie sind schließlich keine Maulwürfe, oder?!

Es steht zu befürchten, daß die „Deutschlandstiftung" mit diesem Unfug bei ihrem Münchener Hausgericht „Recht" zugesprochen bekommt und die Sache teuer für uns wird.

Zurück zur Kanonenbootpolitik

Die Ankündigung der USA, eine rasch an allen Punkten der Welt einsetzbare Aggressions-Truppe von ca. 100.000 Mann aufzubauen, hat Anfang August durch den CDU-Bundestagsabgeordneten Todenhöfer („Afrika-Experte" seiner Partei) Unterstützung gefunden. Todenhöfer bezeichnete den Aufbau dieser neokolonialistischen Aggressions-Truppe als **„einen Schritt in die richtige Richtung"**. Leider hätten die anderen NATO-Länder die USA mit diesem Projekt bisher *„weitgehend alleingelassen"*. Dem SPD-Vorsitzenden Brandt, der das Projekt dezent kritisiert hatte, warf Todenhöfer vor, damit habe er sich *„erneut zum Sprachrohr sowjetischer Propaganda"* gemacht („Welt am Sonntag", 5.8.).

Todenhöfer hat sich schon mehrmals, beispielsweise auch in Sachen Chile, als CDU-Rechtsaußen und Sprachrohr der außenpolitischen Vorstellungen von F.J. Strauß profiliert. Es ist kaum zu bezweifeln, daß er auch in diesem Fall die Vorstellungen des Kanzlerkandidaten ausgesprochen hat.

Kurz zuvor war in der Juli-Ausgabe des Wirtschafts-Informationsdienstes „Basis" ein Artikel von Paul C. Martin erschienen, in dem dieser dazu aufforderte, mit militärischen Mitteln *„die Fahrt in eine neue Wirtschaftskrise zu stoppen"*. Konkret empfohlen wurde ein Einmarsch in Lybien, denn: *„Die verbale und die tatsächliche Erpressung von zwei Milliarden Menschen der Industrienationen durch zwei Millionen Beduinen ... hat ihre Grenzen erreicht"*. Außerdem empfahl Paul C. Martin die *„Besetzung der wichtigsten Ölfelder im Nahen Osten"* (nach FR, 23.7.). Er handelte sich mit dieser offensichtlichen Kriegshetze zwar einige Anzeigen von Demokraten ein, die aber zweifellos ergebnislos bleiben werden.

Bereits am 24. Juni hatte ein Hans Tross im CSU-nahen „Münchner Merkur" empfohlen, es *„müßte das Ziel des Westens sein, die Ölfelder zu besetzen"*.

Unterdessen laufen in der kalifornischen Mohawe-Wüste schon die militärischen Vorübungen für einen Einsatz von US-Truppen gegen Lybien oder andere Erdöl-Länder. „Bild am Sonntag" brachte darüber am 12.8. einen begeisterten zweiseitigen Artikel. Außer dem Nahen Osten seien auch Korea und das südliche Afrika mögliche Einsatzgebiete, berichtete die „BamS".

Auch der französische Imperialismus bereitet sich auf militärische Unternehmen im arabischen Raum vor. *„Unter strengster Geheimhaltung"* („BamS") werde von Frankreich derzeit *„eine aus Fallschirmjägern und Marine-Infanteristen bestehende Eingreiftruppe"* aufgebaut. Chef dieser Truppe ist der General Erulin, der bereits die französische Intervention in Zaire leitete. *„Niemand soll sich an dem für uns bestimmten Öl zu schaffen machen! Wir sind ein Wachhund, der nicht nur bellen, sondern auch beißen kann"*, zitierte die „BamS" einen französischen Generalstabsoffizier. Frankreich hat im Persischen Golf und im Indischen Ozean 18 Kriegsschiffe stationiert. **„Die ständige Einsatzflotte Frankreichs im Indischen Ozean ist manchmal zahlenmäßig größer als die Verbände der Sowjetunion und der USA"** (FR, 6.8.).

Daß die Kriegsvorbereitungen schon jetzt kurz vor dem Übergang zur direkten Kriegsprovokation sind, zeigt eine Bekanntmachung der US-Regierung: Um deutlich zu machen, daß die USA die von den 111 Küstenstaaten der Welt beschlossene 12-Meilen-Hoheitszone nicht anerkennen, sondern lediglich eine 3-Meilen-Zone vor der Küste (was derzeit nur noch von 22 Ländern vertreten wird), sollen US-Kriegsschiffe und -flugzeuge künftig „demonstrativ" in der 12-Meilen-Zone bestimmter Staaten „operieren". **„Das Recht zum Kreuzen in diesem Seegebiet soll notfalls mit Waffengewalt gewahrt werden"**.

Unter den Ländern, gegen die sich solche Provokationen zukünftig richten sollen, werden ausdrücklich Libyen und Vietnam genannt (FR, 13.8.). **In diesem Zusammenhang:** Die Ausweitung der US-Aggression wurde 1964 mit dem sogenannten Tonking-Zwischenfall motiviert. Damals drangen US-Kriegsschiffe weit in vietnamesische Gewässer ein und provozierten ein Gefecht mit vietnamesischen Küstenwacht-Schiffen. Das war für den US-Imperialismus dann der „Kriegsgrund"!

Viel Neues scheint den Imperialisten dazu seither nicht eingefallen zu sein.

Zurück aus dem Iran

F.: Du bist gerade aus dem Iran zurückgekehrt. Kannst Du uns von Deinen Eindrücken berichten?

A.: Ich bin vor vier Wochen natürlich nicht ohne Herzklopfen in den Iran gereist, als Frau allein in die frauenfeindlichste Gesellschaft, die ich bisher kennengelernt habe, und in ein Land, in dem es die wohl breiteste antiimperialistische und demokratische Bewegung fast eines ganzen Volkes gegeben hatte, die schließlich zum Sturz des Schah-Regimes geführt hatte, und in dem die jetzigen Machthaber dabei sind, mit Riesenschritten und mit einer Millionenschar fanatisierter Anhänger eine neue Diktatur zu etablieren, im Namen des Islam. Mir war sehr konkret bekannt, mit welchen unterdrückerischen Methoden, deren Gipfelpunkte wieder willkürliche Verhaftungen, brutalste Folter und Morde an Revolutionären sind, gegen die linken und revolutionären Kräfte vorgegangen wird, aber auch gegen jeden Demokraten und jede kleine bürgerliche demokratische Freiheit.

Mein erster Eindruck war deshalb außerordentlich positiv. An dem Tag, an dem ich in Teheran ankam, begann die ,,Konferenz der iranischen Völker'', ein Seminar, auf dem zum ersten Mal in der Geschichte Irans die Vertreter der verschiedenen Nationalitäten und der in den Minderheitengebieten arbeitenden politischen Organisationen zusammenkamen, um eine gemeinsame Plattform und ein gemeinsames politisches Vorgehen zu beraten. Die Initiative dazu hatte die Demokratische Nationalfront ergriffen. Das Ergebnis des drei Tage dauernden Seminars war der Entwurf für eine gemeinsame Plattform und

fen. Das Ergebnis des drei Tage dauernden Seminars war der Entwurf für eine gemeinsame Plattform und

die Einrichtung des ,,Rats der Völker''. Das nächste Seminar wird noch im August in Mahabad (Kurdistan) durchgeführt.

Ich hatte Gelegenheit — vor allem auf Vermittlung der ,,Vereinigten Linken'', die in der Demokratischen Nationalfront arbeitet —, am Rande der Konferenz mit Vertretern der kurdischen, arabischen und turkmenischen Minderheiten sehr ausführliche Interviews für den ARBEITERKAMPF zu machen. Ihr könnt Euch vorstellen, daß ich ganz einfach begeistert war, so unmittelbar und so viel über die Situation und die Politik der linken und demokratischen Kräfte in den Minderheitengebieten zu erfahren. Ich war überrascht und erfreut von der Vielfalt des politischen Lebens, von der Stärke der revolutionären und demokratischen Kräfte in den Minderheitengebieten (Araber, Kurden, Turkmenen und Belutschen stellen ein Drittel bis die Hälfte der Bevölkerung Irans dar). Auf dieser Konferenz faßte ich dann den Entschluß, möglichst schnell nach Kurdistan zu fahren.

F.: Wie lange warst Du in Kurdistan?

A.: Leider konnte ich nur vier Tage dort bleiben, denn ich mußte einen Genossen finden, der mit mir fahren und übersetzen konnte — Ihr könnt Euch vorstellen, daß alle Genossen bis zum Halse in der politischen Arbeit stecken.

Wir fuhren am Abend vor Beginn des Fastenmonats Ramazan mit dem Bus in Teheran los. Mir war etwas mulmig, schließlich gab es in verschiedenen Orten Kurdistans scharfe und zum Teil auch bewaffnete Auseinandersetzungen mit der Zentralgewalt und örtlichen Reaktionären, ausserdem gab es immer stärkere Gerüchte in Teheran, über einen bevorstehenden Angriff der Armee auf Kurdistan und schließlich mußte man auch unterwegs mit Kontrollen durch Komitees und Revolutionsgarden rechnen, die ihre Willkür schon genügend unter Beweis gestellt hatten.

Nach 14 stündiger Fahrt kamen wir morgens in Mahabad an. In einem Interview in Teheran hatte mir der Generalsekretär der Demokratischen Partei Kurdistans, Ghassemlou, Mahabad und andere Teile Kurdistans als befreite Gebiete beschrieben. Und wirklich, das gesamte Klima war spürbar freier.

Durch die schweren Auseinandersetzungen mit der Zentralgewalt war in der ganzen Bevölkerung eine totale Abwehrhaltung gegen die verrückte Zwangsislamisierung Khomeinys zu spüren. Auch in Teheran gibt es Khomeiny-Witze, sie werden aber von den kurdischen übertroffen. In Teheran war es unmöglich, während des Ramazans auf der Straße zu rauchen oder zu essen, fast alle Restaurants und Imbisse waren entweder verschlossen oder verkauften nur außer Haus. In Eisdielen erhielt man den Becher Eis nur ohne Löffel, damit man nicht schon auf der Straße zu essen begann. Die vielen Getränke- und Saftverkäufer in den Straßen Teherans, die nun wirklich eher dahinvegetieren, mußten ihre Stände für einen Monat dicht machen. Die Wasserbehälter an den Straßenrändern waren leer — trotz der noch recht erheblichen Hitze. In Kurdistan war es möglich: Wer fasten wollte, fastete, übte aber keinen Terror gegen Nichtfastende aus. In Teheran wurde durch die Angst vor möglichen willkürlichen Akten der fanatisierten islamischen Banden praktisch lückenlos das ,,Fasten'' in der Öffentlichkeit durchgesetzt.

Wahrscheinlich gibt es in keinem Teil Irans so viele Menschen unter Waffen wie in Kurdistan, zum Teil werden sie auch offen getragen. Trotzdem fühlte ich mich völlig sicher, weil es in Mahabad kein islamisches Komitee und keine Revolutionsgarden gibt, die zwar Waffen haben, aber nicht schießen können. Es gibt auch keine entfaltete antikommunistische Hetze, obwohl es schwere Differenzen zwischen der Demokratischen Partei Kurdistans und den revolutionären Organisationen, der ,,Liga für die Emanzipation der Werktätigen Kurdistans'' und den ,,Volksfedayin'' in Kurdistan gibt, die zusammen in ganz Kurdistan mehr Einfluß haben als die Demokratische Partei (Mahabad ausgenommen).

F.: Worin liegen denn die Differenzen zwischen der Demokratischen Partei Kurdistans und den beiden revolutionären Gruppen?

A.: Die Demokratische Partei Kurdistans ist der Meinung, daß zunächst die nationale Frage gelöst werden muß, d.h., daß zunächst mit allen gesellschaftlichen Schichten und Klassen, angefangen bei den landwirtschaftlichen Tagelöhnern, über die verschiedenen Bauernschichten bis hin

sen, angefangen bei den landwirtschaftlichen Tagelöhnern, über die verschiedenen Bauernschichten bis hin

zu den Feudalherren oder Stammesführern, gemeinsam die innere Autonomie erreicht werden soll. Dann erst könne man dabeigehen, Klassenwidersprüche zu lösen.

Die beiden revolutionären Organisationen halten den Klassenkampf für untrennbar von dem Kampf um innere Autonomie und meinen, daß die nationale Frage erst im Rahmen eines wirklich demokratischen Iran, in dem die Arbeiter die Macht haben, gelöst werden kann.

Diese beiden grundlegend unterschiedlichen Einschätzungen führen natürlich zu einer unterschiedlichen politischen Praxis. Das konnten wir am Beispiel der Räte anschaulich erleben.

Alle drei politischen Organisationen haben Bauernräte in verschiedenen Dörfern gebildet. Die gesamte Bauernschaft in Kurdistan macht etwa 75 % der Bevölkerung aus. Nur die Volksfedayin arbeiten unter der sehr kleinen Arbeiterschaft (etwa 5 %), die vorwiegend im Baugewerbe tätig ist.

In dem Interview bezeichnet der Generalsekretär der DPK, Ghassemlou, die in vielen Städten Kurdistan gebildeten Räte als ein wichtiges Anzeichen, daß das Volk an die Macht gekommen ist. Ich hatte Gelegenheit, mit einem Mitglied des Stadtrates Mahabad und Mitglied der DPK, das auch Mitglied in dem ,,Unterrat'' für Bauernfragen war, ein Interview zu machen. In diesem Interview wurde deutlich, daß immer dort Bauernräte von dem Stadtrat gebildet werden, wo es Konflikte unter den Tagelöhnern und armen Bauern auf der einen Seite und Großgrundbesitzern auf der anderen Seite gibt. Die Bauernräte haben die Aufgabe, die Konflikte gütlich beizulegen, gelingt das nicht, werden Verhaftungen vorgenommen und der Konflikt dann in Mahabad ,,gelöst''.

Die beiden anderen Organisationen setzen auf diese Klassenwidersprüche, auch wenn sie betonen, daß sie derzeit nicht frontal gegen die Feudalisten vorgehen. Hier macht sich bemerkbar, was auch in der Frage der Expertenversammlung (für die Bearbeitung der iranischen Verfassung) und des Verbots von ,,Ayandegan'' deutlich wurde, daß auch die revolutionären Organisationen noch immer meinen, daß bei einem gewissen Wohlverhalten die Schläge der Zentralgewalt und der Reaktionäre ausbleiben oder sanfter ausfallen.

Ich muß aber betonen, daß mir die Politik der revolutionären Organisationen in den Bauernräten erheblich mehr zusagt, als die der DPK. Ich will dazu einige Beispiele aus dem Interview mit den Sprechern der Volksfedayin in Mahabad zitieren. *,,Ich möchte von dem Bauernrat in H. berichten. Vor vier Monaten gab es wegen der Weiden einen Konflikt. Die Feudalherren hatten die Weiden an sich gerissen, da haben wir einen Bauernrat gegründet, und der Konflikt wurde durch den Bauernrat beigelegt.*

Zunächst hatten die Feudalherren versucht, das Dorf mit Bewaffneten zu umzingeln, dann haben die Bauern sich auch bewaffnet und es geschafft, die Feudalherren zu verjagen. Vor zehn Tagen haben die Bauern die Ländereien an sich genommen und geerntet. Die Feudalherren fingen an, bewaffnete Manöver zu unternehmen und haben sich an den Stadtrat in Mahabad gewandt. Die Bauern in der Nachbarschaft haben diesen Bauern große Hilfe geleistet, und nach langen Verhandlungen haben die Bauern es geschafft, einen Teil der Ernte für sich zu behalten.

Es gibt ständig solche Konflikte zwischen Bauern und wohlhabenden Bauern und Feudalherren.

Ein anderes Beispiel sind die Ereignisse im Dorf Hessar.

Vor der Revolution hatte der Großgrundbesitzer mit Hilfe der Gendarmerie die Ländereien an sich gerissen. Nach dem Aufstand haben die Bauern mit Hilfe von Bauernräten diese Ländereien unter ihre eigene Kontrolle gebracht. Diese Ländereien bestanden aus einem Teil aus Weiden und zum anderen aus Kornfeldern. Diese Weiden wurden von Anfang an als nationalisiert erklärt. Aber die Kornfelder wollte der Feudalherr mit Hilfe eines Mähdreschers und bewaffneter Leute abernten. Da haben die Bauern mit Hilfe revolutionärer Kräfte diese Felder besetzt und haben ein Ultimatum gestellt, falls der Mähdrescher und die bewaffneten Leute nicht in 5 Minuten das Feld verlassen, würde das ganze Feld in Brand gesetzt. Es ist interessant, daß sich in solchen Fällen die Großgrundbesitzer an die Demokratische Partei Kurdistans wenden. Ein schwieriges Problem besteht darin, daß die Bauern keinen Mähdrescher haben, aber sie

stans wenden. Ein schwieriges Problem besteht darin, daß die Bauern keinen Mähdrescher haben, aber sie

brauchen ihn dringend, um die ganzen Felder abzuernten...''

(Interview vom 27.7.79).

F.: Kannst Du etwas über die Ereignisse in Mariwan sagen?

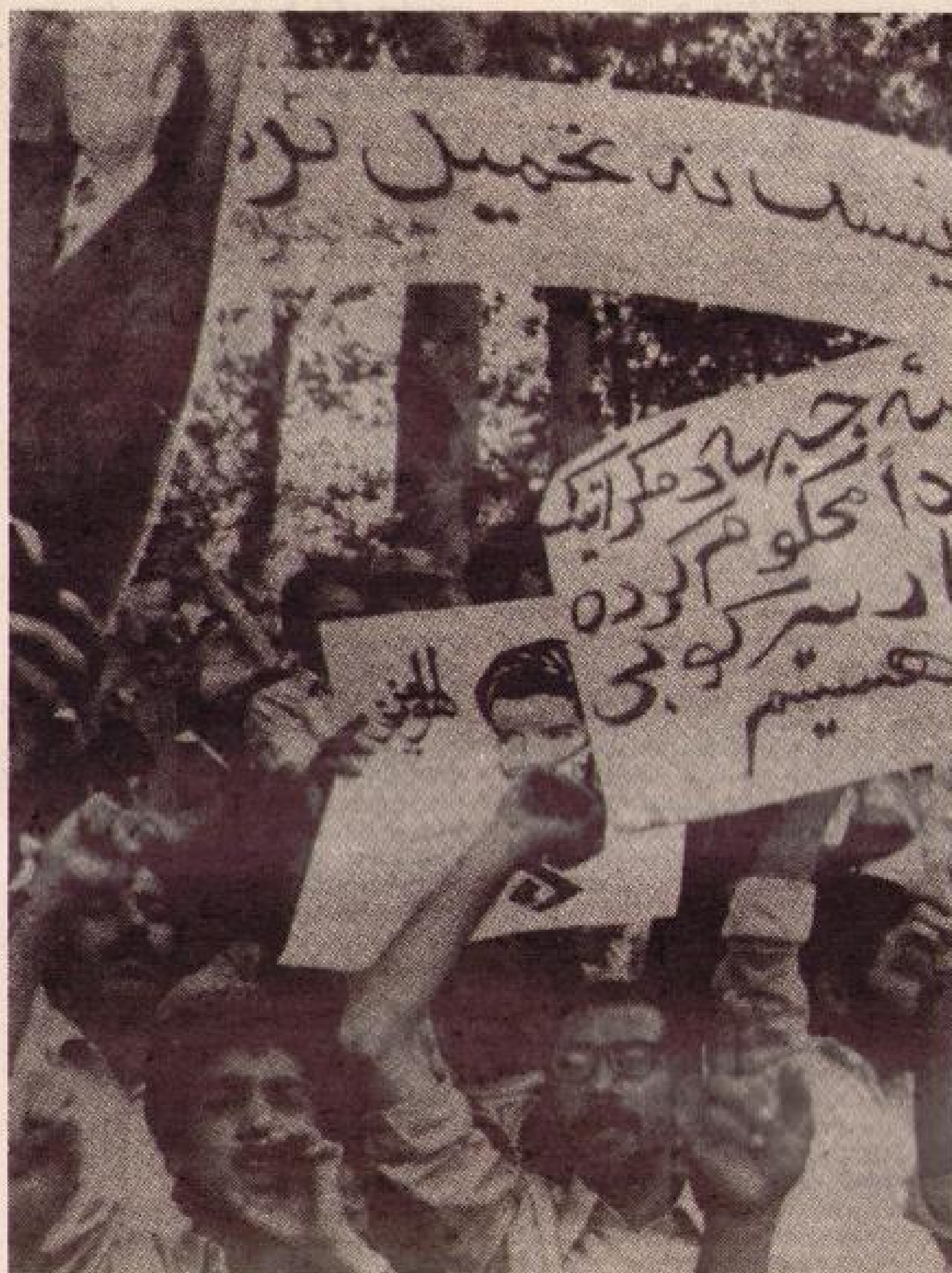
A.: Mariwan ist eine kurdische Stadt, die ziemlich nahe an der irakischen Grenze liegt. Die Bevölkerung Mariwans hat gegen die Anwesenheit und das Treiben der islamischen Modjahedin protestiert und wollte sie aus der Stadt schmeißen. Wie Ihr vielleicht wißt, ist diese Modjahedin-Truppe von der Konterrevolution nach dem Aufstand gebildet worden. Sie darf auf keinen Fall mit der revolutionären Organisation der religiösen Volksmodjahedin verwechselt werden, die eine fortschrittliche Politik macht und ebenso wie die marxistische Linke starken Repressionen ausgesetzt ist.

Um Druck auszuüben, hat die Bevölkerung Mariwans einfach die Stadt verlassen. 75 % hat sich in die Berge zurückgezogen. Zum Schutz der Häuser blieben bewaffnete Peschmergas zurück.

Unmittelbar nach unserem Interview fuhren die Volksfedayin-Vertreter nach Sanandaj. Dort begann ein Protestmarsch gegen das Vorgehen der Zentralregierung, der in Mariwan nach Tagen endete. Bis zu 20.000 Menschen beteiligten sich an der Demonstration. Gleichzeitig setzte aber die Zentralregierung mehrere Panzer von Kermanshar in Richtung Mariwan in Bewegung. Sie wurde jedoch von der Bevölkerung in Kamjaran, das auf dem Wege liegt, gestoppt. Einen Tag später wurde eine Panzerbrigade nach Sanandaj geschickt.

Trotz des Einflusses der linken und revolutionären Kräfte und trotz ihrer militärischen Stärke haben die Kurden sich letztlich auf eine sehr faule Kompromißlösung eingelassen, die im wesentlichen beinhaltet, daß die Modjahedin Mariwan verlassen und die örtliche Polizei in Zukunft von den Kurden selbst gestellt wird, dafür aber die Armee der Zentralregierung in die Garnison in Mariwan einziehen darf.

Die Armee ist, mit Billigung der kurdischen Verhandlungspartner, nicht nur in Mariwan präsent, auch in anderen kurdischen Städten. Unmittelbar vor unserer Reise nach Kurdistan war eine Abordnung des Stadtrates von Mahabad, in Qom bei Khomeiny, um über die Verlegung der Garnison in Mahabad aus der Stadt heraus zu verhandeln. Die Anwesenheit der Armee in Kurdistan stellt meiner Ansicht nach eine ganz große Gefahr dar, vor allem, wenn man bedenkt, daß die Zentralregierung ständig mit einem Angriff der Armee auf Kurdistan droht. Die fortschrittlichen Kräfte betonen immer wieder, daß sie sich einen Krieg nicht aufzwingen lassen wollen, nicht jetzt, zu diesem Zeitpunkt. Meiner Ansicht nach arbeitet die Zeit jedoch im Augenblick vor allem der Reaktion in die Hände, die Armee kann sich stabilisieren. Im Augenblick bestünde meiner Ansicht nach eine gute Chance, das provokative Vorgehen der Regierung auch mal bewaffnet zurückzuschlagen, gerade in Kurdistan, wo die Zentralgewalt derzeit gar nicht in der Lage wäre, sich tatsächlich durchzusetzen.



Anhänger Khomeinys fordern den Heiligen Krieg:
,,Wir verurteilen schärftens die Demokratische Nationalfront und fordern, daß sie zerschlagen wird''.

Anhänger Khomeinys fordern den Heiligen Krieg:
,,Wir verurteilen schärftens die Demokratische Nationalfront und fordern, daß sie zerschlagen wird''.

Aber das Verhalten von Teilen der linken und fortschrittlichen Kräfte scheint mir insgesamt etwas zurückweichlerisch und sehr auf die ,,Legalität'' bedacht zu sein, die andererseits verächtlich gemacht wird, wenn es um die Verteidigung ,,bürgerlicher'' demokratischer Rechte geht. Mit Ausnahmen, was sich, wie gesagt, sowohl in den Ereignissen um ,,Ayandegan'' und die ,,Wahlen'' zur Expertenversammlung gezeigt hat.

F.: Kannst Du das an den Beispielen, die Du eben genannt hast, ausführen? Welche Gruppen betrifft das? Alle?

A.: Zunächst zur Wahl der ,,Expertenversammlung''. Die ,,Expertenversammlung'' ist sozusagen die Erfindung der reaktionären religiösen Kräfte, sie soll eine ,,Konstituierende Versammlung'' ersetzen und hat die Aufgabe, den Verfassungsentwurf für die islamische Republik endgültig zu beraten. Nun ist es für mich schon ein Unding, wenn linke Organisationen sich überhaupt in einer ,,Islamischen Republik'' (gegen die sie im übrigen beim Referendum Ende März gestimmt haben) an der Ausarbeitung einer ,,islamischen Verfassung'' beteiligen. Damals hatte jedoch die Linke sich nicht direkt gegen eine ,,Islamische Republik'', sondern vor allem gegen die undemokratische Verfahrensweise ausgesprochen, weil man in einem Zuge sich mit der Ablehnung der Monarchie für die ,,Islamische Republik'' entscheiden mußte. Im Nachhinein würde ich dies schon für ein gefährliches Leisetreten halten (bloß nicht die islamische Reaktion verschrecken).

Ich glaube, hier liegt auch die schwankende Haltung der linken und revolutionären Gruppen begründet. Beispielsweise hatten die Volksfedayin beim Referendum u.a. vertreten, man könne nicht losgelöst vom Inhalt über die Islamische Republik entscheiden; jetzt wollten sie eben, in der Expertenversammlung, über den Inhalt diskutieren. Die Chancen, selbst für die Volksfedayin, die neben den Volksmodjahedin die größte Anhängerschaft haben, überhaupt in die Expertenversammlung reinzukommen, war gleich Null. Das haben sie selbst mit der Bekanntgabe ihrer Kandidatur vertreten.

Beispielsweise konnten von über 100 Kandidaten in Teheran 10 gewählt werden, jeder war berechtigt, bis zu 10 Stimmen abzugeben, die 10 Kandidaten mit den meisten Stimmen kamen in die Expertenversammlung. Schon dieses Wahlverfahren ist äusserst undemokratisch, weil es nur der stärksten Gruppe eine Chance gibt.

Dann zum Wahlvorgang selbst: Jeder Wähler mußte seinen Wahlschein selbst ausschreiben (man bedenke die Analphabetenquote), Symbole für Parteien, wie wir das aus Portugal kennen, gab es nicht, zum Teil wurde an Straßenecken gewählt, nirgends gab es Wahlkabinen, fragte man nach der Liste der Kandidaten, wurde auf das Plakat mit den 10 Kandidaten von Khomeinys Islamischer Republik-Partei verwiesen. Zur Auszählung: In Teheran brauchte man sieben Tage. In den ersten sechs Tagen schafften die Zähler 800.000 Stimmen, am siebten weitere 1.400.000. Wirklich verblüffend!

Daß sich die Volksmodjahedin beteiligten, war vorauszusehen, sie hatten sich auch am Referendum beteiligt. Daß sich aber von den größten linken Gruppen auch die Volksfedayin und Peykar (früher Volksmodjahedin-Marxisten/Leninisten) beteiligten, kann man nur bedauern. Hauptsächliche Begründung war, daß man bei einer Beteiligung an den Wahlen das undemokratische Vorgehen der Regierung besser entlarven kann. Nun, das undemokratische Wahlverfahren war vorher schon bekannt, wie kann man sich einem undemokratischen Wahlverfahren unterwerfen?

Der entscheidende Grund für mich, der gegen eine Beteiligung spricht (mit der man letztlich Wohlverhalten zeigen will) ist, daß längst die Reaktion bestimmt, wann und wie schwer sie die Schläge gegen die linken und revolutionären Kräfte verteilt.

Von den relevanten linken Gruppen hat sich nur die ,,Demokratische Nationalfront'' nicht beteiligt, auch wenn die Entscheidung für die Nichtbeteiligung erst reichlich spät fiel — Tage vor der Wahl.

Die ,,offiziellen'' Ergebnisse, die mit Sicherheit mit großen Fälschungen behaftet sind, weisen einige interessante Sachen auf (ich beziehe mich nur auf Teheran). Offiziell betrug die Wahlbeteiligung 67 %. Der Vertreter der Volksmodjahedin erhielt etwa 270.000 Stimmen (gewählt von allen Anhängern der Linken, so z.B. Volksfedayin oder Frauenorganisationen), die Genossin der Volksfedayin 110.000 Stimmen, der nächstfolgende Genosse 90.000, der Genosse von ,,Peykar'' 50.000 Stimmen, Tabari von der revisionistischen Tudeh-Partei 47.000 Stimmen (von Intellektuellen mitgewählt), der Generalsekretär der Tudeh-Partei, Kianouri, 37.000 Stimmen, eine Kandidatin der Tudeh-Partei 20.000 Stimmen (entspricht den festen Anhängern der Tudeh-Partei). Die meisten Stimmen erhielten die Kandidaten der reaktionären islamischen Parteien, die ersten Zehn erhielten zwischen 1 und 2 Millionen Stimmen. Ayatollah Taleghani, der bislang ein fortschrittliches Image hatte und deshalb als Integrationsfigur eingesetzt werden konnte, war Kandidat a l l e r islamischen Parteien, von den fortschrittlichen Volksmodjahedin bis zur reaktionären Partei Khomeinys. Ich hoffe, daß er nun für diese Rolle als Integrationsfigur nicht mehr einsetzbar ist.

F.: Du sprachst vorhin davon, daß Deiner Meinung nach die Linke durch Wohlverhalten nichts gewinnen kann,

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 3

und daß letztlich die Reaktion die Schläge bestimmt.

A.: Ja, wenige Tage nach der Wahl, — in Teheran waren noch nicht einmal die Stimmen ausgezählt — häuften sich Beschwerden über undemokratische Verfahrensweisen und Fälschungen bei der Wahl. Am Freitag waren die Wahlen gewesen, am Dienstag wurde die Druckerei von „Ayandegan" besetzt. Es ist die bestausgerüstete Druckerei in Teheran, in der u.a. „Azadi", „Teheran Mosawar", „Ahangar" und die neue „Kayhan", „Kayhan-e Azad", herauskamen bzw. herauskommen sollte. Mit einem Schlag war praktisch der ganze fortschrittliche und unabhängige Zeitungsmarkt lahmgelegt. Dieses Vorgehen der Regierung stieß auf breite Empörung, aber über das Vorgehen konnte keine Einigung erzielt werden unter den demokratischen und revolutionären Kräften. Die Tudeh-Partei erklärte mir in einem Gespräch, daß sie voll und ganz die Anklagepunkte der Regierung unterstütze, nämlich daß „Ayandegan" vom Zionismus und Imperialismus abhängig sei. Mit welcher Kaltschnäuzigkeit die Vertreter der Tudeh-Partei diese Lüge weiterverbreiteten, hat mir schon einen Schauer über den Rücken gejagt. Da ist noch einiges zu erwarten.

Leider konnte sich die Linke in Teheran nicht zu einer gemeinsamen Demonstration entschließen. So rief zunächst die „Demokratische Nationalfront" allein zu einer Demonstration gegen die Schließung der Druckerei von „Ayandegan" und das neue Pressegesetz auf. Später schlossen sich einige kleinere linke Gruppen und der „Rat der Völker" dem Aufruf an. Die Volksfedayin beteiligten sich nicht, die offizielle Begründung ist mir auch nicht genau bekannt. Die Anhänger der Volksfedayin waren über diesen Entschluß ihrer Leitung allerdings geteilter Meinung, viele erklärten schon vorher, daß sie an der Demo teilnehmen werden, andere Anhänger — ich möchte noch einmal betonen, daß es sich dabei nicht um die offizielle Begründung handelt — erklärten, in dieser Frage würden doch nur die Bürgerlichen auf die Straße gehen, deshalb würden sie sich nicht beteiligen.

F.: Wie verlief die Demonstration? Wir haben gehört, daß es sehr viele Verletzte gegeben hat?

A.: Trotz der Nichtbeteiligung der Volksfedayin, die für ihre Wahlbeteiligung immerhin zwischen 100.000 und 150.000 Anhänger auf die Beine bringen konnte (die Tudeh-Partei höchstens 50.000), waren sehr, sehr viele Menschen auf der Straße, wahrscheinlich bis zu 500.000.

Ich muß betonen, daß jeder, der an der Demonstration teilnahm, damit rechnen mußte, daß die „Lumpen", die inzwischen bei jeder linken Kundgebung oder Demonstration faschistische Stoßtrupps bilden, wieder wüten würden. Sie bestehen aus den ärmsten, unbewußtesten Schichten, die religiös und vor allem antikommunistisch verhetzt und zu jeder Grausamkeit — gegen Bezahlung — bereit sind. Trotzdem — und trotz der Angst, die aufgrund des inzwischen geschaffenen Terrorklimas bei vielen Menschen herrscht, versammelte sich diese riesige Menschenmenge.

Noch vor Beginn der Demo gab es auf dem Unigelände (die Demo sollte vor der Uni beginnen und bis zum Sitz von Ministerpräsident Bazargan gehen) die ersten Auseinandersetzungen, die falangistischen Stoßtrupps marschierten mit Khomeiny-Bildern und antikommunistischen Parolen herum. Als sich die Demonstration auf der „Revolutionsstraße" (früher Schah Reza) in Bewegung setzen wollte, wurde der Kopf der Demo mit einem Hagel von Steinen und Cola-Flaschen eingedeckt. Die Falangisten hatten schon vorher zwei Lastwagen mit Steinen und Sand und einen mit Cola-Flaschen angefahren.

Ihr könnt Euch die Verletzungen vorstellen. Ich selbst ging in eine Nebenstraße, dort sah ich den Abtransport der Verletzten. Aber nach einiger Zeit hatte sich die Demo in Gang gesetzt, aus den Nebenstraßen kamen immer mehr Menschen. *„Nieder mit den Faschisten", „Nieder mit der Reaktion"* waren zwei wichtige Parolen.

Ich ging neben der Demo auf dem Fußgängerweg entlang. An vielen Stellen wurden einzelne „Lumpen" entwaffnet. Die Menschen marschierten sehr selbstbewußt und stolz. Die erste Demo seit dem 1. Mai, die nicht auseinandergejagt wurde.

Unter den Demonstranten hatten sich jedoch mehrere Stoßtrupps von Falangisten eingereiht, besonders am Ende des Zuges, die immer wieder die fortschrittlichen Menschen hetzten. Der Zug konnte jedoch bis vor das Ministerpräsidentenamt geführt werden.

Nach dieser Demonstration war mir klar, was unter „Lumpen" zu verstehen ist, die ja nicht zum ersten Mal in der Geschichte Irans die blutigsten Geschäfte der schwärzesten Reaktion ausführen. Ich habe in meinem ganzen Leben noch nie so aufgehetzte und fanatisierte Menschen gesehen, die laut riefen *„Oh, würde uns Khomeiny doch endlich zum Heiligen Krieg aufrufen, damit wir die alle umbringen können".* Gemeint sind natürlich die Demokraten, die Kommunisten. Das erste Mal seit meiner Ankunft in Iran hatte ich wirklich Angst.

Das Ergebnis des brutalen Einsatzes dieser falangistischen Stoßtrupps waren 600 Verletzte (Zahl der in den Krankenhäusern Behandelten), davon eine Anzahl durch Messerstiche verletzt, viele darunter schwer- oder lebensgefährlich verletzt, nach einem Zeitungsbericht wurden zwei Menschen die Ohren abgeschnitten.

Einen Tag später begannen die falangistischen Stoßtrupps den ganzen Stadtteil um die Universität zu terrorisieren. Montagmorgen wurden die Büros der „Pischgam" (Avantgarde)-Studenten (Sympathisanten der Volksfedayin), der „Pischgam"-Lehrerorganisation, der „Kämpfenden Studenten" (Sympathisanten der Organisation „Peykar") und das Haus der Volksfedayin überfallen. Die zahlreichen Bücher und Broschüren, das Propagandamaterial wurde auf die Straße geworfen und total zerfetzt. Zahlreiche Linke wurden denunziert und verhaftet. Alle linken Bücherstände entlang der „Revolutionsstrasse" wurden abgeräumt, sämtliche Zeitungsverkäufer verprügelt und vertrieben.

Erfolglos waren die Banden nur vor dem Hauptquartier der Volksmodjahedin, das allerdings von einem starken Eisenzaun geschützt ist und ständig von Bewaffneten bewacht wird (im Gegensatz zu allen anderen Büros der Linken). Die Volksmodjahedin mobilisierten sofort ihre Anhänger, die Tag und Nacht sich in Diskussionsgruppen sitzend und stehend vor dem Hauptquartier aufhielten. Ständig und tagelang 3.000 bis 5.000 Menschen. Außerdem hatten die Volksmodjahedin gedroht, bei einem Angriff zu schießen.

Die Anhänger der Volksfedayin sammelten sich erst im Laufe des Montags zu einem Sitzstreik vor dem schon überfallenen Hauptquartier, um eine endgültige Besetzung zu verhindern. Die Anwesenden wurden allerdings laufend von Mitgliedern der Revolutionsgarden mit Luftschüssen aus Maschinenpistolen terrorisiert.

Das Büro der Tudeh-Partei wurde nicht überfallen, obwohl es sich in 50 m Entfernung von den Studentenbüros befindet. Es wurde von Khomeinys Revolutionsgarde bewaffnet geschützt. Nicht nur die Tudeh-Partei steht voll und ganz hinter der islamischen Reaktion. Auf der Demonstration am Sonntag wurden Mitglieder der chinatreuen Organisationen unter den falangistischen Stoßtrupps gesehen.

Bis zu meiner Abreise am Donnerstag morgen wurde das gesamte Uni-Viertel von den Falangisten beherrscht. Als ich einmal mit einem Genossen im Auto an der Uni vorbeifuhr, wurde uns von einem dieser „Lumpen", der gerade die Aufgabe übernommen hatte, den Verkehr zu regeln, nachgerufen *„Seht da, ein Kommunist und eine Ausländerin, die müssen wir schlachten."* Nicht in der Möglichkeitsform, die müßte man schlachten, sondern ganz konkret.

Diese Ausländerfeindlichkeit, die sich im Augenblick gegen die ausländische Presse richtet (viele Fotoapparate wurden in den letzten Tagen zerschlagen), hat natürlich nichts mit Antiimperialismus zu tun, sondern richtet sich gegen eine kritische Berichterstattung über das Treiben dieser Leute.

F.: Du sagtest zu Beginn des Interviews, daß Du noch nie eine so frauenfeindliche Gesellschaft erlebt hast.

A.: Ja, diese Frauenfeindlichkeit war überall zu spüren. Zunächst wurde ich ganz schön angestarrt von den Männern auf der Straße, Frau, Ausländerin und ohne islamische Bedeckung, die Füße ohne Strümpfe in den Sandalen, in einem längeren Rock und T-Shirts mit kurzen Ärmeln.

Die linken Frauen tragen in der Regel Hosen oder Röcke mit sehr weiten und langärmligen Blusen und Strümpfe. Das bei der Hitze! Religiöse Frauen tragen außerdem ein großes Kopftuch und noch eine weitere, kittelähnliche Bluse, oder eben den Tschador, den Körperschleier. Relativ wenige Frauen laufen für unsere Begriffe „normal" gekleidet herum. Manchmal sieht man ganz kleine Mädchen im Tschador.

Wenn ich die Frauen so eingemummelt sah, mußte ich oft an die Begründung selbst fortschrittlicher Religiöser für die Gleichheit der Frau denken. Frauen und Männer sind Menschen, deshalb sind sie gleich. Nur ist die Frau besonderen Vorschriften und Befehlen unterworfen, die für die Erhaltung der Persönlichkeit der Frau vorgeschrieben sind. Aber sie ist gleich, weil sie ein Mensch ist. Ein Mensch ohne Arme und Beine, ohne Gesicht, das ebenfalls von dem schwarzen Tschador fast ganz verdeckt werden muß. Die „Bedekkung" eine Maßnahme zur Erhaltung der Würde der Frau? Ich war jedenfalls nach einigen Tagen froh, daß ich weder inneren noch äußeren Zwängen dieser Art ausgesetzt war und mich frei bewegen konnte!

Die islamische Bedeckung ist natürlich nur ein Ausdruck der tatsächlichen Unterdrückung der Frau. Der Zwang zur Verschleierung, teils subtil und teils unter der Drohung, unverschleierte Frauen mit Säure oder Messern zu verunstalten, geht eindeutig von den Männern aus. Ich habe nie erlebt, daß eine verschleierte Frau in irgendeiner Weise eine unverschleierte Frau unfreundlich behandelte. Unter Frauen herrscht da eine wirkliche Toleranz.

Die Frauen selbst, auch die in Frauenorganisationen aktiv arbeiten, messen jetzt, nachdem durch die spontanen Kämpfe der Verschleierungszwang abgewehrt wurde, dieser Frage eine zweitrangige Bedeutung zu.

Wichtig für die Frauen ist der antiimperialistische Kampf und der Kampf um demokratische Rechte bzw. der Abwehrkampf gegen die Errichtung einer neuen Diktatur. Und in diesen Rahmen fällt für die Frauen auch der Kampf um ihre besondere Unterdrückung, wobei derzeit der Schwerpunkt im Kampf um das Recht auf Arbeit für die Frauen liegt. Denn eins ist deutlich, die Frauen sollen, nach dem Willen der islamischen Reaktionäre, völlig ins Haus zurückgedrängt werden.

Ich möchte das jetzt nicht weiter ausführen, ich konnte mit tatkräftiger Unterstützung der „Nationalen Union der Frauen" eine ganze Reihe Interviews mit Frauen und Frauenorganisationen machen, die wir sehr schnell, zusammen mit den Interviews mit Vertretern der nationalen Minderheiten, politischer Organisationen und Vertretern von Basisorganisationen, als Buch veröffentlichen werden.

Besonders gefreut habe ich mich darüber, daß die neugegründeten Frauenorganisationen — fast durchweg demokratische und antiimperialistische Organisationen; es gibt zwei islamische Frauenorganisationen, von denen eine fast faschistisch ist, die andere sich des Apparates und der Kräfte der offiziellen Frauenorganisation des Schah-Regimes bedient — in den wenigen Monaten ihres Bestehens (sie wurden alle Anfang März bis Anfang April gegründet) eine gute Arbeit entwickeln konnten und enormen Zulauf haben. Obwohl die Frauen es besonders schwer haben. Sie brauchen, ebenso wie die demokratischen und revolutionären Gruppen, unsere propagandistische, moralische und materielle Unterstützung.

F.: Wie würdest Du zusammenfassend die Situation einschätzen?

A.: Ich war positiv überrascht, wie relativ stark die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte seit dem Aufstand geworden sind, wieviele Sympathisanten sie haben — das gilt besonders für die Gebiete der nationalen Minderheiten und für Teheran. Allerdings darf man nicht vergessen, daß die Zersplitterung wegen der langdauernden tiefen Illegalität sehr groß ist und, wie die oben angeführten Beispiele zeigen, scheinbar nur schwer zu überwinden ist.

Obwohl die linken Organisationen alle in Abgrenzung zur verräterischen Politik der Tudeh-Partei entstanden sind, gibt es keine wirkliche politische Auseinandersetzung mit dem Revisionismus, das hat auch Auswirkungen auf die praktische Politik.

Die Zentralgewalt wäre im Augenblick kaum in der Lage, die Bewegungen der nationalen Minderheiten — die vor allem — zu zerschlagen. Die Armee ist immer noch nicht intakt, die Zahl der Unzufriedenen wächst, einmal wegen der Zwangsislamisierungspolitik Khomeinys, die nun wirklich jedes politische Fingerspitzengefühl vermissen läßt und die Zahl seiner Anhänger auf den harten Kern schrumpfen läßt, andererseits wegen der vielen ungelösten Widersprüche und der großen wirtschaftlichen Probleme.

Zum Schluß möchte ich noch einmal auf die großen Schwierigkeiten hinweisen, unter denen die iranischen Genossen kämpfen. Das betrifft einmal die ständigen, schweren Auseinandersetzungen, die Verfolgungen, die besonders in Khuzistan äußerst blutig sind. Dutzende Genossen sind inzwischen unter irgendwelchen obskuren Anklagen verhaftet, hingerichtet und gefoltert worden, wobei die Folter teilweise brutaler als unter dem Schah-Regime ist. Das betrifft aber auch das tagtägliche Leben, aus dem sämtliche „Vergnügungen" verbannt werden, Musik, Kunst, Kultur, Badeverbot für Frauen, Alkoholverbot usw.

Die iranischen Genossinnen und Genossen brauchen unsere Solidarität.

Iran — Pressezensur soll durchgesetzt werden

Seit dem 12.8. hat es die schwersten Kämpfe in Teheran seit dem Sturz des Schah gegeben. Anlaß war die Besetzung der Druckerei von „Ayandegan" und die Ankündigung eines neuen Pressegesetzes, das der Regierung erlauben sollte, alle Veröffentlichungen vorläufig verbieten zu können, die ihr oder ihrer Führung kritisch gegenüberstehen.

Am 7.8. hatten schwerbewaffnete Revolutionsgarden Druckerei und Redaktion von „Ayandegan" besetzt, 13 Redakteure verhaftet. Druckereiarbeiter und Redakteure traten in den Sitzstreik. Obwohl die Regierung ihre Vorwürfe nur gegen „Ayandegan" erhob, waren alle in der Druckerei gedruckten Zeitungen, z.B. „Azadi" (Zeitung der DNF), „Teheren Mosawar", „Ahangar" gleichermaßen betroffen. Als es bei darauffolgenden Demonstrationen zu Provokationen von Religiösen und zu harten Auseinandersetzungen kam, verhängte die Regierung am 14.8. ein totales unbefristetes Demonstrationsverbot!

Mit der Verabschiedung des reaktionären Pressegesetzes soll nach der totalen Zensur in Rundfunk und Fernsehen auch die Presse endgültig geknebelt werden.

Gleich nach der Revolution waren Rundfunk und Fernsehen – die wichtigsten Medien bei einer Analphabetenquote von 70% – von der Regierung gleichgeschaltet worden. Im Mai 1979 hatte der Direktor der Fernseh- und Rundfunkanstalten, Ghotbzadeh, vier kritische Zeitungen verboten, nachdem sie führende Politiker kritisiert hatten. Darauf waren Verkaufsstände der Zeitung überall in Flammen aufgegangen, wurden Zeitungsverkäufer von fanatisierten Banden verprügelt. Die Zeitungen „Ayandegan", „Peygham Emrouz", „Teheran Mosawar" und „Ahangar" erschienen trotzdem weiter, „Ayandegar" konnte seitdem die Auflage sogar erhöhen. Die anderen Zeitungen „Ettelaat" und „Kayhan" wurden von den Religiösen übernommen – dieses Schicksal droht jetzt auch den letzten unabhängigen Zeitungen.

„Ayandegan" war zu Zeiten des Schah die Zeitung des Staatspartei, nach der Revolution wurde sie aber von einem fortschrittlichen Redaktionskomitee übernommen und gilt als die beste und wirklich unabhängige Tageszeitung.

Beim Verbot der Zeitung wurde der Umstand ausgenutzt, daß sie vor der Revolution eine Schah-Zeitung war. Die Begründung für das Verbot war, „Ayandegan" habe *„im Dienste des internationalen Zionismus mit dem amerikanischen Geheimdienst CIA und dem israelischen Geheimdienst Mossad zusammengearbeitet"* („FR", 10.8.) und habe Zwietracht gesät, irreführende Ansichten verbreitet, militärische Geheimnisse verraten und in der Luftwaffe Verwirrung gestiftet.

Die Tudeh-Partei hat sich dieser Begründung der Regierung ausdrücklich angeschlossen, meldete aber Bedenken wegen der „Prozedur" an (nach dem Bericht einer Genossin).

Am 7.8. stürmten 30 schwerbewaffnete Angehörige der Revolutionsgarden die Redaktion und verhafteten 13 Redakteure. 15 Angehörige der Revolutionsgarden versuchten, einen der 5 Redaktionsräte, Massoud Mahadjar, in seiner Wohnung zu verhaften. Dies gelang ihnen nur deshalb nicht, weil zahlreiche Bewohner des Viertels ihnen den Weg versperrten! Mahadjar steht jetzt unter Hausarrest.

Die Zeitungen „Kayhan e-Azad" („Freie Kayhan") (wurde im Mai von linken Redakteuren gegründet, die wegen der Übernahme von „Kayhan" durch die Religiösen dort weggegangen waren), „Azadi", „Teheran Mosawa" und „Nedaye-Azadi", die alle im „Ayandegan"-Verlag gedruckt wurden, sowie die satirische Wochenzeitschrift „Ahangar" wurden ebenfalls verboten. „Kayan e-Azard" und „Nedaye-Azadi" erschienen am 8.8. als Sonderausgaben, die im Untergrund erstellt wurden.

Gegen die Schließung von „Ayandegan".gab es breiten Protest: Der Schriftstellerverband protestierte, die „Moslemische Volkspartei" Schariat-Madaris nannte die Maßnahmen konterrevolutionär. Die „Demokratische Nationalfront" erklärte, der *„Schatten des Faschismus"* liege über dem Iran. Das Verbot sei ein weiterer großer Schritt in Richtung auf die Gleichschaltung der Presse und die Einschränkung ihrer Freiheit durch die Herrschenden. Die Regierung fürchte jede Art von Opposition („SZ" 9.8.). die „Demokratische Nationalfront" rief für den 12.8. zu einer Kundgebung und Demonstration auf. Ebenfalls aufgerufen hat der „Rat der Völker" und verschiedene linke Gruppen, nicht aber die Volksfedayin und Volksmodjahedin. Diesem Aufruf folgten zwischen 200.000 und 500.000 Menschen (nach unterschiedlichen Schätzungen). Es kam zu schweren Auseinandersetzungen, weil die „Lumpen" (religiös und vor allem antikommunistisch verhetzte Menschen, ohne jedes Bewußtsein und zu den barbarischsten Grausamkeiten in der Lage) Lastwagen mit Steinen und Cola-Flaschen angefahren hatten und damit auf die Demonstranten warfen. Zwei Demonstranten wurden die Ohren abgeschnitten. Viele Menschen wurden durch Messerstiche verletzt. Insgesamt wurden 600 Verletzte allein in die Krankebhäuser gebracht (nach einem Augenzeugenbericht).

Am Montag wurde auch von 500 „Lumpen", die im Namen Khomeiny's auftreten, das Teheraner Hauptquartier der Volksfedayin gestürmt, das Büro der „Pischgam" („Avantgarde")-Lehrerorganisation, der „kämpfenden Studenten" (Sympathisanten der Organisation „Peykar") wurden ebenfalls von den mit Stökken und Steinen bewaffneten Horden heimgesucht.

Daraufhin machten am 14.8. 300-1.000 Mitglieder der Volksmodjahedin ein Sit-in vor ihrem Hauptquartier, um eine mögliche Besetzung durch die Religiösen zu verhindern („FR", 15.8.). Mittags führten die linken Kräfte eine Protestdemonstration durch, an der etwa 10.000 Menschen teilnahmen. Auch sie wurden wieder von Provokateuren mit Steinen beworfen. Die Revolutionsgardisten lösten daraufhin mit Tränengasgranaten und Luftschüssen die Demonstration auf. Noch während der Demonstration wurde von der Regierung ein totales Demonstrationsverbot bekanntgegeben. Gegen den Führer der „Demokratischen Nationalfront", Matine-Daftari, wurde ein Haftbefehl ausgesprochen („FR", 15.8.). Inzwischen wurden weitere 35 Redakteure von „Ayandegan" verhaftet, die in der Redaktion einen Sitzstreik durchgeführt hatten. Für 10 Zeitungen gilt ein Verbot, davon erscheinen bisher nur noch „Teheran Mossawar" und „Ommid Iran". Der Chefredakteur von „Peygham Emrouz", Reza Marzban, wurde verhaftet. Die Zeitung erschien jedoch weiter aus dem Untergrund, Marzban hatte die Redakteure aufgefordert, sich durch seine Verhaftung nicht von der Herausgabe der Zeitung abbringen zu lassen. Am 13.8. wurden weitere Zensurmaßnahmen beschlossen, die die ausländischen Berichterstatter betreffen. Danach müssen Auslandskorrespondenten einen Eid ablegen, daß sie die Wahrheit schreiben, keine Gerüchte verbreiten und keine Zwietracht hervorrufen. Interviews mit Regierungsvertretern dürfen nur noch im Beisein eines Kontrollbeamten stattfinden, alle drei Monate müssen sich die Journalisten ihre Akkreditierung erneuern lassen. Bei einem Verstoß erfolgt eine Verwarnung, beim zweiten Mal wird der/die Betreffende ausgewiesen oder strafrechtlich verfolgt. Dies gilt auch, wenn die Journalisten die Artikel nicht persönlich geschrieben haben! Schon vorher waren zwei amerikanische Journalisten ausgewiesen worden, ein Fernsehteam der amerikanischen „NBC", das in Kurdistan filmen wollte, mußte den Iran innerhalb von 48 Stunden verlassen. Damit ist den Medien offiziell total der Mund geknebelt.

Begleitet wird die Pressezensur von massiven Übergriffen auf alle, nicht-religiösen bzw. fortschrittlichen religiösen Kräfte, zu denen die Khomeiny-Anhänger von ihm selbst angestachelt werden.

Grün-Bunte Einheit in Gefahr

Die Einsicht, daß die Grünen und Bunten zur Bundestagswahl 1980 mit einer gemeinsamen Liste antreten müssen, schien nach der Europawahl im Juni dieses Jahres spontan einen fruchtbaren Boden zu finden. Dies kam in mehreren Konferenzen und Resolutionen zum Ausdruck: Die Bunte Liste Hamburg gab z.B. unmittelbar nach der Europawahl eine Presseerklärung heraus, in der sie ausdrücklich ihre Bereitschaft für eine *,,gemeinsame alternative Kandidatur gegen die etablierten Parteien''* wiederholte; der Hauptausschuß der AUD verabschiedete auf seiner Sitzung am 23.6. einen Beschluß, in dem sich für eine *,,einzige grüne und alternative Liste''* ausgesprochen wurde; und in gleicher Richtung diskutierte auch die Mehrheit auf der Konferenz der ,,Grünen" am 24.6. in Kassel und das Arbeitstreffen grüner und alternativer Listen am 30.6./1.7. in Vlotho. In einem Grußschreiben an dieses Vlothoer Arbeitstreffen brachte auch Petra Kelly, Spitzenkandidatin der ,,Grünen'' zur Europawahl, ihre Hoffnung zum Ausdruck, daß hier ein erfolgreicher Schritt zu einer *,,offenen, aufrichtigen Gesamt-Alternativbewegung''* getan werde. Besonders hoffnungsvoll stimmte die Resolution der Landesdelegiertenkonferenz der niedersächsischen GLU am 7./8.7. in Bodenwerder, mit der ein akzeptabler Fahrplan für die programmatische Diskussion der Grünen und Bunten aufgestellt wurde. Demnach soll ein gemeinsamer Bundeskongreß im November stattfinden, mit dem Ziel, bis zum Januar nächsten Jahres eine gemeinsame Liste zu konstituieren. In all diesen Diskussionen und Beschlüssen spiegelt sich der an der Basis gewachsene Wunsch nach einer grün/buntenEinheit wider, der in einigen Orten Nordrhein-Westfalens auch bereits die konkrete Gestalt einer gemeinsamen Kandidatur zu den dortigen Kommunalwahlen am 30. September angenommen hat (z.B. Bielefeld, Dortmund und Köln).

Mittlerweile verstärken sich jedoch auch die Anzeichen, daß diejenigen Kräfte in den Führungsgremien der Grünen, die diesen Einigungsbemühungen von Anfang an hinhaltend bis ablehnend gegenüber gestanden haben, **intensiv bemüht sind, Fakten g e g e n diese Einheit zu schaffen.** Die Auseinandersetzungen in Bremen/Bremerhaven, d.h. die von der ,,Bremer Grünen Liste'' (BGL) hartnäckig betriebene Spaltung einer gemeinsamen alternativen Kandidatur zur Bürgerschafts- und Stadtverordnetenwahl am 7. Oktober, war schon lange das ,,Gegenmodell'' zu diesen Einheitsbemühungen, bzw. genauer gesagt, die ungebrochene Fortsetzung des in Hamburg und Hessen von grünen Kräften begonnenen Spaltungskurses (siehe Artikel zu Bremen in dieser Ausgabe). Dabei kristallisiert sich immer mehr heraus, daß dieser Spaltungskurs nicht allein in Bremer Ver-
Ausgabe). Dabei kristallisiert sich immer mehr heraus, daß dieser Spaltungskurs nicht allein in Bremer Ver-
antwortung, bei der BGL, liegt, sondern daß er seine Förderer in der Spitze des Bundesverbands der ,,Grünen'' hat: Georg Otto, auf dem Bodenwerder Kongreß der GLU-Niedersachsen abgewählt er Landesvorsitzender und kurz darauf für 5.000 DM Monatsgehalt (brutto) neu bestallte Organisator der ,,Grünen'', hat bundesweit und insbesondere bei den Kreisverbänden der niedersächsischen GLU zu massiver Wahlkampfunterstützung der BGL aufgerufen — obwohl die GLU, deren Programmkommissions-Mitglied er nach wie vor ist, in Bodenwerder einen Neutralitätsbeschluß für den Fall des Nicht-Zustandekommens einer gemeinsamen Liste in Bremen gefaßt hat. Georg Ottos Vorgehen ist eingebettet in eine Strategie des ,,Grünen''-Vorstands, die auch zur Bundestagswahl 1980 eine Ausschaltung der alternativen Kräfte vorsieht.

Grün/bunte Konferenz oder Programmkonferenz der Grünen?

Entgegen der Absicht des von der niedersächsischen GLU aufgestellten Fahrplans hat der Vorstand der ,,Grünen'' auf seiner Sitzung am 15. Juli in Bonn beschlossen, den November-Kongreß nicht als eine gemeinsame Beratung der Grünen und Bunten, sondern als einen *,,Programmkongreß der Grünen''* abzuhalten, auf dem die *,,stimmberechtigte Teilnahme''* durch grüne Mitgliedsausweise nachgewiesen werden soll. Dies ist ein deutlicher Affront nicht nur gegen die bunten und alternativen Listen, sondern auch gegen einen großen Teil der grünen Basis. In diesem Licht müssen ein Teil der zuvor in Richtung auf eine gemeinsame Kandidatur gefaßten Resolutionen sogar als reine Hinhaltetaktik und machtpolitisches Doppelspiel erscheinen, denn ein Teil der Kräfte, die am Zustandekommen dieses Vorstandsbeschlusses beteiligt waren, haben zuvor auch an Einheits-Resolutionen mitgewirkt oder sich zumindest in Diskussionen in dieser Richtung ausgesprochen. Im Vorstand der ,,Grünen'' sitzen u.a. August Haußleiter (AUD), Herbert Gruhl (GAZ), Neddermeyer und Gisela Schöttler (GLU Niedersachsen), Plagemann (GL Schleswig-Holstein) und Werner Knecht (GLU Nordrhein-Westfalen, gleichzeitig Kandidat auf einer gemeinsamen grün/bunten Liste in Köln).

Nach uns vorliegenden Informationen wird in Vorstandskreisen der ,,Grünen'' auch direkt davon gesprochen, die Bunten und Alternativen zunächst in der Annahme des Zustandekommens einer Einheit zu belassen und solange hinzuhalten, bis die grüne Partei unter Dach und Fach sei. Der GAZ-Vorsitzende Gruhl gehört dabei zu den schärfsten Gegnern einer tatsächlichen Zusammenarbeit und drang (wie er es auch schon auf dem erwähnten Kasseler Treffen tat) auf eine schnelle Parteigründung. Vor allem in Bayern und Baden-Württemberg findet derzeit ein regelrechter Wettlauf um grüne Kreisverbandsgründungen statt, wie unschwer der AUD-Zeitung ,,die Unabhängigen'' zu entnehmen ist (die Münchner AUD-Zentrale wurde im übrigen schon in ,,Die Grünen, Generalsekretariat'' umbenannt). Aber auch in Hannover hat der ,,Grünen''-Vorstand bereits eine regionale Geschäftsstelle eingerichtet. Offensichtlich ist, daß dabei zwischen der AUD- und der GAZ-Führung (personell: Haußleiter und Gruhl) auch um die unangefochtene Spitzenstellung innerhalb der beabsichtigten grünen Partei gerungen wird.

Vertreter des AUD-Vorstands streuen dabei zudem das Gerücht aus, sie hätten angeblich ,,Absprachen mit dem KB'', daß die Bunten und Alternativen auf keinen Fall eine Gegenkandidatur beabsichtigen, wenn es nicht zu einer Einheit käme; insofern drohe den Grünen keine Gefahr bei ihrer Hinhaltetaktik. Selbstverständlich gibt es aber keinerlei solche Absprache.

Bestätigt wird die Absicht einer Alleinkandidatur der Grünen auch durch neuere Rundschreiben aus der GL Schleswig-Holstein und der GLU Hamburg.

— Baldur Springmann, Vorsitzender der GLSH, fordert in seinem Rundbrief die politische Unterordnung der alternativen Bewegung unter *,,rein ökologische Positionen''* und die *,,Reaktivierung des Satzungs- und Programmausschusses''* der ,,Grünen'', der nur um solche Mitglieder erweitert werden soll, die von vornherein *,,die Europa-Wahlplattform als Grundlage des zu erarbeitenden Parteiprogramms anerkennen können*
herein ,,die Europa-Wahlplattform als Grundlage des zu erarbeitenden Parteiprogramms anerkennen können
und bereit sind, auf grundsätzliches Umfunktionieren zu verzichten''. Die *,,Frage der Doppelmitgliedschaft''* soll entsprechend des Parteiengesetzes geregelt werden, eine neue Umschreibung von Unvereinbarkeitsbeschlüssen gegen Mitglieder kommunistischer Organisationen, wahrscheinlich aber auch gegen alle Mitglieder der bisherigen grünen und bunten Listen, d. h. vollständige Auflösung dieser Verbände. Ferner schlägt Springmann vor, daß bei der Beantragung der Mitgliedschaft in den ,,Grünen'' ein Text unterschrieben werden soll, in dem gleichfalls von vornherein das derzeitige (Europa-)Programm der Grünen verbindlich anerkannt und zugestimmt werden soll, daß *,,alle politischen Probleme zuvörderst nach ökologischen Gesichtspunkten''* anzugehen seien, was zumindest eine Ausschaltung aller Forderungen aus der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung bedeutet, die bislang bei den alternativen Listen und auch bei einem Teil der grünen Listen Eingang gefunden haben.

— Heinz Böhmecke, Vorsitzender der GLU Hamburg, hat in einem Rundschreiben offen dargelegt, daß er *,,zur Zeit keine Möglichkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen der Bunten Liste und unserem Wahlbündnis ,Die Grünen' ''* sehe, nachdem Holger Strohm (ehemaliger Bürgerschaftskandidat der Bunten Liste, der sich nach der Wahl wieder von der Bunten Liste trennte), den Heinz Böhmecke anzuwerben versuchte, darauf bestand, daß die Hamburger GLU sich endlich von den zum Neonazismus tendierenden ,,Solidaristen'' trennen und Gespräche mit Vertretern der Bunten Liste aufnehmen solle. Ferner regte Holger Strohm an, daß Heinz Böhmecke sich wegen seiner dubiosen Rolle bei der Spaltung in Hamburg in künftigen Einigungsverhandlungen persönlich im Hintergrund halten solle. In diesem Fall ist das Doppelspiel besonders deutlich: Während Böhmecke in diesem internen Schreiben ungeschminkt eine Absage an die Zusammenarbeit erteilt, nimmt er gleichzeitig tatsächlich an Gesprächen mit der Bunten Liste teil und beteuert dort seinen ,,Einheitswillen''. Absicht dabei ist, wie uns auch aus den Reihen der Grünen mitgeteilt wurde, ,,die Kirchlichen'' aus der Bunten Liste abzuwerben — ,,den Rest'' könne man eh ,,nicht brauchen''.

,,Die Hindernisse zur grün/bunten Einheit aus dem Weg räumen''

Das Deutlichwerden des Doppelspiels zur Ausschaltung der Bunten und Alternativen hat bei diesen und auch in der Basis der Grünen bereits Reaktionen hervorgerufen:

— Die Bunte Liste Hamburg verschickte am 11.8. eine sechsseitige Dokumentation darüber, in der sie *,,an alle Freunde und Freundinnen der grünen und alternativen Bewegung''* appellierte, *,,nicht Hindernisse auf dem Weg zur grün/bunten Einheit aufzutürmen, sondern diese aus dem Weg zu räumen''*.

— Auf einem Treffen *,,der Grünen (GAZ, AUD), der Bürgerinitiativen, der Alternativen, der Friedensleute u. a.''* am 13.8. in Hof (Bayern) wurde einstimmig eine Resolution verabschiedet, mit der der Bodenwerder GLU-Beschluß für eine gemeinsame Konferenz usw. unterstützt wurde.

— Bereits Ende Juli lud der ,,Achberger Kreis'' (ein Teil der ,,Grünen'') zu einem Treffen alternativer Gruppen und Projekte aus Baden-Württemberg ein, bei dem folgende Erklärung verabschiedet wurde: *,,Die 4. Koordinationskonferenz der Alternativbewegung Baden-Württemberg ist der Meinung, daß eine alternative Kandidatur auf Landes- oder örtlicher Ebene nicht von einigen Spitzenfunktionären ausgehandelt werden darf, sondern von Grünen, Bunten und Alternativbewegung basisdemokratisch aufgebaut werden muß. Grundlage davon sollte die Gleichberechtigung, das gegenseitige Respektieren unterschiedlicher Standpunkte und die Ablehnung von Abgrenzungsbeschlüssen sein''*.

Den Erklärungen von Hof und Achberg kommt insofern besondere Bedeutung zu, weil der Vorstand der ,,Grünen'' auf seiner Bonner Sitzung Mitte Juli die Gründung von Landesverbänden in Baden-Württemberg am 30. September (dem Wahltag von NRW) und in Bayern am 7. Oktober (dem Wahltag von Bremen) beschlossen hat, um damit vor allem im süddeutschen Raum die organisatorische Basis für seine bundesweite Alleinvertretungs-Strategie auszubauen.

In der erwähnten Dokumentation der Hamburger Bunten Liste heißt es
vertretungs-Strategie auszubauen.
In der erwähnten Dokumentation der Hamburger Bunten Liste heißt es
zur Bewertung der gegenwärtigen Situation:

,,Die alternative Bewegung hat leider schon zu oft die Erfahrung machen müssen (in Hamburg, in Hessen und derzeit in Bremen), daß einige Leute den Aufwind dieser Bewegung zu nutzen versuchen, um ihr eigenes Süppchen zu kochen: Mit engstirnigem Machtpoker wird der Erfolg dieser Bewegung zunichte gemacht, werden die Substanz und das radikaldemokratische Selbstverständis dieser Bewegung verfälscht. Wir sind durch negative Erfahrungen hellhörig geworden. Wir vertrauen nicht allein auf Bekenntnisse und papierne Beschlüsse, uns kommt es darauf an, mit praktischen Schritten die Einheitsbemühungen unter Beweis zu stellen. Das sehen wir durch das Vorgehen des Vorstands der ,Grünen' und durch den Verlauf der Bremer Auseinandersetzung gefährdet . ... Wir meinen, daß gerade angesichts der Kandidatur von Strauß die Einheit der Grünen und Bunten/Alternativen zwingend geboten ist, und daß jeder, der dieser Einheit Fallstricke in den Weg legt, sich den Vorwurf gefallen lassen muß, zum Machtantritt von Strauß beizutragen. Oder sollte es in der grünen Bewegung gar Leute geben, die einen Machtantritt von Strauß als ein ,kleineres Übel' gegenüber der Zusammenarbeit mit den Bunten begreifen ...? (Wir erinnern uns noch gut an den unrühmlichen Ausspruch des Herrn Lehnhausen von der hessischen GAZ, der lieber mehrere Atomkraftwerke in Betrieb als einen Kommunisten auf der Kandidatenliste sehen wollte.) Auf der Hand liegt jedenfalls, daß ein grüner Alleingang ohne die Alternativen und weitere radikaldemokratische Kräfte, die in diese Bewegung bislang noch nicht einbezogen sind, ein Überspringen der 5-%-Hürde aussichtslos macht.''

Bielefelder SPD gegen Bunte Liste

Internes Strategiepapier des Parteivorstands enthüllt

Der Bielefelder BUNTEN LISTE wurde ein internes Strategiepapier zugespielt, das im Auftrag des Parteivorstands erarbeitet wurde, um in letzter Minute vielleicht doch noch den Einzug der BUNTEN ins Rathaus zu verhindern, zumindest aber den zu erwartenden Wahlerfolg nicht ganz so groß ausfallen zu lassen. Bekanntlich sind in Bielefeld am 30. 9. Kommunalwahlen und das ,,Bielefelder Modell'' einer erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen Grünen und Bunten ist inzwischen auch überregional bekannt geworden. Diese grün-bunte Einheit und die Tatsache, daß die BUNTE LISTE bisher alle Hürden durch das äußerst undemokratische Kommunalwahlgesetz mühelos genommen hat und bereits seit Wochen einen sehr intensiven und breitenwirksamen Wahlkampf führt, ist der Hintergrund des jetzt bekanntgewordenen Geheimpapiers. Das Papier selbst läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Ähnlich wie bei dem bekannten Papier des Innenministeriums gegen das Russel-Tribunal werden alle möglichen Argumente und Aktionen gegen die BUNTE LISTE durchgespielt, um dann ein Szenario für das tatsächliche Vorgehen zu entwerfen.

Ausgangspunkt der Überlegungen in dem Papier ist die Feststellung, daß die SPD den ,,kritischen jungen Leuten'' nichts mehr zu bieten hat, daß sie ,,zu weit entrückt'', ihre ,,Technokratensprache'' weitgehend unverständlich und das oft bemühte Argument der „Sachzwänge" für viele ,,unglaubwürdig'' ist. Die SPD-Politik könne gerade jungen Leuten keine ,,langfristige Perspektive'' mehr bieten, deshalb könnten die Bunten *,,nach jeweils recht phantasievollen Wahlkämpfen bei den Jungwählern... einen entsprechend hohen Stimmanteil auf sich ziehen... Dies gelingt ihnen zudem ohne einen großen Parteiapparat und mit einem minimalen Kostenaufwand''*.

Nachdem dies ohne jede Schminke festgestellt wurde, stellen die Autoren eine Reihe von Überlegungen an, welche Möglichkeiten es gibt, die Bunte Liste trotzdem zu diffamieren ,,und ihr wichtige Stimmen
gen an, welche Möglichkeiten es gibt, die Bunte Liste trotzdem zu diffamieren ,,und ihr wichtige Stimmen
abnehmen zu können''.

Möglichkeit Nr. 1: das Argument der Unterwanderung durch K-Gruppen. Dieses ,,Argument'' wird als untauglich verworfen, denn trotz *,,der Mitarbeit von KB- und KPD-Mitgliedern wird man nicht sagen können, die BL sei ,kommunistisch' oder ,maoistisch' unterwandert' ''*.

Möglichkeit Nr. 2: Alles nur Studenten, die keine Ahnung haben. Auch diese Möglichkeit wird verworfen, denn *,,man kann vermuten, daß sich die Mitglieder in einigen Punkten sachkundig machen (das ,Argument' Informiert Euch erstmal, bevor ihr kritisiert, zieht bei den ,Bunten' überhaupt nicht!). Trotz des eindeutigen Übergewichts studentischer Gruppierungen wird man nicht sagen können, die Unterstützung der BL käme ausschließlich aus dem Hochschulbereich''*.

Möglichkeit Nr. 3: DDR- gesteuert. Auch hier Fehlanzeige: *,,Absolut nichts zu tun hat die BL mit der DKP oder ihr nahestehenden Organisationen; die orthodoxe Haltung der DKP steht im krassen Gegensatz zu den Zielen und Verhaltensweisen der ,Bunten' oder der ,Alternativen'. (Es hat also keinen Sinn, ihnen zu empfehlen, in die DDR zu gehen, wenn es ihnen hier nicht paßt) (!).''*

Es ist selbstverständlich zu vermuten, daß die SPD sich an diese eigenen Erkenntnisse nicht lange halten wird, daß sie trotzdem das eine oder andere ,,Argument'' der obigen Liste versuchen wird anzubringen, nur könnte das diesmal sehr peinlich werden, da die Bunten schwarz auf weiß beweisen können, daß hier bewußt diffamiert werden soll.

Ganz offensichtlich steckt die SPD Bielefeld also in einer schwierigen Sackgasse: wie soll man die Bunte Liste am wirkungsvollsten bekämpfen?

Weitere Selbsterkenntnis der SPD-Machtpolitiker: *,,Wir glauben, daß das Problem der linken Protestwähler auf die Dauer nur durch eine veränderte Politik und nicht durch taktische Finessen in Wahlkämpfen gelöst werden kann''.*

Da für die als besonders rechts bekannte Bielefelder SPD jedoch eine Änderung ihrer Politik etwa nach dem Muster der schleswig-holsteinischen oder Münsteraner SPD nicht in Frage kommt, sollen die ebenfalls rechten Jungsozialisten die Hauptlast der Vernebelungskampagne gegen die Bunte Liste tragen nach dem Motto: *,,Der auf die Zielgruppe ,mögliche Bunte-Wähler' bezogene Wahlkampf muß in der Hauptsache von den Jungsozialisten geführt werden, da sie am ehesten von jungen Leuten als Gesprächspartner akzeptiert werden. Dabei müssen die Probleme, die die Bunten schwerpunktmäßig behandeln werden (Verkehr, Atomkraft, Nagelsholz (ein Regionalflughafen, die AK-Redaktion) usw.) offensiv angegangen werden... es muß klargemacht werden, daß die Bunten keine Monopolstellung bezüglich umweltbewußter Politik besitzen.''*

Das Problem hierbei ist jedoch, daß der Spielraum der Jusos so eng gezogen werden soll, daß sie de facto für eine völlige Rechtfertigung der herrschenden Politk in diesen Fragen herhalten sollen. Deshalb wird es als wichtig erachtet, daß daneben auch *,,die Dinge aufgezeigt werden, die die Bunten ganz bewußt nicht behandeln, weil sonst nämlich klar würde, daß es bei der Wahl der SPD nicht nur um die Wahl des kleineren Übels geht: Jugendpolitik, Weiterbildung, Gesamtschule, der gesamte betriebliche Bereich''.*

Auch hier könnte es für die SPD peinlich werden, denn die BUNTE LISTE hat für all diese Punkte gute Programmpunkte und auch Ansätze praktischer Politk. So ist die BUNTE LISTE die einzige politische Kraft neben der DKP, die sich vehement für den sofortigen Bau einer 2. Gesamtschule in Bielefeld einsetzt. So hat die BUNTE LISTE bereits vor Bielefelder Betrieben ein aktuelles Flugblatt verteilt, das die Forderung der Kollegen nach einem Nachschlag
Bielefelder Betrieben ein aktuelles Flugblatt verteilt, das die Forderung der Kollegen nach einem Nachschlag
unterstützt und das allgemein positiv aufgenommen wurde. So wird sich die BUNTE LISTE der Probleme der Jugendlichen besonders annehmen.

Eine weitere Schwierigkeit für die SPD taucht auf: *,,Mit den üblichen Wahlkampfaktivitäten (z.B. Slogan-Plakate, Referenten, Jungwählerbrief nur mit positiven Leistungen der SPD) kann man potentielle BL-Wähler nicht ansprechen, man kann sie eher bestärken, diesmal nicht die SPD zu wählen.''* Zusätzlich ergibt sich das Problem, daß alle denkbaren Aktivitäten von *,,der Arbeitskapazität der Jusos''* abhängen, die in Bielefeld denkbar gering ist.

Als magere Endausbeute des Strategiepapiers bleibt als Szenario übrig:

- *,,kulturelle Veranstaltungen mit Liedersänger, Lehrlingstheater etc.,*
- *Podiumsdiskussionen mit BL-Vertretern und profilierten linken SPD-Kommunalpolitikern,*
- *Flugblätter oder Briefe an alle Haushalte/Jungwähler in den möglichen Hochburgen,*
- *Wählerinitiativen von jungen Arbeitern, Gewerkschaftern, etc., die die Perspektivlosigkeit der Bunten gerade im betrieblichen Bereich aufzeigen,*
- *Infostände in den Hochburgen mit Material von Jusos, Gewerkschaftsjugend u n d Bürgerinitiativen.*

Die Dornberger Jusos werden in den nächsten Wochen einen endgültigen Vorschlag zur Wahlkampfführung bezüglich BL-Wähler vorlegen.''

Man kann also insgesamt nur hoffen, daß die Bunten in Bielefeld ihren anfänglichen Elan beibehalten und zum ersten Mal in einer Großstadt der BRD die 5%-Hürde überspringen.

Bunte-Liste-Arbeiter
KB/Gruppe Bielefeld

Die „Bremer-Grüne Liste" Modell für die bundesweite Spaltung?

Am 16./17.8. sind die Bemühungen um die Aufstellung einer einheitlichen Liste zu den Bürgerschaftswahlen in Bremen und Bremerhaven endgültig gescheitert. Der Versuch der „Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz" (AL), mit größtmöglicher Kompromißbereitschaft die „Bremer Grüne Liste" (BGL) doch noch zu einer Einigung zu bewegen, scheiterte an deren vollständig fehlender Kompromißbereitschaft, unverschämten Erpressungsversuchen und scharfer Ausgrenzung der Linken. Damit wird es in Bremen am 7. Oktober zwei Listen geben, die sich als Alternative anbieten.

BGL: Taktisches Verhältnis zur Einheit

Nach der Spaltung der Bremer Wahlbewegung durch die „Grünen" hat die AL mehrfach versucht, doch noch zu einem gemeinsamen Vorgehen zu kommen. Den letzten Versuch unternahmen sie am 1.8. - nachdem die AL ihre Kandidatur beschlossen und die Liste ihrer Kandidaten aufgestellt hatte. In einem Brief an die BGL heißt es:

„Da wir wissen, daß das Bremer Wahlgesetz eine Listenverbindung formal nicht zuläßt, schlagen wir folgende Lösung vor:

1. *Um eine Kandidatur zu ermöglichen, wird eine gemeinsame Wählergemeinschaft gegründet, in der beide Listen zahlenmäßig gleich stark repräsentiert sind.*
2. *Diese Wählergemeinschaft wählt eine Kandidatenliste, auf der abwechselnd je ein Kandidat der AL und der BGL erscheint.*
3. *Wir einigen uns auf gemeinsame Wahlkampfschwerpunkte, an denen beide Listen gemeinsam und gleichberechtigt arbeiten und zu denen auch die zentralen Wahlplakate gemacht werden.*
4. *Beide Listen bleiben ansonsten autonom und haben nach außen die Möglichkeit, entsprechend ihren Vorstellungen und politischen Grundlagen tätig zu werden. Daß dabei gegenseitige Angriffe unterbleiben, ist wohl selbstverständlich.*

Die Voraussetzung für konstruktive Gespräche ist allerdings, daß die bisher demokratisch gewählten Kandidaten gegenseitig akzeptiert und respektiert werden".

Die Voraussetzung für konstruktive Gespräche ist allerdings, daß die bisher demokratisch gewählten Kandidaten gegenseitig akzeptiert und respektiert werden".

Am 3.8. antwortete die BGL stereotyp wie eh: *„Wir haben was gegen Fremdbestimmung und Instrumentalisierung, gleich von welcher Seite"*, womit wieder der Unvereinbarkeitsbeschluß gegen den KB (der in der AL vertreten ist) gemeint war. Statt gleichberechtigter Verhandlungen forderte die BGL dazu auf, sich ihrer Führungsgruppe unterzuordnen. Die AL „dürfe" den Wahlkampf für die BGL unterstützen, sie dürfe sich auch später an den Stadtteilbeiräten (die in Bremen nicht direkt gewählt werden) beteiligen, nur: *„Unsere Bürgerschaftskandidatenliste steht seit vier Monaten. Sie jetzt zu verändern ist viel zu spät. Wir machen seit einem halben Jahr Wahlkampf"*. (Anmerkung: witzigerweise gibt es noch keine Publikation der BGL, in der jemals die Namen der Kandidaten bekannt gegeben wurden). *„Unsere Kandidaten kennen sich, sind aufeinander eingespielt (bei einer so kleinen Truppe ist das wichtig) und bieten genügend Gewähr, nicht ‚abzuheben'"*.

Hinter dem, was die die BGL hier als „nicht abheben" bezeichnet, verbirgt sich das Grundverständnis ihrer Führungskader; seit Gründung der Bremer „Grünen" im Februar versuchen sie die Abkoppelung der Kandidaten von der Basis, die zu repräsentieren sie vorgeben, zu rechtfertigen. Die Führungskader der BGL wissen nur zu gut, daß bereits ein einziger linker Kandidat auf einem aussichtsreichen Listenplatz, den sie nicht unter Kontrolle haben, ihrer Vorstellung von politischer Arbeit im Parlament unbequem werden kann.

Auf Initiative eines Rechtsanwalts, dessen Sympathien für die „Grünen" im Verlaufe der Verhandlungen offensichtlich wurden, fanden am 13. und 14.8. erneute Einigungsbemühungen statt. Die AL beteiligte sich daran, obwohl die BGL nicht die geringste Kompromißbereitschaft gezeigt hatte. Dabei formulierte Peter Willers, einer der BGL-Wortführer, einen unverschämten Vorschlag:

– unter 11 Kandidaten sollten 7 der BGL und 4 der AL angehören und folgendermaßen placiert werden: Die Spitzenkandidatin der AL, Anny Ahrens, sollte auf Platz zwei stehen, umrahmt von 4 BGLern (Spitzenkandidat Peter Willers). Die Überlegung: Bei Überspringen der 5 % würden 5 Kandidaten ins Parlament kommen: vier von der BGL, einer von der AL! Danach schlug Willers in der weiteren Reihenfolge vor: abwechselnd je ein Kandidat der AL (also der nächste auf Platz 6) und der BGL.

Doch damit nicht genug des provokatorischen Vorgehens. Willers maßte sich auch an, daß die BGL bestimmt, welche der AL-Kandidaten genehm sind. Gnade fanden vor seinen Augen die AL-Kandidaten auf den Plätzen 1,2,4 und 10. Die übrigen wurden rauszensiert, ganz offensichtlich nach folgenden Kriterien:

– die Kommunisten;
– die Kandidatinnen der Frauenwahlinitiative;
– der Jugendkandidat (auf der Willers-Liste kandidiert nicht ein einziger Jugendlicher);
– die „Dissidenten" (auf der AL-Liste kandidieren zwei ehemalige Mitglieder der BGL).

Der Vermittler änderte diesen Willers-Vorschlag folgendermaßen: auf Platz 10 sollte ein KB-Mitglied kandidieren, auf Platz 12 der Jugendkandidat der AL. Die Überlegung war offensichtlich: Mit dem Vorschlag, ein KB-Mitglied auf Platz 10 zu nehmen, sollte zur Schau gestellt werden, daß es der BGL nicht um einen Unvereinbarkeitsbeschluß gegen den KB gehe.

Auf ihrer Sitzung am 15.8. war der BGL jedoch auch dieser Vorschlag noch zu kompromißlerisch. Sie nahmen nur an unter der Bedingung, daß unter den ersten sechs Kandidaten ein ALer erscheint, der nächste erst auf Platz sieben. Zusätzlich sollte in Bremerhaven der Spitzenkandidat ein BGLer sein. Da aus Bremerhaven aber nur ein Abgeordneter entsandt wird, hätte sich die BGL soweit abgesichert, daß bei 5 - 7 zu erwartenden Abgeordneten nur einer von der AL ist. Es ist zu begrüßen, daß die „Alternative Liste" trotz des großen Wunsches nach Einheit sich diesem Erpressungsmanöver nicht gebeugt hat.

Spaltung nach dem „Bremer Modell"?

Spaltung nach dem „Bremer Modell"?

Die BGL kann sich bei ihrem Vorgehen der Unterstützung d e s Teils der Wahlbewegung sicher sein, der zur Zeit zentral eine grüne Bundespartei unter weitgehender Ausschaltung der Linken und bereits bestehender bunter und alternativer Listen betreibt. War das Bemühen in Bremen bisher groß, das Vorgehen als ein rein Bremer Problem zu behandeln (so verschiedene Aussagen der BGL, mit denen sie alle Vermittlungsbemühungen von außen, zuletzt nach dem Vlotho-Treffen, ablehnte), das überhaupt nichts mit bundesweiten Auseinandersetzungen zu tun habe, enthüllt ein Brief des ehemaligen niedersächsischen GLU-Vorsitzenden Otto an alle „Grünen", daß die BGL voll in die bundesweite Strategie zur Spaltung der Wahlbewegung eingespannt ist. Otto, heute mit 5.000 DM Monatsgehalt gut bezahlter Funktionär im Bonner Büro der Vereinigung „Die Grünen" (der Nachfolgeorganisation der Europawahlvereinigung) forderte in seinem Brief vom Anfang August die „Grünen" bundesweit auf, die BGL zu unterstützen. Er sei damit vom Bundesvorstand der „Grünen" beauftragt. Es ist wohl kein Zufall, daß Otto dabei vergaß, die Existenz der AL zu erwähnen, wie es ebensowenig zufällig sein dürfte, daß er als Bremer Kontaktadressen die Namen von zwei rechten Flügelmännern der BGL angibt, von denen einer dem Bremer CSU-Freundeskreis entstammt.

Otto verstößt mit diesem Aufruf gegen einen Beschluß der niedersächsischen Landesversammlung der GLU (deren Programmkommission er angehört) vom 7. Juli, in dem es heißt: „Sollte die Einigung nicht zustande kommen, wird die GLU Niedersachsen weder finanziell noch ideell den Wahlkampf zur Bremer Bürgerschaft unterstützen". Dieser Beschluß war ausdrücklich auch in Abgrenzung zum Werben der BGL um einseitige Unterstützung gefaßt worden.

**Wahlausschuß
KB Bremen und Bremerhaven**

BGL nicht antikommunistisch?

Vielfach wird die Frage danach gestellt, wie die Entwicklung der Bremer „Grünen" zu ihrer heutigen Haltung möglich ist. Immerhin gehörten Teile von ihnen zum Kreis derjenigen, die gemeinsam mit der heutigen „Alternativen Liste" im „Initiativkreis Bunte/Grüne Liste" ein Jahr lang zusammenarbeiteten.

Im Dezember 1978 traten 26 Mitglieder aus der SPD aus, darunter Olaf Dinne und Peter Willers, die Wortführer der BGL und Anny Ahrens, Spitzenkandidatin der AL. Dieser Schritt wurde als Auftakt zur Gründung einer grünen Liste verstanden. Heute gehört nur noch etwa ein Viertel der BGL an, zwei unterstützen die AL. Im gleichen Zeitraum war von Willers und Dinne ausgehend die Spaltung der einheitlichen Wahldiskussion vorbereitet worden. Die Spaltungsauseinandersetzung vollzog sich an den Fragen demokratischer Strukturen innerhalb der Liste (Peter Willers entwickelte die Idee eines „Agenturmodells"; Parlamentskandidaten sollten „Agenten" der Basisbewegung sein, auf die sie sich zwar berufen, von der sie aber nicht legitimiert sein sollten), an der Mitarbeit von Kommunisten (unter dem Schlagwort: Wir wollen keine „Fremdbestimmung") und an der Orientierung der Inhalte einer grünen Liste an bürgerlichen, „klassischen Bürgerinitiativen", wie Willers und Dinne formulierten. Bei dieser Auseinandersetzung stritten die heutigen BGL-Führer vor allem gegen zentrale Forderungen wie die 35-Stundenwoche, die Gleichberechtigung von Frauen und den Kampf gegen die Berufsverbote. Ihre Absicht war es, eine stärkere Orientierung auf ein rechtes Wählerpotential durchzusetzen. Dabei machten sie die Erfahrung, daß die Linke, insbesondere der KB, dieses Spiel nicht mitspielt. Seit dieser Zeit konzentrieren sich die Angriffe der BGL zunehmend auf den KB.

Im Februar 1979 gründeten 13 Mitglieder die „Bremer Grüne Liste". Dieser Kreis konnte bis heute personell nicht wesentlich ausgebaut werden. Entgegen der nach außen zur Schau getragenen Kraftmeierei lebt die BGL vor allem von der bundesweiten Reputation, die der Name „Die Grünen" im Bewußtsein großer Teile der Wähler heute hat, sowie von der Hoffnung auf grüne Unterstützung von außen. Dies wurde bei den Europawahlen ganz deutlich: bekanntlich stützt die BGL ihre angebliche Stärkeposition u.a. auf das höchste Wahlergebnis in einem Bundesland (4,75 % für die „Grünen" in Bremen).

kanntlich stützt die BGL ihre angebliche Stärkeposition u.a. auf das höchste Wahlergebnis in einem Bundesland (4,75 % für die „Grünen" in Bremen).

Tatsache ist, daß die öffentlichen Aktivitäten der BGL zu den Europawahlen minimal waren, daß sogar innerhalb der BGL Differenzen über eine Beteiligung aufkamen, ein Beschluß der BGL dazu nicht vorlag und nur einzelne Mitglieder Aktivitäten wie Plakatekleben durchführten. Es macht sich natürlich im Nachhinein gut, sich die Verdienste für ein Wahlergebnis an die Brust zu heften, das überhaupt nichts mit einer Stimmabgabe für die „Bremer Grüne Liste" zu tun hat. Auf Publicity verstehen sich Politiker wie Willers und Dinne durchaus.

Rechtslastigkeit und Antikommunismus

Die AL hat mehrfach auf extrem rechte Tendenzen bei BGL-Kandidaten und Aktivisten hingewiesen. Bis heute blieb unbeantwortet, wie die BGL dazu steht, daß:

– Einer ihrer Kandidaten Bundesgeschäftsführer der „Stillen Hilfe" ist, einer Organisation, die Nazi-Verbrecher und deren Angehörige „betreut". U.a. beteiligte sich die „Stille Hilfe" an der Finanzierung der Flucht des Nazi-Kriegsverbrechers Kappler aus italienischer Haft (diesen Vorwurf hat die „Stille Hilfe" bis heute nicht dementiert). Der gleiche Kandidat bekannte sich noch in diesem Jahr zu rassistischen Ideen u.a. der „Ludendorffer" und betrachtet Organisationen wie die rechtslastige FSU (die sich vor zwei Monaten in die Partei des CSU-Anhängers Fredersdorf auflöste) als Teil seiner „geistigen Heimat" („Kaktus", 1/79).
– Ein weiterer Kandidat war Vorstandsmitglied der rechtsradikalen „Partei Freier Bürger", die 1975 zu den Bremer Bürgerschaftswahlen kandidierte und ein Zusammenschluß des Bremer „CSU-Freundeskreises" und einer CDU-Rechtsabspaltung war (die PFB existiert mittlerweile nicht mehr).

Wir behaupten nun nicht, daß die BGL rechtsradikal sei. Tatsache aber bleibt, daß sie sich zu diesen Tendenzen auf ihrer Liste nicht erklärt, daß sie sich nicht davon abgrenzt.

Es erscheint logisch, daß solche Kräfte wenig Interesse an einer Einigung mit Linken haben. Die Schweigsamkeit der BGL gegenüber rechtsradikalen Tendenzen in den eigenen Reihen steht in krassem Gegensatz zu ihrer mehrfach öffentlich erklärten Linksabgrenzung, speziell von den Kommunisten. Hier ein paar Belege:

– *„Wer uns wählt, wählt keine Kommunisten"* (Olaf Dinne in „Bremer Nachrichten", 23.5.79).
– *„Kommen wir mit der Alternativen Liste zu keiner Einigung, dann müssen wir im Wahlkampf deutlich machen, daß die Alternativen die Roten sind"*, so Ludwig Pfannkuche von der BGL (WSL-Mitglied) im „Weser-Kurier" vom 6.7.79.

Im „Vorwärts", dem SPD-Parteiorgan, vom 16.8. erhalten die Bremer „Grünen" eine ausgezeichnete Presse von ihren ehemaligen Parteifreunden, die schon auffällig ist. Der „Vorwärts" erwähnt besonders lobend die obligatorische Abgrenzung nach links. **„Vor allem aber hielten die Grünen sich Kommunisten von der Liste. Daß der Kommunistische Bund jetzt eine Desperado-Liste aufstellt, stimmt die Grünen nicht traurig. Dinne: ‚Dann sehen die Leute, daß wir uns von denen nicht funktionalisieren lassen. Denn bei uns ist rot was anderes als organisierter Schwachsinn'."**

Man mag die Bremer Spaltung bedauern; sie ist aber Ausdruck einer seit Monaten konsequent betriebenen Entwicklung der BGL-Führer, die mit einer linken Alternative zur SPD, von der sie sich damals getrennt haben, nicht mehr viel zu tun haben.

Wahlausschuß/KB Gruppe Bremen

Auch das noch! Vier grüne Listen angemeldet.

Außer den schon erwähnten Listen der AL und der BGL sind zu den Bürgerschaftswahlen noch zwei weitere angemeldet: die UNU, „Union konkreter Umweltschutz, Partei der Mitte", die sich ausdrücklich nach links abgrenzt. Sie gibt als Kontaktadresse 43 Essen 13, Meistersingerstr. 48 an (wer kann uns nähere Information liefern?), ist in Bremen bisher noch nicht aufgetreten und hat wohl auch nur die Funktion, unter Berufung auf den Umweltschutz Proteststimmen aufzufangen und eine Alternative zu schwächen. Diese Mini-Partei schreibt auf ihren Flugblättern: *„In neutralen Umfragen bekommen wir 7 – 9 %. Unser Ziel: 10 %"*.

Außerdem wurde eine GRAL, „Grüne Alternative Liste" angemeldet. Wie sich herausstellte, handelt es sich hierbei um einen Alleingang des gleichen Rechtsanwalts, der die letzten Vermittlungen zwischen der BGL und der AL versuchte. Selber Vorsitzender der GRAL, begründete er diesen Schritt mit einem vielleicht ja möglichen Zusammengehen der beiden Listen unter dem Namen GRAL.

Objektiv wurde damit allerdings erreicht, daß Verwirrung gestiftet wird und die alternative Wahlidee leicht in den Geruch des Lächerlichen kommt angesichts so vieler grüner und alternativer Parteien. Tröstlich nur, daß beide Listen nach Auskunft des Landeswahlleiters vermutlich nicht anerkannt werden. Die „Alternative Liste" hat den Initiator der GRAL aufgefordert, seine Liste zurückzuziehen.

Die „Alternative Liste" braucht Unterstützung

In Bremen und Bremerhaven hat der Wahlkampf für die Bürgerschaftswahl am 7. Oktober begonnen. Die „Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz" kandidiert in beiden Städten mit 23 Kandidaten für die Bremer Bürgerschaft und die Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung. Der Bremer Wahl kommt auch bundesweite Bedeutung zu. Hier konzentrieren sich zur Zeit eine Reihe von Versuchen, die Bestrebungen um eine einheitlich auftretende Bewegung bunter, grüner und alternativer Listen im Hinblick auf die Bundestagswahlen zu spalten. Bundesweit wird von Kräften aus den Reihen der „Grünen" durch Gerüchte und Verleumdungen – insbesondere die Behauptung, die „Alternative Liste"

um eine einheitlich auftretende Bewegung bunter, grüner und alternativer Listen im Hinblick auf die Bundestagswahlen zu spalten. Bundesweit wird von Kräften aus den Reihen der „Grünen" durch Gerüchte und Verleumdungen – insbesondere die Behauptung, die „Alternative Liste"

sei vom KB – versucht, der bunten und alternativen Wahlidee insgesamt schweren Schaden zuzufügen. Seine Entsprechung findet dieses Vorgehen rechter „Grüner" auf der Linken bei der „KPD", die angesichts des vollständigen Scheiterns ihrer Politik in Bremen sich seit Wochen an diesen Verleumdungen beteiligt.

Die „Alternative Liste" hat lange Zeit viel Kraft auf diese Auseinandersetzung verwenden müssen, um die Kandidatur zu ermöglichen. Die Zeit bis zur Wahl ist sehr kurz, um die Alternative und ihre Ziele breit bekannt zu machen. Neben den Themen der Landes- und Kommunalpolitik stehen zwei wichtige Aufgaben im Wahlkampf an: Am 25. September wird Franz Josef Strauß zum ersten Mal in seiner Funktion als Kanzlerkandidat bei einer Landtagswahl eingesetzt – und das im traditionell sozialdemokratisch wählenden Bremen. Am 29. und 30. September – eine Woche vor der Wahl – steigt eine neue Provokation: Die Westberliner NPD will ihren Parteitag, den die Alliierten in Westberlin verboten haben, in Bremen abhalten.

Die „Alternative Liste" braucht Unterstützung – sowohl direkte und finanzielle als auch Unterstützung gegenüber der von einigen „Grünen" betriebenen bundesweiten Gerüchtepolitik.

Wendet Euch an die ALTERNATIVE LISTE:

AL-Büro Bremen Bernhardstr. 7 2800 Bremen 1	**AL-Büro Bremerhaven Schleswigerstr. 21 2850 Bremerhaven**

Spendet auf die Konten:

Sparkasse in Bremen Kontonummer 12 15 49 44 Kennwort „Alternative Liste"	**Bremer Bank Bremerhaven Kontonummer 4 572 348 00 BLZ 292 800 11 Kennwort „Alternative Liste"**

August '79 50 Pfennig
alternative
Liste für Demokratie und Umweltschutz

Erste Zeitung der ALTERNATIVEN LISTE erschienen

Die ALTERNATIVE LISTE hat für Bremen und Bremerhaven gemeinsam ihre erste Zeitung für den Wahlkampf herausgebracht. Sie hat einen Umfang von zwölf Seiten, kostet 50 Pfennig und enthält eine Reihe kommunalpolitischer Themen, darunter auch Interviews mit den beiden Spitzenkandidaten, der 58 Jahre alten Kauffrau Anny Ahrens aus Bremen und dem 56 Jahre alten Pastor Wilhelm Fuhrmann aus Bremerhaven. Die Zeitung ist über die oben angegebenen Büroadressen zu beziehen.

Zusammenschluß der Bunten Liste und der Grünen in Köln perfekt!

Noch kurz vor Toresschluß gelang es in Köln, einen Zusammenschluß von Bunten und Grünen zur Kommunalwahl im Herbst dieses Jahres zu erreichen.

Die Bunte Liste / Wehrt Euch und die Grünen treten nun gemeinsam unter dem Namen „KÖLNER ALTERNATIVE - Bunte Liste / Wehrt Euch und Wählergemeinschaft die Grünen" zur Wahl an.

Spitzenkandidat dieser Liste ist E.Heinze, ein kürzlich mit weiteren 15 SPD'lern aus der Partei ausgetretenes Bunte Liste Mitglied.

Mit E. Heinze wurde ein Kompromißkandidat gefunden, der aufgrund seines politischen Werdegangs sowie seiner Erklärung beim Austritt aus der SPD am deutlichsten das Protestwählerpotential repräsentiert, aus dem Bunte und Grüne ihre Stimmen erhalten. An zweiter Stelle kandidiert Werner Knecht, GLU.

Sollte die „KÖLNER ALTERNATIVE" die 5% Hürde schaffen, werden diese beiden Plätze nach Ablauf der Hälfte der Legislaturperiode gegeneinander ausgetauscht. Der Grund warum der 1.Platz besonders wichtig ist, ist in der Hoffnung zu sehen, „... *drittstärkste Fraktion hinter SPD und CDU zu werden...*"(Knecht) und damit Anspruch auf einen Bürgermeistersessel zu erheben, der derzeit von der FDP gehalten wird.

Auf Platz drei der Liste kandidiert Uwe Carstensen („KPD"). Platz vier und fünf besetzen zwei Grüne, wobei der fünfte Platz ebenfalls nach Ablauf der ersten Hälfte der Legislatur gegen den sechsten Platz ausgetauscht wird, den eine bunte Frau einnimmt.

Unter allen zehn Listenplätzen sind -leider weit abgeschlagen- nur zwei Frauen, die sich angesichts der Plätze kaum Chancen auf einen Sitz im Rat

kaum Chancen auf einen Sitz im Rat ausrechnen können. Die einzige Frau, die realistische Chancen für einen aussichtsreichen Platz hatte, ist dem Ansturm der „KPD" auf Platz drei zum Opfer gefallen. Die „KÖLNER ALTERNATIVE - Bunte Liste / Wehrt Euch und Wählergemeinschaft die Grünen" ist damit in der BRD wohl die einzige Liste, in der die Männer dermaßen stark vertreten sind. Leider hat auch die Frauenbewegung die Möglichkeit eines stärkeren Eingreifens in die Bunte Liste bzw. Kölner Alternative nicht genutzt.

Nach dem 4,1% Ergebnis der Grünen bei den Europaratswahlen in Köln und unter Berücksichtigung weiterer Wählerstimmen, die sich zur Europawahl nicht niedergeschlagen haben, hat die gemeinsame Liste von Bunten und Grünen in Köln durchaus realistische Chancen, die 5 % - Hürde zu überspringen. Hinzu kommt, daß allein die Tatsache der Einigung zwischen beiden Gruppierungen den Aspekt der „weggeworfenen Stimmen" weiter in den Hintergrund drängt.

Insgesamt haben aber mit der Einigung in Köln diejenigen Kräfte einen gewissen Auftrieb bekommen, die sich seit längerem für gemeinsame Kandidaturen von Bunten und Grünen eingesetzt haben. Dies hat über Köln hinaus Bedeutung.

LEICHT WAR ES NICHT!

Beim Aufbau der gemeinsamen Grün/Bunten Liste wurden durch die Grünen wiederholt Situationen geschaffen, die eine Einigung unmöglich erscheinen ließ. Lediglich die Überlegung, daß zwei kandidierende Listen die Überwindung der 5% Hürde in jedem Fall verhindern würde und ein getrenntes Auftreten in der Öffentlichkeit nicht überzeugend dargestellt werden kann, hat letztlich zum Kompromiß geführt.

Beide Gruppierungen bleiben im Wahlkampf weitgehend selbstständig und sprechen gemeinsame Aktivitäten punktuell ab. Das gemeinsame Programm besteht aus einem von den Grünen formulierten Teil und einem Bunte Liste - Teil; als Bindeglied steht ein neun-Punkte Programm, in dem wesentliche Essentials der Zusammenarbeit enthalten sind.

In den nächsten Wochen und Monaten wird es vor allem darum gehen, in der konkreten Zusammenarbeit zwischen Bunten und Grünen zu einer konstruktiven Entwicklung der jungen Einheit zu kommen.

In der langen Entstehungsgeschichte der Liste versuchten GAZ und GLU, teilweise auch AUD, immer wieder die Liste auf rein ökologische Prinzipien, entsprechende Kandidaten und politisches Auftreten zu verpflichten. Nach den Euro-Wahlen hieß es von ‚grüner' Seite zusätzlich, jetzt sei bewiesen, daß nur ein strikt ökologisches Programm Anklang fände. Die GAZ verstieg sich zu der Behauptung, bei *„...90% der erreichten Stimmen handelt es sich um grüne Stammwähler."* Die Standfestigkeit und die zähe Bündnispolitik der bunten Kräfte haben dann doch durchsetzen können, daß die Grünen auf eine gemeinsame Liste einschwenkten.

DAS HIN UND HER DER „KPD"

Während sich die „KPD" in ihrer Kölner Hochburg anfangs nicht recht entscheiden konnte, ob sie sich für eine alternative Kandidatur entscheiden soll oder nicht, waren bereits wesentliche Voraussetzungen für eine Wahlliste geschaffen. Sie bestanden vor allem im allgemeinen Konsens, Mitglieder aus Intitiativen und Einzelinteressierte für eine Liste zu gewinnen. Eine reine Initiativen-Liste schied aus, da die BI's politisch zu heterogen zusammengesetzt sind und keine geschlossenen Voten für eine Liste abgeben konnten.

Unbeschadet dieser Realitäten ‚warnte' die „KPD" beständig davor, eine Liste aufzubauen, die nicht von den Kölner Bürgerinitiativen getragen wird. Die „KPD" lehnte sich dabei an ein Konzept eines Initiativenzusammenschlusses an, das von einigen Bür-

ein Konzept eines Initiativenzusammenschlusses an, das von einigen Bür-gerinitiativen seit Jahren verfolgt wird, aber bisher nicht realisierbar war. Interessanterweise wurden diese Überlegungen insbesondere von Wahlgegnern und eindeutig SPD-orientierten Bürgerinitiativen alternativ zur Wahlliste wieder ins Gespräch gebracht. Anstrengungen in dieser Richtung - bei denen sich auch die GLU stark engagierte - verliefen im Sande.

Die „KPD" schwenkte um und versprach der Bunten Liste die Unterstützung der ganzen Partei.(„Die Partei steht hinter mir"Uwe Carstensen, Ortschef der „KPD").

Auswirkungen zeigte dies in der anlaufenden Programmdiskussion, bei der führende „KPD"ler ihren Ehrgeiz darin sahen, die Bunte Liste auf Parteistandpunkte zur DKP, DDR, zum nationalen Befreiungskampf, dem Bündnis von Demokraten und Kommunisten zu verpflichten und gleichzeitig Vorschläge von Zivildienstleistenden zum Antimilitarismus aus dem Programm fernzuhalten.

Anträge der „KPD" häuften sich, die sich entweder direkt oder indirekt mit der DDR beschäftigen. So im Fall der in der DDR inhaftierten A.Bahner, dem geplanten Bahro-Kongreß, dem Antikriegstag sowie die Ablehnung eines von der DFG/VK initiierten Marsches von internationalen Kriegsgegnern von Brüssel nach Warschau.

Vertrat die „KPD" anfänglich eine Position, die den Aufbau einer alternativen Wahlliste gestützt auf Initiativen-Mitglieder und Interessierte ablehnte, versuchte sie nun in der zweiten Phase die Bunte Liste ins Fahrwasser ihrer antihegemonistischen Politik zu ziehen.

KONSEQUENTER ZICKZACKKURS DER „KPD"

Nach dem 4,1% Ergebnis bei der Europawahl setzten Bunte und Grüne die Suche nach einer Kompromißlösung fort, um die Kandidatur von zwei Listen zu verhindern.

Beide Gruppierungen verständigten sich auf eine listenähnliche Verbindung, die beiden Gruppierungen weiterhin weitgehende organisatorische, programmatische und politische Eigenständigkeit erhalten soll. Das Kommunalwahlprogramm der Bunten und Grünen sollte gemeinsam veröffentlicht werden und als gemeinsame Plattform dienen. Mögliche Differenzen in Essentials sollten im Rahmen der gemeinsamen Zusammenarbeit ausgeräumt werden. Diese Lösung schien ein passabler Kompromiß zu sein und fand den ungeteilten Beifall des „KPD"-Chefs.

Einige Wochen nach dieser Vereinbarung sah die „KPD" das allerdings wieder ganz anders. Plötzlich stellte sie die Übereinstimmung i n a l l e n Programmfragen in den Mittelpunkt der Einigungsversuche und stellte die listenähnliche Verbindung zwischen Grünen und Bunten in Frage, die bewußt von einer u m f a s s e n d e n programmatischen Übereinstimmung abgesehen hatte.

Sekundiert von den „Ko mitees für Frieden und Sozialismus" kritisierte die „KPD" vor allen Dingen, daß sich die Grünen in ihrem Programm weder zur Frage der Berufsverbote noch zu Fragen der Repression und Unterdrückung im Allgemeinen geäußert haben. Dies wohlgemerkt zu einem Zeitpunkt, wo der Abdruck des Grünen und Bunten Programms, inklusive einer gemeinsamen Erklärung - in der u.a. Unvereinbarkeitsbeschlüsse abgelehnt werden und die Zusammenarbeit von Kräften unterschiedlicher Weltanschauung propagiert wird - beschlossene Sache war.

Gemeinsam mit den „Ko mitees für Frieden und Sozialismus" forderte die „KPD" für den 15.8., also zwei Wochen vor Abgabetermin der Wahlunterlagen beim Wahlleiter, eine öffentliche - Programmdiskussion, die über das Zusammengehen von Bunten und Grünen entscheiden sollte. Mit diesem Antrag stellte sich die „KPD" deutlich gegen die bisher auch von ihnen getragenen Vereinbarungen mit den Grünen, die außerdem sämtlichst auf Plenumsversammlungen der Bunten Liste mehrheitlich getragen wurden.

Ferner stellte die „KPD" die Forderung auf, entgegen des mit den Grünen vereinbarten Schlüssels der Kandidatenaufteilung, sowohl die Bunten als auch die Grünen Kandidaten auf einer öffentlichen Versammlung wählen zu lassen, wobei alle Anwesenden Stimmrecht haben sollten. Da die Grünen insgesamt das personelle Übergewicht der Bunten Liste fürchteten, hatten sie solche Überlegungen von Anbeginn der Verhandlungen abgelehnt.

Angesichts der Empörung der Bunte-Liste-Mitglieder über die erpresserischen Schachzüge der Grünen während der gesamten Verhandlungen, konnte die „KPD" diese abenteuerliche Politik unter dem Mäntelchen der Basisdemokratie zunächst durchsetzen – erst nach einer erneuten Debatte und Abstimmung wurde dies endgültig abgelehnt. Der Vorstoß der „KPD" in dieser Frage hätte gleichzeitg das „Aus" für eine gemeinsame Liste bedeutet.

DIE ÜBERRASCHUNG IST PERFEKT

Ihren letzten Coup landete die „KPD" bei der Wahl der Bunte Liste Kandidaten für die Ersatzliste zum Rat der Stadt.

Nie zuvor wurden auf einer Versammlung der Bunten Liste soviele „KPD"-Mitglieder und Anhang gesehen. Kenner der Szene sahen nach einem Rundblick der Zusammensetzung der Veranstaltung die Abstimmungen bereits zu Beginn für gelaufen an. Sie behielten Recht. Die Abstimmungen gingen dementsprechend über die Bühne.

Der dritte Listenplatz für den Kölner „KPD"-Chef Uwe Carstensen wurde allseits als ‚Überraschungscoup des Abends' bestaunt und handelte der „KPD" einen Wiederaufschwung des Mißtrauens gegenüber den mehr als denkwürdigen ‚Überzeugungsmethoden' alter Tage ein. Durch braves Abstimmungsverhalten für ihren Chef sorgten die „KPD"-Mitglieder und das Umfeld dafür, daß das politische Gesicht der Bunten Liste bei der Kandidatenbesetzung verzerrt wurde. Während die „Ko mitees ..." in dem Kandidaten Uwe einen Mann ihrer Wahl sahen und das Vorgehen der „KPD" ausdrücklich als basisdemokratischen Akt bezeichneten („... *jeder hat das Recht soviele Leute zu so einer Versammlung zu bringen wie er kann...*"), segelte die „KPD" haarscharf an einer Wahlanfechtung vorbei. Auf dem Bunte Liste Plenum handelte sich der „KPD"-Chef einen Mißtrauensantrag ein, der von der Mehrheit allerdings nicht getragen wurde.

Dafür wurde mehrheitlich ein Beschluß gefaßt, der der „KPD" wegen undemokratischen Vorgehens und Manipulation einen Verweis ausspricht. Schwierige Zeiten für die „KPD" - bekanntlich gibt es nach drei gelben Karten die rote. Mal sehen, was wird.

KB Gruppe Köln

Kandidatur auch in Dortmund

In den nur knapp 9 Wochen seit ihrer Gründung ist der Bunten Liste – Alternative Dortmund (BL-AfD) gelungen, alle Voraussetzungen für eine Kandidatur zur Kommunalwahl am 3o.9. zu schaffen.

Die Mitgliederversammlung bestimmte am 4.8. die Kandidaten für 42 Wahlbezirke, für 4 Bezirksvertretungen und für die Reserveliste. Basis für die Kandidatur ist die Präambel in der es u.a. heißt: „*Wir werden nach der Kommunalwahl nicht anders arbeiten als vor der Wahl. Unsere Arbeit im Dortmunder Stadtrat wird bestimmt durch die Ziele und Aktivitäten der Initiativgruppen . . .Über die Bedeutung von Parlamentswahlen, zumal unter den gegenwärtigen Verhältnissen, machen wir uns allerdings keine Illusionen: grundsätzliche Veränderungen werden nur durch außerparlamentarische Aktivitäten erreichbar sein.*" Als Ziele der Parlamentsarbeit werden genannt: durch Anfragen etc. den Rat zwingen, Stellung zu nehmen um dadurch den Betrug am Wähler schwieriger zu machen; Rationalisierungs-, Sanierungs- und Sparpläne veröffentlichen; den Interessen der Betroffenen in der bürgerl.Presse mehr Gehör zu verschaffen. Auf die vorderen Plätze der Reserveliste wurden gewählt: zwei Frauen aus der Frauenaktion Dortmund (Plätze 1 und 4), ein Mitglied der AKW-BI (2), der ‚Grünen' (3) und der Humanistischen Union (5).

In der Woche vom 13.-18.8. wurde die Plattform diskutiert und verabschiedet.

Bunte und Grüne gemeinsam . .

Die BL-AfD hat weit über 1oo Mitglieder. Neben einer großen Zahl Unorganisierter arbeiten viele BI-Mitglieder (Frauen, AKW, Kultur, Mieter u.v.a.), ehemalige SPD-Mitglieder und Mitglieder der Falken in der BL. Ebenfalls beteiligt sind KB und KPD.

Besonders erfreulich ist es, daß es auch in Dortmund nicht zum Auftreten von zwei konkurrierenden Listen kommen wird! Nachdem von Anfang an zwei Mitglieder der ‚Grünen' mitgearbeitet haben (AUD und GAZ), hat am 1o.8. die GAZ auch offiziell ihre Unterstützung und Mitarbeit in der BL-AfD beschlossen. Mitglieder der ‚Grünen' kandidieren in mehreren Wahlbezirken und auf der Reserveliste – ein Schritt in Richtung Grün/Bunte-Einheit.

. . . ohne Spaltung . . .

Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit tauchten massiv auf an der Frage der Besetzung der Reserve-Liste. Einige ehemalige SPD-Mitglieder und Falken sprachen sich gegen die Kandidatur eines ‚KPD'-Mitgliedes auf der Liste aus. Sie begründeten dies mit schlechten Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der ‚KPD', mit dem ‚Bild der Liste nach außen' und (in einem Fall) mit einem entsprechenden Beschluß einer (Mieter-)Initiative.

Es stieß allerdings bei vielen auf Unverständnis, daß dies verbunden war mit der Ankündigung, die Mitarbeit in der BL einzustellen, falls es doch zu einer Nominierung käme. Insbesondere das Argument mit dem ‚Bild der Liste nach außen' zieht natürlich nicht, denn jedem in der BL muß klar sein, daß Angriffe gegen die Mitarbeit von Kommunisten eh kommen werden und daß man sich diesen Angriffen auf der Basis der Präambel (‚keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse'!) stellen muß!

Die „KPD" bestand dagegen auf der Kandidatur einer ihrer Mitglieder, zudem auf einem der vorderen Listenplätze. Vom Einsatz der KPD und ihrer Mitglieder für die Liste ist dies wahrlich nicht gerechtfertigt. Schließlich wurde ihr als „Kompromißvorschlag" von den ehemaligen SPD Mitlgiedern und den Falken der Platz 6 angeboten. Die „KPD" gab sich mit diesem Platz aber erst zufrieden, als ihre Kandidatin bei einer Kampfabstimmung um Platz 4 deutlich unterlag.

. . . ranklotzen!

Denn: Nach dem bisher erfolgreichen Umschiffen der diversen Klippen sind die Chancen für einen Wahlerfolg weiter günstig. Mit der Wahlkampferöffnung am 23.8. (mit Abgeordnet/inn/en der Bunten Liste und Alternativen aus Hamburg und West-Berlin) und der Beteiligung an den Dortmunder Aktivitäten zum Anti-Kriegstag sind die nächsten Schritte in die Öffentlichkeit geplant. In den verbleibenden 6 Wochen kommt es darauf an, daß wir – neben der Verstärkung der Zusammenarbeit mit Initiativen, die bisher noch nicht mitmachen – den Dortmunder/innen bekannt und deutlich machen, daß es diesmal eine Alternative zu wählen gibt. Denn: nach 33 Jahren SPD-Ratsherrschaft ist vielen deutlich geworden, daß deren Kommunalpolitik nicht für, sondern gegen uns gemacht wird.

Ein Dortmunder Genosse

GAG in Gießen

Durch die Auflösung der Stadt Lahn kommt es am 7. Oktober in Gießen und in den anderen Gemeinden, aus denen Lahn bestand, zu kommunalen Nachwahlen. In Gießen wird dazu nun endgültig nach längerer Vordiskussion die „Grüne Alternative Gießen" (GAG) mit dem Zusatznamen „Wählergemeinschaft für eine menschengerechte Stadt" kandidieren. Am 1.8. wurde die GAG von 13 Personen gegründet, die in der Mehrzahl aus der GLH und ihrem Umfeld kommen. Auch eine Reihe von GAZ Mitgliedern nahmen an den Gründungsdiskussionen teil, wie übrigens auch die JUSOS, die einen starken „Beobachtertrupp" geschickt hatten. In die GAG wollten die GAZler allerdings nicht eintreten. Sie gaben dazu „Wahlkampfmüdigkeit" nach den Europawahlen als Hauptgrund an. Tatsächlich werden aber bei den GAZ-Mitgliedern Berührungsängste gegen fortschrittliche GAGler und die Furcht, von linken Positionen vereinnahmt zu werden, eine nicht unbeträchtliche Rolle gespielt haben. Eine eigene Kandidatur der GAZ ist jedenfalls bislang nicht sichtbar. Die GAG will sich aber bemühen, mit den örtlichen GAZ-Mitgliedern in einem solidarischen Diskussionszusammenhalt zu bleiben. Vielleicht entschließt sich der (die) eine oder andere GAZler(in) doch noch zum Mitmachen. Über die inhaltliche Wahlkampfführung der GAG ist uns nur soviel bekannt, daß Aktivitäten im Schülerbereich, eine Frauen AG, und die Stadtentwicklungsgruppe der GLH den Grundstock für eine basisnahe Öffentlichkeitsarbeit bilden. Andere Schwerpunkte sollen aber noch hinzukommen.

Stimmen zur Straußkandidatur

Die „Tageszeitung"

Die „TAZ" (4.7.79) kommentiert Strauß' Wahl zum Kanzlerkandidaten so: *„Die Union hat mit diesem Schritt ihrem verzweifelten Versuch, sich als ‚liberale Mitte' zu präsentieren, ein gewaltsames Ende gesetzt. Polarisierung der politischen Landschaft heißt das bayerische Patentrezept, dem man sich nun endgültig verschrieben hat." „Die Emotionalisierung ... wird der neue Stil sein. Die 1974 erhoffte große Krise ist für das anstehende Wahljahr noch nicht abzusehen. Notfalls wird sie aber von Strauß herbeigeredet werden." „Dem pragmatischen Krisenmanager Schmidt gegenüber werden wir Strauß als Volksführer erleben."*

Die „TAZ" hat dazu aufgerufen, *„so genau und so früh wie möglich Diskussionsprozesse in Gang zu setzen, die weder bei ‚Gefahr von Rechts'-Parolen stehenbleiben noch die Ignoranz des ‚im Grunde wird es keinen Unterschied geben' herunterleiern."* Die bisher abgedruckten Diskussionsbeiträge:

— Klaus Thüsing (SPD-MdB): *„Strauß bei weitem der gefährlichste Gegner"*

— Jakob Moneta (ehem. Chefredakteur der IG-Metall-Zeitung „Metall") schreibt u.a.: *„Gewiß, Strauß ist nicht Hitler. Der Teufel kommt nicht zweimal aus demselben Loch. Er erscheint in immer neuer Gestalt."* Dann vertritt er weiter, daß Strauß diesmal noch keine Chance hat, die Gefahr aber schon allein von seiner Kandidatur ausgeht.

— Im übrigen wurden zwei Leserbriefe veröffentlicht, in denen, in jedem auf seine Art, Strauß sehr gefährlich verharmlost wird, bzw. im zweiten Fall er sogar als „Volkspolitiker" bewundert wird. „gewe" schreibt (am 6.7.79), ihm werde schon übel, wenn er an die ganzen Plattheiten denke, die auf ihn zukommen: Anti-StraußKomitees, Anti-Strauß-Buttons etc. *„Die Aufzählung Straußens alter und der von ihm selbst prognostizierten zukünftigen Untaten"* sei *„ein Schlag ins Wasser"*, denn, entweder das Kapital habe ein Interesse daran, etwas „durchzupowern", dann würde die SPD das aber effektiver und reibungsloser durchziehen, oder Strauß habe „Privatwünsche", denen die Unterstützung des Kapitals fehle, und die deshalb von uns bekämpfbar werden.

Am 11.7.79 schreibt ein gewisser „Thomas" an die „TAZ": *„Natürlich, jetzt, wo Strauß Kanzlerkandidat der CSU/CDU geworden ist, geht die alte Leier wieder los, der drohende Faschismus wird wieder an die Wand gemalt, die Staeck, ‚konkret' und Aufkleber-Produzenten haben Hochkonjunktur. Das alte Bild wird wieder gemalt: Die tumben, von der Schwerindustrie bezahlten Schläger kommen, wir sind wieder kurz vor 1933. Es ist ein unerschütterliches blödes Weltbild, von bundesrepublikanischer Realität nicht getrübt" ... „Natürlich ist Strauß auch (!) gefährlich. Aber er ist Chef einer Partei, die kluge Politik in Bayern macht. ... Die CSU ist eine h o c h m o d e r n e Partei, die besser als die CDU und besser als alle linken Repressionstheoretiker begriffen hat, wo die Schwachstellen der Sozialdemokratie liegen." ... „Ganz offensichtlich: Der kommende Wahlkampf scheint spannend zu werden, endlich kommt Leben in den Laden: weniger gemäßigtes Blablabla. Die Stärke von Strauß kommt nicht daher, daß er in der faschistischen Mottenkiste kramt: Sie kommt daher, daß er zweierlei repräsentiert: die Macht und Herrschaft mitsamt all ihren Insignien und Gewaltmitteln u n d g l e i c h z e i t i g Rebellentum (!), Querköpfigkeit, Populismus. Ihn nur als Reaktionär anzugreifen, ist dünnblütiges Repressionsgezeter, das immer schon verloren hat."*

Ein Tribünengast meldet sich zu Wort, dem es zu fad und langweilig wird, was Schmidt an Repression zu bieten hat. Und jetzt, wo es gerade interessant zu werden verspricht, wollen die Linken die Show versauen, nein, anfeuern möchte der „Thomas" den „Rebellen" Strauß, damit in der BRD mal was (?) los ist. Zynischer geht's wohl kaum noch. Bisher hat es in der „TAZ" noch keine Reaktion auf diesen Leserbrief gegeben.

***

KABD

Der KABD polemisiert in seiner „Roten Fahne" vom 27.7.79 gegen die KPD/ML über die Frage, ob Strauß ein *„Vertreter des Faschismus"* sei. Der KABD widerspricht dieser Auffassung, die er der KPD/ML unterstellt. Die KPD/ML wolle *„gegenwärtig den Hauptstoß gegen die faschistische Gefahr richten"*. Das sei falsch, denn „die Arbeiterklasse" müsse *„den Hauptstoß gegen j e n e Partei richten, welche die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie bildet. Diese Rolle spielt im allgemeinen d i e Partei, der vom Monopolkapital die Regierungsgeschäfte übertragen sind. Im Augenblick spielt diese Rolle zweifellos die Sozialdemokratie"*. Die KPD/ML lenke also ab *„von dem schädlichen Einfluß des Reformismus in der Arbeiterbewegung, der nach wie vor das Haupthindernis zur Entfaltung und Höherentwicklung der Arbeiterkämpfe darstellt. In diesem Sinne betätigt sich Ernst Aust als Wahlhelfer für die SPD"*.

***

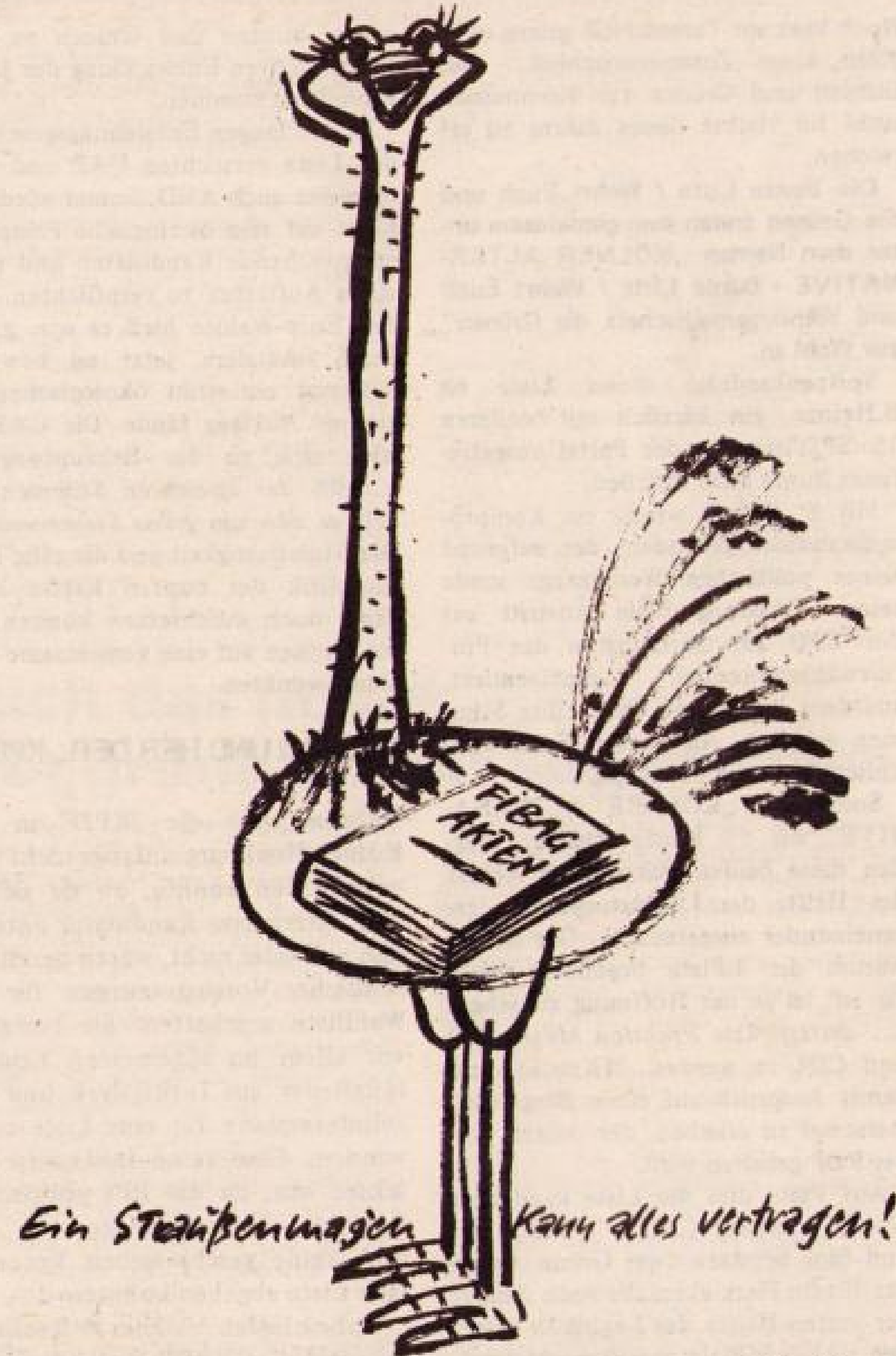
„Die Grünen" (Bayern)

Die Landesvorstände der Grünen in Bayern (bestehend aus AUD und GAZ) verabschiedeten am 8.7.79 eine Entschließung, aus der wir zitieren:

„Die Grünen in Bayern stellen fest, daß die Kanzlerkandidatur von F.J. Strauß die SPD und die FDP nach rechts treiben, auf Atomkurs zwingen und zur Unterdrückung ihrer kritischen ökologischen Flügel veranlassen wird ...

Die Grünen fordern angesichts dieser Sachlage alle ökologischen Minderheiten in den etablierten Parteien zur Zusammenarbeit mit den Grünen auf ...

Die Grünen sehen in der Machtergreifung durch F.J. Strauß eine Gefährdung der Demokratie und insbesondere des Friedens in Mitteleuropa.



Sie halten deshalb eine Zusammenarbeit aller Ökologen und Demokraten für unbedingt notwendig, um zu verhindern, daß Strauß Bundeskanzler wird.

Aus diesem Grunde werden die Grünen verstärkt das Gespräch mit allen alternativen demokratischen Gruppen im Lande suchen, um so zur Bundestagswahl die breitest mögliche basisdemokratische Alternative aufzubauen gegen Strauß und Schmidt und deren lebensbedrohende Politik, die unterstützt wird von den Bonner Atomparteien."

• Jetzt sollen schnell Kreisverbände gegründet werden und am 7.10. ein Landesverband, der, wie die AUD sich ausdrückt, *„im Rahmen der im Aufbau befindlichen Bundestagswahlpartei ‚Die Grünen' erfolgen'* soll („Die Unabhängigen", 14.7.).

***

„Grüne Alternative" in Pforzheim

Auch in Pforzheim wird es bei den Kommunalwahlen eine Alternative zu den etablierten Parteien geben. Mitte Juli gründeten Mitglieder der GLU, der AUD, der Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke, der Chile Arbeitsgruppe und einer Kleinkindergruppe sowie der Gewerkschaftsjugend (!) die „Grüne Alternative für Umweltschutz und Demokratie" (GA). Die kanpp 40 eingeschriebenen Mitglieder sind mehrheitlich allerdings Einzelpersonen und nicht Vertreter ihrer Initiativen.

Neben der Zusammensetzung des Bündnisses bieten auch seine Struktur und die schon feststehenden Programmpunkte ein recht „buntes" Bild:

Oberstes beschlußfassendes Organ ist die Mitgliederversammlung; die Abgeordneten sind durch deren imperatives Mandat gebunden; die GA wird regelmäßigen Wählerversammlungen über ihre Arbeit Rechenschaft ablegen. Auf eine Abgrenzung gegenüber „Radikalen" und auf den „FDGO"- Bezug wurde verzichtet (ursprünglich hatte das die GLU vorgeschlagen). In der Programmatik, die an die Aussagen der „Grünen" bei den Europa-Wahlen anknüpft, wird die parlamentarische Arbeit als Ergänzung der Basisaktivitäten gewertet.

Neben den Forderungen gegen bürgerfeindliche Verkehrsprojekte werden u.a. ein Jugendzentrum und ein Frauenhaus in Selbstverwaltung, Stadtteilbürgerzentren und der Ausbau der wenigen Fahrradwege eine wichtige Rolle im Wahlkampf spielen.

In einer ersten Presseerklärung sprach sich die GA gegen eine Bullenrazzia in einem selbstverwalteten Jugendhaus in der Nähe von Pforzheim aus. Mit dem Hinweis auf „Drogenkriminalität" war dort die Planung (und später auch die Durchführung) eines von den Jugendlichen selbst in Szene gesetzten „Umsonst&Draußen" - Wiesenfestes von den Bullen behindert worden. In diesem Zusammenhang wandte sich die GA auch gegen die geplante „Jugendpolizei" in Baden-Württemberg.

GLU-Spaltung gescheitert

Nachdem sich bei ersten Diskussionen im Mai/Juni ein nur langsam erwachendes Interesse für eine alternative Liste gezeigt hatte, wollte es die GLU auf eigene Faust probieren und scherte aus den gemeinsamen Bemühungen aus. Auf einer Versammlung nur für Mitglieder von GLU,AUD und GAZ fanden sich außer der Handvoll GLUler jedoch keine Unterstützer einer Separatkandidatur. Seither arbeitet die GLU wieder an der gemeinsamen Sache mit. Man kann nur hoffen, daß sich dieses unerfreuliche Vorgehen nicht wiederholt. . . .

Nach Berichten von einem Mitarbeiter der GA

Strauß verklagt die „Metall"

Franz Josef Strauß schießt sich ein. Zielscheibe des jüngsten Angriffs mit juristischen Mitteln ist die Gewerkschaftszeitung „Metall". Wie im letzten AK berichtet, hatte die Redaktion der „Metall" die Titelgeschichte der Juli-Ausgabe (Nr.14) dem CDU/CSU-Kanzlerkandidaten gewidmet. Anstoß nahm Strauß an seinen eigenen, von der „Metall" auf der Titelseite zitierten Worten aus der berüchtigten Sonthofener Rede von 1974: *„Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen!"* Strauß bestreitet dabei gar nicht, diese Äußerung gemacht zu haben. Vielmehr zog er vor das Frankfurter Landgericht, weil dieses Zitat in *„nicht autorisierter Fassung"* abgedruckt sei. Von der „Metall" hatte er in seiner rotzfrechen Art eine Gegendarstellung verlangt, und zwar ebenfalls auf der Titelseite. Dieses provokatorische Begehren hatte die Redaktion jedoch abgelehnt.

Strauß fand dann doch tatsächlich Richter, die zu seinen Gunsten eine Einstweilige Verfügung – ohne mündliche Verhandlung – erließen. Die IG-Metall hat gegen diese Entscheidung Widerspruch eingelegt, so daß es am 23.August zu einer mündlichen Verhandlung kommt.

Somit sieht sich die „Metall"-Redaktion jetzt dem Druck von zwei Seiten ausgesetzt, nachdem schon IGM-Boß und „Metall"-Mitherausgeber Loderer angekündigt hatte, er wolle wegen der Strauß-Berichterstattung mit den Redakteuren „reden".

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Daß die SPD-Führung keinen Anti-Stauß-Wahlkampf will (Willy Brandt: „Keine überflüssige Polemik". IGM-Loderer: Strauß nicht „emporschmähen".) kriegen jetzt die Strauß-Gegner innerhalb der SPD zu spüren. Diesen Aufkleber (Adolf Hitler: Sauber) verbreitete das „sozialdemokrat magazin". Sogleich folgte Kritik vom SPD-Vorstand. Selbst dem bremischen Finanzsenator Henning Scherf (Carstens als Bundespräsident, Stücklen als Bundestagspräsident und Strauß als Kanzler, „das ist doch wie ein Alptraum, für mich wäre das so, als ob dieser Staat an eine Gang abgetreten ist."), der die „Gang" sogar noch mit bremischer „Küsten-Mundart" zu entschärfen versuchte, fiel sein Vorsitzender Koschnick in den Rücken. Koschnick bedauerte gegenüber Carstens, daß der Bundespräsident in die Auseinandersetzung mit einbezogen worden sei.



Gegendarstellung des KBW

Der "Arbeiterkampf" berichtet in Nr.158 vom 23. Juli 1979 auf Seite 7 unter der Überschrift "Stimmen zur Wahl": "Der KBW hielt es nicht für nötig, die Ernennung von Strauß zum Kanzlerkandidaten in der KVZ vom 9.7.79 auch nur zu erwähnen."

Diese Behauptung ist falsch.

In der Kommunistischen Volkszeitung Nr.28 vom 9. Juli 1979 wurde hierüber berichtet. Als wesentlich wird an dem Ereignis der Strauß'schen Kanzlerkandidatur herausgearbeitet, daß die Bourgeoisie mit "starken Männern" in den Wahlkampf ziehen muß: "Sie braucht wenigstens zwei, um ihnen die Massen gegenseitig in die Arme zu treiben. Rücksichtnahme auf die SPD-FDP-Regierung wäre das sichere Mittel, um von der Regierung gezaust und mit Strauß belohnt zu werden".

Hans-Gerhart Schmierer
Sekretär des Zentralen Komitee des
Kommunistischen Bundes Westdeutschland

Diskussionsbeiträge zur Bundestagswahl

— Strauß hat keine Chance, Kanzler zu werden — sagen viele, auch Linke. Diese Meinung kann sich u.U. als lebensgefährlich falsch herausstellen; denn erstens kann die CDU/CSU durchaus zwei, drei Prozente verlieren und trotzdem den Bundeskanzler stellen, nämlich dann, wenn die FDP (und eine grün-bunte Einheitsliste) die 5%-Hürde nicht überspringt, was m. E. durchaus möglich ist (und die SPD nicht zur stärksten Partei wird); zweitens wird Strauß versuchen, sich bis zur Wahl als relativ biederer Demokrat zu präsentieren und seine eigentlichen, faschistoiden, politischen Ziele vergessen zu machen versuchen; drittens wird sich eine »Ölkrise« durchaus demagogisch herbeireden lassen; die Fraktion des Kapitals, die politisch auf ihn setzt, wird ihn u.U. durch entsprechende ökonomische Manipulationen wirkungsvoll unterstützen.

— Wenn Strauß nicht Bundeskanzler wird, ist er (wie Barzel und Kohl) weg vom Fenster — meinen ebenfalls viele. Auch diese Einschätzung ist m.E. falsch; denn Strauß' Position in der CDU/CSU ist inzwischen viel zu stark, als daß er so sang- und klanglos wie seine Vorgänger aus den Stiefeln gekippt werden könnte. Sollte Strauß wirklich von der CDU abgewählt werden, wird er seine CSU bundesweit zu einer rechtsradikalen »Deutschnationalen Volkspartei« ausbauen (die allerdings weit gefährlicher als die DNVP werden dürfte). D.h. auch 1984 dürfte die BRD einen Kanzlerkandidaten Strauß erleben — und zwar nicht unbedingt einen chancenlosen, da wir uns möglicherweise zu diesem Zeitpunkt auf dem Tiefpunkt einer schärferen ökonomischen Krise, als bisher gehabt, befinden. Also: auch ein Verlierer Strauß (1980) braucht langfristig nicht gescheitert zu sein.

— Sollen wir dann das kleinere Übel wählen? — Auf keinen Fall: die SPD hat Strauß ja erst den Boden bereitet. Nur vor dem Hintergrund der durch die SPD seit 1972 eingeleiteten Rechtsentwicklung kann sich solch eine Figur wie Strauß zum Kanzlerkandidaten der stärksten bundesdeutschen Partei küren lassen. Eine von Schmidt und Konsorten beherrschte und 1980 siegende SPD wird diese und 1980 siegende SPD wird diese Entwicklung wahrscheinlich sogar forciert vorantreiben und damit Strauß für 1984 den Sessel warmhalten. Also: die Wahl der SPD verhindert Strauß oder eine ähnliche Figur n i c h t; dessen »Machtergreifung« würde höchstens um ein paar Jahre hinausgeschoben, um dann um so reibungsloser von statten gehen zu können.

— Ich glaube, daß sich jemand wie Strauß nicht nur deshalb breitmachen kann, weil die Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung politisch apathisch oder rechts ist, sondern auch, weil sich m.E. in der Linken und Alternativbewegung zunehmend eine Tendenz zur Entpolitisierung entwickelt. Gerade in der Anti-AKW-Bewegung hat sich eine Art Wandervogelmentalität breitgemacht: raus aufs Land oder ins (oft vermeintlich) alternative Ghetto. Ich will »alternatives Leben« damit nicht in Bausch und Bogen abtun. Ich halte es im Gegenteil für sehr wichtig, in möglichst vielen Lebensbereichen Elemente einer wirklich menschlichen, der kommunistischen Gesellschaft zu antizipieren; wir haben bekanntlich Bedürfnisse, die wir auch schon hier und heute befriedigen wollen. Nur: Strauß wird nicht besiegt, indem wir das ganze Land mit Sonnenkollektoren vollpflastern (und politisch sonst nix tun); d.h. wir müssen nicht nur ein mögliches grün-buntes Wählerpotential politisieren, sondern auch die »Scene«.

— Die Kandidatur von Strauß bietet m.E. einen wichtigen Hebel zu solch einer »Repolitisierung«: Wenn dieser Kerl erst einmal die Macht hat, werden nicht nur die »K-Gruppen« und DKP verboten werden, auch z.B. die Anit-AKW-Bewegung wird mehr oder weniger gewaltsam zum Schweigen gebracht werden — einige Alibi-Hanseln wie Gruhl vielleicht ausgenommen. Wir sollten allen »Alternativlern« und überhaupt kritischen Menschen klarmachen, daß ein Strauß als Bundeskanzler nicht etwa nur das Atomprogramm rigoroser durchsetzen würde (was schon schlimm genug wäre), sondern uns alle nicht nur politisch, sondern mittelfristig auch in unserer physischen Existenz bedrohen würde. Wir sollten ruhig mal in aller Deutlichkeit und Öffentlichkeit ausmalen (und uns übrigens auch drauf vorbereiten), was da an dunkler Reaktion auf uns zukommt...

— Ob wir Strauß das Etikett »Faschist« ankleben oder nicht, sollte m.E. nicht akademisch diskutiert und entschieden werden. Denn erstens sind sich »die Wissenschaftler« (Wer ist das eigentlich?), auch die »linken«, nicht einig, was damit gemeint ist, und zweitens sollte dieser wichtige Begriff in jedem Fall im politischen Kampf verwendbar bleiben: wir sollten nicht zu sehr am »klassischen« Faschismus mit all seinen Erscheinungsformen hängen, andererseits den Begriff nicht allzusehr verwässern und damit politisch unbrauchbar machen, indem wir jede Repression des bürgerlichen Staatsapparates als »faschistisch« denunzieren.

Wenn faschistische Ideologie Antikommunismus, extremen Nationalismus, Rassismus (»Gast«arbeiter!), Forderung nach massivem staatlichen Terror (einschließlich der faktischen Zerschlagung der Gewerkschaften), Behauptung einer »bolschewistischen Verschwörung gegen Deutschland« mit Handlangern im Innern, aggressiven Imperialismus beinhaltet, dann ist die politische Grundtendenz, die Strauß vertritt, faschistisch.

— Die einzige Chance, die »Machtergreifung« von Strauß zu verhindern, ist eine starke grün-bunte (und linke) Einheit — nicht nur auf der parlamentarischen Ebene, sondern u.a. auf der Ebene der Massenmobilisierung. Eine solche grün-bunte Einheit darf allerdings nicht auf relativ beliebiger oder ökologisch beschränkter inhaltlicher Basis gegründet sein. Konkret: nicht nur die kompromißlose Gegnerschaft zur Atomenergie muß in einem gemeinsamen Programm verankert sein, sondern auch radikal-demokratische und gewerkschaftliche Forderungen wie: Kein weiterer Abbau, sondern Ausbau bürgerlich-demokratischer Rechte, Verbot der Aussperrung, gesetzliche Festschreibung der 35-Stundenwoche, ersatzlose Streichung des § 218, gleicher Lohn für Mann und Frau u.a.m. Unseren »grünen« und z.T. leider ökologisch bornierten Bündnispartnern muß klargemacht werden, daß diese Forderungen nicht Bündnispartnern muß klargemacht werden, daß diese Forderungen nicht irgendwelcher linkssektiererischen Prinzipienreiterei entspringen, sondern unabdingbare Voraussetzungen auch und gerade einer radikaldemokratischen Ökologiebewegung sind, und daß sich unsere soziale Basis oder zumindest das Wählerpotential v.a. aufgrund radikaler gewerkschaftlicher Forderungen erweitert — die SPD als »traditionelle Arbeiterpartei« vertritt auch verbal nicht einmal mehr ansatzweise weitergehende ökonomische Interessen der Arbeiter. (Damit könnte auch der Einfluß rechter Mittelschichtsideologen in der Ökologiebewegung samt ihrer krausen Vorstellungen zurückgedrängt werden.) Natürlich bewirken Foderungen a u f d e m P a p i e r nicht viel. Sie müssen auch wirkungsvoll vertreten werden. Dabei wird uns sicherlich nützen, daß wir als einzige konsequent gegen Strauß und die Tendenz, die er vertritt, Wahlkampf machen können — die SPD wird, traditionell, die rechte Gefahr herunterspielen und Strauß sogar noch rechts überholen wollen, wie jüngst Äußerungen von Brandt und Schmidt deutlich zeigen. Und: Wir sind nicht nur gegen Strauß, wir haben auch inhaltliche, radikaldemokratische Alternativen anzubieten. (Positive Ansätze bzw. Vorbilder für einen unkonventionellen Wahlkampf existieren ja schon, v.a. »Rock gegen Rechts«.)

—Darüber hinaus sollten wir die politischen Vorstellungen von FJS einer breiten Öffentlichkeit (wieder) bekanntmachen, z.B. indem wir ein erweitertes und aktualisiertes Schwarzbuch FJS unters Volk bringen (herausgegeben nicht nur vom KB, sondern von möglichst vielen demokratischen Organisationen). Ein Buch, in dem weniger die von Affären durchsetzte Laufbahn von Strauß als solche dargestellt (Korruption und Filz ist ja inzwischen zur Normalität unserer bürgerlichen Gesellschaft geworden), sondern v.a. bestimmte Aspekte seiner Karriere herausgearbeitet werden sollten, soweit sie uns eine Vorahnung dessen geben, was uns unter seiner Knute erwartet — die Starfighter-Affäre und sein Atomministeramt z.B. als massiver Versuch, die BRD atomar zu bewaffnen, die Spiegel-Affäre als Versuch, auch die bürgerliche Opposition mundtot zu machen usw.

In erster Linie aber sollte das Buch eine Zitatensammlung sein, mit v.a. d e n Sprüchen, durch die Strauß sich selbst eindeutig als tiefreaktionärer Vogel zu erkennen gibt. Darüber hinaus müßten auch seine vielfältigen Beziehungen zur europäischen und internationalen Reaktion und zum Neofaschismus möglichst detailliert ausgeführt werden. Solch ein Büchlein sollte nicht nur in möglichst hoher Auflage verbreitet werden, sondern jedem aktiven Strauß-Gegner während des Wahlkampfes als Gedächtnisstütze, als eine Art Handbuch dienen.

— Zum Schluß fällt mir noch was zur »Stimmen-für-die-Bunten-sind-Stimmen-für-die-Reaktion«-Argumentation ein, mit der wohl der linke Flügel der SPD wieder einmal versuchen wird, zweifelnde Wähler an die Sozialdemokratie zu binden. Wir müssen möglichst vielen fortschrittlichen Menschen klarmachen, daß vielleicht zwei oder drei Prozent der Wahlberechtigten a u f j e d e n F a l l die grün-bunte Einheit wählen werden, weil für diese die SPD auf jeden Fall unwählbar ist und sie endlich eine wirkliche politische Alternative wollen wenn also diese zwei oder drei Prozent nicht verloren sein sollen, müssen noch mehr die grün-bunte Einheit wählen, damit sie über die 5%-Hürde springt. Vielleicht können wir sogar einen Teil der Jusos u.ä. zu einer »Leihstimmen-Kampagne« bewegen. Spitzfindig ist das natürlich (deshalb sollten solche Zahlenspielerein auch nicht im Zentrum des »alternativen« Wahlkampfes stehen), aber für viele Leute sicherlich ein gewichtiges Argument....

Rü, Westberlin

***

Anti-Strauß-Kampagne! Überzogen? Was ist mit der SPD/FDP-Koalition? Alles Fragen, die mich seit der Wahl von F.J.Strauß zum gemeinsamen Kanzlerkandidaten von CDU/CSU beschäftigen. Seit einigen Wochen



erscheinen im AK regelmäßig Berichte über die krampfhaften Versuche, eine Einigung im Grün/Bunt/Alternativen-Lager herbeizuführen. Besonders intensiv wird diese Berichterstattung seit der Ernennung von F.J. betrieben. Es wäre natürlich eine schöne Sache, wenn eine solche Einigung, auch in der angestrebten Breite, zustande kommen könnte, aber wer glaubt eigentlich daran?

Darf man/frau so naiv sein und nach den bisherigen Erfahrungen mit Gruppen wir GAZ, AUD etc. noch an ein Möglichkeit der Einigung mit diesen für mich antidemokratischen Kräften glauben? Noch im AK 157 beschrieb man/frau die in greifbare Nähe gerückt scheinende Einigung auch mit diesen Kräften; AK 158 brachte dann aber für alle leicht- und gutgläubigen Kräfte die Ernüchterung. Mit solchen antidemokratisch und antikommunistisch eingestellten (in ihrer großen Mehrheit) Gruppen kann es keine gleichberechtigte und faire Zusammenarbeit geben. Diese Scheindemokraten sind parlamentsgeil, ihnen geht es nicht um die von uns vertretene Sache, ihnen geht es um den Sitz im Parlament, auf dem sie sich dann genauso ausruhen würden, wenn sie ihn bekämen, wie die ihnen recht nahestehenden bürgerlichen Politiker.

Bis zur Bundestagswahl 1980 bleibt uns noch ein Jahr Zeit. Dieses Jahr sollten wir dazu benutzen, eine Einigung unter den echten Demokraten herbeizuführen; für die anderen steht die Tür offen, wir sind Demokraten!

Nun möchte ich zu Punkt zwei kommen, zu der im Augenblick laufenden, für meinen Teil etwas überzogen, Anti-Strauß-Kampagne. Der hier betriebene Aufwand erscheint mir doch etwas suspekt. Natürlich würde ein Wahlsieg der Unionsparteien eine relativ große Gefahr für die linken und fortschrittlichen Kräfte in der BRD mit sich bringen, aber geht die gleiche Gefahr nicht schon seit Jahren gerade auch von der Regierung Schmidt aus? Wann gab es jemals eine solch großangelegte Kampagne gegen den Atom-Kanzler Schmidt? Meines Wissens überhaupt nicht! Die Ernennung oder die Wahl von F.J. scheint einige Leute nicht mehr ruhig schlafen zu lassen. Selbstverständlich soll das nicht heißen, wie die Heidelberger Genossen vorschlagen, daß wir den antireaktionären Wahlkampf der SPD überlassen sollen; wir müssen diesen antireaktionären Wahlkampf aber nicht einseitig nur gegen Strauß und Konsorten, sondern auch gegen SPD/FDP führen.

Wir können die Alternative bieten, sowohl zu SPD/FDP, als auch zu CDU/CSU! Deshalb müssen wir die reaktionäre Politik, sowohl von SPD/FDP als auch von CDU/CSU bekämpfen. Nur so sind wir glaubhaft und nur so haben wir als echte Alternative eine Chance bei den Bundestagswahlen 1980.

Für eine antireaktionäre Kampagne gegen die bürgerlichen Parteien!

Stoppt Strauß und Schmidt gleichermaßen!

Roger,
KB-Sympathisanten-Mannheim

Im AK 158 schrieben die Sympathisanten des KB in Heidelberg: „*Und hat sich die SPD nicht als ebenbürtiger Interessenvertreter der Bourgeoisie* erwiesen, für dessen Ablösung durch die CDU/CSU es aktuell keinen Grund gibt?" Und weiter, die Unterschiede zwischen den bürgerlichen Parteien seien „*nur graduell*" und „*in der augenblicklichen Situation nicht der Hauptwiderspruch*".

„In dieser Situation einen ‚antireaktionären' Wahlkampf zu führen, wäre opportunistisch und hieße, am falschen Widerspruch anzusetzen". „Schwerpunkt" unseres Wahlkampfes müsse „*die Kritik an der SPD*" sein; den „*antireaktionären Wahlkampf können wir dann getrost der SPD überlassen*" (alles AK 158, S. 6).

Oh wie bekannt klingen diese Töne. Schrieb doch die „Wahrheit" des KB Bremen (Vorläuferorganisation des KBW) im Mai 1972 zum Strauß/Barzel-Putsch: „*Es wurde die Hauptparole ‚Stoppt Strauß und Barzel!' aufgestellt, was angesichts der Tatsache, daß die Arbeiterklasse heute nicht den bürgerlichen Staat zerschlagen kann, um ihre eigene Macht zu errichten, nichts anderes heißt, als ‚Unterstützt Brandt!'*".

Wer kann sich so eine Ignoranz erlauben? Die Arbeiterklasse ganz gewiß nicht. Für sie sind es allemal keine „graduellen Unterschiede", wenn das Streikrecht abgeschafft wird und der CGB als gelbe Einheitsgewerkschaft aufgebaut wird. — Für die Frauen sind es bereits h e u t e nicht bloß „graduelle" Unterschiede, ob sie eine Abtreibung in Hamburg oder Bayern machen müssen — und den Kindern dürfte Strauß-Freund Wallmanns Schließung der Frankfurter Kitas auch nicht nur „graduell" an die Nieren gegangen sein.

Nach der Logik unserer Heidelberger Sympathisanten dürften „die Betroffenen" doch gar nicht gegen die Verschlechterung ihrer Lage (durch eine Strauß-Regierung) kämpfen, ohne eine Alternative zu haben oder gar schon um die „Macht" zu kämpfen, wie der KB Bremen schrieb. Denn eben dieser Kampf gegen eine Verschlechterung ihrer Lage ist „opportunistisch" und „hieße am falschen Widerspruch anzusetzen".

Es war immer Lenins Auffassung, um jeden Millimeter bürgerlicher Freiheiten zu kämpfen, denn es ist zweifellos nicht unerheblich, ob wir als Kommunisten offen unsere Agitation und Propaganda verbreiten können oder im Untergrund arbeiten müssen, ob die Arbeiterklasse gewerkschaftliche Kämpfe führen darf oder Streikverbot herrscht.

Für Unsinn halte ich auch die Formulierung der Heidelberger, daß „*die SPD ein ebenbürtiger Interessenvertreter der Bourgeoisie*" ist. „Ebenbürtig" kommt doch „gleich" reichlich nahe. Auch dies ist im Grunde eine „olle Kamelle" aus dem Wahlkampf '72. Auch damals wollten die „Super-Linken" nichts mehr von Lenins Auffassung wissen, daß die Bourgeoisie „zwei Systeme des Regierens, zwei Methoden des Kampfes für ihre Interessen" herausgebildet hat.

„*Die erste Methode ist die Methode der Gewalt, die Methode der Verweigerung aller Zugeständnisse an die Arbeiterklasse ... Die zweite Methode* *weigerung aller Zugeständnisse an die Arbeiterklasse ... Die zweite Methode* *ist die Methode des ‚Liberalismus' ...*" (Lenin, Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung).

Zweifellos treten diese Methoden nicht rein auf. Trotzdem will die Bourgeoisie mit Strauß wieder mehr auf die „Methode der Gewalt, Verweigerung aller Zugeständnisse an die Arbeiterklasse" setzen. Außenpolitisch wieder die „uns ökonomisch zustehende Rolle spielen" etc. Hier von „ebenbürtig" zu sprechen, ist eine Verharmlosung der Faschisierung von Staat und Gesellschaft — Markenzeichen Strauß.

Darüber hinaus hat die Bourgeoisie überhaupt kein Interesse, eine Partei der anderen „ebenbürtig" zu machen. Sie würde längerfristig auf eine Methode zur Niederhaltung der Arbeiterklasse verzichten. Insbesondere wird diese These dann falsch, wenn behauptet wird, daß es für die „Ablösung der SPD keinen Grund gibt". Dies impliziert, daß Straußens Thesen im „Entwurf für Europa" nur Albernheiten eines bayerischen Wurschtkopfes sind. Dabei zeichnet sich seit längerem ab, daß die Bourgeoisie ihre Hauptpartei wieder ans Ruder bringen will (angefangen mit dem Test des Strauß/Barzel-Putsches 1972).

Und zu guter letzt sitzt ihr einer Illusion auf, wenn ihr meint, „*den antireaktionären Wahlkampf können wir der SPD überlassen*". Genau andersherum ist es richtig. 1972 hat die Arbeiterklasse, vor allem fortschrittliche Kollegen, linke Sozialdemokraten, Sozialisten, Liberale und einige wenige Kommunisten die Bewegung „Stoppt Strauß" anfangs geführt. Die SPD hat die Arbeiter aufgefordert, in den Betrieben zu bleiben, die Straße zu meiden! Erst nachdem die SPD-Führung diese Bewegung nicht mehr aufhalten konnte, ist sie an die Spitze gestürmt und hat von dort massivst das Ende dieser Bewegung betrieben. Die Aufgabe der Kommunisten, damals wie heute, ist es, an solchen Massenprotesten und Bewegungen teilzunehmen, ihr fortschrittlichster Teil zu sein, die Bewegung zu radikalisieren und vorwärts zu treiben. Dabei wird es zu Auseinandersetzungen mit allen rückzerrenden Manövern der SPD-Baracke kommen. Diese können aber nur glaubhaft und v o r d e n

Fortsetzung von Seite 9

A u g e n d e r M a s s e der Strauß-Gegner ausgetragen werden, wenn wir Teilnehmer, ja am besten die A k t i v i s t e n dieser Bewegung sind!

Ingo/Hamburg

***

Die Heidelberger KB-Sympathisanten wenden sich gegen die Forderung nach einem „antireaktionären Wahlkampf" und fordern stattdessen einen „offensiven Wahlkampf gegen die bürgerlichen Parteien" nach dem Vorbild des Bunte-Liste-Wahlkampfes.

Die Ausgangssituation des Bunte-Liste-Wahlkampfes in Hamburg 1978 war jedoch eine andere als die des anstehenden Bundestagswahlkampfes. Dort waren die Unterschiede zwischen CDU und SPD tatsächlich nur graduell; eine CDU-Regierungsübernahme wäre kein wesentlicher neuer Schritt in der Faschisierung gewesen.

Die Heidelberger Sympathisanten gehen offensichtlich davon aus, daß Schmidt-Regierung und Strauß-Regierung „Jacke wie Hose" ist. Das halte ich für falsch. Eine Machtübernahme von Strauß wäre ein e n t s c h e i d e n d e r Schritt der Faschisierung. Oder ist es für Euch egal, ob wir mit dem AK auf der Straße stehen oder im Knast sitzen? Daß von einer Regierungsübernahme durch CDU/CSU durchaus eine faschistische Gefahr ausgeht, wird wohl jedem deutlich, der Strauß' Äußerungen und Skandale kennt (siehe „Strauß — Ein Faschist?", AK 158, S. 8).

Die Heidelberger Genossen wollen einen antireaktionären Wahlkampf *„getrost der SPD überlassen"*. — Die wird ihn aber nicht machen — Schmidt hat bereits zu erkennen gegeben, daß die SPD im Wahlkampf Strauß' Skandale und faschistische Provokationen nicht aufgreifen wird.

Ein antireaktionärer Wahlkampf, in dem linke Sozialdemokraten, Gewerkschaftler und „Bunte" gemeinsame Aktionen — unabhängig vom Wahlverhalten — gegen Strauß machen und seine Politik als antidemokratisch und zutiefst reaktionär entlarven, wird der SPD-Führung sogar sehr mißfallen — schon, weil die Jusos dann wieder mit Kommunisten ... Dieser Wahlkampf müßte durchaus nicht ein „kleineres Übel"-Unternehmen werden. Er würde für die SPD vielmehr unbequeme Fragen aufwerfen; so danach, warum die SPD mit Strauß in einer Regierung saß; warum Schmidt ihn in die „Solidarität der Demokraten" einbezieht; was die SPD Strauß entgegenzusetzen hat usw. Die SPD-Führung wendet sich dagegen, „Strauß zu dämonisieren"; die Heidelberger Genossen wenden sich dagegen, *„mit der Angst vorm ‚schwarzen Mann' Politik zu betreiben"*. — Diese Angst bei vielen Demokraten ist jedoch berechtigt; es ist unsere Pflicht, Strauß als Hauptfeind zu bekämpfen.

Klar ist, daß eine Grün-Bunte-Liste auch die Schweinereien der SPD/FDP-Regierung und deren Ver-

Klar ist, daß eine Grün-Bunte-Liste auch die Schweinereien der SPD/FDP-Regierung und deren Ver-

antwortung dafür benennen müßte, daß Strauß sich heute traut, als Kanzlerkandidat aufzutreten. Antireaktionärer Wahlkampf („Volksfront" gegen Strauß) und Grün-Bunte Einheit, — das sollten die beiden Hauptstränge unseres Wahlkampfes sein. Falsch finde ich auch die Äußerung von Uwe aus Flensburg: *„SPD und FDP müssen genau aufs Korn genommen werden, gerade, weil sie nicht ‚offen reaktionär' sind"*. Dies erinnert mich etwas an die Politik der KPD Anfang der Dreißiger Jahre, „den Hauptstoß gegen die SPD" zu führen. Diese Politik ist falsch, weil sie die Bündnismöglichkeiten mit Linksliberalen und linken Sozialdemokraten verbaut und den Aufbau einer breiten antifaschistischen Abwehrfront, die für uns in absehbarer Zeit von existenzieller Bedeutung sein kann, erschwert.

Ein Genosse aus dem Raum Hamburg

IMPRESSUM

ARBEITERKAMPF
Herausgeber, Druck und Verlag: Verlag J. Reents, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 53 46; V.i.S.d.P. H.Eckhoff/Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 55,-- im Abruf, sonst PSchA Hamburg, 240595-203; Einzelpreis DM 2,--; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Auflage dieser Zeitung: 9.200.

Einem Teil dieser Auflage ist Prospektmaterial beigelegt.

A. Schubart: Jetzt muß die Linke Farbe bekennen

Alexander Schubart („Aschu"), Magistratsdirektor in Frankfurt, früher exponierter Linker im SPD-Unterbezirk, war Kandidat der Grünen Liste Hessen (GLH) bei den hessischen Landtagswahlen. Außerdem ist er Mitglied im SB. In der GLH hat der Diskussionsprozeß um die Haltung zu den kommenden Bundestagswahlen erst begonnen. Ein erstes Meinungsbild darüber soll auf einer Mitgliederversammlung am 26.8. in Hanau-Mittelbuchen erstellt werden.

AK: Was war deine persönliche Reaktion, als du davon gehört hast, daß die CDU/CSU Strauß nominiert hat?

A. Schubart: Ich hab' mir natürlich zunächst einmal die Frage gestellt, wie es möglich ist in dieser Situation, daß Strauß als Kanzlerkandidat antritt. Übrigens ein Wunsch von Strauß, der nicht neu ist, sondern bis in die frühen 50er Jahre, als er Verteidigungsminister war, zurückreicht. Ich habe mir vor allem die Frage gestellt, wie war das möglich, angesichts 10 Jahre Regierungsherrschaft der SPD in Bonn. Ich sehe für die Straußkandidatur im wesentlichen zwei Ursachen. Die erste ist die allgemeine Rechtsentwicklung in dieser Gesellschaft, die ihrerseits unmittelbar durch die Politik der Schmidt-Regierung mitgetragen wurde. Sie hat durch eine permanente Rechtsentwicklung die politischen Voraussetzungen für eine Kanzlerkandidatur von Strauß geschaffen, was dem Strauß ja weder unter Adenauer noch unter Erhard noch unter Kiesinger möglich gewesen ist. Es gab allerdings schon einmal eine Regierungsbeteiligung von Strauß dank der SPD: nämlich im Rahmen der großen Koalition. Daran muß auch erinnert werden: an Plisch und Plum — SPD-Wirtschaftsminister und CSU-Finanzminister — Schiller und Strauß.

Die andere Ursache ist, daß Schmidt ja völlig das tableau, das Spektrum normaler CDU-Politik belegt hat. Die CDU war geradezu gezwungen, so jemanden wie Strauß zum Kanzlerkandidaten zu machen, um sich überhaupt noch von der Schmidtpolitik abheben zu können. Es gab eine Untersuchung zu Beginn dieses Jahres, als noch niemand an Albrecht als Kanzlerkandidat und erst recht noch niemand an Strauß dachte, eine Tiefenanalyse, die offenbar vom Konrad Adenauer-Haus ausging. Da wurde die Einschätzung der Schmidt-Regierung durch CDU-Wähler untersucht, und die hat gezeigt, daß immer mehr CDU-Wähler der Ansicht waren, daß Schmidt eigentlich ihre Politik machen würde. Der hat also voll dieses tableau besetzt und zwar viel wirkungsvoller, als es ein Kohl machen könnte oder auch ein Albrecht.

Die 10jährige Regierungsherrschaft der SPD, vor allem seit der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt, hat mit ihrer Folge von repressiven und antidamokratischen Gesetzen, die unter dem Banner des „Antiterrorismus" durchgepeitscht wurden, aber auch mit ihrer sozialfeindlichen Wirtschaftspolitik, mit ihrer antiökologischen Umweltpolitik, mit ihrer friedensfeindlichen Wettrüstungspolitik

schaftspolitik, mit ihrer antiökologischen Umweltpolitik, mit ihrer friedensfeindlichen Wettrüstungspolitik

u.a.m. ein rechtes politisches Klima geschaffen, in dem eine Straußkandidatur möglich geworden ist. Die Straußkandidatur ist also eine unmittelbare Folge Schmidtscher Regierungspolitik.

AK.: Wie schätzt du das Programm ein, das von Strauß verkörpert wird?

A. Schubart: Meiner Ansicht nach steht Strauß auf einem Standpunkt außerhalb eines bürgerlich demokratischen Spektrums. Ein Mann, der neben Pinochet stehend zu diesem sagt: „Bewahren Sie die Freiheit weiter in Ihrem Lande", kann keinen wie immer gearteten demokratischen Anspruch erheben. Wir müssen also deutlich machen, daß mit Strauß die Demokratie überhaupt aufhört. Strauß ist kein Kandidat einer irgendwie gearteten bürgerlich demokratischen Partei, sondern einer erzreaktionären, antidemokratischen Partei. Entsprechend würde natürlich auch seine Politik aussehen; es würde eine Politik der reaktionären, der autoritären Formierung sein. Es würde eine Politik sein, die all diese Instrumente an Repression, die eine zehnjährige SPD-Regierungs- und Parlamentspolitik geschaffen hat, in einem sicher noch weit extensiveren Maße anwenden würde, als es bisher unter Schmidt, Vogel usw. geschehen ist.

AK: Du kennst die Debatte um das pro und contra einer alternativen Wahlbeteiligung bei den nächsten Bundestagswahlen. Gerade das Argument der Gefährlichkeit von Strauß dient einer ganzen Reihe demokratischer Persönlichkeiten dazu, zu sagen: Jetzt bleibt uns doch nichts anderes übrig, als wieder das „kleinere Übel" SPD zu wählen.

A. Schubart: Ich trete diesem Argument ganz entschieden entgegen. Einmal aus meiner Einschätzung der Strauß-Kandidatur:

Wenn es richtig ist, daß die Strauß-Kandidatur eine unmittelbare politische Folge von Schmidtscher, also SPD-Regierungspolitik ist, dann kann es ja nicht richtig sein, zu sagen: Wir wollen Schmidt als Alternative gegenüber Strauß. Immerhin hat Schmidt ja dieses ganze Repressionsinstrumentatium, diese ganze Rechtsentwicklung in Gang gesetzt, die eine Strauß-Kandidatur erst möglich gemacht hat. Aus diesem Grunde schon halte ich eine alternative Kandidatur für dringend notwendig.

Das Hauptargument, das einer alternativen Kandidatur entgegengehalten wird, wird sein, daß es nur aufgrund des Bestehens der 5%-Klausel — und das ist ja auch wirklich der einzige Grund — faktisch so sein könnte, daß Stimmen, die für alternative Kandidaten abgegeben würden, praktisch verloren wären. Dazu ist zweierlei zu erwidern: Erstens würde es bei aller Kraftanstrengung durchaus im Bereich des Realen liegen, die 5%-Klausel nicht nur zu überwinden, sondern auch erheblich zu überspringen. Dazu gehört allerdings, daß die Linken geschlossen für diese alternative Kandidatur eintreten, und nicht gewissermaßen abwartend sagen: Wir wären zwar dafür, aber erst mal sehen, wie sie sich entwickelt. Das ist ein falscher Standpunkt. Aber vor allen Dingen müssen wir deutlich machen, daß diejenigen, die diese 5%-Klausel geschaffen haben — und das ist ja auch die SPD — die Folgen dafür tragen müssen, wenn die 5%-Klausel zur Anwendung kommt. Denn die 5%-Klausel ist ja nicht nur eine Klausel, die unterbindet, daß jemand, der keine 5% erreicht hat, ins Parlament kommt, sondern sie ist eine 5, 6, 7,8%-Verhinderungsklausel. Nur weil sie besteht, wählen viele nicht, was sie eigentlich wählen wollen, weil sie Angst haben, ihre Stimme könnte verloren gehen. Das ist ja das Hauptargument dieser 5%-Klausel. Wir müssen scharf gegen dieses undemokratische Instrument kämpfen, wir müssen der SPD deutlich sagen: Wenn ihr die 5%-Klausel nicht abschafft, begebt ihr euch selbst in Gefahr, daß Stimmen, die entschieden gegen Strauß gerichtet sind, möglicherweise nicht zum Zuge kommen. Aber ich gehe immer noch davon aus, daß es gelingen wird, 5% oder mehr zu erreichen.



AK: Die Situation, die jetzt zu den Bundestagswahlen entstanden ist, kann man bis zu einem gewissen Grad mit den Hessenwahlen vergleichen. Dort gab es ebenfalls eine sehr starke Polarisierung zwischen Dregger, der für viele — nicht zu Unrecht — ein Schreckgespenst war, und Börner. Kannst du die damalige Kandidatur nochmal im nachhinein werten und sagen, was dich bewegt hat, trotz dieser schwierigen Situation bei der Grünen Liste Hessen mitzumachen?

A. Schubart: Ich bin damals im Sommer 1978, als wir die GLH gründeten, nach zwanzigjähriger Mitgliedschaft aus der SPD ausgetreten. Einmal, weil damals grundsätzlich der Punkt erreicht war, wo es in der SPD nicht weiterging, wenn man seine politische Identität noch bewahren wollte. Zweitens weil hier mit der Grünen Liste Hessen ein konkreter Moment gegeben war, wo es eben hieß, Farbe zu bekennen. Die Erfahrungen mit der Hessenwahl nocheinmal im Hinblick auf die kommende Bundestagswahl zu reflektieren, führt zu folgender Überlegung: Damals, im Oktober 1978, haben wir deshalb relativ schlecht abgeschnitten, weil wir einmal nicht in der Lage waren, dieser Polarisierung Dregger-Börner entschieden entgegenzuwirken und handfeste Argumente entgegenzuhalten — wir hatten Argumente, sie wurden aber nicht gehört —, aber vor allem ist es uns deshalb nicht gelungen, weil es damals ja z w e i grüne Formationen gegeben hat, die angetreten sind. Das war natürlich unser grundlegendes Handicap.

Neben der Polarisierung war in der Tat die Spaltung der Grünen 1978 eine Ursache für das schlechte Abschneiden. Das darf es im Herbst kommenden Jahres auf keinen Fall geben. Entweder es gibt eine einheitliche ökologische, grüne, alternative und bunte Kandidatur, oder es darf keine Kandidatur geben.

Eine Kandidatur unter der Bedingung der Spaltung zwischen Grünen einerseits sowie Alternativen und Bunten andererseits — zu denen wir übrigens ja auch gehören; obwohl wir ein 'Grün' im Namen haben, gehören wir unserer politischen Ideologie nach ganz eindeutig zu den bunten und alternativen Listen — darf sich nicht nocheinmal wiederholen. Deswegen trete ich ganz entschieden für eine einheitliche Kandidatur bei den Bundestagswahlen ein.

Wichtig ist übrigens bei den kommenden Bundestagswahlen auch, daß dort entscheidende Weichen für die Kommunalwahlen danach gestellt werden, etwa hier in Hessen 1981, wo es sehr, sehr gute Aussichten für eine alternative, grüne Kandidatur gibt. Das pfeifen die Spatzen von den Dächern. Das wissen die Herrschenden auch, davor fürchten sie sich ganz real, daß wir hier unter einheitlicher Kandidatur antreten, und dann wirklich eine glaubwürdige Alternative etwa hier in Frankfurt gegen Arndt und Wallmann sein könnten.

AK: Bei diesen Versuchen, zu einer grün-bunten Einigung zu kommen, zeichnen sich manche Probleme, manche Konflikte ab, die wir auch von der Hessenwahl her kennen. Könntest du sagen, was für dich zentrale Punkte sind, auf die wir nicht verzichten können — trotz aller Kompromißbereitschaft, mit eher bürgerlichen grünen Kräften zusammen zu kommen?

A. Schubart: Ich halte beides für wichtig. Einmal muß man grundsätzlich kompromißbereit sein, wenn man sich in eine solche Formation begibt, wie es etwa die Grünen bei den Europawahlen waren, und dieser Formation auch allen Erfolg mitgeben will. Auf der anderen Seite halte ich es allerdings ebenso für unabdingbar, ja geradezu für unerläßlich, gewisse Minimalpositionen als Essentials festzuschreiben. Wir als Grüne Liste Hessen hatten ja, bevor wir in die Auseinandersetzung mit der Grünen Liste Umweltschutz getreten sind, Essentials erarbeitet, und darin ist meines Erachtens genau das festgeschrieben, was für uns und andere Alternative Mindestvoraussetzung sein müßte, um zu einer gemeinsamen Kandidatur zu kommen. Das sind folgende Punkte:

1. Es darf keine wie immer geartete direkte oder indirekte Unvereinbarkeitsbeschlüsse geben. Wenn also so etwas auch nur in versteckter Form — offen wird es niemand aussprechen, weil das ja ein unwahrscheinlicher Rückfall gegenüber der bisherigen Entwicklung ist — kommt, oder wenn es versteckte Vorbehalte gegenüber der Kandidatur von Personen gibt, die man mit irgendwelchen Etiketten belegen möchte, dann geht das nicht. Also das ist die erste Voraussetzung: Keine wie immer gearteten Unvereinbarkeitsbeschlüsse.

2. Es muß ein politisches Selbstverständnis entwickelt werden, das der realen Entwicklung der Ökologiebewegung, der Bürgerrechtsbewegung und der Bürgerinitiativbewegung authentischen Ausdruck gibt. Das heißt: Keinerlei Kompromisse mit der Stellvertreterpolitik der etablierten Parteien, also mit einem Politik- und Parlamentsverständnis, das davon ausgeht, daß oben gewählte Vertreter sitzen, die stellvertretend für das Volk die Politik machen und bestimmen.

ausgeht, daß oben gewählte Vertreter sitzen, die stellvertretend für das Volk die Politik machen und bestimmen.

Wir müssen dem entgegenhalten: Wir können eine Politik nur m i t Bürgerinitiativen, m i t den Volksmassen machen, niemals aber stellvertretend für sie.

Drittens muß herauskommen und deutlich werden, daß wir gegenüber dem Parlamentarismus ein sehr distanziertes Verhältnis haben. Wir erwarten uns vom parlamentarischen Weg mitnichten die Lösung der dringendsten Probleme. Wir sehen zwar im parlamentarischen Weg e i n e n wichtigen Zweig für unsere politische Arbeit, aber keinesfalls den entscheidenden Zweig. Die Hauptsache müssen weiterhin Basisaktivitäten, muß die direkte Aktion der Bürger sein.

Schließlich:
Wenn wir Vertreter ins Parlament bekommen, dürfen diese kein abgeschlossenes Parlamentarier-Dasein führen, sondern sie müssen unter ständiger Kontrolle der Basis stehen und dürfen keine abgehobene Politik machen. Ich sag' es klipp und klar: Nach meinem Verständnis müßte das imperative Mandat gelten. Die Parlamentarier dürften im Bundestag nur die Politik ausführen, wie sie an der Basis real beschlossen worden ist. Sonst ist es wie bei der SPD: Es gibt wunderschöne Parteitagsbeschlüsse, bloß einen Helmut Schmidt interessiert das überhaupt nicht, was die Partei beschließt. So etwas darf es bei uns nicht geben.

Etwas was ich nicht für so wichtig halte, ist die Frage nach der äußeren Organisationsstruktur. Mir wäre es in der Tat lieber, wenn es keine Partei wäre, wenn eine grüne Formation entsprechend unserer GLH eine Wählerinitiative sein könnte. Nun sieht das Bundeswahlgesetz zwingend vor, daß außer Einzelpersonen, die nur Wahl-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 10

kreiskandidaturen machen dürfen, nur Parteien Landeslisten aufstellen können und niemand anderes. Wir müssen also nolens volens schon eine Partei gründen. Aber wir dürfen unter keinen Umständen zulassen, daß sich in dieser Partei diese Verfremdungsstrukturen wieder reproduzieren wie in den etablierten Parteien.

AK: Wie wäre eine solche Parteigründung deiner Meinung nach anzugehen?

A. Schubart: Wir müssen uns natürlich sofort in die laufenden Verhandlungen zwischen den Grünen einschalten. Für uns in Hessen stellt sich zunächst einmal die Frage, wie wir es als GLH mit einem wie immer gearteten Landesverband einer Partei der Grünen halten. Wir müßten zunächst unsere inhaltlichen Mindestvoraussetzungen als GLH formulieren. Grundlage dafür müssen natürlich erst mal unsere alten Essentials und die Wahlplattform sein. Ich erwähne noch kurz, weil das außerhalb Hessens nicht so bekannt sein dürfte, was die tragenden Elemente unserer Plattform waren. Das war zum einen unser neues Politikverständnis, also Ablehnung des Stellvertreterprinzips, wie ich es oben schon formuliert habe. Zweitens muß ein umfassendes Ökologieverständnis zugrundegelegt werden. Für uns ist Ökologie nicht nur Anti-AKW-Kampf — das gehört zentral dazu, ist aber nicht das einzige — sondern Schutz der Umwelt, Kampf gegen Naturzerstörung in all ihren Ausmaßen, dazu gehört insbesondere auch Kampf der Stadtzerstörung. Dann ein ausgeprägtes Demokratieverständnis, d.h. nicht taktisches, sondern grundsätzliches Eintreten für die Menschenrechte, wo man also nicht sagt, gegen Berufsverbote bin ich auch, aber zur Diskriminierung der Schwulen schweige ich lieber, da verbrenne ich mir lieber nicht die Finger. Ferner das Aufnehmen gewerkschaftlicher Forderungen für die Masse der Lohnabhängigen, was jetzt auch immer wichtiger wird. Mit diesen Inhalten sind wir bei der Hessenwahl angetreten. Dazu müssen bei den Bundestagswahlen einige Komplexe hinzukommen, z.B. die Frage der Friedensabsicherung, Antimilitarismuspolitik, eine ganz entschiedene Politik gegen das Wettrüsten, gegen die Lagerung von Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik.

Ich denke auch, daß wir als GLH hier in Hessen aufgrund der Ergebnisse der letzten Landtagswahl, aber auch aufgrund unserer außerparlamentarischen Arbeit danach — ich nenne hier nur Rock gegen rechts — einen politisch ausgewiesenen Anspruch haben, daß wir schon so etwas wie ein Bestimmungsrecht darüber

spruch haben, daß wir schon so etwas wie ein Bestimmungsrecht darüber

haben, was — von Hessen aus gesehen — Inhalt für eine gesamtrepublikanische Partei der Grünen sein sollte.

AK: Was hältst du denn von den übers Knie gebrochenen Parteigründungen, wie sie für Bayern und Baden-Württemberg für die allernächste Zeit angekündigt sind? Dort sollen Ende September, Anfang Oktober grüne Landesverbände aus dem Boden gestampft werden.

A. Schubart: Ich halte es für ausserordentlich gefährlich, eine Partei gewissermaßen hopplahopp aus der Taufe zu heben, ohne ausgiebig die inhaltlichen Prämissen dieser Parteigründung diskutiert zu haben. Wenn man so verfährt, kann man ja nur zweierlei bewirken. Das eine ist, man will die Kritischen, die Linken, die Alternativen heraushaben. Später zwar sollen sie den Wahlkampf unterstützen, Plakate kleben und die Kleinarbeit leisten, aber sie sollen von der inhaltlichen Bestimmung ausgeschlossen werden. Oder das andere ist, sie sollen zwar einbezogen werden, aber man will sich bewußt nicht einigen, weil man weiß, es ist mühselig über inhaltliche Differenzen zu reden. Das führt natürlich dazu, daß die Konflikte spät, also kurz vor den Wahlen ausbrechen werden, weil sie vorher nicht ausdiskutiert sind, als es noch Zeit dazu war. Deswegen geht mein Plädoyer dahin, jetzt entschieden mit der inhaltlichen Diskussion über die Wahlplattform zu beginnen, noch keine Personaldiskussion zu führen, noch keine Diskussion über die Struktur zu führen, sondern zunächst einmal die inhaltlichen Fragen zu diskutieren, mit denen die Grünen zur Bundestagswahl antreten, mit all ihren Folgen: Polarisierung Schmidt-Strauß, wie ist das Parteiverständnis usw. Erst wenn man sich auf einen inhaltlichen Konsens geeinigt hat, die Struktur finden, und dann erst die Personaldiskussion über die Kandidaten führen, so müßte es laufen.

AK: Kommen wir noch mal zu dem radikaldemokratischen Lager, das zwischen Sympathie für die Alternativen Listen und Angst vor Strauß — Hang zu einer SPD-Wahl — hin und her pendelt. Wäre es nicht gut, wenn man noch in irgendeiner Weise eine Initiative auf dieses Lager hin unternehmen könnte, um sie wenigstens von ihrer Passivität, von ihrer Zuschauerrolle wegzubekommen...

A. Schubart: Genau, das halte ich für das Entscheidende. Ich finde es einen sehr schlechten Standpunkt zu sagen, an sich bin ich dafür, daß es eine alternative Kandidatur gibt, und ich würde sie auch wählen, aber nur dann, wenn ich die Gewißheit hätte, daß sie die 5%-Klausel überspringt, wobei derjenige, der so argumentiert, selbst nichts dazu tun will, daß diese 5%-Klausel überschritten wird. Jetzt ist es die Zeit — gerade für entschiedene Linke, gerade für diejenigen, die es für notwendig halten, auch der Schmidt-Politik eine Alternative entgegenzusetzen (bei Strauß ist das sowieso selbstverständlich) — das ihrerseits Mögliche und das bedeutet alles, was in ihren Kräften steht, zu tun, damit es eine erfolgreiche Kandidatur gibt.

Und eine erfolgreiche Kandidatur kann es nur geben, wenn eine relativ große Zahl aktiver politischer Helfer dabei ist. Das ist das eine. Das andere ist, daß es auch so etwas wie eine politische Atmosphäre, also ein politisches Klima geben muß, in dem unsere Kandidatur gedeiht. Dazu gehört, daß es auch Wählerinitiativen gibt von Persönlichkeiten, die nicht direkt zur Kandidatur bereit sind, die nicht direkt zu einer Mitgliedschaft in einer Grünen Partei bereit sind, die aber eingesehen haben, daß heute eine Alternative notwendig ist. So etwas hat es früher vor allem zugunsten der SPD gegeben, in letzter Zeit ja nicht mehr, weil es viele Schriftsteller nicht mehr mit ihren Vorstellungen vereinbaren konnten. Das Motto für solche Wählerinitiativen müßte ungefähr sein: „Wir sind entschieden gegen Strauß, auch Schmidt können wir nicht befürworten, wir sind für eine echte Alternative, und damit unterstützen wir eine grüne Kandidatur."

AK: Du kennst selbst viele von denjenigen, die heute arge Skrupel haben, ob sie noch mal SPD wählen sollen oder nicht. Was meinst du zur Haltung von Oskar Negt oder Prof. Seiffert?

A. Schubart: Ja, gerade solchen aufrichtigen Genossen wie Seiffert oder Oskar Negt möchte ich zu bedenken geben, daß gerade, wenn sie ehrlicherweise die Entwicklung seit 69 reflektieren, sie heute eigentlich ganz entschiedene Gegner einer nochmaligen Stimmabgabe für die SPD sein müßten. Damals, 69, war es ja so gewesen, daß konkreter Anlaß zu konkreter Hoffnung bestand, durch und mit der SPD könnte man in dieser bundesrepublikanischen Gesellschaft wesentliches verändern. Ich habe die

bundesrepublikanischen Gesellschaft wesentliches verändern. Ich habe die

Gründung der Jungsozialisten gesehen, die praktisch eine völlige Neugründung des Verbandes gewesen ist; es war damals die Zeit, wo erhebliche Teile der APO in die SPD reinschwappten und versuchten, dort Antisystempolitik, Politik von systemüberwindenden Reformen zu machen und durch die SPD, mit der SPD den Gang durch die Institutionen zu beginnen. Aber die 10 Jahre seit 1969 müßten jetzt den letzten linken Kritischen belehrt haben, daß das ein völlig gescheiterter Weg ist. Im Gegenteil, die Rechtsentwicklung, die seit 1969 bis heute — nach 10jähriger Regierungspolitik der SPD — tatsächlich stattgefunden hat, ist eine Entwicklung, die 69 überhaupt nicht erträumbar war. Diese Rechtsentwicklung hat ein derart bedrohliches Ausmaß angenommen, daß dies heute auch den letzten Linken dazu bewegen müßte, zu sagen, mit dieser SPD kann es nicht weiter gehen, kann kein Neuanfang geschehen, auch nicht angesichts jener Kandidatur von Franz-Josef Strauß. Deswegen halte ich das heute für den Punkt, wo die Linke Farbe bekennen muß. Und für ganz schlecht halte ich das Argument, wie es Oskar Negt gebracht hat, der sagt, weil die Linke so schwach sei, müsse sie noch einmal von einer Kandidatur Abstand nehmen und nochmals die SPD wählen. Wer will eigentlich garantieren, daß es in 4 Jahren mit der Linken besser wird. Einmal muß doch der Anfang gemacht werden, aus diesem Teufelskreis von Schwäche, SPD-Begünstigung und Rechtsentwicklung auszubrechen. Und dazu gehört es zuallererst, daß die Linke der SPD ihre Stimme entzieht und eine Alternative unterstützt.

AK: Letzte Frage: Wärst du unter der Voraussetzung, daß eine alternative Liste tatsächlich glaubwürdig wäre, bereit, auf einer hessischen Landesliste zu kandidieren?

A. Schubart: Ja, ich wäre schon bereit zu kandidieren, wenn die Genossen, die in der GLH zusammengeschlossen sind, und mit denen ich einen politischen Weg gemeinsam gegangen bin, damit einverstanden wären und das haben wollen.

Interview mit Betriebsrat Schmitz von der Gewerkschaftsoppositionellen Gruppe bei Opel-Bochum

Welche Entwicklung erwartest Du durch die Kandidatur von Strauß?

Wir haben über diese Frage schon gesprochen, als sich die Kandidatur von Strauß herausgestellt hat. Es gibt hierüber keine eindeutige Meinung. Im wesentlichen gibt es drei Auffassungen: Die eine sieht schon darin einen verschärften Rechtsruck, wenn Strauß Kanzler wird, hat also Angst davor und sieht voraus, daß von staatlicher Seite aus mehr Repressionen zu erwarten wäre. Es gibt aber auch Kollegen — und das sind eigentlich die Meisten — die sagen, daß sich die Situation für uns in den Betrieben nicht wesentlich verschlechtern würde, wenn Strauß Kanzler wird.

Die staatliche Politik, die hier getrieben wird, hängt nicht ab von den Möglichkeiten, die ein Kanzler hat, sondern die hängt ab von den Möglichkeiten der Bourgeoisie, den Arbeitern ihre Profite abzupressen; auch ein Kanzler Strauß hat nur so viele Möglichkeiten, wie wir uns das als Arbeiter gefallen lassen. Insofern warnen wir davor, daß die Alternative, die jetzt vor der nächsten Bundestagswahl ansteht, daß das eine Alternative wird, wo wir uns entweder für die eine oder die andere Seite, also für Schmidt oder Strauß, entscheiden sollen.

Der Hauptgedanke ist für uns: Wenn wir uns gegen Strauß als offenen Vertreter der westdeutschen kapitalistischen Interessen wenden, dann müssen wir gleichzeitig aufpassen, daß wir nicht den Schmidt oder die SPD als kleineres Übel hochhalten, sondern daß wir sagen, auch die SPD werden wir weiter als feindlich gegen unsere Interessen ansehen. Daß der Strauß überhaupt Kanzlerkandidat werden konnte, ist ja schon Resultat der reaktionären Strömung in der gesamten politischen Szene. Und diese Strömung ist eben mit begünstigt worden durch die Politik, die in den letzten zehn Jahren von der SPD-Regierung getragen worden ist. Wir sehen das also nicht als krassen Einschnitt, sondern als einen krassen Ausdruck einer Entwicklung, die eben ihre Ursachen in einer verschärften Entwicklung des kapitalistischen Systems hat. Dadurch wird eben auch der Boden leichter für

kapitalistischen Systems hat. Dadurch wird eben auch der Boden leichter für

so einen Rattenfänger wie ihn. Es gibt auch Kollegen, die es begrüßen, daß der Strauß ans Ruder kommt, weil wir dadurch eine bessere Chance hätten, daß die Kollegen endlich mal aufwachen. So eine — gewissermaßen Trotzhaltung —, daß also die Kollegen erst aufwachen, wenn es ihnen richtig dreckig geht, wird auch — allerdings von einer Minderheit unter den Kollegen — vertreten.

Ist diese Position auch bei Euch in der Gruppe vorhanden?

Auch bei uns in der Gruppe.

Welche Auswirkungen wird Deiner Ansicht nach die Strauß-Kandidatur auf die Arbeiterschaft haben, insbesondere in Hinblick auf die Gewerkschaftspläne der CSU und der von Vetter und Loderer geäußerten absoluten Loyalität gegenüber dem Staat, auch mit einem Kanzler Strauß?

Es ist meiner Meinung nach so, daß von den Gewerkschaftsführungen — wie jetzt schon begonnen — eine linkere soziale Demagogie losgehen wird, daß also längst vergessene Töne wieder laut werden, um die gemeinsame Fahne wieder hochzuhalten.

Dies steht aber doch im Widerspruch zu der sehr laschen Reaktion auf die Strauß-Kandidatur. Bisher hat dies keineswegs zur linken Demagogie geführt. Loderer will sogar die „metall"-Redaktion zurückpfeifen.

Das ist richtig. Ich hatte auch etwas härtere Reaktionen erwartet. Aber immerhin sind es bis zur Wahl noch einige Monate hin. Meiner Meinung nach wird die Gewerkschaft in der Auseinandersetzung mit Strauß dazu übergehen, bestimmte linke Positionen wieder aufzunehmen.

Wichtig ist aber doch in diesem Zusammenhang, daß Strauß gegenüber dem DGB genauso erpresserisch vorgeht wie gegenüber der CDU. Das Papier wird wohl nicht auf eine Spaltung des DGB hinauslaufen, aber es kann doch immerhin zu einigen Austritten kommen. Wenn man dagegen die Reaktionen auf dies Papier sieht, ist das doch wohl mehr lasch zu nennen.

Also, ich habe zwar jetzt keinen Überblick über die gesamte BRD, kann aber sagen, daß für die Arbeiter wohl eine christliche Gewerkschaft keine echte Alternative wäre. Andererseits ist zu sagen, daß bei den letzten Betriebsratswahlen bei Opel Bochum die CDA-Liste immerhin 15 % der Stimmen erhielt und damit die drittstärkste Fraktion bildet, obwohl sie das erste Mal kandidierten. Es ist also auch bei uns im Betrieb ein Rechtspotential da.

Wie äußern sich diese Leute auf so eine Sache?

Das sind natürlich Leute, die offen die Interessen des Kapitals vertreten, die also bei Tarifverhandlungen gegen ihrer Meinung nach zu hohe Lohnforderungen der Kollegen auftreten. Beim Stahlstreik im Januar sind sie rumgerannt und haben die Kollegen denunziert. Zur Strauß-Kandidatur hat es bisher von denen noch keine Äußerung gegeben.

Wie siehst Du die Möglichkeit einer alternativen Kandidatur? Hälst Du sie für sinnvoll?

Zu den alternativen Listen kann ich sagen, daß ich eine Kandidatur zu den Bundestagswahlen nicht für eine echte Alternative halte. Wir in der Gruppe haben dazu noch keinen klaren Standpunkt. Die Beteiligung am Parlamentarismus beim gegenwärtigen Kräfteverhältnis kann meiner Meinung nach nur bedeuten, daß man faule Kompromisse macht. Es sind alle bei uns AKW-Gegner, die die Politik der Bürgerinitiativen unterstützen und auch versuchen, sie zu verbreitern. Gerade in der Frage der AKW-Bewegung sehe ich, daß wir versuchen müssen, die Militanz, die in dieser Bewegung steckt, zu verbreitern. Das heißt jetzt nicht, daß wir uns grundsätzlich gegen eine Beteiligung an Wahlen aussprechen. Wir beteiligen uns ja auch an den Betriebsratswahlen. Bei der Bundestagswahl müßte man aber mit einem Programm antreten, daß zur Gesamtheit der politischen Fragen Stellung bezieht.

Was heißt für Dich, „faule Kompromisse zu machen"? Welche Alternative seht Ihr dazu?

Für die Bundestagswahl sehe ich im Augenblick keine Alternative. Ich werde wahrscheinlich die Wahl boykottieren — wie bei der letzten Bundestagswahl. Natürlich werde ich mir die Vorschläge der linken und alternativen Organisationen angucken. Es gibt ja schon Erfahrungen in Westberlin und Hamburg mit solchen alternativen Listen. Von anderen Bürgerinitiativen her habe ich aber schon die Erfahrung gemacht, daß am Anfang klare radikale Forderungen aufgestellt werden, die dann von liberalen Kräften in die Hand genommen werden und umgelenkt werden in Illusionen, daß hier eben doch noch ohne Konfrontation mit den „Volksvertretern" was zu machen wäre. Diese Gefahr sehe ich eben auch bei dem parlamentarischen Weg der Grünen.

Man kann natürlich auch andersrum sagen, daß es gerade durch die Abstinenz anderen Kräften erleichtert wird, auf parlamentarischer Ebene Illusionen zu erzeugen.

Aber das ist doch eine Frage, wie stark wir sind, um bei solchen Wahlen auch dementsprechend auftreten zu können.

Und das sehe ich zur Zeit nicht. Ändern kannst Du das nur, indem z.B. die Anti-AKW-Bewegung so stark und militant wird, daß sie zu einer Massenbewegung wird.

Andererseits können natürlich die AKW-Gegner im Parlament dazu beitragen, die Anti-AKW-Bewegung zu stärken und den Einfluß zu verbreitern.

Ja gut, wenn die Möglichkeit da ist ... Also, ich möchte nochmal betonen, daß dies keine abschließende Ablehnung bedeutet. Wir haben auch gerade die Frage der alternativen Listen bei uns in der Gruppe noch nicht so definitiv ausdiskutiert.



Nachrichten vom Widerstand



Wie lange wollt Ihr noch pennen?
Grohnde-Schadenersatzklage terminiert
186 Polizeizeugen geladen

Der bisher umfangreichste und bedeutungsvollste Prozeß gegen die Anti-AKW-Bewegung kommt ins Laufen. Zwischen dem 15.10. und dem 7.12. hat die 2.Zivilkammer des Landgerichts Hannover insgesamt 28 Verhandlungstage angesetzt, die ausschließlich zur Vernehmung von insgesamt 186 Polizeizeugen dienen sollen.

Eine Erinnerung angesichts der Null-Aktivitäten der Linken zu diesem Prozeß scheint erforderlich: Es geht um den Schaden von 239.000 DM, der der Polizei angeblich bei der Demonstration am 19.3.77 in Grohnde zugefügt wurde. Verklagt sind 18 Leute, von denen gegen drei bereits ein „Versäumnisurteil" verhängt wurde, weil sie ohne Anwalt zum ersten Verhandlungstermin erschienen waren. Das Versäumnisurteil gegen Wolfgang ist rechtskräftig [illegible], über die Berufung wird am 20.9. (11.00 Uhr, Landgericht Hannover, Raum 144) entschieden.

Das Gericht hat an den bisherigen Verhandlungstagen bereits gezeigt, daß es die AKW-Gegner zur Zahlung zu verurteilen gedenkt: Der Antrag der Verteidigung, die Klage als unbegründet zurückzuweisen, wurde abgelehnt; das Gericht hielt es nicht einmal für erforderlich, von der Bezirksregierung weitere Beweismittel zur Untermauerung der Klage anzufordern, auch das Versäumnisurteil ging glatt durch, so daß die Bezirksregierung schon jetzt triumphiert. In der „HAZ" ist gar nur noch die Rede davon, daß das Gericht prüfen wolle, ob die Zusammenstellung der Forderungen der Polizei korrekt ist. Dabei geht es in diesem Prozeß um viel Grundsätzlicheres – die Frage, ob das Demonstrationsrecht de facto aufgehoben wird, wie es kürzlich auch Rechtsanwalt Schröder (Vors. der Jungsozialisten) und Prof. Jürgen Seifert in einem Rundfunkgespräch hervorgehoben haben. Allerdings mit einer gefährlichen Argumentation: „*Meine Mandanten haben keine Gewalt angewandt.*" (Schröder)

Obgleich der Pferdefuß dieser Argumentation auf der Hand liegt, erscheint es mir müßig, jetzt lauthals über die ‚sozialdemokratische Integrationstaktik' herzuziehen. Denn im Gegensatz zu dieser öffentlichen Kritik an der Klage der Bezirksregierung schläft die Linke in dieser Frage seit Monaten beharrlich, einschließlich der Ermittlungsausschüsse. Keine Veröffentlichung mehr, keine Veranstaltungen, Aktionen, keine Ermutigung liberaler Kräfte, sich zu diesem Prozeß zu äußern. Ja, nicht einmal eine vernünftige Prozeßvorbereitung hat es bisher gegeben. Die diversen Treffen der Ermittlungsausschüsse und der Betroffenen waren beherrscht von der immer wiederkehrenden Diskussion: Soll man den Prozeß führen oder sich von vornherein ein Verständnisurteil einhandeln? Über das Führen des Prozesses – das für 15 von 18 Betroffenen feststand – ist allerdings seit April dann nicht mehr diskutiert worden. Über die Öffentlichkeitsarbeit bestand auf der allgemeinen Ebene Einigkeit: Integration dieser Frage in alle Anti-AKW-Aktivitäten; keine „Sonderkampagne", gezielte Diskussionen mit einem breiten Spektrum von Organisationen, um diese zu öffentlichen Stellungnahmen und Aktionen zu aktivieren. Verwirklicht worden ist davon in den letzten Monaten allerdings so gut wie gar nichts.

Wir sind auf dem besten Wege, unsere geringen Chancen in diesem Prozeß einfach aus der Hand zu geben. Die Gegenseite konzentriert sich derweil vollständig auf den Prozeß, der als einziger von ursprünglich fünf im Augenblick noch aktuell ist:

– Die Leistungsbescheide zum Anti-Atomdorf Brokdorf wurden zurückgezogen,
– Ebenso die Leisungsbescheide wegen der Besetzung des Informationspavillons Esensham,
– die Schadensersatzklage der NWK gegen Jens Scheer (Brokdorf) ist durch den Freispruch hinfällig;
– die Leistungsbescheide wegen der Räumung des Anti-Atomdorfs Grohnde wurden von der Bezirksregierung zurückgestellt bis zur Entscheidung über die Klage von zwei ehemaligen Dorfbewohnern, in der die Rechtmäßigkeit des Polizeieinsatzes bestritten wird.

Gegenüber der in der Vergangenheit oft frustrierenden Kurzschluß-Reaktion: Prozeßtermin – öffentliche Erklärung – Aktion, scheint mir der Verlauf (bzw. Nicht-Verlauf) des Prozesses gegen Kai Ehlers zu zeigen, wie richtig die ursprünglichen Überlegungen zur Öffentlichkeitsarbeit zum Schadensersatzprozeß waren, und daß wir damit tatsächliche Chancen haben, Einfluß auf den Prozeßverlauf zu nehmen.

Es dürfte doch wohl nicht zuviel verlangt sein, wenn jede linke, liberale und Umweltschutzzeitung zu diesem Prozeß Stellung bezieht, und wenn hunderte von Leuten und Organisationen Protestschreiben an das Gericht schicken. (Landgericht Hannover, 2.Zivilkammer, Vorsitzender Richter Lenski, Volgersweg 65, 3000 Hannover)

Detaillierte Informationen zum Prozeß sind beim hannoverschen Ermittlungsausschuß zu bekommen (G.Buchholz, Boedekerstr.75, 3000 Hannover) – dorthin kann man auch Durchschläge von Protestschreiben u.ä. schicken. Spendenkonto(n u r für Anwaltskosten, nicht für Schadensersatz): Stadtsparkasse Hannover 26780127 / G.Buchholz.

Auf denn! Auf daß bereits im nächsten AK die ersten ‚Erfolgsmeldungen' veröffentlicht werden können!

Goetz

wird, wie es kürzlich auch Rechtsanwalt Schröder (Vors. der Jungsozialisten) und Prof. Jürgen Seifert in einem Rundfunkgespräch hervorgehoben haben. Allerdings mit einer
zeß, der als einziger von ursprünglich fünf im Augenblick noch aktuell ist:
– Die Leistungsbescheide zum Anti-Atomdorf Brokdorf wurden zu-
Auf denn! Auf daß bereits im nächsten AK die ersten ‚Erfolgsmeldungen' veröffentlicht werden können!
Goetz

Fester Bestandteil im Strauß-Regierungsprogramm: Gorleben errichten

Welch hartgesottenen Atomkraft-Durchpeitscher wir mit einem möglichen Kanzler Strauß bekommen, wird derzeit an der Frage der zu errichtenden Zwischenlager für atomaren Abfall vorgeführt.

Nachdem Niedersachsen das integrierte Entsorgungskonzept auf die lange Bank schob („politisch derzeit nicht durchsetzbar"), versucht nun die Bundesregierung die einzelnen Bundesländer auf Zwischenlager zu verpflichten. Bayern lehnt solche Zwischenlager kategorisch ab, ein bißchen weniger kategorisch auch Baden-Württemberg. Strauß' Argument: Aus solchen Zwischenlagern werden höchstwahrscheinlich Endlager, was wiederum Bundeskanzler Schmidt der Verpflichtung entheben würde, die „bestmögliche Lösung" politisch durchzufechten, nämlich das integrierte Entsorgungszentrum (nach „FAZ", 25.7.79).

Auch Baden-Württembergs Ministerpräsident Späth war Ende Juli der Meinung, daß Gorleben doch noch realisiert werde.

Da sich Strauß darüber im klaren ist, daß in seiner Haltung auch eine deutliche Kritik an Niedersachsens Albrecht enthalten ist, beteuert Strauß in letzter Zeit immer wieder, daß er ja für Albrecht Verständnis hätte. Er erwarte darum von der Bundesregierung, daß sie die von Albrecht aufgezeigten politischen Schwierigkeiten aus dem Wege räume. Ein Anspruch, dem ein Atomkanzler Strauß ganz sicher nachkommen würde.

KB-Hannover

Westdeutsche AKW-Gegner auf nach Barsebäck!

Liebe westdeutsche Atomkraftgegner!

Ihr seid die Leute, vor denen uns unser früherer Energieminister vor kurzem gewarnt hat! Falls die Reichstagsparteien sich nicht für eine Volksabstimmung über Atomkraft ausgesprochen hätten, fürchtete er „deutsche Zustände" mit gewaltsamen Demonstrationen u.ä. auf Schweden zukommen. Jetzt ist die 'Durchführung der Volksabstimmung für den März 1980 beschlossen worden, und man fürchtet immer noch „deutsche Zustände".

Die Polizei in Lund, wohin unser nächster Barsebäcksmarsch führt, hat bei den Verhandlungen über die Demonstrationserlaubnis verlangt zu wissen, ob westdeutsche Atomkraftgegner teilnehmen werden. Als die Demonstrationsleitung diese Frage nicht beantwortete, wurde ihr versichert, daß die Kontakte der Polizei zu ihren westdeutschen Kollegen so gut seien, daß man von dort sehr leicht erfahren könnte, ob Westdeutsche kommen!

Lassen wir sie's frühzeitig wissen, daß viele von Euch am 8. September nach Barsebäckshamn kommen, um sich der Internationale der Atomenergiebetreiber entgegenzustellen.

KEINE ATOMKRAFT IN SCHWEDEN, IN DER BUNDESREPUBLIK UND AUCH NICHT ANDERSWO!
NEIN ZUR ATOMKRAFT BEI DER VOLKSABSTIMMUNG – STOPPT BARSEBÄCK!

Wir treffen uns am 8. September um 8.00 Uhr in Barsebäckshamn
Miljöförbundet
Kommitten för Barsebäcksmarschen
Lund 4.8.79
i.A. T. Koch

Fußballfans protestieren!

"KERNENERGIE ja", diesen Spruch sollen in Zukunft auch Fußballspie- litische Werbung auf Trikots nicht zulässig ist, hatte der Verband keiner-

Fußballfans protestieren!

"KERNENERGIE ja", diesen Spruch sollen in Zukunft auch Fußballspieler in den Kopf der Bundesbürger hineintricksen.

Der SV Baesweiler (spielt in der Fußballoberliga Mittelrhein; Baesweiler liegt bei Aachen) ist der erste Verein, der auf diese Weise zum ‚Bürgerdialog' beitragen soll. Daß für den ‚Bürgerdialog' keine Mark zu schade ist, bewies di- Firma URANIT (Jülich; befaßt sich mit der Herstellung von Uran-Brennstäben) und eine weitere, nicht genannte Firma, die für diese Werbekampagne immerhin 10.000.- Mark auf den Tisch des (Vereins-)Hauses legten. Obwohl politische Werbung auf Trikots nicht zulässig ist, hatte der Verband keinerlei Einwände. SV-Vorsitzender Franz Keusch: „Von einem Politikum kann gar keine Rede sein" („AVZ", 21.7.79). Aber auch unter Kickern gibt es schon genug Atomgegner, so daß diese Atomwerbung nicht ganz so reibungslos über die Bühne lief, wie sich das wohl die Atomfans bei URANIT und im SV-Vorstand vorgestellt hatten. Der Libero der Mannschaft, ein engagierter Atomgegner, wird nicht mehr für Baesweiler spielen, und beim ersten Heimspiel protestierten ca. 50 AKW-Gegner: „BSV 09 - ja, Kernenergie - NEIN".



Spieler des SV 09 Baesweiler

Atomkraft-Gegner Günter Neumann

Nach der Energiekrisenkampagne Atomindustrie im Aufwind

Nachdem in der bürgerlichen Presse die angebliche Energiekrise genügend ausgewalzt und widergekäut worden ist, kommen nach den explosionsartigen Preiserhöhungen der Ölkonzerne die Atombetreiber wieder aus ihren Löchern:

– „US-Experten treten für riesige Atomkraftzentren ein" („FR", 13.8.79). Nach ihrer Meinung sollen die USA mit 96 dieser Zentren, auf denen je 10 AKWs mit einer Kapazität von 20.000 MW stehen sollen, gepflastert werden. Harrisburg hoch 10 in Aussicht!
– „Forschungsminister Hauff legt erste deutsche „Risikostudie" vor" („FAZ", 15.8.79). Nach diesem Machwerk ist die Atomenergie mal wieder unwahrscheinlich sicher. „Nur" einmal in zwei Milliarden Betriebsjahren könne der größte anzunehmende Unfall passieren. Hierbei komme es zu 14.000 Todesfällen sofort im Umkreis von 20 Kilometern und 104.000 Opfern von Strahlenschäden im Laufe der folgenden 30 Jahre („FAZ", 15.8.79). Aber wie gesagt, nur alle 2 Milliarden Jahre. – Wann war noch mal Harrisburg????

Kurioserweise basiert diese Neuauflage alter Sicherheitsmärchen denn auch auf der berüchtigten „Rasmussen-Studie", die unter dem Motto bekannt wurde, daß frau/man eher von einem Meteoriten erschlagen wird, als durch ein AKW zu Schaden kommt. Diese Studie mußte aber Anfang dieses Jahres von der amerikanischen Atomenergiebehörde wegen allzu großer atomfreundlicher Mängel zurückgenommen werden!

Nichtsdestoweniger dient sie immer noch westdeutschen Behörden als Grundlage für „sichere" Genehmigungen.

Doch die Atomlobby tut noch mehr für die Sicherheit. So hält sie in Westberlin gerade einen Monsterkongreß mit 1.200 „Topwissenschaftlern" („FAZ", 14.8.) zur Reaktorsicherheit ab. (Es drängt sich natürlich sofort die Frage auf, wenn Atomenergie so sicher ist, warum ein solcher Kongreß?). Nach Meinung der Experten „*werde die Sicherheitsforschung im Bereich der Atomenergie nicht deshalb weiter vorangetrieben, weil es sich etwa um eine bislang unsichere Technologie handeln würde,* (Nein, was für ein abwegiger Gedanke, Anm. AK) *sondern nur, um den an sich schon hohen Sicherheitsstandard noch weiter zu festigen*" („FAZ", 16.8.79).

Entsprechend wurden solche Lapalien diskutiert wie Schmelzen des Reaktorkernes, „Schwingungen in Rohrleitungen" – die in Brunsbüttel zum Stutzenabriß führten und über den Berstschutz für Druckwasserreaktoren, den sogar die Richter für das geplante AKW Wyhl für notwendig erachteten.

Doch wer all diesen Märchen immer noch nicht glauben und Harrisburg nicht vergessen will, dem wird mit „harten Zahlen" gedroht.

Laut EG-Kommissar Guido Brunner müssen in der Europäischen Gemeinschaft innerhalb der nächsten zehn Jahre etwa eine Billion DM aufgewandt werden, um von der „zu starken Abhängigkeit von Öl wegzukommen", durch Energieeinsparung und Entwicklung alternativer Energiequellen („FAZ", 14.8.79). Was hier alternativ heißt, ahnt natürlich sofort die FAZ: „Eine Billion Mark für Kernenergie?"

Brunner untermauert seine Atomwerbung mit Horrorzahlen über drohende Arbeitslosigkeit. „*Allein die bisherige Ölpreiserhöhung hat ... in den Staaten der europäischen Gemeinschaft zum Verlust von 270.000 Arbeitsplätzen geführt; es sei ein Kaufkraftschwund von 20 Milliarden DM entstanden und das industrielle Wachstum sei um 1 % verringert worden. Andererseits würden in Europa in den nächsten zehn Jahren im Kernenergiebereich 120.000 neue Arbeitsplätze entstehen und 270.000 weitere aufgrund von Folgeinvestitionen*". („FAZ", 15.8.79).

Eine ähnlich gigantische Rechnung könnte frau/man entsprechend für eine Umrüstung oder Aufrüstung der europäischen Natomitglieder aufmachen. Beiden Rechnungen wäre gemeinsam, daß hier mit Horrorzahlen Programme durchgezogen werden sollen, die offensichtlich nicht im Interesse der Bevölkerung sind.

War nach Harrisburg das Märchen von der Sicherheit dahingeschmolzen, wurde durch die Energiekrisenkampagne und steigende Benzinpreise jedem drastisch nahegebracht, daß ohne Atomenergie das Leben nur knapper und teurer wird. Nun wird in der Hoffnung, die Bevölkerung weichgekocht zu haben, für eine neue Atomenergiekampagne eine schärfere Gangart eingelegt:

- **Anfang Oktober wird vor dem Schleswiger Landgericht über den Weiterbau von Brokdorf entschieden.**
- **Die HEW kündigten an, im Winter Brunsbüttel wieder in Betrieb zu setzen.**
- **Spätestens bis zum 1. Oktober werden in Gorleben die Tiefbohrungen beginnen.**

Eine Großdemonstration im Herbst ist notwendiger denn je!

AKW-Nein-Kommission

Chemical Mace gegen Fahrraddemonstration

Gorleben: Es ist kaum zu glauben: „Um eine Sitzblockade aufzulösen" (so der Polizeisprecher) setzte die Gorleben-Polizei am 6.8. erstmals Chemical-Mace ein. Genauer gesagt handelte es sich um eine Fahrraddemonstration. Nach erfolgreicher Blockade wurden die Bohrfahrzeuge gezwungen, im Schrittempo hinter einer ca. 200-köpfigen Fahraddemo herzufahren. Es gelang den Mitgliedern mehrerer Sommercamps und der Bürgerinitiative die Bohrarbeiten um ca. vier Stunden zu verzögern. Zur Auflösung dieser Demonstration setzten mehrere Bullen Chemical-Mace ein, zweimal wurde sogar durch das Fenster eines Kombis gesprüht. Getroffen wurden zwei schwangere Frauen, die sich erbrechen und in ärztliche Behandlung begeben mußten.

Die Bullenführung sparte anschließend nicht mit dummen Sprüchen: es habe sich um den „eigenmächtigen" Befehl eines Gruppenführers gehandelt, ein Bulle erklärte, „daß er ebenfalls gesprüht habe, aber nicht auf Demonstranten, sondern lediglich um die Funktionsfähigkeit der „Keule" auszuprobieren".

Tatsache ist, daß die Bullen inzwischen eine wesentlich härtete Gangart einschlagen. Wie BI-Mitglieder berichten, wurde eine Sondertruppe in Oldenburg speziell auf ihren „Gorleben-Einsatz" gedrillt.

Zu einer ersten Protestaktion kam es noch am gleichen Nachmittag: anläßlich des 34. Jahrestages der Hiroshima-Bombe machten ca.300 Teilnehmer des „gewaltfreien antimilitaristischen Marsches von Brüssel nach Warschau" in Gorleben Station. Sie führten eine Kundgebung vor der Polizeikaserne „Ü-Fest" durch und bezeichneten in einer Stellungnahme den Polizeieinsatz vom Vormittag als „*augenscheinlichen Beweis dafür, daß mit der Atomenergie eine Militarisierung der Gesellschaft verbunden sei*" (FJZ v. 10.8.79).

Am gleichen Abend fand eine gemeinsame Veranstaltung der BI und Marschteilnehmern unter dem Motto:
„*Gorleben, ein ‚friedliches' Hiroshima*",
„*Gorleben, ein deutsches Hiroshima*",
„*Gorleben, ein Hiroshima auf Raten*"
statt.

Die Teilnehmer bekräftigten, daß Gorleben als geplante Produktionsstätte für Atombombenrohstoffe ein wesentliches Bindeglied zwischen der antimilitaristischen und der antiatomaren Bewegung darstellt. Eine Abgeordnete des italienischen Parlaments (von der „Radikalen Partei") betonte in einer Rede die Notwendigkeit der verstärkten internationalen Zusammenarbeit auf beiden Sektoren und schlug den Austausch von Delegationen zu Großdemonstrationen etc. vor.

Ein Genosse aus Lüneburg

Ölpest: Der Golf von Mexiko ist am Absterben

Die größte Ölpest der Geschichte im Golf von Mexiko hat ein Ausmaß erreicht, das nicht mehr ausschließt, daß sich Öl dem Golfstrom nähert und von dort nach Europa schwimmt.

Seit dem 3. Juni 1979 sprudeln täglich 30.000 bis 50.000 Barrel Öl aus der explodierten Erdölquelle „JXTOC I" im Golf von Mexiko. Die Fischer haben hier bereits tausende von toten Fischen gefangen. In den einst reichsten Fischgründen von Amerika vor den Küsten Campeces und Yukatans ist der Fischfang aufgrund der Ölpest nicht mehr erlaubt. Der Ölteppich hat bereits die Strände von Texas/USA erreicht. Richtige Teerklumpen treiben hier am Strand an. Mit einer schwimmenden Abwehrlinie vor den Stränden wollten Wissenschaftler hier das Öl aufhalten. Was sich aber als nicht tauglich erwies, da das Öl unter diesen Linien auf die Strände zutrieb.

Mit Parallelbohrungen will die mexikanische Ölgesellschaft PEMEX die Erdölquelle wieder unter ihre Kontrolle bringen. Die aussichtsreichste Möglichkeit, eine Sprengung des Bohrlochs, hat sie aus Profitgründen, wie im AK 158 beschrieben, abgelehnt. Der Erfolg der Parallelbohrungen ist jetzt in Frage gestellt. *„Experten vor Ort, die sich über das strenge Schweigegebot der PEMEX Generaldirektoren hinwegsetzten, wissen, daß erst in vier oder sechs Monaten eine Chance besteht, die sprudelnde Ölquelle abzuschotten. Denn die Parallelbohrungen haben sich in unerwartet harten Gesteinsschichten festgefressen, und dadurch notwendig gewordene Abweichungen könnten den Versuch vereiteln, den alten Bohrkanal zu treffen."* (FAZ, 21.7.79)

Die PEMEX hatte im Juni verkündet, daß die Bohrarbeiten mindestens 60 Tage dauern, jetzt spricht sie von 90 Tagen. Verschweigt aber, wie aussichtslos die Parallelbohrungen zum Stoppen der Ölpest sind. Es gehört auch zur Politik der PEMEX, mit Lügen zu arbeiten. Um sich bei diesen Lügen nicht ertappen zu lassen, arbeiten sie zum Beispiel nicht mit mexikanischen Instituten zusammen. Diese könnten Ergebnisse veröffentlichen, die die Öffentlichkeit über das wahre Ausmaß informieren. So hat die PEMEX Meeresbiologen und Ölexperten beschäftigt, die sie selber bezahlen, und deren Ergebnisse der strengsten Geheimhaltung unterliegen. Mit dieser Strategie der Geheimhaltung verhindern sie größere Proteste.

Die USA, die auch von dieser Pest betroffen sind, haben bisher in ihrer Presse diesen Vorgang nicht beachtet, gegen die ölverschmutzten Strände nicht protestiert, sondern *„vorerst trösten sich die Verantwortlichen damit, daß die meisten Strände in dem bedrohten Gebiet wegen der feinkörnigen Struktur des Sandes relativ leicht zu reinigen sind."* (FR,6.8.79)

Die Durchführung der Arbeiten zum Stoppen der Ölquelle wird direkt von dieser Geheimhaltungspolitik betroffen. Experten mit Erfahrungen werden nicht angefordert. Spezialisten, die ihre Hilfestellungen anboten, mußten wieder abreisen, weil die PEMEX nicht mit ihnen zusammenarbeiten wollte. Diese Ignoranz führte dazu, daß die Ölpest nicht mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft wird. Der Transport der notwendigen Materialien für die Parallelbohrungen ist sehr schlecht organisiert, und im Hafen von Ciudad del Carmen herrscht Chaos. Bewußte Verzögerungen werden von der PEMEX in Kauf genommen, da sie teilweise die Arbeiten an den Wochenenden einstellt. Auch ist jetzt bekannt geworden, daß der bekannte Katastrophenexperte Red Adiar nach seinen Aussagen bei dem Einsatz im Juni die *„Sache bereits vier Stunden lang unter Kontrolle hatte"*, dann seien die Mexikaner mit unsinnigen Manövern dazwischen gekommen. Wenig später seien die Ventile dann wieder geplatzt. (nach „Der Spiegel", 31/79) Die Gleichgültigkeit der PEMEX bei den Rettungsarbeiten führt dazu, daß die anwesenden Spezialisten und Arbeiter an den Arbeiten auch das Interesse verlieren und wertvolle Zeit zur Behebung der Katastrophe verloren geht.

Katastrophale Folgen sind jetzt bereits durch die Bekämpfung des Öls mit Chemikalien eingetreten. Die Unmengen von „Corexit" wirken bei den klimatischen Bedingungen am Golf von Mexiko tödlich für das Plankton, was dann die ganze Meeresfauna zerstört. Das Meer stirbt dadurch ab, und es entsteht im Golf ein totes Meer, wenn dem Chemikalieneinsatz nicht sofort Einhalt geboten wird. Der Einsatz dieser Chemikalien richtet viel größere Schäden an, als sie Nutzen bringen. Der Sinn liegt auch für die PEMEX hier, diese Maßnahmen für Propagandazwecke auszunutzen und der Öffentlichkeit dies dann noch als Ölbekämpfungsmaßnahme zu verkaufen.

Die zunehmende Kritik am Verhalten der PEMEX bei den Rettungsarbeiten hält der Generaldirektor Jorge Diaz Serrano für nicht berechtigt. Nach seinen Angaben soll es 14 Ölquellen auf der Welt geben, die zum Teil seit fünf Jahren ungehindertsprudeln. Er empfiehlt den Kritikern, daß sie sich einmal um diese Quellen kümmern sollen. Dieser Umweltverbrecher Jorge Diaz Serrano soll nach dem Wunsch führender amerikanischer Politiker Präsident von Mexiko werden.

AKW-Nein-Kommission

Boehringer verpestet weiterhin die Umwelt mit hochgiftigen Stoffen

Ein großes Fischsterben entdeckte die Hamburger Wirtschaftsbehörde am 21. Juli '79 in dem Moorfleeter Kanal. Dieser Kanal liegt direkt neben dem Werk des Seveso-Gift Produzenten Boehringer.

Die Ursache für das Fischsterben sind mehrere Lecks im Kühlwassersystem, durch die hochgiftige Stoffe in das Wasser gelangten. Dabei sollte das System bereits stillgelegt sein. In dem von der Gesundheitsbehörde untersuchten Wasser befand sich das Nervengift Trichlorphenol. Dieses Gift greift Nerven, Lunge und Nieren an. Sogar ein Atemstillstand kann durch das Gift verursacht werden. Für Fische ist bereits eine kleine Konzentration von Trichlorphenol tödlich.

Aber es kommt noch schlimmer: „Aus einem Leck in der Mutterlaugenleitung floß, wahrscheinlich am 21. Juli, über eine undichte Druckleitung auch das furchtbare Seveso-Gift TCDD in das Wasser!" („Bild", 1.8.79) Bereits im Juni waren in einem Grundwasserbrunnen das hochgefährliche Seveso-Gift von Boehringer gefunden worden. Seit Februar dieses Jahres überschlagen sich die Meldungen über die Vergiftung der näheren Umgebung von dem Chemiewerk. Erst stellten die Behörden einen 20- bis 30fach höheren Wert von HCH in der Kuhmilch fest als maximal erlaubt ist. Dann war das Gemüse und Viehfutter vergiftet. Im April stellten Ärzte im Blut eines Boehringer-Angestellten HCH im Blut fest. Dann wurde bekannt, daß Arbeiter aus dem Werk unter Chlorakne leiden.

Boehringer kann auch weiterhin sicher sein, daß die Hamburger Behörden ihm keine ernsthaften Schwierigkeiten bei seiner Umweltverpestung machen. Hatten die Hamburger Behörden, allen voran der Umweltsenator Curilla, immer wieder die Öffentlichkeit mit leeren Versprechungen wie, es sei kein Grund zur Panik, alles sei in Ordnung, und es sollen Kontrollen durchgeführt werden, zu beruhigen versucht, so zeigt das jüngste Fischsterben, daß die Behörden bisher nichts gegen Boehringer unternommen haben, damit die Umweltgefährdung aufhört. Der Umweltsenator Curilla wußte bis zum 31. Juli nichts von dem Fischsterben und den undichten Lecks. Die „Bild"-Zeitung beschreibt die Lecks in dem Kühlwassersystem sogar als „Schweizer Käse". Wo sind die Kontrollen?? bei dem Zustand!

Der Senator Ehlers dagegen, Chef der Arbeits- und Sozialbehörde, wußte bereits am 23. Juli über die Vorgänge Bescheid, hielt es aber nicht für nötig, den Umweltsenator zu informieren. Dahinter kann man nur vermuten, daß über den skandalträchtigen Zustand der Anlagen seine Behörde nichts an die Öffentlichkeit dringen lassen will.

Da die Hamburger Behörden, es sind insgesamt fünf Stellen, die für Umweltschutz zuständig sind, nicht zusammenarbeiten, um endlich Konsequenzen für die Giftküche Boehringer zu ziehen, ist damit zu rechnen, daß sie weiterhin die Vergiftung der Umwelt akzeptieren werden. Zwei Tage nach dem Fischsterben ist weiterhin Gift ausgetreten. Warum stoppte die Behörde nicht die Produktion, was nahe liegen würde?

Die BI „Chemie-Verseuchung" vermutet in dem Vorgehen der Behörden zu den HCH-Skandalen, daß sie vielleicht folgendes vorhat:
- schlummernde Pläne zur Erweiterung des Gewerbegebietes durchzusetzen;
- die Marschenautobahn parallel zur Andreas-Meyer-Straße durch das Gemüseanbaugebiet zu verlängern;
- den Widerstand gegen die südliche Güterumgehungsbahn zu lähmen.

Wenn dies zutrifft, kann es nur für die Bauern aus den angrenzenden Vierlanden heißen, durch Boehringer sollen sie für die Pläne der Hamburger Behörden vertrieben werden. Boehringer muß weg, und die Bauern müssen bleiben!!

AKW-Nein-Kommission

Giftgas: Der Tod in der Heide



In der Lüneburger Heide bei Munster fanden spielende Kinder vor einigen Tagen beim Stahlhelm-Suchen Gruben mit Giftgasbehältern. Das Wald-

Schwierigkeiten bei seiner Umweltverpestung machen. Hatten die Hamburger Behörden, allen voran der Umweltsenator Curilla, immer wieder die Öffentlichkeit mit leeren Versprechungen wie, es sei kein Grund zur Panik, alles sei in Ordnung, und es sollen Kontrollen durchgeführt wer-

die Bauern aus den angrenzenden Vierlanden heißen, durch Boehringer sollen sie für die Pläne der Hamburger Behörden vertrieben werden. Boehringer muß weg, und die Bauern müssen bleiben!!

AKW-Nein-Kommission

Giftgas: Der Tod in der Heide

In der Lüneburger Heide bei Munster fanden spielende Kinder vor einigen Tagen beim Stahlhelm-Suchen Gruben mit Giftgasbehältern. Das Wald-

stück ist als Erholungsgebiet ausgewiesen.



Dadurch wurde öffentlich, was der niedersächsischen Landesregierung schon seit langem bekannt ist: Das ganze Gelände um den Truppenübungsplatz Munster ist mit einer großen, in ihrem ganzen Ausmaß noch unbekannten Menge von Kampfgiftbehältern aus beiden Weltkriegen verseucht, welche wahrscheinlich hauptsächlich Senfgas und Arsen in sich tragen.

Nach dem Ersten Weltkrieg flog hier eine Giftgasfabrik in die Luft. Nach den in die Gegend geschleuderten und unversehrt gebliebenen Granaten hat bis heute niemand gesucht. Die Nazis bauten die Fabrik wieder auf. Nachdem die Briten sie kampflos übernehmen konnten, sprengten sie einen Teil der Granaten einfach in die Luft, andere Teile wurden an unbekannten Stellen vergraben. Diese Granaten rosten nun allmählich durch. Dabei traten Arsenverseuchungen des Grundwassers auf, die die gesetzliche Höchstgrenze um das Vierfache überschritten. Für die niedersächsische Landesregierung kein Anlaß zur Besorgnis – daß über die bisher bekannt gewesenen Wasservergiftungen geschwiegen wurde, wird damit begründet, daß in dieser Gegend kein Trinkwasser gewonnen wird!

Das Durchrosten ist jedoch nicht die einzige Gefahr. All diese Granaten wurden mit Zündern vergraben, und man hat es damals auch nicht versäumt, in diesem Gelände auch noch Zündkapseln zu vergraben. Deswegen ist es jetzt nicht möglich, den ganzen Dreck einfach auszubaggern. Andererseits rosten nicht nur die Wände der Gasbehälter durch, sondern auch Zünder und deren Sicherungsstifte. Deshalb könnte durch einen kleinen Erdrutsch oder einen Maulwurf eine ganze Deponie in die Luft fliegen. Die einzige Möglichkeit ist zur Zeit das Suchen mit Metallsonden – auf einem Truppenübungsplatz, der mit Millionen von Granatsplittern durchsetzt ist! Deshalb schätzt auch das Verteidigungsministerium für die Aufräumarbeiten einen Zeitraum bis zum Jahr 2000 im Wert von 100 Mio. DM. Und bis heute gibt es noch keine sichere Methode, solche geborgenen Kampfgifte unschädlich zu machen.

Wie gefährlich diese Kampfgase sind, zeigen die Maßnahmen, die während so einer Bergung bei der anliegenden Bevölkerung getroffen werden. Als vor kurzem ein Trupp der Bundeswehr 129 verrottete „Gelbkreuz"-Behälter ausgrub, hatten die Bewohner von 15 Straßen am Stadtrand von Munster zwei Tage lang bis auf wenige Stunden Hausarrest. Sie waren in dieser Zeit „zwingend" aufgefordert, Fenster und Türen geschlossen zu halten.

Wer über das Gelände geht, riskiert Leben und Gesundheit, weil einige Behälter in nur 20 cm Tiefe gefunden wurden. Denn das Giftgas dringt in weniger als einer Stunde selbst durch lederne Schuhsohlen und zieht unbemerkt in die Haut ein. Nach 24 Stunden werfen sich große Blasen auf, und zwei Wochen später beginnt das Fleisch darunter zu faulen. Wer das Gift unmittelbar auf die Haut bekommt oder es einatmet, überlebt – wie sich im Ersten Weltkrieg zeigte – nur in Ausnahmefällen.

Angesichts dieser lauernden Gefahr unter dem Heideboden ist es völlig unverständlich, warum aus dem riesigen „Verteidigungs"-haushalt nicht die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit dieser Dreck schnell verschwindet. Aber dann müßte ja vielleicht die Giftgasproduktion gedrosselt werden, denn nicht nur die Vernichtung ist teuer.

AKW-Nein-Kommission

Angst, daß die Strahlung immer noch wirkt

Keisaku Enami war 18 Jahre alt, als die Atombombe auf Hiroshima fiel. Er gehörte zu den wenigen gesunden Überlebenden, aber nur eine Zeit lang. Seit elf Jahren liegt auch er im Krankenhaus für Atombombenopfer mit Leberkrebs. Nun sei es bald mit ihm zu Ende, sagt er ruhig: er wird nie wieder nach Hause gehen. Enami fürchtet, daß es eines Tages auch seine beiden Kinder erwischen wird.

Ärzte und Patienten in diesem Krankenhaus sind ohne Hoffnung. Jedes Jahr lassen sich allein in Hiroshima 100.000 Menschen untersuchen. Sie alle haben Angst, daß die Strahlung immer noch wirkt.

Ein soeben vorgelegtes Weißbuch über die Auswirkungen der ersten Atombomben rechnet vor, daß in Hiroshima und Nagasaki jährlich noch 5.000 Menschen an Leukämie, an Lungen- und Magenkrebs sterben. Der jüngste Patient ist jetzt 35 Jahre alt. Das Ausmaß von Erbschäden ist noch nicht geklärt. Die Ärzte sind aber davon überzeugt, daß genetische Veränderungen hier häufiger vorkommen als anderswo.

Zu den Gedenktagen sind Zehntausende aus ganz Japan und Delegationen aus 21 Nationen angereist. Zum ersten Mal vereinigten sich die großen japanischen Dachverbände der Gewerkschaften Sohyo und Domei mit über sieben Millionen Mitgliedern zum Protest.

Übrigens nahm auch eine Delegation der Stadt Harrisburg am Gedenktag teil. Diese überbrachte den Antrag für eine Städtepartnerschaft zwischen beiden Städten.

Paul Doutrich, Bürgermeister von Harrisburg, erklärte hierzu: „Hiroshima ist zu einem Symbol der Gefahr eines Atomkrieges und für das Überleben der Menschheit geworden. Der Unfall von Three Miles Island hat den Menschen überall gezeigt, daß von der Nutzung der Atomtechnologie gleiche Gefahren ausgehen." (nach FR, 3.8. und 8.8.79).

AKW-Nein Kommission

Plaketten gegen Chemieverseuchung

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Bergedorf hat den Kampf gegen HCH und Böhringer aufgenommen. Um dies außer durch Flugblätter und Aufrufe bekannt zu machen, wurden zwei Plaketten herausgegeben. Die Plaketten mit den Aufdrucken: „Der Schleichende TOD – CHEMIEGIFTE" und „CHEMIEGIFTE TÖTEN NICHT NUR KÜHE!" sollen unter anderem auch die laufenden Kosten der Arbeitsgruppe Chemie-Verseuchung decken. Außerdem wollen sie ihre zur Zeit in Arbeit befindliche Broschüre zur HCH-Verseuchung über diesen Weg finanzieren.

Diese Plaketten werden sicherlich nicht nur in Hamburg und Umgebung auf Interesse stoßen, da sich die chemische Seuche ja schon fast überall ausbreitet.

Bestellungen an:
Arbeitsgruppe Chemie-Verseuchung
Bürgerinitiative Umweltschutz
Bergedorf c/o Jens Burmester
Nettelnburger Straße 65
2050 Hamburg 80

Die Plaketten kosten bei Abnahme von: 1-50 Stück = 1,-
51-100 – = 0,90,-
101-500 – = 0,80,-
501-1000 – = 0,70,-

Gegen Vorauskasse, Versand portofrei; bei Überweisungen: Postscheckkonto Hamburg 281734-201 Jens Burmester.

AKW-Nein Kommission

Erstes Urteil für Stromboykottler

Vor dem Amtsgericht in Stuttgart ging erstmals ein Verfahren für zwei Stromzahlungs-Boykottler aus. In der Urteilsbegründung macht die Richterin Kiefner deutlich, worin sie den Unterschied ihres Urteils zu den Hamburger Urteilen sieht:

Der Boykott wird hier unter anderem damit begründet, daß der Haushalt der Beklagten zu 60% mit Atomstrom aus dem AKW Neckarwestheim beliefert wird. Über dieses seien jedoch noch Prozesse beim Verwaltungsgericht Stuttgart anhängig; zum anderen sei erst nach den Hamburger Urteilen „die Entscheidung darüber gefallen, daß die WAA in Gorleben nicht gebaut wird", und seit Harrisburg sei offenkundig, „daß die Atomtechnik nicht beherrscht wird."

Folglich sei die Klage der Betreiber „zur Zeit nicht begründet", denn ob das AKW „rechtmäßig oder rechtswidrig" betrieben wird, sei noch strittig, „das Problem der Entsorgung ungelöst". Die Boykottler seien „wegen des gesetzlich festgelegten Leistungsmonopols der Klägerin" gezwungen, diesen Strom abzunehmen; sie könnten aber ein „Zurückhaltungsrecht" nach § 273 BGB geltend machen, das „angesichts der Machtverhältnisse zwischen den Parteien sich eher symbolisch auswirkt."

Im Urteilsschluß wirft die Richterin der Klägerin, der TWS (Technische Werke der Stadt Stuttgart) noch vor, sie verletze in dem Vertragsverhältnis Nebenverpflichtungen: Zwar liefere die Klägerin „die an sich ungefährliche Ware Strom", stelle sie aber „auf eine Weise her, die ... die Allgemeinheit gefährdet." Ein solcher Verstoß gegen die vertragliche „Fürsorgepflicht" berechtige die Boykotteure zur „Ausübung des Zurückbehaltungsrecht", um so auf die TWS einzuwirken, daß sie sich künftig „vertragsgerecht" verhielten.

Dieses Urteil ist rechtskräftig, weil wegen des geringen Streitwerts keine Berufung möglich ist. Die TWS hat deshalb Verfassungsbeschwerde eingelegt, weil sie in dem Urteil „einen verfassungswidrigen Eingriff in den Grundsatz der Vertragsfreiheit" und eine „Politisierung der Justiz" sehen – so ihr Rechtsanwalt. Außerdem wollen die TWS gegen weitere der etwa 50 Stuttgarter Boykotteure prozessieren. Man darf gespannt sein, ob diese Richterin nach diesem mutigen Urteil noch einmal mit Boykott-Prozessen beauftragt wird.

AKW-Nein Kommission

Wohnungsnot in der BRD



Nach der festgelegten Einkommensgrenze gibt es heute rein rechnerisch 14,5 Mio. berechtigte Sozialmieter, aber nur 4,2 Mio. Sozialwohnungen. Das entspricht einem Fehlbestand von über 10 Mio. Sozialwohnungen!

„Die Schlacht um die Mangelware Wohnung treibt mittlerweile kuriose Blüten. In München, Frankfurt, Stuttgart und Köln streiten sich Wohnungssuchende vor den Verlagshäusern regelmäßig um die ersten Zeitungen mit den druckfrischen Wohnungsanzeigen. An der Isar war die Freitagsausgabe der Süddeutschen Zeitung bislang jeweils schon am Donnerstagabend vor dem Druckgebäude zu haben. Ab 18.30 Uhr war dann in der Sendlinger Straße kein Durchkommen mehr. Da drängten und knufften sich so an die tausend Menschen. Autos mit laufenden Motoren parkten in zweiter und dritter Reihe. Den Zeitungsverkäufern wurden die Exemplare aus den Händen gerissen. Vor den Telefonzellen kam es zu Handgreiflichkeiten. Wettfahrten zu den angebotenen Wohnungen gefährdeten die Verkehrssicherheit.

Nach Intervention der Polizei werden die Zeitungsandrucke jetzt nicht mehr vor dem Verlag verkauft, sondern auf Umwegen zum Marienplatz gefahren. Dort, in der Fußgängerzone, wird der Verkehr nicht behindert. Alles andere aber spielt sich ab wie gehabt.

Kürzlich ging unter dem Andrang der Wohnungssuchenden eine Fen-
sterscheibe zu Bruch. Der Zeitungs-
sterscheibe zu Bruch. Der Zeitungsverkäufer erlitt Schnittwunden. Die Menge trampelte einfach über ihn hinweg.“ (1)

Solche und ähnlich erniedrigende Szenen haben die meisten Wohnungssuchenden bereits am eigenen Leibe miterlebt. Sie haben ihre Ursachen: Alleine in den westdeutschen Großstädten fehlen an die 500.000 Wohnungen! (1)

- In **Hamburg** wird die Zahl der Anwärter für Sozialwohnungen mit 50.000 benannt, davon 10.000 „besonders dringlich“. (2)
- In **München** suchen 40.000 Bürger eine angemessene Wohnung. (3) Die Zahl der dringlichsten Fälle für eine Sozialwohnung ist vom Herbst '77 bis Anfang '79 von 6.000 auf 12.000 gestiegen. (4)
- In **Frankfurt** stehen 21.000 Namen auf der Liste der kommunalen Wohnungsvermittlung. (5) 81 % davon haben Anspruch auf Sozialwohnungen. (6)
- In **Köln** gibt es 17.000 Fälle von „Wohnungsnotstand“. (7)
- In **Stuttgart** sind es 15.000 Menschen, die ständig auf Wohnungssuche sind. (1)

In Heidelberg, Darmstadt, Westberlin und anderen Großstädten sieht es ähnlich aus.

Und diese Zahlen geben noch gar nicht das ganze Ausmaß der Wohnraumknappheit wieder: Nach der festgelegten Einkommensgrenze gibt es heute rein rechnerisch 14,5 Mio. berechtigte Sozialmieter, aber nur 4,2 Mio. Sozialwohnungen. Das entspricht einem Fehlbestand von über 10 Mio. Sozialwohnungen! (8)

Wer ist betroffen?

Die Hauptleidtragenden sind wie gehabt die sozial schwachen Gruppen: In Frankfurt beispielsweise nimmt der Anteil der Ausländer auf den Wartelisten ständig zu und stand Anfang dieses Jahres bei 26 %. (6) Dabei erhalten unsere ausländischen Mitbürger erst nach einem zehnjährigem Deutschlandaufenthalt in etwa
die Wohnqualität eines durchschnitt-
die Wohnqualität eines durchschnittlichen westdeutschen Werktätigen. (2)

Nicht minder kraß ist die Situation der Jugendlichen, die ebenfalls auf preiswerten Wohnraum angewiesen sind: So hat sich in Frankfurt der Anteil der unter 30jährigen Wohnungssuchenden seit 1975 von 32,5 auf 41,8 % erhöht. (6) Kinderreiche Familien stehen ebenfalls schlecht da, weil zu der bekannten Kinderfeindlichkeit vieler Hausbesitzer hier vor allem der Mangel an großen Wohnungen (mit bezahlbaren Mieten!) zum Tragen kommt. Hoffnungslose Überbelegung der Wohnungen ist die Folge: Eine Untersuchung der Gesellschaft für Wohnungs- und Siedlungswesen „Gewos“ über das Ballungsgebiet Mannheim-Ludwigshafen ergab beispielsweise, daß ein Drittel aller 4- und sogar die Hälfte aller 5-Personen-Haushalte selbst nach bescheidenen Maßstäben zu beengt wohnen. (2)

Wo liegen die Ursachen?

Einer steigenden Nachfrage, hervorgerufen durch die auf den „Markt“ drängenden geburtenstarken Jahrgänge, durch Aussiedler, Flüchtlinge und Ausländerfamilien steht ein sinkendes Angebot gegenüber: Während 1973, auf dem Höhepunkt des letzten Baubooms, noch 714.000 Wohnungen fertiggestellt wurden, sackte die Bautätigkeit in der Rezession auf 600.000 Wohnungen (1974) bis auf 370.000 Einheiten (1978) ab! (1) Und von diesen Wohnungen wiederum sind zwei Drittel Eigenheime oder Eigentumswohnungen (9) und kommen somit aus finanziellen Gründen für die angesprochenen Bevölkerungsgruppen nicht in Frage.

Verschärft wird das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage noch durch Abbruch und Zweckentfremdung preiswerten Wohnraums, durch Reprativisierung von Sozialwohnungen etc.

Insgesamt signalisiert der Rückgang des Wohnungsbaus ein deutliches Versagen der „freien Marktwirtschaft“: Durch Anstieg der Bau- und
Bodenpreise, durch Zinserhöhungen
Bodenpreise, durch Zinserhöhungen etc. liegt die reine Kostenmiete bei Neubauten heute zwischen 12 und 14 DM pro Quadratmeter, in Großstädten sogar bis zu 20 DM pro Quadratmeter, – Summen, die auf dem Markt einfach nicht mehr aufzubringen sind. (4) Kein Wunder, daß der freifinanzierte Bau von Mietwohnungen auf die lächerliche Summe von 15.000 fertiggestellten Wohnungen gesunken ist. (10) Die Bauwirtschaft hat sich deshalb lohnenderen Projekten zugewandt (öffentliche Aufträge, Industrieanlagen etc.).

Sozialer Wohnungsbau – Ade?

Der soziale Wohnungsbau bewegt sich in die gleiche Richtung: Er sackte im Zeitraum von 1973 bis 1978 von 169.000 auf 135.000 fertiggestellte Wohnungen ab (1) und wird in diesem Jahr voraussichtlich noch einmal um 11 % auf 120.000 Fertigstellungen absinken. (11)

Es kennzeichnet den sozialen Wohnungsbau in der BRD, daß in diesem Jahr dafür mit rund 4 Mrd. DM nur gerade so viele staatliche Gelder aufgewendet werden, wie sie den Eigenheimbauern durch die Steuerabschreibungen nach § 7b des Einkommenssteuergesetzes zu Gute kommen. (2)

Der staatliche Subventionsaufwand für geförderte Mietwohnungen ist seit 1974 um 45 % zurückgegangen und liegt heute wieder auf dem Niveau von 1970. (12)

Wie man sieht, wird nicht einmal versucht, mit dem sozialen Wohnungsbau die Schwankungen des „freien“ Marktes auszugleichen.

Was kommt auf die Mieter zu?

Ein Ende des Wohnungsbaurückgangs ist zur Zeit nicht in Sicht und wird von den verantwortlichen Politikern kurzfristig auch nicht versprochen. Einig sind sich die bürgerlichen Parteien, daß die Tendenz weg von der „Objektförderung“ (=sozialer Wohnungsbau) hin zur „Subjektförderung“ (=Wohngeld) gehen soll.

Der Mietwohnungsbau soll nach ihren Vorstellungen durch eine kräftige Anhebung des Mietniveaus für die Wohnungsunternehmen langfristig wieder attraktiver gemacht werden: *„Auf längere Sicht aber wird der Bürger einen bestimmten, wahrscheinlich höheren Anteil seines Einkommens als gegenwärtig für die Miete aufwenden müssen, wobei einkommensschwache Bevölkerungsschichten durch das Wohngeld entlastet werden“* (Wohnungsbauminister Haack). (1)

Die CDU hat das in ihren „wohnungspolitischen Leitsätzen“ so formuliert: *„Private Investitionsbereitschaft ist der Schlüssel zum Erfolg in der Wohnungspolitik.“* Und: *„Ein Miethaus zu bauen, muß wieder attraktiver werden.“* CDU-Experte Jahn: *„Wer es vom Portemonnaie her kann, soll eine marktgerechte Miete zahlen, damit die Einkommensschwachen mehr bekommen können.“* (alles 13)

Die angestrebte Miethöhe wird noch frei gehandelt. „Neue Heimat“-Chef Vietor nannte jüngst die Zahl von 20 - 25 % vom Brutto (!)-Einkommen! (14) Zum Vergleich: 1977 lag der Anteil der Mietlast am verfügbaren Einkommen (d.h. Netto-Verdienst!) bei 15,6 %. (15)

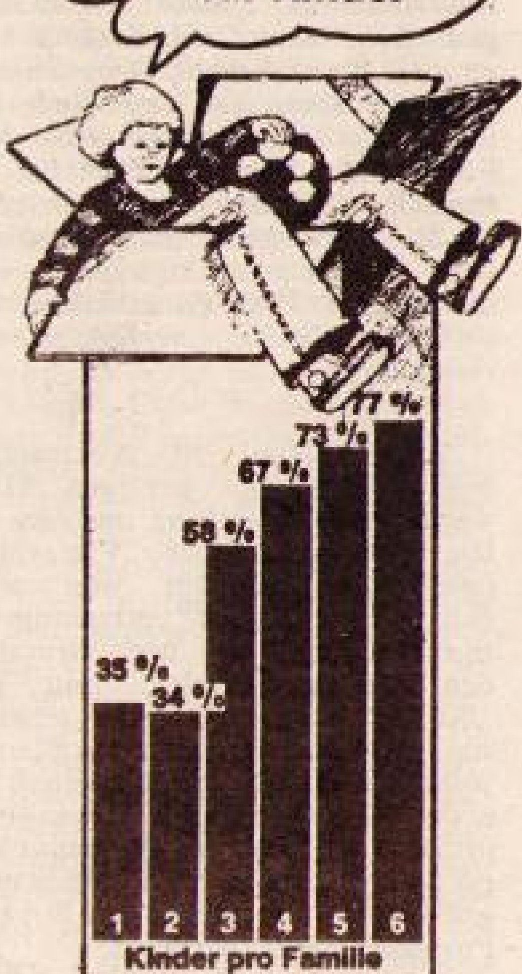
Es liegt auf der Hand, daß dieser einschneidende Versuch, den Lebensstandard der Mieter zu senken, nicht ohne Schwierigkeiten und Widerstand durchzusetzen ist. Aus diesem Grunde führen die Wohnungsunternehmen und ihre Verbände schon seit Jahren eine breit angelegte Kampagne für ein „mehr marktorientiertes Mietrecht“, (15) womit sie vor allem die Liquidierung der im Miethöhen- und Wohnraumkündigungsschutz festgelegten Mieterrechte meinen!

Dem Mietkampf muß mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, wenn der Lebensstandard der Werktätigen wirkungsvoll verteidigt werden soll!

Wohnungskommission

Quellennachweis:

1 „Stern“, 31.5.79
2 „Spiegel“, 18/79
3 „Die Neue“, 12.5.79
4 „Mieter-Zeitung“ 5/79
5 „Frankfurter Rundschau“, 23.7.79
6 „Frankfurter Rundschau“, 28.2.79
7 „Vorwärts“, 24/79
8 „der arbeitgeber“ 6/31 79
9 „Hamburger Abendblatt“, 11.4.79
10 „Handelsblatt“, 12.4.79
11 „Handelsblatt“, 11./12.5.79
12 „Handelsblatt“, 25.4.79
13 „Handelsblatt“, 17.5.79
14 „Bild“, 10.7.79
15 „Handelsblatt“, 4.5.79



„Trotz steigender Einkommen leben Familien mit Kindern in der Bundesrepublik immer noch beengt. Von jeweils 100 Familien mit einem Kind klagen 35 über mangelnden Wohnraum. Großfamilien mit sechs Kindern können sich nur zu 23 Prozent ausreichenden Lebensraum leisten.“

aus: „Hamburger Mieterzeitung“ 8 / 1.8.75

Kurzmeldungen

Haus- und Grundbesitz in der BRD

Der private Haus- und Grundbesitz in der BRD beträgt rund 1.300 Milliarden DM. Obwohl ca. 39 % der Haushalte eine eigene Wohnung oder ein eigenes Haus besitzen, ist die Konzentration an privaten Haus- und Grundbesitz beträchtlich: Nach einer von dem Bonner Wohnungsbauminister vorgelegten Untersuchung **befinden sich etwa 80 % des Haus- und Grundvermögens in der Hand von nur 20 % der Haus- und Grundbesitzer** („FR“, 7.8.79).

* * *

Staatsanwalt ermittelt gegen „Neue Heimat“

Unter dem Verdacht der „Untreue zum Nachteil des Landes Nordrhein-Westfalen“ wird gegen die Neue Heimat Städtebau (NHS) ermittelt. Bei dem Neubau des Aachener Klinikums muß die NHS Kostensteigerungen von 692 auf 1.400 Millionen DM verantworten: Bauaufträge wurden ohne Ausschreibung zur Ermittlung des billigsten Angebotes vergeben, Gutachter wurden zwar bezahlt, haben jedoch nichts geleistet, etc. Die NHS hat das Verfahren „mit Erstaunen“ zur Kenntnis genommen („FR“, 28.7.). Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß ermittelt bereits seit zwei Jahren.

* * *

Menschenhändler am Bau

Jeder fünfte Bauarbeiter in der Bundesrepublik ist heute bereits ein „Illegaler“. Insbesondere arbeitslose Briten werden von niederländischen Firmen auf westdeutsche Baustellen geschickt, wo Arbeitskräftemangel herrscht. Die Sklavenhändler zahlen meist weder Sozialabgaben, noch Lohnsteuer.

Begünstigt durch das EG-Recht auf freie Arbeitsplatzaufnahme arbeiten heute schätzungsweise 50.000 bis 200.000 Briten in der BRD.

Die IG Bau-Steine-Erden befürchtet, daß bald schon jeder dritte Mann am Bau ein illegal Arbeitender sein könnte („Hamburger Abendblatt“, 6.8.79).

* * *

Westberlin: 6 % Mieterhöhung

Um die „Wirtschaftlichkeit“ des Althausbesitzes zu sichern, beschloß der Senat, daß die Grundmieten für die 570.000 Altbauten in Westberlin vom 1. September an um 6 % angehoben werden können. Ausgenommen sind von der Mieterhöhung Wohnungen, die als „Bruchbuden“ anzusehen sind sowie Wohnungen mit einer von mehreren Parteien benutzte Außentoilette („Die Neue“, 9.8.79).

* * *

FDP will Wohnungsbauministerium abschaffen

Weil der Bund seine Aufgabe, im gesamten Bundesgebiet ein Mindestangebot an Wohnungen zur Verfügung zu stellen, erfüllt habe, will die FDP in der nächsten Legislaturperiode das Wohnungsbauministerium abschaffen und seine Kompetenzen auf die Länder übertragen.

Der SPD-Bundestagsabgeordente Paterna warf der FDP vor, mit diesem Vorstoß den Versuch zu unternehmen, das Bundeswohnungsbauministerium *„aus ideologischen Gründen reiner marktwirtschaftlicher Lehre“* zu demontieren, ebenso wie bei den wiederholten Versuchen der FDP, den Bestand der Sozialwohnungen schrittweise in *„marktwirtschaftliche Verhältnisse zu überführen“* und *„das soziale Mietrecht zu disqualifizieren und auszuhöhlen“* („Die Neue“, 7.8.79).

Wohnungskommission

Betrieb und Gewerkschaft

DGB-Führer bei Schmidt
Ein neuer „Stabilitätspakt" beschlossen

Geheim sollte ein Treffen bleiben, das Bundeskanzler Schmidt und einige Kabinettsmitglieder mit den Führern der bundesdeutschen DGB-Gewerkschaften am 30.7. abhielt. Durch eine Indiskretion wurde bekannt, daß DGB- Chef Vetter, sein Vorstandsmitglied Pfeiffer sowie die Gewerkschaftsvorsitzenden Hauenschild (IG Chemie), Kluncker (ÖTV) und Sperner (IG Bau) beim Kanzler antanzten. Loderer (IG Metall) war wegen Krankheit verhindert. Schmidt holte sich die Unterstützung der durchweg der SPD angehörenden Gewerkschaftsbosse für:

- **Die beschleunigte Durchsetzung des Atomprogramms der Bundesregierung und ihrer Energiepolitik. Insbesondere soll die Gewerkschaftslobby in der SPD für den bevorstehenden SPD- Parteitag auf die Schmidt- Linie eingeschworen werden, nachdem auch in der SPD zunehmend Kritik hieran geübt wird.**
- Unnachgiebigkeit gegenüber Forderungen der gewerkschaftlichen Basis nach einem Lohnnachschlag.

Wie der SPIEGEL meldet wurde Schmidt Unterstützung auf der ganzen Linie zugesagt. Die DGB- Führer sind angesichts zunehmender Belastungen für die arbeitende Bevölkerung also wieder bereit, einen „Stabilitätspakt" mit der Bundesregierung und den Unternehmern einzugehen.

Die DGB- Führer spuren

Neu ist Schmidts Forderung nicht, schließlich praktizieren die DGB-Führer vor allem in der Lohnpolitik diesen Pakt bereits.Die IG Metall, die IG Bergbau und die IG Chemie haben deutlich und mehrfach erklärt, daß sie die am Jahresanfang abgeschlossenen Tarifverträge vorbehaltlos einhalten wollen. Nach dem Treffen mit Schmidt haben auch die IG Bau und die Gewerkschaft Nahrung/ Genuß dies erklärt. Deren Vorsitzender Döding verkündete treuherzig, daß der Tarifvertrag eingehalten werde, *„solange keine wesentlichen Veränderungen einträten"* (Welt, 11.8. – 4,7 % Preissteigerung betrachtet er offensichtlich als unwesentliche Veränderung).

Unternehmerschelte für IGM- Funktionäre

In mehreren Metallbetrieben vor allem Baden Württembergs haben die Unternehmer Lohnnachschläge von 25 bis 90 Pfennig pro Stunde gezahlt.

Mit dieser Mitteilung trat der Stuttgarter IG Metall- Bezirkssekretär Eisenmann an die Öffentlichkeit. Konkret genannt wurden bis jetzt allerdings nur zwei Betriebe. Danach erhalten die Beschäftigten bei der Turbinenfabrik Voith in Heidenheim eine einmalige Zahlung von 250 bis 400 Mark, und die Kollegen der Gießerei Schenk in Maulbronn 35 Pfennig mehr die Stunde bzw. einen entsprechenden höheren Akkord.

IG Metall- Funktionäre in Baden-Württemberg haben daraus nun abgeleitet, daß bei entsprechendem Druck und gezielter Veröffentlichung solcher heimlichen betrieblichen Zahlung dies auch in anderen Betrieben als Aufforderung an die Kollegen verstanden werden kann, ihrerseits mehr Lohn zu fordern.

Der Unternehmerverband Gesamtmetall reagierte wütend. Angeblich handelt es sich um ganz wenige Ausnahmen und in diesen Fällen um ‚ganz normale‘ Erhöhungen oder ‚außerorderntliche‘ Zahlungen. Soweit also ein normaler Akt, die Nachschlagforderungen abzuwimmeln. Doch dann erinnert der Unternehmerverband die Gewerkschaftsfunktionäre an die Beschlüsse ihres eigenen Vorstands, der es ja bekanntlich ablehnt, mehr Lohn zu fordern. Dies sei der gezielte Versuch, *„die Entscheidung des IG Metall- Vorstandes gegenüber entsprechenden Forderungen aus dem Gewerkschaftsbezirk Baden Württemberg nun auf betrieblicher Stufe anzugreifen und zu unterlaufen"* (FAZ, 11.8.). *„Der Unternehmerverband Stuttgart bedauert es, daß die Bezirksleitung Stuttgart der IG Metall nicht mit der nötigen Entschiedenheit die Auffassung des Vorstands der Gewerkschaft vertrete"* (ebenda) und der Kommentator der „Frankfurter Allgemeinen" sieht gar die Anarchie heraufziehen: *„ Wenn jetzt also Funktionäre im Südwesten auf diese Weise vevsuchen*

Südwesten auf diese Weise vevsuchen

sollten, Rache am Hauptvorstand zu nehmen, wäre das ein Musterbeispiel verantwortungsloser innergewerkschaftlicher Sektiererei"(FAZ,13.8.). Deutlicher kann also gar nicht werden, in wessen Sinne der IGM- Vorstand die Ablehnung von Nachschlagforderungen beschlossen hat.

Von bestürzten Metallarbeitern

Die Entscheidung des Vorstands der IG Metall, einen Antrag der großen Tarifkommission Baden- Württembergs nach Kündigung des Tarifvertrages über betriebliche Sonderzahlungen, abzulehnen, hat Enttäuschung ausgelöst, und Resolutionen und Briefe an den Vorstand zur Folge gehabt. Die Vertrauensleute der Firma EGO (Elektrogeräte in Oberderdingen) schrieben u.a.:

„Um Euch ein Stimmungsbild aus dem Betrieb zu vermitteln, möchten wir Euch mitteilen, wie unsere Kollegen diskutieren.

legen diskutieren.

- *Wenn die Unternehmer sagen, die Kosten sind gestiegen, wir müssen die Preise erhöhen, sagt niemand was, wenn wir sagen unsere Kosten sind gestiegen und der Preis für unsere Arbeit muß steigen ist der Vorstand unserer eigenen IG Metall dagegen.*
- *Wenn ihr so kommt, dann kommt ja nicht mit satzungsgemäßen Beitrag.*
- *Fängt die Wahlkampfhilfe für die SPD jetzt schon an?*
- *Die Gewerkschaftsbosse können gut solche Beschlüsse fällen, bei den Gehältern merken die es ja nicht – Die müßten mal wieder im Betrieb arbeiten, damit ihnen klar wird, wen sie zu vertreten haben"* („FR", 6.8.79).

Der Brief endet mit der Aufforderung an den Vorstand, den Beschluß zu überdenken, um den Anspruch, Interessenvertretung für die abhängig Beschäftigten zu machen, gerecht zu werden.

werden.


Schmidt und Vetter demonstrieren die Einigkeit von Staats- und Gewerkschaftsführung

Kurzmeldungen

Kurzmeldungen

DEMAG- Arbeiter wehren sich gegen Betriebsschließung

Den Morgenzeitungen mußten es die Kollegen entnehmen: Die DEMAG-Fördertechnik in Duisburg- Neumühl, Teil des vor wenigen Jahren von Mannesmann geschluckten DEMAG- Maschinenbau- Konzerns, soll stillgelegt werden. 187 Arbeitsplätze stehen auf der Abschuß- Liste.

Schon um sechs Uhr morgens am 24.7. hatten sich ca. 50 Kollegen vor dem Betriebsratsbüro angesammelt, noch am gleichen Morgen stand der ganze Betrieb still. Mit Empörung quittierten die Kollegen das von Vorstandssprecher Knobloch verkündete „Angebot", daß rund hundert Kollegen Ersatzarbeitsplätze in Wetter (Ruhr) und in Benrath haben könnten. Die dortigen Betriebe liegen 70 Kilometer entfernt und arbeiten in drei Schichten.

Am 28.7. machte die Belegschaft mit einer Kundgebung in der Neumühler Einkaufsstraße die Bevölkerung auf ihre Probleme aufmerksam. Daran nahmen auch Bürgermeister Krings und der IG Metall- Bevollmächtigte Bulitz teil.

Ersatzkassenangestellte protestieren gegen Tarifabschluß

Auf das„für alle Beteiligten"schmerzlose (so die DAG) Arbeitgeberangebot von einer Erhöhung der Gehälter um 3,7 – 3,9 % reagierten die Ersatzkassenangestellten im ganzen Bundesgebiet mit Protestaktionen. Erstmalig kam es auch im Ersatzkassenbereich zu Warnstreiks – in Kaiserslautern blieb am 13.7.79 eine Geschäftsstelle der „Techniker Krankenkasse" sogar für eine Stunde geschlossen. Vor der Hauptverwaltung der DAK (Hamburg) fand am 1.8.79 trotz der Einschüchterungsversuche durch die Geschäftsleitung ein Informationsstand statt. Die Geschäftsleitung hatte gedroht:

- keine Dienstbefreiung zwischen 12 und 14 Uhr
- Anweisung an alle Gruppenleiter, Kollegen, die die Mittagspause überziehen, sofort zu melden.

Hier und bei einer gleichzeitigen Aktion der BEK- Kollegen in Wuppertal unterstützten über 500 Kolleginnen und Kollegen durch ihre Unterschrift die HBV- Forderung nach Fortsetzung der Verhandlungen. Die Ersatzkassenangestellten sind nicht länger bereit, an den ständig verbesserten Ergebnissen der Kassen nur durch erhöhte Arbeitsintensität beteiligt zu sein.

Eine Sympathisantin aus dem Ersatzkassenbereich

coop verliert alle Prozesse

Die gewerkschafteigene coop hat in 1. Instanz alle drei Prozesse gegen den Betriebsratsvorsitzenden Walter Gerber verloren.

Nachdem er bereits früher seine Prozesse gegen die fristlose Kündigung und für seine weitere Freistellung als BR- Vorsitzender gewonnen hat,stand als letzter Prozeß die Kürzung seines Gehaltes um 25 % an.

Die coop wurde verurteilt, umgehend wieder die alten Bezüge zu zahlen, sowie die seit November 78 restlichen 25 % inkl. Zinsen nachzuzahlen.

HBV- Komitee

Tote Fische a la HOECHST

Wurde das Sterben von tausenden von Fischen in Main und Rhein Ende Juli noch einer unbekannten Substanz von einem unbekannten Verursacher zugeschrieben, gab in der Tagesschau vom 1.8. die HOECHST AG eine Erklärung ab, daß durch „Fehlbedienung" infolge „menschlichen Versagens" wahrscheinlich „Endosulfan" in den Main gelangt sei – hatte sich doch die Beweise dermaßen verdichtet, daß es eh' Tags darauf in der Presse gestanden hätte.

Was in der Erklärung „Endosulfan" genannt wird, ist das Pflanzenschutzgift Thiodan, das im Griesheimer Werk hergestellt wird – genau das Thiodan, das 1969 schon einmal zu einer Umweltkatastrophe geführt hat. Damals waren im gesamten Rhein nahe der Mainmündung alle Fische eingegangen, bis hoch nach Holland mußte die Gewinnung von Trinkwasser durch Uferfiltration vorübergehend eingestellt werden.

Auch dieses Mal haben die zuständigen Behörden Giftalarm an alle Rheinanlieger gegeben.

Auch dieses mal ermittelt die Staatsanwaltschaft.

1969 hatte die DKP Strafantrag gestellt und die Staatsanwaltschaft benötigte 2 Jahre um das Verfahren einzustellen.

Chemiekommission

AEG-Kollegen marschieren

Die Belegschaft des von der Schliessung bedrohten Gasturbinen-Werks AEG-Kanis will am Donnerstag den 30. August vor der AEG-Konzernzentrale in Frankfurt eine Protestkundgebung durchführen. Die IGM-Ortsverwaltung Essen hat Busse nach Frankfurt organisiert. Vor der Kundgebung soll eine Demonstration stattfinden.

Die IG Metall will zu dieser Aktion im gesamten AEG-Konzern aufrufen und speziell in den von Schließung und Verlegung bedrohten Betrieben mobilisieren.

Weitere Informationen können interessierte Kollegen und Genossen bei ihren örtlichen Verwaltungsstellen oder bei der IG Metall-Ortsverwaltung Essen einholen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

DAG — eine CSU-Gewerkschaft?

Daß die HBV über kurz oder lang im Kampf der CSU/CDU gegen die Gewerkschaften ein Hauptangriffsziel werden würde, liegt auf der Hand.

Eine Reihe von Warnstreiks und Protestversammlungen bei den diesjährigen Tarifauseinandersetzungen, die HBV- Zeitung „Ausblick" (eine der fortschrittlichsten DGB- Zeitungen) sowie verschiedene Stellungnahmen zu gesellschaftspolitischen Problemen (Neo- Nazis und AKWs) waren der CSU dann auch Anlaß genug, gegen die „kommunistische Unterwanderung" herzuziehen.

Im „Bayernkurier" vom 14.7.79 erschien in der üblichen Manier dieses Blattes ein Artikel, in dem eine Reihe von DKP- Funktionären mit ihren Partei-, Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionen aufgezählt werden, wobei natürlich betont wird, daß dies „nur wenige Teilstücke (...) erfolgreicher kommunistischer Unterwanderung" seien und sich die ganze HBV, ja der ganze DGB schon im Würgegriff der Kommunisten befinde. Verfasser dieses Artikels ist Carl- Dieter Spranger, Sprecher der CSU/CDU-Bundestagsfraktion für „Innere Sicherheit"! Nun gut, von der CSU ist man derartiges gewohnt.

Erstaunlich wird die Geschichte aber da, wo die Konkurrenzgewerkschaft der HBV, die DAG, ihr angeschlagenes Image mit diesem platten Anti- Kommunismus aufzupolieren versucht. Bundesweit (herausgegeben vom Bundesvorstand) erschien ein Flugblatt, wo dieser Bayernkurier- Artikel unkommentiert abgedruckt ist, natürlich mit allen detaillierten personellen Angaben – falls es der jeweilige Unternehmer noch nicht wissen sollte.

Die CSU scheint einen neuen Bündnispartner zu haben, im Stoiber-Papier wird als antikommunistische Konkurrenzgewerkschaft zum DGB ja auch die DAG erwogen.

Darauf angesprochen, reagierten erfreulicherweise viele DAG- Mitglieder sehr unbehaglich auf diese „Enthüllungen", es wäre gut, könnten Proteste der Mitglieder diese Tendenz stoppen.

HBV- Komitee

Also doch:
Bundesverdienstkreuzträger Reith ist ein Krimineller!

Hamburg. Am 8. Januar 1975 wurde dem Hamburger Reedereikapitalisten Hans-Edwin Reith, damals Chef der Orion-Reederei (heute Orion & Blumenthal) und unter den Seeleuten für seine rüden und arbeiterfeindlichen Betriebspraktiken weithin bekannt, das Bundesverdienstkreuz verliehen (der AK berichtete darüber). Überreicht wurde das begehrte Blech vom damaligen Senator für Wirtschaft und Verkehr, H.Kern (SPD). Die Hamburger Senatskanzlei teilte seinerzeit als Begründung mit, Reith hätte sich *„um den Wiederaufbau der deutschen Schiffahrt, um die Ausbildung des seemännischen Nachwuchses und um die sozialen Belange der Seeleute verdient gemacht"* (zit. nach „Mitteilungen der Senatskanzlei", 8.1.75).

Diese "Ehrung" wurde bereits 1975 offen als Provokation gegen die Seeleute empfunden und stieß auf entsprechend herbe Kritik seitens der Gewerkschaften ÖTV und DAG: *„Allein die ÖTV schätzt, daß ihre Rechtsstreitigkeiten für die gesamte Seeschiffahrt zu 25 % Reith betreffen"*, hieß es am 10.1.75 in einem Rundfunkkommentar im NDR. Und der Fachschaftsrat der FHS Seefahrt verurteilte in einer Pressemitteilung *„aufs Schärfste die Verleihung (des Bundesverdienstkreuzes) an einen Mann, der nachweislich seit Jahren permanent die soziale Lage der Seeleute* **verschlechtert"**.

Vier Jahre später nun, am 25.7. 1979, stand der stolze Herr Bundesverdienstkreuzträger vorm Hamburger Amtsgericht und wurde - allen "Verdiensten" zum Trotz - von einem respektlosen Richter zu 128000 Mark (160 Tagessätze) Geldstrafe verurteilt - wegen fortgesetzten Verstoßes gegen das Seemannsgesetz! Nach den Feststellungen des Gerichts nämlich hat Reith zwischen Januar 1971 und Februar 1975 sieben seiner Schiffe bis zu zweieinhalb Jahre lang in zahlreichen Fällen auf der Brücke und an der Maschine unterbesetzt fahren lassen.

Der Richter erklärte in der Urteilsbegründung, daß Reith selbst an zahlreiche Behörden von der Unterbesetzung seiner Schiffe geschrieben , davon also gewußt habe. Vorrangig vor den Kapitänen müsse der Reeder für ordnungsgemäße Besatzung sorgen: *„Das hat Reeder Reith über einen langen Zeitraum sträflich vernachlässigt. Jede Unterbesetzung ist eine abstrakte Gefährdung der Schiffe und ihrer Mannschaft."*

Mit diesem Urteil blieb das Gericht allerdings noch unter der Forderung des Anklagevertreters, der gegen Reith u.a. wegen einer bis zu 40prozentigen Unterbesetzung der Schiffe (!) 180 000 Mark (180 Tagessätze) Geldstrafe beantragt hatt.

Auch wurde Reith vom Vorwurf der Anstiftung zur Falschaussage und Vortäuschung einer Straftat freigesprochen. Er sollte angeblich seinen früheren Personalchef in anderen Verfahren wegen Schiffsunterbesetzungen veranlaßt haben, die Schuld auf sich zu nehmen. Trotzdem bleibt dieses Urteil eine insgesamt erfreuliche Angelegenheit. Und immerhin ist es ja auch ganz nett, daß man ab dato getrost behaupten darf, der Präsident der Bundesrepublik Deutschland verteile erwiesenermaßen seine Verdienstkreuze auch an behördlich bekannte Kriminelle, Gauner und Menschenschinder. Einen Dank dafür ans Hamburger Amtsgericht - und macht man weiter so...

Jü.

Angriffe der Reaktion auf die „Reform" des § 218 Soll der § 218 wieder vors Verfassungsgericht?

Fortsetzung von Seite 1

Nach der Verabschiedung der Indikationsregelung 1976 sprach die SPD noch von „echter Hilfe", zu der sie uns Frauen verholfen habe. CDU und CSU erließen schon damals in den von Ihnen regierten Bundesländern Richtlinien für die Staatlichen Kliniken, die der Länderregierung unterstellt sind, die einem Abbruch für die meisten Frauen unmöglich machten.

In der Regel wird dort die soziale Indikation erst gar nicht als Indikation anerkannt, die Durchführung von Abtreibungen danach ist in diesen Kliniken generell untersagt.

Die Kirchen hatten nach ihren vorhergehenden Demonstrationen verlauten lassen, daß ihnen der Schutz des ungeborenen Lebens noch immer nicht ausreichend gesichert erscheine. Der damalige Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Döpfner, kündigte schon damals erbitterten Widerstand gegen die „Reform" an: **„die katholische Kirche (werde sich) mit dieser Reform niemals abfinden und alles dafür tun, daß dieses unglückselige Gesetz wieder geändert wird"** (aus einem Briefwechsel zwischen dem Kardinal-von-Galen-Kreis und dem bischöflichen Sekretariat).



Angriffe gegen soziale Indikation

Aktiv gegen die Indikationsregelung werden in der Folge vor allem folgende Kreise: der „Kardinal-von-Galen-Kreis" (Münster), die „Jugendarbeitsgemeinschaft für das Leben" (Lünen), der „Aktionskreis für das Leben" und eine „Europäische Ärzteaktion". **Gemeinsam oder auch alleine vertreten sie in Flugblättern** Hauswurfsendungen, Bildbroschüren und in zahlreichen Artikeln und Leserbriefen an die bürgerliche Presse: „Abtreibung ist Mord"! So zum Beispiel der Vorsitzende des Kardinal-von-Galen-Kreis Börger in einem Brief an Willi Brandt: **„In der heutigen Abtreibungspolitik sehen wir eine Verletzung der rechtlichen Grundlagen des Staates, eine Pervertierung der Demokratie und letztlich eine Kriegserklärung an Gott."** (.....)" *„Durch die Finanzierung der Abtreibungspolitik über Steuern und Krankenkassen hat die heutige Regierung praktisch eine Kollektivschuld der Deutschen erreicht. Anders als in der Hitlerzeit weiß heute jeder Deutsche, was ihm von der Regierung zugemutet wird: Die Beteiligung an Verbrechen"* („Deutsche Tagespost", 26.11.76). In ähnlicher Weise korrespondierten diese Kreise mit allen möglichen öffentlichen Institutionen und auch der eigenen Kirchenführung, der sie eine zu laue Haltung und Kompromißlertum vorwerfen. Außerdem organisierten sie zwei „Kongresse für das Leben" als Samm-
„Kongresse für das Leben" als Samm-
lungsbecken für die militanten Abtreibungsgegner.

Der Vorsitzende des Kardinal-von-Galen-Kreises ging sogar bis zum Bundesverfassungsgericht, um zu erzwingen, daß die Krankenkassen für Abtreibungen nicht mehr zahlen müssen, außerdem wollte er erreichen, daß Abtreibungsgegner durch ihre Steuern nicht an der *„Tötung unschuldiger Kinder"* beteiligt werden. Die Klage wurde vom Bundesverfassungsgericht am 24.4.78 abgewiesen.

Am 1.6.78 richteten die deutschen Bischöfe eine Arbeitsgruppe ein, in der überlegt werden soll, *„welche Aktionen oder Aktivitäten hinsichtlich einer Änderung des §218 StGB oder hinsichtlich der Auswirkungen der Reform des § 218 StGB notwendig und möglich sind"* (Brief des Kommissariats der deutschen Bischöfe an den Sprecher des „Kardinal-von-Galen-Kreises, Börger).

Ungefähr ein 3/4 Jahr später beginnt dann ihre Offensive:

Am **2.3.79** läuft in der ARD die Sendung: *„§ 218: Bilanz einer Reform"*. Der Film bot eine sehr realistische Bilanz, welchen Gemeinheiten wir Frauen uns aussetzen müssen, wenn wir den Gang durch die Institutionen für eine Indikation machen, und beschreibt Möglichkeiten für einen legalen Abbruch in der BRD. Empört reagieren daraufhin der Vorstand des Diözesankomitees katholischer Verbände Münster, der Deutsche Caritasverband und der Caritasverband Freiburg: Das „Recht auf Leben" sei gegenüber dem absoluten Recht auf Abtreibung außer Acht gelassen worden. (nach „Bayernkurier", vom 17.3.79).

Eine der Frauen, die in der Sendung zu Wort kam und dort über einen Abbruch in England berichtete, wird vom Kardinal-von-Galen-Kreis wegen „unerlaubten Schwangerschaftsabbruchs" angezeigt. Ziel der Anzeige soll sein, auszuloten, ob *„Unrecht in unserem Staat noch bestraft wird"* („Stern" Nr. 27 vom 28.6.79)

9.3.79: der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, Hoffner, warnt davor, aus dem bestehenden § 218 ein „Recht auf Abtreibung" abzuleiten. **Es sei die Frage, ob nicht erneut das Bundesverfassungsgericht angerufen werden müsse.** Es sei erschreckend, wie sehr in der Praxis der letzten zwei Jahre deutlich geworden sei, daß der Begriff „soziale Indikation" in seiner Verschwommenheit zu falschen Entscheidungen führe (nach „FR", 10.3.79). Zu der gleichen Erklärung verweist der „Bayernkurier" stolz auf die „Austragungsquote" von Schwangerschaften „von 31 %" in Bayern und zitiert die Aussage der Leiterin der Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen bei Sozialdienst katholischer Frauen: *„aus rein sozialen Gründen braucht niemand mehr abzutreiben"*. Dabei wird besonders auf staatliche und kirchliche Stiftungen hingewiesen, die finanzielle Hilfen für schwangere Frauen zur Verfügung stellen („Bayernku-
zur Verfügung stellen („Bayernku-
rier", 17.3.79).

1.3.79 Ruhrbischof Hengsbach greift in seinem „Fastenhirtenbrief" die Zahl der Abbrüche aufgrund der „sozialen Indikation" als *„Skandal zumal für eine Wohlstandsgesellschaft"* an („NRZ", 1.3.79).

10.4.79: *„Mit allem Nachdruck"* sprach sich der Weihbischof Kuhnle (Stuttgart-Rottenburg) gegen den Vorschlag des DGB Baden-Württemberg aus, Modellzentren zur Schwangerschaftsberatung mit angeschlossener Klinik einzurichten. *„Hinter dem harmlosen Etikett 'Modellzentrum' (...) verbergen sich nichts anderes als Abtreibungskliniken."* In einer Entschließung stellt sich der Diözesanrat seines Bistums hinter den Bischof. Darin wird von *„Massenvernichtung ungeborenen menschlichen Lebens"* gesprochen („Deutsche Tagespost", 10.4.79).

Essen, 11.4.79: Der ehemalige Militärbischof Hengsbach marschiert an der Spitze von 4.000 Katholiken „für das Leben". Gleichzeitig beginnen 10 Jugendliche der „Jugendarbeitsgemeinschaft für das Leben" mit einem Hungerstreik. Die Aktionen richten sich gegen ein geplantes Schwangerschaftskonfliktzentrum der Arbeiterwohlfahrt in Essen. Eine der Hauptparolen: **„§ 218? Holocaust im Untergrund!"** (siehe dazu auch AK 152). Durch eine einstweilige Verfügung wurde dem JAL untersagt, weiterhin zu behaupten, die AWO plane *„Massentötung durch seine Abtreibungsklinik in Essen"*.

Lindenfels/Odenwald im April: 20-25 Mitglieder der „Katholischen Pfadfinderschaft Europas" blockieren die Zufahrt zu einer Klinik, in der Abtreibungen durchgeführt werden. Mit dabei sind auch diesmal wieder Mitglieder des „Kardinal-von-Galen-Kreises" und der „Christlichen Aktion". Diese Blockade findet in den ersten Tagen der Karwoche statt. Frauen, die die Klinik betreten wollen, werden bedrängt und zum Teil zur Umkehr gezwungen („Neue Bildpost", 29.4.79).

17.4.79: In einem Interview im Deutschlandfunk sagt Kardinal Höffner, es sei erschreckend, daß in *„rund 67% der Fälle unter Berufung auf den Kautschuk-Paragraphen des sozialen Notstands „abgetrieben* werde. **Die Lage mache ein Eingreifen des Bundesverfassungsgerichts erforderlich.**

In seiner Osterpredigt greift Ruhrbischof Hengsbach die bestehende Praxis des § 218 als *„moralischen Niedergang eines Volkes"* an. Vor allem das *„ungehemmte Streben nach Emanzipation"* habe dazu geführt, daß das *„sittliche Wertbewußtsein und Wertempfinden vieler verändert und abgestumpft"* sei („Rheinische Post", 17.4.79).

Baden/Württemberg, 9.7.79: Bei einer Landtagsdebatte über die Praxis des § 218 bezweifeln die CDU-Abgeordneten Gaa und Menzinger, ob **„die tatsächliche Anwendung des § 218 überhaupt verfassungskonform ist"**. Außerdem wurde bekannt, daß das Land die Ende des Jahres wegfallende Förderung aus Bundesmitteln für die überkonfessionellen Beratungsstellen nicht voll übernehmen will („Neue", 10.7.79).

18.7.79: Über dpa läßt eine Gruppe niederbayerischer Ärzte verbreiten, daß sie die Barmer Ersatzkasse vor dem Sozialgericht Landshut verklage, weil sie Abtreibungen nach der sozialen Indikation finanziert („WAZ", 18.7.79). Der Initiator der Aktion, Dr. Manfred Krätzschmar, sagte gegenüber der Presse, daß auch andere Gerichte mit einer Welle von Klagen rechnen müßten. Die Vorbereitungen dazu liefen bereits. Der Regensburger Bischof Graber begrüßte die Aktion und sicherte seine Unterstützung zu. Die Barmer Ersatzkasse sieht sich nach Auskunft eines Sprechers in Wuppertal als falscher Adressat. Sie vollziehe nur einen Gesetzesauftrag. *„Die Krankenkasse bleibe allerdings auch bei ihrer Ansicht, daß Schwangerschaft keine Krankheit ist, folglich auch nicht Abtreibung"* („taz", 19.7.79).

Ulm, im Juli Dr. Siegfried Ernst, Vorsitzender der „Europäischen Ärzteaktion", der Synodale der Evangelischen Landeskirche, CDU-Mitglied und ehemaliger Stadtrat wird zu 1.600 DM Strafe verurteilt, weil er den DGB beleidigt hat. In einem Brief an den DGB zu dessen Vorschlag, in Baden/Württemberg Modellkliniken einzurichten, schrieb er: *„Mit Ihren Forderungen auf mehr 'soziale Tötung' stellen Sie sich neben die nationalsozialistische Partei.(...). Zwischen der Tötung eines Kindes und der Ermordung eines Geisteskranken gibt es keinen Unterschied"*. Außerdem bezeichnete er Modellkliniken als *„Embryonal-Mörder-Sydikate"*. Die geringe Geldstrafe bezeichnet er als „Witz" und kündigt Einspruch an. (druck + papier, 12/79, und „Neue", 27.7.79).

Dr. Ernst ist in Sachen § 218 kein unbeschriebenes Blatt: So organisierte er schon 1976 in Memmingen einen „Kongreß für das Leben" zur Unterstützung eines Oberlehrers, der einen Befürworter der eugenischen Indikation als „Schreibtischmörder" diffamiert hatte, und dort seinen Prozeß haben sollte.

1.8.79: Wieder einmal meldet sich Kardinal Höffner zu Wort. Unter Hinweis auf die offiziellen Abtreibungsdaten des letzten Jahres betont er: *„Wenn Abtreibung Mord ist, dann sind 73.000 Abtreibungen eben doch ein Mord in Massen."* Außerdem forderte er *„jene Stellen, die ausdrücklich in der Rechtsordnung dafür vorgesehen sind"* auf **„notfalls eine Verfassungsklage"** anzustrengen. („FR", 2.8.79). Von verschiedener Seite wurde Dr. Holzgartner in Schutz genommen, der abtreibende Frauen mit den Nazi-Mördern in Auschwitz verglichen hatte! (vergl. AK 159). So stellte sich der Pressesprecher des erzbischöflichen Ordinariats München, Dr. med. Curt Genewein, sehr deutlich an die Seite Holzgartner: Er dankte *„dem Kollegen Kolzgartner für seinen in manchen Ohren freilich höchst unwillkommenen Mahnruf"*, und den unverschämten Vergleich mit dem Nazi-Terror wertet er als *„eher nüchternen Hinweis"*. In einem Interview mit der Fachzeitschrift „Ärztliche Praxis" betonte Dr. Holzgartner erneut seine Position und sagte: *„Wenn Sie die Bilder der abgetriebenen Föten ansehen und die Leichen in Auschwitz, dann ist da praktisch kein Unterschied."* Er bezeichnete j e d e Form der Abtreibung als Mord, auch die aus medizinischen Gründen, in der er *„Mord aus Notstand"* sieht. Bei eugenischen Gründen handele es sich zwar um *„eine ungeheure Gewissensnot"*, aber es sei trotzdem Mord (nach „SZ", 14.8.79). Gerade im Zusammenhang mit den Äußerungen Holzgartners wird auch wieder mehr und mehr eine Revidierung des jetzigen § 218 gefordert, so u.a. von Bischof Moser, Bistum Rottenburg-Stuttgart, (nach „FR", 6.8.79).

Der CSU-Generalsekretär Stoiber, findet die Äußerungen Holzgartners zwar *„überzogen und unglücklich"*, betont aber gleichzeitig, daß er Verständnis dafür habe, daß *„ein Arzt daran verzweifle, daß die Zahl der Abtreibungen als Erfolgsziffern gemeldet und dafür noch jährlich 200 Millionen DM an Steuergeldern aufgewendet werden"*. Alles, was nun gegen Holzgartner gesagt werde, sei ein *„scheinheiliges Aufbäumen von SPD-Politikern"*. Jene, die *„eine Reihe von verfassungswidrigen Gesetzen bzw. Gesetzesvorschlägen, darunter auch eine verfassungswidrige Novelle des § 218"* zu verantworten hätten, spielten sich jetzt „schamlos als Hüter der Verfassung" auf (nach „FR", 18.7.79).

All das ist nur ein Vorgeschmack darauf, was uns blüht, wenn 1980 ein Bundeskanzler Strauss an die Macht kommt: Kurpfuscher-Tisch, Illegalität, Vertuschen, erhöhte Todesrate bei Abtreibungen....

In einem Leserbrief an die „Süddeutsche Zeitung" schreibt eine Frau empört: **„Wird dieser Rückschritt denn so ohne weiteres hingenommen? Denkt denn niemand an das Leid der Frauen und der nichterwünschten Kinder? Männer, die finanziell gut gestellt sind, maßen sich an, darüber zu entscheiden. Hoffentlich steigen die Frauen auf die Barrikaden, ich bin dabei!"** Dem ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen.

Frauenkommission NRW des KB

Aufruf zur Demonstration in Essen am 22.9.1979

Die Gegner eines Schwangerschaftsabbruches laufen wieder einmal Sturm. Als vor ein paar Monaten katholische Kirchenverbände einen Hungerstreik und einen Schweigemarsch gegen das geplante Schwangerschaftskonfliktzentrum der Arbeiterwohlfahrt in Essen mit den Diffamierungen „§ 218 – Holocaust im Untergrund", „Massenmordzentrum" usw. durchführten, befürchteten wir Frauen vom regionalen Frauenzentrumstreffen NRW, daß dies nur der Anfang eines Feldzuges gegen die ohnehin unzureichenden legalen Abtreibungsmöglichkeiten ist.

Diese Diffamierungen werden nun von gewissen politischen Verbänden in noch schärferer Weise übernommen. So geschehen auf dem gesundheitspolitischen Kongreß der CSU, wo der Vorsitzende des CSU-Arbeitskreises Gesundheit, Holzgartner, eine legale Schwangerschaftsunterbrechung als „brutalen Massenmord" bezeichnete und sagte: „Die Nationalsozialisten haben die Juden getötet, und die Internationalen Sozialisten töten ungeborenes Leben. Das, was in unserem Volk passiert, ist exakt der Weg zurück nach Auschwitz" („NRZ" vom 18.7.79). Wir wehren uns gegen diese ungeheuerlichen Angriffe! Solche Schwangerschaftskonfliktzentren, wie von der AWO geplant, lassen wir uns nicht streitig machen und fordern weitere und bessere Möglichkeiten eines Schwangerschaftsabbruchs. In diesen Zentren wird uns Frauen die Möglichkeit geboten, Indikation, soziale Beratung und Eingriff unter einem Dach verwirklichen zu können.

Dadurch werden uns Frauen die entwürdigenden Betteleien und Rennereien zu Beratungsstellen, Ärzten, Krankenhäusern, der allzuoft letzte Weg zu Kurpfuschern oder der Weg nach Holland erspart.

Wir fordern die sofortige Errichtung und materielle Absicherung durch Landes- und Bundesmittel von Schwangerschaftskonfliktzentren. Dies ist umso notwendiger, da z.B. die Finanzierung des geplanten Instituts der AWO leider bis heute noch ungeklärt ist. Ebenso sind die Bestrebungen der reaktionären Kräfte, Abtreibungsmöglichkeiten noch weiter einzuschränken, nicht zu unterschätzen.

Deshalb rufen wir auf zu einer Demonstration am

22. September 1979, 11 Uhr
in Essen, Kennedyplatz (Nähe Hauptbahnhof).

Regionales Vorbereitungstreffen von Frauengruppen und -zentren in Nordrheinwestfalen

Unterstützerkreis des Aufrufs

Stand der Liste: 20.8.1979

Essen: Frauenausschuß der Gewerkschaft IG Druck und Papier, Essen; Jugendgruppe der DruPa Essen; Falkenvorstand Essen; Frauenzentrum Essen; Verein Frauen helfen Frauen e.V. Essen; Dritte Welt-Gruppe Essen; Antifaschistische Aktion Essen; Lateinamerika-Kreis Essen; Stadtzeitung „Klartext" Essen; „Ruhrbuch", W. v. Westarp, 4300 Essen 1, Katharinenstraße 10; SB-Lokalgruppe Essen

Hagen: Frauenladen

Iserlohn: Frauengruppe

Dortmund: DFI-Gruppe;

Bielefeld: Bunte Liste-Frauengruppe; AStA der Universität;

Mönchen-Gladbach: Frauenhaus-Initiative; DFI-Gruppe; S. Rüsges, Lehrer;

Duisburg: Frauenzentrum; Frauengruppe im Eschhaus; Dr. med. U.Schink, Ärztin;

Krefeld: Frauenzentrum; Frauenhaus-Initiative; DFI-Gruppe; Juso-Vorsitzender Krefeld (gez. i.A. Wagner); D. Meyma, Arbeiterin; H. Michels, Redakteur; N. Wagner, Betriebsrat; Ch. Pidum, Mitglied des DKP-Bezirksvorstands Rheinland/Westfalen; Frauengruppe Alexanderplatz;

Bochum: Fachschaftsrat Kunstgeschichte an der Uni; Studentische Arbeitsgruppe „Situation der Frau in der viktorianischen Ära"; AStA-Frauenreferat;

Dinslaken: Interessengemeinschaft Lohberg;

Oberhausen: Frauenzentrum; Frauenhaus; Projekt Frauenbewegung 1900 an Berta von Suttner; DFI-Gruppe; Redaktion „Vor Ort" (Stadtzeitung); Grüne Alternative Liste;

Gelsenkirchen: Ruhr-Volksblatt;

Köln: Frauenzentrum Eifelstraße; Frauenzentrum Ehrenfeld; Bunte Liste Köln, AG Frauen; DFI-Gruppen Köln, rechts- und linksrheinisch; Frauenbuchladen; Maria Deutakus, ASF-Vorsitzende Unterbezirk Köln; Buchladen „Neuer Kurs"; GIM, Gruppe Köln;

Bonn: Dr. Joachim Petsch, für den Bund Demokratischer Wissenschaftler; DFI-Gruppe; Frauenbuchladen „Nora";

Mühlheim: Frauenzentrum; Beratungsgruppe Frauen helfen Frauen; Erika Menzel, Sozialarbeiterin;

Düsseldorf: Frauenzentrum; Unterbezirksvorstand ASF Düsseldorf;

München: W. Anraths, Regisseur;

Juso-Bundesvorstand (Mitveranstalter); Gisela Uppenbrock, 1. Vors. ASF Niederrhein; Karin Junker, stellv. Vors. ASF Niederrhein;

Gisela Meusslin, Dichterin;

Außerdem eine Reihe weiterer Einzelpersonen.

Spendenkonto: Regina Groeger, Bank für Gemeinwirtschaft Essen,
Kontonummer 100 20 97 400
Bankleitzahl BLZ 360 101 11

Kontaktadresse: Doris Pfeiffer,
Lindenallee 75, 43 Essen 1,
Tel. 0201 - 232187

Anti-Atomkongreß der Frauenbewegung

Am 11.8. fand in Köln ein 2. Vorbereitungstreffen für einen Anti-Atomkongreß der Frauenbewegung (15. - 16. September) statt. Die Iniative zu diesem Kongreß ging von der Frauenzeitung „Courage" aus. Vor ca. 1/4 Jahr wurde von „Courage" eine Unterschriftensammlung zu einer Volksabstimmung über Atomkraft eingeleitet. Inzwischen wurden bereits über 20.000 Unterschriften gesammelt und vor kurzem in Bonn übergeben. Auf dem Kongreß soll u.a. diskutiert werden, wie eine Volksabstimmung zu erreichen ist, wie wir eine weder öl- noch atomverseuchte Umwelt durchsetzen können und wie wir den Widerstand vor allem unter den Frauen verbreitern können.

Der Kongreß soll auch im Zeichen des Antikriegstages stattfinden. Die „Courage"-Frauen schrieben dazu: *„Die Frage der Atomkraft läßt sich nicht länger auf den Protest gegen die ‚friedliche Nutzung' beschränken. Wir müssen gegen militärischen Einsatz dieser Waffen Widerstand leisten – denn was nutzt alle unsere Arbeit in Alternativen, wenn sie durch Waffen, auf die wir keinen Einfluß haben, zerstört werden".*

Einen sehr wesentlichen Teil des Kongresses wird die Diskussion über die Propagandakampagne der Bourgeoisie zur Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr einnehmen. „Courage": *„Wir werden Widerstand leisten gegen das neue ‚Emanzipationsdiktat', das uns Frauen in die Bundeswehr stecken will. Sollen wir denen das Öl aus Lybien holen? Etwa weil es 1990 zu wenige Männer in der Bundeswehr gibt?".*

Beim ersten Treffen zur Vorbereitung vor 4 Wochen in Köln waren ca. 20 Frauen anwesend. Beim 2. Treffen waren es schon ca. 50 bis 60 Frauen u.a. aus Köln (Frauenbuchladen, BI, Bunte Liste, DFI), aus dem Sauerland, Wuppertal, Frauen der Marburger DFG/VK, die Essener Frauengruppe, Bonner Frauenbuchladen, Bielefelder Frauen der dortigen Bunten Liste, Frauen der GIM, der „KPD" und des KB, Frauen aus München, Hamburg (Bunte Liste, BUU) und natürlich die Frauen der „Courage"-Redaktion.

Es wurde im Wesentlichen über den inhaltlichen Ablauf des Treffen gesprochen. Die Beteiligung war sehr rege, was sich auch an den vielen verschiedenen Vorschlägen der einzelnen Frauen zeigte. Der Kongreß soll am Samstag, dem 15.9., um 10.00 Uhr beginnen. Als erstes sind 3 Vorträge vorgesehen:

1. „Über die Zivile Nutzung der Atomkraft und die Gefahren", von einer australischen Kinderärztin.
2. „Militärische Nutzung der Atomkraft – Auswirkungen der verschiedenen Waffensysteme und Verhältnis Aufrüstung und sog. Entspannung".
3. „Antikriegsbewegung – und Gesetzesvorlagen und Initiativen, um die Frauen zum Bund zu zwingen".

Als Themen für die Arbeitsgruppen wurden vorgeschlagen:

- Widerstand gegen das Atomprogramm (u.a. Gorleben).
- Zusammenhang von ziviler und militärischer Nutzung der Atomkraft.
- Gefährlichkeit qualitativ neuer Technik wie der atomaren Energietechnologie.
- Feminismus und Militär (Eingeladen werden soll A. Schwarzer).
- Frauenfriedensbewegung.
- Kulturgruppe – Männerbündische Strukturen im Militär.

Diskussionsthemen sollen außerdem sein:

- Frauen in den Gewerkschaften.
  Frauen in der Ökologiebewegung, Grüne und Bunte (Petra Kelly).
  Frauenpartei (Eva Rath).

Es wurden noch mehr Vorschläge gebracht, wie z.B. das Thema „Sanfte Technologie", „Zivildienst für Frauen", „Frauen in Bürgeriniativen" u.a., die sicherlich dann stattfinden, wenn sich genügend Frauen finden, die Interesse haben. Bisher sind die einzelnen Arbeitsgruppen auch noch für Initiativen von Frauen offen. Es können nach wie vor auch noch neue Vorschäge eingebracht werden.

Am Sonntag (16.9.) soll ein Plenum mit Berichten aus den Arbeitsgruppen stattfinden, mit anschließender gemeinsamer Diskussion und einer darauf folgenden Pressekonferenz. Abends sollen Film und Fest stattfinden.

Auf dem Kongreß soll auch der Aufruf zur Großdemonstration in Bonn bekannt gemacht werden und gleichzeitig zur Bildung eines Frauenblocks aufgerufen werden. Gut wäre es, wenn der Kongreß auch eine Rednerin für die Demo in Bonn stellen könnte, um die Anliegen gerade der Frauen dort zu vertreten.



> Für die Kinder soll auch gesorgt werden. Hierfür werden noch Männer aus der Region gesucht, die Lust haben, sich am Kinderdienst zu beteiligen!

Eine Hamburger Genossin






"Fremde Schwester Liu"

Fotos von Frauen in China

Im nachhinein erscheint es uns ganz merkwürdig: Du fährst drei Wochen nach China und kommst mit einer Fülle von Fragen zurück und arbeitest seit anderthalb Jahren an einem Bildband „Fremde Schwester Liu", Frauenbilder aus der VR China. Die Eindrücke, die wir von den chinesischen Frauen haben, beschäftigen uns noch heute.

Was können wir von China und seinen Frauen lernen? Was ist in China für die Frauen erreicht worden? Wir haben in unserem Bildband Fragen aufgeworfen und dabei auch über unsere Situation reflektiert, unsere Wünsche und Vorstellungen formuliert und beschrieben, wie diese mit den Einstellungen der Chinesinnen konfrontiert wurden. Konnten wir die Realität der Frauen in diesem Land mit unserem Kulturverständnis überhaupt begreifen? Wurden wir mit unseren Fragen der Entwicklung in diesem Land gerecht? Sahen wir Widersprüche, wo keine waren? Zu den Fragen, mit denen wir ausgezogen waren, um die Wirklichkeit der Frauen Chinas zu erforschen, kamen nun weitaus grundsätzlichere dazu. Wir erkannten, daß es noch einer langen Zeit der Beschäftigung mit diesem Land bedarf, um all die vielen Eindrücke und Informationen, die wir auf unserer Reise bekamen, etwas fundierter erfassen zu können.

Wir wollten das Buch auf keinen Fall ganz alleine machen. Seit unserer Beschäftigung mit China haben wir Frauen kennengelernt, die ein bis zwei Jahre in China gelebt haben, dort studierten und Frauen, die wie wir Reisen nach China gemacht haben. Sie haben Berichte für unser Buch geschrieben.

Frau Henker, 65 Jahre alt, war damals im Sommer 1977 auch mit einer Reisegruppe in China gewesen. Sie wohnt in Hamburg in einem Altersheim. *„So einsame Stunden wie hier gibt es in China nicht. Daß ich überhaupt auf dieses Thema gekommen bin, ist eigentlich ein Frauenproblem. Ich war 50, da sind meine Mädchen aus der Fortbildungsschule und aus der Lehre gekommen. Die brauchen mich nicht mehr. Da habe ich mir überlegt, was soll ich jetzt machen? Jetzt mußte ich selbst was unternehmen, ich fühlte mich leer.".*

Frau Henker schildert uns sehr ausführlich, wie sie dazu gekommen ist, sich mit China und den chinesischen Frauen auseinanderzusetzen. Unter anderem beschreibt sie auch ihre Eindrücke, die sie in China gemacht hat:

„Ich sage immer, daß sich die Frauen an Männerarbeit erobern können, das nehmen sie, aber sie können den Männern nicht sagen, nehmt mal jetzt die Kinder. Sie können selber was holen, festhalten, den Männern was wegnehmen, aber sie können den Männern nichts aufzwingen, die nehmen das nicht so einfach an. Der Kampf besteht noch".

Kathrin Scherer studierte zwei Jahre in China. Sie schrieb uns: *„Meine Zimmergenossin hat einen Freund, den ich nicht kenne und über den wir uns auch nicht unterhalten, nicht weil es peinlich wäre, sondern einfach weil es kaum interessant ist. Ich habe keine chinesische Frau erlebt, die von ihrem Mann oder ihrem Freund einfach so erzählt hätte... Beziehungen zu Frauen und von Frauen untereinander brauchen nicht von Konkurrenzdenken bestimmt zu sein.".*

Charlotte Kerner, die von September 1977 bis Oktober 1978 in Peking studierte, schreibt über die 25jährige Philosophiestudentin Li Fen Ming, mit der sie ein Zimmer teilte:

„...Neben politischen Fragen waren Kleider ein wichtiges Thema. Die Chinesinnen im Wohnheim betrachteten uns Ausländerinnen genau... Als ich mich am 8. Oktober 1978 von ihr verabschiedete, schenkte ich ihr ein Paar Stöckelschuhe. Sie hatte mir einmal erzählt, daß ihr hohe Schuhe gefallen, weil sie nicht so groß sei...".

Ute Kannenberg, die mit uns zusammen die Reise gemacht hat, berichtet über ihre Eindrücke, die sie im Pekinger Frauenkrankenhaus als Patientin gemacht hatte. —

Es war doch ein sehr mühsamer und anstrengender Weg, dieses Buch fertigzustellen. Wir stießen ständig auf neue Probleme, die wir im Voraus nicht bedacht, geschweige denn gewußt hatten.

Wie fing es eigentlich an? Nach unserer Reise im August 1977 tragen wir uns mit der ganzen Gruppe, arbeiteten die Protokolle durch, die wir in China mitgeschrieben oder auf Tonband aufgenommen hatten. Wir stellten die Bilder in Galerien und Frauenkneipen aus, wo sie lebhafte Diskussionen auslösten. Wir wurden sehr motiviert und fingen an, nochmals alle Fotos abzuziehen, durchzusehen, Texte zu schreiben und sie einander zuzuordnen. Nach langem Hin und Her fanden wir schließlich eine Form des Lay-outs, die uns beiden zusagte. Daraufhin gingen wir auf die Suche nach einem Verlag. Doch da hörte der Spaß an unserem Buch auf. Bei vielen großen Verlagen kamen wir über ein Telefongespräch mit den Vorzimmern der Chefetagen überhaupt nicht hinaus. Bei kleinen Verlagen, die inhaltlich Bücher erstellen, die wir selber gerne lesen, wurden uns Kalkulationen zwischen 40 und 50 DM Endverkaufspreis gemacht. (Und wir hatten mit dem Einhalten von Terminen unsere liebe Not). Am liebsten hätten wir das Buch bei einem der beiden Frauenbuchverlage gemacht, die wir als erste angesprochen haben (Frauenbuchverlag/München; Frauenpolitik/Münster). Beide waren zunächst begeistert, teilten uns mit, daß es sich nicht schickt, noch zu weiteren Verlagen zu gehen, sagten so gut wie zu — und nach vier Monaten wieder ab. Nach langem Drängen erfuhren wir, daß es bei dem einen inhaltliche und bei dem anderen finanzielle Gründe waren.

Durch das zum Teil unsolidarische Verhalten reichlich genervt zogen wir einen Schlußstrich:

Wir machen das Buch selber! Der erste Schritt war die Geldbeschaffung für die Druckkosten und das Material für die Druckvorlagen. Wir bekamen von mehreren Freunden und Bekannten kleinere und größere Darlehen und suchten den Kontakt mit „Netzwerk", die sich bemühten, uns Kontakte zu verschaffen.

Zum anderen verkauften wir die Bücher auch im Voraus. Nachdem wir anfingen, uns zu engagieren, lernten wir viele nette Leute kennen, die uns in unserem Vorhaben bestärkten, halfen und unterstützten.

Das Ergebnis liegt jetzt vor:
„Fremde Schwester Liu" —
Frauenbilder aus der VR China.
Überformat — 120 Seiten — 170 Fotos
Wir machen selbst keinen Gewinn an diesem Buch und verkaufen es deshalb für 25,— DM selbst:

Postscheckkonto Hamburg,
Nr. 114 924-205
Brigitte Krause, Polchaukamp 24,
2 Hamburg 60;
oder:
Stefanie Ritter, Bismarckstr. 36,
2 Hamburg 19

Diskussionen in der DFI

Die Austrittserklärung einer Hamburger Frau aus der DKP-nahen Frauenorganisation DFI (siehe „Courage", April 1979) gibt offenbar nicht nur den persönlichen Eindruck der Autorin wieder.

Zwei Aachener Frauen berichten in einem Leserbrief der „Courage" vom August über *„ähnlich desillusionierende Erfahrungen"* in ihrer DFI-Gruppe: Eine von den Aachener DFI-Frauen gemeinsam vorbereitete Veranstaltung z.B. ließ die Aachener DFI-Gründerin in letzter Minute inhaltlich umstoßen und schließlich platzen.

Frauen der Kölner DFI-Gruppe (linksrheinisch) schreiben in ihrem Leserbrief (ebenfalls „Courage", August 79): *„Wir... haben uns in letzter Zeit genau mit diesen Fragen"* (wie in der Austrittserklärung angeschnitten) *„auseinandergesetzt, mit der Arbeitsgrundlage, die nur allgemein gesellschaftliche Fragen beinhaltet und zu wenig frauenspezifische, mit dem zentralen Arbeitskreis, der in der Tat nicht gewählt ist, u.s.w. Wir sind zur Zeit dabei, mit anderen DFI-Gruppen Kontakt aufzunehmen (der durch die faden Rundbriefe nicht inhaltlich hergestellt wird) und stellen fest, daß in etlichen anderen Gruppen ähnliche Selbstverständnisdiskussionen laufen wie bei uns mit entsprechender Kritik an der offiziellen Linie. Es wird sich in Zukunft sicher einiges in der Hinsicht tun, daß die DFI immer mehr eine Frauengruppe wird, die sich für Fraueninteressen einsetzt – ohne ihren politischen Anspruch zu verlieren".*

Und im Hinblick auf die Tagung der DFI im Oktober schreiben die Frauen: *„Was die Gesamtstruktur und Organisationsform der DFI angeht, so hoffen wir, daß auf unserer nächsten Tagung im Oktober eine demokratischere und durchsichtigere Form durchzusetzen ist".*

Wir sind gespannt.

Daß die in Opposition zur offiziellen Linie stehenden Frauen einiges tun müssen, um sich durchzusetzen, wird angesichts der Stellungnahme der DFI-Gruppe Hamburg, die samt einem Nachwort des Zentralen Arbeitskreises in die DFI-Ortsgruppen ging, deutlich.

In diesem 4-Seitigen Papier gehen die DFI-Frauen nicht auf die konkreten Kritikpunkte der Austrittserklärung ein, sondern stellen lapidar fest, daß eine zum Austrittspapier angesetzte Plenumsdiskussion in Hamburg ergeben habe, *„daß die Frauen sich mit dieser Kritik nicht einverstanden erklären".*

AG Frauen Hamburg

USA:

USA: Linker Anwalt verteidigt Vergewaltiger

Wie weit das ‚demokratische' Rechtsverständnis linker Anwälte manchmal gehen kann, zeigt ein Fall aus den USA. Wir entnehmen ihn der „Berkeley Barb" vom 10.5.79. Im April dieses Jahres stand in Kalifornien der Vergewaltiger eines 13-jährigen Mädchens vor Gericht. Sein Anwalt war der in Kalifornien ansäßige linke Anwalt Dennis Roberts. Wie es sich für einen guten Anwalt gehört, nahm er das Mädchen tüchtig ins Kreuzverhör – vier Tage lang. Damit nicht genug, dem größten Teil seiner Abschlußrede widmete er der BAWAR, einer Frauengruppe, die sich um Vergewaltigungsopfer kümmert. *„Er charakterisierte uns als über-eifrige Frauen, die Vergewaltiger mit dem gleichen Haß verfolgen, wie in den Südstaaten die Lynchmobs, die hinter Schwarzen herrennen und sie der Vergewaltigung weißer Frauen bezichtigen... Er unterstellt uns, wir hätten Fälle vor Gericht durchgepeitscht, sein Büro belagert, Staatsanwalt und Polizei unter Druck gesetzt"* so eine Frau aus der Frauengruppe über die Verteidigungsrede. Der Vergewaltiger wurde freigesprochen, der Vater des Mädchens bekam eine Anzeige wegen Körperverletzung – er war einem Mitarbeiter des Rechtsanwaltes auf die Füße getreten....

US-Kommission

"Ich habe meine Meinung in manchen Fragen kolossal verändert..."

Ein Gespräch mit der Hamburger „Frauengruppe 50"

Seit ca. anderthalb Jahren gibt es in Hamburg eine Frauengruppe, in der sich Frauen im Alter von 50 bis 60 Jahren zusammengetan haben. Wir sprachen mit drei Frauen aus dieser Frauengruppe über ihre Erfahrungen, ihre Probleme und ihre Zusammenarbeit. Wir möchten hier den Frauen nochmal herzlich für dieses Interview danken.

AG Frauen, KB Hamburg



AK: Erzählt doch mal, wie Ihr Euch damals überhaupt zusammengefunden habt?

H.: Auf Anraten der jungen Mütter aus der Müttergruppe in Eimsbüttel, mit denen ich anfangs zusammengearbeitet habe. Die kamen auf die Idee, ob ich nicht mal versuchen wollte, eine Gruppe mit älteren Frauen zu machen. Da war ich erst sehr skeptisch, aber bei den jungen Frauen war es die Idee, daß ihre Mütter ja eigentlich auch etwas machen müßten.

AK: Und wie seid dann Ihr beide, R. und A., dazugekommen?

A.: Ich bin durch meine Tochter dazugekommen. Meine Tochter war auf einer Veranstaltung der Bunten Liste im Winterhuder Fährhaus. Auf der Veranstaltung lag nun eine Liste aus, in der sich alle Frauen, die sich für eine Frauengruppe in unseren Jahrgängen interessieren, eintragen konnten. Da hat meine Tochter mich einfach eingetragen und das fand ich eigentlich recht gut, denn ich hab' immer schon gedacht, irgendetwas müßte ich mal machen, weil ich nicht mehr arbeite und nicht nur zuhause so dumm rumsitzen wollte.

R.: Ich bin auch über meine Tochter in die Gruppe gekommen. Meine Ehe war angeknackst und da hat meine Tochter gesagt, du mußt etwas tun, ich fühle mich in der Frauengruppe wohl, mach du das doch auch. Da hab ich das mit meinem Mann besprochen. Der meinte: „Um Gottes Willen, Politik, Kommunismus, sei vorsichtig usw.". Da hab ich das erst einmal gelassen, bis mein Mann dann gegangen ist. Da war ich dann sofort da und fand das gut. Hier waren Frauen, die auch viel durchgemacht hatten und hier konnte man sich mal aussprechen. Wenn ich aus der Frauengruppe wegging, dann war mir immer viel wohler. Da brauchtest du nicht, wie bei einigen Freundinnen, vorsichtig zu sein mit dem, was du sagtest und das hat mir unheimlich geholfen.

AK: Aber gab es da nicht anfangs auch bei Euch Probleme, offen über Eure Sachen miteinander zu sprechen?

A.: Hier waren ja fast durchweg alle allein. Jede hatte irgendein Problem hinter sich gebracht.

H.: Ja, aber irgendwie ist es wohl hinter sich gebracht.

H.: Ja, aber irgendwie ist es wohl auch tatsächlich so, daß man in so einer Gruppe von Frauen doch zumindest mit der Zeit offener wird. Sicher ist das für die meisten Frauen erst einmal eine ganz neue Erfahrung. Am Anfang hatte es mal ziemlich starke Differenzen gegeben, weil einige Frauen kamen, die ganz andere Sachen machen wollten.

AK: Was meinst Du damit?

H.: Wir hatten von Anfang an daran gedacht, speziell Frauenfragen zu behandeln, da wir diese Themen gerade in unserer Altersgruppe für sehr wichtig hielten. Einige Frauen, die daran nicht interessiert waren, blieben dann weg.

AK: Ist das nicht auch für Euch eine Umstellung gewesen, als Ihr langsam anfingt, eigenständig Sachen zu machen und Euch intensiver mit Euren und den Frauenfragen auseinanderzusetzen?

A.: Bei mir ist das keine große Umstellung gewesen, weil das bei uns zuhause schon immer so lief. Es war vielleicht auch dadurch bedingt, daß mein Mann Schichtdienst hatte und ich auf mich selbst angewiesen war. Ich mußte z.B. allein mit den Kindern in Urlaub fahren usw.. Und wie ich dann in der Frauengruppe angefangen habe, war es selbstverständlich, daß ich meinen Abend für mich hatte. Als mein Mann jetzt aufhörte zu arbeiten, habe ich gesagt: „Meinen Abend möchte ich aber weiter für mich behalten" — und das hat er auch akzeptiert.

R.: Ich fand es toll, daß man richtig mal etwas für sich allein tun konnte, und das habe ich jetzt rausgefunden, daß man überhaupt vieles für sich tun kann. Was eigentlich bislang immer mein Problem war und woran ich krankte, war, daß ich entweder alles mit meinem Mann zusammen machte oder e r machte seine Sachen allein. Ich ging zweimal die Woche mit ihm weg, aber er ging in der Woche vier oder fünfmal weg.

A.: Die Männer können ja auch ihre Sachen alleine machen, aber sie sollen den Frauen zugestehen, daß die ihre Sachen auch allein machen.

AK: Ist es deswegen zum Bruch in Eurer Ehe gekommen, weil Du angefangen hast, selbst etwas zu machen?

R.: Nein, ich war seelisch so kaputt. Ich habe erst nach der Trennung angefangen, selbst etwas für mich zu tun. Ich wollte lange Zeit immer noch die Ehe retten und habe gar nicht verstanden, daß es viel wichtiger gewesen wäre, etwas für mich zu tun. Und heute bin ich eigentlich kaum einen Abend zuhause.

H.: Ja, so sieht das eigentlich bei den meisten von uns aus. A. ist eigentlich die rühmliche Ausnahme. Daß wir heute aktiver geworden sind, — wahrscheinlich wären wir es kaum, wenn wir alle noch verheiratet wären, weil viele Männer in unserem Alter sich da einfach quer stellen. Und die Auseinandersetzung mit dem Mann scheuen die meisten Frauen.

AK: Ihr seid alle ledig?

H.: Ja, fast alle geschieden, verwitwet oder leben getrennt vom Mann. Ich glaube, daß es mehr alleinstehende Frauen gibt, die etwas machen möchten, aber keine richtige Möglichkeit sehen. Da ist dann auch die Schwellenangst, das Problem, sich einfach aufzuraffen. Aber ich fand es auch so trostlos, den ganzen Tag zu arbeiten, seinen Haushalt ein bißchen zusammenzukramen, sich vor die Glotze zu setzen, dann wieder ins Bett, morgens wieder hoch und sonst lief nichts, nur wenn mein Sohn mal kam. Aber je älter er wurde, umso mehr unternahm er allein etwas. 'Ich hatte zwar auch Kontakt zu den Jüngeren, zu den Freundinnen und Freunden meines Sohnes. Ich hab' mit ihnen diskutiert, aber ich hatte immer das Gefühl: Du hast zwar auch'ne Meinung, aber so richtig Bescheid weißt du nicht, bist nicht richtig informiert usw.. Bis ich dann in die Eimsbüttler Frauengruppe ging. Da hab' ich dann anderthalb Jahre mitgemacht. Ich hab' erst einmal zugehört am Anfang. Wir kannten in unserer Jugendzeit so etwas ja nicht, wir haben ja ganz andere Dinge im Faschismus kennengelernt, wir wurden irgendwohin beordert und dann ging das aber zackig los, und das war ja nicht freiwillig, da mußtest du ja.

R.: Wurde in der Frauengruppe auf dich nun besonders Rücksicht genommen, weil du die Frau mit längerer Erfahrung warst?

H.: Nein, überhaupt nicht. Zu den Dingen, die ich wissen wollte, hatten die jungen Frauen ja viel größere Erfahrung, ich mußte bei vielen Diskussionen nachfragen. Sicher, es ist schon mal vorgekommen, daß sie wissen wollten, wie eine ältere Frau zu den einen oder andern Dingen steht. Die Frauengruppe 50 hat später verschiedentlich Zusammenkünfte mit Frauengruppen jüngerer Frauen gehabt, die eigentlich immer für beide Seiten recht positiv verlaufen sind.

AK: *Hast Du nicht manchmal das Gefühl gehabt: Die Jungen können das alles viel besser, die können sich halt besser informieren usw. ...*

H.: Ja, informiert hab ich mich dann aber auch über sie, das hab' ich für mich genutzt und hab 'ne Menge gelernt. Zunächst mußte ich viele Dinge, die durch lange Ehejahre und die Erziehung unserer Generation noch so im Kopf saßen, abbauen. Ich hab' meine Meinung in manchen Fragen kollossal geändert, z.B. was die Kindererziehung betrifft, oder politische Ansichten, oder überhaupt die Frage, was eine Frau kann oder nicht bzw. darf oder nicht.

R.: Heißt das, daß du uns gegenüber den Vorteil hattest, daß du erst mit jungen Frauen zusammengearbeitet hast? Ich denke, für mich wäre das auch ganz gut, damit ich meine Tochter besser verstehe. Ich bin sehr konservativ erzogen, und wenn ich heute meine Mutter so erlebe, dann denke ich, was hast du an mir alles falsch gemacht und werde richtig wütend.

AK: Es hat doch aber auch einen Vorteil, wenn Ihr Euch untereinander über Eure Probleme auseinandersetzen könnt, denn bei Euch kommt doch auch noch eine besondere Situation durch das Alter dazu? Umgekehrt können wir jüngeren Frauen doch wohl auch sagen, daß wir uns mit den Probleme älterer Frauen kaum auseinandersetzen und darüber nachdenken, wie es uns später einmal gehen wird.

H.: Bei den meisten Frauen ist das doch so: Erst Unterdrückung im Elternhaus, dann in der Ehe, vielleicht noch jung geheiratet. Da fragt man sich doch wirklich, wann sollten diese Frauen überhaupt zu sich selbst finden. Hinzu kommt bei uns noch die Kriegszeit. Ich war zwölf Jahre, als der Krieg ausbrach und 18, als er zuende war.

AK: Da lag es dann ja wohl auch nicht drin, daß Ihr als Mädchen eine Lehre o.ä. hättet machen können?

H.: Nein, und heute ist da dann das Problem mit den Renten. Warum kriegen denn die Frauen im Alter von ungefähr Mitte 50, die vielleicht Frührentnerinnen sind, so wenig Rente? Das ist nicht nur die Zeit der Ehe, die dir fehlt. Wir konnten keine Lehre machen. Ich kam 1944 aus der Schule und habe mein Sportstudium angefangen. Das war nach dem Krieg alles vorbei. Ich muß heute also schreiben: Ohne Beruf. Und das ist beim Arbeitsamt schon mal schlecht. Dabei habe ich mein ganzes Leben hart gearbeitet. Erst im Geschäft meiner Eltern und später im Geschäft meines Mannes.

AK: Wie war das bei den anderen?

A.: Mein Vater war schon früh gestorben und meine Mutter mußte für uns Kinder arbeiten. So konnte ich dann auch keine Lehre machen, weil meine Mutter das finanziell gar nicht geschafft hätte. So habe ich eine Stellung im Haushalt angenommen und bin abends noch zur Handelsschule gegangen. Als ich dann in einem kaufmännischen Beruf überwechseln wollte, hatte ich die größten Schwierigkeiten mit dem Arbeitsamt. Es gelang mir dann schließlich doch, und ich wurde bei den Gaswerken als Bürokraft dienstverpflichtet. Damit hatte ich noch viel Glück, denn man hätte mich auch genau wie die meisten Frauen in eine Munitionsfabrik o.ä. stecken können.

H.: Ja, und mit dem Verdienen war das ja auch so eine Sache. Die Frauen, die vorm Krieg, im Krieg und in der Nachkriegszeit gearbeitet haben, die hatten ja derartig geringe Verdienste, so um 200 DM brutto im Monat o.ä.. Daher ergeben sich für uns dann diese Minirenten. Wenn du dann noch lange verheiratet warst, dann bist du für diese Zeit noch nicht einmal sozialversichert.

R.: Ich war 25 Jahre verheiratet. Ich hab' zwar zwischendurch mal gearbeitet. Ich hatte Säuglingsschwester gelernt, aber nach der Geburt meines ersten Kindes aufgehört zu arbeiten. Ich hab dann ab und zu mal als Sprechstundenhilfe ausgeholfen.

AK: Was bekommt Ihr denn so an Rente?

R.: Ich bekomme 150 DM. Nun hab' ich ja auch immer sehr wenig verdient. Ich war ja so eine Idealistin. Ich hab' im Säuglingskinderheim gearbeitet, wo elternlose Kinder waren. Da hab' ich nie an meinen Verdienst oder meine spätere Rente gedacht. Da hab' ich dann meine ganze Liebe investiert, so für 80 DM, obwohl ich eigentlich 480 DM laut Tarif verdient hätte. Das ist halt so typisch Frau, sich für ande-

Fortsetzung nächste Seite

Förtsetzung von Seite 18
re aufzuopfern, ohne an sich zu denken.

H.: Ich habe eigentlich erst nach meiner Scheidung halbwegs Geld verdient. Und selbst wenn ich jetzt noch bis 60 Jahre arbeiten würde, komme ich auf nicht mehr als ca. 500 DM Rente. Du liegst als Frau also fast immer unterm Sozialsatz. Und so geht es den meisten Frauen, bis auf wenige Ausnahmen.

AK: Hinzu kommt auch wohl, daß Du als Frau meistens eine Arbeit hast, die geringer bezahlt wird als z.B. die der Männer.

A: Selbst wenn du als Frau dasselbe geleistet hast wie ein Mann, würdest du weniger kriegen, das ist ja heute noch so.

H.: Deshalb hab' ich auch immer so im Kopf, daß gerade auch für diese Frauen die Renten erhöht werden müßten. Gut, die Sozialbehörde zahlt zu, aber was ist das denn schon, du kommst ja nie über das Existenzminimum hinaus. Das ist ja alles in allem so 600 DM.

AK: Wie sieht es denn überhaupt mit der Möglichkeit aus, für Frauen in Eurem Alter noch eine Arbeit zu finden?

H.: Das ist allein schon wegen der ganzen Umstellung der Arbeitsplätze kaum noch möglich. Die Arbeitsplätze sind ja heute durch die neuen Techniken derartig verändert. Du sollst jetzt plötzlich mit Computern und Bildschirmen umgehen. Da mußt du dann total umlernen, was für uns nicht gerade leicht ist. Wenn du von Anfang an in so einem Betrieb bist, geht das ja vielleicht noch, aber neu rein kommst du da nicht mehr. Wenn die hören, daß du über 50 Jahre alt bist, läuft da nichts mehr.

AK: Sagt doch mal, wie Ihr zu der Forderung „Lohn für Hausarbeit“ steht?

H.: Nimm mal ein Beispiel: Eine Frau, die jahrelang im Haushalt war, sie hat vielleicht drei bis vier Kinder großgezogen. Die Kinder sind groß und gehen aus dem Haus. Sie fängt wieder an, berufstätig zu werden, dann sagt sie „ich arbeite wieder“. Da fragt man sich doch, was hat sie dann die ganzen Jahre getan, etwa nicht gearbeitet? Nur ohne Lohn und Sozialversicherung!

R.: Viele Männer wollen ja nicht, daß du als Frau arbeiten gehst, und für die meisten Frauen ist das ja auch eine Doppelbelastung.

H.: Ich bin der Meinung, daß man das den Frauen letztendlich selber überlassen soll, ob sie noch einem Beruf nachgehen wollen oder lieber im Haushalb bleiben wollen. Aber man soll sie gefälligst für die Arbeit an den Kindern und im Haushalt bezahlen. Du bist Mutter, Hausfrau, Erzieherin. Du mußt Essen kochen, putzen usw.. Und dann das ganze Schulproblem. Bei dem Leistungsdruck heute in den Schulen sind viele Mütter doch auch gezwungen, mit den Kindern Schularbeiten zu machen. Dafür sollte man die Frauen zumindest bezahlen und vor allem für diese Jahre die Rente irgendwie sichern.

R.: Andererseits verblödest du aber auch, wenn du den ganzen Tag zuhause bist, die Frauen sind zu sehr isoliert. Ich merke auch immer, daß man den berufstätigen Frauen gegenüber doch sehr viele Nachteile hat, daß die viel selbstsicherer und stabiler dastehen.

H.: Aber wenn ich als Hausfrau bezahlt werde, dann hab' ich auch schon etwas mehr Freiheit, dann kann ich auch mal selbst etwas machen, dann brauche ich nicht um jeden Pfennig bei meinem Mann zu betteln, der immer sagt: Das ist mein Geld, ich bringe das Geld nach Hause. Ich bin der Meinung, daß das den Frauen schon eine gewisse Freiheit gibt.

AK: Aber der Staat wird sich dagegen wehren, dafür wirklich etwas zu zahlen. Obwohl er in letzter Zeit wieder stärker die Parole ausgibt, daß die Frauen zuhause bleiben sollen und wieder mehr Kinder kriegen sollen.

R.: Ja, da haben sie sich auch schon wieder etwas einfallen lassen mit dem neuen Mutterschutz.

H.: Das ist auch nur ein Almosen. Irgendetwas müssen sie sich einfallen lassen, damit die Frauen für den Staat wieder mehr Kinder kriegen. Denn auch die Renten sind ja so aufgebaut, daß die nächste Generation die Renten trägt. Dann soll der Staat aber auch etwas bezahlen, denn wir bekommen unsere Kinder ja nicht alleine zu unserem Vergnügen. Und wir sehen auch vollkommen ein, warum die jungen Frauen heute nicht mehr so viele Kinder in die Welt setzen wollen. Und was machen sie heute wieder in Deutschland: Den ganzen Schmus mit „die Frau gehört an Heim und Herd und zu den Kindern“, vielleicht kriegen wir ja bald wieder das Mutterkreuz. Nein, da soll der Staat dann etwas rausrücken, aber keine Almosen. Da müßte zumindest bei rauskommen, daß die Renten gesichert bleiben, für die Zeit, in der du keinen Beruf hast. Dann müßte der Arbeitsplatz auf jeden Fall gesichert bleiben und ein halbes Jahr Mutterschutz reicht sowieso nicht. Du müßtest mindestens die Möglichkeit haben, drei Jahre bezahlt zuhause zu bleiben, denn vorher bekommst du ja gar keinen Kindergartenplatz. Oder es müßten mehr Kleinkindergärten eingerichtet werden.

Gut, aber wir sind natürlich trotzdem noch angeschmiert. Deshalb wollen wir, daß die Renten für die Frauen in unserer Situation entsprechend angehoben werden. Daß irgendwie die Jahre der Ehe und der Kindererziehung auf die Rente angerechnet werden.

Es gibt in der BRD 11 Millionen Sozialrentner — und ich schätze 90 % davon sind Frauen. Die Frauen, die schon über ein Jahr beim Arbeitsamt rumgehangen haben, keine Arbeit mehr kriegen und dann vielleicht letztendlich eine Rente genehmigt bekommen und Sozialempfängerinnen sind, die gehören ja eigentlich auch alle zum Heer der Arbeitslosen.

A.: Das kommt aber in den Statistiken natürlich gar nicht vor.

AK: Und dann werben sie in ihren Glanzbroschüren, wie toll das hier für die Rentner doch ist, und wo du überall zur Behörde rennen kannst.

H.: Ja, wo du dann stundenlang rumsitzen und dich noch dumm anmachen lassen mußt. Außerdem kann sich doch kein Staat sozial nennen, der Löhne, Gehälter und Renten prozentual erhöht. Die Unterschiede zwischen hohen und niedrigen Löhnen, Gehältern und Renten werden doch immer größer. Da wird doch das Klassensystem regelrecht gezüchtet.

AK: Im Grunde müßten Eure Forderungen von der Frauenbewegung noch stärker aufgegriffen werden.

H.: Klar ist, daß die jüngeren Frauen an diese Dinge gar nicht so denken. Und deshalb müßten wir Älteren da eigentlich noch viel mehr machen.

Wir wollen uns aber in Zukunft darum noch mehr kümmern und uns auch mit anderen Organisationen, die dazu arbeiten, in Verbindung setzen.

Nach unseren Erfahrungen ist es also immer noch so, daß die ältere Frau besonders auf den Mann angewiesen ist, und wenn sie den nicht mehr hat und vielleicht auch ihre Arbeitskraft nicht mehr, dann ist der Ofen aus!

R.: Diese Abhängigkeit ist etwas Entsetzliches.

H.: Und dann diese Bettelei beim Sozialamt. Wieviele alte Leute gehen da nicht hin, weil sie sich genieren wegen dieser Bettelei, und die rappeln sich dann so durch. Vor allem, wenn sie beim Sozialamt merken, daß du nicht zurecht kommst und nicht so gut reden kannst. Und das ist alles so kompliziert, daß du da gar nicht durchsteigst, was die dir da ausrechnen.

Warum sind denn die Frauen so kaputt und nervlich krank — das sind doch all diese Dinge, daß du weißt, wenn du alt bist, dann hast du nichts. Da nützt dir der beste Psychologe und Therapeut nichts. Ich weiß doch, woran ich krank bin: das ist nackte Existenzangst.

R.: Dann kriegst du Psychopharmaka, damit du ruhig wirst. Da kommen dann viele Frauen nicht mehr von runter.

H.: Warum nehmen denn so viele Frauen Psychopharmaka? Im Grunde sehen sie nicht mehr weiter. Es sei denn, sie tun das, was wir so ein bißchen versuchen, sich zusammenzutun und dann irgendwo mal seine Forderungen stellen oder an Leute ranzutreten, die die Möglichkeit haben, solche Forderungen durchzusetzen, z.B. beim Frauenausschuß, der von der Bunten Liste gefordert wird. Aber wir haben leider versäumt, daß da auch unsere Probleme auf den Tisch kommen. Aber das liegt z.T. daran, daß viele Frauen von uns krank sind, ganz persönliche Probleme haben, und wir sehr oft darüber sprechen müssen. Aber wir wollen das nochmal anpakken. Es ist aber leider so, und das war am Anfang auch bei der Bunten Liste so, daß die Älteren, die Rentner usw. doch ziemlich vergessen wurden.

Das ist auch noch ein Problem für uns, daß wir uns doch manchmal isoliert fühlen. Wenn irgendwo etwas läuft, was auch für uns interessant wäre, bekommen wir die Einladung immer sehr kurzfristig. Wir können kräftemäßig auch nicht zu jedem Treffen hingehen, weil viele von uns krank sind. Und wir kommen aus allen Stadtteilen Hamburgs.

AK: Aber wichtig wäre doch, wenn Ihr nicht überall hingehen könnt, daß Ihr durch die anderen Frauengruppen informiert werdet oder Euch selbst informiert.

H.: Ja, das müßte in Zukunft besser laufen.



Schwule und Lesben Les(bi)erinnenbriefe

Die folgenden zwei Leserbriefe drukken wir in diesem AK erstmal kommentarlos ab. Sie sind Entgegnungen auf unseren Brief in AK 158, in dem wir uns mit Standpunkten einer Westberliner Genossin zur Lesbenarbeit auseinandersetzen. Wir werden im nächsten AK zu den bisher geäusserten Meinungen noch einmal Stellung nehmen.

AG Lesben

Ich verstehe mich auch als lesbische Genossin im KB, bin aber in der laufenden Auseinandersetzung überhaupt nicht eurer Meinung. Es fing an mit einem wunderschönen Treffen von Lesben in und um den KB in Hamburg und ging weiter mit einem sehr verzerrten Bericht der AG-Lesben über dieses Treffen. B. aus West-Berlin schrieb daraufhin einen empörten Leserbrief, indem sie die **verfälschte Darstellung des Treffens** korrigiert und auf das im Artikel zum Ausdruck kommende **sektiererische Verhältnis** zur autonomen Lesben-Bewegung eingeht. Und was geschieht? Die Antwort der AG-Lesben erschöpft sich in einer fast schon hysterischen Rechtfertigung der Existenzberechtigung einer kommunistischen Organisation im Allgemeinen – worum es B. so gar nicht ging – und in noch **gesteigerter Abgrenzung** von der autonomen Lesben-Bewegung ohne jede sachliche Grundlage.

Zunächst zu dem Hauptanliegen von B.s Brief, an dem eure Antwort völlig vorbeigeht. B. kritisiert doch völlig zu Recht, daß die Probleme der Lesben, die schon länger lesbisch sind (Fragen der Abgrenzung gegenüber Heteromännern und -Frauen, Bi-Frauen, Frauen im Umbruch..) in dem Bericht über das Treffen völlig zu kurz kommen. Genaugenommen sind es nur zwei Sätze, die in dieser Knappheit jedem(r) Leser(in) unverständlich bleiben müssen, und das, obwohl die Hälfte der anwesenden Lesben auf dem Treffen sich genau mit diesen Fragen beschäftigte. Dagegen beherrschen die Probleme der Bi- bzw. „Umbruch“-Frauen, die sie im Verhältnis zu Männern haben, den Bericht. Regelrecht makaber kommt diese Sichtweise im Bericht zum Ausdruck, wo an einer Stelle von **allen anwesenden Lesben** behauptet wird: „Es passiert leider oft, daß frau eher mit einem Mann schmust, auch wenn eine Frau da ist, die frau mindestens genauso gern hat. Wir haben alle noch zu stark verinnerlicht, daß die Beziehungen zu Frauen weniger wert sind.“ **Da fragt frau/man sich doch, war das nun ein Lesben-Treffen oder ein Heterofrauen-Treffen oder wie oder was?!**

Zum Verhältnis zur autonomen Lesbenbewegung: Die AG-Lesben wirft B. vor: „Deine Abgrenzung landet dann auch auf einem sehr niedrigen Niveau, wo du uns vorwirfst, die Abgrenzung gegenüber den ‚autonomen‘ bestehe darin, daß wir uns nur in Lesben verlieben dürfen, die dem KB nahe stehen. Idiotisch, kann ich da nur sagen.“

Ja, idiotisch sicher, aber lest doch bitteschön mal nach, was in diesen glorreichen Bericht über unser Treffen drinsteht. Da heißt es wörtlich: „...aber in vielen anderen Städten gibt es eben nur ein oder zwei Lesben, die dem KB nahestehen. Daraus ergibt sich dann der Zwang, mit einer dieser wenigen Frauen eine Beziehung anfangen zu müssen, da eben keine andere Auswahlmöglichkeit besteht.“ Wenn ihr dieser Ansicht nicht seid, dann stellt das doch bitte richtig, und tut nicht so, als würde B. spinnen!

Weiter heißt es in dem Bericht: „Ein anderer Punkt, der damit zusammenhängt, ist das Verhältnis zur autonomen Frauenbewegung. In den dort bestehenden Lesbengruppen wird die Mitarbeit von Frauen aus K-Gruppen nicht gerne gesehen, so daß es für uns nahezu unmöglich ist, dort Kontakte anzuknüpfen.“ Wenn dem wirklich so wäre, dann könnten wir als KB-Lesben getrost auf eine rosa Insel verziehen und weinen. Ich möchte dem nur ein Zitat aus der neuesten UKZ entgegenhalten: (UKZ= Unsere kleine Zeitung, Zeitung der Gruppe L74, Nr. 7&8/79) In einem Positionspapier von Ina Kuckuc heißt es: „Grundsätzlich läßt sich jedoch sagen, daß alle Organisationen mögliche Bündnispartner (der autonomen Lesbenbewegung, Anm. d. Verf.) sind, die sich mit der Unterdrückung und Diskriminierung der Frauen auseinandersetzen... So wurde im August 1976 in Westberlin das Flugblatt „Wir lassen uns nicht kriminalisieren und einschüchtern“ verteilt, um gegen die zunehmende Kriminalisierung der Frauenbewegung ...eine Abwehrfront zu errichten und diesem menschenverachtenden frauenfeindlichen System den Kampf anzusagen“.

Unterzeichnet war das Flugblatt, das sich auch gegen Diffamierungen von Lesbierinnen wendet, von einer AG Frauen des KB Westberlin, der Schule für Erwachsenenbildung, der AG Berufsverbote- und Repressionen-gegen-Frauen-, dem Frauenbuchladen Labrys und einer Frauenknastgruppe.“

Die autonome Lesbenbewegung ist eben genauso wenig einheitlich wie jede andere Bewegung auch. Wir müssen doch erstmal untersuchen, Erfahrungen machen, an welchen Punkten wir zusammenarbeiten können und an welchen nicht.

Allerdings nicht auf der Grundlage, der mit großartigem kommunistischem Tamtam vorgetrgenen Richtlinien der AG Lesben für die Lesbenpolitik. Lesben tauchen in diesem 4-Punkte-Programm überhaupt nur **in Klammern** unter „wichtig ist für uns der gemeinsame Kampf mit den homosexuellen Männern gegen homosexuelle Diskriminierung (Was nicht heißt, keine spezielle Untersuchung und Arbeit zur Lesbenunterdrückung zu machen)“ auf. Als Arbeitsgrundlage einer Lesben AG reichlich dürftig! Kein Wort von Zusammenarbeit mit anderen Lesbengruppen, kein Wort von den Problemen und Diskussionen, die die Lesbenbewegung beschäftigen, wie, Verhältnis von Lesben- und Frauenbewegung, Abgrenzung und Machtstrukturen unter Frauen, den Unterschieden zwischen Lesben und Schwulen, um nur einige Themen anzureißen. Im Grund offenbart sich in diesen Richtlinien eine haarsträubende Unkenntnis der Probleme von Lesben und des Diskussionsstandes in der Lesbenbewegung.

Noch kein einziger Artikel, in dem konkret Positionen aus der Lesbenbewegung oder Erfahrungen in einer Lesbengruppe dargestellt werden, keine Broschüre usw. aber auf alle Fälle sich erstmal abgrenzen von den Autonomen und großartig den kommunistischen Anspruch auf den Tisch knallen: „Wir sind nicht bereit, uns in autonome Lesbenprojekte zu setzen und still zuzuhören..., sondern wir haben sehr wohl ein eigenes Bewußtsein als kommunistische Lesben, daß uns zur offenen und lauten Auseinandersetzung zwingt.“

Das ist doch sonst nicht Stil unserer Organisation, ohne konkrete Untersuchung der Verhältnisse und Versuche der Zusammenarbeit gleich die dicke Auseinandersetzung anzukündigen, vor allem wenn frau kaum was auf der Platte hat. Von den Schwulen ist mir gar bis heute noch kein grundlegender Auseinandersetzungsartikel mit Positionen in der autonomen Schwulenbewegung bekannt.

Wenn wir uns nicht jede Möglichkeit der Zusammenarbeit mit Lesben außerhalb des KB verbauen wollen, dann muß schleunigst diese Haltung geändert werden. Ansonsten sehe ich uns schon als sektierisches Häuflein KB-Lesben am Rande der Bewegung stehen und die Rote Fahne hoch halten.

Eine KB-Genossin aus WB

Wir sind die stärkste der Parteien?

Aus einer grundsätzlichen Ablehnung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse heraus und weil ich der Meinung bin, daß sich zwischen KBlern und anderen Linken Gemeinsamkeiten herausstellen lassen, bin ich bis dato eigentlich für eine Zusammenarbeit gewesen; aber nach so einem Artikel frage ich mich wieder mal, was das für einen Sinn hat. Verarschen kann ich mich nämlich alleine!

Da bringt eine Lesbe, die um ein vielfaches länger politische Arbeit macht, als Eure AG überhaupt existiert, Kritik an Eurer Bündnispolitik gegenüber der autonomen Frauenbewegung vor, außerdem meinte sie, daß für sie und viele andere Heterofrauen in **erster Linie** Bündnispartner seien, die Schwulen dagegen in **zweiter Linie**. Anstatt darauf einzugehen, gebt Ihr ihr erstmal Belehrungen darüber, daß wir in einer kapitalistischen Gesellschaft leben und daß es für uns alle nicht gut ist, wenn Strauß Kanzler wird. **Wie gut, daß wir die AG Lesben haben, da wären wir überhaupt nicht darauf gekommen!!** Jetzt mal im Ernst. Ich bin das verdammt leid, daß einem bei jeder Kritik an KB-Positionen sofort die linke Identität infrage gestellt wird, so als wäre Eurer Verein der Gralshüter der Revolution! Wenn Ihr nicht in der Lage seid, mit Genossinnen, die andere linker politischer Meinung seid als Ihr, solidarisch zusammenzuarbeiten, wenn Ihr denen statt dessen das Wort im Munde rumdreht, bzw. auf der Maschine (nur ein Beispiel: B. schreibt: Wenn wir nicht bereit sind, **erstmal** zuzuhören, ehe wir... Ihr macht daraus: Wir sind nicht bereit, still zuzuhören), dann wundert Euch doch nicht, wenn ihr in anderen Gruppen nicht gern gesehen seid!!

Zur autonomen Frauenbewegung: „Eine Genossin meinte, in keinem anderen europäischen Land würde so eine Trennung gemacht zwischen Feminismus und Kommunismus wie hier... Aber etliche Frauen aus der Frauenbewegung, die auch die sozialistische Revolution wollen, würden sich auch als Feministinnen bezeichnen, Frauen, die eine korrekte Politik betrieben; eine Genossin sagte dazu: „Ich kenne in der Praxis keine Frauen, die sagen, für mich ist der Hauptwiderspruch der Mann.“

So weit heterosexuelle KB-Frauen, AK 155, S. 16. Doch freue sich (autonome) frau nicht zu früh, unsere selbsternannte lesbische Avantgarde weiß es nämlich besser: Arbeit in der autonomen Frauenbewegung bedeutet ein sich-einrichten in dieser Gesellschaft!

W e l c h e Frauenprojekte aus der autonomen Frauenbewegung richten sich denn in dieser Gesellschaft häuslich ein? „Emma“? „Courage“? Das FFGZ? Die Frauenhäuser? Die Mehrzahl der Frauenprojekte oder eine verschwindende Minderheit? Oder existieren diese rechten Projekte am Ende nur in Eurem Kopf?

Zur Zusammenarbeit von Lesben und Schwulen: Ob für eine Lesbe die Schwulen oder die heterosexuellen Frauen die nächsten Verbündeten sind, hängt von ihrer persönlichen Identität und von ihrer Situation ab; z.B. ob sie im Berufsleben mehr als Frau oder mehr als Lesbe diskriminiert wird und worunter sie mehr leidet. Tatsache ist, daß jede Lesbe sowohl Frau als Homosexuelle ist. **Genauso Tatsache ist es, daß die meisten Lesben sich eher zu heterosexuellen Frauen hingezogen fühlen und lieber mit diesen hauptsächlich zusammenarbeiten.** (D.h. nicht, daß sie mit Schwulen nicht zusammenarbeiten. Das sagt weder B. noch die anderen Autonomen. Beim Christopher-Street Day in Berlin waren etwa 250 Lesben in der Demo, davon die meisten aus der autonomen Frauenbewegung!)

Wenn Ihr das nicht wißt, habt Ihr von Lesben keine Ahnung. Wenn Ihr eine vorrangige Zusammenarbeit mit Schwulen zum Programmpunkt für alle Lesben macht, andererseits eine Zusammenarbeit mit der Frauenbewegung in keiner Eurer vier Punkte vorkommt, dann ist allerdings für die Mehrzahl der Lesben kein Platz im KB, es sei denn, sie würden ihre Identität aufgeben. (Ich persönlich habe mehr mit Schwulen zu tun als andere Frauen; ich weigere mich aber grundsätzlich, mich gegen diese ausspielen zu lassen, als die in diesem Punkt besser Integrierbare und „normalere“ Frau gegenüber denen, die fast „nur“ mit Frauen zusammensein wollen und mit Männern aus politischen Gründen zusammenarbeiten wollen, diese aber im Grunde nicht besonders leiden können.)

Genauso, wie die Schwulen so akzeptiert werden wollen, wie sie erstmal sind, genauso wollen es die Lesben! Genauso, wie die Schwulen S/M-ler, promisk, und sonst was sind und **als solche** in die kommunistische Arbeit einbezogen werden wollen und müssen, müssen es die Lesben, und zwar die „durchschnittlichen“ Lesben, die Typen nicht ausstehen können, und nicht nur die, die auch zu Männern einen Bezug haben.

Der Antikommunismus einiger weniger Lesben kommt doch nur daher, daß ihre Entscheidung, mit Frauen zusammenzuleben und zusammenzuarbeiten grundsätzlich nicht akzeptiert wird und von vornherein als antikommunistisch diffamiert wird. (Für mich das frappierendste Gegenbeispiel, daß es auch anders geht: In Dänemark gibt es Frauen, die ein autonomes Frauendorf planen, mit Arbeitsplätzen usw.. Von Antikommunismus keine Spur! Zusammenarbeit mit Anti-AKW-Bewegung usw. ist selbstverständlich! Allerdings werden diese Frauen auch nicht ständig gefragt: Warum wollt Ihr da keine Männer mit wohnen haben usw.; ein solches Projekt gilt als nichts besonderes, während bei uns die Typen ja schon zusammenbrechen, wenn sie in einen Frauenbuchladen nicht rein dürfen).

Mit autonomen Grüßen,
Annette, Westberlin

P.S. „Wir haben bisher noch zu wenig Bereitschaft gezeigt, von unseren Bündnispartnern zu lernen, zu wenig Toleranz gegenüber anderen Meinungen und Erfahrungen an den Tag gelegt. Zu kraß ist bei uns noch diese Missionsmentalität (!) vorhanden: So ist man z.B. erst zum dritten Mal in einer Diskussionsrunde und schon meint man/frau, allein durch die Mitgliedschaft in einer kommunistischen Organisation sei man allen Bündnispartnern um Nasenlängen voraus und müsse ihnen jetzt erst mal das kleine Einmaleins der Politik beibringen. Diese Haltung hat uns sehr geschadet! (Unser Weg Nr. 26, S. 12). (Wie wahr!)

'Rosa'-Plakat in Hildesheim beschlagnahmt

Am 26. Juli wurde von anrückenden KriPo-Beamten in Hildesheimer Kommunikationszentrum „Kukus" ein Plakat der „Rosa" beschlagnahmt. Begründung: dieses Plakat errege öffentliches Ärgernis. Außerdem fordere es Jugendliche zu strafbaren Handlungen auf. Auf dem Plakat werden zwei sich küssende Männer dargestellt mit der Unterschrift: „Macht euer Schwulsein öffentlich, auch auf den Straßen". Die Bullen erstatteten schließlich noch Anzeige gegen ein Mitglied der Hildesheimer Schwulengruppe, weil seine Adresse für die dortige Schwulengruppe als Kontaktadresse fungierte, und gegen das Kommunikationszentrum. Begründet wird die Anzeige mit dem Ordnungswidrigkeitsgesetz (OwiG) § 118, wonach das Aushängen des Plakats eine grob ungehörige Handlung darstelle, die dazu geeignet ist, die Allgemeinheit zu belästigen oder zu gefährden und die öffentliche Ordnung zu gefährden.

Dieses ist ein unverschämter Angriff staatlicherseits auf die Öffentlichkeitsarbeit von Schwulengruppen insgesamt. Es liegt hier die Vermutung nahe, daß das OVG-Urteil aus Nordrhein-Westfalen, wonach Schwulengruppen Öffentlichkeitsarbeit verboten werden kann, nun auch auf Niedersachsen ausgedehnt wird. Wir rufen alle Gruppen auf, die Hildesheimer Schwulengruppe auch im Interesse der eigenen Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen.

AG Schwule im KB



Das beschlagnahmte Plakat „stellt eine grob ungehörige Handlung dar und ist geeignet die Allgemeinheit zu belästigen oder zu gefährden".

Diskussion über Schwule im Betrieb: Hast Du nun schon mal mit einem Mann geschlafen ... ?!

Diese bohrende Frage wurde mir vor einiger Zeit von einem Kollegen gestellt, der nicht kapieren konnte, daß man die Schwulen verteidigt auch als „nicht" oder „noch nicht Schwuler".

Die ganze Sache fing an, als sich unter den Kollegen nach dem Mittagessen in der Cafeteria eine Diskussion über Schwule entspann – natürlich auf Spruchebene. Einige „liberale" Einwürfe von mir, Schwulsein fände ich genauso normal wie Heterosein, brachte die Diskussion ziemlich in Stimmung. Das i-Tüpfelchen war dann meine provokative Feststellung, daß nach einer anerkannten wissenschaftlichen Untersuchung 6 % aller Männer schwul seien, daß es demnach auch in unserem Betrieb ca. 25 Schwule gibt. Und auch an unserem Tisch säßen wahrscheinlich ein oder zwei. Die Stimmung war daraufhin sehr „ausgelassen", man zählte ab und übersah sich selbst geflissentlich...

Offensichtlich hatte ich hier in ein Wespennest gestochen, denn die ganzen nächsten Tage und auch noch die nächste Woche – jetzt ist es etwas abgeebt – wurden mir eindeutige Angebote gemacht, doch mal mit aufs Klo zu kommen... etc.. Das war auf die Dauer natürlich reichlich nervig. Ich wurde dann auch mit den übelsten Dingen konfrontiert, die einige Kollegen mir in diesem Zusammenhang erzählten. Einer rühmte sich damit, früher mit seinen Kumpels Schwule auf irgendeinem Schwulenklo zusammengeschlagen und ihnen das Geld abgeknöpft zu haben. Ein anderer erzählte, wie er beim Spazierengehen mit seiner Tochter mit zwei Schwulen konfrontiert wurde, die sich gegenseitig an die Hose faßten. Als seine Tochter dann gefragt habe, was die da machen, habe ihn die kalte Wut gepakt und er habe ihnen mit Gewalt die Köpfe zusammengeschlagen, so daß sie zusammengesackt seien. Hier sah ich keinen Sinn mehr, in eine Auseinandersetzung einzusteigen. Ich habe mich darauf beschränkt, ihnen zu sagen, daß ich das Scheiße finde.

Im Laufe der Auseinandersetzung hat sich die Kollegenschaft in zwei Gruppen differenziert: Die einen „akzeptierten" Schwule, wenn sie in Ruhe gelassen werden, die anderen würden sie am liebsten in die Psychiatrie stecken. Mit zwei Kollegen konnte ich etwas ernsthafter über das Problem sprechen – inzwischen ist diese Diskussion jedoch eingeschlafen, was wohl auch daran liegt, daß ich doch ziemlich schockiert war über das Spruchtrommelfeuer. Irgendwie war ich jedoch auch ganz stolz, daß ich hier mal konsequent geblieben bin. Ich habe recht deutlich zu spüren bekommen, wie unsicher die Kollegen in dieser Frage sind. ...

In Zukunft werde ich wohl auch solche Diskussionen etwas gezielter führen, damit durch miese Sprücheklopfer eine sachliche Diskussion nicht von vornherein im Keim erstickt wird.

Ein Jugendgenosse, KB/HH

(Wir danken dem Genossen für diesen Bericht. AG Schwule im KB).

Neuer Anfang in der Hamburger Schwulenbewegung?

Vertreter aus insgesamt zehn Schwulengruppen und -initiativen aus Hamburg (die Leder S/M-Gruppe des Gay Liberation Center; Club Albatros von 1974; die AG „Homosexualität und Kirche"; Schwulentelefonseelsorge in der Petri-Kirche; verschiedene HAH-Gruppen sowie die Päderastengruppe, Projektgruppe „Unterrichtseinheit Homosexualität", Rosa Hilfe, Vertreter des Fördervereins der HAH; die Initiative „Schwule gegen Strauß" und die Schwulengruppe in der „Bunten Liste Hamburg") trafen sich am achten August, um einen wesentlichen Mangel bisheriger Schwulenarbeit in Hamburg auszuräumen: mangelnder Informationsfluß und keinerlei Koordinierung einzelner Aktivitäten.

Nach übereinstimmender Meinung soll dies fortan dadurch abgestellt werden, daß solche Gespräche aller Gruppen künftig regelmäßig stattfinden sollen. Außerdem hilft ein gemeinsam zu schaffendes Briefkastensystem, den Informationsmangel untereinander abzubauen.

Auf dem nächsten Treffen Anfang Oktober sollen gemeinsame Schritte zur Bundestagswahl gegen die Strauß-Kandidatur überlegt werden.

AG Schwule im KB

Schwuler Sozialdemokrat zu 450 DM Geldstrafe verurteilt

Zu 450 DM Geldstrafe verurteilte am 30. Juli ein Kölner Amtsgericht den schwulen Sozialdemokraten (SchwuSo) Gerd Blömer wegen „übler Nachrede". Drei Kriminalkommissare stellten aufgrund eines internen SPD-Antrages Strafantrag gegen Gerd B. In diesem Antrag wird die *„SPD-Ratsfraktion (von Köln, Anm. AG Schwule) aufgefordert, über den Polizeibeirat zu untersuchen, ob es bei der Kölner Kriminalpolizei Karteien gibt, in denen Homosexuelle, ohne daß sie gegen Gesetze verstoßen haben, automatisch geführt werden."* Begründet hatte Gerd B. den Antrag damit, daß er durch ihm bekannte schwule Polizisten erfuhr, daß die Kölner KriPo Spitzel in die schwule Subkultur entsendet, um an persönliche Daten der Schwulen zu gelangen. Gerd B.erfuhr auch, daß diesen Spitzeln damit die Spitzeltätigkeit schmackhaft gemacht wurde, indem ihnen gesagt wurde, daß *„homosexuelle Männer potentielle Triebtäter seien und außerdem automatisch mit vielen ehemaligen Straftätern in Berührung kommen, die, einmal aus der Haftanstalt entlassen, selber oft homosexuell geworden sind und häufig durch Prostitution versuchen, Geld zu verdienen"* und schließlich meint Gerd B. in seinem Antrag, *„daß solche faschistischen Ansichten bei Polizeibeamten noch vorherrschen und an junge Beamte weitergegeben werden"* und daß das in der Tat eine ungeheure Diskriminierung der Schwulen bedeute. Außerdem: welche Funktion „Rosa Listen" auch haben können, belegen die Erfahrungen aus der Weimarer Republik, in der auch schon vorsorglich „Rosa Listen" angefertigt wurden und den Faschisten praktisch mundgerecht nach 1933 in die Hände fielen. Ganz davon abgesehen, daß bis heute noch nicht geklärt ist, wie dieser Antrag in die Hände der Kölner KriPo gelangen konnte (böse Zungen munkeln, daß es sich um die schwulenfeindliche Fraktion innerhalb der SPD handelt), bekamen die drei Kölner KriPo-Beamten den inkriminierten Antrag in die Hände und mokierten sich an dem Begriff „faschistisch". An diesem Begriff machten auch die Richter den Tatbestand der „üblen Nachrede" fest. Während der Verhandlung konnte nicht geklärt werden, was an dem Vorwurf der Anlage von „Rosa Listen" stimmt. Im nächsten AK werden wir uns stärker mit „Rosa Listen" auseinandersetzen, vor allem in Hinsicht auf Aktionen der Schwulenbewegung, um die Vernichtung der Listen zu erreichen.

AG Schwule im KB

Unterstützt Kirchmeier!

Der Kirchenvorstand in Bargteheide (Schlew.-Holst.) will den schwulen Diakon Horst Kirchmeier entlassen (siehe auch AK 159, S. 31). Hier soll mal wieder ein schwules Berufsverbot durchgesetzt werden. Die AG Schwule ruft dazu auf, Kirchmeier-Unterstützungskomitees zu gründen, die Informationsarbeit machen und/oder für folgende Termine mobilisieren:

Info-Stände in Bargteheide: 24. 8.; 25. 8.; 31. 8.

Jugendgottesdienst mit Kirchmeier 15. 9., 9 Uhr

Demonstration in Bargteheide 15. 9., 10 Uhr

Material und Informationen über Bunte-Liste-Büro, Fruchtallee 9, 2000 Hmb. 19, Schwule.

Unsere Kleine Zeitung



Zeitung der Gruppe L74 DM 4,– 5. Jahrgang 7+8/79

„Unsere kleine Zeitung" (UKZ) erscheint seit 1974 und wird von der Westberliner Gruppe L 74, in der sich ältere berufstätige lesbische Frauen zusammengeschlossen haben, herausgegeben. Die Juli/August-Nr. enthält verschiedene Positionspapiere zur „Lesbenbewegung und Frauenbewegung", Buchbesprechungen, Nachrichten aus der Lesbenbewegung und nicht zuletzt natürlich Termine und Kontaktanzeigen. Lesbische AK-Leserinnen, die die UKZ noch nicht kennen, sollten auf jeden Fall regelmäßig hineinsehen, da hier eine gute Möglichkeit für uns besteht, uns über Lesbenpositionen zu informieren und auseinanderzusetzen. Erhältlich, auch im Abonnement über Gruppe L 74, Mariannenstr. 34, 1 Berlin 36

'Rote Zelle Schwule' – Rotzschwul in Hannover

In Hannover hat sich kürzlich eine Schwulengruppe gegründet: „Rotzschwul".

In einem erklärenden Flugblatt meinen die initiierenden Schwestern, daß *„in der HSH (hannoveraner Schwulengruppe) bisher zu wenig inhaltliche Auseinandersetzungen mit der Schwulenfrage gelaufen ist"*. Sie verstehen sich als *„entschieden links"* und *„undogmatisch"*. Arbeitsschwerpunkte hat sich „Rotzschwul" in der Mitarbeit an der „Bunten Liste Hannover" und in Aktionen an einer ISG (=Gesamtschule) in Hannover gesetzt. Außerdem werden Vorbereitungen für ein Treffen ähnlicher schwuler Initiativen für Ende des Jahres in Hannover getroffen.

**Kontakt: Rotzschwul c/o
S. Paprotka
Stadtstraße 4
3000 Hannover 1**

AG Schwule im KB

Richtigstellung

In AK 159 ist uns ein Fehler unterlaufen. Versehentlich haben wir den in der Homolulu-Zeitung abgedruckten Resolutions*entwurf* abgedruckt. Hier ist der offizielle Wortlaut:

„Die Schwulen von Homolulu und die Teilnehmer dieser Demonstration in Frankfurt am 28.7.79 fordern mehr Rechte für Homosexuelle und Heterosexuelle.

Kinder haben ebenso ein Recht auf Sexualität wie Erwachsene. Die Liebe zwischen Kindern und Erwachsenen darf weder behindert noch abgeurteilt werden.

Wir verlangen, daß mit der Benachteiligung der Unverheirateten endgültig Schluß ist.

Wir fordern die Gleichstellung in Erb- und Steuerrecht.

Die Darstellung der Heterosexualität als einzig gesunder und wünschenswerter Form der Sexualität muß endlich ein Ende haben!

Wir verlangen Unterstützung für eigenständige Institutionen von Schwulenzentren, schwulen Beratungsstellen und schwulen Gesundheitsorganisationen. Wir fordern das Recht der Schwulen selbst in den öffentlichen Medien, Rundfunk und Fernsehen arbeiten zu können. Wir fordern zwei Sitze im Rundfunkrat. Selbstdarstellung der Schwulen im Sexualkundeunterricht muß möglich gemacht werden. Wir verlangen gesetzlichen Schutz vor Diskriminierung in allen Bereichen.

Wir fordern „Wiedergutmachung" der schwulen KZ-Opfer und die umfassende Rehabilitierung der Überlebenden. Wir fordern die Streichung der Paragraphen 174, 175 und 176 StGB.

Wir wollen nicht nur in Homolulu sondern immer und überall frei und offen schwul sein." („taz", 30.7.79).



AG Schwule im KB
10 JAHRE STONEWALL –
10 JAHRE SCHWULEN- UND LESBENBEWEGUNG
Broschüre, 88 Seiten, DM 5,–

INHALT: Darstellung der Stonewall-Rebellion (New York 1969) und ihrer Auswirkungen. Beginn und Entwicklung der Schwulen- und Lesben-Bewegung in den USA.
SCHWERPUNKTE: Die Bryant-Brix-Kampagnen. Die Antwort der Schwulen- & Lesbenbewegung: Massenweise rein in die Straßen!

In vielen weiteren Artikeln, die z. T. aus ausländischen Schwulenzeitungen erstmalig in deutscher Sprache veröffentlicht werden, geben wir Ereignisse und Informationen aus vielen anderen Ländern wieder, wo Schwule und Lesben sich zusammengeschlossen haben.

10 Jahre Stonewall – 10 Jahre Schwulen- & Lesben-Bewegung

Bestellungen gegen Vorauskasse:
J. Reents Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50



Die Harting-Bande klagt weiter

Gegen den Presseverantwortlichen der Dokumentation zur Harting - Bande und dem entsprechenden Informationsplakat der „Landeskonferenz antifaschistischer Arbeitskreise aus NRW" laufen drei Ermittlungsverfahren bei der Bielefelder Staatsanwaltschaft:

– Der Bochumer Faschist **Olaf Dau** erhebt Strafanzeige wegen Verstoß gegen das Urheberrechtsgesetz, weil in der Dokumentation die Titelseite einer Ausgabe des neofaschistischen Kölner Jugendmagazins „perplex" wiedergegeben wurde. Die Wiedergabe von Artikeln ist nämlich untersagt. Ferner will „perplex" nicht neofaschistisch sein und Dau nicht mit der Harting-Bande in Verbindung gebracht werden.

– Die Paderborner JN - Aktivisten **Josef Böhle** und **Eduard Plischka** erheben Strafanzeige wegen des Verstoßes gegen das Urheberrecht und wegen Beleidigung. Gegen ersteres verstößt ihrer Meinung nach die Veröffentlichung ihrer Konterfeis in der Broschüre und auf dem Plakat. Beleidigt fühlt sich Böhle durch die Bezeichnung „Schläger".

– **Karl-Heinz Harting** und **Bernd Dröse** - beide zum Kopf der Bande zu rechnen - erheben Strafanzeige wegen Beleidigung und Verleumdung. Hartings Anzeige ist inhaltlich identisch mit dem Antrag auf einstweilige Verfügung gegen das Plakat der Landeskonferenz. Da hat er bereits landgerichtlich bestätigt bekommen, daß er als Faschist und Nazi bezeichnet werden darf und ein eventuell sogar paramilitärisches Ausbildungszentrum leitet. (s. AK 158 und 159).

Der Jurastudent Dröse hält es gar nicht für nötig, seine Anzeige zu begründen.

Mit diesen Strafanzeigen gerät nun auch die Dokumentation zur Harting-Bande ins Schußfeld der Nazis. Ziel ist es in erster Linie, einen nichtfaschistischen Charakter für diese NPD/JN-Truppe gerichtlich bescheinigt zu bekommen.

Ob der Bielefelder Staatsanwalt Perrin diesem Ansinnen entsprechen wird, ist noch offen. Bisher wurde der Presseverantwortliche lediglich vernommen.

Antifa-Kommission NRW

Nazi-Bombenanschlag auf das Amtsgericht Hannover

Im Zusammenhang mit dem Bückeburger Prozeß gegen die „Hansa"-Bande wurde im AK 158 berichtet, daß der Braunschweiger Nazi Paul Otte dem „Hansa"- Führer Kühnen sowie einem Nazi aus Schleswig-Holstein je eine selbstgebaute Rohrbombe gegeben hatte. Die Bombe des Schleswig- Holsteiners ist dann nach Ansicht der Bundesanwaltschaft im Amtsgericht Hannover explodiert.

Hierzu sind einige Ergänzungen notwendig: Zum einen sind die Existenz der Bombe und ihr Einsatz am Amtsgericht Hannover nicht erst seit der Zeugenaussage im Bückeburger Prozeß bekannt. Die „TAZ", berichtete bereits am 24.5.79, daß Material zur Herstellung der Bomben bei einer Durchsuchung der Wohnung Ottes gefunden worden sei; aus diesem Material habe sich eindeutig ergeben, daß die in Hannover explodierte Bombe von Otte stammte. Von einem Ermittlungsverfahren in dieser Hinsicht war allerdings nichts zu hören.

Zum anderen hat in Bückeburg zu diesem Komplex außer dem in AK 158 erwähnten Andreas Kirchmann auch Oliver Schreiber ausgesagt, der für seine Nazi- Aktivitäten gerade 21 Monate hinter Gittern verbringen muß. Schreiber gestand, von Otte eine Bombe erhalten und diese am Amtsgericht Hannover gezündet zu haben („HAZ", 17.7.79).

Interessant bei der ganzen Geschichte ist aber insbesondere der Zeitpunkt der Explosion und die weitere Entwicklung: die Bombe ging nämlich am 21.10.77 hoch, drei Tage nach dem Tod von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan- Carl Raspe in Stammheim. Die Kriminalpolizei machte daher auch sofort „Sympathisanten der Terroristenszene" für den Bombenanschlag verantwortlich („HAZ", 22./23.10.77). Angeblich soll sich auch wenig später ein „Kommando Andreas Baader" zu dem Anschlag bekannt haben. Ziel der Aktion war es, die „Terror"- Hysterie noch weiter zu schüren. Ein konkretes Ereignis bestand darin, daß bis vor kurzem alle Besucher des Amtsgerichts (auch die als Zeugen oder Angeklagte Geladenen) eine Ausweis- und Taschenkontrolle über sich ergehen lassen mußten.

Dabei – und das ist der Clou des Ganzen – wußte die Polizei bereits wenige Tage nach dem Anschlag, wer die Täter waren. Bei einer Razzia in der hannoverschen Nazi-Szene geriet die Polizei auch an einen Jung- Nazi, der erst kurze Zeit bei der „Bewegung" war und dann auch sofort auspackte. Trotzdem war dies für die Polizei offenbar kein Anlaß, Schreiber und seine Mittäter vor Gericht zu stellen. Nachdem Schreiber sich jetzt in Bückeburg offen zu dem Anschlag bekannt hat, wird sich dies jedoch wahrscheinlich nicht mehr vermeiden lassen. Und da sage noch einer, die Justiz wäre auf dem rechten Auge blind!

Ein AK-Leser aus Hannover

Interessant bei der ganzen Geschichte ist aber insbesondere der Zeitpunkt der Explosion und die wei-
Auge blind!
Ein AK-Leser aus Hannover

Neonazi-Tarnorganisation im Rhein-Neckar-Raum gegründet

Am Sonntag, den 15.7.79 trat diese neue Gruppe in Weinheim/Bergstraße zum erstenmal an die Öffentlichkeit: „1. Volkslauf National", veranstaltet von „Bürger für aktive Freizeit Rhein-Neckar", Gruppe Whm/B., mit Unterstützung der Stadtverwaltung Weinheim/B.

Tarnorganisation ist fast übertrieben; Öffentlichkeit wird sogar angestrebt, indem man bestimmte „Freizeitangebote" macht, wohl um sich erst mal einen biederen Anstrich zu geben. Ausdruck hierfür ist z.B. die Ankündigung des sog. „Volkslaufs" im Sportteil der „Weinheimer Nachrichten" vom 9.7.79:

„....*Die Gesamtleitung liegt in den Händen des Weinheimer NPD-Stadtrats Günter Deckert, der auch zugleich Sprecher (sic) der Weinheimer Freizeitgruppe ist, die die Aufnahme in den Deutschen Leichtathletikverband beantragt hat ...*"

Dadurch neugierig geworden, telefonierte ich am Samstagabend mit Herrn Deckert (bekanntlich hoher Funktionär innerhalb der NPD):

L.Z.: „*Ich wollte mal fragen, ob da morgen beim Volkslauf die Teilnehmer aus dem ganzen Bundesgebiet kommen, denn auf Ihrem Handzettel steht ja „Volkslauf National"?*"

G.D.: „*Ja, äh, das soll bedeuten, daß das natürlich kein internationaler Volkslauf ist...*"

(Tatsächlich kamen lächerliche 70-100 Teilnehmer aus dem Rhein-Neckar-Raum).

L.Z.: „*Ich würde gerne wissen, ob es hier in Heidelberg auch schon so eine Freizeitgruppe gibt?*"

G.D.: „*Nein, in Heidelberg müßten noch Interessenten gewonnen werden aber in Ladenburg gibt es eine Gruppe und in Wiesloch gibt es auch schon einen Interessentenkreis...*

...Wisssen Sie, wir wollen den Jugendlichen hier Freizeitmöglichkeiten bieten, ohne daß sie unbedingt Mitglied in einem Sportverein werden müssen. Zum Beispiel wollen wir Speerwurf anbieten, Bogenschießen, Steinwurf...."

Letzte Klarheit verschaffte ich mir dann am folgenden Sonntag in Weinheim.

Meinem Begleiter und mir wurde „schlagartig" bewußt gemacht, mit welcher Sorte von „Bürgern für aktive Freizeit" man hier zu tun kriegt. Kaum hatten wir den „Verpflegungs - platz" betreten, wurden wir von drei Typen eingekreist. Sie waren auf uns aufmerksam geworden, da jeder von uns eine Kamera umgehängt hatte ...

„*-Zeigen Sie sofort Ihren Presseausweis!*" – „*Haben Sie überhaupt einen Presseausweis?*" – „*Haben Sie 'ne Genehmigung?*" – „*Dann rücken Sie sofort den Film raus!*" Es folgten Versuche, mir die Kamera zu entreißen, den Film zu entnehmen ...

Besonders einer der drei, ein nervöser Schlägertyp, ca. 30 Jahre alt, trägt Abzeichen: „*Laßt Heß Frei!*", exponiert sich mit Drohgebärden und Fußtritten.

Dann lenken die beiden anderen, offenbar erfahrenen, ein, nachdem wir versichern, überhaupt noch kein Foto gemacht zu haben und die Kameras erst mal zurück ins Auto zu bringen.

Soweit dieser Vorgang, der bestimmt nicht in die Strategie von G. Deckert paßt (er selbst war gerade nicht anwesend gewesen). Diese neue Strategie

– Einsickern in den Freizeitbereich
– Gründung sportlicher Vereine
– militärische Sportübungen, besonders für Jugendliche (=Wehrsportgruppen),

all dies scheint für die Neonazis lebensnotwendig zu sein (übrigens: Startgeld beim Volkslauf 10 DM!), da ihre Bastionen hier im Rhein-Neckar-Raum langsam ins Wanken geraten zu scheinen. Um es nochmal zu betonen: besonders Jugendliche sind durch solche „Vereine" gefährdet, also: Antifaschisten im Erziehungsbereich – aufgepaßt!

Übrigens ist schon der „2. Nationale Volkslauf" angekündigt, und zwar am Sonntag, den 30. September ab 8 Uhr, auf dem Neckarvorland bei der Fähre nach Neckarhausen (Start/Ziel). Veranstalter: „Bürger für aktive Freizeit", Gruppe Ladenburg, 6802 Ladenburg, Januariusweg 8 (Willi Busch). Dieser W. Busch war früher bekannt als hoher NPD-Funktionär, nun hat er anscheinend eine neue Aufgabe gefunden.

Persönliche Anmerkung:

„Jogging", also Volkslauf allein oder mit mehreren, ist z.Zt. groß in Mode. Vielleicht gibts bei diesen Sportinteressierten auch antifaschistisch-orientierte Menschen? Diese sollten sich mal aufraffen und dann zusammen überlegen, was und in welcher Form man gegen den am 30. September geplanten „2. Nationalen Volkslauf" unternehmen könnte.

Heidelberg, L.Z., 18.7.79

Keine Zulassung der NPD zur

Keine Zulassung der NPD zur

Bremer Bürgerschaftswahl!

Die Wahlpropaganda der NPD läuft hier in Bremen schon fast auf vollen Touren. Flugblattaktionen in der Stadt, „Info"stände am Bahnhof und Planungen für Großkundgebungen und Parteitag im September. Wahlkampfschwerpunkt ist die rassistische Hetze gegen die ausländischen Kollegen.

Die Horrorvision einer „verlorenen Minderheit" deutscher Kinder in Kindergärten und Schulen wird auf Flugblättern heraufbeschworen, als wenn deutsche Kinder durch eine zahlenmäßige Übermacht ausländischer Kinder entrechtet und unterdrückt würden. Abgesehen von den völlig aus der Luft gegriffenen Zahlenspekulationen stellt es die Verhältnisse auf den Kopf, denn ausländische Kinder sind an unseren Schulen hoffnungslos benachteiligt.

Die Hetze wendet sich insbesondere gegen die „*Einschmelzung der Ausländer in das deutsche Volk*". Es fehlt nur noch, daß „deutsche Mädchen" aufgefordert werden, sich nicht mit ausländischen Männern einzulassen, in Anlehnung an Gesetze des „Dritten Reichs" zur „Reinhaltung des deutschen Blutes". Demagogisch wird von der NPD auch die Frage aufgeworfen, „*wovon denn die nicht erwerbstätigen Ausländer leben.*" Dabei wird indirekt unterstellt, daß Ausländer „arbeitsscheue Elemente" seien, die auf Kosten der ‚fleißigen Deutschen' leben. Völlig außen vor bleibt dabei, daß die ausländischen Arbeitnehmer die schwersten, drekkigsten und schlechtbezahltesten Arbeitsplätze einnehmen. Zudem bleibt z.B. unberücksichtigt, daß Ausländer als erste entlassen werden.

Die NPD sieht die „Lösung der Gastarbeiterfrage" darin, sie in Ghettos zu halten und dann schrittweise auszuweisen. Das ganze wird demagogisch als Recht der Ausländer auf ihre eigene Kultur verkauft. Wie weit ist da der Schritt zu einer neuen „Endlösung". Diese Hetze gegen Ausländer ist nur ein Beispiel für die Politik der NPD, die in der Tradition der Nazis die Unterdrückung religiöser, sexueller, politischer und rassischer Minderheiten fortsetzen will.

Wir meinen, Bremen sollte auch im Wahlkampf nicht zum Tummelplatz für alte und neue Nazis werden. Deshalb fordern wir:

Keine Zulassung der NPD zur Bremer Bürgerschaftswahl.

Verbot der NPD!

Frauengruppe gegen Faschismus

Neonazis demontieren Selbstschußanlage. Presse spricht von „Vorkämpfern für Menschlichkeit"

Unter der Überschrift „Kampf der Unmenschlichkeit" berichtete die Münsteraner Lokalzeitung „Westfälische Nachrichten" vom 11.7. in grosser Aufmachung (1/2 Seite) über die Demontierung eines Selbstschußautomaten an der Grenze zur DDR durch drei Studenten. Nun gut, daß man mit solchen Heldentaten Beifall von so manchem unverbesserlichen Kalten Krieger als auch vom herrschenden Antikommunismus erheischt, ist nichts Neues. Die in der „WN" namentlich aufgeführten Helden im „Kampf gegen die Unmenschlichkeit" lassen von vornherein starken Zweifel bezüglich der vorgeblich so humanistischen Motivation (lt. „WN") der „Menschenrechtler" aufkommen (ganz abgesehen davon, daß solche Aktionen grundsätzlich und objektiv nur jenen Kräften Nutzen bringen, die mit „Menschlichkeit" und „Menschenrechten" nicht gerade etwas im Sinn haben), handelt es sich doch zumindest bei zwei „Helden" um bekannte und ausgekochte Neonazis!

Michael Bolle, 24 Jahre, Student, Mitglied des Landes- und Bundesvorstandes der „Jungen Nationaldemokraten", Mitherausgeber des Münsteraner JN-Pfeils (ein lokales Nazi-Blättchen, das in hoher Auflage umsonst vor Münsteraner Schulen verteilt wird). Bolle zählt zum Führungskern der „Harting-Bande", deren neonazistische Parolen sich über die Grenzen NRW's hinaus bis in den norddeutschen Raum erstrecken. Bolle ist wiederholt bei solchen Provokationen gegenüber Antifaschisten als Schläger in Erscheinung getreten.

Rainer Vogel, 28 Jahre, stellvertretender Landes- und Bundesvorsitzender der JN, Leiter des „Nationalen Centrum Köln" und Chef der Kölner Tarnorganisation „Arbeitskreis kritischer Bürger Köln" (AKBK). Dritter im Bunde ist ein gewisser Ralph Fischer, der wie Vogel aus Köln kommt.

Über die neonazistische Gesinnung von Bolle und Vogel, bzw. deren Exponentenstellung in der JN ist in der „WN" nichts zu erfahren, ob wohl dieser Aufschluß über den realen politschen Hintergrund der Aktion geben würde. Zumindest im Fall Bolle muß dieser der lokalen Presse bekannt sein, handelt es sich bei ihm doch um einen allgemein bekannten und berüchtigten Faschisten. Zudem ist Münster als Hochburg, was JN und NSDAP Aktivitäten anbetrifft, anzusehen, in deren Zusammenhang immer wieder der Name Michael Bolle auftaucht. Auch Rainer Vogel dürfte der „WN" kein Unbekannter sein, immerhin trat er bereits wiederholt als Redner auf den nicht gerade seltenen Kundgebungen der NPD/JN in Münster auf. Durch diese Art der Berichterstattung macht sich die „WN" zum propagandistischen Arm der Neonazis.

Mit Hilfe der „WN" konnten sich Bolle und Vogel als „Kämpfer gegen Unmenschlichkeit" profilieren. Schützenhilfe bekamen die Nazis auch von Löwnthals ZDF-Magazin, das 15 Minuten lang („WN", 11.7.) über die Aktion berichtete.

Antifa-Kommission NRW

Für Widerstandskämpfer kein Platz in der Schule

Ein ehemaliger Widerstandskämpfer und KZ- Insasse durfte am Gymnasium Königsbrunn bei Augsburg nicht über seine Erfahrungen im „Dritten Reich" und über die Verbrechen in Konzentrationslagern sprechen.

Das Direktorat der Schule hatte zwar eine von der Schülermitverwaltung organisierte antifaschistische Ausstellung genehmigt, die Schulleitung aber verbot den Auftritt des ehemaligen KZ- Häftlings mit der Begründung:„... *der Schülerwunsch, den ehemaligen KZ-Häftling einzuladen, (sei) so kurzfristig gekommen, daß man sich über den betreffenden Mann, der am Gymnasium nicht bekannt gewesen sei, nicht mehr habe erkundigen können*".

Kritik an diesem Vorgehen kam vor allem von SPD und den Jungdemokraten. Die Jungdemokraten schrieben in einem offenen Brief an Kultusminister Maier, „*daß die Entscheidung des Schulleiters in Königsbrunn angesichts der Politik, die die bayerische Staatsregierung und die Mehrheitsfraktion im bayerischen Landtag betreiben, fast verständlich ist. Aussagen von Ministerpräsident Strauß zu ‚Holocaust', das Verbot des Films ‚Aus einem deutschen Leben' von Kotulla und die Weigerung der CSU, die Ausstellung ‚Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933 bis 1945' einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen,*" erschwerten es einem Schulleiter, eine Veranstaltung, wie die in Königsbrunn zu genehmigen. Die Jungdemokraten forderten, daß es ehemaligen Widerstandskämpfern ermöglicht werde, in den Schulen – und nicht nur im Rahmen einer Veranstaltung, sondern auch im Geschichtsunterricht – über ihre Erfahrungen zu berichten (nach „Nürnberger Nachrichten", 3.8.79).

KB/Gruppe Nürnberg

Kurzmeldungen

NSDAP in Bayern?

Am 31. Juli wurden in Regen (Bayern) ein 20jähriger Bundesgrenzschutzbeamter und ein gleichaltriger ehemaliger Bundeswehrangehöriger unter dem Verdacht rechtsradikaler Aktivitäten und unerlaubten Waffenbesitzes festgenommen. Der Ermittlungsrichter ließ einen der beiden sofort wieder laufen, gegen den anderen erließ er Haftbefehl. Bei Hausdruchsuchtungen wurden *„sieben Langwaffen, drei Vorderladerrevolver, acht Gewehrschäfte, mehrere Griffschalen für Faustfeuerwaffen, mehrere Bajonette, kleinere Mengen Schwarzpulver, 640 Schuß Pistolenmunition, 1400 Gewehrpatronen, Maschinengewehrmunition und 260 Jagdpatronen sichergestellt"* („Passauer Neue Presse", 1.8.79).

Nach Angaben der Polizei gehören die beiden zu einer Gruppe von mindsetens vier Leuten, die sich seit Dezember 78 an Wochenenden an verschiedenen Orten im Landkreis Regen getroffen haben und dabei über die Rekrutierung weiterer Mitglieder diskutiert haben sollen. Weitere Angaben über die beiden nicht Verhafteten machte das LKA nicht. Die beiden sollen aus dem Raum Teisnach stammen (nach „PNP").

Ob zwischen dieser Nazi-Gruppe und einer einen Tag später in München ausgehobenen elfköpfigen Nazi-Bande eine Verbindung besteht, wird derzeit angeblich „untersucht". Ermittelt wurde gegen die elf wegen Verstoßes gegen Paragraph 86 a StGB (Verwendung von Kennzeichen nationalsozialistischer Organisationen). Bei elf gleichzeitigen Hausdurchsuchungen in München sind Materialien gefunden worden, die auf eine Verbindung der Münchener Gruppe zur NSDAP in den USA hindeuten. Der mutmaßliche Anführer, der ehemalize Bundeswehroffizier Willibald Kraus war zwar vor einiger Zeit schon wegen Hakenkreuzschmierereien zu 10 Monaten Knast verurteilt worden, aber jetzt ist er natürlich nicht aufzufinden: nach ihm wird inzwischen per Steckbrief gefahndet. Die Münchener Nazis *„trafen sich in Gaststätten, sangen dort Nazilieder und schmierten Hakenkreuze an die Wände."* (Zitate und Informationen nach „FR" und „Nürnberger Nachrichten" vom 2.8. und 4.8.79).

Nazi- Nest in Spanien ausgehoben

Ein von rund 50 jungen Neonazis aus Spanien und der BRD errichtetes Lager in dem 45 km nordwestlich von Madrid liegenden Ort San Lorenzo del Escorial ist von der spanischen Polizei besetzt und aufgelöst worden. *„Wie die Madrider Nachrichtenagentur EFE mitteilte, hatten die Jungen Leute, die mit Fahrtenmessern ausgerüstet waren und sich mit Eisernen Kreuzen dekorierten, Urlauber in der Umgebung des Lagers belästigt. Sie beschimpften jeden, der lange Haare oder einen Bart trug, als ‚Roten'. Am Eingang ihres Lagers hatten die Neonazis zur Erinnerung an die frühere militärische Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern ein Schild mit der Aufschrift ‚Blaue Division, Legion Concor' angebracht"* („Nürnberger Nachrichten", 3.8.79).

NS ohne NS?

Pünktlich am 13.8. stellte Naziführer Erwin Schönborn wieder mal eine neue Organisation vor. Nachdem sich vor ca. eineinhalb Jahren eine „Schülerinitiative für Wahrheit und Demokratie" als Eintagsfliege (zwecks Durchführung eines verbotenen „Auschwitz-Kongresses" von Schönborn) erwies, ließ er jetzt einen „Nationalsozialistischen Schülerbund" durch seinen Intimus Ralf Platzdasch und den JN'ler, Schläger und Hakenkreuzträger Peter Müller gründen.

In der Pressemitteilung hieß es, es werde ein „moderner Nationalsozialismus" nach Schönbornscher Prägung verfolgt, *„ohne NS-Fetischismus", „nicht gegen, aber ohne Hitler"*.

Ob der neue Verein „völlig legal" seinen Feldzug gegen „antideutsche Greuellügen" unternehmen kann, wird gegenwärtig von der Frankfurter Staatsanwaltschaft schon überprüft. Die Erfahrungen sprechen dafür, daß auch diesem NS-Unternehmen ein „Persilschein" – und zwar frühzeitig – ausgestellt wird, auch wenn gegen Schönborn vor zwei Monaten eine anderthalbjährige Haftstrafe ausgesprochen wurde.

In dem Fall wäre die Parole der übelsten Nationalsozialisten *„Wir waren und bleiben Nationalsozialisten"* legalisiert.

NPD- Schläger verurteilt

Zu je eineinhalb Jahre Haft verurteilte das Landgericht München fünf NPD- Schläger, die im Juli '77 gemeinsam mit 15 anderen Nazis vor der Münchener Uni-Mensa einen organisierten brutalen Überfall auf Studenten durchgeführt hatten. Mit Lederbandagen, Schlagstöcken und Totschlägern waren sie auf die Studenten losgegangen, eine Studentin wurde bewußtlos geschlagen, andere hatten Gehirnerschütterungen, Prellungen und Blutergüsse. Die Nazis handelten im Auftrag von Münchener Burschenschaften, die sich mit diesem „Auftritt" einen festen Platz vor der Mensa zukünftig sichern wollten. Angeblich konnte aber dieser Zusammenhang auch in 15 Prozeßtagen nicht geklärt werden. Das ist auch kein Wunder – so erklärte der Vorsitzende Richter in seiner Urteilsbegründung: *„Dies ist kein politischer Prozeß"*... Offenbar bestand kein Interesse daran, die Hintergründe und Hintermänner derartiger Aktionen ausfindig zu machen. Vier der fünf Verurteilten sind Söhne des bekannten ehemaligen Regensburger NPD-Vorsitzenden Max Anton Kerscher (Kerscher-Bande), gegen den das Verfahren „wegen Verhandlungsunfähigkeit" ausgesetzt worden war (Angaben nach „Nürnberger Nachrichten" vom 9.8.79).

Ermittlungen gegen Nazi-Pfarrer

Die Kriminalpolizei befaßt sich mit den Äußerungen des 79jährigen Pfarrers Robert Dollinger, die bei einer Festrede zur 850-Jahr-Feier der Gemeinde Dachsbach (Bayern) gefallen sind. Sogar dem bayerischen Justizminister Hillermeier gingen die Äußerungen des Pfarrers über „Fremdarbeiter" und „Weltjudentum" zu weit: er verließ die „Feier" frühzeitig. Jetzt *„wird untersucht, ob der Pfarrer Bestimmungen des Strafrechts verletzt hat"* („Nürnberger Nachrichten", 4.8.79).

Nazi-Propaganda in Wundertüten

Meisenheim/Baden. Bilder von Hitler, Göring und Heß brachte die Firma „Sammelbilder- Vertrieb GmbH" auf den Markt – verpackt in Wundertüten für Kinder! Entsetzte Eltern aus Bergkamen stellten das bei einem Kinderfest fest und erstatteten Anzeige.

Schon vor einem Jahr hatte die Staatsanwaltschaft gegen den „Sammelbilder- Vertrieb" ermittelt. Ohne praktische Konsequenz wie man sieht.

Hakenkreuzschmierereien

Mit Hakenkreuzen beschmierten Neonazis das Lichtenfelser Gymnasium (Bayern). Außerdem kratzten sie nachts aus dem noch weichen Plastikbelag des Schulhofes ein grosses Hakenkreuz heraus, das sie mit SS- Runen, dem Parteinamen NSDAP und dem Ausruf „Sieg Heil" beschmierten (Angaben nach „Mainpost", 10.8.79).

Antifakommission

Bürgerdialog à la Albrecht: Handgranaten und MG's für die Polizei?

Aus dem Lande des Herrn Albrecht stammt ein propagandistischer vorstoß besonderer Art: Ein (Landes-) Gesetzentwurf „Über die öffentliche Sicherheit und Ordnung" sieht die offizielle Bewaffnung der Polizei mit Maschinengewehren (MG) und Handgranaten vor. Im Bewußtsein darüber, daß dieses Vorhaben Widerstand und Proteste hervorrufen wird, hat das niedersächsische Innenministerium dem Gesetzentwurf gleich „fiktive Situationsberichte" als Agitationsmaterial beigelegt.

Fern von jeder Realität wurden Situationen konstruiert, in denen der Einsatz dieser Waffen unvermeidlich sein soll:

a)

„8.00 Uhr: Raketenüberfall auf das Gebäude des Niedersächsischen Minister des Innern von Osten her. Durch mindestens 15 Raketen wurden zwölf Bedienstete getötet, 28 verletzt, erhebliche Gebäudeschäden verursacht, das Lagezentrum der Niedersächsischen Polizei ist ausgefallen.

8.15 Uhr: Anruf bei der dpa-Agentur in Hannover: Ein sogenannter RAF-Kampftrupp ‚Tod und Freiheit' übernimmt die Verantwortung und gibt an, er habe einen Teil des Ihmezentrums (Hochhauskomplex in Hannover – Anm. AK) *besetzt. Er werde von dort in Abständen von 30 Minuten neue Anschläge auf öffentliche Gebäude, Schulen, Krankenhäuser und auf Wohnzentren verüben, bis er sich im Fernsehen davon überzeugt habe, daß in Frankfurt/Main eine Lufthansamaschine mit 30 namentlich Genannten, mit Waffen nach eigener Wahl und je 500.000 DM ausgestatteten RAF-Häftlingen gestartet sei"* („FR", 28.7.). Im weiteren Verlauf dieses „fiktiven Situationsberichts" wird dann der Einsatz von Handgranaten als taktisch einzige Möglichkeit zur Bekämpfung dieser „terroristischen Bedrohung" konstruiert.

b)

„6.30 Uhr: Polizei erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß deutsche Terroristen in etwa einer Stunde einen Angriff aus der Luft (drei Hubschrauber) auf ein im nordwestlichen Niedersachsen gelegenes chemisches Werk (Werk X) mit hochbrisanten Bomben und Bordwaffen planen. Der Abflugsort der Terroristen wird der Polizei nicht bekannt" („FR", 30.7.). Mit dieser Geschichte soll die Notwendigkeit des Einsatzes von Maschinengewehren (zum Abschuß der Hubschrauber) bewiesen werden.

Wichtig: In beiden Fällen wird hervorgehoben, daß im Planspiel die Bundeswehr ihr Eingreifen abgelehnt hätte, da die *„verfassungsmäßigen Voraussetzungen für den Einsatz der Streitkräfte nicht erfüllt"* seien. Es wird somit der Eindruck erweckt, die Polizei solle aus Sorge um die „Verfassungstreue" mit Handgranaten und MGs ausgerüstet werden, nach dem Motto: Wenn du den (verfassungswidrigen) Einsatz der Bundeswehr nicht willst, dann mußt du Handgranaten und Maschinengewehre für die Polizei in Kauf nehmen.

Ein demagogischer Trick gegenüber allen Zweiflern, denn es bestehen ansonsten keine Bedenken, die Hilfe der Bundeswehr für die „innere Sicherheit" in Anspruch zu nehmen; sei es bei der Aufforderung des BKA an das Flottenkommando im Herbst 1977, nach einer (ebenfalls fiktiven) Hochseejacht der Schleyer-Entführer Ausschau zu halten, sei es auch bei mehrfacher Einbeziehung des militärischen Abschirmdienstes (MAD) in Fahndungs- und Spitzeltätigkeiten.

Die Bewaffnung der Polizei mit Handgranaten und MGs war bereits von der sogenannten Innenministerkonferenz 1976 im „Musterentwurf (ME) für ein bundeseinheitliches Polizeigesetz" vorgesehen. Die Verabschiedung dieses Entwurfs durch die einzelnen Länder ist auf Grund von massiver Kritik ins Stocken geraten, eine einheitliche Verabschiedung scheint für die nächste Zeit nicht wahrscheinlich.

Die im „Musterentwurf" vorgesehene Handgranaten- und MG-Bewaffnung war eine der mit am heftigsten kritisierten Verschärfungen des Polizeirechts. Selbst einige Befürworter des polizeilichen Todesschusses sprachen sich gegen Handgranaten und MGs aus.

In dieser Situation setzen CDU-regierte Länder offenbar darauf, unabhängig von einem bundeseinheitlichen Polizeigesetz mit eigenen Ländergesetzen vollendete Tatsachen zu schaffen.

* * *

Heimlich, still und leise: Para-Polizei wird aufgerüstet!

Im Schatten der staatlichen Aufrüstung von Polizei, Geheimdiensten, Militär usw. wurden in den letzten Jahren zunehmend auch private „Ordnungstruppen" in der BRD aufgebaut. Mittlerweile sorgen rund 55.000 Werkschützer in den westdeutschen Betrieben für „Ruhe und Ordnung"; weitere 60.000 Privatpolizisten sind im sogenannten Objekt- und Personenschutz eingesetzt. Einige „Sicherheitsdienste" sind schon mit Maschinenpistolen und -gewehren ausgerüstet. Von der im Dunkeln liegenden, aber wachsenden Zahl sogenannter „Selbstverteidigungs"-Institute und -Gruppierungen sei hier zunächst abgesehen.

Von offizieller Seite werden inzwischen wortstark „Bedenken" gegen diese Entwicklung vorgebracht. Der SPD-„Sicherheitsexperte" Heinz Pensky z.B. sieht in den parapolizeilichen Verbänden „die Gefahr von Privatarmeen im Wartestand". NRW-Innenminister Hirsch, Ex-Vorsitzender der sogenannten „ständigen Konferenz der Innenminister für 1978, warnte kürzlich vor *„polizeiähnlich organisierten, entsprechend bewaffneten Einrichtungen"* („FAZ", 6.7.79). Im Herbst will Hirsch darüber eine Expertise im Bundestaginnenausschuß vorlegen.

Die Sorge dieser Herren scheint aber nicht der Existenz und dem Anwachsen der para-polizeilichen Verbände zu gelten. Die Bestrebungen von Pensky, Hirsch u.a. zielen vielmehr darauf, die parapolizeilichen Kräfte in das staatliche „Sicherheits"-Konzept „einzubinden".

Die Vorschläge von Innenminister Hirsch lassen bereits erkennen, wie diese „Einbindung" erfolgen soll: Hirsch fordert, daß die „Überwachung" der Privatpolizeien nicht mehr den Gewerbeaufsichtsämtern überlassen bleiben dürfe, sondern die Polizei mehr als bisher die Überwachung dieser Organisationen zu übernehmen habe. Die privaten Sicherungskräfte sollen *„Vor der Polizei die Eignung und Zuverlässigkeit für ihren Job beweisen"*. Die Qualifikation vieler privater „Sicherheitskräfte" scheint noch nicht den gewünschten polizeilichen Standards zu entsprechen: *„Die sich anbietenden Unternehmen verfügen häufig über schlecht bezahlte und mangelhaft ausgebildete Leute ohne Berufs- und fachliche Ausbildung"* – so die Referenten für Waffenrecht der Landesinnenminister. Was liegt also näher als z.B. eine einheitliche Schußwaffenausbildung vorzusehen, so wie es die Bundesländer verlangen?...

Wie das konkret aussehen kann, verdeutlichte schon vor längerer Zeit der baden-württembergische Polizeistretege Stümper: Er schlug vor, daß private Polizeitruppen in Übungen des Polizeivollzugsdienstes „am Rande (?) eingeschaltet werden" müßten (W+S-Information Nr. 136).

Was den Werkschutz betrifft, so erfolgt die Ausrichtung der Ausbildung in den drei Werkschutzschulen schon in dem gewünschten Sinne. Der Bremer Krininaldirektor Schäfer: Die Werkschützer müßten so ausgebildet werden, daß sie *„selbst die Spezialisten der Kriminalpolizei übertreffen. Dazu bedarf es einer Ausbildung, welche von der Einheitlichkeit aller Sicherungsmaßnahmen als Prinzip ausgeht"* („Die Polizei" 5/77). Das im Dezember 78 durchgeführte dritte „Teco-Sicherheitsgespräch" (benannt nach der Veranstalterfirma: Werkschutzschule Teco, d.h. „Tiedemann & Co") macht dieses Ziel noch etwas deutlicher: Die geladenen Gäste aus Wirtschaft, Geheimdiensten, Polizeibehörden, Bundeswehr usw. sahen die Aufgabe dieser Tagung in der Notwendigkeit einer „Systematisierung praktischer Präventionsbemühungen" gegen „Anarchie und Terrorismus". Da angeblich *„die Polizei infolge Überlastung nur noch sehr mühsam ihre eigenen Aufgaben erledigen kann"*, seien die privaten „Sicherheitsunternehmen" besonders gefordert.

In die gleiche Richtung zielt ein Artikel Schäfers in der Zeitschrift „Wirschaftsschutz" unter der Überschrift: *„Das private Bewachungsgewerbe im Vorfeld der Kriminalitätsbekämpfung – Prävention durch professionelle Wachsamkeit"*. Hier läßt er sich auch über die Zielgruppen derartiger Strategien aus: Es sind die „Systemstürzer", „Terroristen", die „auch in der Verdünnung radikaler Bürgerinitiativen" tätig seien, „anarchoide", „gutgläubige" Atomkraftgegner, „Reformpubertisten", die es durch die „Wahrnehmung von Selbstschutz- und Eigensicherungsrechten" präventiv zu bekämpfen gelte.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Zwei neue Urteile zu „Mitgliedschaft" und „Jugendsünden"

In zwei neuen Grundsatzurteilen ‚beschäftigte' sich das Oberverwaltungsgericht für Rheinland-Pfalz, die letzte Stufe vor dem Bundesverwaltungsgericht, mit den Fragen der „Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Partei" und den sog. „Jugendsünden".

Im ersten Fall ging es genauer gesagt um die Frage, ob die Mitgliedschaft für ein Berufsverbot auch dann ausreicht, wenn der/die Betreffende ‚glaubwürdig' versichert, von der „Verfassungstreue" der entsprechenden Organisation auszugehen, in diesem Fall der DKP. Das Gericht entschied, daß „*in der Mitgliedschaft eines Bewerbers in einer verfassungsfeindlichen Partei ein entscheidendes Indiz gegen dessen Bereitschaft zur derzeitigen aktiven Verteidigung der Verfassung*" zu sehen sei. „*Selbst wenn ein Bewerber diesen Widerspruch tatsächlich nicht erkennen sollte, bestehen zumindest erhebliche Zweifel, ob jener die beamtenrechtliche Pflicht zur qualifizierten Treue zur freiheitlich demokratischen Grundordnung aufbringen könne. Das heißt: ein Mißverstehen des Bewerbers, was die Verfassung wolle und was Treue zu ihr heiße, spricht nicht für, sondern gegen ihn*" (nach „FAZ", 28.7.79).

Damit ist wieder höchstrichterlich ein Stück der sog. „Einzelfallprüfung" gefallen, denn in der Praxis kann dies Urteil nur bedeuten, daß n u r noch die o b j e k t i v e n ‚Tatbestände' zählen, die subjektiven jedoch ausgeschaltet werden.

Das zweite Urteil beschäftigt sich mit der Heranziehung sog. „Jugendsünden". 1974 hatte ein Bewerber für den öffentlichen Dienst eine Liste „Demokraten/Sozialisten/Rote Hilfe" zu den Studentenparlamentswahlen kandidiert. 1976 wurde er mit Hinweis auf diese Kandatur abgelehnt. In der ersten Gerichtsinstanz bekam das Land Rheinland-Pfalz ‚Recht'. Der Bewerber gab im Anhörungsverfahren an, er habe für diese Liste nur kandidiert, weil er sich hochschulpolitisch engagieren wollte.

Jetzt gehöre er der SPD an. Seine damalige Zugehörigkeit zu dieser Liste müsse als „Jugendsünde" angesehen werden. Das Oberverwaltungsgericht entschied jetzt: „*Im Falle dieses Bewerbers seien die Zweifel der Anstellungsbehörde nicht begründet.... Dafür wird als besonders wichtiger Grund hervorgehoben, daß der Bewerber keiner verfassungsfeindlichen Partei angehöre.... Der Bewerber habe schlüssig dargelegt, daß er sich mit der ‚Roten Hilfe' nicht identifiziert habe oder doch nur insoweit, als es um engere hochschulpolitische Ziele gegangen sei.... Dem Einsatz des Bewerbers für das Universitäts-Wahlbündnis ‚Demokraten/Sozialisten/Rote Hilfe' sei heute nicht mehr Gewicht als einer sogenannten ‚Jugendsünde' beizumessen*" (ebenda).

Der krasse Gegensatz dieser beiden Urteile (vom gleichen Gericht) springt ins Auge. Diejenigen, die zwar von der eigenen „Verfassungstreue" und der ihrer Partei ausgehen, aber nicht bereit sind, die angegriffene Organisation zu verlassen, werden mit Berufsverbot bestraft. Diejenigen, die sich nachträglich abgrenzen, sollen eine ‚Chance' bekommen — alles im Sinne und zur Aufrechterhaltung der ‚freiheitlich demokratischen Grundordnung'.

Name einfügen genügt

Die schwäbischen Spezies deutscher Beamtengründlichkeit können einen neuen Präzedenzfall vorweisen: Um subalterne Beamtenhirne nicht über die Gebühr zu strapazieren, formulierte das baden-württembergische Ministerium für Kultus und Sport eine „Musterablehnung" für Bewerber im öffentlichen Dienst, ein Formular für Berufsverbote sozusagen.

„Nur für den behördeninternen Gebrauch" ging unter dem Aktenzeichen V 5008/345 den Oberschulämtern am 16.2.79 die „*Anlage drei der Ausführungsbestimmungen zum Vollzug des Beschlusses der Landesregierung über die Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst*" zu (veröffentlicht in: „Badische Zeitung", 3.7.79).

Nach dem Kopf „Betrifft: Beschluß der Landesregierung über die Pflicht der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst vom 2. Oktober 1973" heißt es in der Anlage drei: „*Hier: (Name einsetzen)*". Im weiteren enthält die Vorlage alles, was in einem ‚richtigen' Ablehnungsbescheid stehen muß, von „*1. getroffene Maßnahme: Ablehnung des Antrags auf Einstellung als Realschullehreranwärterin*" bis zum Schlußwort „*Verfügung unanfechtbar*".

Zunächst: „*Tragende Gründe der Entscheidung: a) Erkenntnisse: X. war im Jahre 1973 Mitglied und Kandidat der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft Philologie (SAG Phil.) bei den Studentenparlamentswahlen an der Universität Mannheim. Sie betreute am 31.1.1976 einen nicht genehmigten Informationsstand des KBW (mit Bücher- und Zeitschriftenverkauf), weswegen sie zur Anzeige gebracht und mit einer Ordnungsstrafe belegt wurde.*"

Weiter im (Formular-) Text: „*b) Einlassung: Anläßlich ihrer Anhörung am 13.4. und 7.10.1977 erklärte X.: Sie wolle außer einer von ihr übergebenen schriftlichen Stellungnahme vom 12.4.1977 keine Erklärung abgeben. Die Frage nach ihrer Mitgliedschaft beim KBW sei ebenso als Gesinnungsschnüffelei zu werten wie diejenige, ob sie sich von der politischen Zielsetzung des KBW distanziere...*"

Schließlich, man ahnt es schon: „*c) Würdigung durch die Behörde: X. hat durch das aktive Eintreten für die Ziele des KBW sowie durch ihre fehlende Bereitschaft, sich von diesen Zielen zu distanzieren, unmißverständlich gezeigt, daß sie nicht die Gewähr dafür bietet, jederzeit...*"

Und so muß denn enttäuscht sein, wer den Gleichklang in Sprache und Duktus bei bekannt gewordenen Berufsverboteverfügungen — ergangen selbstverständlich „in umfassender Würdigung jedes einzelnen Falles" — für eine Folge der Kongenialität der vier baden-württembergischen Oberschulpräsidenten hielt...

KB Freiburg

Neue Berufsverbote bei Post und Bahn „Liberalisierung" nur der Schnee von gestern

Anfang des Jahres hatten die SPD-Führer noch groß getönt, mit den Kabinettsbeschlüssen vom 17.Januar zur Neureglung der „Grundsätze zur Prüfung der Verfassungstreue" (sprich „Wegfall" der Regelanfrage) sei der Radikalenerlaß zumindest für den Bereich des Bundes vom Tisch. Aufgrund unserer Erfahrungen in der Vergangenheit haben wir bereits vor Illusionen in diese „Liberalisierung" gewarnt. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Kabinettsbeschlüsse zumindest für den Bereich des Bundes nicht nur keine „Verbesserung", sondern sogar eine Verschärfung der Berufsverbotepraxis gebracht haben. Das belegen eine ganze Latte neuer Berufsverbote bzw. die Wiederaufnahme „alter" Fälle, die bereits positiv für die Betroffenen entschieden waren bei Bahn und Post.



Rollende Pressekonferenz von Bundesbahnkollegen am 27.4.78 gegen ihre Berufsverbote. Im linken Fenster (3.v.l.): Rudi Röder. Aus: „die tat", 10.8.1979.

Beispiel 1:
Zwei Fernmeldehandwerker wurden im bekanntlich ganz besonders „liberalen" Bremen zum 31.8.1979 gekündigt. Ihr Verfahren läuft bereits seit über zwei Jahren. Im Juli 77 wurden sie zu einer ersten „Anhörung" geladen. Dabei wurden ihnen verschiedene Aktivitäten für den KBW vorgehalten wie „KVZ"-Verkauf, Flugblattverteilung und Teilnahme an Veranstaltungen z.B. gegen den § 218. Mit diesen Aktivitäten hätten die beiden gegen ihre Pflicht und ihr Gelöbnis verstoßen. Bemerkenswert hierbei ist, daß es sich bei den beiden Kollegen noch nicht einmal um Beamte, sondern um Arbeiter handelt. Die beiden lehnten eine Stellungnahme zu den „Vorhaltungen" mit dem Argument ab, was sie in ihrer Freizeit täten, gehe niemanden bei der Post etwas an. Im Mai 78 erfolgte dann von der Oberpostdirektion eine sog. „Abmahnung", in der die beiden Kollegen aufgefordert wurden, binnen vier Wochen zu erklären, „*sich künftig gelöbnis- und pflichtgemäß verhalten*" zu wollen, aus dem KBW auszutreten und künftig keine Aktivitäten mehr für den KBW zu entwickeln. Bei Nicht-Beantwortung dieser „Abmahnung" würde die sofortige Kündigung erfolgen.

Die beiden antworteten fristgemäß mit einem offenen Brief an die OPD, in dem die Kollegen über ihr Berufsverbotsverfahren informierten.

Im Oktober 78 erfolgte dann die Kündigung, die allerdings sowohl vom örtlichen Personalrat beim Fernmeldeamt I wie auch vom Bezirkspersonalrat der Oberpostdirektion Bremen abgelehnt wurde. Im Juni 79 lehnte auch der Hauptpersonalrat beim Bundespostministerium die Kündigung ab. Vorher hatten schon die Personalräte ihrer Poststelle und der Oberpostdirektion ihre Zustimmung zur Kündigung versagt.

Trotzdem wies das Postministerium die OPD Bremen jetzt an, die Kündigung zum 31.8.79 auszusprechen. In einem ersten Gütetermin vor dem Arbeitsgericht lehnte die Vertreterin der OPD jede andere Lösung unterhalb der Kündigung ab. Die Hauptverhandlung soll jetzt am 1. Nov. stattfinden. Die Post hat es inzwischen auch abgelehnt, die beiden Kollegen bis dahin weiter zu beschäftigen, so daß jetzt von ihnen einstweilige Verfügung erwirkt werden muß.

Beispiel 2:
Gegen den Lokomotivführer Rudi Roeder, den Briefträger Wolfgang Repp und den Fernmeldeoberinspektor Berthold Goergens wurden neue Berufsverboteverfahren eingeleitet. Alle drei hatten schon einmal ein Verfahren am Hals. Besonders der Fall Roeder hatte vor zwei, drei Jahren internationales Aufsehen erregt, was wohl auch dazu führte, daß er nach mehreren für ihn positiv ausgegangenen Gerichtsverfahren zum Beamten „auf Lebenszeit" übernommen wurde, allerdings mit der Auflage, „innerhalb eine angemessenen Frist" aus der DKP auszutreten und sich jeder weiteren Aktivität für die DKP zu enthalten. Da sich Roeder auf diese Erpressung nicht einließ, wurde jetzt ein erneutes Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entlassung aus dem Dienst eingeleitet. Dasselbe passierte auch den beiden anderen Kollegen, die ebenfalls schon verbeamtet sind.

Nicht genug damit: in mindestens vier weiteren Fällen hat Bundesberufsverbotsminister Gscheidle neue Berufsverbotsverfahren eingeleitet, so gegen zwei Posthauptschaffner aus Quickborn und Pinneberg, einen Lokomotivführer aus Marl und eine Fernmeldeobersekretärin. Darüber hinaus laufen noch eine ganze Reihe weiterer Verfahren gegen Arbeiter, Angestellte und Beamte bei Bahn und Post, die teilweise schon über 25 Jahre im Dienst sind.

Das Presse- und (Des-) Informationsamt der Bundesregierung hat laut Bundestagsdrucksache 802761 in den Jahren 1972 bis 1978 über 72 Millionen Mark ausgegeben, um im Ausland der „polemischen und unqualifizierten" Kritik an der Berufsverbotepraxis in der BRD entgegenzuwirken. Nach dieser neuerlichen Verschärfung ist damit zu rechnen, daß hier wohl noch einige Millionen hinzu kommen müssen. Die SPD wird in Zukunft jedenfalls kaum noch glauben machen können, die Fortführung und Verschärfung der Berufsverbotepraxis liege nur an der CDU/CSU.

Berufsverbot an der Uni Ulm?

Elsbeth S., seit Januar 1979 als Lehrkraft angestellt, droht ein Berufsverbot. Auf eine Routineanfrage der Univerwaltung teilte der Verfassungsschutz im März dieses Jahres folgende ‚Erkenntnisse' mit:

- 1976 Teilnahme an einer Veranstaltung des „vom KBW gesteuerten Komitees gegen den § 218";
- 1975 Verkauf der „Was tun" (Zeitung der GIM);
- 1973 Verteilung eines Flugblattes der GIM zum Militärputsch in Chile.

Elsbeth S. erklärte dazu, sie stände durchaus auf dem Boden des Grundgesetzes und hätte nie an Aktionen gegen die Verfassung teilgenommen. Der Univerwaltung und dem Ministerium reichte auch dies noch nicht. In einem Schreiben heißt es: „*Die Univerwaltung vermochte ... sich nicht davon zu überzeugen, daß keinerlei Zweifel an Ihrer Verfassungstreue bestehen*" („taz", 23.7.). Also auch in diesem Fall: die Univerwaltung behauptet nicht einmal, daß „Zweifel" bestehen und „bewiesen" werden können, sondern es reicht, daß „Zweifel" aufgestellt werden, die auch in diesem Fall nicht zur vollsten Zufriedenheit ausgeräumt werden konnten. So einfach können heute in der BRD Berufsverbote verhängt werden!

Berufsverbote-Kommission



Noch ein NPD-Nazi im Schuldienst?

Wenn es den normalen behördlichen Gang geht, wird nach den Sommerferien der Oldenburger NPD-Nazi Ronald Drechsler wahrscheinlich in Rotenburg/Wümme (am Rats-Gymnasium) in den Schuldienst übernommen. Dies wäre der vorläufige Höhepunkt in der Duldung des Treibens von Drechsler, der bislang schon an der Oldenburger Universität offen als NPD-Funktionär auftreten konnte. Drechsler ist kein „kleiner Fisch":

- Seit 1966 in der NPD, ist er Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Oldenburg/Stadt;
- Mitglied des NPD-Landesvorstandes des Niedersachsen;
- stellvertretender Vorsitzender der NPD-Studentenorganisation NHB;
- mehrfacher NPD- und NHB-Kandidat bei verschiedenen Wahlen (u.a. Landtagswahlen 1978).

Drechsler verbreitete auch die Lügen-Broschüre „Starben wirklich sechs Millionen?" —

(Nach: „Würden Sie diesen Mann in den Schuldienst einstellen?", hersg. v. Fachschaft SoWi, AStA, Basisgruppen, SHB, MSB, Antifa-Gruppe — Oldenburg).

Militarismus Antimilitarismus

Nie wieder Krieg

Vor 40 Jahren, am 1. September 1939, begann mit dem deutschen Überfall auf Polen der 2. Weltkrieg.

Die nackte Zahl von über 60 Millionen Toten – davon allein 20 Millionen in der Sowjetunion – als e i n e Folge des von den Nazis entfesselten Krieges kann das gesamte Ausmaß von Leiden und Vernichtung nur schwer vorstellbar machen. Noch heute leiden Zehntausende von Menschen unter den Folgen des Krieges.

Die Imperialisten sind seit dem Ende des 2. Weltkrieges weder „friedlicher" noch „vernünftiger" oder gar „humaner" geworden. Ihr Drang nach Weltherrschaft, nach totaler Unterwerfung des gesamten Erdballs manifestiert sich in vielen „kleinen" Kriegen und in der Anhäufung ungeheurer militärischer Kapazitäten, die inzwischen zur Vernichtung jeglichen Lebens reichen.

Auch China und die Sowjetunion haben inzwischen demonstriert, daß sie zur Absicherung und Ausweitung ihrer Machtansprüche nicht davor zurückschrecken, fremde Völker militärisch zu überfallen und zu unterdrücken. Dafür stehen die Namen CSSR, Eritrea und Vietnam.

Insbesondere das von den USA und der Sowjetunion aufgebaute atomare Potential stellt eine bisher nicht gekannte Bedrohung dar. Über 50.000 Atombomben werden für die nukleare Vernichtung der Menschheit bereitgehalten.

Weltweit arbeiten über 300.000 Wissenschaftler an immer neuen Waffen. In den Kriegslaboratorien werden chemische und biologische Kampfstoffe produziert, von denen millionstel Gramm zur Tötung eines Menschen ausreichen. Sogar der Weltraum ist durch Hunderte von militärischen Satelliten „erschlossen".

„Während du dreißig Minuten in dieser Zeitung liest, sterben auf dieser Erde rund 200 Menschen an Unterernährung. Im gleichen Zeitraum werden aber durchschnittlich 20 Millionen Dollar für Rüstungszwecke ausgegeben", schrieb Robert Jungk im „Baseler Magazin" (31.12.77). Diese Aussage macht deutlich, was sich hinter der schwer vorstellbaren Zahl von 400 Milliarden Dollar, die 1976 weltweit für militärische Zwecke ausgegeben wurden, verbirgt.

Seit 1945 haben weit mehr als hundert „kleine" Kriege stattgefunden. Über 20 Millionen Menschen, verschiedene Quellen sprechen sogar von 30 Millionen und mehr, mußten in dieser „friedlichen" Zeit sterben. **„Soviel ist jedenfalls sicher, daß in den drei Jahrzehnten ohne großen Krieg seit dem 2. Weltkrieg mehr Menschen durch Krieg und Bürgerkrieg umgekommen sind als in den dreieinhalb Jahrhunderten bis 1939 Soldaten gefallen sind"**, schrieb H.-J. Schulz in seinem Buch „Militarismus und Kapitalismus in der BRD".

Diese Tatsachen sagen weit mehr über die Situation, in der wir heute in der Frage von Krieg und Frieden stehen, als all das Gerede von der „Entspannung" als Haupttendenz unserer Zeit. Unmengen von Papier, vollgeschrieben mit den salbungsvollen Ausführungen unzähliger ‚Friedenskonferenzler', müssen heute, genauso wie bereits vor dem 1. und dem 2. Weltkrieg, den militärischen Etats zugerechnet werden. Denn all diese „Friedens-Konferenzen" und „Abrüstungsverhandlungen" haben angesichts der gleichzeitig von allen Seiten forcierten Aufrüstung nur die Funktion des Betrugs.

Der deutsche Imperialismus gehört heute, knapp 35 Jahre nach dem Ende des von ihm angezettelten 2. Weltkrieges, wieder zu den stärksten Militärmächten der Welt. Der militärische Etat in einer Höhe von 56 Milliarden DM (1979), ein Viertel des gesamten Bundeshaushalts, geht zu Lasten der sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung.

In den Führungsstäben der NATO wird systematisch, nicht zuletzt auf Drängen der BRD, ein verstärktes Eingreifen in afrikanischen „Krisengebieten" geplant und vorbereitet. Als im letzten Jahr eine Rebellion in Zaire das pro-imperialistische Mobuto-Regime bedrohte, wurden nach Beratungen zwischen Frankreich, den USA, Belgien und der BRD belgische und französische Truppen zur Niederschlagung des Aufstandes eingesetzt.

Die Ölländer des Nahen Ostens werden in neokolonialistischer Manier zur „Interessenzone" des Imperialismus erklärt. Aus dem „Volk ohne Raum" (Hitler) ist ein „Volk ohne Energie" (Strauß) geworden. Während SPD/FDP-Führer noch allgemein von der Gefahr eines Ölkrieges reden, machen sich Strauß-nahe Kreise und Medien bereits sehr konkret für ein militärisches „Eingreifen" im Nahen Osten stark.

Der KB ruft zur Beteiligung an den Aktivitäten des Antikriegstages auf. Wir grenzen uns dabei von dem „Entspannungs"-Märchen ab, das einhellig von SPD/DGB und dem „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" vertreten wird. 20 Jahre „Entspannung", „Abrüstungskonferenzen" und Verträge sind die Begleitmusik zu einer Aufrüstung, die besonders auf dem Gebiet der Atomwaffen in der Geschichte beispiellos ist. Nicht Fortsetzung von scheinheiliger „Entspannung" und realer Aufrüstung ist das Gebot, sondern die Forderung nach w i r k l i c h e n Abrüstungsmaßnahmen!

ABRÜSTUNGSVERHANDLUNGEN

Paul Flora

Veranstaltungen und Aktionen zum Antikriegstag 1979

Aktivitäten des DGB

Hamburg: Kundgebung am 1.9. um 15.oo Uhr an der Nicolai-Kirche. Friedenswoche der KJA-Jugend mit einer Großveranstaltung am 7.9. im Audi-Max.
Dortmund: Großveranstaltung am 1.9. in der Westfalen-Halle. Vorher findet um 15.3o Uhr eine Mahnkundgebung in **Dortmund**-Bittermark statt.
Krefeld: Aktionswoche mit einem Fackelzug am 31.8. zur ehemaligen Synagoge Krefeld.
Ostwestfalen-Lippe: Großveranstaltung am 31.8. im Schulzentrum Lage. Redner Detlev Hensche.
Köln: Demonstration am 31.8.. Ausserdem Friedenswoche mit verschiedenen Veranstaltungen.
Saarbrücken: Kundgebung am 19.9.
Nürnberg: Veranstaltung mit Fackelzug und Kundgebung am 31.8.
Dachau: Kundgebung am 1.9.
München: Friedenswoche und Kundgebung am 1.9. um 1o.oo Uhr im ‚Cirkus-Krone Bau'.
Aachen: Fackelzug am 31.8..
Frankfurt, Kassel, Marburg: In diesen drei Städten führt der DBG Schwerpunktveranstaltungen durch.
Gelsenkirchen: Am 29.8. Podiumsdiskussion mit dem Thema: „Ist der Faschismus tot?".

Außerdem finden in vielen Städten kleinere Veranstaltungen und Friedenswochen der DGB-Jugend statt. Es werden verschiedene Fahrten zu Gedenkstätten organisiert und anderes mehr. **Es ist auf jeden Fall sinnvoll, sich bei den örtlichen DGB-Stellen genauer zu erkundigen!**

Aktivitäten des KOFAZ und anderer

Bonn: Am 1.9. veranstaltet das KOFAZ seine zentrale Demonstration und Kundgebung.
Essen: Kirchliche Gruppen, die DGB-Jugend, die Falken, KOFAZ-nahe Gruppen und andere veranstalten eine Friedenswoche. Höhepunkt soll eine Podiumsdiskussion am 6.9. sein. Thema: „Bedroht uns der Osten?".
Westberlin: Verschiedene dem KOFAZ nahestehende Organisationen rufen zu einer Kundgebung am 1.9. um 19.30 in der Neuen Welt-Hasenheide auf. Redner ist u.a. Kurt Scharf.
Kiel: Der Oberbürgermeister und der Stadtpräsident haben im Namen der Ratsversammlung alle Verbände und Organisationen aufgefordert, am 1.9. einen Schweigemarsch mit Kundgebung zu unterstützen. Redner ist Heinrich Albertz.
Offenbach: Das Antimilitaristische Komitee veranstaltet eine Aktionswoche. (Kontakt über AMK Offenbach, Hospitalstr. 14, 55oo Offenbach).

Göttingen: Das Bündnis von u.a. SO/ZDL, DFG/VK und Gewaltfreie Aktion führt eine umfangreiche Aktionswoche in Göttingen durch.
Neumünster: Ein selten breites Bündnis von demokratischen Organisationen und Gruppen führt am 31.8. eine Filmveranstaltung und am 1.9. einen Fackelzug durch.
Hamburg: Am 31.8. findet in der Markthalle eine Podiumsdiskussion unter dem Motto: „Frauen zum Bund – Nein Danke" statt. Es diskutieren u.a. Frauen der ASF (SPD), der DFI (DKP-nahe), der Bunten Liste, des DGB und der feministischen „Courage".

Diskussionsveranstaltung
Ein Beitrag Hamburger Frauen zum Antikriegstag

Frauen in die Bundeswehr? NEIN DANKE!

1. September:
Vor 40 Jahren begann der 2. Weltkrieg

Kulturprogramm Hamburger Frauen

31. August, 20 Uhr Markthalle

Veranstalter:

Auch zum Antikriegstag: „KPD" betreibt Kriegshetze

Nicht einmal zum Antikriegstag kann die „KPD" es lassen: Sie wirft sich für die militärische Aufrüstung der BRD und Westeuropas in die Bresche! In der „Roten Fahne" vom 9.8. betet die „KPD" wieder das stupide Märchen von der riesigen sowjetischen „Überlegenheit" herunter und behauptet, daß der Weltfrieden *„nicht allgemein durch das Wettrüsten"* bedroht sei, sondern nur durch die „Supermächte" USA und Sowjetunion, wobei die Sowjetunion selbstverständlich der *„Hauptkriegstreiber"* sei.. *Wer aktiv für Frieden heute kämpfen will, muß gegen das Wettrüsten der beiden Supermächte zuerst eintreten und den Hauptkriegstreiber SU bekämpfen"*. In diesem Sinne wendet sich die „KPD" gegen *„einseitige Vorleistungen"* der Nato bzw. spricht sich, im Klartext, für eine forcierte militärische Aufrüstung Westeuropas gegen die Sowjetunion aus. Forderungen gegen die Rüstung der BRD haben nach Meinung der „KPD" beim Antikriegstag nichts zu suchen. Stattdessen dürften ihrer Meinung nach nur die Forderungen erhoben werden:„ *Stopp dem Wettrüsten der Supermächte"* oder noch etwas präziser: „ **Aktionseinheit gegen die Hauptkriegstreiber – heute vor allem die Sowjetunion"**. Dabei wäre im Sinne Deng Hsiao-pings (Ehrenvorsitzender der „KPD") noch zu ergänzen, daß in diese antisowjetische „Aktionseinheit" selbstverständlich auch der US-Imperialismus einbezogen werden muß. Interessant ist, daß die „KPD" ihre Kriegshetze gegen die Sowjetunion auch der DGB-Jugend andienen möchte, die sich in diesem Jahr stärker als früher zum Antikriegstag engagiert. Argumentationslinie der „KPD": **„Es reicht nicht aus, allgemein gegen Wettrüsten in Ost und West einzutreten. Die Hegemonialpolitik der SU muß angeprangert, die Aufrüstung der SU muß konkret angegriffen werden"**. (RF 9.8.). Von den z w e i „Supermächten" spricht die „KPD" überhaupt nur noch, um den frommen Schein zu wahren. In Wahrheit ist für die „KPD" der US-Imperialismus bereits zur Speerspitze der „ antihegemonistischen Einheitsfront" geworden.

Han Wielek

Der letzte Sommer des alten Europa

„Seit 5.45 Uhr wird zurückgeschossen" (Hitler in seiner Rede vor dem Reichstag am 1. September 1939). – Nach der Unterstützung der Franco-Faschisten im Spanischen Bürgerkrieg, der „Heimführung" Österreichs „ins Reich" und der Okkupation der Tschechoslowakei durch die Hitler-Truppen hatte an diesem Morgen des 1. September 1939 das Ende des „alten Europa" begonnen.
Die niederländische Tageszeitung „de Volkskrant" veröffentlichte kürzlich die Erinnerungen einer Reihe prominenter Niederländer an den „letzten Sommer des alten Europa".
Wir übernehmen aus dieser Serie – mit freundlicher Genehmigung des Autors und der „Volkskrant" – den Beitrag des 1933 aus Deutschland in die Niederlande emigrierten Han Wielek. Es mag nützlich sein – gerade nach der Kandidatur von F.J.Strauß –, diesen Beitrag nicht nur als „Erinnerung" zu verstehen.
(Han Wieleks Erinnerung erschien am 7.7.79 in „de Volkskrant"; die Übertragung ins Deutsche ist von ihm autorisiert.)


Han Wielek, 1939

Ein Sommer zum Schwärmen. Eine Insel zum Stillwerden. Schiermonnikoog. Wir Emigranten suchen Ruhe. Einen Monat nur. In einer Art Baracken. Alles muß so billig sein wie möglich. Erdbeeren sind jetzt billig. Und Aale. Es wird ein Erdbeermonat und ein Aalmonat.

Die Stille wird von Fliegenschwärmen gestört. Und von uns. Bevor wirs merken, sind wir wieder in meterlange Gespräche verstrickt.

Wir: meine Eltern, meine Schwester, meine Frau (Jo), meine Freunde Erich Kuttner und Franz Vogt, und ich. Vor Jahren sind wir geflüchtet aus Hitlers Reich. Wir wollten in der Nähe von Deutschland bleiben. Wir wollten Sozialisten bleiben. Wir sind nach Amsterdam geraten. Und nun sind wir gerade auf diese Insel geflüchtet.

Wir reden. Wir sind entrüstet über die sehr christlichen Minister Goseling und Colijn (1 – Anm. s.u.), die politische Flüchtlinge in die deutschen Konzentrationslager zurückschicken. Kuttner liest einen Artikel vor aus der NRC (2) über die Mitschuld der niederländischen Regierung, über „Betagte, Kinder, Kranke und Verwundete, die keine Genehmigung hatten, unser Land zu be-
und Verwundete, die keine Genehmigung hatten, unser Land zu be-
treten und die an der Grenze zurückgeknüppelt werden von niederländischen Grenzwachen".

Meine Eltern sind enttäuscht: Sie sind erst vor drei Jahren in die Niederlande ausgewichen. Sollten eigentlich zurück. Der Selbstmordversuch meines Vaters mißlang. Sozialistische und kommunistische Parlamentsmitglieder – Donker, Drees, Lou des Visser – stehen hinter uns. Donker hat eine parlamentarische Anfrage gestellt. Linke Zeitungen veröffentlichen den Text. Die Unsicherheit ist nicht gewichen.

Wir erregen uns über Colijns – nach der „Kristallnacht" – vorgeschlagene und von einer Parlamentsmehrheit angenomme Bestimmung: „Die Regel ist, daß die Grenze Niederlande-Deutschland im Allgemeinen für Flüchtlinge geschlossen ist".

Die NSB'ler (3) fanden das eine glänzende Idee.

Meine Schwester Ruth macht schöne Fotos, sie will Fotografin werden.

Franz Vogt, ehemaliger Sekretär der deutschen Bergarbeiter-Gewerkschaft, sorgt sich, daß die Sendung getarnter Propaganda-Schriften, die über antinazistische Seeleute nach Deutschland geschmuggelt wurde, ihr Ziel nicht erreicht hat. Beiläufig erzählt er, daß namhafte Gewerkschafter ihn mit Papieren für England oder Amerika versorgen wollten. Warum sollte ich, sagt Franz. Von hier aus kann ich die illegale Propaganda besser übersehen. Ich bleib hier. Nicht panisch werden.

Erich Kuttner, vom rechten Sozialdemokraten zum linken Sozialisten geworden, erzählt, wie weit er gekommen ist mit dem Sammeln von Material für sein Buch „Das Hungerjahr 1566"; er hat neues Material gefunden, und alle bekannten Fakten müssen auf neue, auf marxistische Weise interpretiert werden.

Wird es Krieg geben? Vage Fragen. Vage Antworten. Die Überzeugung, daß es keinen Krieg gibt. Die Angst, daß die zuschlagen werden, die Germanen. Die Hoffnung, daß sie es tun werden; dann ist es schnell vorbei und wir können zurück nach Deutschland. Die Verwirrung: Was ist besser, Krieg oder nicht? Und was geschieht mit den Niederlanden? Aber das sind nicht die wesentlichen Gespräche dieses Monats auf der Insel. Wir reden über die Verschleierungstaktiken der meisten Zeitungen. Greuliche Berichte von deutschen Emigranten werden zu oft als „Greuelmärchen" abgetan. Da ist unsere Zeitung HET VOLK (4) anders. Ich habe einen Artikel ausgeschnitten: „Der Herr Goebbels hat wirklich recht, wenn er sagt, daß wir jetzt den Nationalsozialismus tödlich ernstnehmen müssen."

Zurück in Amsterdam. Über die VARA (5) bekomme ich Briefe über mein Hörspiel „Streit um Multatuli". Ein Herr meint zu wissen, daß ich nicht niederländischen Blutes bin und also nicht berechtigt, über Multatuli zu schreiben (6).

Am 28. Juni '39 wurde das Hörspiel gesendet. Und das befriedigt mich. Echt niederländische Themen ziehen mich an in den letzten Jahren.

Wir gehen zum VARA-Sommerfest. Im Programm stehen die Flierefluiter und Ernst Busch und Peter Pech. Ernst Busch hat eigentlich keine Lust. Dieser Mann singt seine revolutionären Lieder auf einmalige Weise. Für einen Appel und ein Ei. Er ist angewiesen auf diesen Appel und auf das Ei. Ich bin schon ein wenig beschäftigt mit einem Mai-Spiel für die Amsterdamer AJC (7). Das Morgenrot spielt eine große Rolle in dem Stück. Und Diamanten in düsteren Bergen, die nur die finden, die den Glauben daran behalten. Welchen Glauben?

Franz Vogt erlebt zwei schwierige Tage: seine zwei Kinder besuchen ihn wieder. Sie leben in Deutschland bei ihrer Mutter, die von Politik nichts wissen will. Sie wissen nichts von der Politik ihres Vaters. Sie dürfen auch nicht dahinterkommen. Franz muß also auf der Hut sein. Er wird todmüde davon und ist froh, wenn sie ihn küssen und „Auf Wiedersehen, Papa" sagen.

Gespräche mit Schicksalsgenossen; man sieht die Hoffnung und die Unruhe auf ihren Gesichtern – sie fühlen sich zurückgesetzt ... Man hört sie aufgeregt und geheimnisvoll theoretisieren, dozieren, Pläne schmieden, unsicher das Sichere verkünden.
Krieg steht bevor? Ja? Nein? Oder ..?

Ich spreche mit Schriftstellern. Ihr Werkzeug und ihre Basis ist die Sprache. Was sollen sie damit außerhalb ihres Landes? Einige sind still geworden ... andere gerade jetzt besonders aktiv. Da ist mein Lieblingsschriftsteller Joseph Roth. Er ist in einem Armen-Krankenhaus gestorben, in Paris, dies Jahr am 27. Mai. Sein bester Freund in den Niederlanden, Anton van Duinkerken, hat ein ‚In Memoriam' geschrieben. Unvergeßliche Zeilen: „Er trank zu allen Zeiten aus Durst nach einem ewigen Sommer ..."

Und getrunken hat Joseph Roth mächtig viel. Viel auch in Amsterdamer Kneipen. Bei Reynders, bei Eden, beim Pool, bei Scheltema. Um nur ein paar zu nennen. Er hat mit den Kellnern über Gott und die Welt und das gesegnete Trinken geredet. Auch dies eine Flucht des ewigen Flüchtlings?

Ich mache jetzt einen Zug durch seine Kneipen. Rede mit Kellnern.
Ich mache jetzt einen Zug durch
seine Kneipen. Rede mit Kellnern. „Ach, mein Herr, daß er tot ist, noch keine fünfundvierzig Jahre alt ... Ich habe viele seiner Bücher gelesen. ‚Job' hat er mir geschenkt. Was wir hier nicht alles geredet haben. Und wie böse er war, weil unsere Kneipen schon um ein Uhr nachts dicht sind. Er konnte auch seltsame Dinge sagen, wenn er zu viel hatte. Zum Beispiel ..., daß es sicher Krieg geben würde und daß die Moffen (8) auch hierher kommen werden. Aber, er bleibt ein feiner Kerl, ich werde ihn nicht vergessen. Ich kriege noch Geld von ihm, vom vorigen Mal. Aber was soll's ...".

PS:
Meine Eltern wurden im Sommer 1943 in Sobibor ermordet. Meine Schwester wurde im Sommer 1943 in Auschwitz ermordet. Erich Kuttner wurde am 6. Oktober 1942 in Mauthausen ermordet. Franz Vogt flüchtete am 15. Mai 1940 in den Tod (9). Er wohnte bei uns. Er sagte: „Ich geh mal auf den Boden". Er ging ... und erhängte sich.

Anmerkungen:

(1) Colijn, Ministerpräsident (Antirevolutionaire Partij, protestantisch) Goseling, Justizminister (Katholieke Volkspartij)
(2) Tageszeitung „Nieuwe Rotterdamsche Courant", damals liberal orientiert
(3) Nationaal-Socialistische Beweging der Niederlande, Partei der niederländischen Faschisten
(4) Tageszeitung der Sociaal-Demokratische Arbeiders Partij in Nederland (SDAP), Vorläuferin der heutigen Partij van de Arbeid (Sozialdemokraten)
(5) Sozialdemokratischer Rundfunksender
(6) Multatuli (d.i. Eduard Douwes Dekker, 1820-1887) – sozialkritischer Schriftsteller, der insbesondere durch sein Werk „Max Havelaar", in dem er Korruption und Elend in den niederländischen Kolonien anprangerte, bekannt wurde
(7) Arbeiders Jeugd Centrale – Jugendorganisation der SDAP (s.o.)
(8) Schimpfwort für Deutsche
(9) Füng Tage zuvor, am 10. Mai 1940, waren die Niederlande von deutschen Truppen besetzt worden

Einleitung, Übersetzung und Anmerkungen: Niederlande-Kommission

Biographie


Han Wielek, 1979

1933 verließ Han Wielek, 21jährig, Deutschland, um „*Sozialist bleiben*" zu können.

Sein zweites – und später einziges – „Vaterland" wurden die Niederlande. Dort arbeitete er von 1933 bis zur Besetzung der Niederlande 1940 durch die Nazi-Wehrmacht als Journalist und im sozial-kulturellen Bereich.

Von 1940 bis zur Befreiung 1945 war er im Widerstand tätig, vor allem bei der Unterstützung „Illegaler".

Direkt nach der Befreiung wurde er Direktor des Kulturzentrums „Vrij Nederland" (Freies Niederlande) und Leiter der Kulturabteilung des Sozialamtes Amsterdam.

1968 war er Mitbegründer des überparteilichen antifaschistischen Komitees „J'accuse" (Ich klage an, so z.B. AK 153, S. 38), dessen Vorsitzender er seitdem ist.

Seit 1974 ist er Vizepräsident des PEN-Clubs der Niederlande.

Von 1973-78 war er Senator in der Ersten Kammer (von der Funktion her ähnlich dem BRDeutschen Bundesrat) des niederländischen Parlaments für die (sozialdemokratische) Partij van der Arbeid.

Han Wielek ist Verfasser bzw. Herausgeber u.a. folgender Bücher:
– *Verse der Emigration*, **1935**
– *De oorlog die Hitler won* **(Der Krieg, den Hitler gewann), das erste Buch über die Vernichtung der niederländischen Juden, 1947.**
– *De stem van Europa* **(Die Stimme Europas), eine Anthologie europäischer antifaschistischer Gedichte, 1948.**
– *Mogen wij nog anti-duits zijn?* **(Dürfen wir noch anti-deutsch sein?), 1963.**
– **Beiträge in Sammelbänden, die sich mit der BRD auseinandersetzen:** *Duitsland – Voorbeeld of waarschuwing* **(Deutschland – Vorbild oder Warnung?);** *Duitsland – 35 jaar later: Berufsverbot* **(Deutschland – 35 Jahre später: Berufsverbot), 1977; Wieleks Beitrag aus dem letztgenannten Band**
– *Die Bundesrepublik auf dem Weg zum Polizeistaat* **– übernommen aus** *De Gids*, **Nr. 3, 1976, erschien auf deutsch in** *Staatsschutz und Berufsverbote*, **Attica-Verlag, Hamburg 1977).**

gründlich und fundiert über das Schicksal der



„Bunte-Liste"-Helfer verurteilt

Im Mai letzten Jahres wurden zwei Helfer der „Bunten Liste" von Zivilfahndern festgenommen, als sie zu später Stunde einen der bekannten grauen Waschbetonkästen an der Straße mit Wahlplakaten verzierten. Die Festnahme erfolgte wie im Film: der eine wurde von den Bullen quer über den Kofferraum eines Autos gestoßen und in Handschellen gelegt, als er den Dienstausweis zu sehen verlangte. Den anderen ließ man unge-

langte. Den anderen ließ man unge-
schoren, damit er die gerade angebrachten und noch feuchten Plakate von dem Kasten wieder entfernen konnte. Beide wurden zum Zwecke der Personalienfeststellung mit zur Wache genommen.

Einige Monate später erhielten sie eine gerichtliche Vorladung. Auf eine Information der Polizei hin hatten die Hamburger Elektrizitäts-Werke Strafanzeige wegen Sachbeschädigung gestellt. Der die Anklage vertretende Staatsanwalt Reumann, aus anderen politischen Prozessen wie gegen den J.Reents-Verlag bereits berühmt-berüchtigt, verlangte eine besonders hohe Geldstrafe, damit diese sich als abschreckendes Beispiel innerhalb der Linken herumsprechen sollte. Reumann behandelte den Fall in der ihm eigenen politischen und fachlichen Gründlichkeit. Zunächst wurde die grundlegende Frage erörtert, ob das Anbringen eines Plakates in diesem Fall überhaupt eine Sachbeschädigung darstelle, zumal die Plakate unmittelbar nach ihrer Anbringung ja wieder entfernt worden waren. Richter Sörensen entschloß sich dennoch, die „Tat" als strafwürdig anzusehen. Am 3. Verhandlungstag (!!) deckte der Verteidiger auf, daß der bewußte Waschbetonkasten sich gar nicht im Eigentum der HEW befand, die HEW also überhaupt nicht klageberechtigt war. Sicherlich ist dies als Beispiel für die umsichtige Sorgfalt der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu werten und beweist wieder einmal die Qualitäten von Staatsanwalt Reumann. Obwohl die Klage damit eigentlich gegenstandslos geworden war, wurde ein 4. Hauptverhandlungstermin anberaumt. Und jetzt legte sich Reumann erst richtig ins Zeug. Fast ein Jahr nach der „Tat" stellte Reumann den wirklichen Eigentümer des „sachbeschädigten" Kastens fest, nämlich die Hansestadt

stens fest, nämlich die Hansestadt
Hamburg, vertreten durch die Innenbehörde. Der Kasten gehörte zu der Ampelanlage der benachbarten Kreuzung. Durch seinen persönlichen Einsatz stellte er sicher, daß (fast ein Jahr nach der „Tat"!) der 4. Hauptverhandlung eine rechtsgültige Klage der Innenbehörde vorlag. Sie wurde verhandelt, und „im Namen des Volkes" wurden die beiden Kollegen „der gemeinschaftlichen versuchten Sachbeschädigung schuldig" gesprochen. In der Urteilsbegründung heißt es, es läge auch dann „eine Sachbeschädigung vor, wenn eine dem Eigentümerinteresse zuwiderlaufende äußere Zustandsveränderung oder eine wesentliche Veränderung des von dem Eigentümer bestimmten Erscheinungsbildes gegeben ist. Hierbei kommt es nicht auf eine Einschränkung der Funktionstüchtigkeit oder auf ästhetische Gesichtspunkte an ... Zu berücksichtigen ist auch, welchen kriminellen Gehalt die von den beiden Angeklagten begangene Tat hat". Die beiden „Bunte Liste"-Helfer wurden zu Geldstrafen auf Bewährung in Höhe von 250 DM und 100 DM verurteilt. Gegen den mit der höheren Geldstrafe belegten Kollegen war „schon einmal wegen Sachbeschädigung durch Plakatkleben 1976 ermittelt worden" (alle Zitate aus dem Urteil).

Ein Genosse
KB-Gruppe Hamburg

Schwedische Amtshilfe im Kröcher-Prozeß

Unter den ca. 100 Zeugen, die im jetzt begonnenen Prozeß gegen Norbert Kröcher und (leider weiß ich den Vornamen nicht) Adomeit vernommen werden sollen („FR", 7.8.) sind ca. 25 schwedische Staatsbürger. Alle haben „Einladungen" bekommen, in der Bundesrepublik auszusagen. Verständlicherweise war das Interesse der Betroffenen nicht sehr groß, dieser Einladung zu folgen...

Damit der Prozeß nach den Vorstellungen der deutschen Justiz ablaufen kann, ist nun ein Abkommen mit der schwedischen Justiz getroffen worden: es wird Amtshilfe geleistet in der Form, daß ein gesamter Gerichtshof aus Westdeutschland anreist, um die Zeugen zu vernehmen.

An alle Zeugen ist bereits die Vorladung ergangen. Ein Zeugnisverweigerungsrecht gibt es hier nach den schwedischen Gesetzen, die angewendet werden, nicht; bei Zuwiderhandlung wandert der Zeuge für eine Zeit von drei Monaten in den Arrest. Inwiefern die schwedischen Behörden über den Charakter des Prozesses – politisch oder kriminell – einen Beschluß gefaßt haben (Amtshilfe bei politischen Prozessen gibt es unseres Wissens nicht, aber in jedem Falle ist ja Schweden der Anti-Terror-Konvention beigetreten), ist uns noch nicht bekannt.

Das schwedische Gericht ist sogar so „hilfsbereit", den Geladenen die entsprechenden Auszüge aus den Protokollen der Voruntersuchung zuzusenden, ... „um ihr Gedächtnis aufzufrischen..."

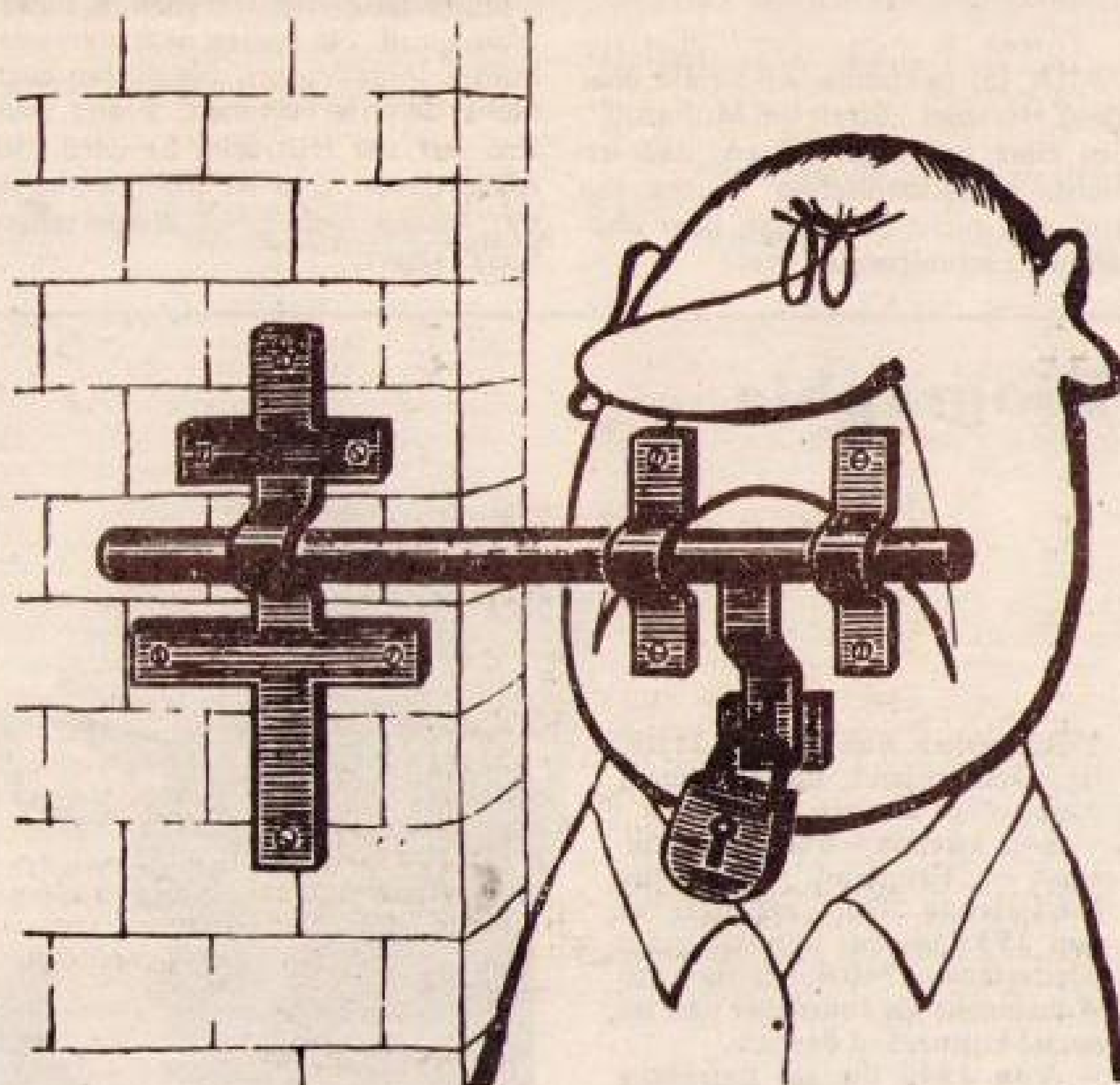
Skandinavienkommission nach Berichten von schwedischen Genossen

Jakob Moneta: Die Verteidigung der Agit-Drucker muß zur Sache der Gewerkschaften werden!

Die folgende Rede wurde von Jakob Moneta auf einer Veranstaltung zur Solidarität mit den Agit-Druckern in Westberlin am 13.7.79 gehalten und uns freundlicherweise zum Abdruck im AK zur Verfügung gestellt.
Träger der Solidaritätsveranstaltung war des Komitee zur Verteidigung demokratischer Grundrechte, unterstützt wurde sie von einer respektablen Anzahl demokratischer und linker Organisationen Westberlins.
Westberliner Antirepressionsgruppe des KB

„Als Gewerkschafter und Nicht-Jurist möchte ich den möglicherweise hier anwesenden Informanten des Gerichts, das die Agit-Drucker verurteilte, das folgende zu bedenken anheim stellen:

‚Während des Arbeitskampfes in der Druckindustrie haben sich Gewerkschafter in einigen Druckereien geweigert, sie diffamierende, ihre Auseinandersetzung mit den Unternehmern verleumdende, ihre Gewerkschaft herabsetzende oder lügenhafte Artikel zu setzen und zu drukken. Das löste einen gewaltigen Aufschrei aus. Pressezaren, die jedes Jahr ein paar Zeitungen schlucken, deren Redakteure sie dann ideologisch gleichschalten, so daß sie die Meinung ihres Brötchengebers Millionen Menschen täglich als die Meinung des gesunden Menschenverstandes verkaufen müssen, heulten auf. Sie sahen die Presse- und Meinungsfreiheit in Gefahr. *„Setzer und Drucker werfen sich zu Zensoren auf"*, klagten sie. Politiker und sogar demokratische Journalisten schlossen sich an, stimmten ein in das Wehgeschrei. Sie sahen durch die Einmischung von Setzern und Druckern in ihre eigenen Angelegenheiten unsere demokratischen Freiheiten bedroht. Wo kämen wir auch hin, wenn nicht die Finanziers und Besitzer, die Auftraggeber von Zeitungen und Druckschriften die Meinung bestimmen dürften, die i h r e Blätter zu vertreten haben, sondern diejenigen, die diese Dinge produzieren, denen man sogar auferlegt, Beschimpfungen und Verleumdungen gegen sich selbst blindlings zu verbreiten.


Siné

All das ist druchaus n o r m a l in unserer Ordnung: Wer bezahlt, der hat das Sagen und wes Brot ich eß, des Lied ich sing. Das sind Grundpfeiler, auf denen dieses System aufgebaut ist. Und nun kommt das Berliner Kammergericht daher – und hier bitte ich die Informanten, genau achtzugeben – und wagt es, in umstürzlerischer Weise, durch das Urteil gegen die Agit-Drucker, diese Grundpfeiler einfach in die Luft zu jagen! Drucker werden hiernach v e r p f l i c h t e t, Zensur auszuüben. Sie dürfen nicht einfach einen Auftrag ausführen, der bezahlt wird. Sie haben zu prüfen, ob das, was sie drucken, auch auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht, obwohl ihnen ausdrücklich vom Gericht bestätigt wird (Seite 88 des Agit-Drucker-Urteils), daß sie einen k o m m e r z i e l l e n A u f t r a g ausgeführt haben.

Während Mitglieder des Betriebsrats des „Weser-Kurier" in Bremen von der politischen Polizei in die Zange genommen wurden, weil sie sich w e i g e r t e n, einen Artikel zu drucken, der ihren Arbeitskampf herabsetzte, somit also Zensur ausübten, werden die Agit-Drucker verurteilt, weil sie k e i n e Zensur ausüb-ten und einen kommerziellen Auftrag ausführten, obwohl sie mit dem Inhalt des Produkts n i c h t einverstanden waren.

Nach dem Urteil gegen die Agit-Drucker, die ins Gefängnis müssen, obwohl sie nur ihre Arbeitskraft gegen Bezahlung zur Verfügung stellten, darf man gespannt sein, wie das Urteil im Prozeß gegen die zehn Gründungsmitglieder der „NSDAP-Ortsgruppe Berlin" aussehen wird. Ihr „NSDAP-Pressewart" erklärte z.B. auf einem Mitgliedertreffen in der Gaststätte „Jägerhütte" in Westberlin zu den drei Polizeibeamten, die bei der Entführung von Schleyer ums Leben kamen *„Wenn's die Roten nicht getan hätten, dann hätten es eben w i r später machen müssen"*. Das Nazihetzblatt „Reichszeitung, Wille und Weg" nannte die Erschießung des ehemaligen Generalbundesanwalts Siegfried Buback eine *„Befreiung von einer Bestie in Menschengestalt"*. Der Berliner Gauleiter der NSDAP, Wolfgang Rahl, hatte neben mancherlei gesetzlich eindeutig Verbotenem eine kleine Waffensammlung zu Hause. Aber um einen Vergleichsmaßstab mit dem Urteil gegen die Agit-Drucker zu haben, brauchen wir das NSDAP-Urteil gar nicht abzuwarten. Es liegen nämlich bereits Urteile vor, die sehr genau zeigen, nicht was, sondern w e r in der Bundesrepublik von bestimmten Gerichten verfolgt und bestraft wird und wer ohne, oder mit lächerlich geringer Strafe davonkommt.

So wurde das Ermittlungsverfahren gegen den NPD-Funktionär Heinrich Gerlach, das vom Fachschaftsrat Theologie in Göttingen beantragt worden war – und zwar wegen Verdachts der Volksverhetzung, der Verbreitung nazistischen Gedankenguts und der Verunglimpfung von Verfassungsorganen – von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Göttingen eingestellt. Die Gründe für die Einstellung der Ermittlungen sind vom Standpunkt einer konsequenten Klassenjustiz sehr einleuchtend. Die mehrfach von dem NPD-Mann verwendete Parole „Rotfront verrecke" sei nicht als Bestandteil nazistischen Gedankenguts zu werten, meinte der Staatsanwalt, weil das Institut für Zeitgeschichte in München nicht habe feststellen können, ob diese Parole kennzeichnend sei für eine ehemalige nationalsozialistische Organisation. Das stimmt ganz genau, denn die Parole hieß damals „Juda verrecke". Und das war ja ganz harmlos, denn die Juden sind doch gar nicht alleine verreckt. Sie wurden nur vergast. Volksverhetzung liegt nach Meinung des Staatsanwalts nicht vor, wenn man von einem „türkischen Ansturm" spricht und davon, daß „negride und asiatische Menschenrassen Deutschland zersetzen wollten". Der „Persönlichkeitskern" dieser Gruppe werde hierdurch nicht angetastet, hieß es im Einstellungsbeschluß.

Im Agit-Drucker-Urteil heißt es jedoch, daß die *„Entwürdigung des Gegners ... in dem Leser psychologische Hemmungen abbauen und dadurch ein Klima vorbereiten helfen (kann), in dem ... Untaten entstehen können"* (S. 65).

Der Göttinger Fachschaft Theologie bleib nach dem NPD-Urteil nichts anderes übrig als festzustellen, *„die bundesdeutsche Justiz habe sich wieder einmal unfähig zu einer konsequenten antifaschistischen Haltung gezeigt"*.

Die fraglichen Gesetzesparagrafen seien offensichtlich nur geschaffen worden, *„um eine systematische Opposition zu kriminalisieren"*. Und das ist natürlich nur eine linke Opposition.

Das läßt sich denn auch anhand der meisten Urteile gegen Linke, oder als Linke eingestufte, im Vergleich etwa zu den Urteilen in NS-Prozessen jetzt eindeutig belegen. Denn wir haben jetzt zwei Untersuchungen über die Strafverfolgung von NS-Tätern, die eine von Adalbert Rückert, die andere von Ulrich Dieter Opitz, die beweisen, daß N a c h s i c h t bei Strafzumessung, R ü c k s i c h t in der Strafvollstreckung und Bewertung aller Gesichtspunkte z u g u n s t e n der Verurteilten mitunter mit grotesk anmutenden Argumenten bei NS-Prozessen durchaus üblich waren und sind.

Nur drei Fälle wollen wir herausgreifen, um einen Vergleichsmaßstab zu haben.

1. SS-Obertruppenführer Theodor Pillich wurde von einem Gießener Schwurgericht zu drei Jahren und drei Monaten Zuchthaus verurteilt, weil er erwiesenermaßen in einem Exekutionskommando an der Erschießung von 162 jüdischen Männern, Frauen und Kindern in Polen beteiligt war. Das Gericht räumte zugun-

ligt war. Das Gericht räumte zugun-
sten von Pillich ein, daß dieser sich *„nicht mit der Tat identifiziert und das Geschehen aus tiefstem Herzen abgelehnt habe"*.

Aus dem Agit-Drucker Urteil erfahren wir, daß es jeder *„natürlichen menschlichen Verhaltensweise"* widerspricht und unglaubhaft ist, wenn die Angeklagten behaupten, Texte, die sie druckten, nicht gelesen zu haben. Aber 162 Menschen kann man erschießen helfen, ohne sich mit der Tat zu identifizieren und obwohl man das „Geschehen" aus tiefstem Herzen ablehnt. Das entspricht offenbar der natürlichen menschlichen Verhaltensweise und ist glaubhaft!

2. Dem SS-Sturmbannführer und Einsatzgruppenführer Otto Bradfisch, verantwortlich für den Tod von 15.000 Juden, wurde von den Geschworenen nur zehn Jahre Zuchthaus zudiktiert, weil er nach 1945 straffrei als *„ordentliches Mitglied der Gesellschaft"* gelebt habe.

Das kann man aber von den Agit-Druckern keineswegs behaupten. Denn von ihnen wird in dem Urteil festgestellt, (S. 42), sie hätten sich als Teil einer *„basisorientierten linken Bewegung"* gesehen, die ein alternatives besseres Leben ermöglichen will. *„Jegliche Arbeitsteilung und damit Fremdbestimmung sollte in ihrem Kollektiv aufgehoben sein, daß keine gegenseitigen Über- und Unterordnungsverhältnisse kennen wollte."*

Ein Kollektiv ohne Über- und Unterordnung, da kann doch einfach kein „ordentliches Mitglied der Gesellschaft" leben. Da kann man sich doch nicht einmal auf den Befehlsnotstand berufen, wie wenn man ein paar Tausend Kommunisten, Polen, Russen oder Juden umgebracht hat.

3. In der Urteilsbegründung im Falle des SS-Oberführers und Befehlshabers der Sicherheitspolizei in Serbien, Emanuel Schäfer, der sechseinhalb Jahre Zuchthaus wegen Mordbeihilfe und Totschlag erhielt, machte das Schwurgericht beim Kölner Landgericht geltend, daß es sich bei einem der O p f e r um eine Kommunistin gehandelt habe, bei dem anderen O p f e r um einen „großen Deutschenhasser". Bei dem Angeklagten hingegen seien seiner ganzen Persönlichkeit nach „vaterländische Gesichtspunkte" bestimmend gewesen.

Solche „vaterländischen Gesichtspunkte" konnten die Agit-Drucker leider nicht geltend machen. Sie gehörten zu der komischen Sorte von Vögeln, die, wie es im Urteil (S. 86) heißt, *„das utopische Ziel eines ‚alter-*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 26

nativen, besseren Lebens' verwirklichen wollten, zu dem auch die vollkommen freie Diskussion gehört"! Und so etwas m u ß natürlich bestraft werden!

Wenn in dem Urteil gegen die Agit-Drucker (S. 81) von dem Rechtsgut des Gemeinschaftswesens die Rede ist, das geschützt werden müsse, sollten auch jene Gewerkschafter aufhorchen, die sich nicht betroffen fühlen, wenn Linke von Gerichten ungerecht behandelt werden. Das Rechtsgut des Gemeinschaftsfriedens, könnte es nicht auch im Falle eines Streiks für gefährdet gelten?

Als in Frankfurt in wohlabgewogener Neutralität sowohl eine Kundgebung der NPD als auch des DGB anläßlich des 17. Juni verboten wurde, sah die IG Metall in diesem ersten Verbot einer Gewerkschaftskundgebung seit 1933 auch den ersten massiven Versuch, die Gewerkschaften zu kriminalisieren.

Dieses Verbot, ausgesprochen von dem ehemaligen Marburger Amtsrichter und jetzigen CDU-Oberbürgermeister und Strauß-Fan Wallmann, wurde von der IG Metall zu Recht eingeordnet in die CSU-Pläne zur „Endlösung der Gewerkschaftsfrage". Wahr ist auch, wie man im Funktionärsorgan „Der Gewerkschafter" nachlesen kann, daß durch die Nominierung von Strauß zum Bundeskanzler-Kandidaten all das eine ganz andere Dimension erhält.

Wenn man es aber ernst nimmt mit dem Kampf gegen die eindeutig von rechts drohenden Gefahren, dann muß man vor allem jeder Aushöhlung der demokratischen Rechte und Freiheiten in geschlossener Formation entgegentreten.

Die Verteidigung der Agit-Drucker muß zur Sache der Gewerkschaften werden, wenn sie ihre Glaubwürdigkeit in der Masse jener radikalen Jugendlichen nicht verlieren will, die stets gezeigt hat, daß sie bereit ist, sich zu mobilisieren, wenn es um den Kampf gegen Notstandsgesetze, gegen Berufsverbote, gegen die Aussperrung, gegen den § 218, gegen Atomkraftwerke und gegen den Abbau demokratischer Rechte geht.

Noch immer hat die Reaktion ihren Kampf gegen die entschiedensten Teile der Opposition begonnen, um sich dann nacheinander alle vorzunehmen, die noch wagen, aufzumukken – bis hin zu denen, die so zahm waren, daß sie den Herren aus der Hand fraßen. Aber noch ihre Zähne wurden als mögliche Waffen gefürchtet und man schlug sie ihnen ein – wie viele Gewerkschafter bezeugen können, die 1933 in die Fänge der Nazimörder gerieten.

Je härter die kapitalistische Krise zuschlagen wird, je stärker die Ängste der Menschen werden, wenn man ihnen keinen Ausweg aus der Krise zeigt, desto größer werden mit der Zeit die Aussichten für den vom deutschen Finanz- und Großkapital in die vorderste politische Linie entsandten „Starken Mann", der den „Starken Staat" errichten will.

Nicht die zerstrittene, ohnmächtige Linke, sondern allein die mächtige Gewerkschaftsbewegung mit ihren Millionen Mitgliedern kann letzten Endes den „Marsch auf Bonn" aufhalten.

In der Verantwortung ihrer Führung liegt es, die dynamische Kraft von Hunderttausenden, meist jungen Menschen, die in kritischer Solidarität auf Seiten der Gewerkschaften stehen, in die gemeinsame Abwehrfront gegen die Gefahr, die wieder einmal von rechts droht, einzubeziehen.

Solidarität mit den Agit-Druckern könnte ein guter Anfang sein, um eine Brücke zu bauen zu jener „radikalen Linken", die nur die ersten Schläge abfängt, die morgen auch auf die Gewerkschaften niederprasseln werden, wenn sie denen allen unbequem werden, die eine „Endlösung" der Gewerkschaften vorbereiten."

Meldungen aus dem Staatsschutz-Bereich

Im Berufungsprozeß vor dem Bielefelder Landgericht wurde H. Strümann am 15. Mai freigesprochen. Die Anklage gegen ihn lautete auf Beleidigung der Polizei, weil er Plakate der „Roten Hilfe Deutschlands" zum „Polizeiterror in Bielefeld" geklebt habe.

Strümann war in erster Instanz allein deshalb verurteilt worden, weil er mit einem Leimeimer angetroffen worden war, obwohl ihm nicht nachgewiesen werden konnte, die Plakate geklebt zu haben.
Gerade wegen dieser zweifelhaften Beweislage wurde er jetzt freigesprochen.
(Bielefelder Stadtblatt Nr. 7/8 79 Juli/August 79 S. 15)

* * *

Zu einer Geldstrafe von 720 DM hat das Schöffengericht Gießen eine Biologie-Studentin verurteilt, die 1977 den Buback-Nachruf nachdrucken ließ und mit der Überschrift „Bubackakak" versah. Durch die Überschrift habe sie eine Straftat gebilligt (§ 140) und den Staat verunglimpft (§ 90a).
(„FR" vom 19.7.79).

In einer inoffiziellen Betriebszeitung des KBW war Bundesarbeitsminister Ehrenberg als „Blutsauger" und „Lump" bezeichnet worden, der für die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter verantwortlich sei. Ebenso war der ehemalige Vorsitzende der Dresdner Bank, Ponto, in einem Nachruf auf ihn als „Blutsauger" und „Gauner" tituliert worden.

Das LG Oldenburg lehnte eine Verurteilung ab, weil der Angeklagte mit seiner Tat nur das Programm des KBW habe unterstützen wollen, der aber könne in seiner politischen Tätigkeit nicht gehindert werden, solange die Partei nicht verboten sei. Höchstrichterlich entschied nunmehr aber der BGH, daß es auch bei einer verfassungsfeindlichen Verunglimpfung – die angeklagt war – nur darauf ankomme, ob sich der Täter für verfassungsfeindliche Bestrebungen einsetze, ganz gleich ob er Mitglied oder Anhänger einer Partei sei. Das Parteienprivileg (Art. 21 GG) wird so immer weiter ausgehöhlt („FR" vom 2.8.79, S. 4).

IKAH / Arbeitsgruppe Zensur

„Ohne Aussprache" und lediglich mit den Gegenstimmen der FDP-Fraktion hat der Baden-Württembergische Landtag das Meldegesetz drastisch verschärft:
- In Zukunft müssen Ein- und Auszüge den Meldebehörden von den Vermietern gemeldet werden. Die bisherige Regelung, wonach der Vermieter die Einhaltung der Meldepflicht durch den Mieter zu überwachen hatte, funktionierte offensichtlich nicht effektiv genug.
- Meldezettel in Hotels müssen zukünftig von allen Übernachtungsgästen
  - nicht nur vom „Familienoberhaupt"
  - h a n d s c h r i f t l i c h ausgefüllt werden.
- Und schließlich müssen auch Campingplätze diese Meldezettel ausfüllen lassen und täglich bei der Ortspolizei abliefern.

„Big Brother" läßt eben keinen aus den Augen – auch nicht in den Ferien.

Antifa-Kommission Baden-Württemberg

Enthüllungen im Günter-Braun-Prozeß: Der mörderische Alltag im Knast

Seit Mitte Mai geht in Nürnberg der Verleumdungsprozeß gegen die Öffentlichkeitsarbeit zu den Todesumständen des Gefangenen Günter Braun über die Bühne (s. AK 155).

Was an 9 Prozeßtagen durch Zeugenaussagen zu Tage kam, läßt den Schluß zu, daß das Leben im Gefängnis alles andere als sicher ist.

Auch Günter Braun würde heute wahrscheinlich noch leben, wenn in der JVA Nürnberg sorgsamer mit seiner Gesundheit umgegangen worden wäre:
- Obwohl Günter Braun weder aß noch trank, obwohl er extrem Gewicht verlor (in 10 Tagen 13 Kilo) wurde er nicht internistisch behandelt, da „sein ganzes Erscheinungsbild das eines Schwachsinnigen" gewesen sei.
- Der behandelnde Psychiater gab ihm ein krampflösendes Mittel gegen Magenschmerzen und diagnostizierte einen „psychogenen Dämmerzustand", was für ihn die „wissenschaftliche Umschreibung" für den Ausdruck „den kranken Mann spielen" bedeutete.
- Die „ausdrückliche Nichtbeachtung der Krankheit" hielt er für die richtige psychiatrische Behandlung.
- Fieberkurven hielt er für unwichtig, denn „Klinik ist Klinik und Gefängnis ist Gefängnis".

Bei der Obduktion der Leiche wurde festgestellt:
- Eine Lungenentzündung, die nach Ansicht des Gutachters „nur ein Schwerhöriger nicht hätte erkennen können",
- Exikose (Austrocknung),
- Leberzellenverfettung.

Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft sollte die Obduktion nur unter dem Gesichtspunkt durchgeführt werden, ob die Verletzungen, die bei G.B. festgestellt wurden, todesursächlich waren. Sie waren es nicht. Die Todesursache bleibt ungeklärt, da für die Obduzenten gar nicht erst die Voraussetzungen da waren, danach zu suchen: Das Krankenbett lag nicht vor; den Obduzenten war nicht bekannt, welche Medikamente G.B. bekommen hatte; sie wußten nichts über den hohen Gewichtsverlust, d.h., sie „tappten völlig im Dunkeln" (ein Obduktionsarzt).

Ungeklärt ist aber auch, wodurch die Verletzungen entstanden. Das Verletzungsmuster ist nach Aussagen der Obduzenten nicht auf einen Sturz zurückzuführen. Heute sind die Ursachen dieser Verletzungen nicht mehr zu ermitteln, da hält der JVA-Clan dicht: So werden die Zeugen (Beamte oder Häftlinge der JVA) so „gut vorbereitet", daß sie sich bei der Vernehmung an nichts mehr erinnern können und von nichts mehr wissen, so kommt es vor, daß ein Mithäftling Brauns seine Aussage dreimal umfrisiert, bis sie mit der eines JVA-Beamten übereinstimmt, ein anderer noch schnell in der Mittagspause von seinen hilfsbereiten Kollegen über den Verlauf des Prozesses informiert wird.

Über die Behandlung des Günter-Braun-Komplexes hinaus ging es im Prozeß bisher auch um Mißhandlung allgemein im Gefängnisalltag, was ebenfalls in den inkriminierten Flugblättern angeprangert wurde. „Wegen der zu befürchtenden Repressalien" sagte ein Teil der dazu geladenen Häftlinge nichts aus. Dem einen Zeugen wurde von einem JVA Beamten gedroht: „*Passen Sie auf, Herr W., Sie können aussagen, Sie können auch nicht aussagen. Sagen Sie aus und der Prozeß des Herrn Kuhn (Angeklagter) geht verloren, dann haben Sie eine Verleumdungsklage am Hals.*" Ein anderer Zeuge erklärte: „*Ich kann es als Strafgefangener als stille Drohung ansehen, wenn mir gesagt wird, hoffentlich machen Sie nichts verkehrt.*" Ein weiterer verweigerte die Aussage: „*Ich will nichts sagen; jetzt bin ich noch gesund und munter, wer weiß, was hinterher ist.*"

Der Zeuge St. sagt aus, daß er trotz Haftunfähigkeitsbescheinigung, von der auch der zuständige Arzt Bausenwein wußte, weiter in U-Haft gehalten wird. Statt einer Behandlung wird er mit Psychopharmaka vollgestopft, werden ihm Prügel angedroht, wird er durch Erschrecken tyrannisiert. Wie auch einige andere Häftlinge, die dazu aussagten, hat er Erfahrung mit der Beruhigungszelle gemacht.

Die Beruhigungszelle ist ein Raum ohne Fenster, ohne Wasser, mit schalldichten Türen, einer Schaumstoffmatratze; der Raum kann mittels einer Fußbodenheizung und einem Seitengebläse entweder bis 50 Grad aufgeheizt oder total unterkühlt werden; der Raum wird Tag und Nacht überwacht und nachts mit Scheinwerfern ausgeleuchtet.

Bis jetzt konnte der „Fall Günter Braun" nicht, wie durch diesen Prozeß bezweckt, in der Öffentlichkeit unterdrückt werden, sondern fand – wesentlich mitbestimmt durch die Ermittlungen des Richters und der Rechtsanwälte – verstärkt Aufmerksamkeit. Nach den letzten Zeugenaussagen geht der Richter Boxdorfer noch einen Schritt weiter: Er will den ehemaligen Chef des Vollzugskrankenhauses Hohemasperg und Leitenden Medizinaldirektor, Dr. Achim Mechler, als Gutachter laden. Dr. Mechler hatte den Staatsdienst quittiert, nachdem er zu der Erkenntnis gelangt war, daß „Psychiatrie und Strafvollzug, so wie er heute praktiziert wird ... in einem unüberbrückbaren Gegensatz" stehen („Spiegel, 6.8.79). Nicht verwunderlich ist, daß Richter Boxdorfer, wie er andeutete, bereits Druck von der Justizbehörde bekommt.

KB/Gruppe Nürnberg

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon: 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Geestacht
Postlagerkarte 02/2054 Geestacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitrag von 16 bis 18 Uhr
und jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr
Holstenstraße zwischen „Kieler Nachrichten" und Buchladen „Montanus"

Lübeck
ARBEITERKAMPF -Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Neumünster
Angelika Schuknecht
Joachimstraße 29
2350 Neumünster
04321/46598

Ost-Holstein
(Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel. 0471/47597
Di-Fr. 13.30 - 18.30
Sa. 9.30 - 14.00

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0 674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bächerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J.Reents Vertriebsbüro
Buddestr.9
48 Bielefeld
Mittwoch von 18 - 2o UHR

Bochum
Postlagerkarte A 056 011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Bonn
Dienstag 12 bis 14 Uhr
Mensa Nasserstraße
Sonnabends 10.30 bis 12.30 Uhr
Münsterplatz

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen:
Jeden Sa. 11 - 13 Uhr Kettwiger Str.
Nähe Kurienplatz.
Den AK gibt's außerdem in Buchh.
H. Heine, Viehofer Pl. 8 und
Buchladen Bundschuh, Tiegelstr. 39

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 0067 45
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln
Dienstag:
Büchertisch-Fachhochschule für Sozialarbeit
Mittwoch: Büchertisch – Uni

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
J.Reents-Vertriebsbüro
S.Lissner
Rödelheimer Str. 13
6ooo Frankfurt 90

Kassel
F. Rohs
Postfach 10 31 43
3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/Mensa) Kontakt über Postlagerkarte
080 845 B
AK-Verkauf dienstags 12-14 Uhr
Mensa Triplex

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Mannheim
„Der Andere Buchladen"
co. KB-Sympathisanten
M 2,6
6800 Mannheim 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Dienstag
Büchertisch 11-13 Uhr
Gesamthochschule

Landshut
A.Fierlbeck,
Postfach 2413,
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10 - 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg
Verkauf mittwochs nach
AK-Erscheinen, Alte Mensa

Westberlin

J. Reents-Vertriebsbüro
Eisenbahnstr. 4
1 Westberlin 36

Britische Truppen raus aus Nord-Irland!

Interview mit dem Genossen Kieran Nugent über die Situation in den H-Blocks

Im folgenden drucken wir Auszüge aus einem Interview, das KIERAN NUGENT im Juni 1979 dem Redaktionskollektiv von TROOPS OUT (der Zeitung der United Troops Out Movement, Sammlungsbewegung gegen die Präsenz britischer Truppen in Nordirland) gegeben hat.

Um dieses Interview zu verstehen, geben wir vorab einige Informationen zum Kampf der republikanischen Gefangenen in Nordirland.

1968/69 spitzten sich die Auseinandersetzungen zwischen Protestanten und Katholiken in Nordirland um die Unabhängigkeit des Landes erheblich zu. Im August 1969 kam es dann zu Straßenkämpfen in Derry, Belfast und anderen Teilen Nordirlands, die die britische Regierung am 14. August veranlaßten, in Nordirland mit Truppen einzumarschieren.
(Einen umfassenden historischen Überblick erarbeiten wir zur Zeit und werden ihn in einer der nächsten Nummern des ARBEITERKAMPF veröffentlichen.)

Drei Jahre nach der Okkupation durch Großbritannien trat 1972 der Kampf um den politischen Status von Gefangenen in den Vordergrund.

Nach einem erfolgreichen Hungerstreik von Billy McKee und fünf anderen republikanischen Gefangenen 1972 wurde den politischen Gefangenen ein ,,spezieller Klassenstatus'' zuerkannt.

Die IRA bekam dadurch den Charakter des politischen Gegners zugestanden und ihr Kampf gegen die britischen Truppen bekam den Status des politischen Kampfes.

Politische Gefangene durften seit der Zeit ihre eigenen Kleider tragen, sie brauchten keine Knastarbeit abzuleisten und sie waren getrennt von anderen Gefangenen. Sie hatten jeden Tag Zusammenkünfte, ein leidlich nahrhaftes Essenspaket einmal pro Woche, unbegrenzte ein- und ausgehende Post und einen halbstündigen Besuchstermin pro Woche (Irish Republican Information Service, 9. Juni 1979).

Nach dem Ende der Haft von Billy und den fünf anderen Genossen wurde dieser Status für alle, die nach 1976 ,,terroristischer Verstöße'' für schuldig befunden wurden, der politische Status wieder aberkannt (während allen vorher Verurteilten dieser Status erhalten blieb).

Gleichzeitig mit der Regierung fing auch die Presse an den irischen Widerstand und insbesondere den politischen Kampf der IRA zu kriminalisieren, indem die IRA-Mitglieder als Terroristen abgestempelt und ihre Aktionen pauschal als Terroranschläge verurteilt wurden.

Die Nichtanerkennung des politischen Status der Gefangenen und die derzeitigen Auseinandersetzungen in Long Kesh sollen in diesem Rahmen

ge verurteilt wurden.
Die Nichtanerkennung des politischen Status der Gefangenen und die derzeitigen Auseinandersetzungen in Long Kesh sollen in diesem Rahmen

dazu dienen, die Identität der gefangenen Genossen als Freiheitskämpfer zu zerstören. Die Brutalität dieses Versuchs wird durch das Interview hautnah aufgezeigt.

Z.Zt. sitzen etwa 2.000 irische Freiheitskämpfer in englischen Knästen in Irland und England. In den H-Blocks von Long Kesh vegetieren 350 Gefangene (laut westdeutsches Irland-Solidaritätskomitee).

Kieran Nugent war der erste Republikaner, der nach dem März 1976 verurteilt wurde und es verweigerte, als Krimineller behandelt zu werden. Er wurde am 11. Mai 1979 aus Long Kesh entlassen, nachdem er zwei Jahre und acht Monate nur eine Decke als Bekleidungsstück hatte, da er sich weigerte, Gefangenenkleidung zu tragen.

,,Ich wurde am 14. September 1976 zu drei Jahren wegen hijacking [Entführung] verurteilt. Nach meiner Ankunft im H1 Block von Long Kesh traf ich auf einen Offizier und einen Wärter, die mich mit gespreizten Armen und Beinen an die Wand stellten — nach dem Stil der britischen Armee — und mich aufforderten, meine Kleidung abzulegen. Ich gab keine Antwort. Dafür wurde ich geboxt und geschlagen. Ich wurde dann in eine total leere Zelle ,,geführt'' — einen Arm auf den Rücken gedreht — die Tür wurde hinter mir geschlossen und sie meinten, sie kämen gleich wieder. Nach fünf Minuten forderten sie mich erneut auf, mich auszuziehen. Wieder verweigerte ich.

Dann fielen sie brutal über mich her und rissen mir die Kleidung vom Körper. Einer der Wärter warf mir eine Decke zu, dies war der Anfang des ,,Decken-Protestes''.

In der Zelle gab es nichts außer einer Matratze und dieser Decke. Ich bekam den Tag nichts mehr zu essen und zu trinken; das Licht brannte die ganze Nacht.

Einer der Wärter kam am nächsten Morgen und brachte mir eine halbe Tasse Tee und zwei Scheiben Brot. Etwa 1 1/2 Stunden später kamen sie wieder herein. Ich fragte sie nach Hofgängen. Sie sagten mir, daß ich eine Stunde pro Tag bewilligt bekommen hätte. Den Morgen regnete es sehr stark. Sie gestatteten mir meine Decke um mich zu wickeln und so wurde ich auf den Hof geführt. Sie bauten zu der Zeit immer noch an den Blocks, der Hof war noch nicht planiert und ich mußte barfuß auf kleinen spitzen Steinen gehen. Nach dem Hofgang war die Decke total durchnäßt, ich hatte keine andere. Außerdem war die Heizung sehr klein gestellt.

Ein paar Stunden später war Mittag, wenn man das so nennen kann. ,,Mittag'', das war ein Plastik-Teller mit sehr wenig Essen drauf und ein Löffel zum Essen. Sie verweigerten mir Messer und Gabel, was allerdings für so wenig auch gar nicht gebraucht wurde.

In dieser Nacht kam ich in eine Zelle mit Bettgestell, Matratze und Decke sowie einem Nachttopf, sonst war nichts drin.

Ich sollte wie jeder andere Gefangene eine Gallone [ca. 4 Liter] Wasser pro Tag bekommen, ich bekam gerade eine Tasse.

Dies war der erste Tag im H Block. Ich war zu der Zeit allein in H1. Die

gene eine Gallone [ca. 4 Liter] Wasser pro Tag bekommen, ich bekam gerade eine Tasse.
Dies war der erste Tag im H Block.

Ich war zu der Zeit allein in H1. Die Wärter isolierten mich — keiner kam in meine Nähe. Dies war der Anfang ihres Versuchs, meinen Widerstand zu brechen. Erstens Brutalität, zweitens Hungern, drittens Isolation. Wahrscheinlich dachte einer der Knast-Psychologen, daß er ein winziges bißchen Geschichte kennen würde. Er hat aber nicht zurückgeblickt auf die irische Geschichte.

Nach zwei oder drei Wochen kam wieder ein Offizier und bot mir einige Auftragsarbeiten, extra Zigaretten,



kleine Extra-Zugeständnisse mit der Versprechung an, daß er nach mir sehen und mich gut behandeln würde, wenn ich Anstaltskleidung trüge.

Drei oder vier Wochen später stieß ein anderer Belfaster Republikaner [Brendan - Ned - Flynn] zu mir und ein paar Wochen später kamen noch mal sechs aus Belfast. Zu der Zeit gab es außerdem Loyalisten unter den Gefangenen. Diese trugen Anstaltskleidung. Es kam dann die Zeit, in der die Republikaner aufgesplittet wurden. Jeder unter 21 Jahren wurde nach H2 verlegt, das für Young Prisoners [junge Gefangene] wie sie es nannten, war.

Zu dieser Zeit in H2 bekamen wir die Erlaubnis, einmal pro Woche zu duschen, was wir auch machten. Wir durften einen Brief pro Monat erhalten, der allerdings nicht mehr als zwei Seiten enthalten durfte. Waren mehr als zwei Seiten drin, nahmen die Wärter Seiten heraus — z.B. die erste und die dritte — so daß der Rest totaler Dreck war. Man durfte außerdem einmal im Monat einen dreißigminütigen Besuch empfangen; dafür mußte man allerdings Anstaltskleidung tragen. Das tat keiner. Die Brutalität nahm 100%ig zu. Die Männer wurden aus ihren Zellen gezogen und zusammengeschlagen.

Dann kam eine neue Phase. Keiner durfte mehr seine Zelle ohne eine Decke umzuhaben, verlassen. Wir wurden aufgefordert, entweder nackt oder in Gefängniskleidung zum Hofgang zu gehen. Das war um Weihnachten 1976. Es war bitterkalt. Unter keinen Umständen waren wir dazu bereit. Dann zwangen sie uns, nackt aus den Zellen zu gehen, um unser Essen zu empfangen. Wenn einer das nicht wollte, bekam er nichts.

Im Mai 1977 wurde H5 fertiggestellt und sowohl unsere Genossen aus

Essen zu empfangen. Wenn einer das nicht wollte, bekam er nichts.
Im Mai 1977 wurde H5 fertiggestellt und sowohl unsere Genossen aus

H1 als auch wir wurden darin untergebracht. H5 war eine ganz andere Situation. Nicht, daß die Wärter sich änderten, sondern wir waren jetzt mehr — ungefähr 80 Männer.

Auch wurde unsere Kommunikation mit unseren Leuten draußen besser, weil die verheirateten Männer Besuch bekommen konnten.

Ab Januar 1978 glaubten wir, daß die britische Regierung Order gegeben hatte, unseren Protest zu brechen. Männer, die zum Duschen gingen, mußten sich mit gespreizten Armen und Beinen aufstellen, wurden überfallen und geschlagen. Man durfte einmal pro Tag zur Toilette gehen und dasselbe passierte dann: brutale Übergriffe, unverschämte und entwürdigende Durchsuchungen.

Wir waren nicht auf solche Sachen vorbereitet, so beschlossen wir, nicht mehr aus den Zellen zu gehen, passiere, was wolle. Die Wärter begannen dann, uns Plastikschüsseln zu bringen, die etwa 1 1/2 cm hoch mit Wasser gefüllt waren, was ungenügend war, um sich zu waschen. Das ging so weiter für'ne ziemliche Zeit. So beschlossen wir, auch das nicht mehr anzunehmen. Dies war der Anfang des ,,nicht mehr Waschen''-Protestes.

Sie hatten Loyalisten als Kalfaktoren eingesetzt, die einen Wagen mit einem großen Plastikkübel herumfuhren und diese schütteten den Inhalt unserer Nachttöpfe in diesen Kübel. Man kann sich den Gestank vorstellen — 48 Männer und ihre Nachttöpfe waren seit Tagen nicht geleert. Das wurde zeitlich so zusammengelegt, daß der Essenswagen zur gleichen Zeit rumfuhr, sofort nachdem der Kübel reingefahren wurde, kam der Essenswagen und sie gaben uns das Essen mit den gleichen Gummihandschuhen aus, mit denen sie die Pisspötte ausgeleert hatten. Das Essen war nicht mehr zu gebrauchen.

Die Wärter kamen tagsüber und durchsuchten die Zellen, man mußte sich nackt an die Wand stellen und empörende Untersuchungen über sich ergehen lassen. Dann kippten sie die Pisspötte über die Betten und Decken. Diese waren vollständig durchnäßt. Die Heizung wurde ganz abgestellt.

Um die einzigen Sachen, die wir hatten — die Matratzen und Decken — zu retten, beschlossen wir, den Inhalt der Nachttöpfe aus dem Fenster zu werfen. Die Wärter gingen ums Haus herum, um den Inhalt zurückzuwerfen. Das ging eine ganze Zeit so, die Matratzen und Decken waren total versaut.

Wir mußten eine Entscheidung fällen, was wir weiter machen. So beschlossen wir, die Exkremente gleichmäßig an den Zellenwänden zu verteilen. Ich muß wirklich dazu sagen, daß wir das nicht gerne machten. Um aber wenigstens die Betten und Dekken zu retten, blieb uns nichts anderes übrig. Wir mußten Matratzenstücke und Teile der Decken dafür benutzen und das fiel uns sehr, sehr schwer, denn es war sehr kalt und die Matratzen sehr klein.

Auch das Essen, das wir bekamen, wurde ungenießbar, auch das schmierten wir gegen die Wände. Die Zellen waren in dieser Zeit wie Kloaken. Maden brüteten zu hunderten, man konnte sie über Decken, Betten und Boden kriechen sehen. Maden waren auch im Essen, die Wärter taten sie da rein.

Es war das Gespräch davon, daß die Wärter die Maden zum Fischen benutzen. Sie hatten einem republikanischen Häftling gegenüber damit geprahlt. Sie sagten, wir würden ihnen

die Wärter die Maden zum Fischen benutzen. Sie hatten einem republikanischen Häftling gegenüber damit geprahlt. Sie sagten, wir würden ihnen

Geld sparen helfen, sie bräuchten sie jetzt nicht mehr zu kaufen.

Eines Tages, als wir eine Versammlung hatten — Versammlungen sind einmal pro Woche 20 Minuten, das ist die einzige Möglichkeit, mal den Rest der Genossen zu sehen — kamen wir zurück und wurden ganz schnell in unsere Zellen geschickt. Irgendetwas war merkwürdig — die Wärter hatten es besonders eilig. Im ersten Moment passierte gar nichts — dann fingen meine Augen an zu tränen. Ich fing an zu husten. Ich hörte andere Männer schreien, sie würden keine Luft mehr kriegen. Ich sah in die Zellenecken. Da war eine große Pfütze einer violetten Flüssigkeit, aus der Dämpfe aufstiegen. Unsere erste Reaktion war, Wasser draufzuschütten, es könnte sich verdünnen. Aber sofort stiegen noch mehr Dämpfe auf. Es war eine hochkonzentrierte Chemikalie — wir wissen heute noch nicht was. Die anderen und ich selbst hatten alle Erfahrungen mit CS-Gas gemacht. Dies war irgendetwas ähnliches. Es hatte die gleiche Wirkung. Etliche Männer brachen zusammen. Wir fragten die Wärter nach Ärzten, sie lachten nur.

Um wieder atmen zu können, mußten wir die Fensterscheiben einschlagen. Das wurde uns als mutwillige Zerstörung ausgelegt, wir hatten jedoch keine Alternative. Auf keinen Fall war es von uns geplant. Als endlich die Wärter herumgingen, kamen einige Männer doch noch zur Krankenstation. Sie wurden von MO's [Medical Officers] begutachtet, Wärter in weißen Kitteln. Sie gaben den Männern irgendeine Flüssigkeit. Die tranken das, weil sie alles getrunken hätten, was Linderung versprach. Den Männern ging's trotzdem noch schlecht, aber ihnen wurde gesagt, wenn sie mehr Hilfe haben wollten, sollten sie sich in die Liste eintragen, um am nächsten Morgen um 7.30 Uhr zum Arzt zu gehen.

Die Fenster waren jetzt zerbrochen. Das nutzten sie, um von der Rückseite her die Zellen und uns total unter Wasser zu setzen. Die Heizung wurde ganz abgedreht, so war es naß und kalt.

Am 20. Dezember 1978, drei oder vier Tage nachdem Direktor Miles [der Mann, der für alle diese Aktivitäten verantwortlich war, der anwesend war, wenn Gefangene geschlagen wurden und auch selbst zugeschlagen hatte] von der IRA exekutiert worden war, wurden wir in unseren Zellen überfallen.

,,Uns wurden die Decken weggenommen, und wir wurden den Flügel heruntergetrieben, wo ,,Bäder'' für uns vorbereitet waren. Wir wurden mit Gewalt an Armen und Beinen auf Stühlen festgehalten, der Bart und die Haare abrasiert. Dann wurden wir ins Wasser geschubst. Das Wasser war verschieden temperiert, einige bekamen eiskaltes wasser, andere verbrühten sich. Fünf oder sechs Wärter bürsteten einen mit Schrubbern ab. Wir bekamen hinterher vom MO Desinfektionsmittel, um es auf die Wunden zu tun, weil unsere Haut so kaputt war. Wir wurden dann in einen anderen Flügel gesteckt, der vorher gesäubert war und bekamen neue Matratzen.

Um diesen Überfall zu legitimieren, hatten Gefängnisärzte festgestellt, daß wir Läuse hätten. Keiner wurde vom Arzt untersucht, der ging einfach nur an den Gefangenen vorbei und sagte ,,Ja, Ja, Ja'' zu den Wärtern.

Wir glaubten, daß etwas anderes dahinter steckte. Für sich gesehen war es nur eine andere Art von Brutalität

sagte ,,Ja, Ja, Ja'' zu den Wärtern.
Wir glaubten, daß etwas anderes dahinter steckte. Für sich gesehen war es nur eine andere Art von Brutalität

und entwürdigender Behandlung. Wir glaubten auch, daß sie sich für die Exekution von Direktor Miles rächen wollten.

Zu Weihnachten bekamen wir keine Post. Briefe und Karten wurden vernichtet.

Fortsetzung nächste Seite

Während schon am 9.8. in Derry und am 11.8. in Dublin kleinere Demonstrationen stattfanden, kam es am 12.8. zu den größten Solidaritätsdemonstrationen mit dem irischen Widerstand in den letzten Jahren.
London: Die Demo mit etwa 10000 Teilnehmern wurde organisiert von einem Komitee, dem unter anderen die Young Liberals, das United Troops Out Movement sowie die Socialist Workers Party angehören.

Besonders hervorzuheben ist, daß es nach 10 Jahren Kampf gegen die Anwesenheit britischer Truppen wieder geschafft wurde, derartig viele Menschen für dieses Thema zu mobilisieren. An mehreren Stellen tauchten in London bewaffnete IRA-Kämpfer auf. Auf einer anschließenden Kundgebung sprach unter anderem auch Bernadette Devlin-McAliskey, bekannte Freiheitskämpferin.
Belfast: Die 10000 Teilnehmer starke Demonstration war von Sinn Fein und dem ,,Relatives Action Comitee'' (Verwandte der politischen Gefangenen) organisiert worden.

Die Themen der anschließenden Abschlußkundgebung waren Long Kesh sowie die amerikanischen Waffenlieferungen an die britischen Truppen in Nordirland. Es wurden verschiedene Grußadressen verlesen, die vom militärischen Flügel der ETA brachte tosenden Beifall.

Ein bewaffneter IRA-Mann, begleitet von drei Männern und einer Frau, die ebenfalls bewaffnet auftraten, sagte: *,,Die englische Armee weiß, daß sie schuld an den Auseinandersetzungen ist. Die Kämpfe werden so lange weitergehen, bis sie hier raus ist — solange junge Soldaten in den Tod geschickt werden, während Generäle sich in ihren Stühlen zurücklehnen und Krieg spielen.''*

Am Ende seiner Ansprache nahm er seine Pistole über den Kopf und sagte: ,,Dies ist unsere Antwort'', während die Menge applaudierte und in Sprechchören immer wieder I...I...IRA rief.

Fortsetzung von Seite 28

Es kam der Januar 1979 — jedes Jahr gab es im Januar neue Instruktionen für die Wärter — wir waren darauf vorbereitet. Ein brutaler Krieg wird seit Januar geführt, der auch jetzt noch anhält.

Wir wurden jetzt den ganzen Tag eingesperrt. Große Staubsauger wurden angeschafft, um den Urin und so aufzusaugen. Die machen einen lauten hohen Ton und sind vom morgens bis abends im Betrieb. Auch kommen die Wärter zur Reinigung mit Chemikalien. Dabei tragen sie Schutzmasken und Schutzkleidung. Sie sprühen diese Chemikalien auf die Gefangenen. Neuerdings werden Stahlgitter und Wellblech vor den Zellenfenstern angebracht. Einige können das Tageslicht nicht mehr sehen. Die Augen werden sehr sehr schlecht, Kopfschmerzen sind die Folge. Zur Zeit wird keine ärztliche Hilfe mehr angenommen. Es gibt sowieso keine medizinische Versorgung — bei einem Arzt auf vier- bis fünfhundert Mann.

Den Männern, die immer noch drin sind und die total krank sind, wurde medizinische Versorgung verweigert bis sie Gefangenenkleidung anziehen. Früher oder später wird es passieren, daß einer im Sarg herauskommt. Einige Männer werden geistig nicht damit fertig ... das ist noch so ein Problem.

Aber die Moral ist sehr gut. Sie stehen 100%ig hinter der republikanischen Bewegung. Die Leute mögen fragen, was macht ihr den ganzen Tag eingeschlossen in den Zellen. Wir versuchen, unseren Geist die ganze Zeit aktiv zu halten. Unterricht in gälisch findet regelmäßig statt. Wir spielen Bingo. Einige werden sagen, was für ein geistloses Spiel Bingo doch ist, aber das ist es, was wir machen müssen — Rätsel und sowas —, um den Verstand zu behalten. Dies ist ein freiwilliger Protest. Keiner wird gezwungen, mitzumachen oder bekommt Schwierigkeiten deswegen. Die Leute werden fragen, wie die Gefangenen sich selbst in bezug auf die Kriegsmühen außerhalb sehen.

Ich möchte darauf hinweisen, daß die Männer nicht für irgendwelche Vergünstigungen in den H Blocks sind. Sie sind nicht wegen Farb-TV's in den H Blocks. Sie sind auch nicht in den H Blocks, um des politischen Status willen.

Die Männer in den H Blocks verlangen den Status von Kriegsgefangenen. Es wird kein Entgegenkommen geben vor dieser Anerkennung. Sie könnten uns dreiteilige Nadelstreifenanzüge als Gefangenenkleidung geben. Wir würden auch die nicht anziehen. Der Protest geht weiter!"

Italien

Italien: Regierungskarussell dreht sich weiter

Italien hat seit Anfang August wieder eine Regierung – die 42. seit dem Sturz des Faschismus. Damit endete vorerst die bisher längste Regierungskrise, die mit dem Rücktritt der Regierung Andreotti am 31. März eingeleitet worden war. Am 3./4. Juni fanden Neuwahlen statt, die jedoch keine wesentliche Veränderung erbrachten. Bemerkenswert war der Rückgang der PCI (von 34,4 auf 30,4 %) und der Erfolg der Radikalen Partei Programmatisch etwa den Alternativen Listen vergleichbar) mit 3,4 % (vorher 1,07 %), was ihr 18 Parlamentssitze (vorher vier) brachte. Die PR hatte offenbar in erster Linie von PCI-Wählern profitiert, die mit der versöhnlerischen Politik dieser Partei gegenüber der Christdemokratie (DC) nicht mehr einverstanden waren.

Im Großen und Ganzen bestätigten die Neuwahlen die labile Verteilung der Gewichte im Parlament: 262 (vorher 263) Sitze für die DC. 45 (vorher 34) Sitze für die kleinen Koalitionsparteien der DC. 30 (vorher 35) Sitze für die faschistische MSI. Sechs Sitze (vorher drei) für regionale rechte Listen. 62 (vorher 57) Sitze für die linkssozialdemokratische PSI. 202 (vorher 227) Sitze für die PCI. 24 (vorher elf) Sitze für die Linksopposition (PR, PDUP/DP).

Die DC verfügt bei dieser Sitzverteilung zusammen mit ihren kleinen Koalitionsparteien (PRI = Liberale; PLI = Rechts„liberale"; PSDI = Rechte Sozialdemokraten) nur über 307 (vorher 297) von insgesamt 630 Sitzen. Nicht einmal die Stimmen der rechten Regionallisten (u.a. die Südtiroler Volkspartei, die der CSU nahesteht) könnten diesem Regierungsbündnis eine Mehrheit sichern. Eine Regierung auf die Stimmen der Faschisten zu stützen, wäre in Italien undenkbar. Somit bleibt die neue Regierung, wie die Regierung Andreotti vor den Wahlen, auf die „Toleranz" der linkssozialdemokratischen PSI (zumindest auf deren Stimmenthaltung) angewiesen. Hier liegt der Kern der sich dahinschleppenden Regierungskrise.

Die PSI k a n n nicht ohne weiteres die Regierung unterstützen bzw. „tolerieren". In diesem Fall würde nämlich der PCI die Rolle der e i n z i g e n Oppositionspartei zufallen, was niemand von den Herrschenden will und was die Gefahr einer Aufreibung der PSI (zugunsten der PCI) heraufbeschwören würde. Die PSI braucht einen politischen Spielraum, in dem sie sich als Opposition gegen arbeiterfeindliche und antidemokratische Maßnahmen des DC-Regierungsbündnisses profilieren kann. Dieses Problem wurde bisher s o gelöst, daß die PCI (die aus krausen taktischen Erwägungen eine Schwächung der DC zu vermeiden versuchte) sich mit der PSI in das Wechselspiel von Opposition und „Tolerierung" der Regierungspolitik teilte. Dieses Wechselspiel kostete die PCI bei den Wahlen runde 4 %. Dieser Rückschlag wiederum gab denjenigen in der PCI starke Argumente, die die „Tolerierungs"-Politik nie gutgeheißen hatten, weil sie davon einen Prestigeverlust für die Partei befürchteten. Das Ergebnis heftiger Diskussionen in der PCI-Spitze nach den Neuwahlen war, daß die PCI zukünftig keine Regierung unterstützen werde, der sie selbst nicht angehört. Regierungsbeteiligung oder Opposition, lautet die neue Formel.

Diese Entscheidung der PCI macht es auch der PSI schwerer, ein neues DC-Regierungsbündnis von außen zu unterstützen bzw. zu „tolerieren".

Als erster stieg nach den Neuwahlen Anfang Juli der alte Regierungschef Andreotti noch einmal in die Bütt, um wieder die Regierung zu bilden. Das Scheitern dieses Versuchs stand schon vorher fest. Die PSI erklärte, daß sie keinesfalls eine neue Regierung Andreotti unterstützen werde. Außerdem forderte sie, daß der neue Regierungschef erstmals nicht der DC angehören sollte.

Nachdem Andreotti das Handtuch geworfen hatte, versuchte der PSI-Führer Craxi eine Regierungsbildung. Erstmals fiel damit einem PSI-Politiker diese Rolle zu. Craxi bestand auf einer direkten Regierungsbeteiligung der PSI und auf einer stärkeren Einbeziehung der PCI in die Regierungspolitik. PCI-Chef Berlinguer „bekräftigte" daraufhin die Entscheidung seiner Partei (entweder Regierungsbeteiligung oder Opposition) – deutete aber zugleich an, daß sich dies künftig auch wieder ändern könne.

Die DC hingegen forderte von der PSI als zentrale Voraussetzung für ein Regierungsbündnis eine strikte Abgrenzung von der PCI. Die PSI sollte verpflichtet werden, alle lokalen und regionalen Regierungsbündnisse mit der PCI aufzukündigen. Eine Einigung auf dieser Basis war offensichtlich unmöglich. Nach dem Scheitern Andreottis gab der bisherige Schatzminister Pandolfi (DC) ein kurzes Intermezzo als Beauftragter zur Regierungsbildung. Die PSI lehnte es aber kategorisch ab, eine Regierung Pandolfi zu „tolerieren".

So folgte schließlich im Reigen der frühere Innenminister Cossiga (DC). Er war verantwortlich für die „harte Linie" während der Moro-Entführung im vorigen Jahr. Nach der Auffindung der Leiche Moros trat er zurück. Aus kaum zu erklärenden Gründen signalisierte die PSI diesmal ihre „Toleranz". Allerdings mit der Einschränkung, daß die Regierung Cossiga nur bis zum DC-Parteitag im Herbst, höchstens jedoch bis zum Frühjahr 1980, im Amt bleiben soll.

Dem Regierungsbündnis gehören jetzt die DC, die PSDI und die PLI an. Die PRI bleibt draußen, weil sie eine Regierungsbeteiligung der weit rechts stehenden PLI ablehnt.

Schwerpunkte im Regierungsprogramm von Cossiga sind die „Innere Sicherheit" und die „Inflationsbekämpfung" (= „Sparpolitik" auf Kosten der Bevölkerung) im Rahmen der internationalen Verpflichtungen, die Italien gegenüber dem Imperialismus eingehen mußte.

Es gärt in den italienischen Knästen

Mit ihren Blechnäpfen haben am 1. August die Insassinnen des Gefängnisses Don Bosco in Pisa lautstark gegen die besonders schlechten Haftbedingungen einiger Gefangenen protestiert.

Die italienische Gefängnisbürokratie hat mit einer in Italien üblichen Methode reagiert: Zwei angebliche „Rädelsführerinnen" wurden noch in der gleichen Nacht in einen anderen Knast überführt. Es handelt sich dabei interessanterweise um zwei angebliche „Terroristinnen":

Die junge Studentin der Politikwissenschaften Giovanna Maria Ponzetta, die etwa einen Monat zuvor unter der Anklage der Zugehörigkeit zur „Prima linea" verhaftet wurde, sowie Isabella Ravazzi, die zur Genoveser Gruppe der „Brigate Rosse" gezählt wird.

Zu einem bislang noch recht ungewöhnlichen Vorfall kam es einen Tag davor im Turiner Gefängnis „Nuove": Dort gab es eine „Protestaktion" der Gefängniswärter. Nach einem mißlungenen bewaffneten Fluchtversuch von drei Häftlingen, die dabei zwei Wärter als Geiseln benutzten, machte sich der „Volkszorn" der Wärter auf dem Hof vernehmlich Luft.

Auf die Frage, in wem die Gefängniswärter ihre Feinde sehen, antwortet einer (2.8.): *„Zuerst die Gefangenen, dann die Terroristen, aber auch die Direktion, der Minister, der Staat, Rom, die Politiker"*. Mangelnde Ausbildung wird unter dem Aspekt gesehen: *„Sie konfrontieren Leute mit Grundschulabschluß mit politischen Häftlingen, die dich auch mit einer Diskussion töten können"*.

Die Richtung der Wärterproteste scheint also überwiegend reaktionär zu sein, was bei den katastrophalen Strukturen des italienischen Knast-(un)wesens auch nicht sonderlich verwunderlich ist. Tatsächlichen Grund zum Protestieren haben die Gefängniswärter aber allemal: Als Polizeitruppe sind sie einer militärischen Disziplin unterworfen, haben keine gewerkschaftliche Organisationsfreiheit, sind vom übrigen Gefängnispersonal getrennt und erhalten keinerlei adäquate Ausbildung, was sich natürlich auch wieder negativ und repressiv auf die Gefangenen auswirkt (alle Informationen nach „La Repubblica", div. Nummern).

Für alle, die sich etwas mehr für die italienische Knastsituation und -bewegung interessieren, ist der Roman von Sante Notarnicola „Der Bankräuber aus der Bandiera" sehr zu empfehlen.

Italienkommission



lateinamerika

Kurzmeldungen Nicaragua

Die Konterrevolution lebt noch

Rund die Hälfte der ehemaligen Nationalgarde, ca. 6.000 bis 7.000 Mann, haben sich nach Honduras abgesetzt. Rund 3.500 von ihnen haben die Grenze illegal überschritten, sie dürften weitgehend mit modernen Waffen ausgerüstet sein. Als Anführer der konterrevolutionären Kräfte werden der Sohn des Diktators Anastasio Somoza Portocarrero und der Oberst Harry Pineda angesehen (NZZ, 4.8.79). Nach Angaben von Radio Sandino haben sich bereits 1.500 Guardia Nacionales neu zum Kampf gegen die FSLN formiert, so daß sich die FSLN gezwungen gesehen hat, eine rund 2.000 Personen starke Truppe in das Grenzgebiet zu entsenden. Kommandant dieser Truppe ist Eden Pastora, der als „Commandante Zero" die Besetzung des Nationalpalastes geleitet hatte (Tagesspiegel 29.7.79). Die Regierung von Honduras hat inzwischen erklärt, sie werde nicht zulassen, das von honduranischem Boden aus eine Gegenrevolution in Gang gesetzt werde (NZZ, 3.8.79). Man wird sehen...

Aber auch im Inneren des Landes haben die Nationalgardisten ihren Widerstand noch nicht restlos aufgegeben. In der Nacht zum 1. August beispielsweise mußten Einheiten der FSLN in Managua (!) in Stellung gehen, um Granatfeuer zu erwidern (NZZ, 3.8.79). Nach Aussagen eines Kommandanten verlieren die Sandinisten jede Nacht allein im Bereich der Hauptstadt fünf Mann (Tagesspiegel 29.7.79). Hierfür sind wahrscheinlich hauptsächlich Nationalgardisten verantwortlich, die in den Lagern des Roten Kreuzes untergekommen sind und dort nicht verfolgt werden.

Überhaupt ist die ausgesprochene Milde, mit der die ehemaligen Anhänger Somozas behandelt werden, auf Erstaunen und Anerkennung gestoßen (FR, 9.8.79). Ganz bewußt wird von der FSLN auf kleinliche Rache verzichtet, nur wer sich schwerer Verbrechen schuldig gemacht hat, soll vor ein (ziviles) Gericht gestellt werden. Das Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlingsfragen wird den geflohenen Nationalgardisten voraussichtlich nicht den Status von politischen Flüchtlingen zusprechen, weil sie in Nikaragua nicht wegen ihrer politischen Einstellung mit Repressalien zu rechnen haben, sondern lediglich für Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. Vor diesem Hintergrund wirken Berichte von in die USA geflüchteten ehemaligen hohen Offizieren der Nationalgarde über angebliche Greueltaten der FSLN ausgesprochen lächerlich und werden nicht einmal von der bürgerlichen Presse geglaubt. Nach diesen Angaben sollen von den Sandinisten über 3.000 Angehörige der Nationalgarde umgebracht worden sein (NZZ, 4.8.79).

Neues Massengrab in Nikaragua entdeckt

Die Leichen von mehreren hundert Häftlingen wurden in einem ehemaligen Übungslager der Nationalgarde gefunden. Die meisten Leichen wiesen Kopfschüsse auf. Vor rund zwei Monaten sollen hier etwa 900 Gefangene ermordet worden sein. Ein Leutnant, der für das Lager verantwortlich war, sagte aus, daß sich noch zwei weitere Massengräber in dem Lager befänden (NZZ, 10./11.8.79).

Bodenreform eingeleitet

„Was wir in Nikaragua brauchen, ist eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion. Wir werden nicht die kubanische Revolution nachahmen, wo der Boden in Kollektive aufgeteilt wurde, noch die bolivianische Erfahrung, wo jeder Bauer ein so kleines Stück Boden erhielt, daß es ihm anschließend schlechter ging als zuvor. Wir werden eine nicaraguanische, auf unseren eigenen Bedarf, auf unseren eigenen Möglichkeiten beruhende Revolution vornehmen." Das erklärte der neue Minister für Bodenreform und Mitglied der FSLN, Jaime Wheelock. Die Bodenreform solle auf einer „völlig realistischen und pragmatischen Grundlage" vorgenommen werden. Der einzige landwirtschaftliche Besitz, der ohne Entschädigung enteignet werden solle, ist der Boden der Familie Somoza, ihrer engsten Vertrauten und Helfer sowie der Offiziere der Nationalgarde, die aus dem Land geflohen sind. Die übrigen Güter sollen im Privatbesitz bleiben.

Ein Teil des beschlagnahmten Somoza-Besitzes werde unter einzelne Bauern, ein weiterer Teil an Bauerngenossenschaften aufgeteilt. Teilweise wolle die Regierung ihn aber auch als Staatsbesitz führen. Einige der konfiszierten Güter und Plantagen seien so groß, daß *„wir neue kleine Somozas schaffen würden"*, wenn sie unter Einzelbauern aufgeteilt würden (nach SZ, 8.8.79).

Hilfe nicht ausreichend

Nur langsam entschließen sich die Imperialisten, genügend Kapital bereitzustellen, um einen Neuaufbau Nikaraguas zu ermöglichen. Zunächst geben sich Delegationen der verschiedenen Länder in Managua die Klinke in die Hand, um die Lage im Land zu analysieren, Gefängnisse zu besuchen usw. So eine US-Delegation des demokratischen Senators Zorinsky (Nebraska) und eine Delegation der Sozialistischen Internationale mit Mario Soares an der Spitze. Sie wollen die Möglichkeiten für eine Kooperation in Wirtschaft und Kultur erkunden. Die Zahlungsmoral der deutschen Vertreter ist mehr als schlecht. Ganze 680.000 DM wurden bisher von der BRD gezahlt, zehn Millionen DM Entwicklungsgelder stehen angeblich noch abrufbereit zur Verfügung: Sie waren ursprünglich für Somoza gedacht, wurden dann aber nicht mehr ausgezahlt. Sie sind für den Aufbau des Telefonsystems (Siemens) und zur Förderung des Kleinbauunternehmertums gedacht (SZ, 2.8.79). Die provisorische Regierung hat dagegen von den Ländern der Sozialistischen Internationale die Einrichtung eines Soforthilfefonds von 2,5 Milliarden Dollar gefordert (FR, 10.8.79). Die USA liefern zwar bereits Lebensmittel und Medikamente, allerdings bisher nicht die Menge, die versprochen wurde.

Eine Expertengruppe der OAS schätzt, daß ungefähr 500.000 Menschen in Nikaragua Hunger eliden und vom Roten Kreuz versorgt werden müssen. Das ist rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Die Zahl kann sich ohne weiteres verdoppeln, wenn die gesamten Flüchtlinge zurückkehren. Um alleine die nächsten 45 Tage zu überstehen, werden rund 150 Millionen Dollar benötigt (NZZ, 5./6.8.79).

Unternehmer beraten Strategie:

Am 20. August wollen sich die Kapitalisten Mittelamerikas treffen, um *„die Situation in Nikaragua zu analysieren"*. Erwartet werden Mitglieder des Verbandes der Privatunternehmer Mittelamerikas aus Guatemala, El Salvador, Honduras, Costa Rica und Panama. Kapitalisten aus Nikaragua werden voraussichtlich nicht an dem Treffen teilnehmen.

In den Nachbarländern Nikaraguas Honduras, El Salvador und Guatemala (alles Militärdiktaturen) ist gleich-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 29

zeitig eine Pressekampagne gegen die neue Regierung in Managua angelaufen. In großer Aufmachung werden die „Bedenken" der privaten Unternehmer gegenüber dem Wirtschaftsprogramm der neuen Regierung veröffentlicht. Besondere Aufregung herrscht über die Nationalisierungsmaßnahmen im Bankenwesen, die geplante Agrarreform und die stärkere Beteiligung der Arbeiter.

Es wird erwartet, daß sich die Kapitalisten auf eine gemeinsam Strategie einigen werden. Schon jetzt wird in der Tagespresse einiger Länder die Aufforderung geäußert, Druck auf Nikaragua auszuüben, ohne dies allerdings genauer zu erläutern („SZ", 11./12.8.79, „FR", 10.8.79).

* * *

Waffen aus den USA?

Wie bereits im letzten AK berichtet, hat der neue Innenminister Nikaraguas, Tomas Borge, die USA aufgefordert, Waffen an die neue Regierung zu liefern. Die Waffen sollen vor allem zur Abwehr eines drohenden konterrevolutionären Angriffs von ehemaligen Nationalgardisten dienen. Die Sandinisten haben diese Forderung inzwischen mit der Drohung verknüpft, sich sonst woanders, auch beim Warschauer Pakt, mit den benötigten Waffen zu versorgen. Angeblich sollen die USA inzwischen zur Waffenlieferung bereit sein, auch wenn *„Wirtschaftshilfe und die Unterstützung mit Lebensmitteln vorrangig bleiben"* soll („SZ", 3.7.79).

* * *

Somoza aus den Bahamas ausgewiesen

Die Behörden der Bahamas haben Somoza ausgewiesen. Der Exdiktator hatte sich mit seiner Luxusjacht „länger als erlaubt" auf der Inselgruppe aufgehalten. Lateinamerikaner können die Bahamas bis zu 14 Tage visumfrei besuchen. Die Erteilung eines Visums haben die Behörden aus „Sicherheitsgründen" abgelehnt („NZZ", 7.8.79, „SZ", 6.8.79).

Der Generalstaatsanwalt von Nikaragua setzt sich weiter für eine Auslieferung Somozas an die Gerichte Nikaraguas ein. Man werde alle legalen Mittel einsetzen und *„weder Zeitaufwand noch Mühe scheuen"* um dieses Ziel zu erreichen. An eine Ermordung Somozas im Ausland sei ausdrücklich nicht gedacht. *„Wir wollen ihn lebendig haben, damit er sich vor dem Volke verantwortet. Falls es zu einem Attentat gegen Somoza kommt, liegt die Verantwortung ganz sicher nicht bei der Regierung des Wiederaufbaus"* („SZ", 2.8.79).

Wiederaufbaus" („SZ", 2.8.79).

* * *

Ungewöhnlicher Botschafter

Ein leichtes Schmunzeln kann man sich nicht verkneifen, wenn man vom Botschafterwechsel in den USA hört: Bisheriger Botschafter Nikaraguas war seit 35 (!) Jahren der Schwager Somozas, der aufgrund seiner langen Amtszeit verschiedene repräsentative Funktionen im amerikanischen Diplomatenchor innehatte und wegen seines verschwenderischen Lebensstils – es war ja schließlich nicht sein Geld – auffiel. Zum neuen, wenn auch nur vorläufigen Botschafter ernannte die Regierung Nikaraguas Saul Arana, der in Washingtoner Kreisen längst kein Unbekannter mehr war, vor allem nicht bei der Washingtoner Polizei, die ihn zwei Wochen zuvor noch vorübergehend festgenommen hatte, als er gemeinsam mit anderen Demonstranten versucht hatte, gewaltsam die nikaraguanische Botschaft in der amerikanischen Hauptstadt zu stürmen.

Wegen seiner *„grenzenlosen Demonstrationsfreudigkeit"* hatte Arana diverse Male Schwierigkeiten mit der amerikanischen Polizei. Bleibt nachzutragen, daß Somozas Schwager keineswegs freiwillig die Botschaft verließ, sondern Saul Arana sich mit Hilfe der amerikanischen Polizei Einlaß in die Botschaft verschaffen mußte („NZZ", 8.8.79).

Lateinamerika-Kommission

Pascal Allende wieder in Chile

Einer der bekanntesten MIR-Führer, Andres Pascal Allende, ist illegal nach Chile zurückgekehrt. Nach einer nächtlichen Schießerei zwischen Sicherheitsbeamten und Angehörigen des verbotenen MIR in einem gebirgsnahen Vorort von Santiago, entdeckte die Polizei an einem von den Guerilleros benutztem Wagen die Fingerabdrücke von Allende.

Pascal Allende, ein Neffe des ermordeten UP-Präsidenten Salvador Allende, mußte vor drei Jahren nach einer Schießerei mit der Polizei ins Exil gehen („FR" 9.8. und „NZZ" 11.8.79). **Lateinamerika-Kommission**

„Die saubersten Wahlen in der Geschichte Boliviens"

(„Neue Zürcher Zeitung", 26.7.79)

Ohne eindeutiges Ergebnis blieben die ersten Parlamentswahlen in Bolivien nach 15 Jahren Militärdiktatur – jedenfalls wenn man die offiziellen Wahlergebnisse zugrunde legt. Die Linke wurde um ihren Wahlsieg betrogen, ein „gemäßigter Rechter" ist als vorläufiger Sieger aus den Stichwahlen im Parlament hervorgegangen.

An den Wahlen beteiligten sich die linke (sozialdemokratische) Unidad Democratico y Popular (UDP) mit Hernan Siles Zuazo als Spitzenkandidat; die rechte Alianza del Movimiento Nacionalista Revolutionario (MNR) unter Victor Paz Estenssoro und die ultrarechte Alianza Democratica Nacionalista (ADN) des ehemaligen Militärdiktators Hugo Banzer. Darüber hinaus beteiligten sich einige Parteien der Linken und Rechten, deren größte die Sozialistische Partei (PSI) mit ihrem Spitzenkandidaten Marcelo Santa Cruz ist.

Die Militärs wollen die Regierungsverantwortung in einem Moment an einen zivilen Präsidenten übertragen, in dem die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten bedrohliche Ausmaße angenommen haben. Die Verschuldung gegenüber dem Ausland ist so drückend, daß La Paz in Bezug auf den Schuldendienst seinen Verpflichtungen nicht nachkommen kann. Außer bei Zink sind alle Preise für die Exportgüter Boliviens gesunken und auch die Erdölschürfung entwickelt sich rückläufig (NZZ, 26.8.79) Die Arbeiter fordern der hohen Inflation wegen Lohnerhöhungen um 100% (SZ, 10.8.79). Geeigneter Kandidat der Militärs – in Absprache mit der amerikanischen Botschaft (FR, 9.8.79) – ist der 71-jährige Paz Estenssoro von MNR. Estenssoro hatte die Präsidentschaftwahlen 1951, 1960 und 1964 gewonnen. Aus dieser Zeit hat er in Teilen der Bevölkerung immer noch einen relativ guten Ruf. MNR war damals keine reaktionäre, sondern eine populistische Bewegung, die mit der heutigen MNR nur noch den Namen gemein hat.

Das Wahlsystem ist so angelegt, daß die Reaktionäre von vornherein stark bevorteilt werden: Im Urwalddepartment Pando, einer Hochburg der MNR genügen 1500 Stimmen für einen Abgeordnetensitz, während in La Paz, wo der Einfluß der Linken größer ist, 25 000 Stimmen benötigt werden (TAZ, 8.8.79). Diese konstitutionelle, legale Wahlmanipulation reichte allerdings nicht aus, um einen Wahlsieg der MNR zu sichern. Mit gut 53 000 Stimmen Vorsprung gewann der Sozialdemokrat Zuazo die Wahlen. Aber schon einen Tag später war sein Vorsprung auf 1512 Stimmen gesunken. Es waren kurzerhand 168 000 Stimmen, rund 10% der insgesamt abgegebenen Stimmen, für ungültig erklärt worden: die Wahlzettel seien falsch ausgefüllt worden, wurde dazu erklärt. Hieran störte man sich aber nur in den Wahlbezirken, in denen die UDP die Mehrheit erreicht hatte (FR, 7.8.79).

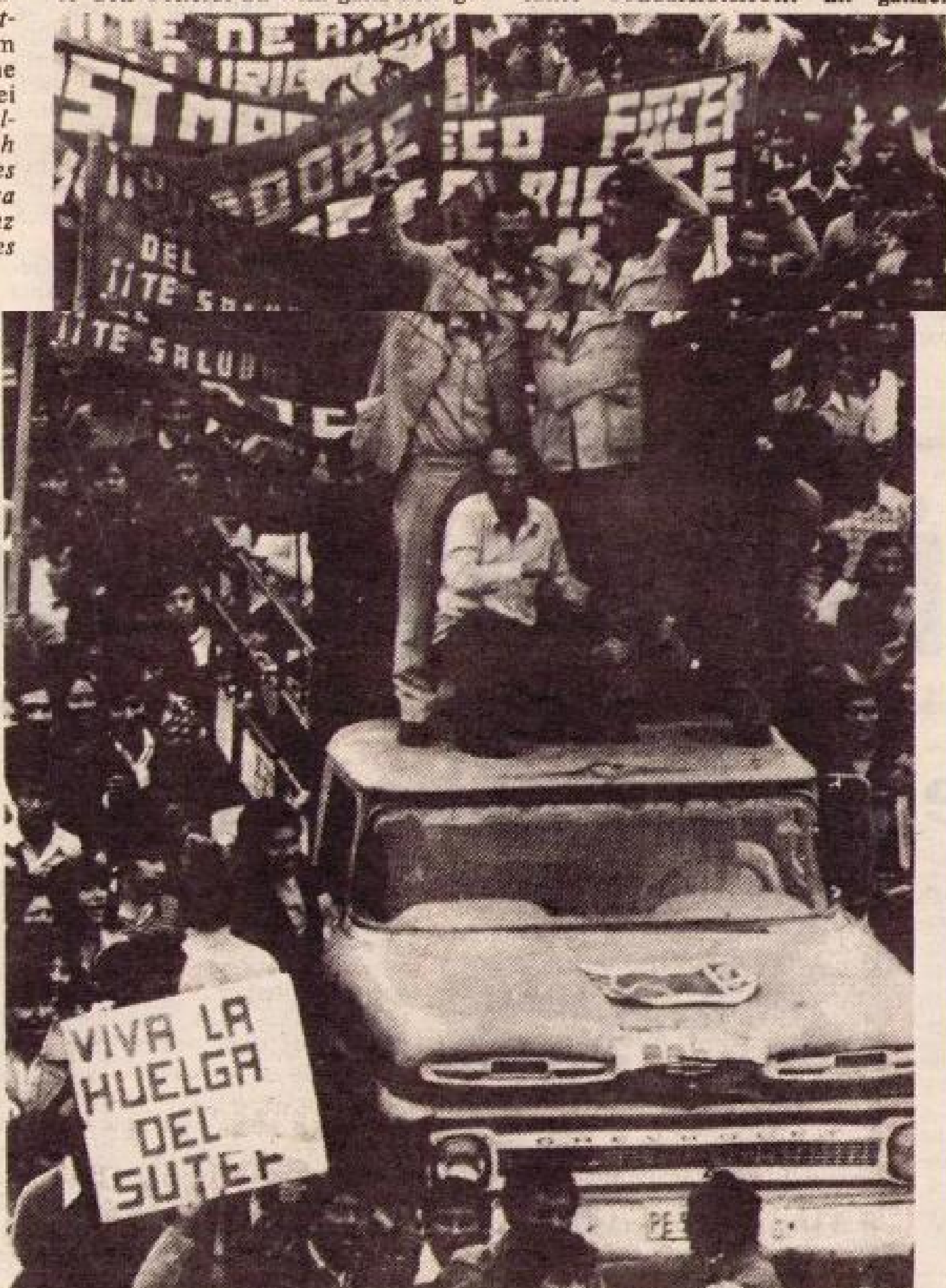
Die Sitzverteilung sieht nach dem retuschierten Wahlergebnis so aus:
UDP 46 Sitze
MNR68 Sitze
ADN 21 Sitze
Somit hat keiner der Kandidaten die notwendige absolute Mehrheit; in diesem Fall soll das Parlament durch Stichwahl den Präsidenten bestimmen. Allerdings war keine der drei Fraktionen bereit, einen anderen Kandidaten zu unterstützen: in mehr als fünf Wahlgängen kam keine Entscheidung zustande. Die reaktionären Kräfte hatten zwar eine eindeutige, aber zerstrittene Mehrheit. Banzer war nicht bereit, die etwas gemäßigtere MNR zu unterstützen.

Die Linken mobilisierten die Bevölkerung gegen den Wahlbetrug und hatten damit auch nicht wenig Erfolg. Die Gewerkschaftszentrale COB rief für einen Tag zum Generalstreik auf, der das ganze Land stillegte (SZ, 4./5.8.79). Die COB enthüllte, daß ein „Staatsstreich in drei Stufen" geplant sei: den Wahlsieg von Hernan Siles Zuazo durch eine Manipulation der Auszählung zu verkleinern, damit die Präsidentschaft von Victor Paz Estenssoro zu ermöglichen und schließlich die gewerkschaftlichen Freiheiten zu verringern, um durch die Zerstörung der Gewerkschaften die Arbeiterbewegung anzugreifen (TAZ, 6.8.79). Zuazo selbst begann mit einem Hungerstreik, um eine Anerkennung des Wählerwillens durchzusetzen.

Unter dem Druck dieser außerparlamentarischen Protestaktionen schien es den Abgeordneten nicht sinnvoll, einfach kackfrech Estenssoro zum Präsidenten zu wählen. Man verständigte sich auf einen Kompromiß: Für eine Übergangszeit von einem Jahr soll der frühere Außenminister Walter Guevara Arze Präsident sein, anschließend sind Neuwahlen geplant. Arze ist ebenfalls Mitglied der MNR und dürfte eine ähnliche Politik betreiben wie sein Parteifreund Estenssoro. Ob ihm allerdings eine Befriedung der Arbeiterklasse gelingt, erscheint fraglich. Wie der Generalsekretär der Arbeiterzentrale, Oscar Sanjines, erklärte, werde man aufmerksam die Aktivitäten der neuen Regierung beobachten und ihr – „wenn nötig" – entgegentreten. Am 17. August wird die Arbeiterzentrale ihre Forderungen der Regierung vorlegen. Wichtiger Bestandteil dieses Katalogs ist die Forderung nach Lohn und Gehaltserhöhung um etwa 100% (SZ, 10.8.79). **Lateinamerika-Kommission**

Streiks und Straßenkämpfe in Peru

Würde man dem peruanischen Fernsehen Glauben schenken, so gab es in Lima am vergangenen 29.Juli, anläßlich des 158 Jahrestages der Unabhängigkeit Perus, lediglich eine ganz normale Militärparade. Ungewöhnlich war nur, daß der Präsident der Republik, General Morales Bermudez, nach Abnahme der Parade fluchtartig in einem unauffälligen Wagen das Gelände verließ. Eine vieltausendköpfige Menge, die sich unter den Fahnen der Lehrergewerkschaft SUTEP versammelt hatte, veranlaßte den General zu dem ganz und gar



protokollwidrigen Verhalten. Dies zeigte das Fernsehen natürlich nicht. Unmittelbar auf die Militärparade folgte die „Parade des Volkes" (Marka, 2.8.79; Marka ist eine unabhängige linke Zeitung in Peru), eine der militantesten Demonstrationen der jüngeren Geschichte, bei der die bis an die Zähne bewaffnete Polizei zeitweise unter dem Steinhagel der Demonstranten das Feld räumen mußte. Die äußerste Entschlossenheit der Bevölkerung ist die Antwort auf die Austeritätspolitik der Militärs. Acht Milliarden US-Dollar Verschuldung hat die Militärs zu drastischen Kürzungen des Staatshaushaltes veranlaßt, und das v.a. im sozialen Sektor. 30 000 Staatsangestellte wurden entlassen. Heute haben nur noch 38% der erwerbstätigen Bevölkerung einen vollen Arbeitsplatz (Marka, 12.7.79). Die Reallöhne sind um 45% gesunken, so z.B. bei den Lehrern von 10 600 Soles 1975 auf 6 110 Soles 1979 (Marka, 7.6.79). Selbst die von der SUTEP geforderte Gehaltserhöhung von 100% läge noch unterhalb des Existenzminimums (TAZ, 20.7.79).

Seit dem 4.Juni befand sich die SUTEP im Streik (vgl. AK 157). In enger Zusammenarbeit mit Eltern und Schülern, mit ständigen Massenaktionen und permanenter politischer Aufklärung konnten die 100 000 Grund- und Oberschullehrer, die in der SUTEP organisiert sind, eine relativ stabile und militante Solidaritätsfront im ganzen Land aufbauen. Auch die von der Regierung ausgerufene Verlängerung der Ferien konnte diese Solidarität nicht aufknacken (Marka, 26.7.79).

Das Rezept der Gorillas hieß Gewalt: Während der Auseinandersetzungen sind mehrere tausend Personen verhaftet worden, unter ihnen der Generalsekretär der SUTEP, Horacio Zeballos, der als Diabetiker in Isolationshaft gesteckt wurde. Es wurden teilweise minderjährige Studenten gefoltert und wochenlang ohne Begründung festgehalten. 1250 Lehrer wurden vom Dienst suspendiert, 600 gleich zu Anfang des Streiks verhaftet (Lateinam. Nachr., Juli/August 79). Bei den Straßenkämpfen sind mehrere hundert Personen von den Schrotladungen, Tränengasbomben und Keulen der Polizei verletzt worden. Es sind mehrere Tote zu beklagen. Allein am 28.7. sollen in der Südregion Perus sieben Menschen ums Leben gekommen sein (El Pais, 31.7.79).

Politische Forderungen standen im Vordergrund: Die Anerkennung der SUTEP als legitimer Vertreter der Lehrer (bis zum Schluß hatte sich Erziehungsgeneral Guabloche geweigert, mit „Marxisten" zu verhandeln), vollkommene Rehabilitierung aller entlassenen Lehrer, Sicherung der verfassungsmäßigen Rechte auf Streik-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

Der Lehrerstreik hatte immer mehr auf andere Gewerkschaften und Berufsgruppen übergegriffen. Am 19. Juli schließlich hatten sämtliche Gewerkschaften zu einem Generalstreik gegen die Hungerpolitik der Militärs aufgerufen.

Am 29.Juli kam es dann zum vorläufigen Höhepunkt des Lehrerstreiks, mit schweren Straßenkämpfen in Lima, in deren Verlauf auch die US-Botschaft erhebliche Verunstaltungen an ihrer Fassade hinnehmen mußte.

Die Militärs haben inzwischen angeboten, die Bezüge der Lehrer um monatlich 16 bis 31 Dollar zu erhöhen. Die Lehrergewerkschaft SUTEP bezeichnete dieses Angebot als jämmerlichen Schwindel und fordert weiterhin die Aufstockung um 43 Dollar, die Wiedereinstellung aller entlassenen Lehrer, Freilassung gefangen gesetzter Lehrer sowie die Bezahlung der Streiktage. Der Streik dauert zu diesem Zeitpunkt (12.8.) bereits 69 Tage. Eine endgültige Entscheidung über die Beibehaltung ihrer Position wird die Gewerkschaftsführung jedoch erst nach Beratungen mit der Basis in den nächsten Tagen fällen. Der Erziehungsminister behauptet unterdessen, daß bereits 88% des Lehrpersonals die Arbeit wieder aufgenommen haben (TAZ, 14.8.79).

Lateinamerikakommission HH

Chilenischer Gewerkschafter zum Plan Laboral

Arbeiter aller Fraktionen gegen Regierungsabsichten mobilisieren

SANTIAGO (3WM).– Fast sechs Jahre wurden in Chile die Interessen des nationalen und internationalen Großkapitals vom Militär gewaltsam durchgepeitscht. Jetzt wurden sie gesetzmäßig gefaßt im „Plan Laboral": legalisierter kapitalistischer Terror. Die Anfang des Monats vom Arbeitsminister eingebrachten neuen Bestimmungen wurden international vielfach als erfreulicher Schritt zum Abbau der Willkürherrschaft der Soldateska begrüßt, praktisch schreiben sie jedoch die Rechtlosigkeit der Arbeiter fest. Chiles Gewerkschaften kündigten deshalb einhellig Widerstand an. Auch die regierungsabhängigen „gelben" Gruppen regten sich. Während die Arbeiterorganisationen gemäß dem „Plan Laboral" aller rechtlichen Möglichkeiten beraubt sind, könnten sie im Resultat doch neue Stärke gewinnen. Die Einmütigkeit in der Ablehnung könnte ein wichtiger Schritt zur Einheit des Kampfes für die Arbeiterinteressen werden. Im Chile von heute ist das praktisch untrennbar vom Kampf gegen die Militärherrschaft.

Max Laulie, Korrespondent von Inter Press Service sprach mit Manual Jimenez, dem Generalsekretär der (regierungsunabhängigen) Nationalen Gewerkschaftsföderation (CNS) über das neue Gesetz. Hier das leicht gekürzte Interview.

FRAGE: Warum lehnt die CNS den „Plan Laboral" ab?

JIMENEZ: Wir lehnen ihn vollkommen ab, weil er ein Paket von Bestimmungen darstellt, das uns die wenigen Errungenschaften, die uns noch geblieben sind, nimmt: di kollektive Verhandlung, z.B. das Streikrecht und andere Rechte der Arbeiterklasse. Die Regierung hat zudem vor, den gewerkschaftlichen Parallelismus festzuschreiben darüber, daß verschiedene Gewerkschaften in einem Betrieb aufgemacht werden können, mit dem Effekt, die Spaltung in die Gewerkschaftsbewegung zu tragen. Wir Arbeiter haben in den letzten sechs Jahren für unsere gewerkschaftlichen Freiheiten gekämpft, für die Stärkung unserer großen Gewerkschaftsorganisationen mit dem Ziel, der bestens organisierten Unternehmerschaft besser begegnen zu können. Jetzt will man uns wehrlos machen.

FRAGE: Wie war die Reaktion der Arbeiter auf die Ankündigungen des Arbeitsministers?

JIMENEZ: Ausnahmslos alle Arbeiter, auch die, die der Militärjunta nahestehen, haben diesen „Plan Laboral" abgelehnt, denn er gibt den Lohnabhängigen nichts, begünstigt nur die Unternehmer, das nationale und das ausländische Kapital. Nie zuvor hat ein Regime derartig die Arbeiterklasse geschädigt, sie praktisch verteidigungslos den Unfällen der „freien Marktwirtschaft" überlassen, in der die Arbeiter eben nur eine Ware mehr sind.

FRAGE: Konkret: Welche negativen Bestimmungen enthalten die neuen Gesetze?

JIMENEZ: Ein konkreter und aktueller Fall ist der der Arbeiter in den großen Kupferminen. Ihnen nimmt der „Plan Laboral" die garantierten Rechte, die bisher verfassungsmäßig anerkannt waren, gesicherte Errungenschaften, die das Resultat jahrelanger Kämpfe waren: Man hat ihnen das Gewinnbeteiligungsrecht genommen und ihr Streikrecht, mit der Begründung, die Kupferindustrie sei von strategischer Bedeutung für das Land.

Generell sind die Arbeiter jetzt im Hinblick auf Streiks weitgehend den Unternehmern ausgeliefert. Wenn ein Ausstand 60 Tage überdauert, ist der Unternehmer berechtigt, vorübergehend und zu geringeren Löhnen neue Arbeiter anstelle der streikenden einzustellen.

FRAGE: Welche Aktionen planen die Gewerkschaften, um eine Modifizierung des Planes zu erreichen?

JIMENEZ: Der Gewerkschafts-Verbandsvorstand ist der Auffassung, daß die Arbeiter sich diesen Plänen in einer Demonstration vollkommener Einheit widersetzen müssen. Die Industriearbeiter, die Bauern und Handwerker sollten eine gemeinsame Front bilden und der Regierung demonstrieren, daß sie Pläne, die ihren Rechten Hohn sprechen, nicht akzeptieren werden.

FRAGE: Was bezweckt Euer Vorschlag, eine gemeinsame Führung aller Verbänd und Gewerkschaften aufzustellen?

JIMENEZ: Wir glauben, als Arbeiter verläuft der einzige Weg zu effektiver Aktion über die Herstellung unserer Einheit. Eine vereinheitlichte Führung wird eine ganz andere Mobilisierung zur Durchsetzung unserer Ziele möglich machen. Wir hoffen, daß wir über diese Einheit auch eines Tages zur Demokratie im Land zurückkehren werden.

Da andererseits unser jetziges prinzipielles Ziel die Verteidigung der Arbeiterrechte ist, können auch jene Arbeitnehmer und ihre Vertretungen in einer gemeinsamen Organisationsleitung mitarbeiten, die auf seiten der Militärregierung stehen.

aus: Die Neue 26.7.79

afrika

Commonwealth-Konferenz: Erneuter Angriff auf den zimbabweschen Befreiungskampf

Die diesjährige Gipfelkonferenz der Commonwealth-Staaten, die Anfang August in Lusaka (Sambia) stattfand, stand unter dem Vorzeichen einer drohenden „Krise“:

Anlaß war die Ankündigung der britischen Regierung, Ende November dieses Jahres die Wirtschaftssanktionen gegen Rhodesien aufzuheben und das Marionettenregime unter Bischof Abel Muzorewa offiziell anzuerkennen.

Vor allem die afrikanischen Mitgliedsstaaten reagierten auf diese Ankündigung mit scharfem Protest: Tansanias Ministerpräsident Nyerere drohte mit dem Austritt aus dem Commonwealth, Nigeria schloß sich dieser Drohung an und verstaatlichte als demonstrative Geste am Vortag der Konferenz die britische Ölgesellschaft BP („International Herald Tribune“, 2.8.79).

Die „Times of Sambia“ schlug besonders radikale Töne an und titulierte Margaret Thatcher als „eiserne Lady“ von „blinder und kleinmütiger Arroganz“ in der Rhodesien-Frage. Es sei bedauerlich, daß Großbritannien eine Regierungschefin habe, die „solche rassistischen Vorurteile“ habe („SZ“, 31.7.).



Noch am Vorabend der Konferenz fand ein gemeinsames Treffen der Frontstaaten statt, von denen Sambia, Tansania und Botswana Mitglieder des Commonwealth sind.

Nach Angaben der „Neuen“ (10.8.) wurde von allen fünf Präsidenten übereinstimmend festgelegt, die Muzorewa-Regierung nicht anzuerkennen, der Aufhebung von Sanktionen nicht zuzustimmen und die Patriotische Front als „einzige und legitime Vertretung des Volkes von Zimbabwe“ zu unterstützen.

Auch dem frechen Erpressungsversuch des britischen Außenministers Lord Carrington, der in einem vertraulichen Brief an Kaunda gefordert hatte, daß Nkomo während der Konferenz das Land verläßt, wurde nicht nachgegeben („Die Neue“, 10.8.).

Wer allerdings angesichts solch radikaler Gebärden eine afrikanische Version der arabischen Front der „Standhaftigkeit und Konfrontation“ vermutete, sah sich im Verlauf der Konferenz eines Besseren belehrt: Wohlwissend, daß eine einseitige Anerkennung des Muzorewa-Regimes mit einem erheblichen Prestigeverlust des britischen Imperialismus in Afrika und einer weltweiten Isolierung verbunden wäre, wurde der alte — bereits fehlgeschlagene Versuch einer Allparteienkonferenz neu aufgewärmt. Von Aufhebung der Sanktionen und vorzeitiger Anerkennung kein Wort mehr — stattdessen gestand die „eiserne“ Lady zu, daß die jetzige rhodesische Verfassung „defekt“ und die Monopolstellung der Weißen „exzessiv“ sei („SZ“, 6.8.).

Nach Wunsch der britischen Imperialisten soll demnach am 10. September in London eine Allparteienkonferenz unter Einschluß von Muzorewa und Vertretern der PF stattfinden. Zudem wurde Großbritannien auf der Konferenz mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung beauftragt, die die Monopolstellung der Rassisten auf ein „vertretbares“ Maß einschränken soll. Großbritannien besteht auch auf der Durchführung von Neuwahlen unter Aufsicht der Briten und Beobachtern des Commonwealth („Le Monde“, 8.8., „die Neue“, 7.8.).

Krumme Touren Tansanias

Sowohl „Le Monde“ (8.8.) als auch „die Neue“ (10.8.) berichten, daß Nyerere von sich aus vorgeschlagen hat, daß den Weißen in der zukünftigen Verfassung ein Minimum an Parlamentssitzen garantiert wird. Darüber hinaus hat er die Einrichtung eines Finanzfonds für ausreisewillige Weiße gefordert.

Nyerere bezeichnet die Initiative als „letzte Chance“. Falls sie nicht wahrgenommen werde, werde Rhodesien zu einem „zweiten Mosambik“ („FR“, 8.8.). Dieser Rückfall Nyereres noch hinter offizielle Positionen der OAU, die eindeutig die PF als einzige Vertreterin des zimbabweschen Volkes anerkennt, ist mit Sicherheit als Alleingang Tansanias zu werten und dürfte zumindest auf den Widerstand Angolas und Mosambiks stoßen. Zudem bedeutet es einen sehr eindeutigen Affront gegen die Kräfte der PF und wird entsprechend genüßlich von der hiesigen reaktionären Presse ausgeschlachtet.

Der eigentliche Erfolg der diplomatischen Offensive der britischen Imperialisten liegt darin, daß es zum einen gelungen ist, die Commonwealth-Staaten einheitlich auf eine Verhandlungsstrategie in der Rhodesien-Frage einzuschwören und zum anderen mit Tansania ein wichtiges Land des Frontstaatenbündnis zum offiziellen Fürsprecher dieser Strategie zu machen. Nyerere hat auch deutlich gemacht, daß er notfalls mit Druck die PF an den Verhandlungstisch zwingen will („FR“, 7.8., „IHT“, 7.8.).

Hintergrund dieser politischen Kehrtwende Tansanias ist u.a. die enorme wirtschaftliche Abhängigkeit des Landes vom britischen und amerikanischen Imperialismus, die sich durch den Krieg mit Uganda noch verstärkt hat. So hat Großbritannien erst kürzlich auf die Rückzahlung von mehreren Hunderttausend DM Schulden verzichtet. Hier sind sicher erhebliche Ansatzmöglichkeiten für die Imperialisten, Druck auszuüben und so das Frontstaatenbündnis zu spalten.

Plötzlicher Sinneswandel

Auch Sambia war nach Verkündung der britischen Pläne plötzlich des Lobes voll für die „eiserne Lady“. Auf einer Kundgebung sagte Kaunda, wenn irgendein britischer Premierminister das Problem Rhodesien lösen könne, so sei es M. Thatcher.

„Ich denke, wir handeln richtig, ihr eine Chance zu geben... Wir hoffen und beten, daß die Muzorewa-Smith-Clique diesen neuen Versuch nicht wiederum torpedieren wird“ („SZ“, 14.8.). Das radikale Wortgeplänkel Kaundas im Vorfeld der Konferenz war eh nicht für bare Münze zu nehmen, wenn man sich der spektakulären Alleingänge Sambias (z.B. Wiedereröffnung der Eisenbahnroute nach Rhodesien) erinnert. In guter Erinnerung ist auch die Duldung bzw. Untätigkeit der sambischen Regierung angesichts brutaler militärischer Aktionen der rhodesischen Armee auf zivile Flüchtlingslager.

Und die Patriotische Front?

Erste Stellungnahmen von ZANU und ZAPU lassen vorerst eine eindeutige Ablehnung der neuen Rhodesien-Initiative erkennen. ZANU-Generalsekretär Edward Tekere erklärte, daß man „mit Verrätern wie Muzorewa auf keinen Fall an einem Tisch sitzen wolle.“

Auch die militärischen Aktivitäten würden für die Dauer der Verhandlungen nicht unterbrochen werden, wie es die britische Regierung gefordert hatte.

ZANU-Präsident Mugabe nannte drei Grundbedingungen für die Annahme des Plans: Rücktritt des Muzorewa-Regimes, Auflösung der rhodesischen Polizei und Armee und die Anerkennung der PF-Streitkräfte als nationale Armee des Landes.

Ein Sprecher der ZAPU erklärte, die überragende Rolle der Briten in dem Kompromißvorschlag (Ausarbeitung der Verfassung, Überwachung der Wahlen), da England als ehemalige Kolonialmacht nach allen Erfahrungen nicht als unparteiisch anzusehen sei („die Neue“, 10.8.).

Mittlerweile hat Muzorewa, der anfangs die britischen Vorschläge als „Beleidigung der Regierung und des Volks von Zimbabwe“ bezeichnet hatte, seine Teilnahme an der Allparteienkonferenz zugesagt („Tagesschau“, 15.8., „SZ“, 14.8.).



Die schwarze Mehrheitsregierung Rhodesiens in Aktion....

Alter Wein in neuen Schläuchen

In der bürgerlichen Presse wird die Rhodesieninitiative Großbritanniens allgemein als „großer Durchbruch“ gefeiert. Die Berichte strotzen nur so von Attributen wie „überwältigend“, die „Konvergenz des Willens“ der Commonwealth-Staaten sei „phantastisch“ („SZ“, 9.8.).

Nüchtern betrachtet handelt es sich bei den Vorschlägen lediglich um eine Neuauflage der alten angloamerikanischen Pläne, an denen bereits die Genfer Konferenz von 1976 gescheitert war.

Heute wie auch damals stellte diese Verhandlungstaktik einen Versuch des Imperialismus dar, durch Unterbreitung von Vorschlägen Zeit zu gewinnen, den zimbabweschen Befreiungskampf zu schwächen und in diesem Sinn massiven Druck auf die wesentlichen Unterstützer der PF, die Frontstaaten, auszuüben.

Die Thatcher-Regierung steht zudem vor der heiklen Aufgabe, eine Lösung zustande zu bringen, die eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zu Rhodesien erlaubt, ohne die Gefahr internationaler Isolierung einzugehen.

Ein erster politischer Erfolg ist M. Thatcher bereits durch das einhellige Votum des Commonwealth und die Gewinnung Tansanias gelungen. Hinter dem Vorpreschen der Briten und dem Aushängeschild eines Frontstaatenmitglieds an seiner Seite verbirgt sich die bekannte Taktik, der PF im Fall einer Nichtteilnahme an der Allparteienkonferenz den schwarzen Peter zuzuspielen. Die PF hätte sich in diesem Fall offen gegen den gesamten Commonwealth und — was schwerer wiegt — gegen zwei ihrer wesentlichen Verbündeten, Tansania und Sambia — gestellt.

Ob vor allem die ZAPU diesem Druck standhalten wird, ist fraglich.

Afrika-Kommission

Namibia: RSA ernennt neuen Administrator

Mit der Benennung von Gerrit Viljoen zum neuen Generaladministrator für Namibia steuert die RSA-Regierung offenbar neue Provokationen an. Viljoen löst den bisherigen Administrator Steyn ab, der in der letzten Zeit wegen angeblich enger Zusammenarbeit mit der DTA (Marionettenpartei) und wegen der (rein kosmetischen) „Beseitigung“ einiger Rassengesetze Zielscheibe von Angriffen der weißen Minderheit in Namibia geworden war. Der Terror der rechtsextremen Weißen, insbesondere der „Weißen Widerstandsbewegung“, steigerte sich in den letzten Wochen erheblich (bis hin zu Bombenanschlägen auf SWAPO-Büros): Am 26.6. wurde ein Handgranatenanschlag auf die Freimaurerloge in Windhuk verübt, bei dem es einen Toten und mehrere Verletzte gab („NZZ“, 29.6.). Dem Anschlag folgte eine Serie von telefonischen Morddrohungen, sogar gegen gemischtrassige Fußballclubs. In Windhuk treten seit einiger Zeit jugendliche Banden auf, die gemischtrassige Paare nachts abpassen, überfallen und verprügeln, diesbezügliche Anzeigen werden von der Polizei nicht bzw. nur „ungern“ entgegengenommen („FAZ“, 3.7.). Der Führer der rechtsradikalen (weißen) Partei AKTUR, du Plessis, hat bereits einen „großen Treck“ nach Südafrika angedroht, falls die Situation in Namibia für die Weißen „unerträglich“ würde („SZ“, 31.7.). Neben dem propagandistischen Effekt, der bei derlei Skandalmache für die kosmetischen Operationen der DTA abfällt, liefern diese Aktionen andererseits auch die Basis für eine noch verschärfte Gangart der RSA im Vorgehen gegen die SWAPO. Personellen Ausdruck findet diese verschärfte Gangart in der Person G. Viljoens.

G. Viljoen ist der Chef des südafrikanischen „Broederbond“, einer seit 1918 bestehenden elitären rassistischen Geheimorganisation („NZZ“, 15.4.). Mitglieder des „Broederbond“ und der mit ihm verbundenen rechtsterroristischen Organisation „Ossewa Brandwag“ studierten nach 1933 bei den deutschen Nazis Organisationstechniken und Propaganda. 1934 formulierte das Programm des „Broederbond“: *„Laßt uns stets daran denken, daß das wichtigste Streben des Afrikanertums sein Ziel ist: Die Dominanz über Südafrika zu erreichen. ... für uns besteht die Lösung der Probleme Südafrikas nicht darin, ob die eine oder andere Partei die Oberhand gewinnt, sondern daß der Broederbond das Land regiert“* („FR“, 6.8. und „NZZ“, 15.4.). Der „Broederbond“ besteht heute aus ca. 12.000 Mitgliedern der Oberklasse und hält tatsächlich sämtliche Schaltstellen der Macht in Südafrika in den Händen. Seit dem Sieg der „Nationalen Partei“ 1948 waren sämtliche Regierungschefs „Brüder“, bis auf eine Ausnahme sind alle Kabinettsmitglieder der jetzigen Regierung Botha Mitglieder des „Broederbond“, und es existiert keine staatliche Körperschaft oder Behörde, deren Vorsitzender kein „Bruder“ wäre. Der „Broederbond“ verfügt über eigene Schulen und Universitäten und hat auch die letzten gemischtrassigen Universitäten Südafrikas „purifiziert“. G. Viljoen ist Rektor der „Randse Afrikaanse Universiteit“ in Johannesburg und damit — wie insgesamt der „Broederbond“ — strenger Verfechter der Apartheid.

Afrika-Kommission

Kurzmeldungen Rhodesien

Der Kampf der Marionetten

Nach vielem Hin und Her hat Sithole, Muzorewas Hauptkonkurrent um die Marionettenherrschaft in Rhodesien, jetzt klein beigegeben und seinen Parlamentsboykott — rechtzeitig einen Tag vor Beginn der Commonwealthkonferenz — aufgegeben. Getrieben hat ihn hierzu, nach eigenen Angaben, ein „*wachsendes Gefühl unter der schwarzen Bevölkerung, daß die Hoffungen des afrikanischen Volks verraten werden und daß die ZANU jetzt ihre Parlamentssitze einnehmen müsse, um die afrikanischen Interessen zu retten*" („IHT", 1.8.). Tatsächlich veranstaltete die rhodesische Armee zehn Tage vor dieser Erklärung ein Massaker unter den marodierenden Hilfstruppen von Sithole (183 Tote). Knapp eine Woche später wurden 450 Mitglieder der Sithole-Partei („ZANU") in verschiedenen Landesteilen verhaftet („IHT", 28.7.).

Unmittelbar nach Bekanntwerden des Scheinwahl-Ergebnisses vom April, bei der Sithole mit nur zwölf Sitzen bescheiden abgeschnitten hatte, forderte Sithole noch, die Wahlmanipulationen durch eine internationale Untersuchungskommission prüfen zu lassen und verweigerte eine Mitarbeit im „Parlament". Daß dieser halb-öffentlich ausgetragene Streit der Marionetten nicht ins Bild der „freien, fairen Wahlen" paßte, war so klar wie die Tatsache, daß Muzorewa auf Dauer dieses Spiel nicht mitspielen würde.

* * *

Heimliche Hinrichtungen

Auf heimliche Hinrichtungen in Rhodesien haben Mitglieder von Amnesty International amerikanische Parlamentarier aufmerksam gemacht. Wie Thomas Downey, Mitglied der Sondergruppe des Kongresses für Südafrika, in einem Kommunique mitteilte, hätten er und seine Mitarbeiter von Amnesty International Informationsmaterial über 27 Hinrichtungen erhalten, die im Laufe des Juli im Zentralgefängnis von Salisbury vollzogen worden sind. Amnesty hat den rhodesischen Premier Muzorewa aufgefordert, diese Informationen entweder zu bestätigen oder zu dementieren („SZ", 10.8.79).

* * *

Muzorewas Militäretat

1.375.000 Rand (= ca. 2,9 Mio. DM) pro Tag (!) beabsichtigt die neue „schwarze Mehrheitsregierung" von Rhodesien für die Bekämpfung des „Terrorismus", sprich der schwarzen Befreiungsbewegungen, im neuen Finanzjahr auszugeben. Insgesamt hat die Muzorewa-Regierung 500 Millionen Rand ihres 1.353 Millionen Rand umfassenden Gesamtetats für ihren Krieg gegen die Patriotische Front veranschlagt, das entspricht ca. 29 % ihres Gesamthaushalts. Dieser Voranschlag wurde vom neuen Finanzminister David Smith dem Parlament in Salisbury vorgelegt. Für verschiedene Kriegsbereiche werden Erhöhungen um 25 % gegenüber dem Vorjahr anvisiert. Durch „konsequente Sparmaßnamen" in anderen Bereichen (Beschneidung der Subventionen für Farmer und Senkung der Entschädigung für die Opfer von „Terroristenüberfällen") bleibt die Gesamterhöhung des neuen Haushalts auf 10 % beschränkt („Radio Johannesburg", nach „monitor-dienst", 27.7.79).

* * *

Überfälle auf Ziele in Botswana

Luftlandetruppen der rhodesischen Armee haben Anfang August erneut Ziele in dem benachbarten Botswana angegriffen. Der als „Präventivschlag" bezeichnete Überfall soll einem Lager der Patriotischen Front in Francistown im Nordosten Botswanas gegolten haben. Bei der Aktion wurden Häuser in die Luft gesprengt und — nach botswanischen Angaben — ein Zivilist getötet („FR", 11.8.79).

Afrika-Kommission

Angola: Tausende Kriegsopfer

Bei Angriffen der südafrikanischen Rassistenarmee auf Angola sind nach Angaben der Vereinten Nationen in den vergangenen Monaten 570 Angolaner und mehr als 800 Flüchtlinge aus Namibia und Rhodesien getötet worden. Der UN-Bericht gibt die Zahl der Verletzten mit etwa 2.000 an. Die Sachschäden betragen mehrere Millionen Dollar. Der Bericht beschuldigt Südafrika systematischer Aggressionsakte gegen Angola. „*Als Speerspitze anderer kapitalistischer Interessen*" habe die Regierung in Pretoria zudem versucht, vor Amtsantritt des angolanischen Präsidenten Agostinho Neto eine ihr genehme Führung in Luanda einzusetzen („FR", 3.8.79).

Afrika-Kommission



asien

US-Imperialisten forcieren Anti-Vietnam-Kampagne

Nachdem sie auf der Genfer Flüchtlingskonferenz mit ihrer Absicht, diese in ein Anti–Vietnam–Tribunal umzuwandeln, zusammen mit den Vertretern Großbritanniens und der VR China relativ isoliert dastanden, haben die US–Imperialisten ihre Absicht, massiven Druck auf Vietnam auszuüben, noch lange nicht aufgegeben.

Zur gleichen Zeit, als mehrere Parlamentsdelegationen aus den USA Vietnam besuchten, wurde in Washington wieder deutlich mit dem Säbel gerasselt. So veröffentlichte die „New York Times" ein Regierungspapier, das Anweisungen für die US–Marine und –Luftwaffe enthielt, „*künftig demonstrativ auch innerhalb der von vielen Küstenstaaten einseitig deklarierten Zwölf–Meilen–Zone*" zu operieren („FR", 13.8.79). Gegen wen das speziell gerichtet ist, wurde ebenfalls in aller Deutlichkeit gesagt. Danach sind „*spezifische Instruktionen an die Kommandanten der Marine ergangen, in den Gewässern vor Argentinien, Birma, Libyen und* Vietnam, *die alle eine Zwölf–Meilen–Zone haben, die US–Flagge zu zeigen. Das Aufkreuzen der amerikanischen Schiffe soll ohne vorherige Warnung erfolgen*" und „*das Recht zum Kreuzen in diesem Seegebiet soll notfalls mit Waffengewalt gewahrt werden*". Daß es hier nicht um irgendwelche Prinzipien geht, sondern ganz konkret um die Vorbereitung von „Zwischenfällen" vor Vietnam (auch Libyen ist in diesem Zusammenhang interessant!), zeigt die Tatsache, daß in der Richtlinie „*die Sowjetunion und China, die sich ebenfalls eine Zwölf–Meilen–Zone zugelegt haben, ausdrücklich ausgespart*" werden (ebenda).

Auf der diplomatischen Ebene versuchen die US–Imperialisten ebenfalls, weiteren Druck auf Vietnam auszuüben.

Vertreter einer Parlamentsdelegation, die letzte Woche aus Vietnam zurückkehrte, empfahlen der US–Regierung eine Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Während Vietnam, das immerhin die schriftliche Zusage des ehemaligen US–Präsidenten Nixon über Milliardenhilfe besitzt, inzwischen bereit ist, mit den USA ohne Vorbedingungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu verhandeln, hat die Regierung in Washington den Spieß umgedreht und fordert zuerst den Rückzug vietnamesischer Truppen aus Kampuchea und die Beendigung angeblicher Unterdrückung ethnischer Minderheiten in Vietnam.

Da die USA derzeit sogar die Existenz von Gesprächen mit Vietnam über die Normalisierung der Beziehungen dementieren, hat der vietnamesische Außenminister Nguyen Co Thach amerikanischen Journalisten in Hanoi einige Einzelheiten mitgeteilt. So berichtete er, „*daß Washington im November einen Botschafteraustausch im letzten Moment habe platzen lassen. Bei den Geheimgesprächen in New York sei man nur noch Stunden von einem Abkommen entfernt gewesen und habe sich schon über Größe, Lage ‚Personalstärke und andere Einzelheiten der vorgesehenen Vertretungen geeinigt gehabt. Die Amerikaner hätten dann jedoch unerwartet die ‚chinesische Karte' gespielt, einen Botschafteraustausch mit Peking vereinbart und die Gespräche abgebrochen*" („SZ", 10.8.79). Über die derzeit laufenden Geheimgespräche, die von den USA nach wie vor geleugnet werden, wollte Nguyen keine Einzelheiten nennen, „*um die Gespräche nicht zu gefährden*" (ebenda).

Mit ihrer antivietnamesischen Hetze haben die US–Imperialisten es auch geschafft, ehemalige Kriegsgegner für ihre Propaganda einzuspannen. Über das Beispiel Joan Baez berichteten wir vor einiger Zeit.

Wie rigoros gegen abweichende Meinungen geholzt wird, konnte unlängst die engagierte Schauspielerin Jane Fonda spüren.



Im März war sie zum Mitglied des Kalifornischen Kunstrats ernannt worden. Durch ihre jüngsten Filme „Coming Home", der die Auswirkungen des Vietnamkrieges auf eine ganze Generation zeigt und „The China Syndrome", der den Unfall bei Harrisburg auf beklemmende Weise vorwegnahm, hatte sie gezeigt, daß sie nach wie vor ihren Beruf als Ausdruck kritischer Auseinandersetzung mit aktuellen Problemen begreift. Das paßt natürlich nicht in die derzeitige politische Landschaft. So machte der kalifornische Senat mit der deutlichen Mehrheit von 28 zu 5 die immerhin vom Gouverneur des Staates (und potentiellen Präsidentschaftskandidaten) Jerry Brown ausgesprochene Ernennung rückgängig. Die Begründung, von dem republikanischen Senator Robert Nimmo in Worte gekleidet, läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: „*Sie ging im Juli 1972 nach Nordvietnam und forderte über Radio Hanoi unsere Piloten zur Dienstverweigerung, unsere Soldaten zur Desertation auf. Sie half einem Land, gegen das wir Krieg führten. Jerry Brown hat sie nicht nur zum Mitglied des Kunstrates ernannt, sie ist auch eine politische Beraterin des Gouverneurs. Wollen wir einen Präsidenten der Vereinigten Staaten, der sich von Verrätern und Kollaborateuren beraten läßt?*" („SZ", 13.8.79).

Die Hetztriaden führten dazu, daß selbst von den 17 Senatoren der Demokraten Browns nur 5 an der Ernennung festhielten.

In einer „*ganzseitigen Anzeige in der ‚Los Angeles Times' brandmarkten 280 Schauspieler, Schriftsteller, Produzenten und Regisseure von Rang und Namen die Entscheidung als eine Erscheinung des McCarthyismus*" („FR", 10.8.79) und brachten damit ebenso wie der Kalifornische Kunstrat, der Jane Fondas Wiedereinsetzung forderte, zum Ausdruck, daß sie nicht wieder wie vor 25 Jahren ängstlich schweigen wollen. Damals „*hatten wir nicht den Mut zu protestieren, als Karrieren zugrunde gerichtet wurden, und auch heute noch verfolgt uns die Schande unseres damaligen Schweigens. Wollen wir zulassen, daß sich die Geschichte jetzt wiederholt?*" („SZ", 13.8.79), fragte die Präsidentin der Vereinigung der Filmschauspieler in Hollywood, die in einer einstimmig angenommenen Resolution das Vorgehen des Senats verurteilt und eine Untersuchung gefordert hatte.

Asien/Australien–Kommission

China exportiert Arbeiter

Von 20 Mio. Arbeitslosen in China sprach kürzlich der Stellvertretende Ministerpräsident Li Hsien-nien (laut „Süddeutsche Z.", 10.8.). Was liegt also näher als der Export von Arbeitern ins kapitalistische Ausland? Der italienische Bau-Konzern „Italstat" hat bereits einen entsprechenden Vertrag mit der chinesischen Regierung abgeschlossen. „Einige tausend" Chinesen, wie es vorerst heißt, sollen auf Baustellen der „Italstat" in Drittländern geschickt werden. Schon ist die Rede davon, bis zu 400.000 chinesische Arbeiter an die „Italstat" zu vermieten. („Handelsblatt", 7.8.).

Kurzmeldungen

Hungersnot droht in Kampuchea

Nachdem im Aggressionskrieg gegen den US–Imperialismus ca. eine Million Kampucheaner ihr Leben lassen mußten, unter dem Pol–Pot–Regime nach Angaben der derzeitigen Regierung etwa drei Millionen Menschen getötet wurden, droht jetzt weiteren zwei Millionen der Hungertod.

Damit würden von den einst etwa acht Millionen Einwohnern dieses Landes nicht viele übrig bleiben.

Diese alamierende Tatsache hat jetzt die UNICEF und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) veranlaßt, eine Hungerhilfe für Kampuchea zu starten. Bisher hatte sich die Regierung derFUNKSN in Phnom Penh geweigert, solche Hilfe, die mit politischen Erpressungen verbunden war, anzunehmen. So erkennt die UNO nach wie vor das mörderische Pol–Pot–Regime als „legitimen Vertreter" Kampucheas an und verhandelt mit der derzeitigen Regierung nur als „Behörden". Aufgrund der katastrophalen Situation der Bevölkerung hat die kampucheanische Regierung jetzt ihre Bereitschaft erklärt, auch unter diesen Bedingungen die Hilfe anzunehmen.

Bisher war Kampuchea im wesentlichen von Vietnam unterstützt worden, das selbst unter schwierigsten wirtschaftlichen Bedingungen zu leiden hat. Durch riesige Überschwemmungen, die neben Unwettern auch die katastrophalen Zustände der Deiche und Bewässerungssysteme nach dem 30-jährigen Aggressionskrieg zur Ursache haben, wurde im letzten Jahr ein Großteil der Reisernte vernichtet. In Kampuchea ist die Lage mindestens ebenso schlimm. Durch die ständigen Überfälle der Reste des Pol–Pot–Regimes ist die landwirtschaftliche Produktion stark zurückgegangen. „*Vertreter des Pol-Pot-Regimes beschuldigen die Vietnamesen, die verbleibenden Ernterträge für ihren eigenen Verbrauch zu ‚stehlen'. Augenzeugen in Vietnam berichten ihrerseits über Lastwagenkolonnen mit Reis, die in Richtung Kambodscha fahren*" („FR", 11.8.79).

* * *

Pekinger Märchenstunde

Bei den Verhandlungen zwischen der Sozialistischen Republik Vietnam und der VR China zur Beilegung der Grenzstreitigkeiten erfuhr der staunende Zuschauer ganz neue Einzelheiten über den Indochinakrieg. Wer bisher angenommen hatte, das vietnamesische Volk hätte die Franzosen und die US–Imperialisten aus dem Land gejagt, wurde eines besseren belehrt. So erklärte der chinesische Botschafter Yang Gongsu auf einer Pressekonferenz, daß die chinesischen „Berater" bei der Schlacht von Dien Bien Phu 1954 in Wirklichkeit „*Politoffiziere, die die Operation kommandierten*", gewesen seien („Le Monde", 1.8.79). Auch gegen die US–Imperialisten haben demnach die Chinesen einen Großteil des Erfolgs für sich zu verbuchen. Haben doch „*über 300.000 chinesische Soldaten von 1964 bis 1971 an der Seite der Vietnamesen*" am Krieg teilgenommen.

Da hilft es denn auch nichts, wenn der vietnamesische Delegationschef diese Zahlen als „*aus der Luft gegriffen*" bezeichnete und die chinesische Seite beschuldigte, „*die Geschichte umzuschreiben*".

Südkoreanische Bullen ermorden Textilarbeiterin

Daß der brutale Terror des Südkoreanischen Park-Regimes auch nach dem Besuch Carters und dessen Menschenrechtssprüchen weitergehen würde, war zu erwarten.

Im Hauptquartier der oppositionellen Neuen Demokratischen Partei in der Hauptstadt Söul hatten sich Textilarbeiterinnen für ihre Forderung nach Wiedereinstellung zu einem Sitzstreik niedergelassen. Als die Bullen unter Einsatz von Tränengas das Gebäude stürmten, wurde eine der Arbeiterinnen getötet. „*Nach Darstellung der Polizei sprang sie in selbstmörderischer Absicht in den Tod*" („SZ", 14.8.79), hieß es dazu zynisch. 172 ihrer Kolleginnen wurden festgenommen, etwa 40 Personen, „*darunter Journalisten und hochrangige Parteimitglieder, wurden verletzt*" („SZ", 13.8.79). Der (süd-) koreanische Journalistenverband beschuldigte die Polizei der Brutalität gegenüber Reportern, die über die Aktionen berichten wollten.



Arbeiterinnen aus Tuchan



nahost

Westsahara: Bedeutet der Frieden mit Mauretanien eine Ausweitung des Krieges?

Die Frente Polisario hat am 5. August einen bedeutenden Sieg errungen: In Algier unterzeichneten Vertreter der mauretanischen Regierung einen Friedensvertrag mit der Frente Polisario. Vorher hatte die große Mehrheit der OAU-Länder auf der OAU-Konferenz in Monrovia eine Empfehlung angenommen, die für die Westsahara einen sofortigen Waffenstillstand sowie ein Referendum zur Selbstbestimmung der Sahauris und eine Konferenz aller am Konflikt Beteiligten zur Anwendung dieser Beschlüsse vorsieht; auch Mauretanien hatte dieser Empfehlung zugestimmt. Damit ist Marokko auf diplomatischer Ebene weiter isoliert worden.

Doch nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages durch Mauretanien kündigte die marokkanische Regierung Konsequenzen an: der bisher von Mauretanien besetzte Südteil der Westsahara, Tiris el-Gharbia, werde selbstverständlich von Marokko besetzt werden; inzwischen wurden die marokkanischen Truppen in der Westsahara verstärkt, und die marokkanische Regierung erklärte, sie habe die Verwaltung Tiris el-Gharbias übernommen. Dies deutet darauf hin, daß die marokkanische Regierung mit einer Verschärfung des Krieges verhindern will, daß die Frente Polisario auch nur den „Mini-Staat" erhält.

Daß die Polisario am 12. Juli den einjährigen Waffenstillstand gegenüber Mauretanien aufgekündigt hatte und dies mit einem Angriff auf Techla im von Mauretanien besetzten Teil der Westsahara dokumentierte, hat sicher die Entscheidung der mauretanischen Regierung beschleunigt, in Verhandlungen um einen Friedensvertrag einzutreten, denn einen weiteren Krieg hätte Mauretanien sich nicht leisten können.

Am 5. August wurde schließlich der Friedensvertrag unterzeichnet, der beinhaltet, daß Mauretanien auf alle Ansprüche in der Westsahara verzichtet, sich aus der Westsahara zurückzieht und in ständigen Treffen mit der Polisario die Bedingungen für den Rückzug abklärt. Ein Zeitplan wurde nicht genannt, auch ist von keinem Referendum die Rede, auf dem die mauretanische Regierung bisher bestanden hatte. Marokko wird im Vertrag ebenfalls nicht erwähnt.



Schon vor der Unterzeichnung des Vertrages hatte der marokkanische Außenminister Boucetta erklärt, angesichts einer solchen Vertragsverletzung — des Vertrages von Madrid über die Aufteilung der Westsahara 1975 — wäre Marokko gezwungen, alle Maßnahmen zu treffen, um seine territoriale Integrität zu verteidigen, seine eigene Sicherheit und die Stabilität der gesamten Region zu sichern („Guardian", 3.8.79).

Die USA kündigten eine Lockerung ihrer Beschränkungen über den Gebrauch von amerikanischen Waffen an, da der militärische Druck der Polisario auf Marokko zunehmen werde und Marokko im Nahen Osten eine *„mäßigende Rolle"* spiele („Frankfurter Rundschau", 26.7.79), die es selbstverständlich zu erhalten gilt. Die bisherigen Beschränkungen sahen vor, daß Marokko US-Waffen nicht außerhalb der legalen Grenzen benutzen dürfe; die Lieferung der von Marokko geforderten Aufklärungsflugzeuge und Cobra-Hubschrauber im Wert von 200 Mio. Dollar war mit dieser Begründung bisher verschoben worden. Diese Aufklärungsflugzeuge sind in den 60-er Jahren für Anti-Guerilia-Operationen in Vietnam entwickelt worden und werden als effektiver in der Bekämpfung von Guerillas in der Wüste angesehen als amerikanische F5-Bomber oder die französischen Mirage. Damit steuern auch die USA eine militärische Eskalation an und bieten gleichzeitig der marokkanischen Regierung die nötige politische Rückendeckung an.

Nach Meldungen der marokkanischen Nachrichtenagentur MAP besuchte am 12. August der US-Kongreßabgeordnete und Leiter des Unterausschusses für die Afrikapolitik des Kongresses, Stephen Stolarz, Dakhla sowie die Provinzhauptstadt des nördlichen Teils der Sahara, El Aiun. Damit ist er der erste wichtige Politiker der westlichen Länder, der mit seiner Anwesenheit in der Westsahara die Ansprüche Marokkos praktisch anerkannt hat und auch die „Neutralitäts"politik der USA in der Frage der Westsahara aufgibt („FR", 15.8.79).

Auch der Senegal hat Marokko seine Unterstützung zugesichert („Neue Zürcher Zeitung", 11.8.79).

Nach dem 5. August verstärkte Marokko seine Truppen in der Westsahara. Den Friedensvertrag erklärte Außenminister Boucetta für null und nichtig, Presse und Parteien forderten einmütig eine Besetzung von Tiris el-Gharbia. Dort befinden sich schon seit 1977 etwa 2.500 marokkanische Soldaten; Marokko kündigte den Abzug seiner Truppen aus Mauretanien an (mehrere Tausend) und begann mit US-Hilfe mit der Evakuierung der 1.500 Mann starken Elite-Fallschirmjäger-Truppen aus der Zaire-Provinz Shaba („LM", 10.8.79). Marokko bereitet sich offensichtlich darauf vor, die Siedlungen im Süden vollständig militärisch zu besetzen und Fakten zu schaffen, bevor Mauretanien sich zurückgezogen hat. Am 11. und 12. August besuchte der marokkanische Innenminister Dasri Dakhla, wo an den öffentlichen Gebäuden schon die marokkanische Flagge gehißt wurde; auf dem Flughafen von Dakhla befinden sich marokkanische Kampf- und Transportflugzeuge. Marokko hat den Süden der Westsahara praktisch schon besetzt!

Nahost-Kommission

Israel - Kurzmeldungen

Israel - Kurzmeldungen

Landenteignung in Nordisrael

Im Norden Israels soll ein Militärflugplatz errichtet werden. Es ist dies ein Teil des Ausbaus Israels zum Nahost-„Flugzeugträger" und außerdem eine direkte Bedrohung mehr für Libanon und Syrien. Die palästinensischen Bewohner eines großen Gebietes sollen entschädigungslos enteignet werden.

Zionistische Hetze gegen Palästinenser

Der Militärbefehlshaber von Nordisrael, General Avigdor Ben Gal, bezeichnete die Palästinenser in dem von ihm beherrschten Gebiet als „Krebsgeschwüre im Körper der israelischen Nation" („ Süddeutsche Zeitung", 11.8.; „Frankfurter Rundschau", 11.8.). Er sprach damit offen aus, was die Zionisten sonst nur denken, wenn sie von den „arabischen Bürgern Israels" reden. Ben Gal sagte weiter: „Die 500.000 Araber in Israel warten nur darauf, uns an die Gurgel zu springen und zu erwürgen". Da hat er Recht, was solche Herren wie ihn betrifft.

Straferlaß für Mörder

Als die Zionisten im März 1978 Libanon überfielen, verübten sie eine Unzahl von Verbrechen gegen die Bevölkerung und die Kämpfer der fortschrittlichen Kräfte. Trotz Abschirmung und Gegenpropaganda blieben diese Vorgänge auch in der bürgerlichen Presse nicht völlig verborgen. So ging u.a. eine Reihe von Fotos durch die Weltpresse, die einen israelischen Offizier zeigen, wie er gefesselte und geknebelte Gefangene erschießt. Die Zionisten hielten es daraufhin für ratsam, den Offizier vor ein Militärgericht zu stellen. Er wurde degradiert und zu zwölf Jahren Haft verurteilt, legte Berufung ein, kam vor das höchste Militägericht und erhielt acht Jahre Haft. Damit jedoch nicht genug. Es griff der israelische Stabschef ein, General Rafael Eytan, der das „Recht" hat, Strafmaße der Militärgerichte zu ändern. Er ermäßigte die Strafe auf zwei Jahre. Besonders zu beachten ist die Begründung, die er hierfür veröffentlichte. Trotz der Feststellungen der beiden Militärgerichte verfügte Eytan, es habe sich um „Notwehr" gehandelt („Frankfurter Rundschau", 6.8.; „TAZ", 4.7.79).

Ein israelischer Reservist, der in Jerusalem aus persönlichen Rachegelüsten auf offener Straße einen Palästinenser erschossen hatte, kam ebenfalls vor ein Militärgericht, wurde in erster Instanz zu 20 Jahren, in zweiter Instanz zu zehn Jahren verurteilt und von Eytan auf zwei Jahre begnadigt.

Die meisten zionistischen Verbrechen kommen allerdings gar nicht erst vor ein Gericht. Denn: Notwehr, alles Notwehr, Terror ist das, was die Palästinenser tun (frei nach E.Fried).

Drohungen gegen arabische Bürgermeister

Die fortschrittlichen arabischen Bürgermeister der besetzten Städte Nablus (Bassam Schaqa'a), Ramallah (Karim Khalaf), Al Bireh (Ibrahim Tawil) und Halhul (Mohammed Milhem) sollen vor Gericht gestellt werden (siehe auch AK 158, Seite 39). Die Anklagen sind alle politischer Natur: Beteiligung an Demonstrationen, Verstoß gegen die öffentliche Ordnung, Übertretung von gegen sie verhängten Reiseverboten. Eine Verurteilung würde den israelischen Besatzern die rechtliche Handhabe liefern, diese Bürgermeister abzusetzen.

Palästinensischer Sozialkongreß in Jerusalem

Ende Juli fand in Jerusalem mit Billigung der Besatzer ein „palästinensischer Sozialkongreß" statt, an dem 700 Persönlichkeiten aus den besetzten Gebieten und Gäste teilnahmen. Anscheinend entwickelte sich der Kongreß radikaler, als es die Zionisten gehofft hatten, obwohl er von konservativen palästinensischen Persönlichkeiten organisiert worden war.

Da politische Reden verboten waren, wurde der Kampf des palästinensischen Volkes in Theater- und Tanzaufführungen propagiert. Die Kleidung der Künstler hatte die Farben der verbotenen palästinensischen Fahne. In einer abschließenden Erklärung betonte der Kongreß die Einheit des palästinensischen Volkes und rief zum Widerstand gegen die zionistische Besetzung auf. Es wurde die Errichtung eines palästinensischen Staates gefordert („TAZ", 24.7.; „Monitordienst", 23. und 24.7.79).

Der israelische Rundfunk fragte, „wie es möglich sein konnte, daß die Versammlung abgehalten wurde". Der Kongreß, bei dem „eine scharfe antiisraelische Atmosphäre vorherrschte" und „Rufe nach einem bewaffneten Kampf gegen Israel zu hören waren", sei durch „schwere Fehler der Behörden" ermöglicht worden. „Wieso wurden Bürgermeister und andere Persönlichkeiten aus den Territorien nicht an der Teilnahme gehindert?" (nach „Monitordienst", 25.7.79).

Beduinen per Sondergesetz entrechtet

Der israelisch-ägyptische „Friedens"-Vertrag sieht die Errichtung von zwei Militärflugplätzen im Negev-Gebiet vor. Dies wird von den Zionisten zur Begründung für weitere Vertreibungen benutzt. 8.000 Beduinen sollen 15.000 Hektar Land innerhalb von drei Monaten verlassen. Die Beduinen leben dort seit hundert Jahren und hatten auf ihrem Land u.a. Bäume gepflanzt und Gemüse angebaut. Die alten Rechte der Beduinen werden nicht anerkannt (vergl. den Artikel in AK 153, Seite 53). Als „Entschädigung" will ihnen Israel von ihrem eigenen Land ein (!) Dunum (1/10 Hektar) pro Person überlassen, zudem noch ohne das nötige Wasser für einen intensiven Ackerbau. Für einen Obstbaum sollen sie 20 DM erhalten, für ein Haus 400 DM. Wer sich weigert, verliert jedes Anrecht auf diese Entschädigung und soll mit Gewalt vertrieben werden. Scheich Abu Rabia: „Aus Landwirten und Herdenbesitzern sollen Tagelöhner werden, die in Slums wohnen" („TAZ", 1.8.).

Um das ganze schnell durchziehen zu können, soll ein Sondergesetz innerhalb von Wochen durch das israelische Parlament gezogen werden. Nach Erlaß dieses Gesetzes haben die Beduinen keine Möglichkeit mehr, die Gerichte anzurufen, wodurch sie sonst etwa zwei Jahre Zeit hätten gewinnen können. Das Gesetz würde anschließend auf weitere der 100.000 Beduinen angewendet werden können.

Die Beduinen führten mehrere Demonstrationen vor dem israelischen Parlament durch. Sie wurden u.a. von Palästinensern aus den besetzten Gebieten, Bauern aus Nordpalästina, israelischen Menschenrechtsorganisationen, Teilen der MAPAM, der KP Israel, den Linkssozialisten, Vertretern der Christen in Israel und bekannten jüdischen Persönlichkeiten aus den USA wie Woody Allen, Leonhard Bernstein, den Literaturnobelpreisträgern Saul Bellow und Bashevis Singer unterstützt.

Als am 1.8. vor der Knesset 7.000 Menschen demonstrierten, wurden sie von Schlägern der „jüdischen Verteidigungsliga" angegriffen.

Am nächsten Tag beschloß die Knesset das Entrechtungsgesetz in der ersten Lesung. Die zweite und dritte Lesung sollen in Kürze folgen, wobei zu hoffen ist, daß die Beduinen und ihre israelischen und arabischen Unterstützer noch stärkeren Widerstand organisieren können.

Nahost-Kommission

Tunesien: Internationale Solidaritätsbewegung erreicht Begnadigungen

Anfang August wurden in Tunesien der ehemalige Gewerkschaftsführer Habib Achour und acht weitere politische Gefangene begnadigt. Nach dem ersten Generalstreik in Tunesien am 26. Januar 1978, bei dem es durch das brutale Vorgehen der Regierung hunderte von Toten, tausende von Verletzten sowie einige hundert Verhaftungen gegeben hatte, war nahezu die gesamte Gewerkschaftsführung verhaftet und im Oktober zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Habib Achour erhielt mit einem weiteren Angeklagten die höchste Strafe von zehn Jahren Zwangsarbeit wegen „Angriffs auf die innere Staatssicherheit". Nach zwei Monaten Haft in Tunis wurden beide in das berüchtigte Folter-Gefängnis Borj-er-Roumi in Nador gebracht. Nachdem eine internationale Solidaritätsbewegung, u.a. der Internationale Bund Freier Gewerkschaften, Amnesty International und die Internationale Föderation der Menschenrechte, gegen die Verurteilung sowie gegen die Haftbedingungen der Gewerkschafter protestiert haben, wurde Achour jetzt freigelassen. Allerdings darf er sein Haus in Tunis nicht verlassen und außer seiner Familie keine Besuche empfangen.

Mit der Freilassung Achours versucht die tunesische Regierung, ihr Ansehen nach innen und gegenüber dem Ausland etwas aufzupolieren, zumal noch in diesem Jahr und auch im nächsten Jahr Wahlen in Tunesien stattfinden. Damit bleiben jedoch die Verurteilungen a l l e r anderen Gewerkschafter bestehen und die Regierung nimmt nichts von ihrem Vorgehen bei der blutigen Niederschlagung des Generalstreiks und der Entfernung unliebsamer Gewerkschafter aus der UGTT zurück.

Mit Achour wurden acht weitere Gefangene freigelassen, unter ihnen Ahmed Ben Othman, Noureddine Ben Khedder, Mohamed Rached Bellalouna, Gilbert Naccache, Mohamed Fliss und Abdellah Rouissi. Diese sechs gehören zu den sogenannten „vergessenen Gefangenen von Borj-er-Roumi", die im Mai dieses Jahres einen Hungerstreik durchführten, um gegen ihre unrechtmäßige Inhaftierung zu protestieren. Zumindest Ahmed Ben Othman ist schwer gefoltert worden.

Die sechs Gefangenen, Mitglieder der marxistisch-leninistischen Organisation „Al Amal Tunisi", waren im März 1968 nach Studentenunruhen verurteilt, 1970 begnadigt, in den folgenden Jahren jedoch alle wieder verhaftet worden (einige von ihnen wurden mehrfach freigelassen, befanden sich jedoch nie lange in Freiheit). 1974 wurden die Begnadigungen von Ben Othman, Ben Khedder, Naccache und Bellalouna wieder rückgängig gemacht!!

Seitdem befanden sie sich ohne neuen Prozeß und neue Verurteilung, sondern nur aufgrund dieses Präsidentschaftsdekrets in Haft. Insgesamt haben alle eine Haftzeit von sieben bis neun Jahren hinter sich — eine Gewißheit, daß der Gnadenerlaß bei der nächsten Gelegenheit nicht wieder aufgehoben wird, haben sie bei der Willkürpolitik des tunesischen Regimes nicht!

Nahostkommission

„Wer in Nicaragua die Linke unterstützt, trägt den Spaltpilz in die Regierung und treibt deren bürgerliche Teile in die Arme des Imperialismus"!

Dieses ist nicht etwa ein der DKP-Zeitung „UZ" oder dem „Neuen Deutschland" entnommenes Zitat. Mit dieser Argumentation wurde unter anderem die mehrheitliche (13 : 7) Entscheidung zugunsten einer Spendenaktion für die nicaraguanische Regierung und nicht für die FSLN auf einer Schulung des Metallbereichs des KB/Hamburg begründet.

Ich möchte hier als ein Vertreter der Minderheitsposition meine Haltung begründen.

Der besondere Charakter der Entwicklung in Nicaragua

Aufgrund der totalen Herrschaft des von den US-Imperialisten ausgehaltenen Somoza-Clans war es in Nicaragua möglich, eine Einheitsfront zum Sturz dieser Diktatur zu bilden, die ein Bündnis umfaßt, das von der revolutionären Linken bis hin zur nationalen Bourgeoisie reicht. Die gegenwärtige Regierung setzt sich aus Vertretern aller dieser Strömungen zusammen.

Alle Erfahrungen aus Ländern, in denen ein solches Bündnis möglich war – hier seien nur China und Vietnam genannt – haben gezeigt, daß im Verlaufe der Entwicklung nach der Niederschlagung des gemeinsamen Feindes die Widersprüche zwischen den Teilen eines solchen Bündnisses schärfer hervortreten. Dabei ist es von größter Wichtigkeit, welchen Einfluß eine sozialistische Kraft in einem solchen Bündnis hat. Während in China und Vietnam die Einheitsfront ganz klar unter dem politischen Einfluß der jeweiligen KP stand, können wir ähnliches für Nicaragua heute nicht feststellen.

In den Kämpfen gegen die Somoza-Diktatur 1978 hatte sich allerdings schon gezeigt, daß die bürgerlichen Teile der Front davor zurückschreckten, wirklich einen konsequenten Kampf zu führen, der letzten Endes auch gegen ihre eigenen Klasseninteressen gehen würde – das zeigte sich etwa im Abbruch des Generalstreiks, als die Arbeiter begannen, über die tolerierten Grenzen hinaus zu gehen.

Da die Bourgeoisie aber erkennen mußte, daß ein Sturz der Somoza-Diktatur, an dem ihr zu ihrer eigenen Entwicklung sehr viel gelegen war, nur mit den Linken gemeinsam erfolgen konnte, waren sie durchaus bereit, Zugeständnisse an die Linke zu machen.

Das Programm der Regierung geht denn auch weit über das hinaus, was Kapitalisten „normalerweise" bereit sind, zuzugestehen.

Dieses Programm sollte auch von uns unterstützt werden und für die Verwirklichung zu Spenden und Solidarität aufgerufen werden. Allerdings meine ich, daß die Zusammensetzung des derzeitigen Bündnisses von uns verlangt, gezielt die Linke in diesem Bündnis zu unterstützen. Damit tragen wir nich den Spaltpilz hinein – der besteht aufgrund der Zusammensetzung und der Klassenwidersprüche zwischen den verschiedenen Teilen. So schätzt die „FAZ" es sicherlich richtig ein, wenn sie schreibt, *„die jetzt in der Freude über den Sturz der Diktatur gezeigte Einigkeit kann nur kurz die großen Unterschiede zwischen den verschiedenen politischen Gruppierungen in der Front gegen Somoza, in der Regierung und in der Sandinistischen Befreiungsfront verdecken"* und weiter: *„Daß man erst in drei Jahren wählen lassen will, ist ein Erfolg der Gemäßigten. Wenn jetzt gleich gewählt würde, könnte bei der derzeitigen Stimmung im Volk eine Sandinistische Partei mit einem überwältigenden Sieg rechnen. Die bürgerlichen Parteien hätten dann kaum Zeit gehabt, sich zu formieren und bekannt zu werden"* (30.7.).

Daß Kräfte, die nicht gerade dafür bekannt sind, fortschrittliche Entwicklungen zu unterstützen, an dieser „Formierung" tatkräftig mitwirken wollen, zeigt die Reise einer Delegation der „Sozialistischen Internationale" nach Nicaragua – ausgerechnet unter der Leitung von Mario Soares, der ja beste Erfahrungen auf dem Gebiet aufzuweisen hat, wie man spontan-revolutionäre Bewegung in parlamentarische Bahnen lenkt!

In dem Sinne sollten w i r lieber gezielt die Kräfte unterstützen, die einer solchen „Formierung" entgegenwirken. So vertritt etwa die GPP-Tendenz der Sandinistas: *„Die Zusammensetzung der Junta können wir nur mit Vorbehalten akzeptieren. Neben der Junta müssen sich andere Institutionen organisieren, von denen dann die wirkliche politische Macht ausgehen muß. Die Regierungsjunta kann diese Institutionen mitrepräsentieren, doch die Entscheidungen sollten nicht in der Junta, sondern auf anderen Ebenen gefällt werden ... Wir müssen Organisationsformen finden, wie etwa die ‚Komitees zur Verteidigung der Revolution' (CDR) in Kuba"* (zitiert nach „FAZ", 30.7.79).

Wie halten wir's dènn sonst mit der Unterstützung?

Es wurde neben dem Vorwurf der Spaltung in der Diskussion auch vorgeworfen, eine Unterstützung der Linken wäre ein „schulmeisterliches" Verhalten, da wir dann im Prinzip durch die KB-Brille besehen, nur „lupenreine Marxisten-Leninisten" unterstützen dürften.

Ich meine, wir haben in der Vergangenheit die Situationen durchaus durch die „KB-Brille" betrachtet und dann entschieden, welche Bewegung in dem entsprechenden Land den gesellschaftlichen Prozeß am besten vorantreiben kann. Dabei haben wir das niemals davon abhängig gemacht, ob diese Organisationen auch eine „lupenreine" KB-Politik machen!

Als Beispiele will ich hier nur MIR (Chile), MPLA (Angola) und MES (Portugal) nennen, wobei sich durchaus hinterher herausstellen kann, daß unsere Einschätzung nicht richtig war.

Aber das Argument, die Linke in einem Prozeß wie in Nicaragua zu unterstützen, würde dem Imperialismus Zutreiberdienste leisten, geht doch allzuleicht in die revisionistische Richtung! Nach diese Logik müßten wir auch in Palästina die PLO und nicht die PFLP unterstützen, denn das treibt die PLO-Führung dann ja auch in die Arme der Imperialisten oder der Revisionisten. Ich meine, daß aber auch hier sich gerade zeigt, daß die Stärkung der konsequentesten Kräfte in einem solchen Bündnis doch am ehesten dazu führt, dessen Führung zu einem korrekten Kurs zu zwingen.

Wenn in der Diskussion dann noch ein Widerspruch zwischen den Parolen „Alles für den Aufbau eines neuen Nicaragua" (und damit Spenden an die Regierung gemeint waren) und „Stärken wir die FSLN" konstruiert wurde, so unterstellt das doch auch, daß die Sandinistas etwaige Spenden n i c h t zum Wiederaufbau des Landes nutzen würden, sondern dafür die Regierung ein besserer Garant wäre.

Zum Abschluß der Diskussion, die ich auch gerade wegen der Schärfe, mit der sie geführt wurde, sehr erfrischend fand, setzte sich mehrheitlich die Position der Unterstützung der Regierung (als Gegensatz zur Stärkung der Linken) durch. Ich meine allerdings nicht, daß damit auch die Diskussion über diese Frage beendet ist – im Gegenteil!

Ho., Daimler-Zelle

So nicht, Genossen!

Bezugnehmend auf die Äußerungen des Genossen Ho. von der Minderheitenposition in der gebotenen Kürze die Argumente der Mehrheit:

1. Der Genosse Ho. versucht eingehendst den „besonderen Charakter der Entwicklung Nicaraguas" zu erklären. Er spricht von der totalen Herrschaft des US-Imperialismus, die die jetzige Einheitsfront möglich gemacht hat. Wir fragen: Was ist hier b e s o n d e r e s im Vergleich zu anderen Ländern der 3. Welt? Der Ausbeutung und Unterdrückung durch den Imperialismus oder der Zusammenschluß großer Teile des geknechteten Volkes? Sicherlich nicht! Natürlich gibt es unterschiedliche und verschiedenartige Besonderheiten in diesen Ländern (Stand der Produktivkräfte, wirtschaftliche Gegebenheiten, Entwicklung der Klassen etc.), aber gerade die E n t - w i c k l u n g hin zu nationaler Unabhängigkeit – ein Weg der sich zweifelsohne in Nicaragua abzeichnet – hat doch für alle Revolutionen in den kolonialen und halbkolonialen Ländern allgemeingültigen Charakter und gilt *„für eine gewisse Geschichtsperiode"* (Mao).

Daß es sich hier nicht um einen Ausrutscher der Genossen handelt, wird in der Betrachtung ihrer Haltung zum Bündnis selber deutlich.

2. Der Genosse weist darauf hin, daß sich „im Verlaufe der Entwicklung" die Widersprüche im Bündnis verschärfen, erinnert an die Wankelmütigkeit der nationalen Bourgeoisie und schreibt von „Zugeständnissen an die Linke". Es ist doch völlig unzweideutig – und kein Kommunist würde hier widersprechen – daß die bürgerlichen Kräfte allein aus ihrem Klasseninteresse heraus wankelmütig sind. Ebenso daß sich die Widersprüche zuspitzen. Kein Mensch in unserer Diskussion hat dies bestritten. Aber es geht doch gerade um unser V e r s t ä n d n i s von der jetzigen Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung Nicaraguas. Vielleicht kurz hierzu die Situation. 40.000 Tote, 70.000 Flüchtlinge in über 70 Lagern, fast alle Städte von Somozas Luftwaffe zerbombt, 80 % der Fabriken vernichtet, ebenso viele Felder zerstört.

Aus diesen Gegebenheiten – verursacht durch den Imperialismus und seinen Somoza-Clan – hat sich breiter Widerstand in der Bevölkerung gebildet. Vor allem durch die militärischen und politischen Erfolge der FSLN und der MPU (linke Massenpartei) wurde die Grundlage für ein breites Bündnis linker bis bürgerlicher Kräfte gebildet.

Die nationale Bourgoisie, die mittels ihrer Gemeinschaftsfront (FAO), in diesem Bündnis vertreten ist, ist gerade nicht aus einer Stärkeposition – wie es in dem Papier des Genossen scheinen mag („hat ihr sehr viel daran gelegen...") – diesem Bündnis beigetreten, sondern mehr zähneknirschend, auf Grund der oben skizzierten Erfolge der Linkskräfte. Es ist eben nicht so, wie andere Vertreter der Minderheit uns weismachen wollen, daß es sich um eine geschickte Tatktik der nationalen Bourgeoisie handelt. Das verkennt nicht nur die aktuelle Lage, sondern ist eine direkte Herabsetzung des Sieges im Volkskrieg!

3. Kommen wir zu den Zielen der von dem Bündnis gebildeten Provisorischen Regierung. Sie besteht unbedingt auf das Selbstbestimmungsrecht, bekennt sich zur Blockfreiheit und wird diesen Ländern demnächst beitreten. Sie spricht sich für Verstaatlichung verschiener wirtschaftlicher Sektoren aus und hat dies am 25.7. bereits weitgehend vollzogen. Bei ausländischen Investitionen behält es sich die Regierung vor, die Prioritäten festzulegen und Kontrollen vorzunehmen (siehe hierzu „FR", 20.7.). Wir meinen, daß sich u.a. diese Vorstellungen organisch in den jetzigen Prozeß des Landes einordnen und beileibe nicht von den Kapitalisten höflicherweise „zugestanden" wurden, sondern Ergebnis gute Bündnispolitik linker Kräfte sind. Aber Genosse Ho. will angeblich keinerlei „politischen Einfluß sozialistischer Kräfte festgestellt" haben ...?!

4. **Der Knackpunkt unserer Differenzen scheint – wie oben schon angedeutet – in dem unterschiedlichen Verständnis des Befreiungskampfes in der 3. Welt zu liegen und in der Beurteilung der nationalen Bourgeoisie in diesem Bündnis.**

Wir gehen davon aus, daß sich die Revolution in Nicaragua – ein wenig vergleichbar z.B. mit der in Südvietnam – bedingt durch den halbkolonialen Charakter der Gesellschaft in zwei Phasen vollzieht. In der ersten Phase der neu demokratischen Revolution muß *„die koloniale, halbkoloniale und halbfeudale Form der Gesellschaft geändert und diese in eine unabhängige demokratische Gesellschaft umgewandelt werden. In der zweiten Phase ist die Revolution voranzutreiben und eine sozialistische Gesellschaft zu errichten"* (Mao, Bd. II, S. 399).

In den nächsten Monaten und wohl Jahren muß es darum gehen, die notwendigsten Dinge zu meistern, den unterentwickelten Stand der Industrie, Landwirtschaft etc. auszugleichen, die Betriebe überhaupt wieder aufzubauen, ja erst mal die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Und in dieser Phase des Wiederaufbaues und wie Mao sagte, „der Neuen Demokratie" hat die nationale Bourgeoisie tatsächlich eine fortschrittliche Funktion:

„Die nationale Bourgeoisie eines kolonialen oder halbkolonialen Landes bewahrt sich auch im Zeitalter des Imperialismus, weil sie von den ausländischen Monopolen in ihrer freien Entwicklung unterdrückt wird, zu bestimmten Zeiten und in einem gewissen Grade, einen ‚revolutionären Charakter' im Kampf gegen den ausländischen Imperialismus und die mit ihm verbündeten einheimischen Marionetten. Auf dieser Grundlage ist einbegrenztes Zusammengehen der anderen revolutionären Klassen und Schichten des Volkes mit der nationalen Bourgeoisie im Kampf gegen den Imperialismus möglich" (AK Nr. 61).

Und natürlich ist es positiv und zu unterstützen, wenn sich parallel zu diesem Bündnis und einer Provisorischen Regierung Strukturen einer Volksmacht entwickeln, wie von der GPP-Tendenz beschrieben.

Der Genosse empört sich über unsere Feststellung, daß Parteilichkeit für fortschrittliche Positionen in der internationalen Solidarität immer auch Polarisierung des Befreiungskampfes in der 3. Welt bedeutet. Ist das denn so neu? Haben wir es nicht in der damaligen Vietnam-Solidarität geschafft, den US-Imperialismus und seine Lakaien politisch zu isolieren, weltweit sogar, und somit den Sieg der FNL zu beschleunigen?!

Die FNL gründete nach dem Volkssieg eine Provisorische Regierung. Ihr damaliges Zehn-Punkte-Programm umfaßte u.a. (Punkt 3): *„Durchführung einer Politik, die für die Einheit der gesamten Bevölkerung, für nationale Versöhnung und Eintracht eintritt (!!) und sich dem aggressiven Imperialismus widersetzt"*; oder Punkt 6: *„Die Wiederherstellung der Produktion wird aktiv betrieben ... der Besitz von Unternehmern und Händlern ist geschützt. Sie können ihre geschäftlichen Transaktionen fortsetzen, wenn diese den nationalen Plänen und dem Unterhalt der Bevölkerung dienlich sind."* Punkt 10 lautet: *„Alle (!) Angehörigen des Militärs, Offiziere, Polizisten etc. der Marionetten-Regierung, die die feindlichen Reihen verlassen haben ...., werden in ihren Geschäften unterstützt oder können nach Hause zurückkehren und sich nach Wunsch und Vermögen an verschiedenen Aktivitäten beteiligen."*

Schon vergessen Genossen? Habt ihr damals etwa zur Unterstützung der dortigen „linken Kräfte", evtl. der KP, aufgerufen? Wir jedenfalls nicht!

Na ja, werdet ihr jetzt sagen, daß war auch ein linkes Bündnis, das „ganz klar unter dem Einfluß der KP" stand, was wir für Nicaragua nicht „feststellen können". Ein Glück, können wir nur erwidern, denn die dortige „KP" arbeitet eifrig in der Gemeinschaftsfront (FAO) der Unternehmer etc. mit!

Es war doch bislang nie unsere Haltung, daß wir irgendwelche Personen, Gruppen oder „KPs" unterstützt haben, weil sie evtl. einen sozialistischen Anspruch haben. Wir haben unsere Haltung immer nach dem Programm, Zielen und der Politik von gesellschaftlichen Kräften ausgerichtet (ganz im Gegensatz zu den Linkssektierern, die immer irgendwo Bruderparteien aus dem Bauchladen zogen).

Und ist die Forderung nach Selbstbestimmung oder die Verstaatlichung wirtschaftlicher Sektoren etwa im Sinne des Imperialismus oder der „Sozialistischen Internationale"? Versuchen sie die bürgerlichen Kräfte in der Provisorischen Regierung bei dieser Politik zu bestärken? Im Gegenteil: Sie wollen das Bündnis aufspalten, das bürgerliche Lager von den festgelegten Zielen abhalten, um das Land wieder unter Kontrolle zu bringen.

Das wird allerdings nicht verhindert, wenn andersherum einseitig die FSLN oder MPU (die Genossen waren sich da nicht so einig ...) unterstützt wird – unabhängig davon, ob die sandinistischen Genossen darüber überhaupt erbaut sind.

Vielmehr treibt eine festgelegte Parteinahme für die FSLN – und nicht für das Programm der Provisorischen Regierung – die bürgerlichen Kräfte in die Isolation, bzw. fördert ihr Einschwenken zum Imperialismus. Ein Abspalten der kleinbürgerlichen und bourgeoisen Kräfte aus dem Bündnis hätte verheerende Folgen für den so notwendigen Wiederaufbau und wäre ein willkommener Schachzug für Carter und Soarez. Die einzige Chance für einen unabhängigen Weg Nicaraguas besteht gerade in der breiten diplomatischen, politischen und materiellen Unterstützung der Provisorischen Regierung und in der Stärkung ihrer auf **fortschrittlicher Grundlage basierenden** Einheit. Für die vielfältigen Zweifel der Genossen besteht u.E. genauso wenig Grund, wie im Hochstilisieren der FSLN als die lupenreine „sozialistische Kraft".

Die Genossin Dora, leitendes Mitglied der FSLN' sagt zu den Vorstellungen ihrer Organisation:

„Die sandinistische Befreiungsfront hat sich vorgenommen, die demokratischen Freiheiten einzuführen. Dieser historische Weg hat eine innere Logik und man kann keine Sprünge vollziehen. Gegenwärtig den Sozialismus zu fordern, wäre unrealistisch und paßt nicht in die aktuelle Entwicklung, denn das Volk hat weder Verständnis für den Sozialismus noch ist es auf dessen Realisierung vorbereitet. Es gibt in bestimmten Bereichen Widerstand dagegen. Unsere Absicht ist, alle Bereiche mit dem Ziel, die Diktatur zu stürzen, zusammenzufassen und den Wiederaufbau des Landes auf demokratische Weise zu organisieren, die die grundlegenden Interessen des Volkes garantiert. Das Volk wird darüber entscheiden" („TAZ", 21.6.).

5. Der Genosse Ho. spricht weiter davon, man könne ja „auch" die Provisorische Regierung unterstützen und es gäbe keinen Widerpsruch zwischen den Parolen „Volle Unterstützung für die Ziele der Provisorischen Regierung" und „Stärken wir die FSLN". Wir sind da anderer Meinung.

Die Provisorische Regierung verkörpert den gegenwärtigen revolutionären Prozeß, sie ist enstanden aus dem gemeinsamen Interesse verschiedener Schichten und Klassen nach Unabhängigkeit vom Imperialismus. Nur gemeinsam – für einen gewissen Zeitraum – werden sie dieses Ziel erreichen (Nebenbei: Wer uns die Propagierung eines „dauerhaften Bündnisses" mit der nationalen Bourgeoisie in die Schuhe schieben will, sollte sich nicht auf die Finger treten lassen..!).

Darum darf man/frau das Bündnis nicht mit dem Hinweis auf klassenmäßige Widersprüche aufspalten, die momentan nicht die Hauptseite im derzeitigen Prozeß in Nicaragua spielen. Das Wörtchen „ a u c h " unterstützen – fassen wir so verstanden als niedliche Verharmlosung der eigentlichen (unbewußten?) Absichten des Verfassers auf. Übrigens: Woher nimmt der Genosse die Treffsicherheit her, gerade die FSLN zu unterstützen und nicht etwa die MPU? Und wenn FSLN, welche der drei Tendenzen sollte von uns favorisiert werden? Soviele Fragen, sowenig Antworten...

6. Mit ihrem historischen Rückblick fahren die Genossen dann ihr wohl schwerstes Geschütz auf. Sie erinnern an unsere Unterstützung von MES (Portugal), PFLP, MIR (Chile) etc. Es werden ernsthaft Länder wie Portugal und Chile mit der jetzigen Lage in Nicaragua verglichen. Genossen sagt selbst: Geht ihr hier nicht ein wenig zu weit?!

Nehmen wir Portugal: Neben einer völlig andersgearteten nomie handelte es sich zudem noch um eine Kolonialmacht, oder Chile, wo ebenfalls die gesellschaftlichen Widersprüche sich bereits wesentlich schärfer zugespitzt hatten, wo es um den „friedlichen Weg zum Sozialismus" ging. Oder die PLO: wo große Teile sich bereits mit einer Ministaatenlösung abgefunden hatten, ein Volk, was einen ganz anderen Weg der Befreiung ihres Landes einschlagen muß als das nicaraguanische Volk.

Wir halten es für einen schweren Fehler, im Rahmen der internationalen Solidarität unabhängig von den konkreten Bedingungen und der Situation in den verschiedenen Ländern, zu diskutieren und die Frage der konkreten Unterstützung aufzuwerfen. Das wirkt nicht nur genauso farblos wie jemand, der zu jedem Karneval die gleiche rote Pappnase herausholt und meint, er hätte das ideale Kostüm gefunden – sondern es verwässert unser internationalistisches Bewußtsein und ersetzt es durch Schematismus.

Eins noch zum Schluß: Daß wir in die Nähe der Revisionisten gestellt wurden, fanden wir zwar nicht so witzig, kennzeichnet aber nur den Schematismus des Verfassers!

I.A. P./Zelle Blohm & Voss

Öfter mal was Neues?

Die Mehrheitsentscheidung auf einer Schulung des Hamburger Metall-Bereichs des KB zugunsten einer Spendensammlung für die Provisorische Regierung Nikaraguas – statt für die FSLN – wird vom LG als krasser Angriff auf die bisherige Internationalismus-Politik des KB betrachtet. Diese Entscheidung widerspricht allen historischen Erfahrungen ebenso wie der konkreten Situation in Nikaragua.

Der Argumentationskern der Mehrheitsentscheidung lautet: *„Die Provisorische Regierung verkörpert den gegenwärtigen revolutionären Prozeß, sie ist entstanden aus dem gemeinsamen Interesse verschiedener Schichten und Klassen nach Unabhängigkeit vom Imperialismus. Nur gemeinsam werden sie – für einen gewissen Zeitraum – diese Ziele erreichen... Darum darf man/frau das Bündnis nicht mit dem Hinweis auf klassenmäßige Widersprüche aufspalten, die momentan nicht die Hauptseite im d e r z e i t i g e n P r o z e ß in Nikaragua spielen... Vielmehr treibt eine festgelegte Parteinahme für die FSLN – und nicht für das Programm der Provisorischen Regierung – die bürgerlichen Kräfte in die Isolation bzw. födert ihr Einschwenken zum Imperialismus. Ein Abspalten der kleinbürgerlichen und bourgeoisen Kräfte aus dem Bündnis hätte verheerende Folgen für den Wiederaufbau und wäre ein willkommener Schachzug für Carter...".*

Die Genossen der Mehrheit konstruieren also eine besondere Phase, für die die Hauptaufgabe nicht im inneren Klassenkampf, sondern im Wiederaufbau und in der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit liegt. Sie gehen ferner davon aus, daß zur erfolgreichen Durchführung dieser Phase die Wahrung der Einheit der Anti-Somoza-Koalition notwendig sei und Widersprüche innerhalb dieser Koalition hinter dem Gebot der Einheit zurücktreten müßten.

Die r e a l e Situation in Nikaragua ist dadurch gekennzeichnet, daß sich schließlich nahezu geschlossen alle Klassen und Schichten und alle Kräfte des politischen Spektrums in einer Koalition gegen Somoza zusammenfanden. Diese Koalition wurde auch von mehreren bürgerlichen Staaten Lateinamerikas unterstützt.

Diese Koalition umfaßt also Kräfte mit ganz unterschiedlichen Klasseninteressen, politischen Perspektiven und Beziehungen zum Imperialismus.

Allgemein gilt für die Koalitionen dieser Art: Je breiter sie sind, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß solche Koalitionen nach dem Erreichen ihres gemeinsamen Zieles (in diesem Fall der Sturz Somozas) wieder auseinanderfallen und statt des alten Widerspruchs (Bündnis gegen Somoza) neue Widersprüche (i n n e r h a l b der bisherigen Koalition) zu den bestimmenden werden. Da durch solche Koalitionen eine Art von Doppelherrschaft antagonistischer Klasseninteressen ausgeübt wird, ist eine Zuspitzung des Kampfes um die Macht i n n e r h a l b solcher Koaltionen unvermeidlich, und zwar völlig unabhängig von frommen Wünschen nach Wahrung der Einheit. Die Zuspitzung dieses Kampfes um die Macht kann rasch zur faktischen Ausschaltung der bürgerlichen Kräfte von der Macht führen, wenn – wie in China oder Vietnam – die Linke bereits sehr stark und einheitlich ist und wenn nach Lage der Dinge eine wirksame Unterstützung der bürgerlichen Kräfte durch den Imperialismus nicht mehr möglich ist. Andernfalls können leicht die bürgerlichen Kräfte die Oberhand gewinnen, wie in Portugal nach dem Sturz des Faschismus, wie in den anti-nazistischen Koalitionen nach dem 2. Weltkrieg (Frankreich, Italien) oder wie jetzt im Iran.

In Nikaragua, mitten in einer traditionellen Einflußzone des US-Imperialismus, ist es unvermeidlich, daß es zu einem heftigen Kampf um die weitere Entwicklung des Landes zwischen den anti-imperialistischen Kräften einerseits und den zum Bündnis mit dem Imperialismus tendierenden Kräften in der derzeitigen Regierungskoalition andererseits kommt. Dieser Konflikt kann die Form einer Fortsetzung des bewaffneten Kampfes annehmen.

Unserer Aufgabe als Kommunisten und unserer gesamten internationalistischen Tradition entspricht es, ausdrücklich die L i n k e Nikaraguas zu unterstützen. Unterstützung der Provisorischen Regierung i n s g e s a m t s t a t t Unterstützung der Linken hieße in der Tendenz, die bürgerlichen Kräfte gegen die Linken zu unterstützen. Das ist zweifellos nicht unsere Aufgabe.

Die Genossen der Mehrheit argumentieren, daß eine „festgelegte Parteinahme" (z.B. durch Spenden) für die FSLN statt für die Provisorische Regierung das „Einschwenken" der bürgerlichen Kräfte zum Imperialismus fördern würde. Die Annahme, daß die derzeitige Koalition in Nikaragua durch Spenden des KB für die FSLN gefährdet oder gar gesprengt werden könnte, ist freilich allzu absurd, um ernst genommen zu werden. Es geht den Genossen der Mehrheit im Grunde darum, von der Linken in Nikaragua s e l b s t eine Politik zu fordern, die eine Zuspitzung der Widersprüche vermeidet, um ein „Abschwenken" der Bourgeoisie von der Koalition zu verhindern, da die Genossen der Mehrheit ein solches „Abschwenken" für eine wirtschaftliche und politische Katastrophe halten. Diese Furcht vor einem „Abschwenken" der Bourgeoisie hat Lenin theoretisch schon 1905 in seiner Schrift „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" erledigt (vgl. Abschnitt 12: „Wird der Schwung der demokratischen Revolution geschwächt, wenn die Bourgeoisie von ihr abschwenkt?").

Die ideologische Quelle des Irrtums der Genossen der Mehrheit liegt in der chinesischen „Theorie der drei Welten". Diese „Theorie" idealisiert u.a. die Möglichkeiten der Einheit antagonistischer (unversöhnlicher) Klassenkräfte in den Ländern der „Dritten Welt" und fordert die Unterordnung der revolutionären Interessen der Volkskräfte unter die „allgemeineren" Ziele der nationalen Einheit, Unabhängigkeit, wirtschaftlicher Aufbau. Diese „Theorie" beinhaltet die Preisgabe des parteiischen Standpunkts zugunsten der Volkskräfte und führt letztlich zur Versöhnung mit den pro-imperialistischen Kräften in der „Dritten Welt".

Leitendes Gremium

Diskussion über Fraktionsbildung im KB

Im AK 156 (25. Juni 79) wurde das Positionspapier einer „Kritik-Fraktion" im KB veröffentlicht. Unterschrieben war dieses Papier von 30 Mitgliedern des KB und neun „Ehemaligen". Unter den Unterzeichnern waren u.a. sieben Genoss(inn)en aus Altona, sieben aus dem ÖTV-Bereich, sechs aus der AG Zivildienst, drei aus Bergedorf und drei aus der RGW-Kommission. Zunächst auch von uns allzu gläubig übernommene Behauptungen, daß sich die „Fraktion" gegenüber dem ersten Unterzeichnerkreis mehr als verdoppelt habe (das wären ca. 80 Personen! – vgl. die entsprechende Angabe im redaktionellen Vorspann im AK 156), entsprachen wohl eher dem Wunschdenken der „Fraktion" als der Realität. Im Gegenteil scheint es beim Kreis der Unterzeichner des Papiers inzwischen Schrumpf-Tendenzen zu geben. Ob es sich dabei um das sogenannte „Gesundschrumpfen" handelt, ist fraglich. Andererseits ist der Teil von Genoss(inn)en, die mit einzelnen Elementen des „Kritik-Papiers" sympathisieren, ohne sich der „Fraktion" anzuschließen und ohne deren Methoden im einzelnen für angebracht zu halten, wohl doch nicht unerheblich.

Zum weiteren Verauf der Debatte ist inzwischen ein Heft von „Unser Weg" (UW 29) herausgekommen. Unter anderem enthält diese Zusammenstellung auch ein neueres Positionspapier der „Kritik-Fraktion". Während sie in ihrem ersten Papier (AK 156) nur allgemein über „die organisatorischen Strukturen" im KB geschrieben hatte, fordert sie in ihrem zweiten Papier u.a.: Die Tauglichkeit kommunistischer Organisationsformen generell in Frage zu stellen; Methoden und Politik der gesamten historischen kommunistischen Bewegung generell in Frage zu stellen; die gesamte „Führung" des KB *„vom Zellenanleiter bis zum LG-Mitglied"* neu zu formieren.

Inzwischen verstärkten sich die Zweifel, ob es sich bei diesem Kreis überhaupt um eine Fraktion im Sinne kommunistischer Organisationsprinzipien handelt, denn:

1. Die „Fraktion" hat keine politische Plattform", sondern ist eine offene Sammlungsbewegung für „Unzufriedenheit" j e d w e d e r Art.
2. Die „Fraktions"sitzungen stehen für Nicht-Mitglieder („Ehemalige") offen.
3. Die Nichtbeachtung der Organisationsdisziplin wird von der „Fraktion" offen verkündet.

Vor diesem Hintergrund wurden vor ein paar Wochen vom LG die „Thesen zur Bildung von Fraktionen" zur Diskussion in der gesamten Organisation gestellt. Wir veröffentlichen diese „Thesen" nebenstehend.

In der inzwischen angelaufenen Diskussion (die allerdings bisher, bedingt durch die Urlaubssituation, erst in einer Minderheit von Einheiten geführt worden ist), ergibt sich, daß ungefähr 85 % der an der Diskussion beteiligten Genoss(inn)en den „Thesen" im wesentlichen zustimmten, während etwa zehn % dagegen stimmten und fünf % sich der Stimme enthielten. Vor den Abstimmungen fanden jeweils mehrstündige Diskussionen in den Einheiten statt; in manchen Fällen wurde auch noch ein zweiter Diskussionstermin angesetzt.

Änderungsvorschläge

In der bisherigen Diskussion tauchten bereits mehrere Änderungsvorschläge zum Text der „Thesen" auf. Ziemlich breit wird der Passus von der *„D u r c h f ü h r u n g mehrheitlich gefaßter Beschlüsse"* (in Punkt 4) kritisiert. Vorgeschlagen wurde stattdessen: *„...kein Verstoß gegen mehrheitlich gefaßte Beschlüsse"* (Mehrheit Bremen). In Lüneburg wurde von zwei Genossen in Frage gestellt, ob die Durchführung mehrheitlich gefaßter Beschlüsse tatsächlich zur Organisationsdisziplin gehört. Ein Genosse aus dem Hamburger ÖTV-Bereich meinte, daß sich Mitglieder „bei Lieferung einer Begründung" nicht an Beschlüsse zu halten bräuchten.

Die Frauenzelle Eimsbüttel (Hamburg) schlägt vor, *„daß die aktive Durchführung von Beschlüssen n i c h t i n j e d e m F a l l von Kritikern verlangt wird, sondern daß eine aktive Gegenarbeit in der Öffentlichkeit ausgeschlossen werden soll"*. Die Sympathisantengruppe Delmenhorst meint zu diesem Punkt: *„Wegen grundsätzlicher Erwägungen hat in einem kommunistischen Statut die formale Verpflichtung der Organisationsmitglieder, auch gegen ihren eigenen Auffassungen handeln zu m ü s s e n , nichts zu suchen"*. Es müsse das Recht gesichert sein, *„die Durchführung von Beschlüssen abzulehnen, wenn Rechenschaft sowohl über die Gründe als auch über die möglichen Folgen abgelegt wird"*. Jedoch dürfe es kein Entgegenarbeiten gegen Beschlüsse in der Öffentlichkeit geben.

Andere Vorschläge forderten, in die „Thesen" weitergehende Aussagen über die Rechte von Fraktionen im KB aufzunehmen. So sollte Punkt 3 ergänzt werden um eine Formulierung, daß Fraktionen das Recht zusteht, *„ihre Positionen in schriftlicher Form und nach Vorlage beim Anleiterkreis über die organisatorischen Kommunikationswege zu verbreiten"* (ein Genosse des IKAH Hamburg). Die Mehrheit des Hamburger ÖTV-Komitees fordert eine Festschreibung des Rechts von Fraktionen, „sich nach außen darzustellen". Außerdem müsse geklärt werden, *„ob einer Fraktion das Recht auf eigene Organe und Beteiligung an den Leitungen zusteht"*.

Die Sympathisantengruppe Delmenhorst schreibt: Fraktionen müßten darauf verpflichtet werden, *„ihre Arbeit inhaltlich in den Dienst der gemeinsamen Sache zu stellen und sich hierin nicht zu verselbständigen. Ein wichtiger Punkt ist dabei – das zeigt doch ‚das aktuelle Beispiel –, daß die Fraktionsarbeit kontrollierbar gemacht werden muß. Man muß verlangen, daß Fraktionen erstens bei ihrer Bildung über ihre Differenzen präzise Auskunft geben, sogar eine Planung über ihre weitere Arbeit darlegen und zweitens regelmäßig Rechenschaft ablegen und die Fortdauer ihrer Fraktionierung begründen... Darüber hinaus müßte die Kommunikation zwischen zuständigem Leitungsgremium und Fraktion sichergestellt werden. Sogar die gastmäßige Aufnahme eines Fraktionsmitglieds in die zuständige Leitung (Kooptierung) sollte erwogen werden."*

In anderen Vorschlägen wurde eine rigidere Fassung der „Thesen" gefordert. So schlägt eine Zelle im Hamburger Druck-Bereich die Aufnahme folgender Formulierung vor: *„Fraktionen können nicht ewig existieren; auf Kongressen (später dann auf unseren Parteitagen) muß eine gesamte Meinung des KB festgestellt werden, die dann verbindlich ist"*. Genossen des Hamburger Chemie-Bereiches wollten festgehalten sehen, daß Fraktionen nur ein „notwendiges Übel" sein könnten.

Die liberale Position

Weit verbreitet (und stärker, als es sich letztlich in den Abstimmungsergebnissen ausdrückt) wurde von recht liberalen und großzügigen Positionen aus diskutiert.

So stieß der Punkt 5 der Thesen auf Widerspruch und viele Fragen, weil es dort heißt, daß sich Fraktionen **„um bestimmte, d i s k u t i e r b a r e Anschauungen"** sammeln. „Was ist ‚diskutierbar' und wer entscheidet das?", wurde vielfach gefragt. – Die Antwort auf den ersten Teil der Frage ergibt sich aus dem Zusammenhang der ‚Thesen', nämlich der Abgrenzung zu den Methoden der „Fraktion", die eine Sammlungsbewegung auf der Basis beliebiger „Unzufriedenheit" mit dem KB und/oder seinen „Leitungsebenen" ist.

Eine derartige Sammlungsbewegung ist noch niemals als Fraktion bezeichnet worden. Die Frage, w e r darüber entscheidet, was „bestimmte und diskutierbare Auffassungen" sind, läßt sich ebenfalls ohne weiteres beantworten: Nicht das LG oder die AK-Redaktion, sondern – wie in diesem konkreten Fall der „Kritik-Fraktion" – je nach Umfang der „Fraktion" die Gesamtorganisation oder Delegierten-Gremien.

Bemerkenswerterweise wurde auch von den liberalsten Genoss(inn)en gar nicht bestritten, daß es sich bei der „Fraktion" um eine Sammlungsbewegung ohne klaren Inhalt handelt. Die Meinung war nur, daß man dies lieber in Kauf nehmen wolle, als eine ihrer Meinung nach „mißbräuchliche" Formulierung wie die in Punkt 5 der Thesen. Faktisch bedeutet das, daß jeder mit x-beliebigen Auffassungen im KB eine Fraktion ausrufen kann, oder auch mit gar keinen Auffassungen, sondern lediglich mit einer Handvoll „offener Fragen".

Eine andere Erscheinung der liberalen Position war, daß die Punkte 1 bis 6 (eventuell mit der Einschränkung zu 5 und zur Durchführung von Beschlüssen) im großen und ganzen als berechtigt angesehen wurden, daß auch die Angaben über die Methoden der „Fraktion" gar nicht in Frage gestellt wurden – aber der Punkt 7 („Unvereinbarkeit") abgelehnt wurde. Man müsse sich trotzdem mit der „Fraktion" weiter auseinandersetzen und dürfe „das Problem nicht mit administrativen Maßnahmen lösen". Außerdem wurde davor gewarnt, daß solche „administrativen Maßnahmen" die Anhänger der „Fraktion" nur noch enger zusammenschweißen würden.

Diese Position läuft darauf hinaus, für jeden Kreis im KB, der sich zur Fraktion erklärt, die totale Narrenfreiheit hinsichtlich Wahrung der Organisationsdisziplin usw. zuzugestehen. Die Gewißheit, unter dem Schutzmantel des Fraktionsrechts vor „administrativen Maßnahmen" absolut sicher zu sein und sich dabei auf die Sympathie breiterer liberaler Strömungen im KB verlassen zu können, wird notwendigerweise noch frechere Methoden geradezu provozieren. Im übrigen kann man nicht die Organisationsdisziplin für irgendwelche „Fraktionen" aufheben, ohne sie t o t a l zu liquidieren und damit faktisch die Selbstauflösung des KB einzuleiten.

Die Position der „Fraktion"

In der „Fraktion" wurde abgesprochen, sich an der Diskussion über die „Thesen" in den jeweiligen Einheiten n i c h t zu beteiligen, sondern die sofortige Einstellung der Diskussion über die „Thesen" und deren Zurücknahme durch das LG zu fordern. Soweit bisher erkennbar, kamen die meisten Mitglieder der „Fraktion" dieser vereinbarten Taktik nach.

Als Begründung für die Nichtteilnahme an der Diskussion wurde von der „Fraktion" angeführt, es handele sich gar nicht um eine richtige Diskussion, sondern um das bloße formale „Absegnen" einer Anweisung des LG.

Von Seiten der „Fraktion" liegt bisher keine inhaltliche Stellungnahme zu den „Thesen" vor. Aus einem Papier der drei Bergedorfer „Fraktions"mitglieder geht ausdrücklich hervor, daß die „Fraktion" auch zukünftig nicht vorhat, zu den „Thesen" Stellung zu nehmen. Wahrscheinlich wird der führende Kern der „Fraktion" aber selbst erkennen, daß er sich mit dieser hirnverbrannten Taktik die letzten Reste von Sympathie im liberalen Lager des KB verscherzt – und schließlich doch noch eine Stellungnahme abgeben.

Eine sehr originelle Variante der „Fraktions"linie bot die Zelle Altona II, die mit der „Fraktion" personell verbunden ist. Diese Zelle lehnte die „Thesen" total ab, u.a. mit der Begründung, sie könne mangels Information nicht beurteilen, ob die Angaben über die Arbeitsweise der „Fraktion" (Punkt 6) zutreffend seien. Die Zelle Altona II forderte außerdem vom LG (!) Angaben über die derzeitige Stärke der „Fraktion" und ihren Einfluß in den einzelnen Bereichen – wohl wissend, daß die „Fraktion" g e h e i m arbeitet und Mitglieder des LG sogar von ihren ansonsten halböffentlichen Diskussionsrunden ausschließt. Wir geben diese Aufforderung zur Information aber gern an die „Fraktion" weiter.

Außer der Zelle Altona II hat bisher nur die Hamburger Lehrlingszelle (mit knapper Mehrheit) die „Thesen" abgelehnt.

Thesen zur Bildung von Fraktionen im KB

1. Die Bildung von Fraktionen im KB ist für uns eine neue Frage. Hierzu gibt es bisher weder positive noch negative Entscheidungen, da sich die Frage bisher p r a k t i s c h noch nicht gestellt hatte. Allerdings hat das LG auf eine Frage der GIM hin in einem Antwortbrief erklärt: „Tatsächlich gibt es bisher keine Minderheitstendenzen im KB. Wenn die Diskussion im Vorfeld des 1. KB-Kongresses aber zur Herausbildung solcher Tendenzen führen sollte, dürfen diese sich gemeinsam auf den Kongreß vorbereiten."
2. In der Geschichte der kommunistischen Bewegung ist diese Frage bisher unterschiedlich beantwortet worden. In der KPdSU wurde auf dem X. Parteitag (1921) das Verbot fraktioneller Gruppen beschlossen, nachdem diese bis dahin in der Praxis als zulässig galten. In der KPD wurde faktisch die Existenz von Fraktionen erst Ende der 20er Jahre aufgehoben. In der KP Chinas besteht kein Fraktionsrecht.
3. Wir halten die Bildung von Fraktionen für ein wichtiges Instrument bei der Klärung politischer Kontroversen im KB. Fraktionen haben das Recht, sich zu treffen, um Diskussionen vorzubereiten, Stellungnahmen auszuarbeiten und zu besprechen.
4. Die Mitglieder von Fraktionen bleiben an die Organisationsdisziplin des KB gebunden: Durchführung mehrheitlich gefaßter Beschlüsse; Nicht-Weitergabe von Organisations-‚Interna' (Rundschreiben, Diskussionen usw.); keine Kooperation mit Nicht-Mitgliedern gegen Genoss(innen) in Massenorganisationen, Initiativen etc., sondern Klärung von Streitfragen i n n e r h a l b des KB.
5. Fraktionen bilden sich auf der Basis politischer und/ organisatorischer Meinungsverschiedenheiten. Fraktionen sammeln sich also um bestimmte, diskutierbare Anschauungen. Sie sind keine Geheimorganisationen innerhalb des KB.
6. Die sogenannte „Kritik-Fraktion" ist im Sinne dieser Kriterien k e i n e Fraktion.
   a) Die „Kritik-Fraktion" betreibt eine Sammlungsbewegung ohne konkreten politischen und/oder organisatorischen Inhalt. Ihr einziger Zusammenhalt besteht in beliebigen Differenzen zu beliebigen Aspekten der Politik und/oder der „Strukturen" des KB.
   b) Die „Kritik-Fraktion" bleibt ausdrücklich und als erklärtes Ziel nicht im Rahmen des KB, sondern betreibt auch außerhalb des KB eine Sammlungsbewegung, wobei bisher als einzige Kriterien für eine Zulassung zu den „Fraktionstreffen" eine beliebige „Unzufriedenheit" sowie eine derzeitige oder ehemalige Mitgliedschaft im KB gelten. Daraus ergibt sich, daß die „Fraktion" für eine Mitarbeit von Mitgliedern anderer Organisationen (sofern dies irgendwann einmal Mitglieder des KB waren) ohne Einschränkung offensteht, ebenso wie für derzeit Unorganisierte, antikommunistisch Frustrierte usw. usf..
   c) Die „Kritik-Fraktion" stellt sich daher schon in ihrem eigenen Selbstverständnis außerhalb der Organisationsdisziplin. Sie ist offen für beliebige Anschauungen (sofern diese sich gegen die derzeitige Politik und ‚Leitungsebenen' des KB richten) ebenso wie sie andererseits offen ist für das Hinaustragen von Organisations-Interna in beliebige Richtungen.
7. Die Bildung der „Kritik-Fraktion" entspricht daher nicht den Grundsätzen einer Fraktionsbildung innerhalb einer kommunistischen Organisation, wie wir sie für zulässig bzw. unter Umständen für notwendig halten. Sofern die „Kritik-Fraktion" insgesamt sich nicht eindeutig zu den Punkten 4 und 5 dieser Thesen äußert und sich daran auch in ihrer Praxis hält, ist die Mitglieschaft in der sog. „Kritik-Fraktion" unvereinbar mit einer Mitgliedschaft im KB.

Leitendes Gremium

Krise, Utopismus und Entsolidarisierung

Dieser Artikel soll versuchen, die Debatte um Utopismus, Feminismus und die Einbeziehung des Privaten in die politische Debatte fortzusetzen, die die Göttinger Genossen Ha./Kl. in AK 156 begonnen hatten. In ihren Artikeln warnten Ha./Kl. vor einem innerorganisatorischen Überhandnehmen utopischer Forderungen und feministischer Positionen. Ihren ersten Kritikteil (Utopismus) wollen wir in diesem Artikel im wesentlichen kritisieren, ihren zweiten Kritikteil (Feminismus) bestätigen und vertiefen.

Unser Artikel umfaßt drei Abschnitte: Im ersten Abschnitt kritisieren wir, daß Ha./Kl. u.E. im wesentlichen falsche Vorstellungen vom Utopismus verbreitet haben, versuchen zu zeigen, was Utopismus aus unserer Sicht ist und geben dann Beispiele für utopische Erwartungshaltungen einiger Genoss(inn)en an den KB. Insgesamt halten wir den Utopismus allerdings bloß für einen Nebenaspekt bei der allgemeinen Entsolidarisierung, dem Verfall revolutionärer Moral innerhalb des KB. Gegen diese Entsolidarisierung - so lautet unser Vorschlag - müsse der Hauptstoß geführt werden, nicht aber gegen den Utopismus. Im Kampf gegen die Entsolidarisierung wollen wir eine Umkehr von allgemeiner und verbreiteter Verweigerungstendenzen suchen. Bei unserem Vorschlag, den Kampf gegen die Entsolidarisierung kampagnenweise anzugehen, versuchen wir uns auch von der u.E. recht undifferenzierten Forderung „Macht das Private öffentlich" abzugrenzen, indem wir sie konkretisieren.

Im zweiten Abschnitt befassen wir uns mit dem Zusammenhang von Krise und Krisenliteratur, wie er u.E. erstmals von Ha./Kl. in die Debatte gebracht wurde. In Auseinandersetzung mit diesbezüglichen Buchbesprechungen im letzten Jahr AK-Berichterstattung wollen wir die Kritik von Ha./Kl. vertiefen und aufzeigen, daß besonders auf diesem speziellen Sektor tatsächlich eine offene Flanke zum Feminismus innerhalb des KB entstanden ist und daß wir dabei sind, alte korrekte Fronten auf diesem Sektor, wie sie vor Jahren bezogen worden sind, wieder zu räumen. Insbesondere dazu hoffen wir auf eine längere Debatte im AK, in der wir uns alle speziell mit Modeformeln einer „neuen Weiblichkeit", einer neuen „frauenfreundlichen Sprache", einer neuen „weiblichen Identifikation" und ähnlichem mehr auseinandersetzen sollten.

Im dritten und letzten Abschnitt wollen wir uns mit den vielfach glatt bestrittenen, manchmal allerdings durchaus allgemein, aber absolut unkonkret bestätigten Tendenzen zum Feminismus im KB auseinandersetzen. Wir werden uns dabei auf eine Reihe innerorganisatorischer Protokolle stützen und sie für diese Debatte auswerten. Dabei kritisieren wir auch den Versuch der Hamburger Arbeitsgruppe Frauen, der Kritik an feministischen Tendenzen innerhalb des KB mit Hinweisen darauf zu begegnen, daß es in der AK-Berichterstattung keine feministischen Artikel gibt. Tatsächlich gibt es im letzten Jahr – mit einer einzigen Ausnahme – keine Auseinandersetzung mit dem Feminismus mehr und absolut nichts zur Auseinandersetzung mit pro-feministischen Strömungen innerhalb des KB. Das können wir nicht als unseren Verdienst ansehen.

Insbesondere unsere Kritik am weitgehenden Verzicht auf politische Auseinandersetzung mit pro-feministischen Tendenzen inner- und außerhalb des KB sollte keinesfalls einseitig als Kritik an der Arbeitsgruppe Frauen mißinterpretiert werden. Als Mitglieder leitender KB-Gremien sind und waren wir für die Gesamtanleitung unserer Politik mitverantwortlich und z.T. in früheren Jahren auf dem Sektor unserer Frauenpolitik auch aktiver, bzw. engangierter. Daher beziehen wir uns selbstkritisch in unsere diesbezüglichen Anmerkungen mit ein und verstehen diesen Artikel a u c h als ersten Schritt einer Wiedergutmachung.

Wir bitten insbesondere unsere Leser(innen), den „r o t e n F a d e n" unserer Argumentation im Blick zu behalten und mit der in letzter Zeit aufgekommenen Unart zu brechen, einzelne untergeordnete Gedankengänge oder gar einzelne Satzfetzen aus ihrem Zusammenhang zu reißen, um uns womöglich am Ende ganz andere politische Anliegen zu unterstellen: Es geht uns also um Kampf gegen die Entsolidarisierung, gegen pro-feministische Tendenzen, gegen die verbreitete „Verweigerungshaltung" und für die Wiederherstellung revolutionärer Moral im KB, für Kampf um mehr Gleichberechtigung unserer Genossinnen ohne Anleihen beim Feminismus.

Leitung des Hamburger „Zentrums"

Ha./Kl. kritisieren eine „überhöhte", „utopische Erwartungshaltung" bei immer mehr Genoss(inn)en des KB in ihre Organisation. Gemeint ist damit die um sich greifende Tendenz, den KB als organisatorischen Rahmen ihrer eigenen Bedürfnisbefriedigung, ihrer persönlichen „Selbstverwirklichung", Emanzipation zu betrachten bzw. Forderungen auf dieser Linie an die Organisation zu richten. Bedauerlicherweise haben sich die Kritiker(innen) von Ha./Kl. mit diesem Kritikansatz nur oberflächlich auseinandergesetzt. Ha./Kl. sind daran allerdings nicht ganz unschuldig, da sie bei der Entwicklung ihrer Kritik von vornherein zwei, genauer gesagt sogar drei Fehler machen: Erstens „konkretisieren" sie ihre Utopismus-Kritik einseitig an unserer Frauenpolitik, obwohl anderweitige Beispiele sich viel zwingender aufdrängen. Zweitens subsumieren sie völlig verfehlte „Beispiele" unter ihre „Utopismus"-Kritik, so daß der Gedanke nicht ganz fernliegen muß, daß sie gar nicht so genau wissen, wovon sie eigentlich sprechen, wenn sie die „utopische Erwartungshaltung" von immer mehr Genoss(inn)en ins Visier nehmen. Drittens legt ihre Polemik den Gedanken nahe, daß der von ihnen kritisierte Utopismus auf der Seite der s u b j e k t i v e n Krisenursachen das Hauptproblem sei, was u.E. in zweifacher Hin-
mus auf der Seite der s u b j e k t i v e n Krisenursachen das Hauptproblem sei, was u.E. in zweifacher Hin-
sicht falsch ist: einmal ist der Utopismus natürlich nicht Ursache, sondern Folge oder Ausdruck der krisenhaften Entwicklung unserer Organisation (wenngleich er auf sie selbst natürlich zurückwirkt) und zum anderen ist der Utopismus u.E. nur ein N e b e n - aspekt bei der allgemeinen Entsolidarisierung als der hauptsächlichen Krisenerscheinung im Inneren des KB.

Unabhängig von dieser Kritik (die wir weiter unten entwickeln werden) gebührt Ha./Kl. u.E. der Verdienst, mit dieser Gedankenführung den e r s t e n Schritt zu einer weiteren und neuen Etappe unserer Krisendebatte getan zu haben, einer Etappe, in der wir hoffen (oder ahnen), Elemente für die Umkehr aus der Krise zu finden. Umgekehrt sehen wir die Gefahr, daß die Fehler, Mängel und Ausrutscher in den Artikeln von Ha./Kl. zum Anlaß genommen werden, die bisher nur zaghaft und einen winzigen Spalt geöffnete Tür zu dieser notwendigen weiteren Etappe unserer Krisendiskussion wieder voll und lautstark zuzuknallen. Wir wollen mit unserem Artikel also einen Fuß in diesen Türspalt stellen.

Utopismus als Krisenerscheinung

Der revolutionäre Marxismus formuliert utopische Ziele: Das Absterben des Staates (und „der Partei") und die Aufhebung aller Grenzen, die Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit, die absolute und restlose Gleichstellung aller menschlicher Individuen, ein gesellschaftliches Leben nach dem Prinzip ‚jeder nach seinen Bedürfnissen' u.ä.m, kurzum den „neuen Menschen". Daß diese Ziele des Kommunismus nicht „reine", sondern „konkrete Utopie" sind, haben die „Klassiker", vorneweg Marx, wissenschaftlich belegt. Allein — die p r a k t i s c h e n Versuche, an diese Ziele heranzukommen, stimmen eher traurig als hoffnungsfroh angesichts des „realen Sozialismus" und seiner Vorposten im Rest der Welt.

Diese Lage (besser: Sicht?) der Dinge veranlaßt derzeit immer mehr Genoss(inn)en — nicht nur unserer Organisation — Wege der scheinbaren A b k ü r z u n g zumindest zu einigen dieser „utopischen" Ziele einzuschlagen oder zumindest vorzuschlagen. Utopismus als Krisenerscheinung oder Fehlströmung meint also die Mentalität, „utopische" F e r n ziele hier und heute bereits erreichen und praktizieren zu können, sofern man nur die Courage dazu hat. Dieser Utopismus ist allerdings u.E. keinesfalls Domäne unserer Frauenpolitik, wie Ha./Kl. nahelegen, sondern tritt in anderen Bereichen viel stärker und massiver zutage, was wir an einigen Beispielen aufzeigen wollen:

Im AK 153 ist ein Kritikbeitrag einer Gruppe von Technik-Genoss(inn)en abgedruckt, in denen sie die Aufhebung von Kopf- und Handarbeit bei unserer Zeitungserstellung fordern, und zwar hier und heute. Als AK-Redakteure müßten wir eigentlich überglücklich sein, daß sich hier eine Reihe von Genoss(inn)en melden, uns künftig beim Abfassen und Korrigieren der Artikel zu helfen (oder gar abzulösen). „Im Prinzip" also eine
künftig beim Abfassen und Korrigieren der Artikel zu helfen (oder gar abzulösen). „Im Prinzip" also eine
goldrichtige Forderung: nur — ist ihre Umsetzung hier und heute praktikabel ...? Die Genoss(inn)en aus unserer Technik schreiben: *„Wir sind der Meinung, daß dem Schema der Trennung von Hand- und Kopfarbeit, der damit verbundenen Herausbildung hierarchischer Strukturen entgegengetreten werden muß."* Schön, aber wie? Vom Standpunkt einer Emanzipation sowohl der Kopf-, als auch der Handarbeiter und vom Standpunkt einer möglichst allseitigen Ausbildung beider, wäre dies zweifellos eine ausgezeichnete Forderung. Aber wie sieht diese Forderung vom Standpunkt unserer Aufgaben vor der Bewegung aus?

In einer Reihe von Ortsgruppen wurde die Forderung nach routierender Besetzung aller Leitungsorgane des KB erhoben, „damit jeder mal drankommt". Wiederum — vom Standpunkt der Emanzipation derjenigen Genoss(inn)en, die nicht mit Leitungsaufgaben bei uns befaßt sind, ein ganz ausgezeichneter Gedanke. Aber welches Licht fällt auf diese Forderung vom Standpunkt des Erhalts bzw. der Steigerung unserer politischen Schlagkraft? Dieselbe Problematik unterliegt der in letzter Zeit ebenfalls vielfach erhobenen Forderung nach mehrheitlicher (53 %) Besetzung aller unserer Leitungsorgane mit Genossinnen (Frauen). Die neugegründete Zelle in einem unserer Organisationsbetriebe hat es abgelehnt, eine/n verantwortliche/n Anleiter/in zu wählen, sondern zieht es anscheinend vor, in wechselnder Besetzung an den übergeordneten Anleitungsgremien teilzunehmen. Sie schreiben: *„Wir möchten mit Delegierten im ... vertreten sein, allerdings haben wir nicht den Anspruch* (?), *eine(n) als Anleiter(in) dort hinzuschicken, sondern möchten durch jeweils von uns delegierte Gen. dort vertreten sein"*.

Diese Beispiele mögen genügen, um die reale Existenz einer utopistischen Fehlströmung im KB zu belegen, Es geht uns selbstverständlich nicht darum, hier und heute gewisse praktikable Schritte in Richtung auf utopische Vorstellungen hin zu verhindern; mehr noch, wir sind sogar bereit, hier und dort — immer im Rahmen des Vertretbaren — auch zu experimentieren. Den utopischen Forderungen — und wir haben ausdrücklich hier nicht die extrem exzessiven, gewissermaßen offenkundig „spleenigen" genannt, sondern die, die derzeit größeren Anklang und breitere Zustimmung im KB haben — liegt der richtige Denkansatz zugrunde, daß eine kommunistische Organisation nicht bloßes Zweckbündnis zur Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist, sondern a u c h Keimform der „neuen Gesellschaft", also Hort für die Heranreifung des „neuen, emanzipierten Menschen" sein sollte. Der Utopismus aber besteht gerade darin, daß er den Blick für's Machbare, Erreichbare zunehmend verliert, daß er also den zweiten Aspekt (die Organisation als „Keimform der neuen Gesellschaft") überbetont und den ersten Aspekt (die Organisation als „Zweckbündnis zur gesellschaftlichen Umwälzung") zunehmend aus dem Auge verliert.

Utopismus und Verweigerung

Utopismus und Verweigerung

Der Utopismus ist u.E. im allgemeinen eine „ganz normale" Begleiterscheinung bei der kommunistischen Arbeit, vielfach hat er sogar die sehr positive Wirkung, Erscheinungen der Verknöcherung in der „Alltagsarbeit" transparent zu machen, „aufzurütteln", an unsere gemeinsamen „revolutionären Ideale" zu ermahnen. Das Besondere an unserer Krise allerdings ist nicht nur ein z.T. beängstigendes Anwachsen des Utopismus, sondern seine regelrecht perverse Paarung mit einer um sich greifenden „Verweigerungs"drohung, also mit der Tendenz, die Arbeit für unsere Sache einzuschränken, einzustellen, die Organisation zu verlassen. Diese um sich greifenden „Verweigerungs"tendenz ist u.E. ohnehin das wesentliche Merkmal unserer Krise, d.h. zugleich auch sein wichtigstes Unterscheidungsmerkmal zu sonstwann geäußerten Kritiken oder ehemals aufgetretenen Kritikwellen an bestimmten Punkten unserer Politik.

In den Berichten und Protokollen unserer Krisendiskussion wimmelt es geradezu von Aussagen, die diese Tendenz bestätigen. Das Studium dieser Krisendokumente zeigt gleichzeitig, daß diese Tendenz (Paarung von utopischen Forderungen/Vorstellungen und „Verweigerungs"drohung) auch im persönlichen, privaten Bereich angesiedelt ist, wie Ha./Kl. durchaus richtig diagnostizierten. Zugleich zeigt sich dabei, daß die vielfach utopischen Forderungen und Ansichten zur „privaten Emanzipation" und „persönlichen Bedürfnisbefriedigung" keineswegs ursprünglich im spezifischen Bereich unserer Frauenpolitik angesiedelt sind, und daß eine kritische Auseinandersetzung mit dieser speziellen Form des Utopismus noch lange nicht bedeutet, sich mit der Frauenpolitik des KB auseinanderzusetzen, geschweige denn, sie liquidieren zu wollen, wie eine Reihe von Kritiker(innen) von Ha./Kl. glauben machen wollen. Zum Beweis dafür einige, wahllos herausgegriffene Zitate aus unseren Krisendokumenten: In der Austrittserklärung der Genossin R. (Bezirksorganisation Bergedorf, 26.8.78) heißt es u.a.: *„Wenn man nicht die Scheiße seiner eigenen Situation beseitigen will, wie will man da eine Gesellschaft aufbauen, in der Freiheit und Gleichheit herrschen sollen? Ich meine, wie soll denn der Sozialismus aussehen, wenn nicht so, wie die Organisation oder Partei, die ihn aufbaut?* [...] *Das* (meine *„Befreiung, meine Selbstbestätigung"*) *bedeutet aber auch, hier und heute anzufangen, das zu ändern, was sich ändern läßt, und das sind im Moment leider nicht die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, sondern ihre Auswirkungen auf uns.* [...] *Der ‚demokratische Zentralismus' ist doch schon längst zum Radfahrerprinzip geworden, Kaderpolitik bedeutet für mich Hierarchie."*

In einem weiteren Kritikpapier dreier Bergedorfer Genossen heißt es: *„Von der oben erwähnten Schulung erhoffen wir uns ein tiefgreifendes Verständnis zerstörter Zwischenmenschlichkeit und damit auch die Möglichkeit eines bewußteren Veränderns schädlicher Verhaltensweisen. Denn wir meinen, daß dieses „sibirische Klima" in der Organisation ein weiterer wichtiger Punkt ist, der zur*
Denn wir meinen, daß dieses „sibirische Klima" in der Organisation ein weiterer wichtiger Punkt ist, der zur
Resignation, Enttäuschung und zum Austritt führt. Ein Schulungsvorschlag dazu wäre vielleicht „Angst im Kapitalismus" von D.Duhm." (Erklärung vom 11.8.78; D.Duhm = früher SB, heute AAO)

„Ein ‚ausgeflippter' Genosse aus Hamburg" erklärt (im UW-Extra, S. 7 : *„Der mangelnde persönliche Freiraum ist häufiger Auslöser für einen Austritt."* [...] *Es ist mir einfach unbegreiflich, wie man diese Gesellschaft verändern und revolutionieren will, wenn man den einzelnen Menschen dabei ausnimmt. Wohin dies führt, haben wir doch in allen Revi-Staaten vor Augen."*

Bei diesen Beispielen erscheint also der Utopismus im spezifischen Kleid der Forderung nach „privater Revolution", „Revolutionierung der zwischenmenschlichen Verhältnisse" etc. „Im Prinzip" gibt es gegen Forderungen dieser Art kaum sinnvolles einzuwenden. Allerdings können dieserart Forderungen „jetzt und sofort" und „hier und heute" im Rahmen des KB nicht eingelöst werden, ohne daß wir unseren Charakter als revolutionäre kommunistische Organisation aufgeben würden. Einleuchtend ist, daß ein Anwachsen von sog. „Beziehungsdebatten" im KB die utopische Hoffnung nährt, daß Probleme dieser Natur im bzw. mittels des KB in absehbarer Zeit zu lösen wären. Das kann u.E. in der politischen Praxis des KB nur im großen Katzenjammer enden, der dann u.U. Grundlage für den schrittweisen Rückzug unserer Genoss(inn)en aus der gemeinsamen Arbeit und — eventuell — schließlich sogar zum Austritt aus der Organisation führen.

Den bisher behandelten Fällen ist eine „überhöhte Erwartungshaltung" in die „Leistungsfähigkeit" des KB gemeinsam. V.a., die zum Schluß behandelten Fälle zeigen zusätzlich noch eine z.T. erschreckende Blauäugigkeit gegenüber den Verhältnissen des realen Kapitalismus, speziell in die Möglichkeiten einer „individuellen Emanzipation" außerhalb einer kommunistischen Organisation. Diese Kritik richtet sich nicht bloß gegen ausgetretene ehemalige Genossen, die diesen Schritt unter der Flagge der „privaten Revolution jetzt und sofort" vollzogen haben, sondern auch gegen all die Genoss(inn)en, die mit solchen Gedanken in unterschiedlicher Lautstärke sympathisieren, was unserer Erfahrung nach nicht gerade wenige sind.

* Es ist u.E. ein eigentümliches Phänomen, daß heute zunehmend mehr Genoss(inn)en daran glauben, daß die Entwicklung ihres Selbstbewußtseins, ihrer Emanzipation und „Selbstverwirklichung" außerhalb des KB und ohne die ‚Belastung' organisierter politischer Arbeit eher möglich ist als innerhalb des KB, also im Rahmen eines kollektiven Kampfes gegen eine Gesellschaftsordnung, die sich gerade dadurch auszeichnet, daß sie Ausbeutung und Unterdrückung, Anpassung statt Emanzipation, moralische und geistige Verkrüppelung u.ä.m. allseitig und umfassend nicht nur zur Voraussetzung hat, sondern sie Tag für Tag auf's Neue durchsetzt.

Eigentümlich ist dieses Phänomen gerade deshalb, weil die ursprünglichen Erfahrungen mit dem realen Kapitalismus sowie die ursprünglichen
gerade deshalb, weil die ursprünglichen Erfahrungen mit dem realen Kapitalismus sowie die ursprünglichen
Motivationen zur Aufnahme politischer Arbeit (und zum Eintritt in den KB) geradewegs umgekehrt waren. In den Hirnen vieler unserer Genoss(inn)en muß im Lauf der Krise also eine eigentümliche Metamorphose der gesellschaftlichen Realität stattgefunden haben, an derem Beginn die Erkenntnis von Unterdrückung, Ausbeutung und Bevormundung stand sowie der Wille zum kollektiven emanzipatorischen Kampf dagegen und an derem Ende die ‚Verlockungen' dieser selben gesellschaftlichen Realität samt ihrer leeren Verheißungen auf Schein-„Emanzipation" übrig geblieben sind und jetzt geradezu als Erlösung vom mühseligen Kampf um kollektive Emanzipation gefeiert, oder doch zumindest hoch in Kurs gelobt werden.

Die Hinwendung zu Versuchen individueller Schein-„Emanzipation" hat u.E. das Ausbleiben rascher gesellschaftspolitischer Veränderungen zur objektiven Grundlage, und zwar vermittelt über die zerbrochenen persönlichen Hoffnungen auf rasche politische Erfolge im Großen wie im Kleinen (z.B. im ‚eigenen' Betrieb etc.). Dieser Umstand macht auch verständlich, daß der KB heute weitaus weniger krisengeschüttelt dasteht als vergleichbare andere Organisationen und Gruppen, die viel stärker als wir trügerische Hoffnungen auf rasche Erfolge im gesellschaftspolitischen Bereich genährt haben (erinnert sei z.B. in diesem Zusammenhang an die KBW-Parole ‚Die Massen wollen nach links' und die der KPD/ML ‚Auch im Fichtelgebirge ist Revolution die Haupttendenz'), demgegenüber im KB (z.B. mit Artikeln wie ‚Warm anziehen') stets auf die Laaangfristigkeit politischer Veränderungen und ein umfassendes Verständnis in diese Problematik geworben worden ist.

In einem Krisenbericht heißt es dazu: *„Es schlich sich nach und nach die ‚bürgerliche Ideologie' ein, man*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 36

lebt nur einmal (was ja auch bei den Kollegen weit verbreitet ist) und man/frau will sich das doch auch mal schön machen, was vom Leben haben' (Krisenbericht des Genossen M., ÖTV-Bereich Hamburg, 10.9.78). Der Genosse weist interessanterweise darauf hin, daß er bereits seit 1970 bei uns organisiert ist.

Sollte es tatsächlich so sein, daß der reale Kapitalismus hier und heute die Rahmenbedingungen dafür liefert, daß man/frau sein/ihr Leben in vollen Zügen genießen kann (bei kleineren Unannehmlichkeiten im Detail), wie in dieser Krisenstellungnahme recht unverblümt angenommen wird, dann sollten wir schleunigst unseren Kampf gegen diese Gesellschaftsordnung einstellen zugunsten einer Verteidigung derselben.

Es greift bei uns eine Tendenz um sich, in allem Möglichen unmittelbare persönliche Befriedigung zu suchen: Eine Debatte wird weniger danach beurteilt, ob sie in einer bestimmten Frage Klärung, in einem bestimmten Problem Durchblick gebracht hat, sondern stärker, ob man/frau sich gut „einbringen" konnte. Eine politische Aktion wird weniger danach beurteilt, ob sie die Sache vorangebracht hat, sondern stärker danach, ob sie man/frau „Spaß" oder sonstwas gebracht hat. Die unmittelbare persönliche Befriedigung wird als Anforderung an den KB, an die Arbeit im KB, an die politische Arbeit überhaupt gestellt; bleibt sie aus, reagiert man/frau mit „Verweigerung", Entzug, Rückzug und im Extremfall mit Austritt.

Es ist u.E. ein Punkt erreicht, an dem diese Tendenzen nicht mehr mit dem Hinweis auf die Krise „respektiert", sondern im Gegenteil, an dem sie also transparent gemacht und bekämpft werden sollten.

Die Zersetzung revolutionärer Moral

Die um sich greifende Zersetzung revolutionärer Moral ist gewissermaßen das Gegenstück zum krisenhaften Anwachsen des Utopismus innerhalb des KB. Einige Leserzuschriften an den AK sind zugleich erschütternde wie auch (hoffentlich) aufrüttelnde Dokumente dieser Krisenerscheinung. Die schleichende Entsolidarisierung im KB hat viele Gesichter, die u.E. bisher noch viel zu wenig in die Krisendebatte eingebracht worden sind.

Die neueren Beiträge „Von einer, die auszog, das Fürchten zu lernen" (in AK 158, Seite 17), sowie „Eigentum ist Diebstahl?" (in AK 159, Seite 27) sind anschauliche Beispiele anscheinend völlig verwilderter Sitten in Punkto persönliches Eigentum von Genoss(inn)en. Sie sind zugleich anschauliche Beispiele dafür, wie weit sich Solidarität unter den Genoss(inn)en und die Prinzipien revolutionärer Moral bereits zersetzt haben. Ging es in diesen beiden Zuschriften darum, aufzuzeigen, mit welcher Gedanken- und z.T. auch Rücksichtslosigkeit mit den persönlichen Habseligkeiten von Genoss(inn)en umgesprungen wird, so gibt es umgekehrt auch eine Fülle von Beispielen von Herzlosigkeit und Roheit gutverdienender Genoss(inn)en (wie Lehrer, Facharbeiter etc.) gegenüber jungen Lehrlings- und Schülergenossen. Unter der Parole: dies ist mein Geld, mein Auto, meine Wohnung, mein Fernsehapparat etc. werden v.a. unsere jungen Genoss(inn)en im Regen stehen gelassen. War es früher z.B. selbstverständliche Tradition im KB (und davor im SALZ), daß zwei, drei "gut verdienende" Genoss(inn)en einen Lehrlings- oder Schüler-Genossen mit durchgefüttert haben, mehren sich heute Beispiele wo insbesondere die "Gutverdiener" eher nach "standesgemäßen" Konsum trachten. Diese Krisenerscheinungen haben selbstverständlich auch ihre politische Seite. Früher war es z.B. normal, daß unsere gestandenen Kader(innen) sich auch in ihrer "Freizeit" um neue, schwächere etc. Genoss(inn)en politisch gekümmert haben, mit ihnen zusammen Wohngemeinschaften gebildet haben, mit ihnen zusammen ihr Feierabend-Bier getrunken haben etc.pp. Heute dagegen beherrschen Cliquen-Bildung, Herausbildung von Sitz- und Hackordnungen immer stärker das Bild. In diesem Klima wuchern dann Neid, Zwietracht, Gerüchtewesen, Klatschsucht, Eifersüchteleien, Konkurrenz etc.pp.

In allen diesen miesen Erscheinungen drückt sich u.E. eine zunehmende Anpassung an unsere gesellschaftliche Umgebung (Reprivatisierung) aus, und zwar keineswegs im Sinne eines "Fisch-im -Wasser-Schwimmens", sondern im Gegenteil: man/frau kopiert gerade die schlechten Elemente dieser Gesellschaft. Will man also den Utopismus als Krisenerscheinung anprangern, so sollte dies einen glaubhaften Kampf **gegen die Tendenz zur Entsolidarisierung zur Voraussetzung haben, die heute schon ein recht unbehagliches** Klima im KB geschaffen hat, in dem sich zurecht viele Genoss(inn)en nicht mehr wohlfühlen. U.E. liegen in diesen Umständen viele Grundlagen für die in neuerer Zeit aufkommenden utopistischen Forderungen. Utopismus und Entsolidarisierung sind u.E. ein klassisches Gegensatzpaar, bilden also eine "Einheit von Gegensätzen". Diesen Zusammenhang haben u.E. Ha/Kl. nicht erkannt. Dennoch haben sie mit ihrem Denkansatz uns selbst auf diese Spur gebracht. Es dürfte einleuchten, daß in einem Klima wie beschrieben nicht Emanzipation (unserer Genossinnen) gedeihen, sondern eher Chauvinismus (unserer Genossen). Ha./Kl. dagegen vermuten, daß die Sensibilität unserer Genossinnen gewachsen sei und umgekehrt ihre Unterdrückung eher zurückgegangen ist. Das ist nach unserer Erfahrung beides falsch. **Nicht die Sensibilität unserer Genossinnen ist in letzter Zeit gewachsen, sondern ihre (u.E. berechtigte) Angst vor einem schleichenden Roll-back chauvinistischer Tendenzen.** Mehr noch: U.E. ist darüber hinaus sogar ihre Hilflosigkeit gewachsen, wenngleich sie auch manchmal im Tarnkleid kraftmeierischer Parolen einherkommt, wofür einige Leserbriefe aus AK 157, die sich gegen Ha./Kl. richten, gutes Anschauungsmaterial bieten. Auch das in letzter Zeit auf Versammlungen häufiger anzutreffende Gerede über „Frauenunterdrückung im Allgemeinen" (wo dann konkret gar nichts besprochen/ beschlossen wird), **ist u. E. nicht Ausdruck gesteigerter Sensibilität, sondern zunehmende Hilflosigkeit.**

In diesem Zusammenhang verwechseln Ha./Kl. u.E. Wesen und Erscheinung : Richtig ist im allgemeinen, daß heute über Frauenunterdrückung häufiger gesprochen wird als früher und richtig ist wohl auch, daß bestimmte krasse Fälle von **Chauvinismus in der Organisations-Öffentlichkeit seltener geworden sind, bzw. - um das mal etwas burschikos auszudrücken - daß unsere "Chauvis" einfach auch geschickter geworden sind.** Am Wesen der Sache ändert dies erstmal nur wenig. Der Umstand, daß sich der Chauvinismus (gemeint ist der "gewöhnliche Chauvinismus") re-privatisiert, heißt noch lange nicht, daß er abnimmt.

Wir erwähnten schon, daß Ha/Kl. den Zusammenhang von Utopismus und Entsolidarisierung nicht erkannt haben, was wiederum einige weitere Irrtümer nach sich gezogen hat, die dann der Anlaß für den vielstimmigen Chauvinismus-Vorwurf im darauffolgenden AK (Nr. 157) waren. So konkretisierten Ha./Kl. ihren Utopismusvorwurf exemplarisch an Artikeln, deren Verfasser(innen) sich gegen Erscheinungsformen der Entsolidarisierung auflehnten. Das ist - um einen Vergleich zu ermöglichen - etwa dasselbe, als würden wir Kritik an der Herausbildung dogmatischer und sektiererischer Strömungen mit Artikeln zu "belegen" versuchen, die den Kampf gegen den Opportunismus zum Inhalt haben. Das ist ein böser methodischer Fehler, der Ha./Kl. unterlaufen ist und der Ansatz einiger ihrer Kritiker(innen) ist, Zweifel an der Ehrlichkeit Ha./Kl.'s anzumelden. Dennoch halten wir diesen methodischen Fehler für die eigentliche Quelle einiger Ausrutscher und Entgleisungen in den Artikeln von Ha./Kl., und nicht etwa frauenfeindliche Motivation, wie vielfach angenommen wurde. Allerdings ist in der praktischen Konsequenz ein Unterschied zwischen beiden naturgemäß nicht, bzw. kaum noch erkennbar. Darum sollten Ha/Kl. jetzt nicht gekränkt sein, wenn sich ihre Kritikerinnen vielleicht etwas hemdsärmelig und rabiat dagegen gewehrt haben. Gerade unsere Genossinnen (und auch unsere jungen Genossen) haben in einem Klima um sich greifender Entsolidarisierung viel zu verlieren. Das kann selbstverständlich nicht hingenommen werden.

Zusammenfassend meinen wir, daß die Entsolidarisierung die gefährlichere Erscheinungsform in der Krise ist, der gegenüber der Utopismus nur als Nebenaspekt, z.T. als Echo oder Reflex davon erscheint. Darum muß gegen die krisenhaften Verfallserscheinungen revolutionärer Moral und die Verwilderung guter Sitten der Hauptstoß geführt werden. Der Kampf gegen die Entsolidarisierung gehört nicht in den "privaten" Bereich, ist kein "Beziehungsproblem" sondern muß öffentlich - auch im AK - geführt werden. Es ist u.E. Aufgabe unserer örtlichen Frauenarbeitsgruppen, diesen Kampf zu organisieren, bzw. zu unterstützen (z.B. durch Abfassung zusammenfassender Artikel dazu etc.).

Umgekehrt halten wir die Aufforderung, künftig *"auf dem Gebiet des 'Persönlichen' "* mehr zu tun - wie das in einem Leserbrief indirekt angeregt worden ist (AK 157, S.51) für ebenso undifferenziert wie die in letzter Zeit öfters vernommene Parole "das Private ist politisch" (also auch öffentlich zu behandeln). Es stellt sich also die Frage der Ab- bzw. Eingrenzung dessen, was wir aus dem "privaten", "persönlichen" Bereich unserer Genoss(inn)en öffentlich behandeln sollten und was möglichst nicht.

Ohne politischen Wert sind u.E. Erlebnisberichte einzelner Genoss(inn)en, die ausschließlich oder doch hauptsächlich persönliche *Querelen* behandeln, über die sie im Einzelnen verärgert sein mögen, die aber nicht oder nur wenig mit unserem Kampf gegen die Entsolidarisierung zu tun haben. Unser Weggefährte Mao gibt dazu in seiner Abhandlung "Über den Subjektivismus" (in seiner Schrift "Über die Berichtigung falscher Ansichten in der Partei", Werke Bd. 1, S. 126) einige brauchbare Hinweise. Man solle sich vor *"Willkür und Vulgarisierung der Kritik hüten; jede Meinungsäußerung muß auf Tatsachen beruhen, die Kritik muß den politischen Aspekt betonen."* Dagegen führe *"unbegründeter Klatsch und gegenseitiger Argwohn"* zu *"prinzipienlosen Zwistigkeiten und zum Zerfall der Parteiorganisationen"* *„Persöhnliche Mängel sollen, wenn sie nicht mit politischen oder organisatorischen Fehlern verbunden sind, nicht allzuviel getadelt werden."* Andernfalls bestünde Gefahr, daß die Genoss(inn)en *"in Verlegenheit geraten"* würden, *"ängstlich und übervorsichtig werden"*, darüber dann *"die politischen Aufgaben der Partei vergessen"*. In alledem liegt - Mao zufolge - *"eine große Gefahr"*.

Ebenfalls nicht in unsere Diskussion gehören u.E. rein persönlich gefärbte Berichte unserer Genoss(inn)en über ihre sexuellen Erlebnisse, die allzuoft gern als Schritte der Emanzipation oder umgekehrt auch als negatives Anschauungsmaterial gefeiert, bzw. angeboten werden. Ausgenommen davon sind selbstverständlich Enthüllungen, die sich gegen sexuelle Gewalt richten. Kategorisch abgelehnt werden müssen alle Versuche seitens einzelner Genoss(inn)en und/ oder Teilen der Organisation, sich mittels welcher Methoden auch immer (von Psycho-Terror bis hin zum freundlich verbrämten moralischen Druck) in "private" Verhältnisse anderer Genoss(inn)en einzumischen, sofern sie nicht ausdrücklich darum gebeten werden. Dazu notierte N.K. Krupskaja: *„Mir scheint, die Forderung* (Lenins), *nicht mit gierigen Händen in einer fremden Seele zu wühlen, war gerade Beweis für wahres Feingefühl"* (Das ist Lenin, S.29).

Bleibt nachzutragen, daß bestimmte Formen der Entsolidarisierung inzwischen auch Eingang in die innerorganisatorische Polemik und Auseinandersetzung gefunden haben, wofür wiederum die hier behandelte Debatte einige gute Beispiele gibt. Zu diesem speziellen Punkt wollen wir uns noch gesondert - womöglich in einer der nächsten AK-Ausgaben - äußern.

Krise und Krisenliteratur

Krise und Krisenliteratur

Ha/Kl. beschäftigen sich u. a. mit dem Aspekt, daß jede politische Krise ihre spezifische Krisenliteratur produziert. Damit ist gemeint, daß politische Rückschläge, also objektive Vorgänge, politisch und literarisch in „Abrechnungen" mit revolutionären marxistischen Auffassungen weitergeführt werden. Diese Literatur vertieft die Krise durch ihre Rückwirkung auf marxistische Organisationen, versucht sie zu verewigen. Beispielhaft werden bei Ha./Kl. drei Bücher genannt: „Rubinroter Dschungel", „Die Scham ist vorbei" und „Häutungen". Diese Bücher halten Ha./Kl. für *„denkbar ungeeignet, einen konkreten Ausweg aus der Sackgasse der Frauenpolitik zu weisen"*. Den großen Anklang, den diese Bücher auch im KB finden, führen Ha./Kl. darauf zurück, daß sie von *„persönlicher Betroffenheit"* ausgehen, daß sie an existierende Probleme und Hoffnungen anknüpfen. Dieses gekonnte „Abholen" der Leser verstellt den Blick für die politischen Konsequenzen der Bücher und bringt sogar rückschrittliche Ideologien an die Frau (bzw. den Mann).Ha./Kl. vertreten die Auffassung, daß solche Bücher gegenwärtig bei den Frauen im KB einen größeren Stellenwert haben als revolutionäre Frauenliteratur, in der die Emanzipation der Frau im Kontext des Klassenkampfes, *„in der Konfrontation mit den herrschenden Verhältnissen"* beschrieben wird.

Die Leserbriefe zur „Krisenliteratur"

Vier der insgesamt vierzehn Leserbriefe in AK 157 gehen auf diesen Gedankengang bei Ha./Kl. ein oder streifen ihn zumindest; gemessen an der Wichtigkeit der Frage ist die Debatte dieses Komplexes noch unterentwickelt.

Bine beschuldigt Ha./Kl. lediglich, *„hämische Bemerkungen über die Literaturvorlieben von Genossinnen"* gemacht zu haben. Hauptsächlich polemisiert Bine dann gegen den Begriff *„sprachschänderische Exzesse"*, mit dem Verena Stefans „Häutungen" belegt werden — bei so viel *„deutschem Puritanismus"* habe sich Bines *„Magen umgedreht"*. Bine verlagert ihre Polemik leider auf einen totalen Nebenaspekt, der sprachlichen Beurteilung von „Häutungen". Aber selbst in diesem Punkt hat Bine unrecht, denn das unverständliche Geseiber der Stefan wird von dieser als *„neue Sprache der Frauen"* ideologisiert, ist also nicht nur „künstlerische Ausdrucksform", sondern die Erklärung des Schwachsinns zur „Theorie". Bines superscharfe Polemik legt ein wenig die Vermutung nahe, daß sie mit der schroffen Ablehnung des Buches durch Ha./Kl. nicht einverstanden ist.

E., Kulturkommission unterschiebt Ha./Kl., sie haben die „Hitliste" der Frauenbücher nur ins Spiel gebracht, um den *„typisch weiblichen Unverstand"* behaupten zu können. Ihre Bemerkungen über das Wesen revolutionärer Frauenliteratur und ihre Behauptung, daß diese gegenwärtig wenig in der Diskussion wäre, geißelt E.: *„Das ist unseren kleinbürgerlichen, affenähnlichen Gehirnen natürlich zu hoch"*. E. ist durchgängig bemüht, durch eine krasse Überzeichnung der Positionen von Ha./Kl. zu „belegen", daß die Göttinger noch viel, viel rabiatere Frauenfeinde sind, als sie offen schreiben. E.'s knapper Text ist daher wohl auch hauptsächlich von dem Gedanken getragen, solche Diskussionen über den Text dieser „Ratten" zu verhindern, die über die Feststellung und Verurteilung des Chauvinismus hinausgehen.

Der Artikel „Oh, tut mir mein Busen weh ..." vertritt (nicht nur) bezüglich besagter Passage bei Ha./Kl.: *„Da meint man(n) doch tatsächlich, uns vorschreiben zu können, wie unsere Frauenpolitik aussehen soll, was wir lesen sollten und was nicht, wann und worüber wir diskutieren dürfen"*. Im Schlußteil des Artikels wird dieses „Ansinnen" zurückgewiesen: *„Am besten ist, ihr* (gemeint sind hier „die Männer", nicht nur Ha. und Kl.) *seid erstmal ganz still, ihr laßt uns unseren Weg gehen! Wir wollen uns emanzipieren, wir wollen uns nicht vorschreiben lassen, was wir diskutieren sollen! Wir werden Artikel schreiben, die uns gefallen, wir werden lesen, was uns gefällt und wollen uns eine eigene Meinung über diese Bücher bilden"*. Die beiden Genossinnen äußern am deutlichsten, daß sie mit Ha. und Kl. nicht diskutieren wollen, sie begründen diese Ablehnung durchaus nicht nur mit den politischen Positionen der Göttinger, sondern sie bestreiten tendenziell den KB-Männern das Recht (zumindest aber die Fähigkeit), Frauenpolitik zu diskutieren, Bücher zu besprechen etc. Von diesem Grundgedanken her ist es nur logisch, daß die Genossinnen auf Ha./Kl.'s Überlegungen zur Frauenliteratur nicht eingehen. Diese bewußte „Verweigerung" wird untermalt mit der Behauptung, Ha./Kl. wollten vorschreiben, was gelesen, diskutiert etc. werden darf. Die Genossinnen bedienen sich schlicht eines Tricks, wenn sie einen Diskussionsbeitrag mit einer administrativen Maßnahme „verwechseln". Der Trick dient offenkundig dazu, den Göttingern eine ganz besondere Gefährlichkeit zuzusprechen.

Am ausführlichsten steigt Ul., Hamburg ein. Auch Ul. unterstellt den Göttingern allerschlechteste Absichten, wenn sie feststellt, ihnen gehe es nicht darum, *„den Frauen* (im KB) *durch eine Diskussion über die Entpolitisierung den Weg zu zeigen"*. Als direkten Beleg für diese These führt Ul. fort: *„Z. B. im Beitrag zur Krisenliteratur, wo das Buch ‚Rubinroter Dschungel' als ‚literarisch minderwertig' abqualifiziert wird, nur weil es keine Systematik beinhaltet und eben ‚nur' ein Beitrag für eine diskriminierte Minderheit ist"*. Hier polemisiert Ul. äußerst unsauber.

Erstens: Die Bezeichnung „literarisch minderwertig" ist bei Ha./Kl. ohne jede politische Relevanz; sie drückt lediglich aus, daß Ha./Kl. sich für Kunstsachverständige halten. Zweitens: Ha./Kl. werfen dem Buch überhaupt nicht vor, daß es „keine Systematik beinhaltet". Drittens: Sie kreiden dem Buch nicht an, daß es sich nur für eine unterdrückte Minderheit einsetzt — also nur ein „beschränktes Ziel" verfolgt. Ha./Kl.'s Gedankenführung ist ganz schlicht, daß „Rubinroter Dschungel" die kapitalistische Ideologie des „american way of life" vertritt und daß im Rahmen dieser Ideologie recht ungezwungen über lesbische Liebe geschrieben wird. Stimmt Ha./Kl.'s Beschreibung (dazu weiter unten), handelt es sich also im wesentlichen um ein stockreaktionäres Buch, das auch für die Masse der unterdrückten Homosexuellen keinerlei positiven Wert hat.

Ul. fährt fort, Ha./Kl. hätten sich konkreter mit den Büchern und den Argumenten ihrer Verteidigung auseinandersetzen müssen (im AK) und sie pflichtet ihnen überraschend bei, daß *„der Zusammenhang zur Krise sicherlich nicht falsch"* ist. Den Hinweis von Ha./Kl. auf revolutionäre Frauenliteratur hält Ul. für banal, weil *„wir Genossinnen ... schon selbst darauf gekommen* (sind), *Klassikerinnen ... zu schulen"*.

Zentrales Anliegen Ul.'s scheint zu sein, Ha./Kl.'s Überlegungen weitestgehend als Hirngespinste abzutun: *„Mir ist nicht bekannt, daß Genossinnen des KB die oben genannte Lektüre als Schulungsmaterial des KB verstehen oder diese auf Frauenversammlungen ausschließlich diskutiert wird. In der Regel ist dies die Bettlektüre für Genossinnen, so wie dies für Genossen der Fußballteil oder die Comics sein mögen ..."*.

Nach Ul.'s Meinung spielen die Ideologien der von ihr selbst und Ha./Kl. als „Krisenliteratur" bezeichneten Bücher im KB (fast) keine Rolle, sie haben für die KB-Politik ungefähr den Stellenwert des Spiels zwischen dem FC St. Pauli und Olympia Wilhelmshaven.

Um die Antworten auf diesen Aspekt bei Ha./Kl. zu vervollständigen, müssen zumindest drei Buchbesprechungen der sogenannten Krisenliteratur im AK erwähnt werden.

Zum Buch „Rubinroter Dschungel" sind im AK zwei Besprechungen zu lesen (Nr. 151 und 154). Beide Genossinnen sind von dem Buch schlicht begeistert („Einer der besten Frauenromane der letzten Zeit") und empfehlen daher dringend die Lektüre. Die Buchbesprechungen weichen nur in Nuancen voneinander ab (dazu weiter unten). Diese Genossinnen werden gegen Ha./Kl.'s Sichtweise dieser Bücher strikt ankämpfen. Gleiches gilt mit Sicherheit für die Berliner Genossin und ihren Freund, die in AK 157 dem Buch „Die Scham ist vorbei" uneingeschränkt applaudieren. Auch in KB-internen Diskussionen wurden Ha./Kl.'s Frauenfeindlichkeit häufiger damit „belegt", daß sie bezeichnenderweise so wertvolle Bücher angreifen.

Erwähnenswert scheint noch eine Variante, die nicht im AK auftaucht, aber in KB-Versammlungen doch eine gewisse Rolle gespielt hat. Hiernach ist das besonders Diffamatorische an Ha./Kl.'s Überlegungen die Unterstellung, KB-Genossinnen würden „diese

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 37

komischen Bücher" überhaupt lesen, geschweige denn, sich damit identifizieren. Dieses Argument kam augenscheinlich aus Einheiten der Organisation, in denen von Ha./Kl. beschriebene Tendenzen kaum eine Rolle spielen.

Ein gemischter Chor

Grob zusammengefaßt (und zur Verdeutlichung überspitzt) werden Ha./Kl.'s Auffassungen drei bzw. vier unterschiedliche Argumentationen entgegengehalten:

1) Die Frauen lassen sich nicht reinreden, was sie lesen und wie die Bücher zu beurteilen sind.
2) Die als Krisenliteratur bezeichneten Bücher sind in Wirklichkeit ausgezeichnet; sie sollten einen größeren Stellenwert in unseren Diskussionen erhalten.
3) Die Charakterisierung der Bücher durch Ha./Kl. ist (überwiegend, teilweise) richtig. Die Bücher werden zwar von Genossinnen viel gelesen, eine Identifizierung mit der politisch-ideologischen Stoßrichtung der Bücher findet jedoch (so gut wie) nicht statt.
3a) Die Behauptung, die sogenannte Krisenliteratur werde im KB überhaupt nennenswert viel gelesen, ist eine Erfindung zur Diffamierung der Genossinnen.

Die letzten beiden Thesen sind eng verwandt; sie kommen zu den gleichen Konsequenzen und sind nicht gegeneinander diskutierbar. Ansonsten verfolgen die gegen Ha./Kl. verwendeten Kritiken ganz unterschiedliche Argumentationsstränge, stehen sich teilweise sogar antagonistisch gegenüber.

Daß die unterschiedlichsten Denkansätze sich zu einer Front gegen Ha./Kl. verschmelzen konnten, ist scheinbar unnatürlich. Die beiden sollten sich allerdings nicht in der Widersprüchlichkeit ihrer „Gegner" sonnen, sondern die Ursachen dieser „Einheitsfront" in den Mängeln ihres Herangehens suchen. Auch unser Aufzeigen ungerechtfertigter, übertriebener „Polemik" gegen Ha. und Kl. verstehen wir nicht als moralische Empörung, nicht ausschließlich als Einsatz für „die armen Göttinger", denen „Unrecht" getan wurde.

Es gilt hauptsächlich, den Weg freizulegen für eine mehrdimensionale Debatte. Der Streit um die von Ha./Kl. angegriffenen Bücher gehört sicher dazu:

Die drei Bücher

Die drei Bücher

Relativ unwichtig ist, ob Ha./Kl.'s Hitliste exakt richtig ist. Wir gehen allerdings davon aus, daß die von ihnen kritisierte Sorte Bücher einen gewissen Stellenwert für die Auffassungen recht vieler Genossinnen besitzen. Hierbei ist nicht unbedingt ausschlaggebend, ob diese Bücher Grundlage „offizieller" KB-Sitzungen sind, als „Schulungsvorlagen" gehandhabt werden etc. ... Diese Bücher haben eher den Charakter von „Motivations-Literatur", d. h. über den Prozeß der Identifikation mit Teilaspekten (z. B. der „persönlichen Betroffenheit") vermittelt sich eine Akzeptierung der politisch-ideologischen Stoßrichtung.

Sehen wir uns die drei Bücher noch einmal an:

„Häutungen" : Das Buch ist von der AG Frauen (AGF) vor knapp drei Jahren (AK 92) sehr gelungen verrissen worden. *„Häutungen reitet total auf der Welle des Gefühls"*, es enthält *„kein Wort von den gesellschaftlichen Ursachen der besonderen Unterdrükkung der Frau"*. Das *„intellektuelle und lyrische Rumgespiele mit der Sprache"* soll beweisen, daß Revolutionen mit neuer Sprache und lesbischer Liebe gemacht werden. Mit diesem Buch wird *„direkt ein reaktionärer Einfluß ausgeübt"*. Wichtig in diesem Zusammenhang ist die Beschreibung der AGF, wie „Häutungen" i n d e r L i n k e n gewirkt hat. Die Genossinnen leiten die Gefährlichkeit des Buches gerade daraus her, wie es *„in die Frauenbewegung und auch linke Kreise eingeschlagen hat"*. Über die Beurteilung des Buches im KB wird berichtet: *„Hinter solchen Vorgehen* (der Stefan) *stecken nicht die verirrten, gutgläubigen Gedanken einer Feministin* (*wie viele von uns bisher liberalerweise vertreten haben*)". Im KB war also die Charakterisierung des Buches und damit die Schärfe der Abgrenzung durchaus umstritten.

Die Tatsache, daß Häutungen in der Linken „einschlagen" konnte, beweist für die AGF *„zum einen die menschliche Verelendung, in der sich gerade auch viele politisch sensibilisierte Menschen unter kapitalistischen Verhältnissen befinden, und zeigt zum anderen den Sumpf, in den die linke Bewegung bei einem Abflachen der Massenkämpfe und zeitweisen Rückschlägen, leicht geraten kann"*. Die AGF faßte damals die politische Dimension des Zuspruchs für „Häutungen" mit dem Begriff „S u m p f" eher schärfer als Ha./Kl.; mit ihrem Hinweis auf „menschliche Verelendung" als Ursache dieses Zuspruchs weisen sie allerdings auf eine Aufgabe der Linken hin, diese „Verelendung" Einzelner bewußt aufzuheben. Sauber!

„Rubinroter Dschungel"

Das Buch wurde bisher im AK zweimal äußerst positiv besprochen; Ha./Kl. kontern nur in einigen Worten. Daher einige Anmerkungen zum Inhalt:

— Das Buch schildert autobiographisch den Lebensweg einer Lesbe. Sie kommt aus ärmsten Verhältnissen. Sie ist einmalig pfiffig, intellektuell begnadet und hat ein unerschütterliches Selbstbewußtsein. Diese Eigenschaften bewirken, daß sie auf jeder Schule die besten Zeugnisse hat und schließlich die Filmakademie als „Beste" abschließt. Dieser Weg gelingt ihr, obwohl sie als Frau und als Lesbe schwerster Benachteiligung und Diskriminierung ausgesetzt ist. Am Schluß des Buches wagt sie die optimistische Voraussage, demnächst eine erfolgreiche Filmemacherin zu sein.

— Die Autorin hat seit früher Kindheit erkannt, daß sie unbedingt reich werden muß, um sich Freiräume zu schaffen und so der Diskriminierung zu entgehen. Ihre Ideologie ist der „saubere" Weg zum Reichtum, offene Korruption und Prostitution lehnt sie daher ab.

— Sie geht ihren Weg allein, einsam. Sie bedarf keines Kollektivs, keines Menschen Hilfe. Umgekehrt hat sie auch keinerlei Ambitionen, kollektiv an der Befreiung z. B. aller Lesben zu arbeiten.

— Zur amerikanischen Linken und Protestbewegung hat sie keinerlei Bezug — sie verwirft jeden Gedanken, sich hieran zu beteiligen. „Gesellschaftliche Ursachen" spielen in dem Buch logischerweise keine Rolle.

— Das Buch strotzt von einer maßlosen Selbsteinschätzung der Autorin. Hierzu ein Beispiel: *„Wir dachten uns einen Streich nach dem anderen aus, und bald begann die ganze Schule, zweitausend Schüler, jede unserer Aktionen, jedes Wort, jeden Blick zu verfolgen. Unsere Macht war überwältigend"* (S. 83). (Das Plural „unsere" täuscht hier, die anderen sind nur Mollys Helfer).

— Die Autorin propagiert die lesbische Liebe als einzige Möglichkeit befriedigender Sexualität für Frauen.

— Die Autorin propagiert die lesbische Liebe als einzige Möglichkeit befriedigender Sexualität für Frauen.

Das Buch ist gegen Prüderie und Philistertum gerichtet. Ob die erotischen Passagen ansprechend sind, sei dahingestellt (Geschmackssache).

— Die Heldin der Autobiographie ist grenzenlos tolerant, „nonkonformistisch". Sie hat keinerlei Ressentiments.

Zusammenfassend können wir das Buch nicht im geringsten als „fortschrittlich" bewerten. Es ist ein bürgerliches Buch, dem bestenfalls ein „aufgeklärter" Kapitalismus vorschwebt, ein Kapitalismus, der „fähigen" Frauen, „fähigen" Lesben den ihnen gebührenden Platz in der Gesellschaft ermöglicht. Das Buch ist insofern mit der bürgerlichen Frauenliteratur speziell des letzten Jahrhundert verwandt, in der die bürgerlichen Damen *ihr* Wahlrecht, *ihre* Möglichkeit, Arzt, Rechtsanwalt etc. werden zu können, forderten.

Genaugenommen fällt „Rubinroter Dschungel" hinter diese Literatur zurück, weil es den Kampf für diese Rechte weitgehend opfert, und die individuellen Möglichkeiten des „Aufstiegs trotz Diskriminierung" herausstellt. Interessant ist nun die Frage, was hat die beiden Genossinnen, die dieses Buch im AK so euphorisch besprachen, veranlaßt, es zu einem „der besten Frauenromane" zu erklären.

Die Faszination der Göttinger Genossin (AK 151) speist sich offenbar aus der Identifikation mit der Heldin Molly. Sie beschreibt *„in mitreißender Art und Weise"*, wie sie sich als Mädchen unter Jungen behauptet, *„am liebsten Präsidentin der USA"* werden will. Wie Molly versteht, *„ihre Mitmenschen ... zu schockieren und sich durchzusetzen"*. Obwohl Molly sich *„um keinerlei Regeln kümmert ... verläßt sie die Akademie als Klassenbeste"*. Die Göttinger Genossin stellt *„Züge der vom ‚Tellerwäscher zum Millionär'-Ideologie"* fest und faßt dann zusammen: *„Aber sie macht auch Mut, zeigt, daß Frauen nicht nur schwach, unentschlossen und zaghaft sind, sondern selbstbewußt und kämpferisch sein können"*.

Die Autorin Rita Mae Brown (Molly) hat sicherlich hier den von ihr „ganz persönlich" hauptsächlich angestrebten Effekt ihrer „Autobiographie" erzielt: Sie erscheint einfach großartig; sie muß Bestsellerautorin und natürlich Filmemacherin werden. Sie muß r e i c h werden zur Erlangung der „Freiräume", die sie braucht — sie wird hervorragende Romane über die Dekadenz der Bourgeoisie verfassen!

Natürlich denkt die Genossin nicht so — aber die Autorin hat das recht ungeschminkt dargelegt. Daß diese Triebfeder Rita Mae Brown zu der einen oder anderen „Korrektur" ihrer wirklichen Biographie veranlaßt haben könnte, sollte nicht ganz von der Hand gewiesen werden. Natürlich ist dieser Aspekt untergeordnet. Wichtiger ist, an welchen Wünschen und Vorstellungen unserer Genossin die Brown anknüpfen konnte.

Hierüber aus der Ferne zu spekulieren, kann sehr leicht ungerecht und verletztend sein. Daß in Göttingen und überall, wo dieses Buch „gefällt", eine solche Debatte sowohl Krisenforschung als auch Krisenbekämpfung sein kann, wird niemand bestreiten.

Die zweite Besprechung einer lesbischen Genossin aus Hamburg (AK 154) pflichtet der ersten bei, betont aber mehr den Aspekt, *„was es heißt, eine lesbische Frau zu sein und als solche offen zu leben"*, der in dem Roman besonders gelungen beschrieben sein soll. Die *„Tellerwäscher-Millionär-Ideologie"* kann die lesbische Genossin *„nicht ein bißchen"* entdecken.

Zwei sehr schlechte Buchempfehlungen im AK sind wirklich kein Beinbruch. Aber daß diese Besprechungen von April und Mai des Jahren von niemandem (außer Ha./Kl.) kritisiert wurden, sollte doch ein wenig zu Denken geben.

„Die Scham ist vorbei"

von Anja Meulenbelt wurde ebenfalls zweimal im AK besprochen.

In AK 157 begeistern sich eine Westberliner Genossin und ihr Freund für dieses Buch. Sie beschreiben es als *„ganz persönliche ... Geschichte"* und fassen die Situation in Anjas Leben zusammen: Kleinbürgerliches Elternhaus, dann drei Jahre Eheknast, Trennung, Studium, Arbeit als Sozialarbeiterin, Teil der „Subkultur", schlimme Erfahrungen mit K-Gruppen, dann Frauengruppen in denen Anja *„Offenbarung und Belehrung"* erlebt; Anja wird zur führenden Persönlichkeit der Frauenbewegung.

„Diese Entwicklung ... wird begleitet von einer Unmenge von Beziehungen, die sie zu Männern hat. Aber alle verlaufen ähnlich" – die Männer erweisen sich als rücksichtslos.

„Anders wird es, als sie Anna kennenlernt" – sie entdeckt die „wahre" die lesbische Liebe; allerdings wird

„Anders wird es, als sie Anna kennenlernt" – sie entdeckt die „wahre"

die Beziehung von deren Ehemann zerstört. Wichtig ist die Zusammenfassung der Genossin: *„Mich hat es insbesondere beeindruckt, weil ein großer Teil der Geschichte sich mit Frauen-Männer-Beziehungen auseinandersetzt, in denen sich meines Erachtens jede Frau, eben auch ich, wiederfinden kann ..."*.

„Wichtig war für mich die Entwicklung von Anja zu einer immer selbstbewußteren und unabhängigen (vom Mann) Frau." Das Auffälligste an dieser Besprechung ist die Tatsache, daß die West-Berliner k e i n e r l e i I n t e r e s s e an der „politischen Seite" dieses Buches haben. Der stramme Anti-Kommunismus der Meulenbelt, ihre Schilderungen und Auffassungen zur Frauenbewegung etc. pp. – all das findet keine Erwähnung. Die Methode der Meulenbelt, ihre politische Auffassungen kurz und prägnant, ihren „persönlichen Roman" jedoch ausführlichst zu schildern, bezeichnen die West-Berliner *„als sehr wohltuend"*.

Diese Buchbesprechung ist ein Musterbeispiel für die Reduzierung der Politik auf's „Private". Die Schilderung des real existierenden Chauvinismus und die Konsequenz der persönlichen Emanzipation lassen Begeisterung aufkommen, vor dem jede politische, klassenmäßige Auffassung verblaßt.

Der Schluß liegt nahe, daß die Verfasser auch mit den politischen Auffassungen der Meulenbelt sympathisieren. Es ist aber auch möglich, daß die West-Berliner diese Behauptung entrüstet zurückweisen und argumentieren, ihnen sei es nur um das Herausarbeiten der Aspekte gegangen, die ihnen „was gebracht" haben. Diese Variante ist theoretisch denkbar. In diesem Fall müßten die Genossen allerdings darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie für ein kommunistisches Organ geschrieben haben, dessen Aufgabe in nicht ganz unerheblichem Maße in Überzeugungsarbeit für u n s e r e Sache, d.h. auch in Auseinandersetzungen mit Fehlströmungen, mit gegen unsere Überzeugung gerichteten Ideologien besteht.

Für die Genossin der AG Frauen/Hamburg hat das Buch „zwei Seiten" (siehe AK 159). Zwei Drittel ihres Textes widmet sie der Darstellung der haarsträubenden antikommunistischen Clischés bei Meulenbelt, die ihre Erfahrungen mit organisierten Kommunisten (ML'ern und Trotzkisten) zu der Aussage zusammenfaßt, daß diese die größten Unmenschen sind, denen sie begegnete, verroht bis zur absoluten Unfähigkeit im Bett.

Andererseits fühlt sich die Genossin von *„dieser emanzipierten Frau" ... „in den Bann gezogen"*.

„Das Buch ist in einer ungemein spannenden Ausdrucksweise, mit frauenfreundlicher Wortwahl, geschrieben. Autobiographisch erzählt Anja Meulenbelt ihre Lebensgeschichte, ein Frauenschicksal." Besonders geglückt sei der Meulenbelt **„mit welcher Offenheit und auch Witz (sie) die Auseinandersetzung um feministische Positionen führt"**, und wie sie als *„lesbische Frau ihre persönliche Lebensweise vertritt"*.

Die „beiden Seiten" des Buches stehen für die Genossin s c h r o f f g e g e n e i n a n d e r, sie ergänzen sich nicht, sondern sie passen irgendwie nicht zusammen. Die Besprechung klingt daher mit der F r a g e aus, *„ob die persönliche, offene Darstellung der Liebesgeschichten und Gefühlswelt ... nur Mittel zum Zweck ist, den Antikommunismus zu propagieren?"* So gestellt ist die Frage natürlich nicht zu beantworten, weil sie auf die subjektiven Intentionen der Autorin abzielt (und in fremden Herzen kann man ja schwer lesen!). Uns soll hier die „Seite" des Buches interessieren, die der Genossin (und den West-Berlinern) so außerordentlich gut gefallen hat, die das Buch so eindeutig wertvoll gemacht hätte, wenn diese zwanzig Seiten K-Gruppen-Verteufelung nicht wären.

1) Interessant wäre, den Emanzipationsbegriff der Meulenbelt genauer zu untersuchen. Das Buch trägt den Titel „Die Scham ist vorbei" was zunächst einmal den Eindruck erweckt, die Scheu über intime, persönliche Dinge zu sprechen, sei abgelegt.

In Wahrheit verbirgt sich hier ein geradezu schamloses Bekenntnis zur eigenen, kleinbürgerlichen Egozentrik.

– *„Geltungsdrang, natürlich will ich eine sein, die sichtbar ist"*
– *„Selbstmitleid? Sicher. Ich kann in Selbstmitleid schwimmen"*
„Nachtragend. Auch das."

Anja trifft ihre ehemalige Freundin Anna auf einem Frauen-Kongreß wieder:

„Meine Wut überwindet die Angst, mich schlecht zu benehmen (...) Hau ab, schreie ich. Verschwinde. Bleib aus meiner Nähe. Scheißfrau, du gehörst hier nicht her. Ich sehe wie sie auch zittert (...) Bevor ich denken kann, schlage ich ihr ins Gesicht, so fest ich kann (...) Aber als das Zittern aufhört, merke ich, daß es geholfen hat. Ich bin fast s t o l z , daß ich es gewagt habe, statt nur miteinander zu sprechen. Endlich etwas getan habe mit der Wut, die ich immer nach innen richte ... Am nächsten Tag bin ich fröhlich." (S. 284)

ab, schreie ich. Verschwinde. Bleib aus meiner Nähe. Scheißfrau, du ge-

Die Meulenbelt, die in der holländischen Frauenbewegung etwa dieselbe führende Rolle einnimmt wie hierzulande Alice Schwarzer – schlägt ihre ehemalige Freundin, ein kleines Lichtchen am Rande der Bewegung, die schwer um ihre eigene Emanzipation ringt, auf einem Frauenkongreß vor versammelter Frauenschaft „ins Gesicht" und „mit aller Kraft" und feiert dies darauf als befreienden Akt unmittelbarer Emanzipation. Es ist uns unverständlich, wie dieser Akt der Brutalität, der ausführlich und mit gemeinem Vokabular begründet und ‚nachbereitet' wird, nicht nur von den beiden Westberliner Genoss(inn)en, sondern auch noch von der Genossin der AGF „überlesen" (oder als nebensächlich abgetan?) werden konnte.

Meulenbelt belegt hier recht anschaulich, wie sich der elitäre und egozentrische Emanzipationsbegriff der kleinbürgerlichen Frauenbewegung gegen die Frauensolidarität kehrt. Darauf werden wir später noch zurückkommen.

2) Das „Frauenschicksal" der Meulenbelt vor ihrem Eintritt in die Frauenbewegung und ihrem lesbischen „coming out" wird geschildert als eine Abfolge von dreißig bis sechzig heterosexuellen „Beziehungen". Diese Beziehungen bestimmen ihr Leben. Fast ausnahmslos sind die Männer brutale Schweine (ihr Ehemann) oder rücksichtslose Typen, die auf Anjas Gefühle kaum Rücksicht nehmen; dazu kommen einige Trottel und Stümper. Die Vorzüge einiger Männer beschränken sich auf sexuelle Qualitäten, ansonsten sind sie dermaßen zu Karikaturen zusammengestrichen, daß sie schlicht und undifferenziert das „Böse" verkörpern. Die Tatsache, daß Anja diese Männer zeitweilig liebt, erklärt sich ebensowenig aus irgendwelchen menschlichen Qualitäten wie der Abbruch von Beziehungen je etwas mit Fehlern der Meulenbelt zu tun hat. Nun wäre die eine oder andere Überzeichnung sicher kein Grund zur Kritik, denn sie kann ja durchaus zur Verdeutlichung bestimmter frauenfeindlicher Mechanismen dienlich sein. Der Gegensatz zu den alternativen Verhaltensweisen der Frauen der „Bewegung" ist bei Meulenbelt allerdings der eigentliche Grund dieser Karikaturen: Die Selbsterfahrungsgruppen, Frauenferienlager, Frauenkongresse etc. erscheinen weitgehend als die Vorwegnahme paradiesischer Zustände. Von kleineren, vorübergehenden Konflikten einmal abgesehen, erscheinen uns hier idealisierte Menschen, die allen Einflüssen kapitalistischer Wirklichkeit entrückt sind. Feminismus macht's möglich.

Eingebettet in diese „persönlichen Erfahrungen" spöttelt Meulenbelt über alle Männer, die die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes thematisieren. Daß die Argumente dieser Männer idiotisch sind und nur von der Angst geprägt, überflüssig zu sein, versteht sich.

3) Anja Meulenbelt bezeichnet sich als m a r x i s t i s c h e Feministin, läßt gern durchblicken, daß sie Engels liest und sich im „Kapital" auskennt. Auch daß sie links ist und die Beschränkung des Feminismus auf lesbische Liebe ablehnt, wird betont.

Es wäre eine gesonderte Aufgabe, die Beziehungen der Meulenbelt zur niederländischen Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie genauer zu untersuchen, denn viele Indizien sprechen für ein recht ungetrübtes Verhältnis.

Aus dem Buch geht eine Beteiligung Meulenbelts am Klassenkampf nicht hervor und ein praktisches Engagement für die Belange der proletarischen Frauen ist nicht zu entdecken.

Ihre „theoretische" Definition führt sie in der Praxis zu einer versöhnlichen Haltung gegenüber den verrücktesten Erscheinungen der Frauenbewegung (Radikal-Lesbischen-Hexen etc.) und zum scharfen Kampf gegen den Kommunismus. Nicht zufällig stellt sie sich mit den gröbsten Antikommunistinnen V. Stefan und S.Firestone in eine Reihe!

Ihre Selbstdarstellung als Marxistin verfolgt u.E. zwei Ziele, nämlich einmal als „Gesprächspartnerin" von linken Frauen, v.a. solche in linken Organisationen anerkannt zu werden und zweitens um ihre Beziehungen zur holländischen Sozialdemokratie zu festigen, also Frauen aus linken Organisationen herauszubrechen und unter ihren Fittichen der Sozialdemokratie zuzufügen.

hungen zur holländischen Sozialdemokratie zu festigen, also Frauen aus

Dieser kleine Exkurs mag genügen, um darzulegen, daß das Buch nicht „zwei Seiten" hat, die in scharfem Gegensatz zueinander stehen.

Die antikommunistischen Tiraden der Meulenbelt leiten sich aus ihrer feministischen Theorie ab; diese Theorie wiederum kleidet sie in eine „persönliche Erzählung". Die besondere Schlagkraft des Buches ergibt sich gerade aus seiner Werbung f ü r den Feminismus über das Element der persönlichen Betroffenheit; es setzt an bei Erlebnissen, die jede Frau in dieser Gesellschaft macht.

Diese Methode ist durchaus nicht neu. Alice Schwarzer verfährt in „Der kleine Unterschied" nach gleichem Muster, läßt Frauenschicksale Revue passieren und kommt erst zum Schluß zur Theorie. Auch die Firestone knüpft in ihrem Buch „Frauenbefreiung und sexuelle Revolution" an tatsächlichen Erscheinungen kapitalistischer Wirklichkeit an, um ihre Empfehlung, die linken Organisationen zu verlassen, besser verkaufen zu können. Selbst bei Verena Stefan sind Bezüge zur Wirklichkeit erkennbar. Neu ist nicht die Methode der Meulenbelt – neu ist die Methode der Behandlung ihres Buches im AK.

Während früher „einseitig" gegen das W e s e n feministischer Auffassungen polemisiert wurde, werden nunmehr „zwei Seiten" entdeckt (vergleiche zu Schwarzer AK 87, zu Stefan AK 92 zu Firestone AK 105).

Eine kluge Maus gewinnt den Speck in der Falle keine gute Seiten ab. Sie betrachtet Speck und Stahlfeder als Einheit. Wir sollten es bei der Beschreibung feministischer Kampfschriften gegen den Kommunismus ebenso halten.

Die kluge Maus liebt natürlich ansonsten den Speck über alles – unser Verhältnis zur Frauenbefreiung sollte ebenso ungetrübt sein.

P.S.: Wir haben uns hier eng an von Ha./Kl. vorgegebene „Krisenliteratur" gehalten. Daß diese feministischen Bücher nur ein Teil der „Krisenliteratur" sind, ist sonnenklar. „Schweine mit Flügeln", „Wir warn die stärkste der Parteien" und allerlei Schund gegen Leninismus und „Stalinismus" gehören genauso dazu.

„Grauzonen des Feminismus"?

In mehreren Leserbriefen in AK 157 wird Ha. und Kl. vorgehalten, daß sie ihre Kritik an feministischen Tendenzen im KB nicht konkret belegen. Die Hannoveraner Genossinnen sprechen von „Glaubensbekenntnissen", mit denen die Göttinger operieren. Auch Kt. und eine Bremer Genossin weisen darauf hin, daß die tatsächlichen Kontroversen in Göttingen völlig unkonkret beschrieben werden.

Dieser Kritik stimmen wir uneingeschränkt zu; besonders die sorglose Verwendung von Einleitungen wie „... *ich kann mir vorstellen (!), daß im Bewußtsein vieler Genossinnen ...*" läßt darauf schließen, daß die beiden Göttinger eine hohe Meinung von der „eigenen These" haben, während sie der faktenmäßigen Beweisführung wenig Bedeutung beimessen. Diese Eigenschaft kann bei Glücksspielen enorme Gewinne erzielen (Außenseiter-Siege!), sollte aber in der Politik nicht ausgelebt werden.

Die Antworten auf Ha./Kl. machen sich diese Schwäche zunutze, indem sie ihrerseits auf eine Diskussion der zentralen Gedanken der Göttinger verzichten.

Die Durchsicht der Leserbriefe gegen Ha./Kl. läßt zwei Feststellungen zu, die zusammengenommen schon erstaunlich sind. Erstens wird in mehreren dieser Leserbriefe ausdrücklich dem zugestimmt, daß es feministische Tendenzen in unserer Organisation gibt, und zweitens wird die Auseinandersetzung darum konkret in keinem der Leserbriefe aufgenommen – so daß es weitgehend im dunkeln bleibt, ob die Bedeutung, die Ha./Kl. diesen Tendenzen beimessen, berechtigt oder unberechtigt ist, und teilweise sogar auch im dunkeln bleibt, ob hier im konkreten überhaupt die gleichen „Beobachtungen" als feministische Tendenzen bewertet oder völlig unterschiedliche Maßstäbe genommen werden.

Ha. umreißt sein Verständnis des Feminismus ziemlich präzise. „*Wenn es ein Dogma des Feminismus gibt*", schreibt er, „*dann ist es die autonome, von ‚Männerorganisationen' unabhängige eigenständige Organisierung von Frauen. Nahezu jede feministische Autorin beharrt auf diesem Grundsatz als der wesentlichen Voraussetzung der Befreiung der Frau*".

Zwei Leserbriefe bestätigen feministische Tendenzen im KB ausdrücklich. Für Pa. aus Göttingen ist die „*berechtigte Kritik an ‚feministischen Auswüchsen'* " allerdings nur Tarnung für eine „*Generalabrechnung*" mit den Frauen. He. stellt fest, daß es „*unter KB-Genossinnen feministische Strömungen in verschiedenster Ausprägung*" gibt, „*worunter auch das Infragestellen einer kommunistischen Organisation fällt*", und verweist auf „*die Berichterstattung über die Arbeitskonferenz*".

Der Artikel der Genossin der Hamburger AGF und einer anderen

Der Artikel der Genossin der Hamburger AGF und einer anderen Genossin bestätigt Ha./Kl. die „*Wiedergabe von Positionen, die tatsächlich einige Genossinnen als Diskussionsansatz vertreten haben*", konstatiert Keimformen des Feminismus also zumindest für die Vergangenheit. Der Diktion ist zu entnehmen, daß sie diese Tendenzen für dermaßen schwach halten, daß eine größere Aufmerksamkeit und Auseinandersetzung nicht nötig erscheint.

Möglicherweise deutet auch Kt. seine Bestätigung feministischer Tendenzen an, wenn er auf eine „*seit langem geführte ziemlich scharfe und emotionalisierte Geschlechterdiskussion in Göttingen*" hinweist.

Gar keine Begründung, warum er sich mit den von Ha./Kl. kritisierten „feministischen Tendenzen" nicht auseinandersetzen will, findet sich in He.'s Leserbrief. Das muß in diesem Fall umso „erstaunlicher" sein, weil He. derjenige ist, der die von Ha./Kl. benannten Tendenzen am präzisesten von allen ihren Gegnern bestätigt. (s.o.).

Eine Anmerkung, daß sich (irgendwann später) mit den Kritikpunkten Ha./Kl. auseinandergesetzt werden soll, enthält der Leserbrief von Pa. von der Göttinger AG Frauen. Pa. schreibt, daß sie auf die auch ihrer Meinung nach „*im KB existierenden ‚feministischen Tendenzen' ... lieber in anderem Zusammenhang, an konkreten Fragen eingehen*" möchte.

Nicht auszuschließen ist, daß auch Kt. Überlegungen zum Feminismus meint, wenn er seine Stellungnahme mit den Worten schließt: „*Daß ich damit längst nicht allen Aspekten, besonders im Artikel von Ha., gerecht werde, ist mir klar. Diese Aspekte sollten nicht verloren gehen.*" Das klingt ja vertrauenerweckend, aber zunächst mal ist es eine Tatsache, daß diese „Aspekte" in diesen Antworten auf Ha./Kl. „verloren gegangen sind.

Ha./Kl. sprechen in ihren Artikeln von „Grauzonen des Feminismus" im KB und kritisieren die AG Frauen und die AK-Redaktion dahingehend, diesen Strömungen nicht genügend entgegengetreten zu sein. In ihrer Antwort auf Ha./Kl. kontert die AG Frauen auf diese Kritik mit der Preisfrage: „*Wieviele feministische oder ‚tendenziell' feministische Artikel sind bisher im AK erschienen? 30, 20, zehn, zwei oder einer oder gar keiner??*" Die richtige Lösung dieser „Preisfrage" wurde KB-intern gleich mitgeliefert: ein tendenziell feministischer Artikel (gemeint ist der Leserbrief zum KB-Lesben-Treff in AK 158, zu dem im selben AK von der AG Lesben kritisch Stellung bezogen wurde).

Eine halbwegs ernsthafte Beantwortung der „Preisfrage" setzt eine vereinheitlichte Definition dessen voraus, was denn überhaupt ein „feministischer Artikel" ist. Unseres Wissens allerdings gibt es in der KB-Publizistik nicht einmal eine nachlesbare Definition des Begriffes „Feminismus". In der organisationsinternen Debatte wird der Begriff „Feminismus" nach unserer Erfahrung wahllos für beliebige Erscheinungsformen verwendet, in letzter Zeit zunehmend mit verharmlosender Tendenz, etwa nach der Devise: „So schlimm ist der Feminismus doch gar nicht", „Der Feminismus hat auch seine guten Seiten", „Was hast du eigentlich gegen den Feminismus?".

Unseres Erachtens ist allen feministischen Strömungen gemeinsam, daß sie die besondere Unterdrückung der Frauen durch die Männer und damit den Geschlechterkampf als das alles Entscheidende darstellen. Die Lösung der Frauenfrage (also die Aufhebung der besonderen Unterdrückung der Frauen durch die Männer) wird entweder von der Lösung der Eigentumsfrage abgetrennt („unabhängig" vom Klassenkampf), ihr vorangestellt (Lösung der Frauenfrage „vor" der Eigentumsfrage), ihr übergeordnet oder zumindest gleichgestellt. Dies sind unseres Erachtens die Hauptmerkmale aller feministischen Strömungen und sie sind zugleich die wichtigsten Abgrenzungsmerkmale des Feminismus zum Marxismus. Alle anderen – zum Teil auch wesentlichen – Charakteristika des Feminismus sind demgegenüber untergeordneter Natur.

Sofern die Genossinnen der AG Frauen unter einem „feministischen Artikel" also die direkte Propaganda der theoretischen Grundanschauungen des Feminismus (vielleicht noch in ausdrücklicher Abgrenzung vom Marxismus) verstanden wissen wol-

gen des Feminismus (vielleicht noch in ausdrücklicher Abgrenzung vom Marxismus) verstanden wissen wol-

len, so bestätigen wir ihnen gern, daß solche Artikel nicht im AK existieren. Solcherart Artikel finden sich sogar kaum in der „Emma" oder „Courage". Allerdings sprachen Ha./Kl. auch von „Grauzonen des Feminismus" und hatten natürlich auch nicht behauptet, daß im AK die theoretischen Grundlagen des Feminismus propagiert würden.

Wir selbst fanden nur einen einzigen Artikel, der einen Ansatzpunkt von „feministischen Artikeln" der oben angegebenen Art beinhaltet, und zwar peinlicherweise gerade den Artikel, in dem die AG Frauen die hier behandelte „Preisfrage" aufstellt: Nachdem die Genossinnen ganz richtig die unter „marxistischen Chauvis" beliebte Spielerei, „Nebenwidersprüche" (= Frauenfrage) mit Nebensächlichkeiten zu verwechseln, beschrieben haben, heißt es dann – locker vom Hocker – weiter: „*Die Unterscheidung von Haupt- und Nebenwidersprüchen ist durchaus richtig – solange sie nicht dazu führt, die Nebenwidersprüche bis zur Unkenntlichkeit ‚unterzuordnen' oder unverbindlich auf den Hauptwiderspruch (Bourgeoisie-Proletariat') ‚zurückzuführen'. Das Interessante an den Nebenwidersprüchen ist gerade, daß sie im Einzelfall durchaus vor dem Hauptwiderspruch lösbar sein können*" (AK 159, S. 45).

So goldrichtig die erste Zitathälfte ist, so ganz und gar falsch ist die zweite. Sie legt nahe, daß die Frauenfrage vor der Eigentumsfrage lösbar sei. Tatsächlich ist das Gegenteil vereinheitlichte Position unter Marxisten. Erst nach der Lösung der Eigentumsfrage kann das Problem der besonderen Unterdrückung der Frauen gelöst werden. Andere Ansichten sind erstens idealistisch, zweitens feministisch und drittens verkennen sie die historischen Wurzeln der Frauenunterdrückung (vgl. dazu v.a. Karin Bauer, „Clara Zetkin und die proletarische Frauenbewegung", S. 20 ff). Dies gilt für die gesellschaftliche Dimension ebenso wie für die innerorganisatorische Dimension. Also auch innerhalb des KB können wir die Frauenfrage nicht von einer allgemeinen gesellschaftlichen Umwälzung „lösen", allenfalls können wir hier mit besonderer Energie und möglichst großem Erfolg dieses Problem an den Hörnern packen. Dies erfordert allerdings einen dauerhaften Kampf gegen alle Formen des Chauvinismus etc.; demgegenüber kann gerade frau nicht auf eine alsbaldige „Lösung" des Problems hoffen. – Wir möchten nicht glauben, daß bei dem oben erwähnten Zitat unseren Genossen bloß ein Formulierungsfehler „durch die Lappen gegangen" ist und sie in Wirklichkeit nicht die „Lösung", sondern – sagen wir – das „Anpacken" dieser Frage gemeint haben, weil in diesem Fall der von uns kritisierte Text zur aussagelosen Banalität zusammenschmelzen würde.

Einig mit den Genossinnen der AGF sind wir also beim Zurückweisen der allzu durchsichtigen Spielereien unserer „Chauvis" mit den „Haupt- und Nebenwidersprüchen", wenn es gilt, die Frauenfrage als Nebensächlichkeit abzutun. Nicht einig mit den Genossinnen sind wir, wenn im gleichen Atemzug Anleihen beim Feminismus gemacht werden. So „frauenfeindlich" ist der Marxismus gar nicht, als daß er nicht genügend für die Behandlung derartiger Mätzchen hergeben würde: Es ist für Marxisten gar nicht mal etwas besonderes, daß zu bestimmten Zeiten, in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen etc. Nebenwidersprüche den gesamtgesellschaftlichen Hauptwiderspruch überlagern, ihn in den Hintergrund drängen etc. Dies gilt für die Frauenfrage ebenso, wie z.B. (in bestimmten Ländern) für die Agrarreform, das Problem des Analphabetismus etc. Der nebenwidersprüchliche Charakter der Frauenfrage sagt also erstmal gar nichts über ihre Bedeutung, Wichtigkeit, Aktualität etc. aus. Nur Schematiker können das bestreiten.

Für Marxisten bedeutet der nebenwidersprüchliche Charakter eines Problems einmal, daß es für sich genommen nicht lösbar ist, sondern an die Lösung dieses Problems nur gedacht werden kann in Zusammenhang mit der Lösung des gesellschaftlichen Hauptwiderspruchs. Im Klartext: Ebenso wie es richtig ist, daß der Sozialismus nicht ohne Lösung der Frauenfrage denkbar ist, so ist umgekehrt die Lösung der Frauenfrage nur im bzw. durch den Sozialismus möglich. – Zum anderen bedeutet der nebenwidersprüchliche Charakter

nur im bzw. durch den Sozialismus möglich. – Zum anderen bedeutet der nebenwidersprüchliche Charakter

eines Problems für Marxisten eine ganz bestimmte Strategie, eine ganz bestimmte Linie in der Propaganda und Agitation dazu. Die Mobilisierung, Aufklärungsarbeit, Propaganda und Agitation an einem Nebenwiderspruch – sagen wir der Frauenfrage – muß (aufs Ganze gesehen) die Aufdeckung des gesellschaftlichen Hauptwiderspruchs zum Ziel haben.

Wir wollen noch einmal auf die schon erwähnte „Preisfrage" der AGF zurückkommen, mit der die Genossinnen anscheinend belegen wollten, daß zumindest unsere AK-Berichterstattung „femi-frei" ist. Richtig ist also, daß es keinerlei Artikel gibt, die den „Feminismus an sich" propagieren. Draus bereits schließen zu wollen, daß unsere Berichterstattung etwa „femi-frei" wäre, ist ein etwas schlitzohriges Unterfangen. Tatsächlich bietet der AK insgesamt auch keinen Artikel, der den „Marxismus an sich" propagiert. Daraus etwa schließen zu wollen, daß es sich beim AK nicht um eine marxistische Zeitung handeln würde, müßte wohl als „starkes Stück" zurückgewiesen werden.

Eine marxistische Zeitung kennzeichnet sich also dadurch , daß unterschiedliche Ereignisse, Probleme etc. aus marxistischer Sicht kommentiert, behandelt, analysiert etc. werden. Unterstellt man diesen Gedankengang der „Preisfrage", sollte also gemeint sein: „Wieviele Frauenartikel sind im letzten Jahr im AK gedruckt worden, die eher vom Standpunkt des Geschlechterkampfes und weniger aus der Sicht des Kampfes gegen den Kapitalismus ein bestimmtes Problem behandeln?", so wäre die Fragestellung ganz unsinnig. Denn selbst ein einzelner oder auch mehrere Artikel, die ganz und gar einseitig den Geschlechterkampf zum einzigen Behandlungsgegenstand hätten, oder von diesem Standpunkt ein bestimmtes Problem beleuchten sind noch lange keine „feministischen Artikel". Denn: Geschlechterkampf ist notwendig, er gehört zu unserer selbstverständlichen politischen Standartausrüstung.

Marxistische Frauenpolitik zeichnet sich nicht nur durch aktive Propagierung des engen Zusammenhangs von Geschlechter- und Klassenkampf aus, sondern ebenso durch scharfen ideologischen Kampf gegen bürgerliche und kleinbürgerliche Frauenpolitik (Feminismus) sowie durch klare Abgrenzung gegenüber allerhand Modeströmungen und die sogenannte „Tollhaus"-Politik (vergl. Clara Zetkin, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 3, Erinnerungen an Lenin, S. 132-137).

Dies vorausgeschickt, ist es unseres Erachtens tatsächlich interessant und aufschlußreich, das letzte Jahr AK-Frauenberichterstattung durchzugehen, und – so möchten wir diese Anregung der AGF noch ergänzen – mit früheren Jahrgängen zu vergleichen.

Nur ganze vier Artikel befassen sich mit Abgrenzungen von feministischen und Modeströmungen, jeweils einer zur Walpurgisnacht und zum Hamburger Frauenzentrum und zwei zum Sekretärinnenkongreß. Das war schon die ganze „Ausbeute". Von diesen vier Artikeln befaßt sich sogar im Grunde genommen überhaupt nur ein einziger mit wirklicher Auseinandersetzung und Abgrenzung vom Feminismus (Walpurgisnacht), während die anderen drei Artikel nur ganz nebenbei einzelne Auswüchse des Feminismus beschreibend erwähnen.

Mit den „grauen Zonen des Feminismus", also mit feministischen und halbfeministischen Tendenzen innerhalb des KB, deren reale Existenz ja keinesfalls bestritten, sondern ausdrücklich bestätigt wird, hat sich die AK-Frauenberichterstattung des letzten Jahres überhaupt nicht auseinandergesetzt. In drei Artikeln (AK 137 „KB-Frauenpolitik in der Sackgasse", AK 150 „Zwischenbilanz", AK 155 zur Frauenversammlung im KB) werden solche Strömungen bzw. Positionen entweder knapp erwähnt oder etwas länger (AK 155) beschrieben; unseres Erachtens sogar etwas verharmlosend.

Unter diesen „Rahmenbedingungen" ist es unseres Erachtens gar nicht verwunderlich, wenn innerhalb unserer Organisation die „grauen Zonen des Feminismus" wachsen, v.a. in solchen Organisationsteilen, die nur über ungenügend qualifizierte und geschulte Genossinnen verfügen.

Zusammengefaßt meinen wir, daß es unter unseren Genossinnen eine Reihe von Abweichungen in Rich-

Zusammengefaßt meinen wir, daß es unter unseren Genossinnen eine Reihe von Abweichungen in Rich-

tung des Feminismus gibt, die – mit einzelnen Ausnahmen – jede für sich genommen noch nicht den Tatbestand eines „ausgewachsenen Feminismus" erfüllen, die aber zusammengenommen doch Ausdruck für ein Anwachsen der „Grauzonen des Feminismus" (Ha./Kl.) innerhalb unserer Organisation sind.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, daß die „Grauzonen ..." konkret nicht aus der AK-Berichterstattung nachweisbar sind. Schlimmer noch ist die Tatsache, daß - vor dem Hintergrund höchst uneinheitlicher Ansichten über Wesen und Erscheinungsformen des Feminismus - diese feministischen Tendenzen im KB zwar „allgemein" bestätigt werden, aber gleichzeitig konkret undiskutierbar gehalten werden, weil und insofern nicht angegeben worden ist, in welchen spezifischen Gewändern sie in der organisationsinternen Öffentlichkeit einherspazieren. - Insgesamt läßt sich sagen, daß wir es nicht nur auf der Ebene des AK, sondern - mit gewissen Einschränkungen - auch auf der Ebene der innerorganisatorischen Debatte mit einer Art „Waffenstillstand" von marxistischen und feministischen Vorstellungen zur Frauenpolitik des KB zu tun haben.

Obgleich wir uns nicht für Spezialist(inn)en in Sachen Frauenpolitik halten, haben wir dennoch gewagt, uns erreichbare innerorganisatorische Protokolle und Dokumente (insgesamt 86) durchzusehen, um uns ein Bild der wichtigsten konkreten Erscheinungsformen pro-feministischer Tendenzen im KB zu machen. Man/frau möge uns nachsehen, wenn wir nicht gleich im ersten Ansatz ein vollständiges Bild wiedergeben können, oder womöglich das eine oder andere Zitat nicht vollständig richtig interpretieren oder einordnen. Wir wollen damit einen Anfang für diese Debatte machen.

Als Quellen pro-feministischer Tendenzen im KB haben wir folgende kategorisiert: Einmal die Tendenz einer Abwendung von Themen der Frauenmassenarbeit und eine alternative Zuwendung zur sog. ‚Frauenbewegung im KB'. Zweitens eine Tendenz der Lostrennung vom (männlichen Teil) des KB. Drittens die Tendenz einer Verwischung der schon erarbeiteten Abgrenzungen zum Feminismus und der zunehmende direkte Angriff auf alte, im wesentlichen korrekte, anti-feministische Artikel im AK. Viertens gewisse Erscheinungen eines Solidaritäts-Bruchs gegenüber Genossinnen, die sich den Doktrinen des Feminismus nicht anzupassen bereit sind.

Die Umorientierung der Debatte auf „innerorganisatorische Probleme"

Relativ vollständig durchgesehen haben wir die Protokolle des letzten Jahres aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen und NRW; dazu vereinzelnte Berichte aus Hamburg, Bremen und Westberlin; Berichte aus anderen Regionen lagen uns nicht vor. Aus diesen Berichten ergibt sich, daß sich etwa bloß ein Drittel dieser Dokumente mit Themen der Frauenmassenarbeit befassen. Dies wäre ohne die Berichte aus Schleswig-Holstein noch negativer ausgefallen, die mehrheitlich diese Themen behandeln. Zwei Drittel der Berichte befassen sich mit mehr oder weniger privater Problematik. Allein daran zeigt sich schon, daß zumindest unsere Genossinnen die Parole „Macht das Private öffentlich" auf Ortsgruppen-Ebene schon längst verwirklicht haben und die ständige Widerholung dieser undifferenzierten Parole bestenfalls geeignet ist, Themen der Frauenmassenarbeit gänzlich aus der Debatte zu verbannen.

Die Hamburger AG Frauen bestätigen im Grunde genommen diese Tendenz: „*Es ist nicht übertrieben, daß tatsächlich 70% der eingetroffenen Berichte oder Stellungnahmen quasi unbrauchbar waren. Unbrauchbar z.B. deswegen, weil man schon ein intimer Kenner der örtlichen Verhältnisse sein mußte, um den Wust von angedeuteten* ***Verhältnissen, Beziehungen*** *und* ***Streitereien*** *überhaupt verstehen zu können, um was es sich handelte.*" (Hervorhebungen von uns; im Orginal hebt die AGF hervor, daß diese Berichte unverständlich waren; AK 151, „Eine Zwischenbilanz der Frauendiskussion im KB").

In ihrer schriftlichen Auswertung der Hannoveraner Frauenberichte schreibt eine damit beauftragte ZRK-Genossin (im Frühjahr 1979), „*daß*

der Hannoveraner Frauenberichte schreibt eine damit beauftragte ZRK-Genossin (im Frühjahr 1979), „daß

sich vielfach Genossinen nicht mehr betroffen fühlen von der Lage der Arbeiterfrau im Betrieb (obwohl viele in derselben Situation sind), dafür umso mehr das Interesse um Beziehungsfragen kreist, teilweise in Richtung Entpolitisierung."

In Protokoll vom Braunschweiger Frauentreff (vom 15.7.79) kritisieren die Genossinen ihre Arbeit im örtlichen Frauenzentrum, daß nämlich „*Widersprüche, Unklarheiten unter den Tisch geschaufelt werden, die inhaltliche Auseinandersetzung gescheut wird*"; stattdessen wird „*die intensive Diskussion über sogenannte persönliche Probleme, wie Geschlechterkampf oder Unterdrückung von Genossinnen*" geführt. Wir möchten betonen, daß die Braunschweiger Genossinnen richtigerweise nicht die Debatte um Geschlechterkampf etc. als solche kritisieren, sondern die stattgefundene Auswechselung der Thematik.

Bravo für ihre Kritik.

Genau mit entgegengesetzter Stoßrichtung wird aus Münster argumentiert. „*Für den Aufbau von KB-Frauengruppen halte ich solch eine Arbeit* (gemeint sind die Arbeit in der ‚Bunten Liste', zum § 218, zu Duogynon, Anm. Verf.) *für einen zu großen Schritt, vorrangig finde ich die Probleme der Genossinnen im und mit dem KB. Falsch wäre es meiner Meinung nach, wenn wir mit dem Anspruch, die KB-Frauengruppen über Untersuchungsarbeit aufzubauen, hausieren gehen.*" (Brief an die Frauenkommission NRW, 26.12.78).

Den Vogel schießen u.E. die Genossinen der Westberliner AGF ab,

indem sie per neuer Geschichtsschreibung in diesem Zusammenhang alles Positive der Vergangenheit negativ werten, dafür die negativen Entwicklungstendenzen als das Ei des Kolumbus feiern: „ ... *nach § 218 erfolgte der richtige (!) Aufschwung erst dadurch, daß viele Genossinnen Alice Schwarzer gelesen hatten und starke persönliche Betroffenheit vorhanden war. (...) Was sich da abspielte, war faktisch eine spontane Frauenbewegung im KB. (...) Ende 1976 setzte ein Rücklauf ein. Gründe dafür sind u. E.:*

1.) Forderung nach Außenarbeit, unvermittelt;
2.) Kurs auf Auseinandersetzung mit dem Feminismus;
3.) Frauenpolitik zur Sache der ganzen Organisation zu machen." (Protokoll der AGF Westberlin vom 24.10.78).

Was die Westberliner Genossinnen hier fordern, demonstriert u.E. schon eine recht weitgehende feministische Sichtweise: ausdrücklicher Verzicht auf „Außenarbeit", also Frauenmassenarbeit, keine Auseinandersetzung mit dem Feminismus, Abtrennung der Frauen„arbeit" von der Organisation.

Tendenz zur „Lostrennung"

Nicht zu kritisieren, sondern im Einzelfall ausdrücklich zu unterstützen, sind die Bildung bezirklicher oder örtlicher Frauenzellen. (Gemeint ist damit die ‚Ausgliederung' einiger oder aller Genossinnen aus der üblichen Zellenstruktur.) Falsch dabei finden wir aber die Ansicht vieler Genoss(inn)en, die Bildung solcher Frauenzellen pauschal als Fortschritt zu werten. Richtig ist u.E. dagegen diese Frauenzellen als „notwendigen Rückschritt" anzusehen, was gewissermaßen ein Widerspruch in sich selbst ist. „Notwendig", weil ansonsten erheblicher Schaden der Sache zugefügt werden könnte, die Emanzipation unserer Genoss(inn)en zu stark behindert wird und dergleichen mehr. „Rückschritt", weil hier – wenn auch nur im ganz kleinen – das Prinzip der einheitlichen Organisation aller Kommunist(inn)en aufgeweicht wird. Man könnte das Problem in etwa mit der Einführung der NÖP in der jungen Sowjetunion vergleichen, hinsichtlich ihrer Begründung durch Lenin.

Aus dem Gesagten ergibt sich u.E. die Konsequenz, alle Schritte, die eine besondere Organisierung unserer Genossinnen fördern, nur mit großer Behutsamkeit und jeweiliger „hieb- und stichfester" Begründung im Einzelnen und konkret zu unternehmen. Solche Schritte einer besonderen Organisierung unserer Genossinnen sind gewissermaßen „organisatorische Zugeständnisse" aus Gründen unerträglicher chauvinistischer Tendenzen in einer bestimmten Ortsgruppe. In aller Regel haben wir zwar das Bild, daß einer solchen Frauenzellen-Gründung ein z.T. erschöpfender Kampf in ihren alten „Stammzellen" vorherging, sodaß nach Gründung einer FZ erstmal die Genossinnen mit Erleichterung etc. reagieren und am liebsten auch erstmal allein auf sich gestellt ihre politische Arbeit anpacken. Dennoch sollte im Blick (oder Hinterkopf) behalten werden, daß es sich dabei nur um ein Zwischenstadium des „Auftanken" handelt. Dies sollte, je nach Lage der Dinge möglichst rasch durch die Aufnahme eines verstärkten anti-chauvinistischen Kampfes abgelöst werden. Dadurch bringen u.E. unsere Genossinnen ihren Willen zur Zusammenarbeit in einer einheitlichen Organisation konkret zum Ausdruck, daß sie also die Bedingungen, die zu ihrer „Loslösung" führten, bekämpfen. Es versteht sich von selbst, daß die Genossen gleichfalls, bzw. noch eher in der Verpflichtung stehen, den „Stein des Anstoßes" aus dem Weg zu räumen, also ihr Verhalten zu bessern. Leider ist u.E. d i e s e Sicht der Dinge bei uns nicht allzu weit verbreitet, bzw. auch wieder verschüttet.

Mehr noch: der Glaube, daß die Einrichtung „Autonomer Frauenzellen" schon als „Fortschritt in sich selbst" betrachtet wird, führt dann folgerichtig zu weitergehenden Forderungen auf derselben Linie, die dann in eine tendenzielle Abtrennung vom KB führen muß. So ist es auch nicht verwunderlich, daß in einigen Organisations-Teilen bereits über die Möglichkeit der Gründung eines „Kommunistischen Frauen-Bundes" (KFB) diskutiert wurde, der dann als Schwesterorganisation zum KB existieren könnte. Das ist bisher allerdings u.W. noch nicht direkt als Forderung erhoben worden.

Die Frauengruppe des KB/Münster formuliert in ihrem Thesenpapier (vom 15.5.79): „*Wir wollen eine Frauenleitung, die auch in letzter Instanz entscheidungsberechtigt ist. Das LG kann unserer Meinung nach nicht über die Frauenarbeit entscheiden, da dem dazu die Kompetenz fehlt (fehlen muß). Es ist ein absolutes Unding, daß Leute, die ihre Nase nie in Frauenpolitik gesteckt haben (konnten), letztendlich das Recht haben sollen, darüber zu bestimmen.*"

Offenbar geht die Münsteraner Frauengruppe davon aus, daß das LG nur aus Männern besteht? Wichtiger ist aber, daß die Frauengruppe eine selbständige Frauenleitung nur prinzipialistisch zu begründen versucht, und keineswegs eine konkrete Kritik an möglicherweise verfehlten Leitungsdirektiven vorbringt. U. W. haben sich die männlichen LG-Genossen bei allen Entscheidungen, die unsere Frauenpolitik betreffen, stark zurückgehalten. U. W. ist keine LG-Entscheidung zur Frauenpolitik ohne Konsultation und Übereinstimmung mit der zentralen AGF bisher getroffen worden. Aber das nur nebenbei.

Ähnlich wie die Münsteraner Frauengruppe argumentiert die Genossin B. aus Lübeck (Sommer 79, ohne Datum): „*Ich will nicht länger mit den Genossen im Clinch liegen, sondern meine Kraft sinnvoll verwenden. Für mich bedeutet das auch keine Doppel-, Dreifachbelastung. Vorbereitung, Diskussion und Nachbereitung laufen in der Frauenzelle. Das Ergebnis tragen wir auf die VVs. Bei Kontroversen mit den Genossen hat das allerdings für uns keine Auswirkungen, da ich auf dem Standpunkt stehe, daß kein Mann, auch nicht das LG, in der Frauenfrage maßgebend sein kann/darf!!*"

Auch die Genossin T. schreibt in der „Solidarität" des Studenten-SSB (Nr. 46), das sie „*für eine ‚sozialistische Frauengruppe' ist, die a u t o n o m vom SSB arbeitet. Es ist für mich nicht länger einzusehen, daß wir uns nach dem demokratischen Zentralismus der Leitung unterzuordnen haben.*"

Wir haben hier einige Stimmen zitiert, die die einheitliche Organisations-Struktur recht krass angreifen, entweder in Form einer Kritik am „demokratischen Zentralismus" oder in Form einer Amtsenthebung des LG in Sachen Frauenpolitik. Natürlich existieren unterhalb dieser Schwelle eher stärkere Tendenzen, die zumindest auf eine schrittweise Lostrennung orientieren (wobei naturgemäß nur der gerade ins Visier genommene nächste Schritt angegeben wird, in der Begründung allerdings eher prinzipialistisch argumentiert wird, so daß spätere weitere Schritte in dieselbe Richtung gewissermaßen vorprogrammiert erscheinen.

Verwischung der Abgrenzung zum Feminismus

In früheren Jahren gehörte die aktive und kämpferische Abgrenzung vom Feminismus zum integralen Bestandteil bei der Herausbildung unserer autonomen (autonom vom vorherrschenden Feminismus) proletarischen (bzw. marxistischen) Frauenpolitik. Früher war es demzufolge auch üblich, einerseits von kleinbürgerlicher (bürgerlicher) und andererseits von marxistischer Frauenpolitik, bzw. Frauenbewegung zu reden, während es heute bei uns üblich ist, schlicht von d e r Frauenbewegung zu reden.

Vor dem Hintergrund eines allgemeinen „Waffenstillstandes" zum Feminismus, mehren sich jetzt Stimmen aus der Organisation, die unsere früheren Abgrenzungs-Artikel gegen die „Schwarze Botin", gegen Alice Schwarzer usw. angreifen:

Der Artikel der AG Frauen „*zu Alice Schwarzer erschlägt bzw. unterschlägt mit dem Hammer des Klassenstandpunktes die realen Probleme von Frauen ... und ist damit für eine ernsthafte Auseinandersetzung unbrauchbar*" (Ch., AG Frauen Göttingen, 26.5.79).

„*Durch eine undifferenzierte Ablehnung, z.T. sachlich falsche und unsaubere Kritik wird die Auseinandersetzung und Zusammenarbeit mit Alice Schwarzer und den Frauen, die sich von ihrem Buch* („Der kleine Unterschied", Anm. d. Verf.) *angesprochen fühlen, unmöglich gemacht.*

... Die Berichterstattung zur Walpurgisnacht war nicht gerade rühmlich. Wir sind der Ansicht, daß unsere damalige Einschätzung völlig undifferenziert und damit falsch gewesen ist" (E. und M., KB Göttingen, Sommer 79).

Eine Flensburger Genossin ist der Meinung, „*daß die Auseinandersetzung um den ‚kleinen Unterschied' und die Schwarze Botin den Niedergang unserer KB-Frauenarbeit verursacht/beschleunigt hat*" (Protokoll der Genossinnen-VV, 18.6.79).

Auf den Punkt gebracht wird diese Tendenz schließlich in einem Diskussionsbeitrag zum Thema „Sozialistische Frauenpolitik" in der „Solidarität" (Zeitung des Studenten-SSB): „*Es gibt für mich keinen Haupt- und Nebenwiderspruch, sondern zwei Widersprüche, die relativ unabhängig voneinander sind.*" („Solidarität", Nr. 46, Nov. 78). Armer Mao.

Diese Fehlströmung ist u.E. Ausdruck des lastenden Drucks des Feminismus auf Teile unserer Frauenarbeit. Relativ unwichtig bei dieser Betrachtung sind verschiedene bündnispolitische Fehler unserer Genossinnen gegenüber feministischen Strömungen in der Vergangenheit, die jetzt möglicherweise dahingehend „verarbeitet" werden, im nachhinein unseren abgrenzenden Artikeln die Schuld für frühere Mißerfolge anzulasten.

Sofern mehr oder weniger allein Gruppen der feministischen Frauenbewegung Ansprechpartner unserer Genossinnen und Ziel unserer bündnispolitischen Anstrengungen sind, ist die Herausbildung solcher Ansichten verständlich, sie entsteht gewissermaßen naturwüchsig.

Feminismus und Entsolidarisierung

Dem feministischen Solidaritäts-Begriff oder -Verständnis wohnt nicht nur — wie man/frau landläufig meint — ein starker Abgrenzungsmechanismus gegenüber Männern inne, sondern ebenfalls gegenüber den Frauen, die nicht zu ihrer sog. „autonomen Bewegung" gehören. Eine Reihe unserer Genossinnen haben in Frauenzentren und bei anderen Gelegenheiten dies zu spüren bekommen. Es geht dabei nicht etwa darum, daß Feministinnen ihrerseits auf politischen Differenzen gegenüber unseren Genossinnen beharrt haben, sondern darum, daß von dieser Seite politische Differenzen und Solidarität unter Frauen absichtlich verwischt wurden, bzw. politische Differenzen mit Mitteln des persönlichen Psychoterrors gegen „K-Frauen" ausgetragen wurden. Der als Befreiung gefeierte Schlag der Meulenbelt ins Gesicht ihrer ehemaligen Freundin (weil diese nicht in der gewünschten Weise bereit war, Mann und zwei Kinder „aufzugeben"), ist bloß ein besonders krasser Ausdruck dieser Tendenz.

Aus Dutzenden von KB-internen Gesprächen wissen wir, daß — vielleicht weniger krass — auch bei uns Methoden des Drucks und Psychoterrors praktiziert werden, um „widerspenstige" Kommunistinnen rund zu machen, etwa weil sie sich schminken (was angeblich die Konkurrenz unter Frauen anheizt), weil sie sich nicht zur „neuen Sensibilität" bekennen wollen, nicht in der gewünschten Weise am Geschlechterkampf teilnehmen etc. Wir wollen hier nicht unnötig viel second-hand-Material anbieten, sondern dringend auffordern, dazu Erfahrungsberichte für den AK anzufertigen. Wir wissen, daß hier besondere Hemmungen bestehen, weil die notwendige Bekämpfung der Entsolidarisierung an dieser Front oft als Verletzung der Frauensolidarität mißinterpretiert wird. U.W. ist dies „Tabu" im AK nur einmal angekratzt worden, nämlich in der Zuschrift der Genossin E. (AK 157, „Von einer, die auszog, das Fürchten zu lernen").

Ein krasses Beispiel der Entsolidarisierung unter Frauen unter der speziellen Flagge des Feminismus im KB: „*Von einigen Frauen* (es handelt sich um Braunschweiger KB-Genossinnen) *wird g e n e r e l l eine Zusammen a r b e i t und auch ein Zusammenleben mit Männern abgelehnt ... Diese Position geht soweit, einer Genossin, die ein Kind erwartet, eine wie auch immer geartete Unterstützung zu v e r w e i g e r n , da sie mit einem Mann zusammenlebt ...*" (Protokoll des niedersächsischen Frauenkommissionstreffens, 24.6.79). Meulenbelt darf sich freuen. Die „Neue Frauensensibilität" marschiert, anscheinend in recht robustem Schuhzeug.

Gewisser Beliebtheit scheint sich auch der Versuch zu erfreuen, einen neuen Sexual-Kodex entlang der Doktrin der „Neuen Sensibilität" aufzustellen. So kritisierte eine Genossin der AGF-Göttingen die Debatte einer Frauen-VV über Sexualität, auf der „*anstelle einer politischen Diskussion über Sexualität, auf moralischer Ebene versucht wurde, V o r s c h r i f t e n für das Sexualleben der Genossinnen aufzustellen.*" (Protokoll vom 16.10.78).

Dieser Artikel wurde kollektiv von sechs Frauen und Männern formuliert. Mehrere Genossinnen, die z.T. jahrelange Erfahrungen in der Frauenarbeit haben, haben uns dabei beraten. Wir verstehen diesen Artikel als unseren Einstieg in die jetzt laufende Debatte. Mit weiteren Beiträgen von uns muß gerechnet werden.

Leitung des „Zentrum"

Roll back — Nein danke!

Man stelle sich vor: Ha. und Kl. würden massiv unsere bisherige Wahl-Politik als opportunistisch angreifen und sie mit der der DKP auf eine Stufe stellen. Es würde sich daraufhin breiter Protest erheben. Ein paar Wochen später läge dann eine Stellungnahme aus dem „Zentrum" vor. Darin wird beklagt, daß die Kritiken an Ha. und Kl. bedauerlicherweise allesamt oberflächlich und übertrieben seien. Denn schließlich gebe es ja tatsächlich hier und da opportunistische Tendenzen im KB; Ha. und Kl. komme gerade das Verdienst zu, auf diese Tendenzen aufmerksam gemacht zu haben. Es sei unberechtigt – wenn auch menschlich verständlich – daß die Kritiker Ha. und Kl. unterstellen, sie seien Gegner unserer Wahl-Politik. In Wirklichkeit sei ihnen nur ein m e t h o d i s c h e r Fehler unterlaufen.

Tatsächlich ereignet hat sich folgendes: Ha. und Kl. aus Göttingen haben erklärt, daß der Anspruch, ‚persönliche' Widersprüche innerhalb des KB auch im AK zu diskutieren, Ausdruck von „überhöhten" und „utopischen" Erwartungen sei. Sie haben Frauen, die im AK ‚persönliche' Widersprüche, Konkurrenzsituationen usw. beschrieben hatten, in übelster Weise beschimpft. Sie haben sich über „abseitige" Themen wie die Sterilisationsdiskussion lustig gemacht.

Nun erklärt uns die „Leitung des Zentrums", daß dies wertvolle Denkanstöße seien, denn ...„ utopistische" und „feministische" Tendenzen gebe es im KB ja wirklich hier und da. – Um dies zu entdecken, bedurfte es allerdings nicht des Eingreifens von Ha. und Kl. Der n e u e ‚Denkansatz' der beiden liegt gerade darin, einem sehr w e i t e n Spektrum von Artikeln und Überlegungen völlig undifferenziert und ohne konkrete Beweisführung die Stempel „utopistisch" und „feministisch" aufzudrücken. Damit soll ein massives Roll Back gegen die gerade erst ganz zaghaft begonnene Öffentlichmachung des ‚Privaten' eingeleitet werden. Wenn die Genossen vom „Zentrum" sich in ihrem Artikel g e g e n ein solches Roll Back (Zurückdrehen) wenden, ist es andererseits nicht sehr logisch, daß sie die Fehler von Ha. und Kl. nur im ‚Methodischen' vermuten.

Die Genossen wenden sich gegen den „Utopismus" einerseits, gegen die „Entsolidarisierung" andererseits – und plädieren für „das Machbare". Mir scheint, daß sie dabei den r e l a t i v e n Charakter der von ihnen verwendeten Begriffe übersehen. Was „Utopismus" sein soll, ergibt sich unmittelbar aus der Definition des „Machbaren". Wenn man – wie es heute vielfach geschieht – die Erwartungshaltungen an die Solidarität und Moral unter Genoss(inn)en extrem niedrig oder nahezu auf Null herunterschraubt, so kann der geringste Anpruch schon als „überhöht" und „utopistisch" abgestempelt werden. Was im KB heute und morgen „machbar" ist, ist völlig umstritten. Man könnte sich, um die Extreme einmal zu benennen, auf den Standpunkt stellen, daß der KB n u r ein Zweckbündnis sei, in dem a l l e i n die politische Leistung zählt und das ‚private' Verhalten völlig uninteressant ist. Schlägt einer z.B. Frau und Kind, so bliebe das seine „Privatsache", solange er damit nicht die politische Arbeit des KB behindert. Umgekehrt könnte man extrem hohe moralische Ansprüche stellen, die von niemandem einzulösen sind und daran die weitere Existenz des KB in Frage stellen. „Das Machbare" wird sich irgendwo zwischen diesen beiden extremen Möglichkeiten bewegen.



MÄNNERFEINDLICH! NA UND!!!

Wenn, wie in der gegenwärtigen Phase, Erwartungen auf politische Erfolge sich reduzieren und zugleich die innere Solidarität ebenfalls schwindet – so ist es nur natürlich, daß viele beginnen, ihr eigenes Maß an Freiräumen, persönlicher Emanzipation etc. zum Maßstab zu nehmen und daß dabei der KB als Organisation schlecht abschneidet. Wo Entsolidarisierung die k o l l e k t i v e Emanzipation als Alternative weitgehend b l o c k i e r t, steigt der Wert einer noch so kümmerlichen i n d i v i d u e l l e n Emanzipation außerhalb der „Leistungszwänge" und Präsenzpflichten einer politischen Organisation.

Wenn man zu recht die Entsolidarisierung konstatiert, muß man aufpassen, daß man mit der Kritik am „Utopismus" nicht ausgerechnet die schwachen Ansätze zur Gegenwehr gegen die Entsolidarisierung mit totschlägt. Bei den Ärzten, die sich um den Patienten scharen, um ihm den „Utopismus" herauszuoperieren, sind leider neben Skalpellen auch Holzhämmer, Schlachtermesser und Pressluftbohrer zu beobachten. Die Vorstellungen, was „nicht in den AK gehört", sind beispielsweise auch unter den Genossen des „Zentrums" teilweise sehr weitgehend. Vor diesem Hintergrund finde ich den Ansatz im „Utopismus"-Artikel nicht sehr hilfreich: Die von ihm angeführten Belegzitate für „Utopismus" erscheinen mir im Wortlaut gar nicht mal besonders „utopistisch". Da fordert beispielsweise eine Genossin, „*hier und heute a n z u f a n g e n,*" etwas zu verändern an den Auswirkungen der herrschenden Verhältnisse auf uns. Da formulieren Genossen ihre Hoffnung, in einer Schulung „*auch die Möglichkeit eines bewußteren Veränderns schädlicher Verhaltensweisen*" zu gewinnen. Da konstatiert ein Genosse, daß man nicht die Gesellschaft ändern könne, „*wenn man den einzelnen Menschen dabei ausnimmt*".

Was ist daran nun so Schreckliches?! Auch die Genossen vom „Zentrum" meinen, daß sich „im Prinzip" gegen diese Formulierungen gar nichts sagen lasse. Nur könnten diese Forderungen „**hier und heute**" nicht erfüllt werden, ohne den KB aufzugeben. Diese These ist kaum verständlich, da die angeführten Belegzitate gar keine k o n k r e t e n Forderungen enthalten, sondern nur die sehr allgemeine Aufforderung, mit Veränderungen negativer Verhaltensweisen zu b e g i n n e n – also: den Kampf gegen die Entsolidarisierung aufzunehmen! Zweifellos g i b t es negative Erscheinungen und Tendenzen im Sinne des „Utopismus" – nur finden sich diese nicht in den angeführten Zitaten wieder.

Die Genossen scheinen den „Utopismus" d a r i n zu sehen, daß Veränderungen h i e r und h e u t e ge-

fordert würden. Auch darin ist ihnen in dieser Form nicht zuzustimmen. Forderungen im Sinne des guten alten „Vogliamo Tutto – e Subito!" (Wir wollen alles und sofort – Lotta Continua) werden doch kaum irgendwo erhoben. Eher muß man doch wohl feststellen, daß die Ansprüche an das „Machbare", konkret Veränderbare heute meist sehr bescheiden, vielfach a l l z u bescheiden gesteckt sind. Aus den angeführten Zitaten läßt sich auch nur herauslesen, daß die Genoss(inn)en irgendwelche Veränderungen zum P o s i t i v e n sehen wollen, statt rückläufiger Tendenzen (Entsolidarisierung). Das rechtfertigt für sich genommen durchaus noch nicht den Vorwurf des „Utopismus". Utopisch wären solche Forderungen doch nur, wenn man sich in den gegebenen innerorganisatorischen Verhältnissen e i n r i c h t e n will.

Auch die von den „Zentrums"-Genossen gewählten Beispiele für „Utopismus" auf anderen Gebieten halte ich z.T. nicht für passend. So hat das Beispiel der neugegründeten Zelle mit „Utopismus" nichts Erkennbares zu tun. Schwerer wiegt noch, daß die Genossen ein übertriebenes Bild von der V e r b r e i t u n g solcher Beispiele („rotierende Leitung", 53 %-Forderung) geben, als handele es sich um eine nennenswerte S t r ö m u n g im KB. Davon kann meines Wissens keine Rede sein. Es handelt sich eher um sehr verstreute Einzelmeinungen. Schließlich spricht der Artikel sogar von einem **„beängstigenden Anwachsen des Utopismus"**, was stark übertrieben ist und – trotz richtigem Hinweis auf die Entsolidarisierung als Hauptproblem! – die Proportionen doch wieder in die falsche Richtung verschieben könnte.

Die Abgrenzung (wo hört der gerechtfertigte Widerstand gegen die Entsolidarisierung auf, wo fängt der „Utopismus" an) des in unserer Presse Zulässigen oder Erwünschten bleibt unpräzise. Über diese Abgrenzung besteht innerhalb der durch die Göttinger Artikel mobilisierten Front gegen den „Utopismus" keine Einheitlichkeit. Die Ausklammerung *„persönlicher Querelen"* läßt so ziemlich alle Türen offen. Auch die kategorische Ablehnung *„a l l e r Versuche, ... sich mittels welcher Methoden auch immer* (!), *in ‚private' Verhältnisse anderer Genossen einzumischen"*, läßt Interpretationen bis zum totalen Abschotten des „Privaten" zu. Was sind denn diese „privaten Verhältnisse"? Wenn jemand seine Freundin schlägt? Wenn er sich von ihr „den Haushalt führen" läßt? Ein bißchen „Einmischung" hier und da muß schon sein, auch ohne daß von den Betroffenen *„ausdrücklich darum gebeten"* wird! Gerade angesichts der festgestellten Entsolidarisierung darf man kein so rigides Nichteinmischungs-Gebot aufstellen.

Die von Ha. und Kl. zuerst in die Welt gesetzte Behauptung, daß sich im AK die Artikel über „persönliche Querelen" ohne öffentliche Bedeutung und Bettgeschichten häufen, hält der Nachprüfung nicht stand. Es sind bisher s e h r wenig Artikel dieser Art oder mit derartigen Tendenzen veröffentlicht worden! Sie sind das u n v e r m e i d l i c h e Nebenprodukt einer gerade erst b e g i n n e n d e n Einbeziehung des ‚Privaten' in unserer Presse. In überzogener Weise gegen derartige Artikel zu polemisieren, kann nur dazu führen, die zaghaften Versuche auf dem Gebiet des ‚Privaten' abzuwürgen. Eine Genossin hat im AK 155, S. 20, sehr anschaulich beschrieben, welchen Selbstzweifeln und Mutlosigkeiten sie häufig beim Schreiben ausgesetzt war (‚ist das auch politisch genug?' u.ä.). Ähnliches geht gerade aus Frauen-Artikeln häufig hervor. Hier den Druck noch zu verstärken – wie es vor allem von Ha. und Kl. exemplarisch gefordert wurde – hätte unvermeidlich zum Ergebnis, daß viele interessante Manuskripte gleich im Schreibtisch bleiben würden; daß Verfasser(innen) überängstlich monatelang an ihren Entwürfen herumdoktern – aus Angst, es sei immer noch nicht „gut genug"; daß viele Gedanken gleich wieder der Selbstzensur („Gehört denn mein persönliches Problem überhaupt in den AK?") zum Opfer fallen. Zu diesem Aspekt ein paar sehr gut passende Sprüche von Mao: **„Soll man eine freie Meinungsäußerung blühen lassen oder sie drosseln? Das ist eine Frage des politischen Kurses ... Wir befürworten den Kurs des ‚Blühenlassens', doch blüht gegenwärtig noch zu wenig und nicht zu viel. Man braucht vor freier Meinungsäußerung, vor Kritik und vor giftigem Unkraut keine Angst haben ... Es wird keine Frage geregelt, wenn man mit bloßen administraven Maßnahmen verbieten will, anormale und häßliche Erscheinungen anzurühren, mit einer falschen Ideologie in Berührung zu kommen, schlechte Stücke anzusehen. Ich bin natürlich nicht der Meinung, daß allerlei Unrat verbreitet werden solle, ich meine vielmehr, daß es ‚etwas davon geben kann' ".** (Rede auf der Landeskonferenz der KP Chinas über Propagandaarbeit, März 1957). Auch für den KB und unsere Presse gilt, daß gegenwärtig noch viel zu wenig „blüht". Wir haben beispielsweise mancherorts tatsächlich massive feministische Tendenzen im KB – ohne daß sich davon etwas in unserer Presse widerspiegelt. Wäre es nicht besser, es würden endlich ein paar feministische Artikel im AK erscheinen, und zwar ohne daß dann ein vielstimmiger Chor gleich nach der Sittenpolizei schreit, die „so etwas" gefälligst unterbinden oder zumindest an Ort und Stelle gehörig tot„kommentieren" möge ...?!

Kt. (AK-Red.)

Krieg und Frieden

Stellungnahme der AG Frauen Göttingen zur Leserbriefdebatte

Was ist los in Göttingen?

... wird sich der/die unvorbelastete AK-Leser/in gefragt haben beim Erscheinen der Leserbriefe von Ha. und Kl. (AK 156 und 159). Tobt in Göttingen der Geschlechterkampf? Haben sich die Genossinnen in lila Bettücher gehüllt, im Frauenzentrum verbarrikadiert und schwingen die Hackebeilchen gegen die Genossen? Oder wollen die Genossinnen nur noch Beziehungsclinch und Anja Meulenbelt auf AK-Schulungen diskutieren?

Die Realität der Göttinger Frauenpolitik sieht etwas anders aus: Im letzten halben Jahr wurden in der ideologischen und praktischen Reorganisierung der Frauenarbeit eine Reihe von Fortschritten erreicht, die sich zum einen in der Ausweitung der Praxisfelder (u.a. AStA-Frauenreferat) niederschlagen, zum anderen in einer Fülle von Diskussionspapieren, v.a. zur Frauen-Kongreßvorbereitung, die in den letzten Monaten das Hauptthema der Frauen-MVs war. Gerade bei der Kongreßvorbereitung hat es an ‚keiner anderen Frage in Göttingen so kontinuierliche Diskussionen gegeben wie im

[illegible] liche Diskussionen gegeben wie im

Frauenbereich. Diese Debatte, in der sehr unterschiedliche Positionen vertreten wurden, ist nachzulesen in diversen Papieren, die z.T. an alle Genossen verteilt wurden, bzw. die für Leserbriefschreiber jederzeit bei der AG Frauen einsehbar sind.

Wir hatten also genügend Diskussionsstoff für die 1. Gesamt-MV zur Frauenpolitik seit fast einem Jahr.

Zu dieser MV wurde von zwei Genossen (KPF. und WD) ein Papier verteilt, in dem die G r u n d l a g e n der KB-Frauenpolitik infragegestellt werden. Da dieses Papier – nicht zufällig! – in den seitenlangen Leserbriefen von Ha. und Kl. mit keinem Wort erwähnt wird, seien hier exemplarisch einige Auszüge zitiert:

„Diese Auseinandersetzungen, wie sie im AK und in Göttingen – wenn auch hier in abgeschwächter Form – betrieben werden, sind n i c h t Ausdruck einer solidarischen Diskussion und Politik, sondern erschöpfen sich immer öfter in teilweise übelster Anmacherei. Uns fällt es schwer, eine solidarische Auseinandersetzung mit bestimmten Positionen der Frauenbewegung, auch der AG Frauen zu führen, wenn von seiten der Frauen polemische Phrasen, pauschalisierende Unterstellungen und eine immer primitiver werdende Anmache gegen die Männer als (untaugliches) Mittel der Auseinandersetzung gebraucht wird ...".

Diese „Unterdrückung" der Genossen und die fehlende Bereitschaft der Genossinnen zur „solidarischen Auseinandersetzung" versuchen KPF und WD. zu belegen

– mit dem Artikel „Siegfried Knittel im KB" (AK 154), aus dem sie folgern: *„Die Genossen sollen sich also nicht mehr trauen, es nicht mehr wagen, bestimmte Dinge zu sagen, zu schreiben".*

– der Forderung, daß Frauen allein darüber entscheiden sollen, ob sie ein Kind wollen oder nicht. Dazu meinen die Genossen: *„Heissa, is' das solidarisch! Wo bleibt denn da die Gleichberechtigung?? Wir gehen davon aus, daß in einer partnerschaftlichen Beziehung beide Teile gleichberechtigt und solidarisch entscheiden".*

– Über die im Artikel zum 1. Treffen der KB-Lesben (AK 154) geäußerten Gefühle der Genossinnen meinen KPF. und WD.: *„kann man nur sagen: toll, schick, groovy, sensitiv, locker".*

– Die Forderung *„Die Position ‚Eine Organisation kann auch ohne Frauenpolitik revolutionär sein', darf im KB keinen Platz haben. Dies gilt auch für die Variante, die unter dem Schlagwort ‚Nebenwiderspruch' der Frauenpolitik einen untergeordneten Stellenwert zuweisen will"* (aus einem Kongress-Vorschlag der AG Frauen Göttingen) kennzeichnen KPF. und WD. als *„abstruse und formalistische Lösungsstrategien. (...), die die Spitze bürgerlichen Denkens darstellen (...) Entweder man gebraucht den Begriff ‚Nebenwiderspruch' im erarbeiteten Sinn, dann ist der Hauptwiderspruch tatsächlich nicht die Frauenfrage, sondern der zwischen Lohnarbeit und Kapital, oder man läßt die Phrasendrescherei (untergeordneter Stellenwert?) ganz sein"!*

Diese Auszüge mögen genügen, um feststellen zu können, daß hier zwei

Diese Auszüge mögen genügen, um feststellen zu können, daß hier zwei

Genossen entweder nichts von der Frauenunterdrückung kapiert haben oder aber „alles in Frage stellen". Von der AG Frauen Göttingen wurde dieses Papier als massiver Angriff auf die Grundlagen der Frauenpolitik eingeschätzt, gegen das die Kritik in der weiteren Debatte z u e r s t gerichtet werden muß.

Ein Lehrstück

Doch: Das war eine Rechnung ohne den Wirt, der im KB immer noch männlichen Geschlechts ist!! Hatte der Genosse Kl. seinen Leserbrief „Die Scham ist vorbei" schon auf der genannten MV verteilt (ganz unabhängig von der Diskussion in Göttingen, versteht sich), so war der Leserbrief des Genossen Ha. als glasklare Reaktion auf diese 1. MV und in voller Kenntnis des zitierten Papiers von KPF. und WD. geschrieben. D.h.: Zu einem Zeitpunkt, wo seit längerer Zeit zum ersten Mal o f f e n (und nicht nur am Kneipentisch) massive Anwürfe gegen die KB-Frauenpolitik an so grundlegenden Punkten wie dem Selbstbestimmungsrecht der Frau gerichtet werden, sind für den Genossen Ha. die „feministischen Tendenzen" unter den KB-Frauen viiiel interessanter, mehr noch: Das Papier von WD/KPF ist bis zur Stunde von den sonst nicht gerade schreibfaulen Genossen Kl. und Ha. nicht mit einer einzigen Zeile bedacht worden.

Spätestens hier gerät diese Göttinger Episode zu einem Lehrstück über Frauenpolitik im KB: Nehmen doch die beiden Genossen für sich das Recht in Anspruch, die ausbleibenden Reaktionen der Göttinger Ortsgruppe auf ihre Infragestellung der Faschisierungsthese zum Anlaß zu nehmen, die ideologische Versumpfung an den Frauen nachzuweisen, so gelten diese Maßstäbe im umgekehrten Falle keineswegs: Die Infragestellung der Frauenpolitik (durch das KPF/WD-Papier) war völlig nebensächlich, die Frauen sollen gefälligst erst mal ihre eigenen Reihen „säubern", den „Klassenfeind in sich selbst" aufspüren etc. U n s e r e Empörung über das KPF/WD.-Papier fand sich durch das faktische Kräfteverhältnis auf einem Nebengleis wieder: Die Leserbriefe schlugen ein wie eine Bombe, nur noch darüber wurde diskutiert. Monatelange Diskussionen unter den Genossinnen konnten mit zwei sprachgewaltigen Leserbriefen (vorerst) vom Tisch gefegt werden.

Nich die Jesällschaft vajäßen!

Aber: Schütten wir die Kinder (Ha. und Kl.) nicht mit dem Bade aus, sondern nehmen wir ihre Ansprüche ernst und analysieren wir die gesellschaftlichen Uuursachen der beschriebenen Göttinger Erscheinungen. Auch im Bewußtsein dieser beiden Genossen hat das von der Bourgeoisie propagierte Bild von der minderwertigen, allenfalls schutzbedürftigen Frau seine tiefen ideologischen Wurzeln geschlagen, äußert sich allerdings hier in der klassischen sozialdemokratischen Variante der Umarmungsstrategie. Wird den Frauen zunächst mit der Formel „Infragestellung Antifa = wichtig, Infragestellung Frauenpolitik = nicht wichtig" ihre untergeordnete Rolle vor Augen geführt, so bieten sich die bürgerlichen Machthaber alsdann

vor Augen geführt, so bieten sich die bürgerlichen Machthaber alsdann

als ihre Retter an, indem sie die Frauen vor den ihnen selbst innewohnenden Tendenzen warnen und ihnen ihre zumindest ideologisch breiten Schultern anbieten...

Mit dieser Analyse seid ihr nicht einverstanden, Ha. und Kl.?

Jaja, es ist schon ein schwierig Ding mit den gesellschaftlichen Ursachen, besonders in der Frauenfrage. Versucht euch doch mal daran, aber bitte konkret!

(Weitere Ausführungen zu der Funktion des Verweises auf die gesellschaftlichen Ursachen wollen wir uns und den Lesern hier ersparen und schließen uns den hierzu gemachten Ausführungen der AG Frauen/Hamburg in AK 159 an).

Was hat die Auseinandersetzung gebracht?

Durch die Massivität der Vorwürfe, die im Laufe der Debatte sowohl gegen die kritischen Leserinnenbriefe als auch gegen die Göttinger AG Frauen erhoben worden sind, wird die weitere Diskussion um die Frauenpolitik erheblich belastet sein. Besonders betroffen machen uns dabei die Vergleiche mit dem Klassenfeind („Herren des Morgengrauens" in Kl. Leserbrief) und mit faschistoid aufgehetzten Kleinbürgern (Morddrohungen in der Buback-Kampagne, vgl. AK 159).

Die Genossen, die auf den Vergleich mit Siegfried Knittel so empfindlich reagieren, wählen damit selber eine Ebene der Auseinandersetzung, die uns sonst aus dem KB nicht bekannt ist und die wir zu ernst nehmen, um sie als literarische Entgleisung abtun zu können.

Als Zwischenbilanz dieser Auseinandersetzung bleibt festzustellen, daß es in wesentlichen Punkten keine Meinungsänderung auf seiten von Ha. und Kl. gegeben hat, sondern daß als sichtbares Ergebnis nur zu verzeichnen ist, daß die Diskussion, die wir Frauen für uns und für die gesamte Organisation angefangen hatten (Kongressvorbereitung etc.) um einiges zurückgeworfen worden ist, abgesehen von den verschlissenen Nerven und Energien, die gerade wir Frauen anderswo besser investieren könnten.

Andererseits hat uns der Verlauf der Debatte aber auch die Augen geöffnet über die realen Schwierigkeiten, vor denen eine Frauenpolitik heute im KB steht: Wir haben einige Illusionen verloren über das „Verständnis" von männlichen Genossen und das ist für die kommende Auseinandersetzung gut und nicht schlecht.

Bleibt zu hoffen, daß sich Kl. und Ha. mit gleicher Vehemenz an der jetzt (wieder) aufzunehmenden Diskussion über die konkreten Fragen unserer Frauenpolitik beteiligen.

AG Frauen
KB/Gruppe Göttingen

„ML-Krisenmanagement" von Ha. und Kl. aus Göttingen

Die bisherigen Stellungnahmen zu den Leserbriefen von Kl. und Ha. aus Göttingen lassen sich grob in zwei Rubriken einteilen:

a) jene, die den beiden Genossen zugestehen, einen Beitrag zur Krisendebatte geleistet zu haben, aber am falschen Beispiel: der Frauenpolitik der Genossinnen;

b) jene, die richtig beide Leserbriefe als einen Frontalangriff zur Liquidierung der Frauenpolitik betrachten.

Zumindest aus Göttingen fehlt bislang jedoch eine Problematisierung jener Ereignisse, die Kl. und Ha. in ihr Wehgeschrei ausbrechen ließen. Ich meine die nicht stattgefundene Debatte zur Antifa-Resolution. Kl. beschreibt selbst den Vorgang: Einbringung der Stellungnahmen und Anträge von Kl. und Ha.; danach beteiligten sich lediglich sechs Genossen an der Diskussion, was Kl. und Ha. nicht daran hindert, ihre Anträge zur Abstimmung zu stellen. Ein derartiges Vorgehen liegt m.E. nahe an der Grenze zum Putschismus. Weitere Versuche, eine Auseinandersetzung um die Antifa-Resolution zu führen, scheitern ebenfalls. Ein Grund dafür scheint mir die provokante und wenig sinnvolle Verknüpfung von berechtigter Kritik am Resolutionsentwurf der Antifa-Kommission und einer Ablehnung der Faschisierungsthese. So ergötzen sich unsere beiden Provokationspädagogiker an der selbst gestifteten Verwirrung. Ich habe die weiteren Ereignisse in Göttingen nicht mehr selbst verfolgen können, um noch andere konkrete Gründe anführen zu können, weshalb zu diesem Zeitpunkt die Diskussion nicht möglich war. Das Schlagwort von der ideologischen Versumpfung kennen wir hingegen schon seit Beginn der Krisendebatte. Insofern bedeuten die Leserbriefe von Kl. und Ha. nichts Neues.

Neu hingegen sind die Ergebnisse ihrer Suche nach den Schuldigen der ideologischen Versumpfung: Man kann es kurz fassen: Die Frauen, jene, deren Scham vorbei ist, Männer, die über Sterilisation diskutieren, die AK-Redaktion, die dies alles in der Zeitung zuläßt, kurz alle, die Politik auch in der ersten Person machen. Ich kenne nicht die Bettlektüre der Genossinnen, aber als Mitinitiator der „hohen Zeit der Sterilisationsdebatte" in Göttingen weiß ich einiges zu sagen: An der Gruppe beteiligten sich nur (!) drei Genossen und bis zu fünf Sympathisanten. „Hohe Zeit"?! Die bescheidenen Arbeitsergebnisse (wir haben auch einmal Würstchen gegrillt) sind in drei Artikeln in der neuesten Ausgabe der „Göttinger Stadtzeitung" nachzulesen. Dies nur zur Kennzeichnung der Methode, wie von Ha. und Kl. politische Ansätze heruntergemacht werden.

Wir haben auch nicht an Stelle der Antifa-Resolution über Sterilisation diskutiert, sondern gegen den Chauvinismus, der Frauen alleine die Verantwortung für die Empfängnisverhütung aufzwingt. Sollte etwa die immer noch zu erkämpfende Streichung des § 218, also eine straffreie Abtreibung, das letzte Wort von Kommunisten zur Schwangerschaftsverhütung sein? Euer Vorwurf zeigt hingegen nur eure erbärmliche Unwissenheit und eine gehörige Portion von Arroganz, mit der ihr dieses Problem (und andere) aus der politischen Debatte verbannen wollt. Das soll euch nicht gelingen!

al., Göttingen

Statt vielsagenden Worten — eindeutige Fakten

Die AK-Verkaufszahlen fallen weiter, die Abonnenten-Kampagne kommt auch nicht in Schwung. So hört man immer wieder vom „Zusammenbruch", „Kollaps" usw. Es ist an der Zeit den Betroffenen, diejenigen die den AK als ihre Zeitung verstehen, in Form einer schlichten aber konkreten Bilanz unmißverständlich die Karten aufzudecken. Statt vielsagenden Worten eindeutige Fakten. Diese Offenlegung ist überfällig. Damit es kein „wenn und aber", keine Unklarheiten und falsche Hoffnungen gibt.

Das zum einen. Andererseits ist wohl in absehbarer Zeit nicht wieder mit einer „verkauften Auflage von 20.000 Exemplaren" zu rechnen. Die vielberedete und beschworene Krise hat selbstverständlich auch die AK-Käufer u n d -Verkäufer erfaßt. Da bringen auch Diskussionen über die politische Bedeutung unserer Zeitung und ihres Verkaufs nicht mehr den großen Durchbruch. Bei allen notwendigen Überlegungen, wie der AK-Verkauf unter diesen Bedingungen zu stützen, zu fördern usw. ist, kommen wir nicht umhin, den veränderten politischen Bedingungen Rechnung zu tragen.

Wir müssen z.B. überlegen, wie ein AK inhaltlich, vom Umfang usw. aussehen muß, damit er auch bei den gegenwärtigen Verkaufszahlen regelmäßig erscheinen kann.

Um all zu schnellen Mißverständnissen vorzubeugen: Ich plädiere nicht für ein bequemes arrangieren mit den Gegebenheiten, nur: „objektiven Gegebenheiten allein mit der Kraft der Ideen und des guten Willens sowie des 'richtigen Bewußtseins' entscheidend beikommen zu können" ist ein Trugschluß.

In dem Sinne.

F.•KB Kassel

Antwort

Lieber Genosse F.!

Wir kommen gern Deiner Aufforderung nach, zusätzliche Informationen zu geben und „in Form einer schlichten aber konkreten Bilanz unmißverständlich die Karten (über die finanzielle Lage des AK, Anm. Red.) aufzudecken".

Beim Versuch, im Rahmen einer allgemeinen Finanzüberprüfung die monatlichen Fixkosten für die Herstellung des ARBEITERKAMPF zu ermitteln, sind wir zu folgenden Daten gekommen:

Maschinen-Mieten (Composer ...)	**4.000 DM**
Layout/Foto-Material	**1907 DM**
Löhne für Technik-Angestellte	**6221 DM**
Raum-Mieten für Technik	**2510 DM**
Strom (nur für AK)	**450 DM**
Versicherung	**190 DM**
Autos	**427 DM**
Reparaturen	**463 DM**
Lohnsummensteuer	**30 DM**
Sonstiges	**188 DM**
Telefonkosten	**300 DM**
Erstellung (gesamt)	**16686 DM**
Druckkosten (2 Ausgaben)	**17790 DM**
Vertrieb u. Verwaltung	**14101 DM**
Redaktion	**5339 DM**
Gesamtkosten des AK/Monat	**53916 DM**

Hierbei wurde eine zehntausender Auflage eines 64-seitigen AK zugrundegelegt. Durch die jetzt vorgenommene Reduzierung der Seitenzahlen auf 48 fällt der bisher notwendige dritte Druckdurchgang weg, sodaß sich die monatlichen Kosten auf diesem Wege um DM 3.500 reduziert haben.

Diesen relativ hohen festen Kosten von rund 54.000 (bzw. 51.000) DM stehen z.Zt. lediglich Einnahmen aus dem AK-Verkauf in Höhe von 34.000 DM (monatlich) gegenüber. Das heißt, wir machen mit jeder AK-Ausgabe ein M i n u s von DM 10.000 (bzw. 8.500) oder monatlich von 20.000 (bzw. 16.500)DM...(vorausgesetzt übrigens, daß die verkauften Zeitungen tatsächlich auch b e z a h l t werden, was nie vollständig geschieht!).

Das so entstehende Defizit gleichen wir derzeit durch Zuschüsse aus dem Aufkommen an Mitgliedsbeiträgen und Spenden (namentlich der Hamburger Organisation des KB) aus.

Daß dieser Zustand nicht von Dauer sein kann, liegt auf der Hand - zumal wir bereits jetzt nicht mehr in der Lage sind, politische Kampagnen, dringend notwendige Reparaturarbeiten und Neuinvestitionen (im Bereich der Technik) aus den laufenden Einnahmen zu finanzieren. Alles das, was gegenwärtig über die monatlich anfallenden Festkosten hinaus von uns ausgegeben wird, bezahlen wir aus den Rücklagen, die in den letzten Jahren zusammengespart werden konnten. Es gibt auf mittlere Sicht eigentlich nur zwei Möglichkeiten: entweder wir schaffen es, die verkaufte AK-Auflage auf eine Höhe von (sagen wir mal) 15.000 Exemplaren zu bringen oder aber wir müssen den AK in seiner jetzigen Form einstellen (und, nach einer ausführlichen Konzeptionsdebatte, ein neues, den Bedürfnissen der Leserschaft mehr entsprechendes Projekt aufbauen).

Mit der Reduzierung der Seitenzahlen von 64 auf 48 ist bereits 'ne gewisse Entschärfung der finanziellen Misere erreicht worden - weiteres ließe sich durch Rationalisierungs-Investitionen im Bereich des Foto-Satzes machen. Gegenwärtig arbeiten Fachleute der Organisation an der Entwicklung eines zweckmäßigen, kostengünstigen Systems, das uns von den enorm hohen monatlichen Maschinenmieten herunterbringen, uns freilich zunächst einige zigtausend Mark Investitionen kosten wird.

Um unter anderem diese Anschaffungen finanzieren zu können und für die laufende politische Arbeit wieder die notwendige Liquidität zu erreichen, haben wir zu einer großen Spendenkampagne aufgerufen. Dabei ist vor allem daran gedacht, aus Hunderten und Tausenden kleiner und kleinster Spenden schließlich eine ansehnliche Summe zusammenzubekommen. Genossinnen und Genossen tauschen z.B. ihr Pfennig-Geld ein (das sich im Laufe der Jahre so angesammelt hat) und spenden es (Altona). Andere haben Getränke bzw. Essendosen in ihrer Wohnung aufgestellt und kassieren bei Feten, Terminen etc. kleine Beträge, aus denen schließlich ein großer Betrag für den AK-Fond wird. Der Hamburger KB-Chemie-Bereich hat damit angefangen, in Autos von mitfahrenden Genoss(inn)en 'ne Mark als Unkostenbeitrag zu kassieren und dies gesammelte Geld dann zu spenden...

Soweit für's erste! Wenn nach den Sommerferien wieder etwas mit dem AK-Verkauf angezogen würde und wieder stärker an die Werbung neuer Abonnenten gegangen würde, könnten wir - zusammen mit einer hoffentlich schwungvoll verlaufenden Spendenkampagne - ganz gut über den Winter kommen.

Aber sonst...

Hz. (AK–Redaktion)

Stand der Abo-Kampagne

Neueingänge vom 4.8.79 bis 17.8.79 = 44 (erheblich schwächer als in den letzten Wochen)

Neueingänge seit Beginn der Kampagne vom 2. April 79 = 694

Insgesamt haben wir derzeit Abonnenten = 1389

Neueingänge nach Postleitzahlen:

1000 Berlin West	= 47
2000 Hamburg	= 204
2xxx	= 149
3xxx	= 40
4xxx	= 47
5xxx	= 20
6xxx	= 45
7xxx	= 53
8xxx	= 23

Soweit das überhaupt ermittelbar ist, kommen davon direkt über KB-Bereichs-/Orts- oder sonstige Gruppen (diese Statistik ist überhaupt nur möglich auf der Grundlage eines Vermerks auf dem Bestellzettel; Bestellungen, die keinen Vermerk haben, sind nicht berücksichtigt). Die mit einem Kreuz versehenen Gruppen haben ihre Zahlen korrigiert.

Bergedorf	=	**23**
Wandsbek	=	**13**
Bo-Mitte	=	**9**
Steilshoop	=	**1**
Eimsbüttel	=	**2**
Barmbek	=	**6**
Chemie	=	**20**
HBV	=	**1**
Jugend	=	**5**
SSB(H)	=	**10**
AG Schwule	=	**5**
Altona	=	**4**
Metall	=	**2**
Arbeiterbuch	=	**10**
Verlagszelle	=	**5**
Harburg	=	**5**
Norderstedt	=	**3**
Flensburg	=	**19**
Bremen	=	**12**
Stade	=	**6**
Bremerhaven	=	**4**
Oldenburg	=	**4**
Freiburg	=	**5**
Isny	=	**3**
Kiel	=	**3**
Lüneburg	=	**2**
Essen	=	**2**
Schleswig-Holstein	=	**2**
Frankfurt	=	**3**
Hannover	=	**1**

Spendeneingänge für ARBEITERKAMPF

F.R., Braunschweig	**50,00**
M.G., Dinslaken	**25,00**
[illegible]	
V.Sch.-K., Pulheim	**500,00**
K.-H.G., Bad Oyenhausen	**7,50**
J.K., Hamburg	**10,00**
M.K., Berlin (West)	**100,00**
H.M., Hamburg	**9,30**
H.P.W.	**30,00**
Gabi + Ulli, Kneipensammlung	**47,47**
KB Lüneburg, Sammlung bei Schulung	**50,00**
BO Altona, KB Gruppe Hamburg	**70,00**
BO Altona, KB Gruppe Hamburg	**280,00**
„Zentrum", KB Gruppe Hamburg	**138,45**
„Zentrums"-Leitung, KB Gruppe Hamburg	**100,00**
KB Gruppe Bremen	**200,00**
„Zentrum", KB Gruppe Hamburg	**143,22**
Chemie-VV, KB Gruppe Hamburg	**123,50**
HBV/Druck-VV, KB Gruppe HH	**60,00**
BO Altona, KB Gruppe Hamburg	**20,00**
2 AK-Leser aus Altona	**58,00**
2 AK-Leser aus Altona	**56,50**
Gesamt	**2.078,94**

Erfahrungen beim Kneipenverkauf

Nach der Lektüre des Erfahrungsberichtes über den AK-Verkauf des Freiburger Genossen (AK 155) hatte ich mir schon mehrmals vorgenommen, auch zum Kneipenverkauf etwas zu schreiben. Aber erst jetzt im Urlauo, nachdem ich den Bericht von Elke, SSB, gelesen habe, habe ich mich aufgerafft. Allerdings habe ich ganz andere Erfahrungen gemacht und meist gute Ergebnisse erzielt, manchmal selbst dann, wenn gerade ein(e) Genosse/in durchgegangen war (manchmal vier bis sieben AKs in einer Kneipe).

Ich will hier nicht auf die Schwierigkeiten von E. als Frau und als Genossin, die sich politisch noch recht unsicher fühlt, eingehen, sondern meine eigenen Erfahrungen und Überlegungen aufschreiben.

Zunächst ist zu sagen, daß ich beim Verkauf immer wieder merke (nicht nur in Kneipen), daß viel zu wenig verkauft wird, daß es Leute gibt, die früher den AK in ihrer Kneipe oder am Bahnhof regelmäßig gekauft haben und heute oft keinen Verkäufer mehr finden.

Aber davon abgesehen hat sich das Bewußtsein der Menschen, die ich beim Verkauf antreffe, gewandelt. Es gibt nicht mehr, wie noch vor einigen Jahren, ein breiteres Interesse an Themen und Positionen der Linken. Auch das Thema „AKWs" ist - außer bei Großaktionen oder Vorfällen wie Harrisburg – nicht mehr d a s Thema, das auf jeden Fall viele Menschen interessiert (sehr wohl aber ein Thema). Das heißt aber nicht, daß der AK unbedingt schlechter zu verkaufen ist. Es gibt nämlich sehr wohl eine ganze Menge Leute, die an vielen Fragen Widersprüche zur politischen Wirklichkeit der BRD haben, ohne damit gleich für kommunistische Positionen offen zu sein. Gerade auf diese Menschen muß ich mich politisch einstellen, wenn ich Verkaufserfolge – und Spaß – haben will.

Das bedeutet als erstes, daß ich mich genau auf den Verkauf einstelle, mir überlege: Wo verkaufe ich? wen treffe ich dort an? Was haben diese Leute gerade im Kopf, und was bietet der AK dazu an? Dabei halte ich es für legitim, die Themen auch danach auszuwählen, was ich gut ansprechen kann. Da ich vorwiegend kurz nach Erscheinen des AKs verkaufe, habe ich meist noch kaum gelesen, sondern kenne manchmal nur die Überschriften. Ich finde, daß man diese Schwierigkeiten überwinden kann, wenn man den AK regelmäßig liest – so kann ich die Stoßrichtung eines Artikels schnell erfassen – und die übrigen Medien verfolgt, denn dort erfahre ich, was die Leute im Kopf haben. Im übrigen finde ich es nicht so schlimm zu sagen, daß ich einen Artikel noch nicht kenne und dazu nur meine Meinung sagen kann.

Ich halte es überhaupt für das Wichtigste beim Verkauf, vom hohen Roß des allwissenden Kommunisten herunterzusteigen, der jeden Nichtkäufer – möglichst öffentlich vor der ganzen Kneipe – als Ignoranten, Antikommunisten oder Reaktionär kennzeichnet, was durchaus vorkommt. Man muß sich doch zunächst einmal klarmachen, wie wenig Leute linke Zeitungen lesen, geschweige denn den AK. Diese Leute haben ausschließlich die „Informationen" der bürgerlichen Medien im Kopf, und entsprechend sind ihre Reaktionen, gerade einem Kommunisten gegenüber, dem man nicht sofort unter die Nase bindet, wo einen politisch der Schuh drückt. Ich versuche daher, nicht sofort Zustimmung zu unseren Positionen zu finden, sondern Informationsinteressen zu wecken (indem ich z.B. sage oder zeige, was wir alles zur Wahlfrage bringen) und die Standpunkte des Gesprächspartners zu erfahren. Dabei bin ich ehrlich an seiner Meinung interessiert, nicht nur am Verkauf der Zeitung. So kann es passieren, daß ich mich an einem Tisch fünf Minuten lang unterhalte, obwohl die Leute von vornherein gesagt haben, sie wollten nicht kaufen. Mir ist es aber auch schon mehrmals passiert, daß Leute dann doch gekauft haben, manchmal sind sie mir sogar nachgekommen, weil sie es sich anders überlegt haben. Und sonst haben sie erfahren, daß man sich auch mit Kommunisten vernünftig unterhalten kann, daß man auch mit abweichenden Positionen ernst genommen wird und vielleicht noch etwas Interessantes erfahren hat. Der eine oder andere wird eventuell später einmal kaufen, jedenfalls eher, als wenn er einem Rechthaber begegnet, der ihn vielleicht noch anpöbelt.

Aus dem gleichen Grund überlege ich es mir zweimal, ob ich auf jede Provokation einen draufsetze oder nicht das eine oder andere übergehe oder mit Humor beantworte (wenn mir was einfällt). Denn es gibt nichts Schlimmeres, als wenn in einer Kneipe die Meinung herrscht: „Die Kommunisten kommen, jetzt wirds laut und ungemütlich!"

Ich bin immer wieder überrascht, mit welchen Themen man den AK verkaufen kann, Frauen kaufen u.a. auch zu Frauenthemen (auch den „unpolitischen", die angeblich nicht in den AK gehören); Schwule, weil der AK beinahe als einzige Nicht-Spezialzeitung sich mit ihnen auseinandersetzt; Linke und Sozialdemokraten interessiert die Auseinandersetzung im KB; Frauen und Männer das Thema Sterilisation usw.).

Im übrigen halte ich es für wichtig, sich klarzumachen, daß die Leute nicht in den Kneipen sitzen, um auf den AK-Verkäufer zu warten. Sie haben ein Recht darauf, albern zu sein, gerade was anderes im Kopf zu haben oder zu bereden, oder einfach abzulehnen, auch auf freundliche Nachfrage hin. Wer dann mit Anmache reagiert, oder die Leute zur Auseinandersetzung zwingen will, bestätigt nur Vorurteile, wird aber nicht einen AK mehr verkaufen.

Auf diese Weise habe ich nicht nur meistens gute Verkaufserfolge, sondern auch Spaß am Verkauf, der kein verbissenes Spießrutenlaufen ist, vielmehr eine Reihe interessanter Gespräche und Anregungen bringt. So habe ich es auch gelernt, gelegentlich Mißerfolge gelassen zu ertragen, die eben vielerlei Gründe haben können und nicht gleich ins Prinzipielle erhoben werden.

Ein Hamburger Lehrergenosse

Leserbrief zum „Spendenaufruf" (AK 159)

Liebe Freunde,

seit einigen Jahren schon lese ich Eure Zeitung „Arbeiterkampf", deren Informationswert ich als sehr hoch einschätze und die ich für meinen politischen Alltag nicht missen möchte. Um so mehr hat mich Euer Hilferuf in Form des Spendenaufrufes im letzten AK entsetzt: demnach steht Ihr kurz vor dem Bankrott.

Zu der Situation Eurer Zeitung habe ich mir folgendes überlegt:

1. Die letzten zwei AK-Ausgaben hatten statt der sonst üblichen 64 Seiten „nur" 48. Ich finde nicht, daß der Informationsgehalt der Zeitung darunter besonders gelitten hätte. Im Gegenteil: ich hatte sogar den Eindruck, daß der AK übersichtlicher geworden ist. Wenn diese Seitenreduzierung gute finanzielle Vorteile bietet, solltet Ihr sie ruhigen Gewissens nutzen!
2. Ich würde es auch akzeptieren, wenn Ihr zu einem neuen, billigeren Format übergehen würdet – wenn das derzeit breite Informationsangebot nicht zu sehr eingeschränkt würde.
3. M.E. solltet Ihr Euch ernsthaft eine Umbenennung der Zeitung überlegen, um die Auflage so evtl. wieder zu steigern. Insbesondere diejenigen, die sich zum ersten Mal eine linke Zeitung kaufen wollen, schreckt der derzeitige Name eher ab, als daß er Interesse weckt. Euren Verlag nennt Ihr ja auch nicht mehr „Verlag Arbeiterkampf", sondern unverfänglich J. Reents.

Mit einer Umbenennung könntet Ihr auch dem veränderten Selbstverständnis bezüglich der Zeitung Rechnung tragen. Während mit dem AK früher vorwiegend „die bewußten Arbeiter" angesprochen werden sollten, ist er heute mehr ein Forum für eine Diskussion über alternative, linke Politik.

4. Ich würde einen Nahmen wie z.B. „Linke Zeitung" für brauchbar halten, als deren Herausgeber der KB fungieren könnte. Den Untertitel „Arbeiterzeitung" solltet Ihr streichen. Ich selbst z.B. bin Student.

Ich hoffe, daß meine Überlegungen Euch etwas nützen. Hoffentlich gibt es noch viele, viele Ausgaben Eurer Zeitung!!!

Ein AK-Leser aus Hessen

Wenn das so weitergeht, wird es bald keinen AK mehr geben

Nach dreiwöchiger Urlaubspause haben wir uns unwahrscheinlich gefreut, den AK wieder in den Händen zu haben, erschüttert haben wir jedoch festgestellt, daß die Auflage nur noch 10.000 beträgt und daß die Drohung, daß der AK aus finanziellen Gründen kaputtgeht, immer realistischer wird. Dies hat uns bewogen, einige Gesichtspunkte für einen stärkeren Verkauf aufzuschreiben.

Die Rechnung ist einfach: Bei 20.000 verkauften Exemplaren trägt der AK sich selbst, bei 10.000 Auflage (die ja nicht alle verkauft werden) müssen also 20.000 DM beigesteuert werden, 40.000 im Monat (Der Verlag möge diese Zahlen präzisieren). Daß sich unsere Organisation dieses nicht lange leisten kann, dürfte klar sein.

Für uns und für die meisten Genoss/inn/en ist der AK die Informationsquelle, aus der wir unser Denken weiterentwickeln und Anleitung für die praktische Arbeit herausziehen. Gleichzeitig ist er für uns auch eine moralische Aufmunterung und Ermutigung. Letztendlich kann keine/r, der/die sich ein realistisches Bild von der politischen Landschaft in der BRD und anderswo machen will, auf den AK verzichten.

Wer dem zustimmt, als Genosse/in, und selber den AK regelmäßig liest (oder 'konsumiert'), sich aber weigert, für seine Verbreitung aktiv einzutreten, enthält anderen (potentiellen) Mitkämpfer/inne/n einfach diese Möglichkeit vor, sich ähnlich aufzumuntern und zu informieren. Er/Sie muß sich sogar den Vorwurf gefallen lassen, mitverantwortlich zu sein, wenn der AK auf Grund des Nicht-Verkaufs kaputt geht.

Der AK und sein Verkauf ist d a s Mittel, unsere Ideen etc. weiterzutragen (oft besser als tausend Worte). Er kann auch nicht als solches durch Praxisrödelei ersetzt werden. Bei den meisten von uns dürften die Vorstellungen Lenins über die Zeitung als kollektiver Propagandist, Agitator und Organisator (Lenin, „Womit beginnen") noch irgendwo im Hinterkopf sein. Wer jedoch den AK nur für sich benutzt, verhindert doch, daß die dort vertretenen Ideen massenhaft (für unsere Verhältnisse) verbreitet werden und erst dadurch in massenhaftes Handeln, in materielle Gewalt umsetzen. Wer dieses nicht leistet, ist Idealist, aber kein Marxist.

Noch ein Gedanke, der Euch auffordern soll, intensiv und realistisch über Wert und Wirkung dieser Zeitung nachzudenken, auch in Gegenüberstellung zu anderen Aktivitäten. Keiner soll sagen, „Ob der AK verkauft wird, oder die Linde rauscht ... unsere Praxis bringt unsere Ideen unter die Leute". Nehmen wir die Faschisierungseinschätzung, die Zweifel an den „Selbstmorden", die antifaschistische Arbeit, die wir leisten, so können wir hier doch mit Recht davon sprechen, daß ohne unsere Zeitung unsere Vorstellungen niemals eine so große Verbreitung gefunden hätten, daß sie in Einzelfällen bereits von den bürgerlichen Medien aufgegriffen werden.

Im übrigen halten wir die Weigerung, den AK zu verkaufen, für eine unwahrscheinliche Gleichgültigkeit und Mißachtung der vielen Arbeit, die allwöchentlich von den „Produzenten" des AK geleistet wird.

Aus diesen und weiteren Gründen sollten wir bis zum Kongreß anstreben, daß a l l e Genoss/inn/en (wobei es bei triftigen Gründen natürlich Ausnahmen gibt) wieder am AK-Verkauf aktiv beteiligt sein müssen.

Die oben angeführten Argumente treffen aber — abgeschwächt — auch für eine ganze Anzahl unserer Leser/innen zu: Ihr könntet uns zum Beispiel dadurch unterstützen, daß ihr nicht nur für euch einen AK kauft, sondern Möglichkeiten überlegt und selbst AKs unter Bekannten weiterempfehlt und verkauft.

Eine Genossin und ein Genosse aus Essen

Leserbrief zum AK-Verkauf Motto: Die Scham ist vorbei

Kurz zu mir, ich bin 30 und Lehrerin. Für mich gab und gibt es beim AK-Verkauf ein sehr grundsätzliches typisch weibliches Problem: eine immense Schwierigkeit, einfach so auf Unbekannte zuzugehen und ein Gespräch anzufangen. Früher hat das so ausgesehen, daß ich mich nicht getraut habe, allein in ein Geschäft oder ein Lokal zu gehen und ich mir vorher immer sehr genau überlegen mußte, was ich sagen will, um die Sache möglichst schnell hinter mich zu bringen. Auch heute habe ich damit noch Schwierigkeiten, auch unter Genoss/inn/en. Lange Zeit habe ich dieses Problem von mir verdrängt. In den AK-Verkauf bin ich zunächst über Büchtertisch (Büti) und an meinen Bekanntenkreis eingestiegen. Hier hatte ich eigentlich kaum Schwierigkeiten, weil ich ja einen kontinuierlichen Diskussionszusammenhang hatte, auf dessen Grundlage ich den AK anbieten konnte. Beim Büti war es mehr der Schutz, an einem Stand zu stehen und darauf warten zu können, angesprochen zu werden, aber es auch leichter zu haben, bestimmte Themen von mir aus ansprechen und Gespräche führen zu können.

Mit der Anti-AKW-Bewegung wurde bei uns der Kneipenverkauf in der Szene wiederbelebt, bei dem ich über den Satz „Hast Du Interesse am Arbeiterkampf" und vielleicht einem kurzen Ansprechen aktueller politischer Themen von mir aus nichts rausbrachte, aber trotzdem einige AKs verkaufen konnte.

Natürlich wurde mir auch oft genug erwidert: „Nee, aber an Dir" oder „Können wir nicht lieber einen trinken?" Da ich persönlich keinen Spaß an Kneipenaufenthalten habe und mich auch nicht für den AK-Verkauf prostituieren will, lehnte ich solche Angebote ab. Selbst zu Hochzeiten des AK-Verkaufs in der Anti-AKW-Bewegung, wo anderen Genoss/inn/en die AKs förmlich aus der Hand gerissen wurden und auch ich als KBlerin bekannt war, gelang es mir nicht, etwas offensiver an den Verkauf heranzugehen, d.h. ein bißchen Marktschreierin zu spielen, obwohl ich mich in meinen Wunschvorstellungen durchaus so sehe, — witzig, sprühend und agitatorisch!

Mit dem Abschwung der Bewegung und dem Beginn der Krise gab es außer beim „Stammheim"-AK nur noch Frust-Kneipeneinsätze für mich, in der Regel 1 1/2 Stunden verplemperte Zeit. Der Straßenverkauf war inzwischen gänzlich zusammengebrochen. Neben meiner persönlichen Schwierigkeit spielte die Bedrohung durch das Berufsverbot eine Nebenrolle. Meine Schwierigkeiten waren z.B. auch da, wenn ich in einer anderen Stadt verkaufte.

Da ja nach der Ausbildung die Perspektiven von Lehrer/inne/n noch recht unsicher sind, machte mir der Straßenverkauf zur Zeit meiner Arbeitslosigkeit überhaupt keine Schwierigkeiten, aber sobald ich wußte, ich werde eingestellt, ob Referendariat oder Probeverhältnis, spielte der Punkt für meine Argumentation (nicht zu verkaufen) die Hauptrolle.

EXKURS ZUM BERUFSVERBOT

Was mir an unserer Berichterstattung und Einschätzung über Berufsverbote fehlt (von denen m.E. keineswegs nur Lehrer/innen betroffen sind), ist, wie wir heute zur Zeit der Faschisierung von Staat und Gesellschaft offensiv für eine kommunistische Propaganda argumentieren können.

Ist es z.B. eine Hilfe, wenn wir an einem Büti, wo auch andere Materialien ausliegen, so argumentieren, daß es eben der Beschluß einer Basisinitiative ist, in der wir mitarbeiten, auch KB-Materialien auszulegen? Kann auf dieser Argumentation ein Berufsverbot ausgesprochen werden? Oder ist das Harakiri? Sollte frau/man die Probezeit berücksichtigen und gar nicht verkaufen? Es soll ja Ortsgruppen geben, wo nur Student/inn/en verkaufen, aber wie ist das mit deren Berufsperspektive? Ist es richtig, an einer einmal gefaßten Berufsperspektive festzuhalten, soweit das die gesellschaftlichen Bedingungen (Arbeitslosigkeit) überhaupt zulassen? Wie weit kann frau/man sich den gesellschaftlichen Bedingungen anpassen, ohne das Ziel kommunistische Propaganda zu verbreiten aufgeben zu müssen? Ich fände eine Antwort der Spezialist/inn/en auf meine Fragen hierzu sehr wichtig für viele von uns!

Zurück zu den anderen Schwierigkeiten. Ich finde es gerade für uns Genossinnen zunächst mal wichtig, Möglichkeiten des AK-Verkaufs zu überlegen und zu praktizieren, die uns den kontinuierlichen Frust ersparen, wo wir wieder Selbstvertrauen aufbauen können und uns nicht mit ganz tollen Wunschvorstellungen oder Vergleichen mit anderen unter Druck zu setzen.

Das können Bütis mit einem bunten Angebot an Plaketten, Aufklebern, Frauentüchern und -schmuck oder ähnlichem sein, mit guten Wandzeitungen (auch optisch ansprechend). Das kann die Diskussion über diese Schwierigkeiten in Frauengruppen, in denen wir mitarbeiten, aber auch unter uns Genossinnen sein, unsere Erfahrungen und Argumente auszutauschen.

Diese Scheißhaus-Argumente, die im übrigen nicht nur von Männern an uns Genossinnen rangetragen werden, sollten wir zunächst mal im Rahmen von AK-Schulungen vielleicht nur unter Genossinnen zusammentragen, Argumente dazu überlegen und gemeinsame Verkaufseinsätze mit Genossinnen machen, und zwar so, daß wir zu zweit oder zu dritt zu den Leuten gehen und uns nicht aufteilen.

Wie wichtig auch hier die Diskussion und Stärkung unter uns Genossinnen ist, zeigte bei uns eine Reaktion eines Genossen, der an der Uni Büti macht, sich dort eingerichtet hat und halt keine Schwierigkeiten hat, in seinem Arbeitsbereich den AK zu verkaufen, denn er ist ja „kein Elefant im Porzellanladen". Im übrigen reicht ihm aus, individuell eine Lösung gefunden zu haben und beim Kneipenverkauf hat er eh nie Schwierigkeiten. Den macht er im Gegensatz zu früher nur noch sporadisch, weil er jetzt zwei Mal Uni-Büti macht.

Hier wird wieder einmal deutlich, auf welch niedriger Stufe wir Genossinnen die Unterdrückung der Frau in der Gesellschaft deutlich und konkret machen und daß wir den individualistischen Arbeitsstil, der meistens von den Genossen bevorzugt wird, bekämpfen müssen.

Die Frauen sind die Hälfte des Himmels!

Eine Genossin



Neues von der Bahro-Solidarität

Die „KPD" läßt bitten

Wir hatten im AK 154 (S.60) über die Vorbereitungen der Marburger Aktivitäten zur Bahro-Solidarität berichtet. Die Konferenz im März dieses Jahres, an der Bahro-Komitees und linke Organisationen beteiligt waren, hatte zentrale Aktivitäten zum 30. Jahrestag des Bestehens der DDR beschlossen. Mittlerweile liegt uns eine Einladung des Kölner „Lese- und Solidaritätskreises Rudolf Bahro" zu einem Vorbereitungstreffen vor. (Das Treffen findet am 25. 8. 79 in 5 Köln 1, Turinerstraße 7 im Lehrer- und Sozialarbeiterzentrum e.V. um 14 Uhr statt). Der „Lese- und Solidaritätskreis" ist, um es höflich auszusprechen, nicht ganz frei von Einflüssen der vaterländischen „KPD". Der „Solidaritätskreis" lädt linke Organisationen und Zeitschriften, die DGB-Jugend, die ESG u.a.m. zu einer Diskussion um den Aufruf und das Programm der Aktivitäten ein. Freilich hat der „Solidaritätskreis" mit der Unterschriftensammlung schon begonnen (für den Aufruf, der auf dem Treffen diskutiert werden soll!) und den Aufruf bereits an „eine Reihe von Persönlichkeiten" versandt. Der bisherige Unterzeichnerkreis: Alexander v. Plato (Leitungsmitglied der „KPD"); Christian Semler („KPD"-Vorsitzender); Jochen Hiltmann; Ossip Flechtheim; Alexander Schubart; Irving Fetcher; Ingeborg Drewitz; Professor J. Vaillant (Lille) und andere. Faktisch werden also die eingeladenen Komitees und Organisationen vor vollendete Tatsachen gestellt, indem mit diesem Aufruf bereits mobilisiert wird.

Der Aufruf beeinhaltet ein Bekenntnis zur Unteilbarkeit der demokratischen Rechte und zur Solidartät mit der DDR-Opposition und besonders mit Rudolf Bahro. So weit, so gut. Der Aufruf enthält aber daneben Passagen und Formulierungen, die eine breite Beteiligung der Linken an den Aktivitäten gefährden. So u.a. ein Bekenntnis zur „Einheit der Nation".

Dieser Aufruf soll zur Mobilisierung für eine „DDR-Woche" im Oktober in der „KPD"-Hochburg Köln dienen. Der „Solidaritätskreis" schlägt folgenden Ablauf der „DDR-Woche" vor:

1. Demonstration am 6. 10. zur Ständigen Vertretung der DDR.

Inhaltliche Vorschläge für die Demonstration liegen noch nicht vor.

2. Zwei Kulturveranstaltungen mit Künstlern aus der DDR und der BRD.
3. Eine Arbeitstagung vom 5. bis 7. Oktober.

Diese Arbeitstagung soll in drei AG's vonstatten gehen:

I. „Die Entstehung und Entwicklung zweier deutscher Staaten" (Themen: Vom Potsdamer Abkommen bis zur Spaltung Deutschlands – Vom Kalten Krieg zu den Ostverträgen und der Entspannungspolitik – „Entspannungspolitik und nationale Frage").
II. „Politische Rechte und Freiheiten im Alltag der DDR" (Themen: Familienpol. – Ausbildung und Beruf, Gewerkschaft und Streikrecht – Der Fall R. Bahro – Kultur – Wehrdienstverweigerung – Sport).
III. „30 Jahre DDR – 30 Jahre Sozialismus?" (Themen: Geschichte der DDR – Ökonomie-Opposition und ihr Verhältnis zum real existierenden Sozialismus). In der AG III *soll auch der 17. Juni mit erfaßt werden".*

„Das da" auf vaterländischem Kurs

Deckungsgleich mit der Polemik Alexander von Platos gegen die Bahro-Komitees wettert auch Wolfgang Röhl in „das da-avanti" (8/79) gegen den Marburger Bahro-Kongress. Der Kongress sei ein „Debakel" gewesen. Soll heissen, für die Hetze gegen die DDR sei nicht genug herausgesprungen. Von Lombardo-Radice (PCI) beispielsweise ist W.Röhl „enttäuscht". Auch die anderen Diskussionsteilnehmer fand W. Röhl zu „müde". Einziger Lichtblick laut W. Röhl: Ein Vertreter der niederländischen Sozialdemokraten (PvdA) der damit drohte, das Podium zu verlassen, falls weiter die Berufsverbote-Politik der SPD angegriffen würde. Ein Lob von W. Röhl auch für die PvdA, weil sie ihre Kontakte zur SED abgebrochen hat. *„Eine ähnlich konsequente Haltung mußte man in Marburg mit der Lupe suchen"* (W. Röhl).

„Verkehrte Fronten" sieht W. Röhl darin, daß *„ausgerechnet"* Peter v. Oertzen (SPD-Politiker) wegen der Berufsverbote-Politik der SPD kritisiert wurde. Daß überhaupt über Berufsverbote in der BRD gesprochen wurde, führte laut Rühl schon zu *„grotesken Gleichsetzungen der Repressionen in Ost und West". Anwesende Sozialdemokraten etwa wurden wie Gegner behandelt (,Ach, du bist in der Partei der Berufsverbote')".* Ist ja auch komisch, wo doch jeder weiß, daß nicht die SPD, sondern die SED für die Berufsverbote hierzulande verantwortlich ist! Wer da den Blick nicht starr auf den „Hauptfeind" im Osten richtet, sondern zur Repression h i e r abschweift, kriegt gleich die richtige Diagnose von W. Röhl: Er zeige ein **„Vom Regen-in-die-Jauche-Syndrom".** Außerdem leide er an **„hysterischer Furcht vor einer angeblichen Vereinnahmung durch die Rechten".**

Schwer eingeschenkt kriegen es in „das da-avanti" auch die Jungdemokraten. Sie seien der DKP allzu „gewogen". Daß die Judos am Bahro-Kongress nicht teilnehmen, berechtigt „das da" zu der Schlußfolgerung, daß der „Stamokap-Flügel" die Jungdemokraten beherrsche. In einem Artikel dazu wird den judos vorgeworfen, sie würden sich an die DKP anhängen. Beweise: ein Infostand der Judos beim UZ-Pressefest und Teilnahme von Judo-Rednern bei Kundgebungen des DKP-nahen „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit". Die Methode ist schlichte Denunziation, Marke „Jahresbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz". Ein Eintritt von „das da" in die „anti-hegemonistische Einheitsfront" bietet sich an.

Die „KPD" versucht seit einiger Zeit verstärkt, die Bahro-Solidarität für ihr reaktionäres Konzept der „antihegemonistischen Einheitsfront" zu nutzen. Die „Rote Fahne" vom 7.6.1979 enthielt einen von A. von Plato unterzeichneten Ausrichtungsartikel („Zwei Wege in der DDR- und Osteuropa-Solidarität", RF 23/79, S. 4), der zum Angriff auf die Bahro-Komitees blies. Dieser Artikel polemisierte besonders gegen das Westberliner Bahro-Komitee, das einen Großteil der bisherigen Arbeit getragen hat. Denjenigen, die (wie das Westberliner Komitee) vor einer Ausnutzung der Bahro-Solidarität durch den Antikommunismus warnen, wirft die „KPD" vor, sie säßen *„hier offensichtlich selbst der Formel auf, die uns das Gesellschaftssystem der DDR als sozialistisches verkaufen will".*

Hauptanliegen des Artikels von A.von Plato war es, die Bahro-Solidarität auf das „KPD"-Konzept einzuschwören:

„Wir betonen, daß die deutsche Frage ihre progressive Bedeutung aus ihrer Frontstellung gegen die Expansion der Sowjetunion gewinnt und im Rahmen einer Ost- u n d Westeuropa einbeziehenden Lösung ihre Wirksamkeit entfalten kann und wird" (RF 23/79).

Es ist kein Geheimnis, daß in der Bahro-Solidarität auch sozialdemokratische und liberale Kräfte beteiligt sind. Wie glaubhaft ist wohl die Einladung beispielsweise der DGB-Jugend durch „KPD"-nahe Kräfte, wenn die „KPD" behauptet: „Entspannungspolitik ist mit Solidarität mit der Opposition im anderen Teil Deutschlands nicht vereinbar" (RF 20/79, S. 4)? Welche Bündnispartner bleiben denn der „KPD", die die Kritik der KPF am BRD-Imperialismus als „antideutsche Kampagne" diffamiert? (RF 23/79, S. 7).

Wir hoffen, daß eine möglichst breite Beteiligung der Linken am vorbereitungstreffen einen annehmbaren Aufruf bewirkt und die Solidarität mit der DDR-Opposition nicht der vaterländischen „KPD" als Spielwiese überläßt.

Ein Genosse der RGW-Kommission

Restauration der Kleinproduktion in China

Anfang Februar kam es in vielen Städten Chinas zu Demonstrationen, Kundgebungen, Straßenblockaden, Behörden-„Go-Ins" und anderen Protesten. Träger dieser Aktionen waren vor allem Jugendliche, die in früheren Jahren „aufs Land geschickt" worden waren und die nun „illegal" in ihre Heimatstädte zurückgekehrt waren, um dort einen Arbeitsplatz zu fordern. An den Demonstrationen beteiligten sich u.a. auch Soldaten, die nach ihrer Dienstzeit gegen ihren Willen fern von ihren Heimatstädten „angesiedelt" worden waren sowie arbeitslose Jugendliche aus den Städten. Zwischen Anfang März und Anfang April wurden als Reaktionen auf die Jugend-Proteste in allen chinesischen Provinzen Verordnungen erlassen, die u.a. unangemeldete Demonstrationen und Kundgebungen sowie jede Form militanten Protests, „Besetzung" von Behörden usw. verboten und mit Strafen bedrohten.

Außer diesen repressiven Maßnahmen zeichnet sich aber auch ein sehr weitreichender Versuch ab, das Problem der Jugend-Arbeitslosigkeit zu lösen: Mehr als 7 Millionen Jugendliche (in erster Linie Schulabgänger) sollen 1979 einen Arbeitsplatz bekommen. Nur ein kleiner Teil von ihnen hat aber die Chance, eine Beschäftigung in der staatseigenen Industrie zu finden. Arbeitsplätze in der Industrie werden nämlich bevorzugt Jugendlichen zugeteilt, die schon eine ziemlich lange Zeit auf dem Lande gelebt und gearbeitet haben. 70 bis 80 % der arbeitssuchenden Jugendenlichen müssen mit Arbeitsplätzen in genossenschaftlichen Kleinbetrieben, Farmen und Dienstleistungsbetrieben Vorlieb nehmen. Genossenschaftlich bedeutet, daß diese Betriebe nicht dem Staat gehören; die dort Beschäftigten bekommen kein festes Gehalt vom Staat, sondern teilen sich den Profit ihres Unternehmens.

Das neue Angebot an Arbeitsplätzen in genossenschaftlichen Betrieben und Arbeitsgruppen ist sehr reichhaltig: Handwerkliche Produktion z.B. von Kunsthandwerk für den Export, Spielzeug, Kleidung, Lederwaren, Auto-Zubehör; Reparaturbetriebe für Möbel, Rundfunkgeräte und Fernseher, Wohnungen; Haus- und Straßenbau; Trägerdienste und Verkauf von Erfrischungen auf Bahnhöfen; Messer- und Scherenschleiferei; Straßenhandel mit Schnellgerichten, Tee, Kaltgetränken, Obst und Gemüse, Kleinwaren; Betrieb von Imbißstuben, Teestuben u.ä.; Sammeln von Abfällen; Garten- und Waldarbeit; Straßenbau; Lasten-Tragen, Be- und Entlade-Arbeiten...

Die meisten der in diesem Rahmen zugeteilten „Jobs" bieten den Jugendlichen wenig Chancen zur Weiterbildung; somit droht die Gefahr, daß der neue „Job" für viele zur Einbahnstraße wird. Andererseits öffnet sich hier ein weites Feld für „spontane kapitalistische Tendenzen". Es entsteht, wie auch in den chinesischen Medien betont wird, durch diese Art von Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen ein genossenschaftlich betriebener Dienstleistungssektor neu, den es seit der Kulturrevolution kaum noch gegeben hatte.

Auf diese Weise wird die „Privatinitiative" mächtig gefördert, da die Genossenschaften im wesentlichen auf eigene Rechnung und Verantwortung wirtschaften, vom Staat weder bezuschußt noch reglementiert werden. Die Genosschaften sind gezwungen, sich auf einem nicht allzu großen Markt zu behaupten, um überleben zu können; sie treten also zueinander in Konkurrenz und üben damit außerdem noch Druck auf die Beschäftigten des Staates aus. Das wird in den chinesischen Medien besonders wohlwollend registriert. So wird als positives Beispiel berichtet, daß die vom Staat bezahlten Berufsfotografen auf dem Tien-An-Men-Platz (Peking) jetzt immer schon um 7 Uhr (statt, wie bisher, um 8) mit ihrer Arbeit beginnen, um der Konkurrenz der seit kurzem dort aufgetauchten genossenschaftlich organisierten Fotografen standzuhalten.

Faktisch handelt es sich bei den neuen „Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen" um einen Arbeitsdienst, der jedoch nach knallharten kleinkapitalistischen Prinzipien organisiert ist. Der hier entstehende Sektor wird in kurzer Zeit mehrere Millionen Menschen umfassen. Der gerade erst einsetzende Tourismus wird zigtausende weitere neue Arbeitsplätze schaffen – Kellner(innen), Zimmermädchen, Küchenpersonal usw.. Auch Rikscha-Kulis werden wohl in China bald wieder zum normalen Straßenbild gehören.

Alle Jugendlichen können überdies nicht einmal auf einen solchen „Job" rechnen. Ein gewisser Prozentsatz der Schulabgänger wird nach wie vor angewiesen, sich fern der Heimatstädte auf dem Lande oder in den Grenzprovinzen „anzusiedeln". Sie sind verpflichtet, dieser Anweisung zu folgen; keinesfalls können sie einen „Job" in der Stadt bekommen. Keinen „Job" in der Stadt kriegen auch diejenigen Jugendlichen, die auf dem Land „angesiedelt" worden waren und „ohne Erlaubnis" in die Stadt zurückgekehrt sind. Sie sollen nach und nach zwangsweise aufs Land zurückgebracht werden. Diese Massen-Rückverschleppung gestaltet sich allerdings offenbar schwierig und langwierig; die entsprechenden Anweisungen werden schon seit Monaten wiederholt.

Eltern mit Geld und/oder politischem Einfluß setzen sich selbstverständlich vielfach mit allen Mitteln dafür ein, entgegen den Bestimmungen ihren Kindern einen Arbeitsplatz in der Industrie zu besorgen oder sie zumindest vor der „Verschickung aufs Land" zu bewahren. Die chinesischen Medien sind bemüht, diesen demoralisierenden Tendenzen entgegenzuwirken, da solche Praktiken es noch schwerer machen, die Massen der Jugendlichen für die Arbeit auf dem Lande oder in irgendwelchen Dienstleistungsgruppen zu motivieren. Das Bemühen der Medien gilt außerdem der Aufwertung des genossenschaftlichen Sektors im allgemeinen Bewußtsein. Bisher galt dieser als Relikt des Kapitalismus, zumindest als relativ rückständig gegenüber dem staatseigenen Sektor. Nunmehr wird verkündet, daß die Frage, was die bessere Form des sozialistischen Eigentums sei (staatlich oder genossenschaftlich) in der internationalen kommunistischen Bewegung noch gar nicht entschieden sei, sondern der Erprobung durch die Praxis bedürfe. Zwischen staatlichem und genossenschaftlichem Eigentum werde es in China auf lange Sicht eine „Koexistenz" geben.

ten bekommen kein festes Gehalt vom Staat, sondern teilen sich den Profit ihres Unternehmens.
Das neue Angebot an Arbeitsplätzen in genossenschaftlichen Betrieben und Arbeitsgruppen ist sehr reichhaltig: Handwerkliche Produktion z.B. von Kunsthandwerk für den Export, Spielzeug, Kleidung, Lederwaren, Auto-Zubehör; Reparaturbetriebe für Möbel, Rundfunkgeräte und Fernseher, Wohnungen; Haus-
tografen standzuhalten.
Faktisch handelt es sich bei den neuen „Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen" um einen Arbeitsdienst, der jedoch nach knallharten kleinkapitalistischen Prinzipien organisiert ist. Der hier entstehende Sektor wird in kurzer Zeit mehrere Millionen Menschen umfassen. Der gerade erst einsetzende Tourismus wird zigtausende weitere neue Arbeitsplätze schaffen – Kellner(innen), Zimmermädchen,
staatseigenen Sektor. Nunmehr wird verkündet, daß die Frage, was die bessere Form des sozialistischen Eigentums sei (staatlich oder genossenschaftlich) in der internationalen kommunistischen Bewegung noch gar nicht entschieden sei, sondern der Erprobung durch die Praxis bedürfe. Zwischen staatlichem und genossenschaftlichem Eigentum werde es in China auf lange Sicht eine „Koexistenz" geben.

Aus der „ML"-scene

Anfang August trafen sich in Frankfurt einige Interessenten an einer antikommunistischen „Kampuchea-Solidarität". Beteiligt waren u.a.:
- Ein Pfarrer Heinz Kotte (ESG), der schon mehreren solcher Anlässe geistliche Weihen erteilt hat.
- Die „KPD".
- Der KBW.
- Die radikal-vaterländische „MLD".
- Mehrere „Komitees für Demokratie und Sozialismus" (Ex-KBW)
- „Verband Deutscher Pfadfinder" (gegründet unter Mithilfe der „MLD" als vaterländische Abspaltung vom BDP).
- „Verschiedene Uni-Fachschaften" (?).

Insgesamt waren es laut „Roter Fahne" vom 9.8. Vertreter von 32 Gruppen aus 17 Städten – wobei aber offenbar bis auf den obligatorischen Pfarrer Kotte die organisierten „ML"er ganz unter sich waren. Hervorzuheben ist, daß sich damit die lange geschmähte „MLD", die Patrioten wie Otto von Habsburg zu ihren Freunden zählt, endlich den verdienten Platz in der Tafelrunde erstritten hat. (Glückwunsch!).

Vereinbart wurde mehrheitlich, die geplante „Internationale Kampuchea-Konferenz" in Stockholm zu unterstützen und bis Ende Oktober 200.000 DM zur Unterstützung des gestürzten Pol-Pot-Regimes zu sammeln. Ein Braunschweiger „Kampuchea-Komitee" soll die Sache koordinieren.

*

Nachdem die pro-albanische „ML"-Internationale lange Zeit untätig hinter die sich agil ausweitende prochinesische „ML"-Internationale zurückgefallen war, versucht Enver jetzt, seine Fans wieder zu sammeln: Man traf sich zum Parteitag der portugiesischen PCP(r) Anfang August und man veröffentlichte zur gleichen Zeit eine gemeinsame Deklaration zu einem sogenannten „Stalin-Jahr". Bei der PCP(r) waren es 18 Organisationen (einschließlich Grußadressen). Die Deklaration trägt ebenfalls die Unterschriften von 18 Organisationen – allerdings nicht ganz dieselben. In beiden Fällen stechen phantastische Neu- und Operetten-Gründungen hervor wie die „Revolutionäre Kommunistische Partei Obervoltas", die „Kommunistische Partei Äthiopiens", die „Revolutionäre Kommunistische Partei Dahomeys" und das „ZK (provisorisch) der Kommunistischen Partei Angolas (im Ausland)".

Eine Zwischenbilanz sieht für Albanien allerdings nicht gerade schmeichelhaft aus: von den 38 Organisationen, die am 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens Ende November '76 teilnahmen (einschließlich Grußadressen), gehören heute noch 14 der Tirana-Internationale an. 21 haben sich auf die Seite der chinesischen Machthaber geschlagen. Drei sind unklar oder verschollen. Von den 14 verbliebenen Organisationen der Tirana-Internationale tauchten drei weder beim Parteitag der PCP(r) noch bei der Stalin-Deklaration auf. Nämlich die „KP Großbritanniens/ML", die KP Ceylons" und die „KP Neuseelands" (nach „Roter Morgen", 3.8.).

*

Gehören die USA bald zur Dritten Welt?
Unter der Überschrift „Talfahrt einer Supermacht" lamentiert die „Rote Fahne" vom 2.8. über den „Niedergang" des US-Imperialismus. Alles, so scheint es, ist dem US-Imperialismus in den letzten Jahren mißglückt:
– In Europa seien die USA *„nicht in der Lage gewesen, der konventionellen militärischen Bedrohung*
macht" auf. Genau besehen scheinen die USA ja sogar auf dem Wege, zu einer viertrangigen Nation der Dritten Welt herabzusinken – falls man dem Gejammer in der „Roten Fahne" folgen will. Immerhin stellt sich der Verfasser der „Roten Fahne" abschliessend noch die Frage, ob die USA *„in absehbarer Zeit zu*

Gehören die USA bald zur Dritten Welt?

Unter der Überschrift **„Talfahrt einer Supermacht"** lamentiert die „Rote Fahne" vom 2.8. über den „Niedergang" des US-Imperialismus. Alles, so scheint es, ist dem US-Imperialismus in den letzten Jahren mißglückt:
- In Europa seien die USA *„nicht in der Lage gewesen, der konventionellen militärischen Bedrohung durch die Sowjetunion zu begegnen".*
- *„Gegenüber den Ereignissen in Südostasien mußten sich die USA weitgehend passiv verhalten und den sowjetischen Vormarsch in diesem Teil der Welt hinnehmen."*
- Durch die „prinzipielle Zustimmung" zu Verhandlungen sei sogar die militärische ‚Präsenz' der USA in Südkorea *„in Frage gestellt".*
- Die USA hätten *„dem Sturz des Schah-Regimes tatenlos zusehen"* müssen.
- In Afrika seien die USA gar schon *„zu einer mittleren imperialistischen Macht herabgesunken".* Dort habe sich Frankreich *„als entschlossener und handlungsfähiger erwiesen"* (französ. Militärintervention in Zaire).

In der Zwischenüberschrift wirft die „Rote Fahne" die völlig berechtigte Frage **„Supermacht oder Mittelmacht"** auf. Genau besehen scheinen die USA ja sogar auf dem Wege, zu einer viertrangigen Nation der Dritten Welt herabzusinken – falls man dem Gejammer in der „Roten Fahne" folgen will. Immerhin stellt sich der Verfasser der „Roten Fahne" abschliessend noch die Frage, ob die USA *„in absehbarer Zeit zu einer mittleren imperialistischen Macht hinabgedrückt"* werden könnten, oder *„ob ihre innere Schwäche sie dazu treibt, mit neuer Agressivität dem vorstoßenden Sowjet-Imperialismus die Vorherrschaftsrolle in der Welt streitig zu machen".* Und der Verfasser schlußfolgert: *„Auf diese Frage gibt es keine einfachen Antworten, sie erfordert Denkanstrengungen der linken und fortschrittlichen Kräfte".* Man sollte meinen, daß Linke nicht groß nachzudenken brauchen, ob der Imperialismus aggressiv bleibt. Für die „KPD" scheint das aber ein Rätsel zu sein. Wer sich an dem Denk-Spiel beteiligen will, kann seine Lösung an die „Rote Fahne", 5 Köln 1, Kamekestr. 19 schicken. Die richtige Auflösung wird vom Ständigen Ausschuss der „KPD" unter Ausschluß der Öffentlichkeit festgelegt.

China-Kurzmeldungen

Neue Demonstrationen

An drei aufeinanderfolgenden Tagen im Juli kam es in Schanghai zu neuen Demonstrationen arbeitsloser Jugendlicher. An den Kundgebungen vor dem Schanghaier Rathaus beteiligten sich jeweils zwischen 200 und 400 Menschen („TAZ", 20.7.).

Vor dem Regierungssitz in Peking demonstrierten am 8. August mehrere hundert Menschen aus allen Teilen Chinas gegen Arbeitslosigkeit und Hunger („Frankfurter Rundschau", 9.8.79).

* * *

AKWs abbestellt

Zwei in Frankreich bestellte Atomkraftwerke hat die chinesische Regierung vorerst wieder abbestellt. Allerdings wohl weniger aus Einsicht in die Problematik der Atomenergie, sondern eher im Zusammenhang einer generellen Überprüfung („Regulierung") der chinesischen Wirtschaft, bei der vorübergehend auch der Technologie-Import z.T. reduziert oder umgeschichtet wird. Die französische Bourgeoisie rechnet jedenfalls damit, ihre beiden Zeitbomben später doch noch gegen gutes Geld in China abliefern zu können („Handelsblatt", 25.7.).

* * *

„Arbeiterrechte" in China

Wie es Arbeitern in China gehen kann, wenn sie auf ihre selbstverständlichen Rechte beharren, zeigt folgende Geschichte: Die Arbeiterin Dschen Yü-hsian in Changchun (Provinz Kirin) brach sich auf dem Weg zur Arbeit das Handgelenk, als sie beim Besteigen des Busses von anderen Wartenden niedergetrampelt wurde. Da sich Komplikationen ergaben, forderte der Arzt die Arbeiterin auf, die Hand zu schonen und sich deshalb eine leichtere (und schlechter bezahlte!!) Arbeit zuteilen zu lassen. Der Frau wurde daraufhin die „Bewachung" eines kleinen Umkleideraums für zehn Leute zugeteilt. Diese Verschlechterung lehnte die Arbeiterin ab und forderte stattdessen die Anerkennung ihrer Verletzung als Arbeitsunfall. Eine berechtigte Forderung, sollte man meinen! Trotzdem wurde diese Forderung abgelehnt! Die Arbeiterin gab daraufhin jedoch nicht nach, sondern trug ihre „unvernünftigen Argumente" bei verschiedenen Behörden vor. In einer Behörde soll sie „mit Schreien und Weinen eine Szene gemacht" haben. Deshalb wurde sie zweimal festgenommen und bestraft. Trotzdem „bereute" sie keineswegs, sondern erhob weiter ihre Forderung, „beleidigte" die Ärzte und ließ den Verantwortlichen auch zuhause keine Ruhe.

Acht Jahre lang widersetzte sich die Arbeiterin Dschen Yü-hsian der „wiederholten, geduldigen Erziehung". Sie beharrte sogar darauf, ihre Sache weiter durchzustehen. Es endete damit, daß die „Organe für Öffentliche Sicherheit" in Changchun die Frau zur „Umerziehung durch Arbeit", d.h. zur Zwangsarbeit verurteilten. So geht es den Querulanten im „realen Sozialismus"! (nach Prov. Radio Kirin, 16.7., „SWB", 23.7.79).

Realer Kapitalismus

Chinas Machthaber haben es eilig mit der Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse: Ende Januar wurde verfügt, daß sofort alle beschlagnahmten Vermögen an die chinesischen Kapitalisten zurückbezahlt werden sollen – eine Gesamtsumme von mehreren Milliarden DM! Wir kommentierten damals: **„Es wird Kapital geschaffen, das nach Verwertung und Mehrwert drängt. Es wäre gegen alle Gesetze der Ökonomie und Politik, wenn sich dieses Kapital nicht auch alsbald einen 'freien Markt' schafft, auf dem es 'angelegt' werden kann".** (AK 147, S.3; siehe auch AK 148, S.3).

Es kommt, wie es muß: Laut „Süddeutsche Zeitung" vom 11.8. haben chinesische Kapitalisten jetzt eine „Patriotische Baugesellschaft" gegründet. Grundkapital etwa 45 Mio. DM. . Die Gesellschaft soll vor allem Häuser für Auslandschinesen bauen, die jetzt nach China zurückkehren.

Der Wohnungsbau wird sich als vorzügliche Brutstätte des wiederaufblühenden Privatkapitalismus in China erweisen. Denn der akuten Wohnungsnot auf der einen Seite steht andererseits die Tatsache gegenüber, daß die vor einigen Monaten angeordneten Plankürzungen den Wohnungsbau besonders einschneidend getroffen haben; zahlreiche Projekte wurden vorerst eingestellt. Das Parteiorgan „Volkszeitung" veröffentlichte am 25. Juli einen Artikel, der ausdrücklich den privaten Wohnungsbau ermuntert. Alle diesbezüglichen Beschränkungen wurden aufgehoben. Wer sich im privaten Wohnungsbau engagiert, kann mit Subventionen des Staates rechnen. Spezielle Gesellschaften sollen gegründet werden, die den privaten Wohnungsbau mit Material und Hilfskräften unterstützen. (nach SWB, 27.7.). **Das hätten sich die chinesischen Kapitalisten wohl nicht träumen lassen, als ihnen vor 25 Jahren die Sessel unter den Ärschen weggezogen wurden!**

„KPD": Streit in der „Liga"

Ein Streit in der „KPD"-dominierten „Liga gegen den (Sozial-) Imperialismus" wird derzeit auch in der „Roten Fahne" (Zentralorgan der „KPD") ausgetragen.

Den Auftakt macht „Liga"-Vorsitzender Rudolf Heinrichs in der „Roten Fahne" vom 5.7. Dort rechnete er in einem Rundumschlag mit der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung der BRD ab. Die meisten Solidaritätsgruppen seien nicht bereit, in der Sowjetunion den Hauptfeind der Dritten Welt zu sehen. Unbewußt und ohne es zu wollen würden sie daher **„in den Dienst des russischen Expansionismus gestellt", „in die sozialimperialistische Gesamtstrategie miteinbezogen".** Als besonders abschreckendes Beispiel nannte Heinrichs den KB, der sich **„zur geifernden Hilfstruppe des Sozialimperialismus entwickelt"** habe. Diesen grauenhaften Weg werde die gesamte Solidaritätsbewegung der BRD gehen, falls sie sich nicht von den *„prosowjetischen Kräften (gerade auch die ‚kritischen' KB-Kräfte)"* löse und *„ein ungetrübtes Bild von der Gefährlichkeit des sowjetischen Hegemonismus"* gewinne. Selbst für die „Liga" sieht Mahner Heinrichs die Gefahr *„eines solchen Abgleitens"*; um das zu verhindern, müsse man *„den prosowjetischen Zersetzungsmanövern mutig entgegentreten."*

Indessen die Zersetzungsmanöver zeigen in der „Liga" schon Wirkung, wie Heinrichs offen zugibt: Es gebe (in *grundlegenden Fragen der gegenwärtigen weltweiten Entwicklung, z.B. zum Verhälnis der beiden Supermächte Sowjetunion und USA (Sowjetunion gefährlicher?), z.B. auch zum Verhältnis des BRD-Imperialismus zur Dritten Welt". „ Einige Mitglieder greifen die Position der Liga, daß die Sowjetunion für die Völker der Welt besonders gefährlich ist und daß man eine Dialogpolitik der Bundesrepublik gegenüber der Dritten Welt fordern muß, massiv an".*

Ihm antwortete in der „Roten Fahne" vom 26.7. ein Vertreter dieser „prosowjetischen" Tendenz – Ralf Schlagge, Mitglied des Landesvorstands Westberlin der „Liga". Sein Artikel ist das kühnste, was in dieser Art bisher in der „Roten Fahne" zu lesen war. Da werden die heiligen Kühe der „KPD" gleich scharenweise geschlachtet.

Zum einen kritisiert Schlagge taktisch das „überhebliche" und „ignorante" Losholzen von Heinrichs gegen die Solidaritätsbewegung. Viele dieser Gruppen seien nämlich schon auf dem Wege, die Gefährlichkeit der sowjetischen Politik zu begreifen und würden von Heinrichs' Grobheiten nur abgeschreckt.

Im weiteren geht Schlagge u.a. auf folgende Punkte ein:
- In den meisten Ländern der Dritten Welt herrschten „brutale Unterdrückung und Mißachtung der Menschenrechte". Dies dürfe die Solidaritätsbewegung nicht übersehen.
- *„Die innenpolitische Entwicklung Chinas nach Maos Tod ist ein äusserst komplizierter Prozeß, dessen Ausgang heute niemand prognostizieren kann. Der Machtkampf innerhalb der KP Chinas ist noch lange nicht beendet"*
- *„Die Außenpolitik der VR China verdeutlicht zudem einen Prozeß, der sich zunehmend mehr an realpolitischen Interessen eines sozialistischen Staates als an den Prinzipien internationaler Solidarität orientiert (Iran, Eritrea, Friedensvertrag Israel/Ägypten)."*
- *„Die Tendenz der praktischen Politik der VR China ist es nur noch, einen Kampf gegen den sowjetischen Hegemonismus zu führen, während der US-Imperialismus zunehmend zu einer abgehalfterten imperialistischen Macht erklärt wird, gegenüber der stillgehalten wird... bzw. der sogar Bündnisangebote unterbreitet werden...".*
- Die „Drei-Welten-Theorie" (die auch Schlagge nicht in Frage stellen will) und die chinesische Außenpolitik seien *„zwei Paar Schuhe, dies sollte man sorgsam auseinanderhalten".*



Pressemeldung

Hamburg, im August 1979

Vom 2.9. bis zum 30.9.79 findet in der Galerie MORGENLAND (Ottersbekallee 1/Ecke Eichenstraße) eine Fotoausstellung mit Arbeiten des Pressefotografen Günter Zint statt. Außer den bekannten, politisch engagierten Zint-Fotos, werden in dieser Ausstellung Aufnahmen aus der Alltagsarbeit eines Pressefotografen gezeigt. Über 20 Berufsjahre (1959 bis 1979), von der Ausbildung bei dpa bis hin zur Reportertätigkeit beim „Spiegel", erstreckt sich die Auswahl.
Außerdem werden Fotos gezeigt, die Günter Zint „nur so aus Spaß" gemacht hat und in Publikationsorganen nicht unterbringen konnte. Für diese Bilder ist die Ausstellung zugleich Premiere und einzige Möglichkeit der Veröffentlichung.

Veranstaltungen im Rahmen der Fotoausstellung!

2.9. **16.00 Uhr Eröffnung**
6.9. **19.30 Uhr Diskussion mit Hamburger Pressefotografen**
8.9. **19.00 Uhr „DER SCHWARZE FRÜHLING" – Günter Zint zeigt eine Tonbildschau über die Tankerkatastrophe der AMOCO CADIZ vor der Betagne-Küste 1978**
13.9. **19.30 Uhr G. Zint stellt Fotobücher vor.**
20.9. **19.30 Uhr Diskussion mit Pressevertretern über das Thema: „Grenzen der Berichterstattung."**

Außerdem findet jeden Samstag um 16.00 Uhr ein Gespräch mit der Fotogruppe der GALERIE MORGENLAND und dem Morgenlandkreis statt. (An weiteren Programmpunkten wird noch gearbeitet.)
KONTAKTE UND ANFRAGEN: GALERIE MORGENLAND
Ottersbekallee 1, 2000 Hamburg 19, Tel. 85 79 46



Erstes Festival der BRD-Filmer in Hamburg

Oder warum ist Hamburg eine „Kulturstadt"?

Vom 18. bis 23. September 1979 wird in Hamburg das „Filmfest deutscher Filmemacher" stattfinden. Getragen wird das Filmfest von Filmemachern, die sich nicht an das kommerzielle Kino anschließen. Sie wollen Filme zeigen, die sich mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit in der BRD und in der Welt auseinandersetzen. Zu ihnen gehören: Herzog, Geissendörfer, Fassbinder, Kluge.

Zur Vorgeschichte: In München, (wo fast alle BRD-Filmemacher „angesiedelt" sind) plante die Landesregierung ein ähnliches Projekt. Nur wollten die CSU-Landesfürsten gleich ein „Internationales Festival", das „Cannes in den Schatten stellen soll". D.h. es sollte ein Spektakel aufgezogen werden, das mit Realität wenig oder garnichts zu tun gehabt hätte!

Entsprechend, dieser Vorstellung bekam der „Modewochen"-Chef Wurm den Auftrag, dieses Projekt durchzuziehen. Der –von nichts eine Ahnung– nahm sich Cannes als Vorbild und ließ sich erstmal eine Riesenvilla als „Organisationsbüro" von Steuergeldern finanzieren. Er residiert dort heute noch; die „Internationalen Filmfestspiele" sind geplatzt, weil er es nicht verstanden hat, auch nur e i n e n Film für 1979 zu organisieren! Dennoch, sein Vertrag wurde bis 1980 verlängert. Nun soll er versuchen, bis September 1980 ein Festival der „Superlative" auf die Beine zu stellen.
Zu den BRD-Filmemachern: Sie hatten sich erhofft, beim o.g. Filmfestival ein Recht der Mitsprache zu haben. Ebenso hatten sie gehofft, für ihr Programm einen entsprechenden Zuschuß der Stadt München zu erhalten (man spricht so von ca. 180.000 DM). Nichts dergleichen war der Fall.
Zu den Sozialdemokraten: Natürlich hat die Münchener Sozialdemokratie gegen die Politik der CSU protestiert. Nur die Mehrheit fehlte ihr. Die anderen Sozialdemokraten waren schon längst zur Stelle. Sie warteten den Münchener Streit ab, um dann zuschlagen zu können. Zugeschlagen haben als erstes die Hamburger. Sie stellten 329.000 DM für ein „Filmfestival" zur Verfügung, darüber hinaus ein Büro und die freie Gestaltung des „Festivals" durch die deutschen Filmemacher.

Großzügig wurde den Filmemachern, die derzeit noch weitgehend in München leben, Wohn- und Arbeitsräume angeboten. (Inzwischen tragen sich die meisten Filmemacher tatsächlich mit Umsiedlungsplänen nach Hamburg. Nur das alles entscheidende Studiogelände fehlt noch).

Wieviel Ehrlichkeit hinter dieser Politik steckt, ist jedem(r) klar, der (die) weiß, wie die Hamburger SPD mit dem fortschrittlichen Intendanten des Hamburger Schauspielhauses, Ivan Nagel, verfahren ist. (Er wurde abgesägt, weil sein Programm zu „fortschrittlich" –im Sinne von Experiment und „neuen" Theaterformen– war und zu wenig das „normale" Publikum ansprach).

Würde man jetzt ein Fazit ziehen, könnte man sagen: „Ein ganz normaler Vorgang".
So ist es aber nicht.

Endlich zeigen die BRD-Filmemacher ihre Produktion

Zum erstenmal ist die Möglichkeit gegeben, daß die BRD-Filmemacher in eigener Regie ihre Filme vorführen und zur Diskussion stellen.
Erstmals kann die als „junger deutscher Film" diffamierte Branche –denn immerhin arbeiten diese Filmemacher seit mehr als zehn Jahren!– das unzensiert vorführen, was sie derzeit als bundesdeutsche Wirklichkeit sehen.

Ein Ergebnis der Selbstorganisation der Filmemacher ist z.B. der Eintrittspreis in den entsprechenden Kinos: Er soll nicht mehr als 5 DM betragen.

Ein anderes Ergebnis: Die Filmemacher werden mit ihren Produkten in die Stadtteile fahren, wo Kino eigentlich „Ausnahme" ist. Kinomobile sollen dafür sorgen.

Entscheidend ist, das die Filmer ständig anwesend sein werden und dem Publikum Rede und Antwort stehen. Das soll dazu führen, daß Filmer auch von den Reaktionen des Publikums lernen und dann vielleicht schon bestehende Filme ändern oder aber die Diskussion in ihr nächstes Projekt einfließen lassen.

Es ist also zu erwarten, daß bei diesem Festival das eigentliche „Festivalpublikum" ausbleibt und stattdessen der Kontakt zum normalen Kinopublikum hergestellt wird, daß Publikum und Filmemacher voneinander lernen. Darin wäre das Positive dieses Festivals zu sehen.

Es gibt allerdings auch sehr bittere Wermutstropfen in der Planung des Festivals: So wurden z.B. aus der „Hamburger Filmförderung" 100.000 DM abgezwackt. Das „kommunale Kino" –für das das Geld vorgesehen war– kann nun erst am 1.12.79 und nicht –wie vorgesehen– am 1.9.79 eröffnen.

Ebenso muß das „Abaton-Kino" mit seinen „Hamburger Filmtagen" –die traditionsgemäß im September stattfinden– auch auf Dezember ausweichen.

Das zeigt, mit welcher Überheblichkeit der Hamburger Senat darangeht, Rennomierprojekte an die Alster zu holen, die Kultur „vor Ort" aber fallen zu lassen!

Wir werden abwarten müssen, wie sich die BRD-Filmemacher zu diesem Widerspruch verhalten.

Wir sind sicher, daß sie das „kommunale Kino" unterstützen werden, ebenso die „Hamburger Filmtage" des „Abaton".

Wir haben genug Steuern bezahlt, daß das Geld für alle Projekte da ist! Die „Filmstadt" Hamburg soll nicht das Rennomierprojekt des Senats sein, sondern Möglichkeit für uns, Einfluß und Spaß am Film zu haben!

Ha./Kulturkommission

Leserbrief zur

„Rocky Horror Picture Show"

In einigen Kinos spielen sich zur Zeit Szenen ab, die bei den bürgerlichen Kulturkritikern Ratlosigkeit und Erstaunen hervorrufen. Dabei geht es weniger um das Geschehen auf der Leinwand als vielmehr um das, was sich im Saal abspielt: die Zuschauer werfen mit Reis, zünden Wunderkerzen an, lassen Sektkorken knallen, singen lauthals mit usw. Anlaß ist die „Rocky Horror Picture Show", vielfach als „neuer Kultfilm" angepriesen. Auch und gerade innerhalb der linken Szene hat der Film zahlreiche Fans, die sich an dem Wettbewerb beteiligen, den Film möglichst oft gesehen zu haben. Dies ist eigentlich nicht weiter verwunderlich, wenn man der Eigenwerbung Glauben schenken darf: Da wird von der „irrwitzigen Londoner Transvestiten-Show" gesprochen, deren Motto laute „Träume es nicht – lebe es", so daß der Eindruck entstehen muß, es handele sich um einen (ganz allgemein gesprochen) emanzipatorischen, befreienden Film.

Der grobe Handlungsrahmen mag eine solche Interpretation auch noch durchaus zulassen. Da gerät ein amerikanisches Pärchen (er: jung-dynamisch, aber letzten Endes doch verklemmt, sie: etwas schüchtern und ebenso verklemmt) in ein Schloß, in dem gerade der Transvestit Frank'-N-Furter einen „Transsylvanischen Kongreß" abhält. Dieser Frank'-N-Furter ist just dabei (Frankenstein läßt grüßen) einen Menschen zu schaffen; allerdings kein häßliches Monster, sondern einen sehr schönen Jüngling namens Rocky Horror. Dies gelingt ihm auch, nur hat Rocky den Fehler, daß er nicht nur auf die männlichen Reize des Transvestiten anspricht, sondern auch auf weibliche. Zwischendurch „befreit" Frank'-N-Furter noch das Pärchen von seinen Verklemmungen, und zum Schluß löst sich das Ganze in Chaos und Wohlgefallen auf. Garniert ist der Film, der übrigens zum großen Teil aus Versatzstücken alter Hollywood-Schinken besteht, mit einer ordentlichen Portion Rockmusik.

Nun gibt es in dem Film allerdings zwei Punkte, die nicht so sehr „emanzipatorisch" sind, und die auch schon dazu geführt haben, daß in der 'taz' zum Boykott des Films aufgerufen wurde (was natürlich umgehend mit der Gründung eines „Rocky Horror Picture Show – Fan Clubs" beantwortet wurde). Ich meine einmal eine Szene, in der Frank'-N-Furter ohne jeden Anlaß Meatloaf, einen Rocksänger, der hier einen Rocker spielt, auf bestialische Weise mit einem Eispickel abschlachtet und ihn anschließend seinen Gästen zum Essen vorsetzt. Kann man dies eventuell noch als „Schönheitsfehler" abtun, da diese Szene auch völlig aus der sonstigen Handlung herausfällt, so ist der zweite Punkt, nämlich die autoritäre Führerpersönlichkeit des Frank'-N-Furter, bestimmt nicht so zu ignorieren. Dieser kann nur deshalb völlig „frei" und „ungezwungen" leben, weil er alle anderen Menschen um ihn herum völlig unterdrückt. Am deutlichsten kommt dies bei Rocky Horror zum Ausdruck, den er nicht als Mensch, als Persönlichkeit schafft, sondern nur als reines Lustobjekt, das ihm jederzeit zur Verfügung stehen soll. Aber auch die durch ihn bewirkte „Ent-Klemmung" des Pärchens hat mehr mit Vergewaltigung zu tun als mit der Förderung und Entwicklung einer selbstbestimmten freien Sexualität.

Nun soll man zwar nicht von jedem Film verlangen, daß er alle gesellschaftlichen Mißstände „eindeutig geißelt", „den Finger auf die Wunde legt" und am besten auch noch die „revolutionäre Perspektive aufzeigt", zumindestens wenn die Hersteller des Films diesen Anspruch nicht selber erheben. Das kann aber kein Freibrief dafür sein, alle „bürgerlichen" Filme, die sich ansatzweise einen „fortschrittlichen" Touch geben, kritiklos so hochzujubeln, wie dies bei der „Rocky Horror Picture Show" geschieht. Ohne Zweifel ist an diesem Film positiv, daß er den Zuschauer nicht-heterosexuelle Formen von Sexualität als völlig normal empfinden läßt und somit Vorurteile gegen Schwule , Transvestiten und anderen abbauen helfen kann. Dem steht aber entgegen, daß diese anderen Formen völlig von einer absoluten, autoritären Führerpersönlichkeit getragen werden, die zudem noch äußerst grausame und sadistische Züge aufweist. (Ich will hier keinen „Faschismus"-Vorwurf erheben, aber der Vergleich drängt sich auf).

Hält man dies den linken Fans des Films entgegen, so bleibt meist das Argument, daß dies alles ja wirklich nicht so schön sei, aber die Musik sei so toll! Da fällt mir dann immer nur der Spruch unserer Eltern und Großeltern ein, daß Hitler ja immerhin auch die Autobahnen gebaut habe...

Ein AK-Leser aus Hannover



Anmerkung einer Genossin der Kulturkommission

Als ich die „Rocky Horror Picture Show" vor fast einem Jahr gesehen habe, war der Film bei uns so gut wie unbekannt – die in verschiedenen Zeitschriften und im Leserbrief beschriebenen Zuschauer-Orgien blieben demzufolge damals aus.

Den Kritiken des Genossen zur Führerfigur des Frank'N'furter und zum Abschlachten des Rockers muß ich zustimmen. Die Schaffung des Lustobjekts Rocky Horror z.B. kann ich jedoch nicht als unterdrückerischen Aspekt des Films sehen. Das Aufgreifen des alten Frankenstein-Themas, das auch schon von Andy Warhol sehr witzig dargestellt wurde, kann ich auch in diesem Film nur als Persiflage verstehen. Ich verstehe diese Kritik deshalb auch ein wenig als eine lächerliche Forderung „Respektiere deinen Roboter wie dich selbst". Andererseits teile ich die Einschätzung des Genossen über den möglichen Abbau von Vorurteilen gegen Schwule, Transvestiten durch die Darstellung im Film nicht, denn hier werden keineswegs „nicht-heterosexuelle Formen von Sexualität als völlig normal empfunden" werden können, da diese Personen des Films insgesamte völlig verrückte und chaotische Paradiesvögel sind. Der Film hat weder diese positive noch irgend eine wirklich negative politische Aussage. Der Film kommt in der 'Szene' gut an, weil er witzig, musikalisch gut und eben völlig verrückt ist – und bei dem Vergleich mit Hitler und den Autobahnen ist wohl der Eifer ein wenig mit dem Schreiber durchgegangen.

Rock gegen Rechts

Bremen: Jetzt doch gemeinsam?

In Bremen hat das Vorgehen von hauptsächlich der DKP nahestehenden Kreisen in Sachen „Rock gegen Rechts" weitverbreitete Kritik hervorgerufen: Unter dem Eindruck des großen RgR-Erfolges in Frankfurt gegen das NPD-Deutschlandtreffen war in der ersten Juli-Hälfte eine „Initiative Rock gegen Rechts Bremen" mit einem fertigen Aufruf an die Öffentlichkeit getreten, gegen den für den 29./30. September in Bremen geplanten Parteitag der Westberliner NPD ein RgR-Festival zu veranstalten. Diese RgR-Intiative setzte sich aus acht Leuten zusammen, die mehrheitlich SDAJ, DKP und VVN angehören und hatte für ihre Planung keinerlei Kontakt zu den Gruppen hergestellt, die kurz zuvor erst in Bremen die Mobilisierung nach Frankfurt getragen hatten und eine RgR-Veranstaltung in Bremen durchgeführt hatten. Es war von der Initiative auch beharrlich abgelehnt worden, diese RgR-Aktivisten und andere Gruppen an ihren Treffen zu beteiligen.

Aufgrund eines Offenen Briefes und eines Artikels in der „TAZ", in denen die schädliche Herangehensweise der „RgR-Intiative Bremen" kritisiert wurden und zur Zusammenarbeit auf gleichberechtigter Ebene bzw. zur Öffnung der Intiative für alle RgR-Interessierten aufgefordert wurde, fand am 14. 8. im Bremer DAG-Haus ein Treffen der Herausgeber des Offenen Briefes (u.a. Alternative Liste, Jungdemokraten, DAG-Jugend, KB, Schwule Aktion Bremen, „TAZ"-Initiative Bremen...) und zahlreicher anderer Gruppen und Einzelpersonen mit Vertretern der „RgR-Initiative Bremen" statt. Dort kritisierten auch Pfadfinder, Naturfreunde und Juso-Landesvorstand die Vorgehensweise der DKP-Freunde („Früher war es üblich, daß Aufrufe vorher diskutiert wurden") und forderten, daß auch aus einem Bremer RgR-Aktionsbündnis keine politische Strömung ausgeschlossen werden darf, solange der Antifaschismus das zentrale verbindende Element ist. Nachdem durch diesen Diskussionsverlauf, unterstützt auch von anwesenden Musikern, klar wurde, daß sich die Sache nicht einfach auf eine erneute „Machenschaft" des Bremer KB reduzieren läßt, bahnte sich eine Tendenzwende an.

Das insgesamt erfreuliche Ergebnis des Treffens sah schließlich so aus: Es wurde ein gemeinsames Flugblatt beschlossen, das über dieses Treffen informieren soll, den bisherigen Aufruf enthält und zu einem öffentlichen „Plenum" aller an RgR Interessierten einlädt; es wurde eine „paritätisch" zusammengesetzte Gruppe gebildet, die das Plenum vorbereitet; auf dem Plenum soll neu über den Aufruf diskutiert und beschlossen werden, ferner über eine Demonstration in Verbindung mit RgR, über das „Drumherum" des Festivals und die musikalische Gestaltung; zum Zeichen, daß von nun an zusammengearbeitet wird, sollen auf dem Flugblatt nebeneinander das bisherige und internationale RgR-Emblem und das von der Bremer Initiative herausgebrachte abgedruckt werden.

Soweit sieht es nun nach einem vielversprechenden Ansatz zu einer Gemeinsamkeit aus, wie sie selbst zum Frankfurter Festival aufgrund der „Enthaltsamkeit" der DKP nicht erreicht werden konnte.

Hoffentlich bleibt es bei der Gemeinsamkeit über dieses Treffen hinaus.

KB/Gruppe Bremen

Erste RGR-Zeitung erschienen

Die Hamburger Intiative Rock gegen Rechts e.V. hat ihre erste Zeitung herausgebracht. Na klar: Sie ist spannend, jede(r) Genosse(in) liest sie im Moment, und sie verkauft sich sicher sehr gut. Was mir gefallen hat: Sie ist ziemlich direkt in der Aussage; man muß nicht erst hin und her überlegen, was die Typen wohl meinen. Man erfährt was über die Gruppen, die in Frankfurt gespielt haben, und Udo L. macht wieder ein paar hochkarätige Aussagen für die alternative Partei (zwei Seiten Interview). Schmutzige Wäsche wird ungeniert gewaschen, und an Selbstbewußtsein mangelt es den Leuten auch nicht. Was ich nicht berühmt finde, ist das lay-out. O.k., mal was anderes. Aber ein paar freakige Schnipsel sind noch lange keine wirkliche lay-out-Idee. Was mir gestunken hat: Die Anmache gegen „Politfreaks". Keiner hat was dagegen, wenn die DKP-Apparatschiks ordentlich was mitkriegen. Viel habe ich dagegen, wenn dies nur als extremer Ausdruck eines Verhaltens gewertet wird, das mehr oder minder bei allen politischen Organisationen anzutreffen wäre. Da rudert sich Missus Beastly allmählich in der Szene voran. Nachdem die Beastlys ihre bescheuerten Gerüchte in der Alternativpresse breitgetreten haben (einschließlich ARBEITERKAMPF), haben sie jetzt auch bei RgR Gelegenheit, sich auszukotzen: Gegen Udo L., gegen das Frankfurter Aktionsbündnis, das *„am liebsten die ‚Stones' geholt hätte"*, um sich dann in den Besuchermassen zu sonnen usw. Da ist man aber wohl von Seiten RgR zu f e i g e, etwas dagegen zu halten (auch „der Sätzer", ansonsten recht aktiv, schweigt hier betreten...). Aber lest doch selber (Bestellungen beim D.Witt Verlag, Postfach 501672, 2000 Hamburg 50, Preis 1 DM plus Porto).

Ein Politfreak

Alles Verleumdung...

Sensationelles in der „FR" vom 17.8.: Die DFG/VK Frankfurt gibt in einem Leserbrief von Uwe Fritzsche (Vorsitzender) bekannt, „Rock gegen Rechts" am 16./17. Juni von Anfang an unterstützt zu haben. Alle gegenteiligen Behauptungen, wie sie natürlich auch im ARBEITERKAMPF aufgestellt worden sind, müssen also frei erfunden gewesen sein. Hier der Leserbrief in voller länge:

„ROCK GEGEN RECHTS unterstützt

Die „Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner e.V." ist eine Bündnisorganisation, in der jeder, der sich zu ihren Zielen bekennt, ohne Rücksicht auf seine weltanschauliche Position mitarbeiten kann. Dieses macht den Charakter einer offenen, pluralistischen Bündnisorganisation aus. Deshalb arbeiten in der DFG-VK auch DKP-Mitglieder mit, ohne daß die DFG-VK ihre Überparteilichkeit verlieren würde.

Was einen bei solchen Stellungnahmen immer wundert: Daß dem Schreiber offenbar gar nicht schwindlig geworden ist, wo unsereinem schon beim Lesen die Luft wegbleibt. Das ist wirklich Mut, ja Tollkühnheit, was die DFG/VK Frankfurt hier zur Schau stellt.

Zur Sache:

1. Die DFG/VK hatte auf dem Frankfurter Römerberg stellvertretend für ein voll DKP-orientiertes Bündnis eine eigene Kundgebung angemeldet. Zu Absprachen mit dem Aktionsbündnis „Rock gegen Rechts" und dem DGB war die DFG/VK nicht bereit, obwohl RgR und DGB ihre jeweiligen Veranstaltungsplanungen auf dem Römerberg schon miteinander koordiniert hatten. Dies diente dem Ordnungsamt als Vorwand, seine Entscheidung über eine Genehmigung solange herauszuzögern, bis auch die DFG/VK zu einer Absprache mit DGB und RgR bereit sei.

Erst nachdem die Frankfurter Jusos

die Art und Weise, in der Unterschriften unter diesen Aufruf gesammelt werden, fragwürdig. Wenn eine Organisation gegen die andere ausgespielt wird, ist das sicher keine gute Grundlage für eine breite Bündnispolitik. So wird z.B. die Gruppe Frankfurt der DFG/VK als Unterzeichner aufgeführt, obwohl sie diesen Aufruf nicht unterschrieben hat". Na — welcher Ente sind die Marburger denn da aufgesessen? ... (Zitat aus einem Brief der DFG/VK Marburg vom 6.6.79).

Und, um bei diesem Beispiel noch einen Moment zu verweilen: Wer hat denn den Marburger DFG/VK-lern den Floh ins Ohr gesetzt, *„einige Unterzeichner und Mitinitiatoren"* von RgR würden beabsichtigen, *„diese Veranstaltung zur gewalttätigen Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten zu benutzen"* (ebenda). Ei-der-Daus, da kann es sich nur um „höchstpersönliche Auffassungen" gehandelt haben, die da einige Frankfurter nach Marburg gefunkt haben!



DGB-Landesvorsitzender Jochen Richert bei ROCK GEGEN RECHTS: „Der Oberbürgermeister soll - bevor er zurücktritt - sich bei allen Arbeitnehmern entschuldigen".

Schade, der DGB Frankfurt geht in Deckung

Alles Verleumdung...

Sensationelles in der „FR" vom 17.8.: Die DFG/VK Frankfurt gibt in einem Leserbrief von Uwe Fritzsche (Vorsitzender) bekannt, „Rock gegen Rechts" am 16./17. Juni von Anfang an unterstützt zu haben. Alle gegenteiligen Behauptungen, wie sie natürlich auch im ARBEITERKAMPF aufgestellt worden sind, müssen also frei erfunden gewesen sein. Hier der Leserbrief in voller länge:

„ROCK GEGEN RECHTS unterstützt

Die „Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner e.V." ist eine Bündnisorganisation, in der jeder, der sich zu ihren Zielen bekennt, ohne Rücksicht auf seine weltanschauliche Position mitarbeiten kann. Dieses macht den Charakter einer offenen, pluralistischen Bündnisorganisation aus. Deshalb arbeiten in der DFG-VK auch DKP-Mitglieder mit, ohne daß die DFG-VK ihre Überparteilichkeit verlieren würde. Vor diesem Hintergrund ist unverständlich, daß in dem FR-Bericht „Sonst sitzt man da, und es passiert wieder..." von einer „Freundesgruppe" der DKP die Rede ist. Über die Rolle der Deutschen Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner, Gruppe Frankfurt, ist es im Zusammenhang mit „Rock gegen Rechts" immer wieder zu Mißverständnissen gekommen. Diese Mißverständnisse scheinen sich in der Berichterstattung der FR vom 1.8. fortzusetzen.

Immer wieder ist der Eindruck entstanden, als habe die DFG-VK Frankfurt das Rock-gegen-Rechts-Festival auf dem Römerberg verhindern wollen und am Ende gar dem Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann die Verbotsargumente in die Hand gespielt.

Das Gegenteil ist richtig: Als Mitglied des Frankfurter Stadtjugendringes hat die DFG-VK Frankfurt die Rock-gegen-Rechts-Initiative unterstützt und zur Teilnahme am Festival aufgerufen. Die Gruppe Frankfurt hat sich in ihrer Mehrheit bewußt hinter diesen Aufruf gestellt.

Wenn gegenteilige Erklärungen abgegeben worden sind, kann es sich dabei nur um die höchstpersönliche Auffassung einzelner Mitglieder gehandelt haben, die damit nicht die Mehrheitsmeinung der Gruppe wiedergegeben haben.

Die DFG-VK hat den erfolgreichen und friedlichen Verlauf der Demonstration und des Festivals mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Sympathie und Solidarität wird das weitere Verhältnis des DFG-VK zur Initiative „Rock gegen Rechts" kennzeichnen. Jeden Versuch, hier Keile zu treiben, wird die DFG-VK zurückweisen.

Uwe Fritzsche, Vors. DFG-VK

Was einen bei solchen Stellungnahmen immer wundert: Daß dem Schreiber offenbar gar nicht schwindlig geworden ist, wo unsereinem schon beim Lesen die Luft wegbleibt. Das ist wirklich Mut, ja Tollkühnheit, was die DFG/VK Frankfurt hier zur Schau stellt.

Zur Sache:

1. Die DFG/VK hatte auf dem Frankfurter Römerberg stellvertretend für ein voll DKP-orientiertes Bündnis eine eigene Kundgebung angemeldet. Zu Absprachen mit dem Aktionsbündnis „Rock gegen Rechts" und dem DGB war die DFG/VK nicht bereit, obwohl RgR und DGB ihre jeweiligen Veranstaltungsplanungen auf dem Römerberg schon miteinander koordiniert hatten. Dies diente dem Ordnungsamt als Vorwand, seine Entscheidung über eine Genehmigung solange herauszuzögern, bis auch die DFG/VK zu einer Absprache mit DGB und RgR bereit sei.

Erst nachdem die Frankfurter Jusos einen äußerst scharfen Brief in dieser Angelegenheit an die DFG/VK geschrieben hatten, zog diese nach einigem Zögern ihre separate Anmeldung zurück. Die Jusos hatten die e i n z i g e Sprache gewählt, die die DKP — pardon: DFG/VK versteht: Entweder die DFG/VK zieht zurück, oder besagter Brief wird veröffentlicht.

Weil nun die Jusos nach Erfüllung ihrer Forderung den Brief fairerweise n i c h t weiter verbreiteten, glauben einige DFG/VK-Funktionäre, die Sache im nachhinein verdrehen zu können.

2. Richtig ist, daß der DFG/VK-Vertreter im Frankfurter Stadtjugendring — übrigens ebenso wie der Vertreter der SDAJ — für eine Unterstützung von „Rock gegen Rechts" gestimmt hatte. Richtig ist aber auch, daß der Arme zurückgepfiffen wurde, und daß die DFG/VK Frankfurt in der Verbandsöffentlichkeit b e s t r i t t, für RgR gestimmt zu haben. Schlimmer noch: Aufgrund dieser Abstimmung führte das RgR-Bündnis die DFG/VK als Mitgliedsverband des Stadtjugendrings in seiner Unterstützer-Liste auf. Diese, von Herrn Fritzsche j e t z t als völlig korrekt bestätigte Vorgehensweise diente dem Frankfurter DFG/VK-Vorstand v o r dem 17. Juni als Beweis für die „üblen Methoden" von „Rock gegen Rechts". Überall im traditionellen DKP-Bündnisumfeld tauchte „spontan" das Gerücht auf, die Erwähnung der DFG/VK als Unterstützer von RgR sei eine F ä l s c h u n g, und daran könne man sehen, was vom Aktionsbündnis zu halten sei. Beweise? Aber gern doch! Die DFG/VK Marburg beklagte sich beim RgR-Bündnis ausdrücklich über diese „Fälschung": *„Zum zweiten erscheint uns die Art und Weise, in der Unterschriften unter diesen Aufruf gesammelt werden, fragwürdig. Wenn eine Organisation gegen die andere ausgespielt wird, ist das sicher keine gute Grundlage für eine breite Bündnispolitik. So wird z.B. die Gruppe Frankfurt der DFG/VK als Unterzeichner aufgeführt, obwohl sie diesen Aufruf nicht unterschrieben hat"*. Na — welcher Ente sind die Marburger denn da aufgesessen? ... (Zitat aus einem Brief der DFG/VK Marburg vom 6.6.79).

Und, um bei diesem Beispiel noch einen Moment zu verweilen: Wer hat denn den Marburger DFG/VK-lern den Floh ins Ohr gesetzt, *„einige Unterzeichner und Mitinitiatoren"* von RgR würden beabsichtigen, *„diese Veranstaltung zur gewalttätigen Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten zu benutzen"* (ebenda). Ei-der-Daus, da kann es sich nur um „höchstpersönliche Auffassungen" gehandelt haben, die da einige Frankfurter nach Marburg gefunkt haben! Diese höchstpersönlichen Lügen haben den Marburger Verband, der immerhin drauf und dran war, RgR zu unterstützen, wieder davon abgehalten, dies zu tun, und hatten natürlich gerade d a s zum Ziel. Solche Beispiele könnten wir im D u t z e n d veröffentlichen, aber lassen wir es einstweilen damit bewenden.

3. Es besteht kein Grund, daran zu zweifeln, daß sich die Frankfurter DFG/VK-Gruppe mittlerweile mehrheitlich mit dem Abstimmungsverhalten ihres Vertreters im Stadtjugendring solidarisiert hat. Zumindest war uns bekannt, daß das Verhalten des Vorstands im Vorfeld des 17. Juni auf heftige Kritik innerhalb des Verbandes gestoßen ist. Nur verhalten sich die Dinge in der DFG/VK Frankfurt offenbar so, daß nicht irgendwelche beliebigen Mitglieder auch in der DKP sind und dann ihre „höchstpersönlichen Auffassungen" herumposaunen, sondern daß die DKP gerade in entscheidenden Funktionen knallharte Parteigänger sitzen hat, die sich einen feuchten Kehricht um solche Kritiken kümmern. Wenn z.B. ein DFG/VK-Funktionär im Namen eines antifaschistischen (DKP-) Bündnisses eine Kundgebung anmeldet, so ist das dann eben ein 150-prozentiger DKP-Mann, der seine Anmeldung erst dann zurückzieht, wenn es die Partei für richtig hält (...oder wenn ihm die Pistole auf die Brust gesetzt wird). Bevor man diese Leute nicht zum Teufel gejagt hat — und die miesen Manipulationen, die sie „höchstpersönlich" gegen RgR angestellt haben, dürften wahrhaftig Grund genug sein — ist die DFG/VK Frankfurt für uns keine „pluralistische" Organisation, sondern eben, mit Verlaub, eine Freundesgruppe der DKP.



DGB-Landesvorsitzender Jochen Richert bei ROCK GEGEN RECHTS: „Der Oberbürgermeister soll - bevor er zurücktritt - sich bei allen Arbeitnehmern entschuldigen".

Schade, der DGB Frankfurt geht in Deckung

Wer am 16.Juni bei Demonstration und ROCK GEGEN RECHTS in Frankfurt dabei war, wird sich noch gut an den Abend dieses Tages erinnern. Die NPD war geschlagen, und die Antifaschisten fanden sich auf dem Rebstockgelände ein. Doch bevor das Festival losgehen sollte, traten auf der Rock-Bühne ungewohnte Gäste hinter die Mikrophone: Zunächst hatte der DGB das Wort, dem der Römerberg in der Frankfurter Innenstadt dank OB Wallmanns Verbot versagt worden war. Vielleicht weil sie von der Stimmung des Augenblicks mitgerissen wurden, vielleicht auch, weil ihnen gar nichts anderes übrig blieb — die DGB-Funktionäre verstanden es jedenfalls, das Beste aus der Situation zu machen. Als Manfred Kiesewetter vom DGB Frankfurt Wallmanns Rücktritt forderte und Jochen Richert vom hessischen Landesbezirk sich beim ROCK GEGEN RECHTS-Bündnis für die Solidarität bedankte, da war ihnen der Beifall der zig-tausend Anwesenden gewiß.

Viel ist von diesem *„Aufeinandertreffen der Neuen und Alten Linken"* (so die „links" des Sozialistischen Büros) nicht übriggeblieben. Der DGB Frankfurt hat mittlerweile eine Dokumentation zu den Vorgängen am 16./17.6. herausgegeben, die — aus der Sicht des RGR-Bündnisses — enttäuschend ausgefallen ist. Auf der 2o Seiten Chronologie taucht der Begriff ROCK GEGEN RECHTS gerade einmal auf; verschwiegen wird, wer die Mehrheit der Demonstranten mobilisierte und wer die verbotenen Demonstrationen in der Innenstadt durchführte. Andererseits werden so bedeutende Personen wie die Vorsitzenden der Frankfurter DKP und VVN als Unterstützer des DGB erwähnt bzw. zitiert (was die Leser der Dokumentation zwar eher zum Schmunzeln, der DKP aber helfen dürfte, ihre interne Kritik ordentlich abzubügeln: „Seht mal, der DGB erwähnt uns doch. . ."). Wie es scheint, hat hier die DKP (oder ihr Nahestehende) für diejenigen die Schreibarbeit geleistet, denen aus ganz anderer Motivation daran gelegen ist, jeden Anschein einer Zusammenarbeit mit RGR zu vermeiden. Denn natürlich gibt es genügend Leute im DGB-Apparat, denen das, was am 16./17.6. passierte, „viel zu weit" ging, und auch die SPD-Führung dürfte inzwischen nachhaltig beim DGB angeklopft haben (die SPD Frankfurt hat die Forderung nach Rücktritt Wallmanns demonstrativ nicht unterstützt, sondern stattdessen „klärende Gespräche" mit dem Oberbürgermeister vorgeschlagen).

So steht nun die DGB-Schilderung der Ereignisse in peinlichen Widerspruch zum ausführlichen Pressespiegel im Anhang der Dokumentation, aus dem natürlich hervorgeht, welche Rolle ROCK GEGEN RECHTS tatsächlich am 16./17.6. gespielt hat. Trotzdem liest man auch aus dieser verdünnten Dokumentation heraus, daß der Frankfurter DGB über dem Durchschnitt dessen liegt, was an antifaschistischen Engagement von Seiten der Gewerkschaften läuft, und auch der ausführliche Pressespiegel ist ansonsten nicht zu haben. Wer also im Gewerkschaftsbereich und/oder Antifa-Sektor tätig ist, sollte sich das Ding vielleicht doch kritisch zu Gemüte führen („DGB contra Rechtsradikalismus"; Herausgeber: DGB/Kreis Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, 6000 Frankfurt a.M.).

KG/Gruppe Frankfurt

Offener Brief an Erich Fried

Lieber Erich Fried,
etwa eineinhalb Jahre ist es her, daß mir ein Genosse einen Brief schrieb, in dem er Sie angriff. Auf, wie ich meine, sehr böse Art, mit Formulierungen, die nicht die unsrigen sein dürfen, die wir denen überlassen sollten, die dafür prädestiniert sind. Dieser Brief war mir Anlaß für folgendes Gedicht:

dichter und d(h)enker

Ja, Herr Kunick, so etwas würde ich
lieber verbrannt sehen, das
will ich Ihnen einmal ganz
eindeutig sagen! / Bernd Neumann,
CDU, 3.11.77 über ein Gedicht von
Erich Fried

1
viele von euch
sind etwas schnell
zu schnell beim verteilen
von etiketten

„Erich Fried denunziert
auf infame Art
die Guerilla" schreibt einer
stellvertretend
für die übrigen
linken schubladenverwalter

„ich kann Dir einige
der entsprechenden Machwerke senden
wenn Du Interesse hast"

machwerke
schrieb er: MACHWERKE!
und denunziert und
infam

das habe ich gelesen
ein paar mal bis
ganz plötzlich ich rauch
und knisternde flammen
in der zelle wahrzunehmen glaubte

2
viele von euch
sind etwas zu schnell
zu schnell beim verteilen
von etiketten

das gefällt mir nicht
diese methode
und dieser sprachschatz
dieser leichtfertige umgang
mit dem wörterbuch des unmenschen
ist bekannt
und stinkt
zu sehr nach stiefelwichse

für hunderttausend Frieds
würde platz sein
in der gesellschaft
von der ich träume
selbst dann
wenn sie mich manchmal nervten
mit ihrem bemüht
verständnisvollen unverständnis
und dem vorschnellen kleben
von etiketten
in bestimmten – gedichten

Das Gedicht wurde voriges Jahr in einer Zeitschrift für Politik und Kultur veröffentlicht, ist – leicht überarbeitet – auch in meinem neuen im Herbst erscheinenden Lyrik/Prosa-Band enthalten. („Die Sympathisanten" / IVA-Vlg. Tübingen).

Vor ca. 3 Wochen nun schrieb mir eine Freundin, schrieb, Sie hätten im LANGEN MARSCH Nr. 42 auf sehr böse Art Karl Heinz Roth und den ARBEITERKAMPF angegriffen. Ich wollt's nicht glauben, bat um g e n a u e Informationen. Die bekam ich. Gestern. Schwarz auf weiß, gedruckt. Da ist von „Gehirnverschmutzung und Irrsinn" die Rede, von „Irrsinn des Geschimpfs", gar welchen, die sich schämen sollten, Roth's Artikel-Serie über Gehirnwäsche und Verrat veröffentlicht zu haben. Ich war entsetzt! Bin's noch!

Ein Mann, Lyriker, Schriftsteller, der sich wieder und wieder gegen den Gebrauch des Wörterbuchs der Unmenschen aussprach, greift selbst danach. Weil ihm (und anderen) die politische Position Roth's nicht gefällt.

Kennen wir das nicht? Kennen wir's nicht bis zum Überdruß? Ist's nicht die gleiche Sprache der Repression, die einen R. Bahro hinter Gitter brachte; Dissidenten in Ost in Psychiatrien, auf Anklagebänke wegen Verglimpfung des Freiheitlichsten im Westen? Sie ist's!

Die Manuskripte für mein neues Buch gehen in zwei Wochen in die Setzerei. Zeit genug, um das Gedicht „dichter und d(h)enker" herauszunehmen. Wir werden's nicht tun, unsere darin vertretene Position ist grundsätzlicher Art.

Aber gilt das Gedicht noch dem Erich Fried, der gemeint war, dem, wie ihn viele zu kennen glaubten? Die Antwort kann nur er selbst geben. Schön wäre es, sie zu erhalten!

In diesem Sinne,

Freiheit & Glück!
(Werner Schlegel)

Rheinbach, 7.8.1979
im Postfach 601

Ø AK, Hamburg
AGAV, Stuttgart
IVA-Vlg., Tübingen

P.S.: Da mir Ihre Londoner Adresse nicht bekannt ist, bitte ich den AK um Weiterleitung des Originals.

Arbeitsgemeinschaft
alternativer Verlage & Autoren e.V.

AGAV Postfach 656 7000 Stuttgart 1

AGAV

An alle
Verlage und Zeitschriftenredaktionen

Rundbrief / Aufruf

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
im Rahmen der diesjährigen **3. Gegenbuchmesse** in Frankfurt (8. - 14. Okt. 79, im Haus der Jugend, Ffm-Sachsenhausen) wollen wir nicht nur Akzente setzen durch Lese- und Musikveranstaltungen, z.B. **Rock** und **Wort gegen Rechts, Autoren im Knast,** vorgestellt durch ihre Kollegen und Verleger, usw.
Unsere derzeit laufende Arbeit an Broschüren über Zensur soll in Frankfurt 1979 vor allem darin gipfeln, während der Gegenbuchmesse eine „handgreifliche"

Ausstellung
zensierter Publikationen, Plakate und Platten

durchzuführen.
Dazu brauchen wir Eure Mitarbeit – und zwar möglichst rasch!

Wenn Ihr Fälle kennt, wo Bücher, Zeitschriften oder andere Publikationen in irgendeiner Weise zensiert oder gar verboten worden sind oder gar selbst als Verleger und Redakteure davon betroffen wart/seid, dann möchten wir Euch zur Mitarbeit aufrufen:

– bitte nennt uns u m g e h e n d solche Fälle, schickt uns Hintergrundmaterial mit und möglichst ein Exemplar der Publikation!
– wichtig wäre dabei auch begleitendes Material, z.B. Briefe von Behörden, Verlagen etc., Korrespondenz, die zur Erhellung des Fallhintergrunds beitragen kann, zur Erklärung wichtig ist;
– eine geraffte, kurze Zusammenfassung des einzelnen Falles von Euch, etwa eine Din A 4-Seite, die als einführende Lektüre neben dem Ausstellungsmaterial angebracht werden kann.

Zu erwähnen bliebe noch, daß wir natürlich nicht nur während der diesjährigen Gegenbuchmesse solches Material sammeln und ausstellen, sondern kontinuierlich daran weiterarbeiten werden (z.B. auch regelmäßig Broschüren dazu erstellen wollen, an denen Ihr Euch natürlich mit Beiträgen, Recherchen, Informationen beteiligen sollt!!), und – u.a. mit Presseinfos – für größere Öffentlichkeit solcher Fälle sorgen wollen.
Von der allgemeinen kulturpolitischen Lethargie, die in der literarischen Szene Dauersyndrom zu sein scheint, einmal abgesehen, wollen wir darüber hinaus natürlich und vor allem auch Autoren und Verleger, Zeitschriftenmacher (und damit sind keineswegs nur Männer gemeint!), soweit irgend möglich an den Diskussionen und Kontroversen beteiligen, die gegenwärtig sehr lebhaft und intensiv in der AGAV, und speziell in der AGAV-Kulturkommission, stattfinden.

Wir hoffen auf Eure Mitarbeit!

mit alternatiefgreifenden Grüßen
für die AGAV-Kulturkommission

Norbert Ney, Karlsruhe
Peter Lohmann, Hamburg

Asim Bezirci über MENSCHENLANDSCHAFTEN

„Der größte Dichter, der für die ganze Welt schrieb.
Der große Mann, der der ganzen Welt gehört.
Der Patriot, der in seiner Heimat unterdrückt wurde.
Es gibt keinen zweiten Nâzım im Gedicht des Jahrhunderts.
Für mich ist er das Zeichen der Liebe und des Kampfes!"
Pablo Neruda, Santiago, 2. Juni 1973

Obwohl das Werk „Menschenlandschaften" in der Zeit von 1940 bis 1947 geschrieben wurde, konnte es erst 1960 bis 1967 durch Mehmet Fuat veröffentlicht werden, also 30 bis 35 Jahre, nachdem es geschrieben wurde ...

Am Anfang plante Nazim Hikmet sein Werk auf 12.000 Zeilen und vier Bücher. Nach seiner Aussage sollte jedes Buch aus 3.000 Zeilen bestehen. Doch mit dem Fortgang der Arbeit wurde auch der Plan des Dichters allmählich zerstört. Am Ende kam ein fast 17.000 Zeilen und fünf Bücher umfassendes großes Werk zustande.

Bei der Schaffung dieses großen Werkes strebte Nazim Hikmet folgende Ziele an:
„1) ... Ich möchte, daß der Leser, nachdem er die 12.000 Zeilen gelesen hat, sich so fühlen soll, als sei er durch eine wogende große Menschenmenge gegangen.
2) Ich möchte, daß der konkrete Ausdruck dieser großen wogenden Menschenmenge dem Leser vor dem Hintergrund einer bestimmten Zeit, durch die den verschiedenen Klassen angehörenden Menschen der Türkei, von der sozialen Lage der Türkei in einer bestimmten historischen Periode erzählen soll. Natürlich nicht durch bloße Übertragung, sondern durch den dialektischen Ver- und Ablauf.
3) Ich möchte an zweiter Stelle, daß die die türkische Gesellschaft umgebende Weltlage — in einer bestimmten Periode — verstanden wird.
4) Ich möchte, daß die Fragen „woher man gekommen ist, wo man sich befindet und wohin man geht" — mit maximalen Möglichkeiten in meinem Bereich — beantwortet werden."

Tatsächlich ist „Menschenlandschaften" — wie ein Panorama gestaltet — geeignet, diese Anforderungen des Dichters zu erfüllen.

Im „ersten Buch" wird von Passagieren im Anatolienzug erzählt, der um 15.45 Uhr von Haydarpasa abfährt. Diese Passagiere, die im Waggon Nr. 510 und 3. Klasse fahren, sind meist Menschen aus dem Volk: Arbeiter, Bauern, Soldaten, Gendarmen, Lumpen, Arbeitslose, Schwerbeschädigte, Sträflinge, Angestellte usw. ... Der Dichter stellt die wichtigsten unter ihnen mit ihrer äußeren Erscheinung, Lebensgeschichte, mit Gesprächen, ihrer Abstammung und Umgebung vor. Mit Hilfe der Erlebnisse und Charakterzüge der Passagiere werden in gewissem Maße die werktätigen Klassen der Türkei und ihre gesellschaftliche Lage ermittelt.

Im „2. Buch" wird von den Passagieren erzählt, die im Schlafwaggon des Schnellzuges reisen, der um 19 Uhr von Haydarpasa abfährt: Journalisten, Politiker, Kapitalisten, kurz, den kleinen und großen Bourgeois. Wie im ersten Buch ermöglicht uns der Dichter, die klassische gesellschaftliche Struktur unseres Landes zu erkennen, indem er die Eigenschaften und Lebensweisen dieser Menschen schildert.

Das „3. Buch" berichtet aus dem Leben eines mitfahrenden Gefangenen, des Kommunisten Halil, während seiner Zeit im Gefängnis und im Krankenhaus. Des weiteren beschreibt er in inhaltlicher Vielfalt die Persönlichkeiten und Erlebnisse der anderen Gefangenen, der Kranken, der Schwestern, der Ärzte und Bauern.

Das „4. Buch" behandelt verschiedene Themen: Das Verhältnis der Bauern zu den Agas in Anatolien, die Zersetzung der Bürokratie durch die Honoratioren, die Hilflosigkeit des Volkes, die Tage Halils im Gefängnis, entsetzliche Bilder aus dem Zweiten Weltkrieg, die Schlachten der Deutschen gegen die Russen, die Niederlage des Faschismus vor Moskau ...

Das letzte und „5. Buch", das nach der Hälfte abgebrochen wurde, beschreibt die Notlage der Bevölkerung in Istanbul während der Kriegsjahre, die Gefängniserlebnisse Halils, seine Sehnsucht und die Briefe seiner Frau.

Erfolgreich stellt Nazim Hikmet einen so umfangreichen, breiten und vielfältigen Inhalt dar. Dabei achtet er darauf, nicht in Schematismus und Idealismus zu verfallen. Sowohl die Ereignisse als auch die Personen schildert er differenziert, so daß im Verlauf des Prozesses und Werdegangs auch ihre Widersprüchlichkeiten erfaßt werden; um einen Ausdruck von ihm zu gebrauchen, er schreibt „nach der Auffassung des realistischen dialektischen Materialismus". In der Absicht, das Typische zu erfassen, wählt er die Figuren aus, gestaltet sie neu, ändert aber nicht ihren Inhalt und idealisiert sie nicht.

Er wählt lebendige und charkteristische Typen aus, die die verschiedenen Aspekte ihrer Umgebung vertreten. Er beschreibt ihre Persönlichkeiten und ihre Geschichte. Im Verlauf der Evolution will er mit Hilfe dieser Typen das gesellschaftliche Bild seiner Heimat allseitig darstellen. Somit gelangt er vom Besonderen zum Allgemeinen, vom Einzelnen zum Gesellschaftlichen, vom Singular zum Plural und vom Persönlichen zum Allgemein-Menschlichen; er spiegelt die Lage der Schichten und Klassen in bestimmten Zeitabschnitten und demzufolge die Struktur der Gesellschaft wider.

Somit ergreift er, ausgehend vom Zustand der Türkei, die Weltlage, anders ausgedrückt, er verbindet das Nationale mit dem Globalen.

Während sich der Anteil der Vorstellungen, Empfindungen und Stimmen in „Menschenlandschaften" im Verhältnis zu früheren Werken verringert, vermehren sich der Anteil der beschreibenden Geschichten und satirische Erscheinungen. Das bringt das Epos oft dem Bereich des Essays nahe. Aber Nazim Hikmet befreit sich davon mit einer Meisterschaft, die nur großen Künstlern eigen ist. Er legt die Ereignisse und Personen in einer umfassenden, tiefen und erschütternden Erzählung dar, indem er sie an ihren typischsten und bedeutsamsten Seiten anpackt. Er versteht es, mit ein paar Strichen lebendige Typen zu zeichnen, und mit wenigen Worten farbige Landschaften zu malen. Trotzdem kehrt er nicht das Genie hervor.

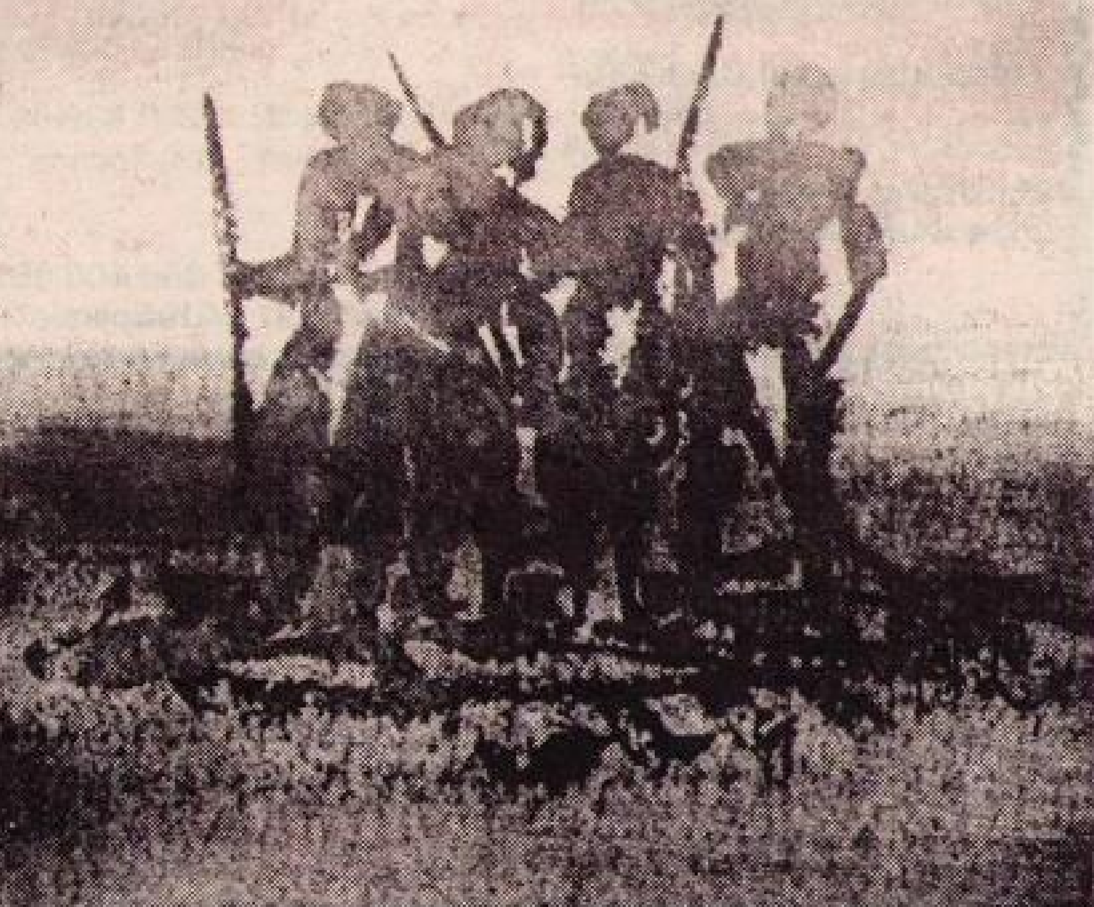
Ein Mann
steht auf der Treppe
und denkt an mancherlei.

Mager.
Feige.
Seine Nase ist spitz und lang.
Seine Wangen sind blatternarbig.
Der Mann auf der Treppe
— Meister Galip —
ist bekannt dafür, daß er über
merkwürdige Dinge nachdenkt.

Wie aus diesem Beispiel hervorgeht, ist die Erzählweise in „Menschenlandschaften" klar, beschaulich und einfach. Der Ausdruck ist fließend, rein, flink und konkret. Die Reime sind nicht hart und gezwungen, sondern fügsam und natürlich, sie sind oft unvollendet und fast ungeordnet. Und doch haben die Gedichte eine Harmonie, die infolge der guten Gewichtigung der Stimmung zustande kommt. All dieser Eigenschaften wegen wird das Werk ohne Langeweile, mit Interesse gelesen.

Zwar sprechen die Personen in „Menschenlandschaften" in ihrer Klassensprache, doch die Sprache des Dichters stützt sich im allgemeinen auf das Türkisch des einfachen Volkes. „Nazim Hikmet achtet darauf, nie Worte zu verwenden, die dem Volk fremd und im täglichen Leben nicht gebräuchlich sind", weil „der wertvollste Maßstab das Volk ist, das seine Gedichte beurteilt". Nach ihm „muß ein Volkskünstler vor allem vom Volk verstanden werden und ein Künstler des Volkes sein". Deshalb wurden die „Menschenlandschaften" „im Gefängnis allen Volksschichten vorgelesen, die für das Verständnis schwierigen Passagen weggelassen und das Ganze noch einfacher und klarer umgeschrieben."

NAZIM HIKMET



MENSCHENLANDSCHAFTEN

Zweites Buch

Zweites Buch
40 Illustrationen und Vorwort von Abidin Dino
Übersetzung und Überarbeitung von Ümit Güney und Norbert Ney
184 Seiten, DM 15,–

„Friedensmarsch Brüssel-Warschau"

DDR-Grenzpolizei verprügelt Rüstungsgegner



Die Friedensmarschierer ketten sich an einem zentralen Platz in Warschau an ein Denkmal, verteilen Flugblätter und diskutieren mit der Bevölkerung



Die Friedensmarschierer ketten sich an einem zentralen Platz in Warschau an ein Denkmal, verteilen Flugblätter und diskutieren mit der Bevölkerung

Spendenaufruf

Wenn das mit der Verkaufs- und Auflagenentwicklung des **ARBEITERKAMPF** so weiter (bzw. zurück) geht, dann ist das weitere Erscheinen dieser Zeitung nicht mehr zu gewähr-

Die ein- bis zweihundert Teilnehmer eines Abrüstungsmarsches, der von Brüssel nach Warschau führen sollte, erlebten unterwegs Wunderliches. Konnte die Etappe von Brüssel nach Westberlin mit mehreren Zwischenaufenthalten noch wie geplant, ohne größere Schwierigkeiten bewältigt werden, stießen sie am Grenzübergang nach Ost-Berlin gleich auf mehrere Hindernisse: zunächst wurde der Zugang zur Ost-Grenze von US-Militärpolizei und Westberliner Polizei verweigert. Dieses Hindernis „überwunden", wurden sie von der DDR-Grenzpolizei abgewiesen. Alle beteiligten „Ordnungskräfte" – ob Ost oder West – ließen es sich dabei nicht nehmen, die Beteiligten im Laufe der Geschehnisse mindestens einmal zusammenzuknüppeln. Dies teilweise in glänzender Kooperation ! Später gelang es einigen Teilnehmern, nach Warschau zu kommen und dort ohne Belästigung durch die Polizei zu demonstrieren. Angekettet an ein Denkmal forderten sie mitten in Warschau „NATO-Warschauer-Pakt-Abrüstung!", verteilten antimilitaristische Flugblätter und diskutierten mit Passanten.

Die in Westberlin verbliebenen Teilnehmer des Abrüstungsmarsches „besuchten" derweil das Gelände des US-Hauptquartiers, veranstalteten ein Sit-in und wurden nach der so erzwungenen Übergabe einer Petition an die US-Militärs „entfernt". Danach versuchten sie auf dem „Deutsch-Amerikanischen Volksfest" Flugblätter zu verteilen, wurden jedoch gleich festgenommen und erst drei Stunden später wieder freigelassen.

Die Initiatoren und ihre Forderungen

Initiatoren des Marsches waren im wesentlichen die „WAR RESISTER INTERNATIONAL" - WRI - (der internationale Dachverband von pazifistischen Kriegsgegnern) mit ihren nationalen Sektionen u.a. aus Großbritannien (Peace Pledge Union), Italien (Partito Radicale), Dänemark („Aldrig Mere Krig") sowie verschiedene autonome Organisationen, wie z.B. die holländischen Totalverweigerer „Onkruit". In der BRD unterstützten neben den „Gewaltfreien" auch verschiedene Bürgerinitiaitiven darunter auch der BBU sowie die Alternative Liste Westberlin diesen Friedensmarsch.

Die Hauptforderungen waren:

– *„Einseitige Abrüstung in jedem Land !*

– *Auflösung der militärischen Pakt - und Vertragsorganisatonen, besonders von NATO und Warschauer Pakt.*

- *Umwandlung der militärischen Ausgaben in zivile Ausgaben sozialer Art, darauf gerichtet, wirtschaftliche Unterdrückung in der Welt abzuschaffen."*

(nach „bbu-aktuell", 1o/79)

Besonders die erste Forderung wird von den Teilnehmern selbst als Affront gegen die im Rahmen der „Entspannungspolitik" gebräuchliche Formel von der „gleichzeitigen,gleichmäßigen Abrüstung" verstanden. Diese Formel habe praktisch nur die Funktion, die jeweils eigenen „Verteidigunsmaßnahmen " zu rechtfertigen und die Aufrüstung zu legitimieren.. (ebenda).

DFG/VK-Vorstand lehnt Beteiligung ab

Besonders erwähnenswert ist, daß sich zwar der Landesverband Berlin der „Deutschen Friedensgesellschaft/ Vereinigte Kriegsgegner" (DFG/VK), nicht aber deren Bundesvorstand den Forderungen und Aktionen des „Abrüstungsmarsches" anschloß. Die ablehnende Haltung des von der DKP dominierten Bundesvorstandes der DFG/VK ist ein Musterbeispiel dafür, wie skrupellos die DKP ihre „Bündnispartner" für die Interessen des „realen Sozialismus" instrumentalisiert. Dazu muß man zunächst wissen, daß die DFG/VK die mitgliederstärkste Sektion des Dachverbandes WRI (dem Hauptträger der Aktion) ist. Die Satzung dieser Verbände ist identisch und fußt wesentlich auf der generellen Absage an j e d e Gewalt. Der Widerspruch ist offensichtlich, denn jeder weiß um die bedingungslose Unterstützung der „real-sozialistischen" Gewalt durch die DKP. Trotzdem konnten die DKP-Kräfte bisher auf der Basis des „Entspannungs"-Schwindels ihre führende Rolle in der DFG/VK behaupten.

Das Vorspiel der Aktionen

Die WAR RESISTER INTERNATIONAL (WRI) hat in den letzten Jahren mit mehr oder weniger spektakulären Aktionen für Aufmerksamkeit gesorgt. 1976 veranstalteten sie einen Marsch nach Verdun zum Gedenken an den 1. Weltkrieg. Dort kam es zu Auseinandersetzungen mit militaristischen Kriegsveteranen und der Polizei, die sich bei ihren „Gedenkfeiern" gestört fühlten. 1977 marschierte die WRI von Hagenau (Frankreich) nach Lauterburg (BRD), um gegen Atomwaffen und Atomenergie zu demonstrieren. 1978 fand aus Protest gegen den geplanten Beitritt Spaniens zur NATO ein Marsch in Katalonien statt.

In diesem Jahr war aus Anlaß des 30jährigen Bestehens der NATO und des wenig später gegründeten Warschauer Pakts eine Aktion geplant, die am 1. August mit einer Kundgebung vor dem NATO-Hauptquartier in Brüssel begann und am 10. August mit einer Kundgebung in Warschau endete.

Die größte Schwierigkeit bei der Vorbereitung dieses Marsches war, eine Aufenthaltsgenehmigung bzw. Einreisegenehmigung für Polen und die DDR zu bekommen. Erst nach einer kleinen Demonstration in Warschau selbst und der ‚Besetzung' der polnischen Botschaft in Rom durch Mitglieder der Partito Radicale zeigte sich Gesprächsbereitschaft. Ende Juli wurde zwischen den Organisatoren des Marsches und Vertretern der polnischen Friedensbewegung offiziell ausgehandelt, daß sechs Delegierte nach Polen einreisen durften. Außerdem wurden 60 Personen zum Antikriegstag nach Polen eingeladen. Dies verstanden die Abrüstungsmarschierer als Teilerfolg, mit dem sie sich aber nicht zufrieden geben wollten. Geplant wurde der (später mißlungene) Versuch, auch nach Ost-Berlin einzureisen, um von dort aus weiter „vorzustoßen". Die DDR jedoch erklärte nur, die Demonstranten würden an der Grenze über den Verlauf ihres Einreisegenehmigungs-Antrags informiert. Dort wurden sie dann mit Gewalt zurückgedrängt.

„Der kleinste Schritt zur w i r k l i c h e n Abrüstung ist wertvoller als hundert ‚Friedenskonferenzen', nach denen die Waffenarsenale weiter aufgestockt werden" (AK 159, S.23). In diesem Sinne war der „Abrüstungsmarsch" wertvoll. Er hat die durch das „Entspannungs"-Märchen verkleisterten und verwischten Fronten offengelegt: Sie verlaufen nicht entlang der Ost-West-Grenze, sondern quer durch diese Länder hindurch.

(Informationen und Angaben nach: TAZ von 24.7., 30.7., 9.-11.8. und 12.8.79; FR vom 2.-9. und 10.8.79; ‚bbu-aktuell' 10/79).

Antimil-Kommission